

Friedrich Naumann  
STIFTUNG

FÜR DIE FREIHEIT

# Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung

30. Jahrgang 2018



**Nomos**

<https://doi.org/10.5771/9783845294346>, am 30.04.2024, 08:25:38  
Open Access –  <https://www.nomos-elibrary.de/agb>

Redaktion: Birgit Bublies-Godau, Jürgen Frölich, Ewald Grothe,  
Wolther von Kieseritzky, Jochen Merkle, Sven Prietzel

Anschrift der Redaktion:  
Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung  
c/o Archiv des Liberalismus  
Theodor-Heuss-Str. 26  
D-51645 Gummersbach

[juergen.froelich@freiheit.org](mailto:juergen.froelich@freiheit.org)

# Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung

30. Jahrgang 2018

im Auftrag  
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit  
herausgegeben von  
Eckart Conze, Dominik Geppert, Joachim Scholtyseck  
und Elke Seefried in Verbindung mit Jürgen Frölich  
und Ewald Grothe



**Nomos**

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-5254-6 (Print)

ISBN 978-3-8452-9434-6 (ePDF)

1. Auflage 2018

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Vorbemerkung der Herausgeber

Traditionell bestehen beim „Kolloquium zur Liberalismus-Forschung“ und dem daraus hervorgehenden „Jahrbuch“ Kooperationen des federführenden „Archiv des Liberalismus“ mit wechselnden wissenschaftlichen Partnern. Diesmal war es – thematisch naheliegend – der „Landschaftsverband Rheinland“, vertreten durch sein „Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte“, mit dem gemeinsam zunächst Mitte November letzten Jahres das Kolloquium in Bonn<sup>1</sup> durchgeführt und dann der Themenschwerpunkt dieses Bandes zusammengestellt worden ist.

Den Herausgebern des „Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung“ ist es deshalb ein Bedürfnis, sich bei den betreffenden Kolleginnen und Kollegen vom Landschaftsverband – Keywan Klaus Münster, Nina Quabeck, Dr. Helmut Rönz und Alena Saam – für die hervorragende und fruchtbringende Zusammenarbeit zu bedanken.

<sup>1</sup> Vgl. <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7592?title=zwei-jahrhundert-liberalismus-im-rheinland-personen-funktionen-organisationen-gesellschaftliche-segmente&recno=1&q=Liberalismus&sort=newestPublished&fq=&total=157>.



# Inhaltsverzeichnis

## *Themenschwerpunkt „200 Jahre Liberalismus im Rheinland“*

*Henning Türk*

Liberalismus und Region im 19. Jahrhundert. Die Konstruktion liberaler Räume und ihre institutionelle Verankerung 9

*Christoph Nonn*

Nationale Volksbewegung, bürgerliche Interessenpartei, gesellschaftliche Reformkraft. Der Liberalismus am Rhein 31

*Ulrich S. Soénius*

Unternehmer und Liberale. Rheinisches Wirtschaftsbürgertum im frühen 19. Jahrhundert 53

*Ewald Grothe*

Früher Parlamentarismus im rheinischen Provinziallandtag 1826-1848 69

*Bärbel Holtz*

1848 – Der rheinische Liberalismus an der Macht? 85

*Norbert Schloßmacher*

„... eine vergiftete Atmosphäre“. Kulturkampf – Katholizismus und Liberalismus im Rheinland 103

*Dominik Geppert*

„Professoren, Protzen und Pfaffen“. Die Universität Bonn und das rheinische Bürgertum 127

*Helmut Rönz*

Der Liberalismus im Spiegel der Wahlen in der Rheinprovinz 141

*Alexander Olenik*

Die liberalen Oberbürgermeister in der Rheinprovinz 159

|                                                                                                                                                                                       |     |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| <i>Volker Stalman</i><br>Rheinische Linksliberale in der Weimarer Republik: Bernhard Falk<br>und Anton Erkelenz                                                                       | 177 |
| <i>Keywan Klaus Münster</i><br>Liberale im Rheinland nach 1933                                                                                                                        | 201 |
| <i>Jürgen Frölich</i><br>„Liberalismus ist rheinisch!“ Statistisches zu den „rheinischen“<br>Zügen liberaler Parteien zwischen Reichsgründung und<br>wiedervereinigter Bundesrepublik | 215 |
| <i>Kristian Buchna</i><br>Von der liberalen Versuchung einer nationalen Rechtspartei. Die<br>rheinische FDP in der frühen Bundesrepublik                                              | 235 |
| <i>Martin Schlemmer</i><br>Stammland des Sozial-Liberalismus? Zur Bedeutung der sozial-<br>liberalen Regierungsbündnisse in Nordrhein-Westfalen                                       | 261 |
| <i>Jan Treibel</i><br>Die FDP und das Rheinland. Interne Organisationsstruktur und<br>regionale Entscheidungszentren aus politikwissenschaftlicher Sicht                              | 285 |
| <i>Weitere Beiträge</i>                                                                                                                                                               |     |
| <i>Ulf Morgenstern</i><br>„Ach das ist schön hier!“ Privatbriefe Walther Schückings aus der<br>Versailler Friedensdelegation 1919                                                     | 299 |
| Autorenverzeichnis                                                                                                                                                                    | 337 |

# Themenschwerpunkt „200 Jahre Liberalismus im Rheinland“

*Henning Türk*

## Liberalismus und Region im 19. Jahrhundert. Die Konstruktion liberaler Räume und ihre institutionelle Verankerung

### I. Einleitung

Liberalismus und Region sind ein seltsames Begriffspaar. Wenn man den Begriff Liberalismus hört, assoziiert man nicht sofort eine Region damit. Liberalismus als die „weltweit einflussreichste politische Lehre“<sup>1</sup> des 19. Jahrhunderts, ging häufig einher mit einem Bezug zur Nation. Liberalismus zielte in der Regel auf die Gründung eines Nationalstaats, der liberale Ordnungsprinzipien verwirklichen sollte. Wo ein solcher bereits existierte, strebte der Liberalismus eine Reformierung der politischen Ordnung im liberalen Sinne an. Macht sollte nicht mehr auf Willkür beruhen, sondern auf Recht und Verfassung.<sup>2</sup> Neben dieser nationalen Orientierung stand die Gemeinde im Fokus der Liberalen. Als kleinste Einheit der politischen Selbstverwaltung mündiger Bürger diente sie unter anderem dazu, erste politische Erfahrungen zu sammeln. Das Gemeindeleben galt als „Vorbereitungsschule des Staatslebens“.<sup>3</sup> Auf den ersten Blick war der Liberalismus als Ideologie also vorwiegend auf große Räume und die lokale Ebene ausgerichtet und nicht auf mittlere Einheiten. Welche Rolle spielte also die Region für den Liberalismus?

1 Jürgen Osterhammel: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts. München 2009, S. 853.

2 Ebd.

3 Gustav von Struve: Grundzüge der Staatswissenschaft für das deutsche Volk dargestellt, Bd. 1, Mannheim 1847, S. 327, zitiert nach Paul Nolte: Gemeindeliberalismus. Zur lokalen Entstehung und sozialen Verankerung der liberalen Partei in Baden 1831-1855. In: Historische Zeitschrift 252 (1991), S. 57–93, hier S. 69.

Dass im 19. Jahrhundert in regionalen Räumen starke politische Bindungskräfte wirkten, verdeutlicht die historische Analyse politischer Führungsgruppen. Das hat Heinrich Best auf der Basis einer ausführlichen Auswertung des Abstimmungsverhaltens in der ersten Deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche 1848/49 herausgearbeitet:

„Der bestimmende Einfluss, der von den regionalen Handlungszusammenhängen auf die politischen Orientierungen ausging, bestätigt sich auch, wenn man die Beobachtungsebene der territorialen Kontexte verlässt und die einzelnen Abgeordneten betrachtet. Dann erweist sich, dass die regionale Herkunft (erfasst durch die Wahlregion) und nicht die Konfessions- oder Klassenzugehörigkeit der entscheidende Faktor bei der Formierung politischer Konfliktgruppen in der Frankfurter Nationalversammlung war.“<sup>4</sup>

Die Analyse Heinrich Bests ist nicht so überraschend, wie sie auf den ersten Blick scheint. Insbesondere für die Oppositionsgruppen bestanden im Vormärz durch den fehlenden Nationalstaat und die Repressionsmaßnahmen des Deutschen Bundes kaum Möglichkeiten, sich national zu organisieren. Die Liberalen und Demokraten blieben somit in ihrem Aktionsradius eingeschränkt und wurden auf die Ebene der deutschen Länder und ihrer jeweiligen Regionen verwiesen. Dort bestanden zunächst auch die größten Durchsetzungsmöglichkeiten liberaler Prinzipien, denn auf der regionalen oder der Landesebene hatten die Liberalen einen gewissen Einfluss.<sup>5</sup> Hier standen ihnen Institutionen zur Verfügung, die sie in ihrem Sinne nutzen konnten. Insofern bildete neben der Gemeinde und der Landesebene auch die Region einen wichtigen Bezugspunkt für die Liberalen im Vor- und Nachmärz.

Die Frage nach dem Zusammenhang von Liberalismus und Region verspricht also zunächst vor allem Einsichten in das liberale Agieren in der Region. Wie beeinflusste der regionale Kontext das Handeln der Liberalen, und auf welche Weise versuchten sie, die Region als Ressource für die Verbreitung ihrer Ansichten zu nutzen?

Das führt zu der allem vorgelagerten Frage, was Regionen sind. Vor einer klaren Definition des Begriffes „Region“ im Zusammenhang mit der politischen Ideologie des Liberalismus hat sich die historische Forschung lange

4 Heinrich Best: Politische Regionen in Deutschland: Historische (Dis-)Kontinuitäten. In: Dieter Oberndörfer/Karl Schmitt (Hrsg.): Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1991, S. 17–38, hier S. 47. Bests Analysen in diesem Aufsatz beruhen auf: Heinrich Best: Die Männer von Bildung und Besitz. Struktur und Handeln parlamentarischer Führungsgruppen in Deutschland und Frankreich 1848/49. Düsseldorf 1990.

5 Der Deutsche Bund versuchte die Landesebene als Handlungsebene der liberalen Opposition durch die im Anschluss an das Hambacher Fest verabschiedeten Sechs und Zehn Artikel sowie weitere repressive Maßnahmen wieder einzuschränken. Siehe Jürgen Müller: Der Deutsche Bund 1815–1866. München 2006, S. 19–21.

Zeit gedrückt. Wenn man sich etwa den einschlägigen Sammelband „Liberalismus und Region“<sup>6</sup> von 1995 anschaut, dann finden sich dort aufschlussreiche Fallbeispiele über den Liberalismus in Hamburg, Bremen, München oder Frankfurt neben Untersuchungen über den Liberalismus in Baden, Sachsen oder Kurhessen. Aber sind das alles Regionen? Auch Karl-Heinrich Pohl hat in seinen „Überlegungen zu einer Geschichte des deutschen Liberalismus aus regionaler Perspektive“<sup>7</sup> nur die Kommunen und die deutschen Länder, in seinem Fall Sachsen, im Blick. Meines Erachtens sind jedoch Regionen „zwischen“ diesen genannten Beispielen anzusiedeln. Sie sind nicht identisch mit Städten und auch nicht mit Ländern, sondern sie liegen auf der mittleren Ebene, also der Meso-Ebene. Regionen können mit staatlichen Verwaltungsgrenzen zusammenfallen, gehen aber oft darüber hinaus, da sie etwas Vorgestelltes sind, sie sind „imagined communities“<sup>8</sup> auf der Meso-Ebene.<sup>9</sup>

Regionen finden wir also nicht einfach vor, sie sind nicht per se existent, sondern sie sind von Menschen konstruiert, die mentale Vorstellungen darüber entwickeln, was ihre Region ausmacht. Ein zentraler Baustein für die Schaffung eines solchen Regionalbewusstseins ist die Geschichte. Aus ihrem Reservoir werden bestimmte Ereignisse und Entwicklungen herausgegriffen, um diese zum „region-building“<sup>10</sup> zu nutzen. Berufsgruppen, wie etwa Lehrer, Journalisten, Beamte, Politiker, Historiker, also überwiegend das Bil-

- 6 Lothar Gall/Dieter Langewiesche (Hrsg.): Liberalismus und Region. Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert. München 1995.
- 7 Karl Heinrich Pohl: „Einig“, „kraftvoll“, „machtbewusst“. Überlegungen zu einer Geschichte des deutschen Liberalismus aus regionaler Perspektive. In: Historische Mitteilungen 7 (1994), Heft 1, S. 62–80.
- 8 Martina Steber: Region. In: Europäische Geschichte Online (EGO), hrsg. vom Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG). Mainz, online abrufbar unter <http://www.ieg-ego.eu/steberm-2012-de> [letzter Aufruf am 23.3.2018]; Georg Mölich: Regionale Geschichtskultur ohne Geschichtsraum? Anmerkungen zum rheinischen Selbstverständnis in historischer Perspektive. In: Bernd Kortländer/Gunter E. Grimm (Hrsg.): „Rheinisch.“ Zum Selbstverständnis einer Region, Stuttgart u.a. 2001, S. 23–28, hier S. 25. Zu diesem im Hinblick auf Nationsbildungsprozesse geprägten Terminus siehe Benedict Anderson: Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism. London 1991.
- 9 Zur Definition von Region siehe auch Tobias Chilla u.a.: „Neopragmatische“ Argumente zur Vereinbarkeit von konzeptioneller Diskussion und Praxis der Regionalentwicklung. In: Olaf Kühne/Florian Weber (Hrsg.): Bausteine der Regionalentwicklung. Wiesbaden 2015, S. 13–24, hier S. 14. Ein für Historiker sehr anregendes Programm zur Analyse von Regionen bietet der finnische Geograph Anssi Paasi: The institutionalization of regions: a theoretical framework for understanding the emergence of regions and the constitution of regional identity. In: Fennia 164 (1986), Heft 1, S. 105–146.
- 10 Thomas Kühne: Imagined Regions. The Construction of Traditional, Democratic, and Other Identities. In: James Retallack (Hrsg.): Saxony in German History. Culture, Society and Politics, 1830–1933. Ann Arbor 2000, S. 51–62, hier S. 61.

dungsbürgertum, waren für die Konstruktion von Regionen prädestiniert.<sup>11</sup> Über Zeitungen, Bücher oder die Schule konnten sie bestimmte Sichtweisen auf die Region verbreiten. Die Konstruktion von Regionen war aber auch eine Machtressource. Der Regionsbegriff konnte politisch aufgeladen werden und zur Durchsetzung bestimmter Ziele genutzt werden.

Diese konstruktivistische Herangehensweise liegt diesem Aufsatz zu Grunde.<sup>12</sup> Es geht dabei um zwei Perspektiven. Die erste blickt vom Liberalismus auf die Region. Welche Rolle spielten Liberale in der Konstruktion bestimmter Regionen? Wie nahmen sie ihre Region wahr? Wie grenzten sie die Region ab? Die zweite Perspektive blickt von der Region aus auf den Liberalismus. Wie organisierte sich der Liberalismus in einer Region? Gab es regionale Institutionen, die Liberale zur Verbreitung ihres Gedankenguts nutzen konnten? Wie schätzten sie in diesem Zusammenhang das Verhältnis von Region und Gesamtstaat ein?

Die aufgeworfenen Fragen werden im Folgenden vor allem anhand des südwest- und westdeutschen Liberalismus untersucht. Damit werden Regionen in den Blick genommen, die Heinrich Best aufgrund des Wahlverhaltens der Wahlberechtigten 1848/49 als „links“ klassifiziert hat. Diesen standen Regionen, die überwiegend „rechte“ Abgeordnete in die Paulskirche gewählt haben, gegenüber, wie zum Beispiel das ostelbische Altpreußen oder Altbayern.<sup>13</sup> Als Zeitraum soll das 19. Jahrhundert im Mittelpunkt stehen, da im 20. Jahrhundert der regionale Aspekt bei der Wahlentscheidung zunehmend verblasste.<sup>14</sup>

## II. Die liberale Konstruktion von Regionen

Thomas Götz hat in seiner Studie über die Entwicklung des Tiroler Liberalismus im 19. Jahrhundert eine aufschlussreiche Beobachtung gemacht. Die Entstehung eines Regionalbewusstseins in Tirol fand in dem Moment statt, als dieses Gebiet durch „territoriale Homogenisierung“ und „politische Me-

11 Detlef Briesen/Rüdiger Gans: Regionale Identifikation als „Invention of Tradition“. Wer hat und warum wurde eigentlich im 19. Jahrhundert das Siegerland erfunden? In: Berichte zur deutschen Landeskunde 66 (1992), Heft 1, S. 61–73, hier S. 67, 70.

12 Zur konstruktivistischen Sicht auf die Region siehe u.a. Kühne: Imagined Regions (wie Anm. 10), Bernd Schönemann: Die Region als Konstrukt: Historiographische Befunde und geschichtsdidaktische Reflexionen. In: Blätter für deutsche Landesgeschichte 135 (1999), S. 153–187.

13 Best: Politische Regionen (wie Anm. 4), S. 45. Zur Bedeutung der Region für das Wahlverhalten siehe auch Jürgen R. Winkler: Sozialstruktur, politische Traditionen und Liberalismus. Eine empirische Längsschnittstudie zur Wahlentwicklung in Deutschland 1871–1933. Opladen 1995, S. 145–158.

14 Best: Politische Regionen (wie Anm. 4), S. 62.

diatisierung“ im Anschluss an den Wiener Kongress eng in das Kaisertum Österreich also in ein größeres Ganzes integriert wurde. Regionalisierung ist für ihn daher in erster Linie eine Reaktion auf Integrationsprozesse.<sup>15</sup> Dieser Mechanismus lässt sich auch im Westen und Südwesten Deutschlands beobachten, insbesondere in den linksrheinischen Gebieten, die seit Ende der 1790er Jahre in den französischen Staatsverband eingefügt wurden.

Dort nahm man sich, wie Wilhelm Janssen herausgearbeitet hat, erst seit diesem Zeitpunkt als „Rheinländer“ wahr, also als Bewohner der linksrheinischen französischen Rheinlande.<sup>16</sup> Durch ihre Zugehörigkeit zum französischen Staat kamen diese Gebiete in den Genuss zentraler Errungenschaften der Französischen Revolution. So wurde die Verwaltung stark zentralisiert, wobei die wohlhabenden Bürger über Beratungsgremien in die Verwaltung integriert oder als Bürgermeister eingesetzt wurden. Im wirtschaftlichen Bereich führten die Franzosen die Gewerbefreiheit ein und lösten die Zünfte auf. Zudem wurden die Vorrechte des Adels abgeschafft und ein großer Teil des Kirchenbesitzes säkularisiert. Die von Adel und Geistlichkeit eingezogenen Güter wurden anschließend als sogenannte „Nationalgüter“ meistbietend versteigert, so dass eine große Besitzumschichtung stattfand und ein freier Bodenmarkt entstand.<sup>17</sup>

In der französischen Zeit fanden auch zentrale Veränderungen im Rechtswesen statt. Vor allem wurde die Rechtsgleichheit vor dem Gesetz eingeführt. Die bisherige häufig verwirrende Rechtsstruktur wurde jetzt nach klaren Kriterien geordnet. Das Gerichtswesen wurde nach Zivilgerichten, Kriminalgerichten und Zuchtpolizeigerichten getrennt. Auf der untersten Ebene amtierte ein Friedensrichter, auf der obersten Ebene gab es Appellations- und Schwurgerichte. Der Kauf eines Richteramtes wurde abgeschafft und die Justiz von der Verwaltung getrennt. Diese juristischen Veränderungen hatten zum Teil in vornapoleonischer Zeit begonnen und wurden dann durch die fünf großen napoleonischen Gesetzbücher zusammengefasst: den Code Civil/Code Napoleon (1804), den Code de procédure civile (1806), den Code de

15 Thomas Götz: Bürgertum und Liberalismus in Tirol 1840–1873. Zwischen Stadt und „Region“, Staat und Nation. Köln 2001, S. 51.

16 Wilhelm Janssen: Rheinland – Begriff und Sache. Eine Skizze. In: Heinz Duchhardt/Wilfried Reininghaus (Hrsg.): Stadt und Region. Internationale Forschungen und Perspektiven. Kolloquium für Peter Johaneck. Köln u.a. 2005, S. 31–42, hier S. 34 f.

17 Zur Nationalgüterversteigerung siehe die Edition von Wolfgang Schieder (Hrsg.): Säkularisation und Mediatisierung in den vier rheinischen Departements. Edition des Datenmaterials der zu veräußernden Nationalgüter, 5 Bde., Boppard 1991. Dass dieses Datenmaterial nur die Ausgangsbasis für vertiefte Studien zur Wirkung der Nationalgüterversteigerung darstellen kann, verdeutlicht Gabriele B. Clemens: Immobilienhändler und Spekulanten. Die sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Bedeutung der Großkäufer bei den Nationalgüterversteigerungen in den rheinischen Departements (1803–1813). Boppard 1995.

Commerce (1807), den Code d'instruction criminelle (1808) und den Code pénal (1810).<sup>18</sup>

Als die linksrheinischen Gebiete nach der Niederlage Napoleons 1814 wieder in deutsche Hände fielen, war ihre Zukunft ungewiss. Sie wurden zwischen 1814 und 1816 vor allem zwischen Preußen, Bayern und Hessen-Darmstadt aufgeteilt. Daraus entstanden als Verwaltungseinheiten der bayerische Rheinkreis, Rheinhessen und die preußische Rheinprovinz, die 1822 aus der Provinz Jülich-Kleve-Berg und der Provinz Großherzogtum Niederrhein gebildet wurde.<sup>19</sup>

Bei aller Kritik an der militärischen Zwangsrekrutierung oder den hohen Steuern hatten viele Einwohner in der französischen Zeit in diesen Gebieten erfahren, was es heißt, in einem Raum zu leben, in dem die Macht des Staates an Recht und Verfassung geknüpft war. Von den französischen Reformen hatten vor allem zwei Berufsgruppen profitiert: Juristen und Wirtschaftsbürger. Gut ausgebildete Juristen waren für das neue System notwendig gewesen und hatten eine einflussreiche Stellung erworben. Wirtschaftsbürger hatten etwa von der Nationalgüterversteigerung und der Abschaffung der Adelsprivilegien profitiert. Zudem hatte ihre Stimme auch politisches Gewicht bekommen.<sup>20</sup> Diese Gruppen mussten jetzt befürchten, bei einer allgemeinen Restauration ihre neue privilegierte Stellung zu verlieren. Der Historiker Kurt Baumann hat am Beispiel der bayerischen Pfalz darauf verwiesen, dass in dieser Konstellation ein Ursprung des Pfälzer Liberalismus zu finden ist. Die Verteidigung der liberalen französischen Errungenschaften nach der Übergabe des Rheinkreises an Bayern 1815 habe auch der Sicherung der materiellen Ergebnisse der Zugehörigkeit zu Frankreich gedient. „Ideologie und Interesse“<sup>21</sup> gingen Hand in Hand.

Diese Beobachtung lässt sich auch auf die anderen linksrheinischen Gebiete übertragen. In Rheinhessen etwa fochten die in der französischen Zeit in Amt und Würden gekommenen Juristen gemeinsam mit Gutsbesitzern und Kaufleuten für den Erhalt der französischen Gesetze.<sup>22</sup> Für das links-

18 Wilhelm Kreutz: Einen Freiheitsbaum, den pflanzen wir am Rhein. Die Auswirkungen der Französischen Revolution auf die rheinisch-pfälzischen Territorien 1789–1814. Mainz 1990.

19 Siehe hierzu u.a. Lenelotte Möller u.a. (Hrsg.): „auf ewige Zeiten zugehören.“ Die Entstehung der bayerischen Pfalz 1816. Ubstadt Weiher u.a. 2016; Manfred Koltes: Das Rheinland zwischen Frankreich und Preußen. Studien zu Kontinuität und Wandel am Beginn der preußischen Herrschaft (1814–1822). Köln u.a. 1992; Gunter Mahlerwein: Rheinhessen 1816–2016. Die Landschaft – Die Menschen. Mainz 2015, S. 191–196.

20 Rudolf Boch: Grenzenloses Wachstum? Das rheinische Wirtschaftsbürgertum und seine Industrialisierungsdebatte 1814–1857. Göttingen 1991, S. 35–37.

21 Kurt Baumann: Adel und Bürgertum in der Pfalz und im unteren Elsaß in der Zeit der Französischen Revolution. In: Kurt Andermann (Hrsg.): Von Geschichte und Menschen der Pfalz. Ausgewählte Aufsätze von Kurt Baumann. Speyer 1984, S. 199–214, hier S. 211.

22 Mahlerwein: Rheinhessen (wie Anm. 19), S. 193–199.

rheinische Preußen hat die Forschung hervorgehoben, dass „der rheinische Jurist in der politischen Führungsschicht der Rheinlande eine weitaus bedeutendere Position einnahm als der Jurist der altpreußischen Provinzen.“<sup>23</sup> Im Hinblick auf das Wirtschaftsbürgertum beförderten insbesondere die in den 1820er Jahren einsetzenden Versuche der preußischen Regierung, die Stellung des Adels in der Rheinprovinz zu stärken, die „Formierung einer liberalen politischen Opposition im Wirtschaftsbürgertum“.<sup>24</sup> Der von zahlreichen Wirtschaftsbürgern unterstützte Kampf um die rheinischen Sonderrechte, die sogenannten „rheinischen Institutionen“, „war nicht zuletzt auch ein Kampf um die rechtlichen Grundlagen einer notablen, bürgerlichen Eigentümergesellschaft, die von einer als anachronistisch erachteten Adelsreaktion bedroht schien.“<sup>25</sup>

Beide Berufsgruppen, also das Wirtschaftsbürgertum und die Juristen, wurden mit dem Übergang an die neuen Herrschaften somit starke Stützpfeiler des Liberalismus in diesen Regionen. Sie definierten ihre Region jetzt in Abgrenzung von den neuen Herrschaften und knüpften die sich entwickelnde regionale Identität eng an das liberale französische Erbe.<sup>26</sup> Dabei ist zunächst noch ein breites regionales Verständnis auffällig. Man sah sich weniger als Rheinpreußen, Rheinbayern oder Rheinhessen, sondern als Rheinländer.<sup>27</sup> Das zeigt sich etwa bei dem linksliberalen Speyerer Publizisten Georg Friedrich Kolb, der im Artikel „Rheinlande“ im Rotteck-Welckerschen „Staats-Lexikon“ 1842 die starke Prägung dieses Gebiets durch die aus seiner Sicht positiven französischen Reformen hervorhob. Kolb führte dazu aus:

„Um die deutschen Länder des linken Rheinuferes von jener unübersehbaren Masse innerer Mißstände und Uebel, deren auch nur oberflächliche Aufzählung uns viel zu weit führen würde, mit einem Schlage zu befreien, bedurfte es der Ausdehnung der französischen Revolution auch auf diese Gauen. Unberechenbar, unbeschreiblich sind die Verluste und Drangsale, welche sich im Gefolge der Revolutionskriege namentlich hier einstellten; so ungeheuer aber auch die Opfer waren, so gebietet doch die Wahrheitsliebe das offene Bekenntnis, daß die momen-

23 Karl-Georg Faber: *Recht und Verfassung. Die politische Funktion des rheinischen Rechts im 19. Jahrhundert*, Köln 1970, S. 18.

24 Boch: *Wachstum* (wie Anm. 20), S. 40. Zum rheinischen Wirtschaftsbürgertum siehe auch den Beitrag von Ulrich Soénus in diesem Band.

25 Ebd.

26 Herbert Obenaus sieht zunächst die Juristen als Wortführer, denen erst später die Wirtschaftsbürger gefolgt seien. Das erscheint wenig plausibel. Siehe Herbert Obenaus: *Region und politisches Interesse im Vormärzliberalismus Preußens*. In: Dieter Langewiesche (Hrsg.): *Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich*. Göttingen 1988, S. 71–82, hier S. 75.

27 Siehe dazu mit zahlreichen Belegen auch Karl-Georg Faber: *Rheinlande und Rheinländer 1814–1848*. In: Georg Droege u.a. (Hrsg.): *Landschaft und Geschichte. Festschrift für Franz Petri zu seinem 65. Geburtstag*. Bonn 1970, S. 194–210.

tane Fremdherrschaft unendlich wohlthätiger wirkte, als bis dahin jemals die Regierung der einheimischen Fürsten.“<sup>28</sup>

Anschließend schildert Kolb sehr kritisch die Aufteilung des Gebiets im Anschluss an den Wiener Kongress und kommt zu dem Fazit: „Unendlich zweckmäßiger, als die stattgehabte Zersplitterung und Vertheilung, würde es gewesen sein, wenn man die aus mehr oder minder homogenen Elementen bestehenden Rheinlande zu einem Staate vereinigt hätte.“<sup>29</sup> Kolb betreibt auf diese Weise „region-building“. Er greift aus dem Reservoir der Geschichte insbesondere die Zugehörigkeit zu Frankreich heraus, welche die Rheinlande nachhaltig geprägt habe, und postuliert auf diese Weise eine Einheit der Region auf liberaler Grundlage.

Die Rheinpreußen, Rheinbayern und Rheinhessen bildeten auch einen engen Kommunikationszusammenhang aus. Man beobachtete die politische Entwicklung in den anderen linksrheinischen Gebieten und verteidigte grenzübergreifend die französischen Errungenschaften. Das wird zum Beispiel deutlich, als die Regierung von Hessen-Darmstadt 1846 versuchte, über ein einheitliches bürgerliches Gesetzbuch die Sonderstellung von Rheinhessen in diesem Bereich aufzuheben. Daraufhin erhob sich unter der Führung des liberalen Juristen und Gutsbesitzers Heinrich von Gagern ein großer Proteststurm der Liberalen in Rheinhessen.<sup>30</sup> Dabei wurden sie unterstützt von den Liberalen Rheinbayerns. So sandten etwa die Bürger Deidesheims eine Adresse an die Bewohner Rheinhessens, in der vor allem das liberale französische Erbe und die gemeinsame Tradition betont wurde. Die Deidesheimer hoben zudem hervor, dass sich die anderen Gegenden eher an den linksrheinischen Gebieten orientieren müssten als umgekehrt. Rhetorisch fragten die Verfasser: „[S]tehen wir auf dem linken Rheinufer etwa unsern Brüdern auf der rechten Seite in Etwas nach? Sprechen nicht alle statistischen Aufstellungen sogar zu unserm Vortheile?“<sup>31</sup> Zudem verdeutlichen die Autoren den engen Zusammenhang der linksrheinischen Länder, indem sie feststellten: „Auch für uns ist Euer Kampf wichtig, denn habt Ihr Eure Gesetzbücher verloren, dann droht auch uns ein gleiches Schicksal!“<sup>32</sup> Mit der gleichen Argumentation sprach auch der bekannte Aachener Liberale David Hansemann

28 Georg Friedrich Kolb: Rheinlande (besonders das deutsche linke Rheinufer). In: Carl von Rotteck/Carl Theodor Welcker (Hrsg.): Staats-Lexikon oder Encyclopädie der Staatswissenschaften, Bd. 13, Altona 1842, S. 745–763, hier S. 751.

29 Ebd., S. 754.

30 Karl-Georg Faber: Die Rheinlande zwischen Restauration und Revolution. Probleme der rheinischen Geschichte von 1814-1848 im Spiegel der zeitgenössischen Publizistik. Wiesbaden 1966, S. 181.

31 Adresse der Bürger Deidesheims an die Bewohner Rheinhessen, 1.12.1846, Landesarchiv Speyer (LaS), V153, Bd. 569; auch LaS, H1 (Regierung der Pfalz), Bd. 1090 und Stadtarchiv Mainz, NL 262, Bd. 24.

32 Ebd.

den Rheinhessen Mut zu, denn „sobald Rheinhessen nachgebe [...], so sei es auch in Rheinpreußen und Rheinbayern damit geschehen“.<sup>33</sup>

Der Kampf gegen eine stärkere Integration in den jeweiligen Staatsverband, die eine Abschaffung der sogenannten rheinischen Institutionen bedingt hätte, perpetuierte somit einerseits die Wahrnehmung als französisch geprägte Rheinlande, schuf aber gleichzeitig auch die Grundlage für eine engere regionale Identität in Abgrenzung von der jeweiligen Zentrale. Die Rheinhessen grenzten sich von der Regierung in Darmstadt ab, die Rheinbayern von der Regierung in München und die Rheinpreußen von der Regierung in Berlin.<sup>34</sup> Das Regionalbewusstsein speiste sich somit auch sehr stark durch die Konstruktion eines „wir“ und „die anderen“. Das wurde meist als Entwicklungsgefälle beschrieben, bei dem die Liberalen erwarteten, dass auch die anderen Landesteile irgendwann den höheren Zustand ihrer Region erreicht haben würden. Die eigene Region erhielt auf diese Weise Modellcharakter. So schrieb etwa David Hansemann in seiner berühmten Denkschrift über Preußens Lage und Politik im Dezember 1830:

„Die Rheinprovinzen [sic] [...] sind nicht an Preußen überkommen, um experimentalistisch zu versuchen, wie weit sich die Überbleibsel der Feudalzeit wohl mit dem neuern Kulturzustande vertragen, sondern um zu zeigen, welches dieser letztere in den östlichen Provinzen sein werde, sobald einmal die Gewerbefreiheit und die Freiheit der Bauern ganz Wurzel gefaßt haben, und zu beweisen, daß sich mit der Justiz als Institut, mit Öffentlichkeit und Mündlichkeit derselben, mit der Gleichheit vor dem Richter und dem Gesetz gar gut regieren lasse.“<sup>35</sup>

Wenige Monate später schrieb der zwanzigjährige Deidesheimer Winzersohn Ludwig Andreas Jordan an seinen in der bayerischen Abgeordnetenkommission tätigen Vater, er freue sich,

„daß die Deputirten aus dem Rheinkreise und aus Franken so gut harmoniren. Die Alt-Baiern bedürfen wahrscheinlich der Aufklärung und dann werden auch liberale Ideen bei ihnen Eingang finden, besonders wenn der von Anfang sie verblendende Nymbus königlichen Glanzes verschwunden sein wird“.<sup>36</sup>

- 33 So wird Hansemann von Johann Adam von Itzstein zitiert. Siehe Johann Adam von Itzstein an Heinrich von Gagern, Oktober 1846. In: Paul Wentzcke/Wolfgang Klötzer (Hrsg.): Deutscher Liberalismus im Vormärz. Heinrich von Gagern. Briefe und Reden 1815–1848. Göttingen u.a. 1959, S. 331 f., hier S. 332.
- 34 Für die Rheinpreußen siehe u.a. Heinz Gollwitzer: Die politische Landschaft in der deutschen Geschichte des 19./20. Jahrhunderts. Eine Skizze zum deutschen Regionalismus. In: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 27 (1964), S. 523–552, hier S. 529.
- 35 Denkschrift von David Hansemann über Preußens Lage und Politik, 31.12.1830. In: Joseph Hansen (Hrsg.): Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830–1850, Bd. 1: 1830–1845. Neudruck der Ausgabe 1919. Osnabrück 1967, S. 11–81, hier S. 76.
- 36 Ludwig Andreas Jordan an Andreas Jordan, Mannheim, 25.3.1831, Briefsammlung Hauck, Deidesheim. Zu Jordan siehe Henning Türk: Ludwig Andreas Jordan und das Pfälzer

Bei beiden Zitaten sieht man deutlich die Gegensätze: Die preußische Rheinprovinz beziehungsweise der bayerische Rheinkreis werden als aufgeklärter Fortschrittsraum wahrgenommen und die östlichen preußischen Gebiete beziehungsweise Alt-Bayern als rückschrittlich. Die US-amerikanische Autorin Celia Applegate hat diese Prozesse für den bayerischen Rheinkreis, die Pfalz, sehr anschaulich auf den Punkt gebracht: „Die französischen Reformen hatten die Möglichkeit einer spezifisch pfälzischen Identität geschaffen; die politische Hegemonie Bayerns ließ sie Wirklichkeit werden.“<sup>37</sup>

Die Bildung der Regionen in Abgrenzung von der Zentrale wurde noch durch Regierungsmaßnahmen verstärkt. So erhielt etwa der bayerische Rheinkreis 1837 den Namen Pfalzkreis, da König Ludwig I. die bayerischen Regierungsbezirke nach historischen Regionen benennen wollte. Der Neologismus „Rheinbaiern“ verschwand damit schnell wieder und wurde durch den vermeintlich historisch begründeten Begriff der Pfälzer ersetzt.<sup>38</sup> Er wurde von den Liberalen der Region dankbar aufgegriffen und politisch aufgeladen. Pfälzer sein, bedeutete demokratisch-liberal zu sein. Das zeigte sich etwa bei den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung 1848. Alle pfälzischen Abgeordneten waren auf der linken Seite der Paulskirche zu finden und stimmten 1849 gegen die Erbmonarchie und den preußischen König als Kaiser.<sup>39</sup>

Die ersten Volkskundler wie etwa August Becker oder Wilhelm Heinrich Riehl vermeinten jetzt sogar einen oppositionell-liberalen Volkscharakter der Pfälzer identifizieren zu können. Becker konstatierte 1858: „Wenn nun auch nicht gerade jeder pfälzische Bauer seinen Code Napoleon in der Tasche nachführt, so ist doch jeder so ziemlich mit den Bestimmungen desselben vertraut und hält ihn hoch und wert als sein kostbarstes Gut.“<sup>40</sup> Die Erinnerung an Napoleon habe im „pfälzischen Volksgeist“ die Barbarossa-Legende ersetzt, „der nicht sterben könne und einmal wiederkomme“<sup>41</sup>. Riehl identifizierte in seinen volkscundlichen Betrachtungen über die Pfälzer einen „Des-

Weinbürgertum. Bürgerliche Lebenswelt und liberale Politik im 19. Jahrhundert. Göttingen 2016.

37 Celia Applegate: Zwischen Heimat und Nation. Die pfälzische Identität im 19. und 20. Jahrhundert. Kaiserslautern 2007, S. 36.

38 Wilhelm Kreutz: Regionale Identitätsbildung: Die Pfalz im langen 19. Jahrhundert. In: Brigitte Herrbach-Schmidt/Hansmartin Schwarzmaier (Hrsg.): Räume und Grenzen am Oberrhein. Ostfildern 2012, S. 221–238; Hans Fenske: Rheinkreis – Pfalz – Westmark. Über den Namen der Pfalz und das Selbstverständnis ihrer Bewohner im 19. und 20. Jahrhundert. In: Franz Staab (Hrsg.): Die Pfalz. Probleme einer Begriffsgeschichte vom Kaiserpalast auf dem Palatin bis zum heutigen Regierungsbezirk. Speyer 1990, S. 211–231.

39 Joachim Kermann: Die pfälzischen Abgeordneten in der Frankfurter Nationalversammlung. In: Hans Fenske u.a. (Hrsg.): Die Pfalz und die Revolution. Bd. 1. Kaiserslautern 2000, S. 243–321.

40 August Becker: Die Pfalz und die Pfälzer. Leipzig 1858, S. 37.

41 Ebd.

potismus demokratischer Freiheit“<sup>42</sup>, der die Gleichheit aller auch in der Lebensweise anstrebe.

Ganz selbstverständlich sprachen beide von „der Pfalz“, die jetzt den Grenzen des bayerischen Rheinkreises entsprach. Heiner Haan hat in seinen Forschungen hervorgehoben, dass 1815/16, bei der Schaffung des bayerischen Rheinkreises niemand auf die Idee gekommen wäre, dieses „willkürlich abgetrennte Verwaltungsgebiet“<sup>43</sup> als „Pfalz“ zu bezeichnen. Es hatte bei seiner Übernahme durch Bayern 1816 mehr als 40 ehemals unabhängige politische Einheiten des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation umfasst, von denen zwar der Kurfürst von der Pfalz den größten Besitz gehabt hatte, aber auch das Herrschaftsgebiet des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken, Teile von Kurtrier und Kurmainz sowie die Fürstbistümer Speyer und Gebiete des Fürstbistums Worms gehörten dazu. Ein „tradiertes Gemeinschaftsgefühl“<sup>44</sup> hatte es dort vor der Zeit der Zugehörigkeit zu Frankreich nicht gegeben. Jetzt, also seit den 1840er Jahren, wurde der Begriff „Pfalz“ wie selbstverständlich aufgegriffen und ihre Bewohner als „Pfälzer“ bezeichnet. Hier zeigt sich auch die Wirkmächtigkeit von Verwaltungsgrenzen und Namen für Prozesse der Regionsbildung. Der Name „Pfalz“ und „Pfälzer“ wurde deswegen so populär, weil er an vermeintlich historische Traditionen anknüpfen konnte.

Dieser, durch den Versuch der Integration verschärfte Gegensatz zwischen Region und Zentrale, der die Regionsbildung anstieß und förderte, schwächte sich mit der Reichsgründung 1871 ab. Zentrale gesetzliche Grundlagen wurden nunmehr in Berlin debattiert und entschieden und nicht mehr in München oder Darmstadt. Zudem war vor allem für viele Nationalliberale mit der Reichsgründung eines ihrer Hauptziele erreicht. Celia Applegate hat in ihrer Studie „Zwischen Heimat und Nation“ über die pfälzische Identität deutlich gemacht, dass es insbesondere die nationalliberalen Pfälzer waren, die in dieser Phase den Begriff „Pfalz“ entpolitisierten.<sup>45</sup> Während der Begriff vor der Reichsgründung vor allem eine demokratisch-liberal geprägte Region bezeichnete, wurde er jetzt zu einem nostalgischen Begriff der Heimat, der diesen politischen Gehalt verlor. Romantisch-touristische und historisch weit zurückreichende Artefakte wie etwa die Burgenlandschaft wurden stattdessen in den Vordergrund gerückt.

42 Wilhelm Heinrich Riehl: Die Pfälzer. Ein rheinisches Volksbild. Stuttgart/Augsburg 1857, S. 233.

43 Heiner Haan: Vom Nebenstaat zur Provinz – Bayern und die Pfalz von 1816-1849. In: Friedrich Ludwig Wagner (Hrsg.): Strukturwandel im pfälzischen Raum vom Ancien Régime bis zum Vormärz. Speyer 1982, S. 72–82, hier S. 73.

44 Kreuzt: Identitätsbildung (wie Anm. 38), S. 223.

45 Applegate: Heimat (wie Anm. 37), S. 44.

Diese engeren regionalen Zusammenhänge setzten sich langfristig durch, und der Bezug auf eine gemeinsame liberale Geschichte verschwand allmählich. Dazu trugen auch die Verwaltungsgrenzen sowie die zunehmende Abgrenzung von Frankreich bei. Ein liberaler, französisch geprägter „Fort-schrittsraum“, dessen Bewohner mit zum Teil missionarischem Eifer ihre Er-rungenschaften verteidigen und ausdehnen wollten, hatte ausgedient. Jetzt sprach man kaum noch von einem zusammenhängenden linksrheinischen Rheinland, sondern nur noch von der Pfalz oder Rheinhessen. Der Begriff „Rheinland“ verengte sich damit zusehends auf den Verwaltungsbereich der preußischen Rheinprovinz.<sup>46</sup> Doch auf welche Weise agierten Liberale in einer Region, und welche regionalen Institutionen standen ihnen dafür zur Verfügung?

### III. Regionale Institutionen als liberale Machtbasis

Bisherige Forschungen haben vor allem auf die Herstellung einer regionalen Öffentlichkeit verwiesen, um zu verdeutlichen, auf welche Weise die Liberalen in der Region ihre Ansichten unter das Volk brachten. So hat Herbert Obenaus für das preußische Beispiel auf die Zirkulation von Flugblättern oder Petitionen verwiesen, mit denen die Liberalen ihre Anschauungen verbreitet hätten. Zudem habe man sich über gesellschaftliche Zirkel und Kreise organisiert.<sup>47</sup> Das erscheint mir zu wenig, um den Liberalismus in der Region zu verankern. Im Folgenden sollen daher drei Institutionen bzw. Bereiche im Vordergrund stehen, die mir für die regionale Durchsetzung liberalen Gedankenguts wichtig erscheinen: die regionalen Repräsentativorgane, die Wahlen der Abgeordneten für die Ständekammern und das Vereinswesen.

#### III.1 Departementalrat/Landrat/Provinzialstände als regionale Repräsentativorgane

Unter Departementalrat/Landrat/Provinzialstände fasste 1842 der Jurist und Präsident des Braunschweigischen Landtags Karl Steinacker in seinem Beitrag zu diesem Thema im Rotteck/Welckerschen „Staats-Lexikon“

„alle diejenigen dem Grundsatz der Volksvertretung entsprechenden Gliederungen des entsprechenden Staatsorganismus zusammen, welche als Mittelstufen zwischen der Gemeinde auf der einen Seite und der allgemeinen Landesvertre-

46 Janssen: Rheinland (wie Anm. 16), S. 33; Fenske: Rheinkreis (wie Anm. 38), S. 214 f.

47 Obenaus: Region und politisches Interesse (wie Anm. 26), S. 72–75.

tung oder der Ständeversammlung auf der anderen liegen, und nun theils nach der geographischen Ausdehnung desjenigen Theils vom Staatsgebiete, für welchen sie bestimmt sind, theils nach ihrem historischen Entwicklungsgange, theils auch nach zufälligen Umständen verschieden benannt werden“.<sup>48</sup>

Ein Beispiel für ein solches regionales Repräsentativorgan ist der Rheinische Provinziallandtag.<sup>49</sup> Dieser wurde 1824 per Gesetz in der Rheinprovinz eingeführt. Er war nach Ständen gegliedert, wobei die Wahlen und die Wählbarkeit in den Klassen der Städte beziehungsweise der Landgemeinden an einen hohen Zensus geknüpft waren. Der Provinziallandtag tagte in Düsseldorf und kam 1826 das erste Mal zusammen. Seine Entscheidungsbefugnisse waren relativ gering, doch bot er Möglichkeiten, etwa über Petitionen, Anliegen der Rheinprovinz an den preußischen König zu senden. Er entwickelte sich auf diese Weise „zu einem Sprachrohr der gesamten Provinz“.<sup>50</sup> Die Liberalen verstanden es in der Folgezeit geschickt, diese Plattform für ihre Anliegen zu nutzen.<sup>51</sup> Sie fochten auf den Landtagen für den Erhalt der rheinischen Institutionen und diskutierten dort auch zunehmend politische Reformmöglichkeiten des Staates. Auf diese Weise trug der Provinziallandtag mit seinen Debatten, über die in der Öffentlichkeit berichtet wurde<sup>52</sup>, zur Stärkung eines regionalen Selbstverständnisses als liberal geprägter Raum bei, und er bot den Liberalen auch gewisse Möglichkeiten, ihre Macht zu demonstrieren.

Der Rheinische Provinziallandtag und ähnliche Einrichtungen in den anderen linksrheinischen Gebieten sollten aus liberaler Sicht allerdings nicht dem Partikularismus Vorschub leisten. Dieser war nicht ihr Ziel, denn es ging den meisten Liberalen um eine Reform des Gesamtstaats, nicht um Ab-

48 [Heinrich Friedrich] Karl Steinacker: Provinzialstände, Landrath, Departementalrath. In: Carl von Rotteck/Carl Welcker (Hrsg.): Staats-Lexikon oder Encyclopädie der Staatswissenschaften, Bd. 13. Altona 1842, S. 262–306, hier S. 262. Zum Staatslexikon und seiner Bedeutung für den vormärzlichen Liberalismus siehe Helga Albrecht: Rotteck, Welcker und das „Staats-Lexikon“. In: Ewald Grothe/Hans-Peter Becht (Hrsg.): Karl von Rotteck und Karl Theodor Welcker. Liberale Professoren, Politiker und Publizisten. Baden-Baden 2018, S. 141–156.

49 Steinacker: Provinzialstände (wie Anm. 48), S. 297 ff. Siehe hierzu auch den Beitrag von Ewald Grothe in diesem Band.

50 Michael Müller: Das rheinische Bürgertum zwischen Restauration und Revolution 1815–1848. Zum Kampf um die politische Partizipation im preußischen Staat. In: Dieter Kastner/Georg Mölich (Hrsg.): Die Rheinlande und Preußen. Parlamentarismus, Parteien und Wirtschaft. Köln 1990, S. 103–116, hier S. 113.

51 Ebd. und Gregor Berghausen: Die großbürgerlichen Liberalen im Rheinischen Provinziallandtag 1826–1845. Köln 1994.

52 Die Verhandlungen des Rheinischen Provinziallandtags wurden zwar zunächst nicht veröffentlicht, und preußische Zeitungen durften die Verhandlungen auch nicht wörtlich wiedergeben. Das Verbot wurde jedoch durch nicht-preußische Zeitungen umgangen. Seit den 1840er Jahren war es dann auch für preußische Tageszeitungen erlaubt, die Verhandlungen abzdrukken. Siehe Müller: Bürgertum (wie Anm. 50), S. 114.

spaltung. In diesem Sinne warnte bereits Karl Steinacker im „Staats-Lexikon“ vor einem „übertrieben entwickelte[n] Provinzialismus“, der „zur Auflösung und Zersplitterung des Ganzen“<sup>53</sup> führen könne. Eine zu starke politische Stellung der regionalen Repräsentativorgane fördere den „provinzielle[n] Absonderungsgeist“.<sup>54</sup> Der Krefelder Bankier Hermann von Beckerath betonte 1845 in einer Debatte im Rheinischen Provinziallandtag über die Einführung einer Volksrepräsentation in Preußen, dass nicht der Ausbau des Provinzialsystems die rheinischen Institutionen schützen würde, sondern nur die Einführung eines gesamtpreußischen Repräsentativorgans.<sup>55</sup>

Die im bayerischen Rheinkreis etablierte Regionalvertretung, der Landrat, entsprach stärker als das preußische System dem bereits von Frankreich eingeführten Departementalrat, der sich aus dem Kreis der Höchstbesteuerten des Departements rekrutiert hatte.<sup>56</sup> Seit 1820 wurde das Kollektivorgan des Landrats in indirekter Wahl über Wahlmänner gewählt. Aktives und passives Wahlrecht waren an ein bestimmtes Steueraufkommen gebunden. Die Landratsverhandlungen wurden seit 1828 auch veröffentlicht und waren damit jedem zugänglich. Seit 1848 waren auch die Verhandlungen öffentlich. Der Landrat sollte die Regierung der Pfalz bei der Verwendung der direkten Steuereinnahmen beraten. Neben dieser administrativen Aufgabe hatte er sogenannte repräsentative Funktionen. Er durfte sich über den Zustand des Kreises äußern, die Verwaltung kritisieren oder über Bedürfnisse des Kreises informieren. Er konnte sich dafür, unter Umgehung der Kreisregierung, auch direkt an das Ministerium oder den König in München wenden. Sein Bezug blieb aber immer der Kreis; Wünsche einzelner Bewohner durfte er nicht aufgreifen. Mit seinen Aufgaben wurde der Landrat, analog zum Rheinischen Provinziallandtag, zu einem Sprachrohr für die pfälzischen Interessen unter liberalen Vorzeichen.

So setzte sich der pfälzische Landrat unter anderem für die Pressefreiheit ein oder forderte die Abschaffung der Zölle zur Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums. Auch eine bessere Ausstattung des Kreises mit Schulen sowie eine höhere Bezahlung der Lehrer war dem Landrat ein wichtiges Anliegen. Besondere Popularität erlangte der Landrat durch sein im Mai 1832 an den bayerischen König gerichtetes Schreiben mit der Bitte, das Verbot des Hambacher Fests durch die Kreisregierung wieder aufheben zu lassen. Der Landrat argumentierte auf der Basis der noch geltenden französi-

53 Steinacker: Provinzialstände (wie Anm. 48), S. 265.

54 Ebd., S. 263.

55 Verhandlungen des 8. Rheinischen Provinziallandtages über die Frage der Volksrepräsentation, 10. März 1845. In: Hansen (Hrsg.), Rheinische Briefe (wie Anm. 35), S. 767–835, hier S. 778 f.

56 Hierzu und zum Folgenden: Fritz Dereser: Der Landrat der Pfalz im Vormärz, masch. Diss. Mainz 1954.

schen Gesetze, dass das Festverbot nicht rechtmäßig sei. Die Münchner Regierung gab nach und erlaubte über die Kreisregierung das Fest.<sup>57</sup>

In den 1840er Jahren sprach sich der von liberalen Abgeordneten dominierte Landrat vehement gegen die bayerische Katholisierungspolitik aus, die vor allem mit Hilfe von Klosterneugründungen in der Pfalz durchgesetzt werden sollte. Der Landrat artikulierte auf diese Weise die Unzufriedenheit der pfälzischen Liberalen. Diese fürchteten eine Durchdringung der Pfalz mit katholischen Orden, die aus ihrer Sicht mittelalterliches Gedankengut propagierten und auch in weltliche Bereiche wie etwa die den Gemeinden obliegende Armenfürsorge, eindringen würden. Damit bedrohten diese auch die Sonderrechte der Pfalz. Im Vorfeld der 1848er-Revolution war der Landrat in dieser Beziehung durchaus erfolgreich.<sup>58</sup>

In der Reaktionsperiode nach der 1848er-Revolution entpolitisierte die bayerische Regierung den Landrat zunehmend, der sich seitdem vor allem auf seine Verwaltungsaufgaben konzentrierte. Lediglich bei der Forderung nach einer liberalen Gemeindeordnung in der Pfalz in den 1860er Jahren entfaltete er noch einmal starke politische Aktivitäten.<sup>59</sup>

Am Beispiel des Rheinischen Provinziallandtags und des pfälzischen Landrats zeigt sich, dass das französische Erbe und die neuen administrativen Strukturen Artikulationsmöglichkeiten für die Kreisbewohner boten. Diese waren aber durch einen Zensus beschränkt und konzentrierten sich daher auf die wohlhabenden Schichten. Die Liberalen verstanden es durchaus, die regionalen Repräsentativorgane in ihrem Sinne zu nutzen und für liberale Anliegen auf regionaler Ebene einzutreten. Provinziallandtag und Landrat konnten auf diese Weise liberale Interessen kanalisieren und ihnen durch die Öffentlichkeit auch zu größerer Publizität und Popularität verhelfen. Da in Preußen jedoch die Landesebene als Einflussmöglichkeit wegfiel, diskutierte der Provinziallandtag auch über die Region hinausgehende gesamtstaatliche Themen, wohingegen der pfälzische Landrat ganz auf die Region beschränkt blieb. Eine weitere Möglichkeit, liberale Vorstellungen zu verbreiten und durchzusetzen, stellten Wahlen und die mit ihnen zusammenhängende symbolische Politik dar.

57 Roland Paul: 1816-1851: Stationen der pfälzischen Geschichte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und die Tätigkeit des Landraths der Pfalz von 1816 bis 1851. In: Ulrich Burkhardt u.a. (Hrsg.): 200 Jahre Bezirkstag Pfalz. Das „Parlament der Pfälzer“ im Spiegel der pfälzischen Geschichte. Kaiserslautern 2016, S. 11–83.

58 Türk: Jordan (wie Anm. 36), S. 233.

59 Ebd., S. 302 f.

### III.2 Wahlen als Anknüpfungspunkte für ein liberales Regionalbewusstsein

Auch hier sind zunächst das pfälzische Beispiel und die Wahlen zur bayerischen Kammer der Abgeordneten anzuführen. Diese wurde getrennt nach Ständen gewählt. Für die mehrstufigen, indirekten Wahlen war ein hoher Zensus vorgesehen.<sup>60</sup> Die pfälzischen Wahlmänner kamen dann zu einem festgesetzten Termin in der Kreishauptstadt Speyer zusammen und bestimmten dort aus ihren Reihen eine festgelegte Anzahl von Abgeordneten für die Kammer der Abgeordneten in München.

Die pfälzischen Deputierten agierten im Landtag in der Regel nicht als Repräsentanten eines Standes, wie es im Prinzip gedacht war, sondern als Vertreter der Pfalz und somit als Vertreter einer Region. Sie grenzten sich von den anderen Deputierten ab, denn sie sahen die Pfalz als fortschrittlicher und aufgeklärter an als die restlichen Gegenden Bayerns. Daher entfalteten sie einen missionarischen Eifer, die anderen bayerischen Gegenden mit den pfälzischen liberalen Institutionen zu „beglücken“. Viele Debatten, insbesondere über die Steuerverteilung auf die einzelnen Kreise, machten den besonderen Status der Region deutlich und verstärkten auf diese Weise die Abgrenzungsprozesse.<sup>61</sup>

Interessanterweise sorgten im Pfalzkreis vor allem die Wahlmänner dafür, dass die Bevölkerung über das Agieren der pfälzischen Abgeordneten auf dem Laufenden gehalten wurde. Das wird zum Beispiel deutlich, als die bayerische Regierung dem pfälzischen Advokaten Friedrich Julius Willich 1846 den Urlaub verweigerte, damit er sein Mandat in der Kammer der Abgeordneten nicht wahrnehmen konnte. Auf diese Weise schloss die Regierung zahlreiche oppositionelle Advokaten, die als „Staatsdiener“ galten, von den Kammerverhandlungen aus. Willich kündigte daraufhin an, seinen Beruf aufzugeben, um doch noch an den Kammerverhandlungen teilnehmen zu können. Die bayerische Regierung zog anschließend die Urlaubsverweigerung zurück und genehmigte die Teilnahme Willichs. Dieser wurde insbesondere von seinen Wahlmännern in der Pfalz als Held gefeiert, die eine Dankadresse an Willich für seinen uneigennütigen Schritt verfassten. Darin führten sie aus: „In allen Gauen unserer schönen Pfalz wird Ihr Name mit Stolz genannt; Sie sind unsere Freude, unsere Hoffnung, Sie sind der Mann

60 Hierzu und zum Folgenden: Josef Leeb: *Wahlrecht und Wahlen zur Zweiten Kammer der bayerischen Ständeversammlung im Vormärz (1818–1845)*, 1. Teilband. Göttingen 1996, S. 96 f.

61 Das wird sehr deutlich bei Dirk Götschmann: *Der bayerische Landtag und die Pfalz 1819–1848*. In: Hans Fenske (Hrsg.): *Die Pfalz und Bayern 1816–1956*. Speyer 1998, S. 41–66; Hans Fenske: *Die pfälzische Sonderkultur in der politischen Entwicklung Bayerns bis zur Revolution 1848/49*. In: Karsten Ruppert (Hrsg.): *Wittelsbach, Bayern und die Pfalz: Das letzte Jahrhundert*. Berlin 2017, S. 33–46; Karsten Ruppert: *Die Pfalz im Königreich Bayern: Geschichte, Kultur und Identität*. Stuttgart 2017, S. 33–37.

des Volkes!“<sup>62</sup> Gemeinsam mit den anderen Pfälzer Deputierten werde es ihm sicherlich in München gelingen „im Geiste des Fortschrittes, im Geiste der Aufklärung segensreich zu wirken“.

Wenig später griffen die Wahlmänner eine in den 1840er Jahren populäre Form der „symbolische[n] Politik“<sup>63</sup> auf und organisierten ein Festessen für Willich, mit dem sie auf der regionalen Ebene dessen Einsatz in München feierten. Feste mit ihren Symbolen und Ritualen dienten auf diese Weise der „Bestätigung bestimmter Ziele oder zur Absicherung von Macht“.<sup>64</sup> Bei dem Festessen in Dürkheim kamen neben den pfälzischen Landtagsabgeordneten 200 Gäste zusammen. Die Polizei, die diese verdächtige Aktion penibel überwachte, erstellte eine Gästeliste, aus der hervorgeht, dass vor allem Gutsbesitzer, Kaufleute, Fabrikanten, Advokaten, Notare, Journalisten und Gerichtsboten, also das Besitz- und Bildungsbürgertum, zusammenkamen.<sup>65</sup> In Reden und Dankadressen pfälzischer Orte wurden die Abgeordneten gefeiert und für ihren Kampf gegen die „Gegner des Fortschritts“<sup>66</sup> gelobt. Auf diese Weise bestätigten die Anwesenden die große Bedeutung ihrer Ziele und demonstrierten Stärke und Macht. Gleichzeitig grenzten sie sich in Liedern und Texten von der Zentrale ab und verstärkten die Konstruktion einer „fortschrittlichen“ Region.

Auch in der Rheinprovinz kam es in den 1840er Jahren zu solchen Abgeordnetenfesten. Zunächst bezogen sie sich auf den Provinziallandtag, der zum Beispiel 1843 den Entwurf eines Strafgesetzbuches, das den „Code pénal“ ersetzen sollte, abgelehnt hatte. So trafen sich etwa in Düsseldorf am 4. Juli 1843 450 Personen zu einem regionalen Festessen, um die Abgeordneten zu feiern. Da dort Trinksprüche geäußert wurden, die der Regierung zu weit gingen, verbot die preußische Regierung anschließend alle weiteren Feierlichkeiten zu Ehren der Abgeordneten.<sup>67</sup>

Als 1847 erstmals der preußische Vereinigte Landtag aus den Abgeordneten der Provinziallandtage in Berlin zusammenkam, wollten die Liberalen

62 Entwurf eines Briefes von Ludwig Andreas Jordan an Friedrich Justus Willich, o.O., o.D. [Ende Januar 1846], LaS, V153 (Bassermann-Jordan), Bd. 550. Daraus auch die folgenden Zitate. Zu Willichs Antwort siehe Ludwig Andreas Jordan an Josephine Buhl, 18.2.1846, Bundesarchiv Koblenz, N1754 (Buhl), Bd. 177.

63 Manfred Hettling/Paul Nolte: Bürgerliche Feste als symbolische Politik im 19. Jahrhundert. In: Dies. (Hrsg.): Bürgerliche Feste. Symbolische Formen politischen Handelns im 19. Jahrhundert. Göttingen 1993, S. 7–36, hier S. 7.

64 Ebd., S. 10.

65 Siehe das Verzeichnis von achtzig Teilnehmern des Festessens, die von der Polizei ermittelt werden konnten. In: Landesarchiv Speyer (LaS), H1, Bd. 1090.

66 Flugblatt „An die verehrlichen Herren Abgeordneten der Pfalz bei dem Festmahle in Dürkheim“, Neustadt, 21.6.1846, LaS, H1, Bd. 1090.

67 Hierzu und zum Folgenden Ute Schneider: Politische Festkultur im 19. Jahrhundert. Die Rheinprovinz von der französischen Zeit bis zum Ende des Ersten Weltkriegs (1806–1918). Essen 1995, S. 99–122.

der Rheinprovinz erneut eine zentrale Festveranstaltung zu Ehren der zurückkehrenden Abgeordneten in Düsseldorf durchführen. Ziel war es unter anderem, „den Gesamtwillen einer großen Provinz“<sup>68</sup> darzulegen. Die Feier wurde von der Regierung untersagt, so dass die Empfänge und Festessen für die Abgeordneten nur auf der lokalen Ebene durchgeführt werden konnten. Mit umgedichteten Liedern und Trinksprüchen wurden diese von Teilen der Bevölkerung begeistert empfangen und gefeiert.

Diese Beispiele veranschaulichen, dass überregionale Repräsentativorgane für die Liberalen gute Gelegenheiten darstellten, um ihre Vorstellungen als Interessen der Region einzubringen. Ihre Stärke beruhte daher auf ihrer regionalen Machtbasis. Diese sicherten sie auch durch performative Akte in der Region. Große Teile der Bevölkerung inszenierten und feierten die liberalen Abgeordneten für ihre Arbeit und demonstrierten damit die Einigkeit der liberalen Bewegung in der Region. Dazu trugen auch, wie sich am Beispiel der Pfalz zeigt, die Wahlmänner entscheidend bei, denn sie sahen sich als Vertrauensmänner des Volkes und leiteten aus diesem Selbstverständnis ihr Agieren ab. Wahlen und ihre Inszenierung sowie die Repräsentation der Region im Landtag stellten somit wichtige Anknüpfungspunkte für den regionalen Liberalismus dar.

### III.3 Das Vereinswesen als liberale Plattform

Eine weitere Möglichkeit zur Organisation und Artikulation liberaler Interessen bot auch das regionale Vereinswesen. Nach der Neuordnung der deutschen Länder durch den Wiener Kongress entfaltete sich unter anderem ein landwirtschaftliches Vereinswesen, das zum Teil auf Ansätze aus dem 18. Jahrhundert zurückgreifen konnte. In den landwirtschaftlichen Vereinen waren neben Landwirten vor allem engagierte Wirtschaftsbürger und Beamte vertreten. Ihnen ging es darum, die Landwirtschaft rational, auf systematischer Grundlage zu betreiben. Tradition und Glaube sollten in der Landwirtschaft auf den Prüfstand kommen und auf der Basis von wissenschaftlichen und praktischen Erkenntnissen sollte die Produktion verbessert werden. Diese Ansätze zielten auch auf die Errichtung einer liberalen, auf den Markt ausgerichteten Ordnung im agrarischen Bereich.<sup>69</sup>

Da die Regierungen einerseits die Verbesserung der Landwirtschaft und die erwartbaren Ertragssteigerungen begrüßten, andererseits aber das politi-

68 Zitiert nach ebd., S. 116.

69 Marion W. Gray: From the Household Economy to “Rational Agriculture”. The Establishment of Liberal Ideals in German Agricultural Thought. In: Konrad H. Jarausch (Hrsg.): In Search of a Liberal Germany. Studies in the History of German Liberalism from 1789 to the Present. New York 1990, S. 25–54.

sche Potential der Vereine fürchteten, nahmen sie die Landwirtschaftlichen Vereine häufig ans Gängelband. So war etwa der Landwirtschaftliche Verein in Bayern staatsnah organisiert.<sup>70</sup> Auch in Hessen-Darmstadt hatte die Regierung eine starke Aufsicht. Sie ernannte zum Beispiel den Präsidenten des Landwirtschaftlichen Vereins für die Provinz Starkenburg. Dieser bildete gemeinsam mit einem hauptamtlichen Sekretär das Zentralbüro des Landwirtschaftlichen Vereins, das dem Justizministerium unterstand.<sup>71</sup> Die Vereine hatten zwar eine Zentrale auf Landesebene, waren aber vor allem über die einzelnen Regionen organisiert. Dieser regionale Zuschnitt barg durchaus Potential. So kamen zum Beispiel in der Pfalz die liberalen Gutsbesitzer im Landwirtschaftlichen Verein der Pfalz zusammen, so dass sich Wirtschaft und Politik verbinden ließen.

Besonders virtuos nutzte der spätere Präsident der Deutschen Nationalversammlung von 1848, Heinrich von Gagern, dieses Instrument. 1845 wurde er zum Präsidenten des Landwirtschaftlichen Vereins von Rheinhessen gewählt. Als Vizepräsident amtierte der liberale Landtagsabgeordnete Franz Joseph Brunck und als Sekretär der liberale Abgeordnete und Gutsbesitzer Theodor Langen. Der Verein war somit fest in liberaler Hand. Durch sein Engagement im Landwirtschaftlichen Verein Rheinhessens konnte Gagern auch politische Gegner von sich überzeugen, und es gelang ihm auch, durch seine Popularität bei der Landbevölkerung 1847 in den Darmstädter Landtag gewählt zu werden.<sup>72</sup> Um das liberale Engagement in der Region genauer in den Blick zu bekommen, ist es also auch notwendig, das regionale Vereinswesen zu untersuchen, denn dort fanden sich Ansatzpunkte, um liberale Positionen zu verbreiten und die eigene Machtbasis auszubauen.

#### IV. Fazit

Ausgangsbasis des Aufsatzes war zunächst die Feststellung, dass es Regionen nicht an sich gibt, dass sie nicht existieren, weil zum Beispiel eine bestimmte Volksgruppe dort lebt, wie sie die Volkskunde im 19. Jahrhundert noch meinte, identifizieren zu können. Stattdessen sind Regionen Konstrukte, die bestimmten Zwecken dienen. Dabei wird die Schaffung von Regionen

70 Stefanie Harrecker: *Der Landwirtschaftliche Verein in Bayern 1810–1871*. München 2006.

71 Gerhard Armbrüster: *Der Landwirtschaftliche Verein für Rheinhessen unter der Präsidentschaft Heinrich von Gagerns*. Bechtolsheim 1966.

72 Mahlerwein: *Rheinhessen* (wie Anm. 19), S. 212; Frank Möller: *Heinrich von Gagern. Eine Biographie*, unveröffentlichte Habilitationsschrift. Jena 2003, S. 152 f.; Thomas Goller/Gerold Bönnen (Hrsg.): *Was Deutschland im Großen, das ist Osthofen im Kleinen. Die Tagebücher von Johann Weißheimer II. (1797–1883)*. Darmstadt 2016, S. 332 f.

häufig mit historischen Argumenten unterfüttert, um ihnen „höhere“ Legitimität zu verleihen.

Am Beispiel der drei linksrheinischen Regionen Rheinbayern, Rheinhesse und Rheinpreußen zeigt sich, dass sich die dortigen Einwohner nach dem Wiener Kongress aufgrund ihres gemeinsamen französischen Erbes noch übergreifend als Rheinländer verstanden. Das diente vor allem der Abgrenzung von den drei neuen Landesherren, deren Integrationsbemühungen immer auch die liberalen rheinischen Sonderrechte bedrohten. Dieses breite Verständnis fußte zudem auf einem entsprechenden Kommunikationsraum. Die Liberalen standen untereinander in Verbindung und beobachteten die Entwicklungen bei den Nachbarn sehr genau. Mit der Zeit drängten die administrativen Grenzen und die Selbst- und Fremdzuschreibungen das übergreifende rheinländische Bewusstsein jedoch zurück, so dass man sich immer stärker als Pfälzer, Rheinhesse oder Rheinländer sah. Letzteres wurde zunehmend exklusiv für die preußische Rheinprovinz verwendet.

An diesen Regionsbildungsprozessen in den linksrheinischen Gebieten waren Liberale zentral beteiligt. Diese rekrutierten sich überwiegend aus dem Wirtschafts- und Bildungsbürgertum, denn die liberalen französischen Reformen waren ihnen zugutegekommen. Diese neue Elite fürchtete restaurative Tendenzen unter den neuen Landesherren und vertrat daher einen offensiven Liberalismus, der darauf abzielte, eine Anpassung der anderen Landesteile an die rheinischen Regionen zu erreichen. Die von ihnen angestoßenen und beförderten Regionsbildungsprozesse dienten dazu, ihnen eine Machtbasis zu verschaffen. Auf dieser aufbauend, konnten sie ihre Interessen als Interessen der Region gegenüber der Zentralregierung vertreten. Die Verbindung von Region und liberaler politischer Einstellung gelang zunächst, wie man an den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung 1848 sehen kann, sehr gut. Der liberale Gehalt der Regionsbezeichnung schliff sich dann jedoch langsam ab. Vor allem die Reichsgründung trug hierzu bei, ebenso wie die zunehmende Abgrenzung von Frankreich. Dadurch erschien eine Berufung auf liberale französische Grundlagen inopportun.

Für die Liberalen boten politische Institutionen, Inszenierungen oder das Vereinswesen Artikulationsmöglichkeiten auf regionaler Ebene. Man konnte auf diese Weise das Selbstverständnis als liberale Region stärken und gleichzeitig liberale Positionen in den politischen Entscheidungsprozess einspeisen und zum Teil auch durchsetzen. Eine Analyse der Verbindung von Region und Liberalismus bietet daher auch die Chance, nach den Möglichkeiten der Machtentfaltung für die Liberalen auf der mittleren Ebene zwischen Gemeinde und Gesamtstaat zu fragen. Hier scheint es so, dass es vor allem diese mittlere Ebene den Liberalen erlaubte, ihre Vorstellungen zu verbreiten und staatliche Stellen zu beeinflussen. Dieser „Regionalliberalismus“ war allerdings kein Selbstzweck, sondern zielte auf größere Verwaltungseinheiten.

Er ist nicht zu verwechseln mit dem Partikularismus, der nur als (negative) Extremform entstand. In seiner Breite zielte der regionale Liberalismus auf eine starke Stellung der Region im gesamtstaatlichen Gefüge. Die liberalen Regionen sollten auf diese Weise als Vorbild für die anderen Regionen dienen und einer Liberalisierung des Gesamtstaates Vorschub leisten.



## Nationale Volksbewegung, bürgerliche Interessenpartei, gesellschaftliche Reformkraft. Der Liberalismus am Rhein

Im Herbst 1817 besuchte der preußische König Friedrich Wilhelm III. seine neuen Provinzen am Rhein. Das Rheinland war im Wiener Kongress 1815 Preußen zugesprochen worden. Auf beiden Seiten hielt sich die Begeisterung darüber in recht engen Grenzen. Aber man war doch bereit, es miteinander zu versuchen – also beschnupperte man sich gegenseitig. Anlässlich des königlichen Besuchs übergab die Stadt Trier eine Bittschrift. Deren Inhalt wurde dann von einer Denkschrift aufgegriffen, die der Kölner Stadtrat dem Monarchen zuleitete. Später folgten auch noch Koblenz und Kleve. Der Inhalt all dieser Adressen stimmte weitgehend überein. Die Städte erbaten darin „unbeschränkte Freyheit in Ausübung des Handels und der Gewerbe, Entfernung des Feudalsystems, gleiche Vertheilung der Staats- und öffentlichen Lasten [also die Beseitigung der Privilegien des Adels], Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze und dem Richter, Trennung der Gewalten, Unabhängigkeit [!] des Richteramtes, Öffentlichkeit des gerichtlichen Verfahrens, Urtheil durch das Geschworen-Gericht in den Criminal-Prozessen“ und schließlich eine „dem Zeitgeiste gemäße ständische Verfassung“.<sup>1</sup>

Diese Adressen an den preußischen König 1817 gelten mit einigem Recht als Geburtsurkunden des rheinischen Liberalismus. Die meisten darin aufgelisteten Forderungen sind bis heute liberale Grundideen. Anderes ist so selbstverständlich geworden, dass man seinen Ursprung im Liberalismus oft schon weithin vergessen hat – wie etwa die Einrichtung einer Verfassung.

Eine liberale Partei gab es damals freilich noch nicht. Urheber der Forderungen an den preußischen König waren vielmehr die Räte der genannten rheinischen Städte. Die Ratsherren waren gewählt nach ziemlich exklusivem und elitärem Wahlrecht, das Besitzende bevorzugte. Allerdings gingen die Verfasser der Geburtsurkunde des rheinischen Liberalismus davon aus, dass sie für das gesamte Volk sprachen. So hieß es im Protokoll der Kölner Stadtratssitzung, die Forderungen der Adresse an den König seien „Resultat der allgemeinen Volksstimmen“, mit deren „vollen Überzeugungen“ sie überein-

<sup>1</sup> Zitiert nach Jürgen Herres/Georg Mölich/Stefan Wunsch (Hrsg.): Quellen zur Geschichte der Stadt Köln. Band 3: 19. Jahrhundert. Köln 2010, S. 88.

stimmten.<sup>2</sup> Diese frühen rheinischen Liberalen verstanden sich selbst also von vornherein als Repräsentanten einer Volksbewegung.

Der Liberalismus wurzelt letzten Endes in der Philosophie der Aufklärung. Immanuel Kants berühmte Definition dieser Philosophie als „Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“ war und ist seine Leitschnur. Das Streben nach Freiheit des Individuums ist bis heute der wichtigste Antrieb von Liberalen. Der Mensch ist freilich auch ein soziales Wesen, ein Herdentier. Er braucht einen kollektiven Rahmen. Für die rheinischen Urliberalen von 1817 konnte dieser Rahmen einstweilen der preußische Staat sein. Auf die Dauer sollte aber dieser Rahmen von der Nation gebildet werden, von einem deutschen Nationalstaat. Das Selbstverständnis der rheinischen Liberalen war das einer nationalen Volksbewegung.<sup>3</sup>

Das sahen Liberale in anderen Teilen des deutschen Sprachraums nicht wesentlich anders – ob in Kants Königsberg, in Berlin, in Baden, Bayern oder auch in Österreich. Aber zumindest in Preußen war der rheinische Liberalismus etwas Besonderes, und zwar aus zwei Gründen:

Zum einen war das Rheinland bis 1815 mehr als zwei Jahrzehnte lang ein Teil von Frankreich gewesen. Das hatte nicht nur die bereits vorher präsenten Ideen der Aufklärung verstärkt. Unter den Regierungen der französischen Revolutionäre und später unter Napoleon waren auch bereits Dinge wie Gewerbefreiheit und Säkularisation des Kirchenbesitzes in praktische Politik umgesetzt worden. Und vieles davon fand nun auch Eingang in die Forderungen an den preußischen König.

Zum anderen war das Rheinland die wirtschaftlich am weitesten entwickelte Provinz Preußens. Nirgendwo im Königreich war der Anteil der im Gewerbe tätigen Bewohner so hoch wie hier. Nirgendwo in Preußen waren Textilbetriebe, die erste Leitbranche der industriellen Revolution, bereits so häufig und so groß wie am Rhein. Nirgendwo wurde auch mehr Stein- und Braunkohle gefördert und verarbeitet als hier. Und es waren gerade die Liberalen, die in diesen Gewerbebezügen besonders aktiv waren.<sup>4</sup>

Das Rheinland repräsentierte damit aus geographisch-historischen wie aus wirtschaftlichen Gründen von allen preußischen Provinzen am meisten die Zukunft des Landes. Rheinische Liberale sollten deshalb in der preußischen Politik der nächsten Jahrzehnte eine gewichtige Rolle spielen. Und Politikern aus dem Rheinland kam in der Geschichte des Liberalismus und der liberalen Parteien in Deutschland immer wieder führende Bedeutung zu.

2 Ebd.

3 Thomas Theuringer: Liberalismus im Rheinland 1780-1818. Voraussetzungen und Ursprünge im Zeitalter der Aufklärung. Frankfurt/Main 1998.

4 Elisabeth Fehrenbach: Rheinischer Liberalismus und gesellschaftliche Verfassung. In: Wolfgang Schieder (Hrsg.): Liberalismus in der Gesellschaft des deutschen Vormärz. Göttingen 1983, S. 273f. Vgl. auch den Beitrag von Ulrich Soénius in diesem Band.

Freilich gab es noch keine liberalen Parteien. Es gab einstweilen nur eine liberale Bewegung – eine kleine und fluktuierende Gruppe von Personen, die ähnliche Überzeugungen teilten und sich deshalb wiederholt informell zusammenfanden. Das geschah etwa im sogenannten Kölner Montagskränzchen. In den 1820er Jahren richtete der preußische König dann in den meisten preußischen Provinzen Landtage ein. Der rheinische Provinziallandtag wurde zur neuen wichtigen Arena der Liberalen aus der Region.<sup>5</sup>

In den 1820er und 1830er Jahren waren deren Sprecher vor allem Juristen. Im folgenden Jahrzehnt wurde der rheinische Liberalismus dann aber mehr und mehr zu einer Bewegung, in der das aufstrebende Wirtschaftsbürgertum dominierte. Zu den führenden Persönlichkeiten gehörten in dieser Zeit der Wollhändler David Hansemann aus Aachen, der Kölner Kaufmann Ludolf Camphausen und der aus einer Krefelder Familie von Textilfabrikanten stammende Gustav Mevissen. Auch der ebenfalls aus Krefeld gebürtige Bankier Hermann von Beckerath und der Elberfelder Bankier August von der Heydt zählten während der 1840er Jahre zum Führungskreis der Bewegung.

Weder die Zusammensetzung des rheinischen Provinziallandtags noch die des 1847 einberufenen Vereinigten preußischen Landtags, in dem rheinische Liberale ebenfalls eine wichtige Rolle spielten, lässt allerdings ohne weiteres Rückschlüsse auf die Verwurzelung des Liberalismus in der breiten Masse der Bevölkerung zu. Wie dasjenige zu den Stadträten war auch das Wahlrecht zu rheinischem und preußischem Landtag extrem restriktiv. Im Rheinland besaßen nur 4 bis 5 Prozent der Bevölkerung überhaupt das aktive Wahlrecht zum Provinziallandtag. Lediglich ein halbes Prozent hatte das passive Wahlrecht, durfte sich also wählen lassen.<sup>6</sup> Rekrutierten schon die Wähler sich aus dem vermögenderen Teil der Bevölkerung, so galt das für die Gewählten erst recht. Die Probe aufs Exempel darauf, ob der rheinische Liberalismus damals tatsächlich bereits eine nationale Volksbewegung war, wie es seine Wortführer beanspruchten, wurde erst 1848 gemacht.

Nach der Revolution im März kam es im Mai 1848 erstmals zu allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen zur preußischen und zur deutschen Nationalversammlung. Die Wahlen in Preußen erfolgten in beiden Fällen indirekt: Zunächst wurden in einem ersten Wahlgang Wahlmänner gekürt, und diese wählten dann erst die Abgeordneten. Für die Repräsentanten des Liberalismus im Rheinland war das Ergebnis überraschend. Denn in der Provinz wurden viele katholische Abgeordnete gewählt, die keine engeren Verbindungen zu ihnen hatten.

5 Vgl. dazu den Beitrag von Ewald Grothe in diesem Band.

6 Gregor Berghausen: Die großbürgerlichen Liberalen im Rheinischen Provinziallandtag 1826-1845. Köln 1994, S. 55.

Führende rheinische Liberale waren jedoch schon im März 1848 in höchste preußische Staatsämter berufen worden.<sup>7</sup> Zehn Tage nach den Barrikadenkämpfen in Berlin, am 29. März, hatte Friedrich Wilhelm IV., der 1840 seinem gleichnamigen Vater als preußischer König nachgefolgt war, Ludolf Camphausen zum Ministerpräsidenten ernannt. David Hansemann übernahm den Posten des Finanzministers. Camphausen trat allerdings bereits nach knapp drei Monaten am 20. Juni 1848 wieder von seinem Amt zurück, weil er seine auf Vermittlung zwischen Konservativen und linken Demokraten gerichtete Politik gescheitert sah. Hansemann blieb noch bis Anfang September auf seinem Posten. August von der Heydt trat im Dezember 1848 als Handelsminister in das preußische Kabinett ein. Sowohl von der Heydt als auch das Kabinett hatten sich zu diesem Zeitpunkt allerdings schon deutlich von liberalen Ansichten entfernt.

Rheinische Liberale in der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt waren daran beteiligt, dass dem preußischen König 1849 die deutsche Kaiserkrone angeboten wurde. Ludolf Camphausen, mittlerweile preußischer Gesandter bei der deutschen Zentralgewalt in Frankfurt, vermittelte. Friedrich Wilhelm IV. lehnte die Krone jedoch ab, nachdem er sich schon vorher von den liberalen Ministern in Preußen wieder zunehmend entfernt hatte, und zerschlug mit militärischen Mitteln die revolutionäre Bewegung. Die zeitweilige Annäherung an den Liberalismus war für den preußischen König nur ein taktisches Manöver gewesen, um der Bedrohung durch die Revolution zu begegnen.

In dem nun vom König einseitig verordneten, „oktroiierten“ preußischen Landtag kam den Liberalen aber bald wieder große Bedeutung zu. In den 1850er Jahren war zwar zeitweilig unter den Abgeordneten aus dem Rheinland eine katholische Fraktion stark vertreten. Während der 1860er Jahre dominierten dann aber unter rheinischen Mandatsträgern wieder Liberale. Das war nicht allein dem 1850 in Preußen eingeführten ungleichen Dreiklassenwahlrecht geschuldet. Denn dieses begünstigte die Besitzenden und hatte zunächst zu einer katholischen Dominanz unter den rheinischen Mandatsträgern geführt. Allerdings konnten die Liberalen gleichzeitig schon ihre Position in Städten wie Köln ausbauen.<sup>8</sup>

Der entscheidende Hintergrund des Wiederaufstiegs der Liberalen im preußischen Abgeordnetenhaus war die sich seit 1860 vertiefende Auseinandersetzung zwischen dem Parlament und der Krone. Wilhelm I., der 1858 für seinen Bruder Friedrich Wilhelm IV. die Regentschaft übernahm und ihm 1861 als König nachfolgte, bestand auf völliger Kontrolle in Militärfragen.

7 Vgl. dazu den Beitrag von Bärbel Holtz in diesem Band.

8 Beate-Carola Padtberg: Rheinischer Liberalismus in Köln während der politischen Reaktion in Preußen nach 1848/49. Köln 1985.

Eine selbstbewusster agierende liberale Parlamentsmehrheit pochte dagegen auf ihr Budgetrecht, auch was die Ausgaben für die Armee anging. Je mehr diese Auseinandersetzung sich zu einem regelrechten Verfassungskonflikt auswuchs, desto mehr konnten die als Antagonisten des Monarchen auftretenden Liberalen sich als Volksvertreter profilieren. Durch Feste, Bankette und Versammlungen nutzten sie vor allem in den Städten die Möglichkeiten zur Mobilisierung des Bürgertums und breiterer Bevölkerungskreise.<sup>9</sup>

1861 kam es so zur Gründung der ersten Partei in Preußen und Deutschland: die der liberalen Fortschrittspartei. Anders als noch in der preußischen liberalen Bewegung bis 1849 spielten rheinische Liberale in der Fortschrittspartei zunächst freilich keine führende Rolle.<sup>10</sup> Seit den 1870er Jahren stieg allerdings ein Rheinländer zur führenden Persönlichkeit der Partei auf: Eugen Richter. 1838 in Düsseldorf geboren, dort und in Koblenz aufgewachsen, studierte Richter Jura in Bonn und absolvierte eine Ausbildung als Rechtsreferendar in seiner Geburtsstadt. Gerade einmal 25-jährig zum Bürgermeister von Neuwied gewählt, scheiterte seine Ernennung an seiner oppositionellen Haltung. Seit Mitte der 1860er Jahre arbeitete er als politischer Journalist und wurde so zu einem der ersten deutschen Berufspolitiker. Zwischen den späten 1860er Jahren und seinem Tod 1906 war er stets Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses und des Reichstags, dem er Jahrzehnte als Repräsentant des Wahlkreises Hagen angehörte. Drei Jahrzehnte führte er die Fortschrittspartei und ihre größten Nachfolgeorganisationen.<sup>11</sup>

Als Richter sein erstes Mandat zum Reichstag des Norddeutschen Bundes 1867 gewann, hatte die Fortschrittspartei sich bereits aufgespalten. Mit dem preußischen Sieg über Österreich im „Deutschen Krieg“ von 1866 war die Vorentscheidung über die Gründung eines deutschen Nationalstaats unter preußischer Führung gefallen. Ein Teil der Liberalen in Preußen arrangierte sich daraufhin mit der Monarchie und ihrem Ministerpräsidenten Otto von Bismarck. Mit der Gründung der Nationalliberalen Partei veränderten sich die Mehrheitsverhältnisse in den Parlamenten zugunsten der Regierung, der preußische Verfassungskonflikt wurde beendet.

Einer der Führer der nationalliberalen Abspaltung war der 1824 in Essen geborene und aufgewachsene Friedrich Hammacher. Hammacher illustriert wie wenige andere Politiker die zuweilen schillernde Natur des rheinischen

9 Thomas Parent: Passiver Widerstand im preußischen Verfassungskonflikt. Die Kölner Abgeordnetenfesten. Köln 1982.

10 Gerhard Eisfeld: Die Entstehung der liberalen Parteien in Deutschland 1858-1870. Hannover 1969.

11 Ina Susanne Lorenz: Eugen Richter. Der entschiedene Liberalismus in wilhelminischer Zeit 1871 bis 1906. Husum 1981; Ralph Raico: Die Partei der Freiheit. Studien zur Geschichte des deutschen Liberalismus. Stuttgart 1998, S. 87-153; Jürgen Frölich: Eugen Richter (1838-1906), liberaler Parlamentarier im Kaiserreich. In: Portal Rheinische Geschichte (http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoentlichkeiten/R/Seiten/EugenRichter.aspx).

Liberalismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Während seines Jurastudiums in Bonn hatte er Kontakte zu sozialistischen Gruppen. 1848 stand er als überzeugter Demokrat auf der äußersten Linken des damaligen politischen Spektrums. Nach monatelanger Haft wurde er 1850 aus dem Staatsdienst entfernt, auch die Zulassung als Anwalt blieb ihm versagt. Während der 1850er Jahre engagierte Hammacher sich kommunalpolitisch in verschiedenen Ruhrgebietsstädten und wurde unter anderem zum Mitgründer des Kohlenbergwerks Pluto in Wanne-Eickel. Politisch rückte er zunehmend nach rechts. 1863 zunächst für die Fortschrittspartei in das preußische Abgeordnetenhaus gewählt, wurde er drei Jahre später einer der Mitbegründer der Nationalliberalen Partei, der er dann bis zu seinem Tod 1898 in führender Position angehörte.<sup>12</sup>

Die Gründung der Nationalliberalen Partei markierte den Beginn einer langen Geschichte von Spaltungen, Fusionen und erneuten Spaltungen in der liberalen Bewegung, die bis 1933 andauern sollten. Allerdings war das nicht zuletzt auch Ausdruck und Erbe des individualistischen Weltbilds der frühen Liberalen, die sich nur schwer in das anbrechende Zeitalter der politischen Apparate einfügen mochten. Die formale Trennung hielt zudem Nationalliberale und die Erben der Fortschrittspartei, die meist mit dem zusammenfassenden Etikett „linksliberal“ bezeichnet wurden, nicht davon ab, in den folgenden Jahrzehnten oft eng miteinander zusammenzuarbeiten. Auf lokaler Ebene war diese Kooperation besonders eng, auch nach 1866 gab es in vielen Städten und Gemeinden oft nur einen liberalen Verein.

Im Rheinland waren beide liberalen Richtungen während der 1870er Jahre besonders stark vertreten. Das galt nicht nur für die Repräsentanz in den Parlamenten. Es galt anfangs auch für die Verwurzelung in der breiten Masse der Bevölkerung. Deutlich wurde dies in den zweiten allgemeinen und gleichen Wahlen in der deutschen Geschichte nach 1848, denen zum Reichstag des Norddeutschen Bundes von 1867.

Diese Wahlen erbrachten ein geradezu spektakuläres – und seitdem nie mehr erreichtes – Ergebnis für die Liberalen. Etwa die Hälfte der Wähler stimmte für sie. In der preußischen Rheinprovinz fiel das Ergebnis noch deutlich imposanter aus: Mehr als sechzig Prozent machten hier im August 1867 ihr Kreuzchen bei einer liberalen Partei. Der Liberalismus war nun tatsächlich eine nationale Volksbewegung geworden. Und im Rheinland war er das noch einmal deutlich mehr als in anderen Regionen.<sup>13</sup>

12 Alex Bein/Hans Goldschmidt: Friedrich Hammacher. Lebensbild eines Parlamentariers und Wirtschaftsführers 1824–1904. Berlin 1932.

13 Detaillierte Wahlergebnisse nach den amtlichen Angaben gut zugänglich zusammengestellt bei [wahlen-in-deutschland.de](http://wahlen-in-deutschland.de) (eingesehen 19.2.2018). Vgl. hierzu auch die Beiträge von Jürgen Frölich und Helmut Rönz in diesem Band.

Allerdings konnten die Liberalen in Deutschland insgesamt wie auch im Rheinland sich nur kurz in dem Bewusstsein sonnen, die große Mehrheit der Bevölkerung hinter sich zu haben. Bei den Wahlen vom August 1867 erzielten sie das beste Ergebnis, das sie in der Region bei demokratischen Wahlen jemals erreichen sollten. Der Status einer nationalen Volksbewegung ging, kaum war er gewonnen, ihnen schon bald wieder verloren. Paradoxerweise war es gerade der Abschluss der von den Liberalen heiß ersehnten nationalen Einigung, der den Hintergrund für den beginnenden Abstieg bot.

1870/71 kam es zum deutsch-französischen Krieg. Im Taumel nationaler Begeisterung schlossen sich die süddeutschen Staaten dem Norddeutschen Bund an. Das Deutsche Reich entstand. 1871 wurde der Reichstag erstmals gesamtdeutsch gewählt. Das geschah nach demselben allgemeinen, gleichen und direkten Männerwahlrecht wie vier Jahre zuvor bei den Wahlen zum Norddeutschen Reichstag. Doch 1871 ging der Anteil der für die liberalen Parteien abgegebenen Wählerstimmen besonders im Rheinland empfindlich zurück.

Im Reichsdurchschnitt musste der Liberalismus zwar auch Stimmenverluste hinnehmen. Diese hielten sich allerdings in engen Grenzen: 1871 entfielen immer noch fast die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf liberale Organisationen. In der preußischen Rheinprovinz halbierte sich der liberale Wähleranteil dagegen – von 1867 etwa 60 auf nun nur noch rund 32 Prozent.

Während der nächsten drei Jahrzehnte setzte sich dieser Rückgang des liberalen Anteils an den abgegebenen Stimmen fort. Bei den Reichstagswahlen von 1878 konnten die Liberalen am Rhein lediglich noch ein Fünftel der Wähler für sich gewinnen. In den 1880er Jahren stieg ihr Stimmenanteil dann zwar vorübergehend wieder etwas an. Bis zur Jahrhundertwende sank er jedoch weiter – auf den Tiefstwert von gerade einmal 15 Prozent bei den Wahlen von 1887 und 1893. Im Reich als Ganzes verloren die liberalen Parteien nach 1871 ebenfalls stärker an Wählern. Aber hier schnitten sie doch noch besser ab als im Rheinland: In den 1890er Jahren lagen sie reichsweit immerhin noch bei einem Viertel bis einem Drittel der abgegebenen Stimmen.

Die Ursachen für diese Verluste waren vielfältig. Am wichtigsten war wohl die Konkurrenz der 1870 gegründeten Zentrumspartei. Neben Bayern und Westfalen hatte diese ihre größten Hochburgen im Rheinland. Die Zentrumspartei hatte sich die Verteidigung der Rechte der katholischen Kirche auf die Fahne geschrieben. Zudem verstand sie sich als Interessenvertretung der Katholiken im neuen Deutschen Reich, die mit einem guten Drittel der Bevölkerung eine religiöse Minderheit darstellten. Das Rheinland war dagegen überwiegend katholisch. In den Regierungsbezirken Köln und Trier lag der katholische Bevölkerungsanteil zur Zeit der Reichsgründung bei mehr als vier Fünfteln, im Regierungsbezirk Aachen sogar bei 95 Prozent. Im Ko-

blenzer Regierungsbezirk waren zwei von drei Bewohnern katholisch, im Düsseldorfer drei von fünf.

Die Zentrumspartei gewann aus dem Stand 1871 fast die Hälfte der bei den Reichstagswahlen im Rheinland abgegebenen Stimmen. Bei den nächsten Wahlen 1874 konnte sie ihren Anteil weiter auf zwei Drittel der Stimmen steigern. Das ging größtenteils auf Kosten der Liberalen. Die Verluste der bisher in der Region dominierenden Liberalen waren dort am höchsten, wo die meisten Katholiken wohnten. Allerdings war es nicht zwangsläufig, dass die neue Zentrumspartei den liberalen Parteien die katholischen Wähler abjagte. Dass es dennoch in großem Umfang geschah, hatten die Liberalen sich nicht zuletzt selbst zuzuschreiben.

Mit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 war ein Traum der Liberalen in Erfüllung gegangen. Man hatte sich selbst als Volksbewegung verstanden, für die ein deutscher Nationalstaat eines der wichtigsten Ziele war. Viele, wenn auch nicht alle Liberalen hatten schließlich mit dem preußischen Staat und seinem Ministerpräsidenten Bismarck zusammengearbeitet, um dieses Ziel zu erreichen. Bismarck sah freilich die nationale Einigung auch nach 1871 noch als gefährdet. Als überzeugter Protestant misstraute er in dieser Hinsicht unter anderem der katholischen Bevölkerungsminderheit. Um deren Bindungen an das Papsttum als vermeintlich antinationale Macht zu schwächen, trieb Bismarck direkt nach der Reichsgründung in Preußen und Deutschland deshalb einen Konflikt zwischen Staatsgewalt und Kirchen voran. Er sah darin vor allem einen Machtkampf mit der katholischen Kirche. Diese Auseinandersetzung, von den Zeitgenossen bereits „Kulturkampf“ genannt, hat Bismarck einmal nach den Feldzügen gegen Dänemark 1864, Österreich 1866 und Frankreich 1870/71 als vierten nationalen Einigungskrieg charakterisiert. Und die Mehrheit der Liberalen unterstützte ihn dabei.<sup>14</sup>

Die Motive waren dabei durchaus verschieden. Den liberalen Kulturkämpfern ging es, wie ihren Gesinnungsgenossen in anderen europäischen Staaten, in denen es zu ganz ähnlichen Konflikten kam, eher um eine Säkularisierung der Gesellschaft. Aber ganz frei von antikatholischen Vorurteilen waren auch viele der Liberalen nicht. Zudem wurde der Kampf um Säkularisierung von nicht wenigen mit dem wahren Glaubenseifer von Ideologen geführt.

Besonders in überwiegend katholischen Regionen des Deutschen Reiches wie dem Rheinland erwies sich das für die Anziehungskraft der Liberalen in breiten Bevölkerungsschichten als fatal. In fast rein katholisch geprägten Gebieten wie dem Raum um Aachen verschwand der Liberalismus als politische Kraft nahezu vollständig. Woanders im Rheinland blieb der Liberalis-

14 Vgl. dazu den Beitrag von Norbert Schloßmacher in diesem Band.

mus als politische Bewegung von Bedeutung zwar erhalten. Das Zentrum aber wurde in allen rheinischen Regierungsbezirken stärkste Partei, und blieb das über Jahrzehnte. Nicht allein im Reichstag, sondern auch im preußischen Landtag dominierte unter den Abgeordneten aus dem Rheinland der politische Katholizismus. Die rheinischen Liberalen mussten sich damit abfinden, fortan in den Parlamenten nur noch die zweite Geige zu spielen.

Selbst um diese Position mussten sie jedoch bald bangen. Denn zunehmend sahen sie sich in den wenigen protestantischen Wahlkreisen rechts des Rheins auch der Konkurrenz der Sozialdemokraten gegenüber. Schon 1867, bei den Wahlen zum Parlament des Norddeutschen Bundes, war es in Remscheid-Lennep-Mettmann und Barmen-Elberfeld sozialistischen Kandidaten gelungen, sich gegen Liberale durchzusetzen. Während der nächsten Jahrzehnte waren diese Wahlkreise wie auch der angrenzende Solinger Kreis zwischen den liberalen und sozialdemokratischen Parteien heftig umkämpft. 1893 gewann die SPD erstmals alle drei. Zehn Jahre später eroberte sie auch Essen und das im benachbarten westfälischen Regierungsbezirk Arnsberg liegende Bochum. Bei den letzten Reichstagswahlen im Kaiserreich 1912 schließlich triumphierten die Sozialdemokraten außer im bergischen Städtedreieck in den Großstädten Düsseldorf und Köln – beides traditionelle Zentrumshochburgen mit einem katholischen Anteil von 70 Prozent und mehr an der Bevölkerung.

Zwar hatten die Sozialdemokraten bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus im Rheinland wegen des bis 1918 geltenden Dreiklassenwahlrechts gegen liberale Kandidaten nie eine Chance. Bei den Reichstagswahlen konkurrierte die SPD seit der Jahrhundertwende aber mit dem Liberalismus um die Position der zweitstärksten politischen Kraft in der Region nach dem Zentrum. 1903 und 1912 entschied sie diese Konkurrenz bereits für sich.

Die SPD konnte den Liberalen vor allem in solchen protestantischen Kreisen Mandate abjagen, die städtisch und industriell geprägt waren. Ihr Aufstieg ging vielfach mit der Industrialisierung einher. Wo traditionelles Handwerk durch Fabriken abgelöst, selbstständige Handwerker durch Industrieproletariat verdrängt wurde, verlor der Liberalismus im Rheinland an Boden. Der Bedeutungsgewinn des Klassengegensatzes mit der Industrialisierung führte zu einer Scheidung der Geister: Während Industriearbeiter sich zunehmend zur Sozialdemokratie hin orientierten, neigten bürgerliche Existenzen mehr und mehr nach rechts, zum Nationalliberalismus. Dieser dominierte innerhalb der liberalen Bewegung des Rheinlands zunehmend. Die Erben der Fortschrittspartei versanken in der Region dagegen weitgehend in Bedeutungslosigkeit.

Die soziale Polarisierung durch den Aufstieg der Sozialdemokratie stärkte allerdings teilweise auch die Konservativen auf Kosten der Liberalen. In den

protestantischen Wahlkreisen rechts des Rheins und im Hunsrück entwickelten sich konservative Kandidaten um 1890 teilweise zu ernsthaften Konkurrenten für liberale Mandatsträger. Vorübergehend konnten sich die Konservativen sogar als zweitstärkste politische Kraft vor die Liberalen schieben.

Das war nicht immer und vielfach gar nicht einmal Folge des Bedeutungsgewinns industrieller Klassengegensätze zwischen Bürgern und Arbeitern. Oft war es auch das Resultat davon, dass sich mit der Industrialisierung die Gegensätze zwischen Stadt und Land verschärften. Zudem setzte im späten 19. Jahrhundert eine Globalisierung der Agrarmärkte die rheinischen Landwirte massiver Konkurrenz von jenseits der Grenzen des Deutschen Reichs aus. Die Forderungen aus dem Agrarsektor nach Schutz vor dieser internationalen Konkurrenz wurden für den Liberalismus, der in Stadt und Land Anhänger hatte, überall zu einer Zerreißprobe. Der Niedergang besonders des linken Liberalismus war nicht zuletzt auch die Folge seines Festhaltens am Freihandel, während die Nationalliberalen sich weniger prinzipienfest und pragmatischer verhielten. Unter dem Strich waren es jedenfalls nicht nur liberale Wähler aus bürgerlichen, sondern ebenso aus bäuerlichen Milieus, die vom Konservatismus angezogen wurden.

Die Liberalen verloren so nach allen Seiten Anhänger. Katholiken gingen zum Zentrum über, viele Industriearbeiter und Angehörige der Unterschichten generell zu den Sozialdemokraten, ländliche Wähler und Teile der gesellschaftlichen Eliten an die Konservativen. Übrig blieben vor allem die protestantischen Mittelschichten. Die liberale Bewegung veränderte damit im Lauf des Kaiserreichs ihre Natur: Aus der nationalen Volksbewegung der 1860er Jahre wurde mehr und mehr eine bürgerliche Interessenpartei.

Das zeigte sich auch daran, dass die Verluste der liberalen Parteien dort am höchsten ausfielen, wo das Wahlrecht ein allgemeines gleiches war – bei den Reichstagswahlen. Bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus, wo das ungleiche Dreiklassenwahlrecht Besitzende und damit tendenziell auch die bürgerlichen Schichten privilegierte, schnitten die Liberalen dagegen während des Kaiserreichs meist besser ab. So gewannen die liberalen Parteien bei den preußischen Landtagswahlen 1898 im Rheinland ein knappes Viertel der Stimmen. Bei den Reichstagswahlen im selben Jahr erreichten sie mit einem Stimmenanteil von 17 Prozent dagegen ein deutlich schlechteres Ergebnis.<sup>15</sup> Auch in den Kommunen, wo das Wahlrecht ebenfalls Besitzende begünstigte, konnten die Liberalen in den Mitbestimmungsorganen lange eine stärkere Position bewahren. Erst seit der Jahrhundertwende bröckelten ihre Mehrheiten angesichts von fundamentaler Politisierung

15 Gerhard A. Ritter/Merith Niehuss (Hrsg.): Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871-1918, München 1980, S. 148.

der Bevölkerung bis in die Unterschichten hinein auf lokaler Ebene zunehmend ab.<sup>16</sup>

Die Entwicklung des Liberalismus im Rheinland zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg erscheint daher in vielfacher Hinsicht als eine Geschichte des Niedergangs. Das sahen auch viele Zeitgenossen bereits so. Allerdings beinhaltete der säkulare Wandel von der noch immer weitgehend ländlich und handwerklich geprägten hin zur industriellen Gesellschaft auch Chancen für die liberale Bewegung. Denn mit der zunehmenden Industrialisierung und Verstärkung des Rheinlands nahm nicht nur die Industriearbeiterschaft zu. Auch das Bürgertum wuchs. Und das Bürgertum war von jeher die wichtigste Trägerschicht der liberalen Bewegung in der Region gewesen. War diese zunächst von Angehörigen der freien Berufe, Kaufleuten, Bankiers und Fabrikanten getragen worden, so kamen nun Angestellte und Beamte in immer größeren Zahlen dazu. Diese waren zwar abhängig beschäftigt, sahen sich selbst aber als Bürger.

Um diesen sogenannten „neuen Mittelstand“ zu gewinnen, mussten die Liberalen sich freilich wandeln. Nicht nur waren dafür eine Abkehr von ihrem bisherigen Selbstverständnis als politischer Vertretung der ganzen Nation und eine Neudefinition als bürgerliche Interessengruppe nötig. Der Liberalismus musste sich auch von einer im Grunde immer noch sehr lose organisierten „Bewegung“ hin zu einer modernen Mitgliederpartei entwickeln. Vor allem die Sozialdemokratie konnte in dieser Hinsicht als Vorbild gelten.

Bei den Liberalen herrschten dagegen organisatorisch während des Kaiserreichs noch lange Zeit Honoratiorenstrukturen vor. Neben den Fraktionen in Reichstag und preußischem Abgeordnetenhaus existierten ungefähr bis zur Jahrhundertwende allenfalls lokale Wahlkomitees, die meist nur ad hoc vor Wahlgängen aktiv wurden. Zwar sind spätestens in den 1880er Jahren auch regionale „Parteitage“ bei den Nationalliberalen der Rheinprovinz belegt. Diese dienten allerdings den Abgeordneten und der Parteiführung vor allem als Resonanzboden für die Stimmung in den Lokalvereinen. Bindende Beschlüsse wurden dort nicht gefasst. Die Delegierten waren auch nur selten durch demokratische Wahlen legitimiert. Denn eine Mitgliederorganisation gab es zu diesem Zeitpunkt erst in Ansätzen. Das Abonnement einer Zeitung diente in gewisser Weise als Ersatz für Mitgliedsbeiträge; die ersten Berufspolitiker – wie bei den Linksliberalen Eugen Richter – lebten als Journalisten von der Redaktion parteilich eingefärbter Zeitungen.

Beginnend mit den späten 1890er Jahren bauten die liberalen Parteien im Rheinland dann verstärkt eine moderne Organisation auf. Sie begannen sich nun zu Massenparteien zu wandeln. Hauptamtliche Parteisekretäre wurden

16 Helmuth Croon: Die gesellschaftlichen Auswirkungen des Gemeindevahlrechtes in den Gemeinden und Kreisen des Rheinlandes und Westfalens im 19. Jahrhundert. Köln 1960.

eingestellt. Diese wurden meist von den Wahlkreisvereinen besoldet. Bei den Nationalliberalen stellten diese Vereine im Rheinland 1914 mit insgesamt 65.000 Mitgliedern nahezu ein Drittel aller Mitglieder der Partei im Deutschen Reich. Die nationalliberale Partei der Rheinprovinz gab in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg eine eigene Pressekorrespondenz heraus. Die Linksliberalen waren in der Region schwächer vertreten. Bei ihnen waren die Zahlen der Mitglieder und auch der Parteisekretäre geringer, demokratische Vereinsstrukturen dagegen teilweise schon früher ausgeprägter. Auch bei ihnen gab es im Rheinland besonders viele Ortsvereine. Das organisatorische Übergewicht der Region in der Gesamtpartei war allerdings nicht so stark wie bei den Nationalliberalen.<sup>17</sup>

Auch programmatisch modernisierte sich der Liberalismus: Bei den im Rheinland dominierenden Nationalliberalen war das vor allem ein Verdienst der jungliberalen Bewegung. Um die Jahrhundertwende entstanden, hatte sie sich die Erneuerung des Liberalismus auf die Fahnen geschrieben. Einer ihrer führenden Vertreter war der 1867 in Bergheim geborene Bernhard Falk. Falk machte sein Abitur in Köln und studierte unter anderem in Bonn. Nach einigen Jahren als Rechtsanwalt in Wuppertal wechselte er ans Kölner Oberlandesgericht. In der Domstadt war Bernhard Falk zwischen 1908 und 1930 auch als Stadtrat tätig.

Vorrangiges Ziel von Falk und seinen jungliberalen Mitstreitern war die Öffnung der nationalliberalen Partei, die um 1900 noch stark an einen großbürgerlichen Herrenclub erinnerte, für breite Gesellschaftsschichten. Mittel dabei war zunächst die Propagierung einer fortschrittlichen Sozialpolitik für Arbeiter und Angestellte. Auch in der Finanz- und Steuerpolitik steuerten die Jungliberalen ihre Partei zunehmend erfolgreich auf einen populären Kurs. Statt durch Verbrauchssteuern sollten die Einnahmen von Reich, Einzelstaaten und Gemeinden vor allem aus Besitzsteuern gedeckt werden. Diese Öffnung für sozialliberale Ideen wurde begleitet von einer Wende hin zum demokratischen Liberalismus: Eintreten für Demokratisierung des Wahlrechts in Preußen und Ausbau der Rechte des Parlaments im Deutschen Reich.

Der jungliberale Reformkurs besonders in Verfassungs- und Finanzfragen trug in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg zu einer starken Annäherung von National- und Linksliberalen bei. Aber auch in der Betonung einer na-

17 Eine Untersuchung der Entwicklung liberaler Parteien im Rheinland während des Kaiserreichs ist ein Desiderat. Vgl. neben Thomas Nipperdey: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918. Düsseldorf 1961, S. 86-240, besonders S. 101, 114-117, 187 u. 196, auch Alastair Thompson: Left Liberals, the State, and Popular Politics in Wilhelmine Germany. Oxford 2000, besonders S. 60 und 63; Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland. Frankfurt 1988, S. 133-164; Nationalliberale Korrespondenz für die Rheinprovinz. Köln 1907-1918.

tionalen und Weltmachtspolitik rückten die beiden liberalen Parteirichtungen näher zusammen. Die bisher gegenüber dem Erwerb von Kolonien ausgesprochen kritischen Linksliberalen gaben diese Reserve auf. Für eine nach der Reichsgründung aufgewachsene neue Generation von Politikern wie Bernhard Falk war die Einheit der deutschen Nation ebenso eine Selbstverständlichkeit wie ein selbstbewusstes Auftreten des Deutschen Reiches in der Welt. Im Rheinland, wo Liberale von jeher enge Beziehungen zu global agierenden Handelshäusern unterhielten, galt das erst recht.<sup>18</sup>

Der Erfolg dieser Bemühungen um politische Reformen und Anpassung an den Zeitgeist schlug sich nicht allein in einer Ausweitung liberaler Organisationen nieder. Seit den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts gelang es den liberalen Parteien im Rheinland auch, den seit den 1870er Jahren nach unten zeigenden Trend bei der Entwicklung ihres Wählerstimmenanteils umzukehren. Seit 1898 nahm der Anteil der für die Liberalen abgegebenen Stimmen bei Reichstagswahlen in der Region kontinuierlich zu. Gegenüber den Konservativen und dem Zentrum gewann der Liberalismus in der Wahlbevölkerung wieder an Gewicht. Hatten die liberalen Parteien zusammengenommen 1893 nur 15 Prozent der Wähler auf sich vereinigen können, so waren es bei den beiden letzten Reichstagswahlen vor dem Ersten Weltkrieg 1907 und 1912 jeweils zwanzig Prozent. Damit war es den rheinischen Liberalen am Ende des Kaiserreichs auch gelungen, den Rückstand zum durchschnittlichen Abschneiden des Liberalismus deutschlandweit, an das seit der Reichsgründung der Anschluss verloren gegangen war, zu verringern.

Weltkrieg und Gründung der Weimarer Republik bildeten in vielfacher Hinsicht eine Zäsur. Die Revolution und das Ende der Monarchie wurden auch von einer organisatorischen Neustrukturierung des Liberalismus begleitet. Das Erbe des Linksliberalismus trat die Deutsche Demokratische Partei (DDP) an, während die Deutsche Volkspartei (DVP) die Tradition des nationalen Liberalismus fortsetzte. Die weiterhin fließenden Grenzen zwischen beiden Gruppen wurden aber auch etwa dadurch offensichtlich, dass Bernhard Falk von den Kölner Nationalliberalen zur DDP wechselte. Als deren Mitglied wurde er in die Weimarer Nationalversammlung und 1924 auch in das Preußische Abgeordnetenhaus gewählt. Dort leitete er bis 1932 die Fraktion der DDP.

Die rheinischen Organisationen der liberalen Parteien waren im Vergleich mit denen anderer Regionen Deutschlands in den 1920er Jahren nicht mehr besonders mitgliederstark. Auch in anderer Hinsicht verloren sie ihre Sonderstellung: Ihre Wahlergebnisse glichen sich immer weiter an die woanders

18 Bernhard Falk: Erinnerungen eines liberalen Politikers. Eingeleitet und bearbeitet von Volker Stalman. Düsseldorf 2012; Volker Stalman: Bernhard Falk (1867-1944). Liberaler, Jude und deutscher Patriot. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 24 (2012), S. 161-192; und vgl. den Beitrag von Volker Stalman in diesem Band.

von Liberalen erzielten Ergebnisse an. Freilich gilt das nur relativ zu diesen. In absoluten Zahlen und im Vergleich mit anderen Parteien gingen sie während der Weimarer Republik regional wie national immer weiter zurück. Die positive Trendwende aus den späten Jahren des Kaiserreichs setzte sich also nicht fort. Im Gegenteil: Der Liberalismus verlor nun wie reichsweit auch im Rheinland immer weiter an Unterstützung.

Schon bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 blieben die liberalen Parteien zusammengenommen in allen rheinischen Wahlkreisen wie auch im nationalen Durchschnitt unter den Ergebnissen, die sie noch bei den letzten Reichstagswahlen im Kaiserreich 1912 erzielt hatten. Statt der damals im Rheinland gewonnenen zwanzig Prozent der Stimmen waren es jetzt lediglich gut 15 Prozent. Bis 1928 sank der liberale Stimmenanteil weiter ab: Nur etwa ein Zehntel der rheinischen Wähler machte sein Kreuzchen bei DDP oder DVP. Bei den letzten freien Reichstagswahlen im November 1932 waren es dann gerade noch zwischen 1,7 Prozent im Wahlkreis Düsseldorf-West und 2,7 in Düsseldorf-Ost. Im preußischen Landtag vollzog sich der Abstieg der Liberalen in der Wählergunst weitgehend parallel. Aus der einstigen nationalen Volksbewegung Liberalismus war über die Zwischenstufe einer immer noch einflussreichen bürgerlichen Interessenpartei eine machtlose politische Splittergruppe geworden.

Wie kam es dazu? Die Revolution von 1918 und die Gründung der Republik markierten einen gewaltigen politischen Demokratisierungsschub. Zum einen brachte die Revolution eine Demokratisierung des Wahlrechts zu den Gebietskörperschaften. Das Reichstagswahlrecht wurde jetzt überall eingeführt. Durch die Parlamentarisierung des politischen Systems erhielten die Parlamente zudem einen deutlichen Funktionszuwachs. Schließlich verdoppelte sich durch Einführung des Frauenwahlrechts auch die Zahl der Wähler.

Das zumindest schadete den Liberalen nicht. Denn die jetzt wahlberechtigten Frauen machten ihr Kreuzchen mindestens ebenso oft bei liberalen Parteien wie die Männer. Eher profitierten DDP und DVP noch vom Frauenwahlrecht. Denn die Wählerinnen neigten zumindest während der 1920er Jahre tendenziell dazu, bereits etablierte Parteien zu unterstützen, und entschieden sich seltener als die Männer für neue Kräfte wie die Kommunisten oder die Nationalsozialisten.

Die Demokratisierung in Preußen und in den Kommunen war dagegen schon ein Problem für die Liberalen. Denn hier hatten sie als bürgerliche Parteien bisher vom Dreiklassenwahlrecht profitiert – zwar nicht so sehr wie die Konservativen, aber deutlich mehr als die Sozialdemokraten. Das erklärt allerdings nur die anfänglichen Verluste in der Gründungsphase der Republik, nicht den dauerhaften Niedergang.

Dieser Niedergang dürfte zunächst weniger Folge einer fehlenden Attraktivität liberaler Ideen gewesen sein. Im Gegenteil war er paradoxerweise

eher die Folge davon, dass diese Ideen immer attraktiver geworden waren. Ein gutes Jahrhundert nach den Adressen der rheinischen Städte an den preußischen König Friedrich Wilhelm III. 1817 waren mit der Revolution in der Republik nun auch die letzten Forderungen dieser Adressen durchgesetzt: die Entfernung der Reste des Feudalsystems, die Beseitigung aller adeligen Privilegien, die Gleichheit aller Staatsbürger. Dafür hatten die Liberalen ein Jahrhundert lang gestritten. In gewisser Weise hatte der Liberalismus sich totgesiegt. Seine klassische Existenzberechtigung hatte er verloren. Wenn er als politische Bewegung weiter existieren wollte, musste er sich noch einmal neu erfinden.

Im Grunde hatte dieser Prozess der Neuerfindung schon vor dem Ersten Weltkrieg eingesetzt – mit der Ausrichtung auf die Ideen des sozialen und demokratischen Liberalismus. Dafür standen im Rheinland Persönlichkeiten wie Bernhard Falk. Noch mehr repräsentierte nach dem Krieg der 1878 in Neuss geborene Anton Erkelenz diese Neuausrichtung zu einer Öffnung über die alte bürgerlich-protestantische Klientel hinaus. Katholisch getauft, machte er zunächst eine Lehre im väterlichen Schlosserbetrieb, um dann eine steile Karriere in der liberalen Arbeiterbewegung zu beginnen. 1912 gründete Erkelenz zusammen mit Friedrich Naumann den Reichsverein der liberalen Arbeiter und Angestellten. Als Vorsitzender des Parteivorstands der DDP bemühte er sich in den 1920er Jahren um enge Kontakte zur Sozialdemokratie. Aus Protest gegen die zeitweilige Fusion der DDP mit dem aus einem Freikorps hervorgegangenen, national ausgerichteten und teilweise antisemitisch geprägten Jungdeutschen Orden trat Erkelenz 1930 sogar aus der Partei aus und zur SPD über.

Die Auseinandersetzungen zwischen demokratischem Sozialliberalismus und stärker in der nationalliberalen Tradition stehenden Gruppen prägten schon während der 1920er Jahre die Geschichte beider liberaler Parteien. An ihnen scheiterten wiederholt die Versuche zu einer Vereinigung der verschiedenen Richtungen des Liberalismus zu einer Aktionseinheit. Und diese inneren Konflikte erschwerten es nicht zuletzt auch, bessere Antworten auf die drängenden Probleme der Zeit zu finden.

Diese Probleme waren gewaltig. Der verlorene Weltkrieg hatte dem Deutschen Reich nicht nur die Hypothek des Versailler Friedensvertrages aufgebürdet, den die Gegner der Republik dieser anlasteten. Der Krieg hatte auch eine gigantische Staatsverschuldung hinterlassen, die zusammen mit der Umstellung auf eine Friedenswirtschaft während der frühen 1920er Jahren in die Hyperinflation führte. 1923 beendete die Reichsregierung unter der Kanzlerschaft des Liberalen Gustav Stresemann das dadurch hervorgerufene Chaos durch eine radikale Währungsreform. Die Entscheidung dafür war zu diesem Zeitpunkt wohl alternativlos geworden. Sie entfremdete die liberalen Parteien, die sie wesentlich mitverantwortet hatten, aber von ihrer bürgerli-

chen Stammwählerschaft. Denn deren Ersparnisse wurden durch die Währungsreform, soweit sie nicht in Sachwerten angelegt waren, praktisch völlig entwertet. In der Folgezeit wandte sich das Bürgertum vom Liberalismus ab. Doch die Gewinnung neuer Wählerschichten gelang DDP und DVP kaum.

1929 folgte die Weltwirtschaftskrise. Auch deren Folgen wurden weitgehend liberaler Wirtschaftspolitik angelastet. Obwohl sie ihren Ausgangspunkt in den USA hatte, schadete sie den deutschen liberalen Parteien gewaltig. Sie löste die hektischen organisatorischen Neugruppierungen aus, in deren Folge Leute wie Anton Erkelenz, die Reichskanzler Brüning's Deflationspolitik als krisenverschärfend kritisierten, das liberale Lager verließen. Bernhard Falk blieb in den liberalen Reihen, bis er 1932 sein preußisches Landtagsmandat verlor. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme lösten die liberalen Parteien sich unter massivem Druck der NSDAP im Juni 1933 selbst auf.<sup>19</sup>

Während der zwölf Jahre des „Dritten Reiches“ verhielten sich die ehemaligen Mitglieder liberaler Parteien sehr unterschiedlich. Einige emigrierten – vor allem diejenigen, die wie Bernhard Falk jüdischer Herkunft waren. Andere wie Anton Erkelenz schlossen sich Widerstandskreisen an. Viele arrangierten sich auf die eine oder andere Weise mit dem System. Manche traten auch früher oder später in die NSDAP ein. Die meisten waren politisch nicht aktiv.<sup>20</sup>

Zur letzteren Gruppe gehörte Friedrich Middelhauve. 1896 in Siegen geboren, studierte er in Köln und arbeitete danach als Buchhändler und Verleger in Leverkusen. Während der Weimarer Republik hatte er der Deutschen Demokratischen Partei angehört. 1932 kandidierte er erfolglos in einem Düsseldorfer Wahlkreis für den Reichstag. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Wiederzulassung politischer Parteien wirkte er als erster Vorsitzender des liberalen Landesverbands in der nördlichen Rheinprovinz. Als 1947 ein Landesverband der Freien Demokratischen Partei für Nordrhein-Westfalen entstand, wurde Middelhauve zu dessen Vorsitzenden gewählt und blieb es bis 1956.

Mit ihren Wahlergebnissen knüpfte die rheinische FDP in den späten 1940er Jahren etwa dort wieder an, wo die Liberalen Ende der 1920er gestanden hatten. Im ersten gewählten nordrhein-westfälischen Landtag stellte

19 Ludwig Richter: Die Deutsche Volkspartei 1918-1933. Düsseldorf 2002; Joachim Stang: Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen. Düsseldorf 1994; Linkliberalismus in Preußen. Die Sitzungsprotokolle der preußischen Landtagsfraktion der DDP und DSfP 1919-1932. Eingeleitet und bearbeitet von Volker Stalman. Düsseldorf 2009; Stephanie Günther: Unpolitische Kommunalpolitik? Die Deutsche Volkspartei in der Weimarer Republik. Marburg 2011; Larry Eugene Jones: German Liberalism and the dissolution of the German party system. Chapel Hill 1988.

20 Eric Kurlander: Living with Hitler. Liberal Democrats in the Third Reich. New Haven 2009, vgl. den Beitrag von Keywan Klaus Münster in diesem Band.

sie 1947 fast sechs Prozent der Abgeordneten. Bei den Bundestagswahlen von 1949 und 1953 gewann sie im Land jeweils knapp neun Prozent der Zweitstimmen. Im Landtag erreichten die Freien Demokraten in den frühen 1950er Jahren sogar zwölf Prozent der Mandate. In Rheinland-Pfalz schnitten sie zunächst sogar tendenziell noch etwas besser ab. Im südlicheren Bundesland verlief die Entwicklung des politischen Liberalismus jedoch wesentlich weniger spektakulär, und von hier gingen auch weniger Anstöße für die Partei auf Bundesebene aus.

Die FDP etablierte sich in der Bundesrepublik Deutschland schnell als einzige liberale Partei von Bedeutung. Gegenüber der Zeit des Deutschen Reiches, in der es immer mindestens zwei liberale Organisationen gegeben hatte, änderte sich die politische Landschaft damit einschneidend. Für das Rheinland, wo bis 1933 die nationalliberale Richtung deutlich überwogen hatte, war die Zäsur freilich nicht so groß. Nach 1945 war der national geprägte Flügel hier immer noch stark, während der sozialliberal-demokratisch geprägte „entschiedene Liberalismus“ unter den rheinischen Freien Demokraten anfänglich einen schweren Stand hatte.

Auch Friedrich Middelhaue neigte als Vorsitzender in Nordrhein-Westfalen eher zum nationalen Flügel. Er wollte vor allem konservative Wählerschichten ansprechen und bemühte sich auch um die Integration der Millionen ehemaliger Mitglieder der NSDAP. Seine Politik begünstigte letzten Endes, dass eine Seilschaft alter Nationalsozialisten um den SS-Brigadeführer Werner Naumann, der Joseph Goebbels' rechte Hand gewesen war, die nordrhein-westfälische FDP zu infiltrieren begann. Dem schob die britische Besatzungsmacht jedoch einen Riegel vor, als sie Anfang 1953 die Betroffenen inhaftierte.<sup>21</sup>

Die Partei überlebte diese Krise. Sie konnte sich in der Folgezeit als dritte demokratische Kraft zwischen der Sozialdemokratie und der Neugründung CDU etablieren. Das gelang vor allem deswegen, weil der politische Liberalismus in der Nachkriegsgesellschaft der 1950er Jahre eine bestimmte Nische besetzte. Die deutsche Gesellschaft war mittlerweile weitgehend industrialisiert. Religiöse Gegensätze spielten aber immer noch eine Rolle. Und auch Fragen der Wirtschaftsordnung waren zunächst heftig umstritten. Nach den traumatischen Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise war die Marktwirtschaft unter beträchtlichen Teilen der Bevölkerung auch in Westdeutschland in Verruf geraten. Das von der SPD bis zu ihrem Godesberger Parteitag 1959 zunächst noch vertretene gesamtwirtschaftliche Programm trug dem Rech-

21 Kristian Buchna: Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Middelhaue und die nordrhein-westfälische FDP 1945-1953. München 2010; Kristian Buchna: Friedrich Middelhaue (1896-1966), Verleger und FDP-Politiker. In: Portal Rheinische Geschichte (<http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoennlichkeiten/M/Seiten/FriedrichMiddelhaue.aspx>); und der Beitrag von Buchna in diesem Band.

nung. Während die Sozialdemokraten Gemeinwirtschaft und Trennung von Staat und Kirche propagierten, stellte die CDU die marktwirtschaftliche und an christlichen Werten orientierte Alternative dazu dar. Die FDP zog als „Weltkind in der Mitten“ hingegen jene Wähler an, die säkular dachten, aber eine marktwirtschaftliche Ordnung bevorzugten.

In der Bundespolitik der Bonner Republik kooperierten die Liberalen während der 1950er Jahre eng mit den Christdemokraten. Zu den Befürwortern dieser Zusammenarbeit zählten nicht zuletzt zwei Rheinländer. Der eine, Franz Blücher, war 1896 in Essen geboren und hatte bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs keiner Partei angehört. Es war Blücher, der bei der Gründung der liberalen Partei für die britische Besatzungszone Anfang 1946 den Namen Freie Demokratische Partei vorschlug. 1949 übernahm er den Bundesvorsitz der Partei. Im selben Jahr wurde er Bundesminister und Stellvertreter Adenauers als Bundeskanzler.<sup>22</sup>

Der andere, der 1916 geborene Erich Mende, stammte zwar aus Schlesien, ließ sich als Vertriebener dann aber in Bonn nieder. 1947 gelangte er als Repräsentant der Jungdemokraten in den Vorstand der FDP der britischen Zone. 1949 rückte Mende in den Bundesvorstand der Partei auf. Nachdem die Affäre um Werner Naumann den nordrhein-westfälischen Landesverband erschüttert hatte, setzte er sich gegen Friedrich Middelhaues Wunschkandidaten in einer Kampf Abstimmung als stellvertretender Landesvorsitzender durch. 1956 schloss Mende sich schließlich einer echten Revolte gegen den Kurs der alten Parteiführung an, die nach wie vor auf enge Kooperation mit der CDU setzte: In Düsseldorf stürzten die Freien Demokraten die von den Christdemokraten geführte Landesregierung und verhalfen zumindest kurzfristig erstmals der SPD zur Macht.

Diese Revolte der sogenannten „Jungtürken“ in der Partei hatte auch taktische Gründe: Es ging nicht zuletzt darum zu verhindern, dass Adenauer seinen Plan einer Wahlrechtsreform im Bund durchsetzen konnte, der in Bonn das Aus für die FDP bedeutet hätte. Der Seitenwechsel in Düsseldorf zeigte allerdings, dass ein frischer Wind durch die Reihen der Freien Demokraten am Rhein wehte. Vorbei waren die Zeiten, als der nordrhein-westfälische Landesverband in der Bundespartei als Rechtsausleger gegolten hatte. Die nationalliberalen Traditionen wurden am Rhein zu den Akten gelegt. Die Uhren begannen nun hier anders zu laufen: Der rheinische Liberalismus entwickelte sich zu einer innerparteilichen und gesellschaftlichen Reformkraft.<sup>23</sup>

22 Jürgen Frölich: Franz Blücher (1896-1959), Bundesminister. In: Portal Rheinische Geschichte (<http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoenlichkeiten/B/Seiten/FranzB1%c3%bccher.aspx>).

23 Gerhard Papke: Unser Ziel ist die unabhängige FDP. Die Liberalen und der Machtwechsel in Nordrhein-Westfalen 1956. Baden-Baden 1992; ders.: Liberale Ordnungskraft, nationale

Diese Zäsur lässt sich auch an Personen festmachen. Die Vertreter der nationalliberalen Richtung, die unter den rheinischen Liberalen bisher dominiert hatten, nahmen nun ihren Abschied. Friedrich Middelhaue legte 1956 sein Amt als Vorsitzender der nordrhein-westfälischen Landespartei nieder. Mit dem Auslaufen seines Landtagsmandats zwei Jahre später zog er sich aus der aktiven Politik weitgehend zurück. Franz Blücher trat aus Protest gegen den Koalitionswechsel in Düsseldorf sogar ganz aus der FDP aus. 1960 übernahm Erich Mende den Vorsitz der Bundespartei.

An dem „jungtürkischen“ Aufstand in Düsseldorf war auch ein rheinischer Politiker beteiligt gewesen, der in den nächsten zwei Jahrzehnten die Geschichte des Liberalismus am stärksten prägen sollte: Walter Scheel. Der 1919 im heute zu Solingen gehörenden Höhscheid geborene Scheel zählte zu den Gründungsmitgliedern der FDP im Rheinland. Sein Einfluss trug maßgeblich zum erneuten Wandel des Liberalismus seit den späten 1950er Jahren bei. Die liberale Bewegung hörte zunehmend auf, das „Weltkind in der Mitten“ zu sein – eine Verlegenheitswahl für diejenigen, denen die Christdemokraten zu wenig säkular und die Sozialdemokraten zu wenig marktwirtschaftlich orientiert waren. Stattdessen entwickelte sie sich zum Juniorpartner einer ebenfalls erneuerten SPD.

Das kündigte sich 1956 mit der „jungtürkischen“ Revolte in Nordrhein-Westfalen schon an. Es setzte sich 1966 fort, als die FDP in Düsseldorf erneut eine Koalition mit der Sozialdemokratie einging und dieser damit diesmal für wesentlich länger zur Macht verhalf. Das Düsseldorfer Modell wurde dann drei Jahre später auch bundesweit umgesetzt – was Erich Mende nicht mittragen wollte, weshalb er 1968 als Parteivorsitzender auf Bundesebene durch Scheel abgelöst wurde.

Hinter diesen Neuausrichtungen des Liberalismus standen auch immer taktische Motive, stand auch das Interesse der Partei an Selbsterhaltung und Profilierung. Denn die politische Landschaft verwandelte sich in den 1960er Jahren. Alte gesellschaftliche Gegensätze verblassten. Mit der Etablierung der sozialen Marktwirtschaft und dem Einschwenken der SPD darauf im Godesberger Programm 1959 waren die früheren Kontroversen über Markt- oder Gemeinwirtschaft überwunden. Auch religiöse Fragen verloren in den 1960er Jahren zunehmend an Bedeutung.

Neue Fragen tauchten am Horizont auf. Die Bundesrepublik Deutschland wandelte sich von einer Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft. Nirgendwo wurde das deutlicher als an Rhein und Ruhr, wo bisher ihr industrielles Herz geschlagen hatte. Doch nun trudelten Kohle, Stahl und Textilwirtschaft in eine Krise. Die Zahl industrieller Arbeitsplätze ging zurück. Arbeitslosig-

keit, mit dem Boom des „Wirtschaftswunders“ für überwunden gehalten, wurde erneut zum Problem. Etwa gleichzeitig setzte zwischen den globalen Machtblöcken in Ost und West nach Kuba- und Berlinkrisen eine Entspannung ein. Die Frage nach dem Verhältnis der beiden deutschen Staaten, zwischen denen seit ihrer Gründung 1949 bisher Eiszeit geherrscht hatte, stellte sich damit neu.

Unter Walter Scheels Führung profilierte die FDP sich vor diesem Hintergrund auch als deutschlandpolitische Reformkraft. Scheel war einer der Architekten der neuen Ostpolitik. Bereits als Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit unter Adenauer und Erhard trieb er die Annäherung an die Länder östlich des „Eisernen Vorhangs“ voran. Als Außenminister der Bundesrepublik war er seit 1969 führend an den Gesprächen mit der DDR, Polen, der CSSR und der Sowjetunion beteiligt, die schließlich zu den Moskauer, Warschauer und Prager Verträgen, dem Viermächte- und Transitabkommen und dem Grundlagenvertrag mit der DDR führten.

Auch Bildungsreformen trug die FDP während der späten 1960er und in den 1970er Jahren in Bonn und Düsseldorf wesentlich mit beziehungsweise stieß sie an. Das entsprach dem Ziel, die Bundesrepublik wie das Land Nordrhein-Westfalen für die Herausforderungen der entstehenden Dienstleistungsgesellschaft fit zu machen. Gegenüber den sozialpolitischen Initiativen ihres Koalitionspartners SPD zeigten sich die Liberalen dagegen schon bald skeptischer. Angesichts von nachlassender wirtschaftlicher Dynamik und rapide steigenden Arbeitslosenzahlen wurde aus der Skepsis gegen Ende der 1970er Jahre dann zunehmend kritische Distanz.

Anfang der 1980er Jahre trugen rheinische Liberale dann einmal mehr wesentlich dazu bei, dass die FDP erneut einen Kurswechsel vollzog. Treibende Kraft dabei war der 1926 in Aachen geborene Otto Graf Lambsdorff. Beruflich vor allem als Jurist und Manager in Düsseldorf tätig, gehörte er in den 1970er Jahren als Schatzmeister zum Landesvorstand der Liberalen in Nordrhein-Westfalen. 1977 wurde er Bundeswirtschaftsminister. Von diesem Amt trat er 1984 aufgrund von Vorwürfen im Zusammenhang mit einer Parteispendenaffäre zurück, die später zu einer Verurteilung wegen Steuerhinterziehung führten. Zwischen 1988 und 1993 war er Bundesvorsitzender der FDP.

Als Wirtschaftsminister spielte Lambsdorff eine entscheidende Rolle dafür, dass die Liberalen ihre Koalition mit der SPD beendeten. Im September 1982 veröffentlichte er ein „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“, das den seit langem schwelenden Konflikt in der sozialliberalen Koalition zum Ausbruch brachte. Wenige Tage später traten die FDP-Minister aus dem Kabinett

von Helmut Schmidt aus, und die FDP-Abgeordneten wählten den Christdemokraten Helmut Kohl zum neuen Bundeskanzler.<sup>24</sup>

Damit setzte sich in der liberalen Partei Lambsdorffs Politik neoliberaler Reformen durch, die in Zusammenarbeit mit der SPD nicht zu verwirklichen gewesen war. In Nordrhein-Westfalen hatte die sozialliberale Koalition mit der SPD bereits 1980 durch deren Gewinn der absoluten Mehrheit ein Ende gefunden. Im Land wie im Bund setzt die FDP seitdem auf eine Kooperation mit der CDU. Die von Lambsdorff begonnene Politik ist dabei auch von den beiden nächsten Rheinländern im Vorsitz der Bundespartei, Guido Westerwelle und Christian Lindner, fortgesetzt worden. Seit der Gründung der FDP vor über sieben Jahrzehnten ist diese damit während mehr als der Hälfte ihrer Existenz von rheinischen Politikern angeführt worden.

Die liberalen Wahlerfolge waren in diesen mehr als sieben Jahrzehnten ausgesprochen wechselhaft. Anders als in den Jahren vor 1933 folgte die Attraktivität des Liberalismus für Wähler nach dem Zweiten Weltkrieg keinen klar erkennbaren Trends mehr. Der Anteil der FDP an den Zweitstimmen zur Bundestagswahl lag in Nordrhein-Westfalen zwischen fünf und 15 Prozent. Die Resultate bei Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und NRW blieben durchschnittlich leicht darunter.<sup>25</sup>

Mit der Auflösung traditioneller Milieubindungen haben Stammwählerschaften an Bedeutung verloren. Wahlentscheidungen werden zunehmend von kurzfristigen Stimmungen und taktischen Überlegungen beeinflusst. Er litt die FDP bis in die 1980er Jahre vor allem dann Einbrüche bei Wahlen, wenn sie Bündnispartner wechselte, so verliert sie seit der deutschen Wiedervereinigung insbesondere Stimmen, wenn sie sich in der Regierungsverantwortung befindet. Entsprechend ist in der Partei in letzter Zeit die Neigung gestiegen, Politik aus der Opposition heraus zu machen. Das erschwert allerdings eine weitere Profilierung als konstruktive Reformkraft.

Wie schon während des Deutschen Kaiserreiches und der Weimarer Republik haben die Liberalen im Rheinland auch in der Zeit der alten Bundesrepublik bei Wahlen vergleichsweise schwächer abgeschnitten als im nationalen Durchschnitt. Seit der Wiedervereinigung änderte sich das, weil die FDP in den neuen Bundesländern schwächer dasteht als in den alten. Im letzten Jahrzehnt ist der Prozentsatz der Zweitstimmen, den die Partei bei den Wahlen zum Bundestag gewinnt, in Nordrhein-Westfalen höher als im Bundesdurchschnitt. Zum ersten Mal seit den 1860er Jahren sind Liberale damit in der Region erfolgreicher als in der Nation als Ganzer. 2017 fiel die-

24 Jürgen Frölich: Otto Friedrich Wilhelm von der Wenge Graf Lambsdorff (1926-2009), Manager, liberaler Politiker, Bundesminister. In: Portal Rheinische Geschichte (<http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoenlichkeiten/L/Seiten/OttoGrafLambsdorff.aspx>).

25

ser Abstand sogar deutlicher als je zuvor aus. Ob sich daraus ein Trend entwickelt, bleibt abzuwarten.

Auch die Mitgliederzahl der Partei ist am Rhein trotz seit langem rückläufiger absoluter Werte relativ höher als im nationalen Durchschnitt. In Nordrhein-Westfalen gibt es gemessen an der Einwohnerzahl überproportional viele Parteimitglieder der FDP. Das ist besonders auffällig gegenüber den relativ niedrigeren Mitgliederzahlen in Baden-Württemberg, das unter den Flächenländern lange eine traditionelle Hochburg des Liberalismus war.<sup>26</sup>

Damit scheint der politische Liberalismus im Rheinland gut aufgestellt, um zukünftige Herausforderungen zu bewältigen. Bisher ist ihm das immer wieder gelungen. Schon mehrfach totgesagt, hat er sich im Lauf seiner nun 200-jährigen Geschichte doch immer wieder neu zu definieren gewusst – gebildet zunächst als eine von der Aufklärung inspirierte informelle Gruppe vor allem von Juristen, Kaufleuten und Fabrikanten, dann erfolgreich als nationale Volksbewegung, sich wandelnd zu einer bürgerlichen Interessenpartei, und schließlich als gesellschaftliche Reformkraft. Wenn die Geschichte des Liberalismus im Rheinland etwas belegt, dann ist es vor allem seine außerordentliche Wandlungsfähigkeit.

26 Oskar Niedermayer: Parteimitglieder in Deutschland. Berlin 2017.

## Unternehmer und Liberale. Rheinisches Wirtschaftsbürgertum im frühen 19. Jahrhundert

Wer über die politische Entwicklung Preußens nach dem Wiener Kongress spricht, nennt automatisch die „Rheinischen Liberalen“ als Träger eines einheitlichen Gedankens, der zumindest bis zur gescheiterten Revolution 1848/49 seine Spuren hinterlassen hat. Nicht nur das kurze Intermezzo des Kabinetts Camphausen im Frühjahr 1848 war Gegenstand der Forschung, sondern für die Entwicklung im Vormärz insgesamt stehen rheinische Liberale als Symbolfiguren für ein aufgeklärtes Bürgertum, das um Mitsprache im absolutistischen Staat rang. Dabei wird häufig außer Acht gelassen, mit welchen internen und externen Auseinandersetzungen die Entwicklung der rheinischen Liberalen verbunden war, welche Hemmnisse und welche Herausforderungen ihnen entgegenstanden sowie welche Chancen und Rahmenbedingungen dem liberalen Wirtschaftsbürgertum in der Zeit der Frühindustrialisierung geboten waren. Vor allem aber wird in der Forschung stets eine einheitliche Gruppe suggeriert, deren interne Geschlossenheit aber noch näherer Untersuchung bedarf. Und welcher Liberalismus-Begriff im Vordergrund steht, muss ebenso hinterfragt werden, insbesondere in der Abgrenzung zu den Demokraten und den Konservativen – auch in diesen beiden Gruppen gab es im Vormärz Vertreter des Wirtschaftsbürgertums.

### Hagiographie und Wissenschaft – Zur Forschungslage

Immer wieder kam das rheinische liberale Wirtschaftsbürgertum der ersten Jahrhunderthälfte in der Forschung vor. Größere Arbeiten erschienen 1991 von Rudolf Boch, der ein Standardwerk vorlegte, an dem sich alle weiteren messen lassen müssen.<sup>1</sup> 1994 publizierte Gregor Berghausen seine herausragende Arbeit über „Die großbürgerlichen Liberalen im Rheinischen Provinziallandtag 1826-1845“.<sup>2</sup> Er stellt die Entwicklung anhand der Äußerungen und Ämter von Persönlichkeiten dar, die als Wortführer im Landtag und vor

1 Rudolf Boch: Grenzenloses Wachstum? Das rheinische Wirtschaftsbürgertum und seine Industrialisierungsdebatte 1814-1857. Göttingen 1990.

2 Gregor Berghausen: Die großbürgerlichen Liberalen im Rheinischen Provinziallandtag 1826-1845. Köln 1994.

allem in den Handelskammern auftraten. Wenn auch der Begriff „Großbürger“ ein mehr als problematischer ist, so ist der Aussagewert dieser Veröffentlichung für die Frage nach der Rolle des rheinischen Unternehmertums als Träger des liberalen Gedankens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts maßgeblich.

Zahlreiche Biographien der entscheidenden Protagonisten erschienen vor Berghausens Arbeit – mit einer Ausnahme. Ulrich Hettinger veröffentlichte 2010 seine Dissertation über Hermann von Beckerath.<sup>3</sup> Dessen Biographie zeigt deutlich das Manko der bisher erschienenen älteren Biographien – es sind keine rein hagiographischen Darstellungen, aber weder die wissenschaftliche Diskussion noch die quellenkritische Methode kommen hier zum Tragen.<sup>4</sup> Es zeugt jedoch von der Bedeutung der rheinischen Liberalen, dass über deren wichtigste Protagonisten bereits vor dem oder im Ersten Weltkrieg Biographien veröffentlicht wurden.<sup>5</sup> Den Anfang machte Alexander Bergengrün 1901 mit der Biographie über David Hansemann, es folgten Anna Caspary 1902 über Ludolf Camphausen und 1906 Joseph Hansen über Gustav von Mevissen.<sup>6</sup> 1915 legte Mathieu Schwann, der erste Archivar des Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsarchivs, eine dreibändige Arbeit über Ludolf Camphausen vor.<sup>7</sup> Während die Veröffentlichung von Caspary eher narrativen Charakter besitzt, geht Schwann wissenschaftlich an die vielfältigen Tätigkeiten des führenden Liberalen heran. Die beiden Veröffentlichungen von Hansen und Schwann stellen heute – bei aller quellenkritischen Herausforderung – eine Art „Ersatzüberlieferung“ dar. Die bedeutenden Nachlässe von Camphausen und Mevissen werden im Historischen Archiv der Stadt Köln aufbewahrt und sind seit dessen Einsturz für längere Zeit nicht für die Forschung zugänglich. Von Hansemann existiert nur ein kleiner Teilnachlass im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin und von Beckerath ebenso ein Minimalbestand im Stadtarchiv Krefeld. Keinen Nachlass hat Peter Heinrich Merckens hinterlassen.

Die Hauptnamen sind schon gefallen, aber diese fünf Protagonisten waren nicht die einzigen rheinischen Liberalen. Leider liegen wenige Informationen über andere Verfechter der Freiheitsidee vor. Über die Abgeordneten des Vereinigten Landtags, der Preußischen Nationalversammlung und der ersten

3 Ulrich Hettinger: Hermann von Beckerath. Ein preußischer Patriot und rheinischer Liberaler. Krefeld 2010.

4 Ulrich S. Soénius: Rheinische Familienunternehmer als Objekt der historisch-biographischen Forschung. In: Archiv und Wirtschaft 50 (2017), S. 118-126.

5 Etwas früher erschienen Fritz Blencke: Alfred Krupp. Leipzig 1898, und Tony Kellen: Friedrich Grillo. Lebensbild eines Großindustriellen aus der Gründerzeit. Essen 1913.

6 Alexander Bergengrün: David Hansemann. Berlin 1901; Anna Caspary: Ludolf Camphausen's Leben. Stuttgart u. a. 1902; Joseph Hansen: Gustav von Mevissen. 2 Bde. Berlin 1906.

7 Mathieu Schwann: Ludolf Camphausen. 3 Bde Essen 1915.

Legislaturperioden des Preußischen Abgeordnetenhauses sind Quellen vorhanden, die auf eine liberale Gruppe hinweisen. Neben diesen Quellen wird das hervorragende Handbuch von Vera Torunsky über die Abgeordneten des rheinischen Provinziallandtags herangezogen.<sup>8</sup>

Eine „Adresse“ und ihre Urheber – Wer waren die rheinischen Liberalen?

Im Februar 1848 hatte König Friedrich Wilhelm IV. auf Druck den Vereinigten Landtag für April einberufen. Am 3. März 1848 trafen im „Königlichen Hof“ in Köln sechs liberale Abgeordnete des Vereinigten Landtags Oberpräsident Franz Eichmann, der bei Regierungspräsident Otto von Raumer weilte. Neben den bereits genannten von Beckerath, Hansemann und Mevissen waren zudem der Elberfelder Bankier August von der Heydt, Dr. Carl Stedtman, Advokat und Gutsbesitzer aus Besselich bei Vallendar, und August Uellenberg, Rittergutsbesitzer aus Benrath, anwesend.<sup>9</sup> Die liberalen Abgeordneten forderten eine schnellere Einberufung des Landtags, damit dieser „eine neue, die Freiheit sichernde, auf wahrer Volksrepräsentation beruhende Verfassung“ vereinbare. Zudem sollen sie „durchgreifende Reformen im Staatsleben, freiheitliche Entwicklung der Verfassung und Sicherstellung des öffentlichen und privaten Rechts“ sowie ein deutsches Nationalparlament, so Berichte in der „Kölnischen“ und in der „Deutsche Zeitung“ vom 5. bzw. 7. März, gefordert haben.<sup>10</sup> Anscheinend verlief das Gespräch nicht den Erwartungen gemäß, denn obwohl der Oberpräsident versprach, dem König Bericht zu erstatten, urteilte von der Heydt nach seiner Rückkehr in Elberfeld: „Jene Männer sind nichts mehr; wir müssen das Steuer selbst in die Hand nehmen“. Wahrscheinlich hatten sich die sechs Abgeordneten bereits in Köln zu einer größeren Versammlung verabredet. Sie luden am 11. März, samstagsmorgens elf Uhr, alle liberalen Abgeordneten des Vereinigten Landtags nach Bonn „im Stern“ (Marktplatz) ein.<sup>11</sup>

Die Einladung zu dieser Versammlung wurde von Gustav Mevissen (später Gustav von Mevissen) ausgesprochen. Er behauptete, er handle im „Einverständnis mit mehreren Kollegen“. Die Einladung richtete sich an 48 „rheinische Landtagsdeputierte“, d.h. Mitglieder des Vereinigten Landtags.<sup>12</sup>

8 Vera Torunsky (Bearb.): Die Abgeordneten der Rheinischen Provinziallandtage und Landchaftsversammlungen. Ein biographisches Handbuch. Bd. 1: Die Abgeordneten der Provinziallandtage und ihre Stellvertreter 1825-1888. Köln 1998.

9 Joseph Hansen (Hrsg.): Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830-1850. Bd. 2, 1. Januar 1846 - April 1848. Bonn 1942, Nr. 276.

10 Ebd.

11 Ebd., Nr. 282.

12 Ebd. Nr. 282.

Von den 49 Personen (Eingeladene zuzüglich Mevissen) waren 13 vorher nicht Mitglied des Rheinischen Provinziallandtags.<sup>13</sup> Zwanzig der 49 Männer waren dem Wirtschaftsbürgertum zuzurechnen. Vier von ihnen trugen den Titel „Kommerzienrat“, d.h. waren vom König für besondere Verdienste ausgezeichnet worden.<sup>14</sup> 1848 waren darunter neun Fabrikanten, zumeist aus dem Textilbereich, fünf Händler, drei Bankiers und ein Vertreter des Versicherungswesens. Von zwei konnte nur der Titel „Kaufmann“ eruiert werden. Die anderen Angeschriebenen waren zum größten Teil bürgerliche Gutsbesitzer und einige wenige im kommunalen Dienst (Bürgermeister, Steuereintnehmer) tätig. Bei den bürgerlichen Gutsbesitzern handelte es sich im weiteren Sinne auch um „Wirtschaftsbürger“.

### Netzwerke für Selfmademen

Die Adresse vom 11. März 1848 stand kurz vor dem Endpunkt einer Entwicklung, die durch die Übernahme des Ministerpräsidentenamtes durch einen der exponiertesten Wortführer des rheinischen Liberalismus ihren vorläufigen Höhepunkt fand: Am 29. März 1848 berief König Friedrich Wilhelm IV. den Kölner Bankier Ludolf Camphausen zum preußischen Ministerpräsidenten.

Begonnen hatte sie mit der Besetzung der Rheinlande durch die Franzosen und die spätere Inbesitznahme dieser Region. Die Besatzer brachten die Gewerbe- und Zunftfreiheit, einen einheitlichen Wirtschaftsraum, die Aufnahme von Minderheiten sowie die unternehmerische Selbstverwaltung in Form der Handelskammern. Diese Errungenschaften wollten die Kaufleute und Fabrikanten nach der Übernahme der Rheinlande durch die Preußen nicht so schnell aufgeben, zumal mit dem Code civil (1804) und dem Code de commerce (1808) zwei Normenwerke für ihr Handeln eingeführt wurden, die mehr Sicherheit und mehr Berücksichtigung ihrer Interessen erbrachten.

13 Biesing, De Galhau, Jörissen, Kyllmann, Lang, von Nyvenheim, Mevissen, van der Loë, Minderjahn, Rombey, von Rynsch, Scheidt, Stedman. Abgleich von Hansen: Rheinische Briefe (wie Anm. 9), Nr. 282, mit Torunsky: Abgeordnete (wie Anm. 8). Bei Scheidt handelt es sich um Ernst Scheidt, nicht um seinen verwandten Vetter Julius Scheidt, der zum Mitglied der Preußischen Nationalversammlung und in der ersten Legislaturperiode zum Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses gewählt wurde. Ulrich S. Soënius: Wirtschaftsbürgertum im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Die Familie Scheidt in Kettwig 1848-1925. Köln 2000, S. 60, 423.

14 Laut Hansen: Rheinische Briefe (wie Anm. 9), Nr. 282, Baum, Kayser und Schoeller, zusätzlich noch Kirberg, der auch Präsident der Handelskammer in Lennep war. Camphausen, der nicht eingeladen war, aber zeitweise teilnahm, war zu dem Zeitpunkt ebenfalls Präsident der Handelskammer Köln; Merkens hatte dieses Amt in den 1830er Jahren inne.

In der Folgezeit verteidigten die Wirtschaftsbürger erfolgreich „ihr Recht“, das sie sogar auf ganz Preußen ausgedehnt wissen wollten.

Dabei war die wirtschaftliche Lage zu Beginn des 19. Jahrhunderts nicht positiv.<sup>15</sup> Aufgrund der napoleonischen Kontinentalsperre 1806 war vor allem der linksrheinische Handel zum Erliegen gekommen. In der nach-napoleonischen Zeit taten die restriktiven Zollgesetze der Niederlande und Frankreichs das Ihrige dazu. 1814 weigerte sich die Regierung in Berlin, einen im Westen erarbeiteten Handelsvertrag mit den Niederlanden zu ratifizieren, was wiederum negative Auswirkungen auf den rheinischen Handel hatte. Die Unternehmer sahen sich gezwungen, mit hohem Engagement für ihre Region zu kämpfen. Dabei bildete sich – vom preußischen Staat ungewollt – eine neue selbstbewusste Schicht heraus.

Vor allem der Name von Peter Heinrich Merckens ist unzweifelhaft mit dieser Entwicklung eng verbunden. Der protestantische Zuwanderer aus Mülheim am Rhein, 1777 geboren, der seit 1791 in Köln hintereinander eine Ausbildung in zwei Handelsgeschäften absolvierte und dann bei letzterem als Angestellter tätig war, gründete 1808 gemeinsam mit Ignatz Seydlitz ein eigenes Unternehmen. 1810 bereits wurde Merckens Mitglied der Handelskammer, die 1803 als Nachfolgeinstitution des Handelsvorstandes aufgrund eines napoleonischen Erlasses in Köln gegründet wurde. 1816 verfasste er für die Handelskammer eine Denkschrift, die sich gegen die Einführung von Zöllen auf dem Rhein wandte, aber für die Beibehaltung des Kölner Stapelrechts bis zur Aufhebung von niederländischen Zöllen eintrat. Merckens konnte beides durchsetzen. Damit war sein Ruf auch über den Kölner Stadtkreis hinaus gelangt. 1826 wurde er zum Mitglied des Rheinischen Provinziallandtags berufen, was er bis 1845 blieb. Auf seine unternehmerischen Gründungen wird später näher eingegangen. Waren in der Großstadt Köln, der Wirtschaftsmetropole des Rheinlandes, solche Werdegänge wie bei Merckens schon in der französischen Zeit möglich, so dauerte es in Aachen, Elberfeld und Krefeld bis in die 1820er Jahre.<sup>16</sup>

In unterschiedlicher Intensität, aber mit gleicher Stoßrichtung entstand in den rheinischen Städten ein „neues“ Unternehmertum, das sich mit den traditionsreichen Familien durch Heirat verband und aufgrund seiner Leistung auch Aufnahme in städtische Institutionen fand. Ein Beispiel ist Ludolf Camphausen, einer der bekanntesten rheinischen Liberalen. Camphausen wurde bereits als Dreißigjähriger 1833, kurze Zeit nach dem Zuzug, in den Kölner Stadtrat berufen und ein Jahr später Mitglied der Handelskammer. Sein „Ziehvater“ war Merckens, 1831 der erste frei gewählte Präsident der Handelskammer. Bis dahin waren die Bürgermeister gleichzeitig die Vorsit-

15 Berghausen: Liberale (wie Anm. 2), S. 20-22.

16 Berghausen: Liberale (wie Anm. 2), S. 28 f.

zenden. Merkens und Camphausen waren nicht immer einer Meinung, vor allem nicht in Fragen des Freihandels. Neben Camphausen war David Hansemann der wichtigste Protagonist der rheinischen Liberalen. David Hansemann, geboren 1790 in Finkenwerder als Sohn eines protestantischen Pfarrers, gründete nach Ausbildung und Tätigkeit als Handelsreisender 1817 in Aachen ein Kommissionsgeschäft für Wolle. 1828 wurde er erstmals in den Stadtrat berufen, ein Jahr vorher in die dortige Handelskammer.

Die Handelskammern hatten für die Entwicklung der rheinischen Liberalen eine außergewöhnliche Bedeutung. 1802 erließ Napoleon ein Dekret, das zur Beratung des Staates die Einführung von Handelskammern in allen Städten Frankreichs anordnete. Wenige Monate später wandelte sich 1803 der seit 1797 bestehende Kölner Handelsvorstand in die *Chambre de commerce* um. Ein Jahr später erfolgten Gründungen in Krefeld und Aachen. Während diese beiden Kammern nach 1815 nur noch rudimentär bestanden, arbeitete die Kölner Handelskammer kontinuierlich weiter. Einen neuen Schub erhielten die Handelskammern 1830 mit der Gründung der Handelskammer für Elberfeld und Barmen, der weitere in Düsseldorf und Duisburg folgten. Die bergischen Unternehmer setzten sich gegen den Staat durch, und so wurde dort der Präsident aus deren Mitte gewählt und nicht mehr das Amt durch den Oberbürgermeister, wie in den französischen Kammern, in Personalunion wahrgenommen. Dies hatte auch Auswirkungen auf die noch aus französischer Zeit bestehende Handelskammer Köln, die ihr Statut änderte und Peter Heinrich Merkens zum ersten frei gewählten Präsidenten bestimmte.

Die Tätigkeit in den Handelskammern schuf einerseits die Möglichkeit der Kontaktaufnahme, des Austausches über wirtschafts- und gesellschaftspolitische Themen und die Veröffentlichung von Ansichten dazu, die sonst kaum möglich gewesen wären. Hansemann und Camphausen nutzten dies vielfältig. Die meisten der Denkschriften und Eingaben vor 1848 waren zwar nur den Adressaten, zumeist der Regierung und dem inneren Kreis der jeweiligen Handelskammer bekannt, verfehlten aber ihre Wirkung nicht. Camphausen veröffentlichte in den 1830er Jahren drei Denkschriften zum Eisenbahnwesen, die maßgeblich für die Entwicklung in Deutschland wurden. Zudem nutzte er seit 1833 die Jahresberichte der Handelskammer, die aus seiner Feder stammten, um neben dem Freihandel die strikte Förderung der Wirtschaft durch den Staat einzufordern. Alle rheinischen liberalen Wirtschaftsbürger waren Mitglieder in Gemeinderäten und Handelskammern oder in letzteren eine Zeit lang Präsidenten. Neben den genannten waren dies z. B. Gerhard Baum in Düsseldorf, Hermann von Beckerath in Krefeld, Johann Heinrich Daniel Kamp in Elberfeld, Gustav Mevissen in Köln etc. Sie verfassten nicht alle, wie Camphausen und Hansemann, Denkschriften. Bei persönlichen Begegnungen während der Sitzungen und außerhalb von offiziellen Verhandlungen nutzten sie das Netzwerk der unternehmerischen und

kommunalen Selbstverwaltung, um sich über die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Situation in Preußen auszutauschen.

Zudem handelte es sich zumeist um so genannte „Selfmademen“, die aus eigener Kraft oder mit Partnern Unternehmen aufgebaut hatten und nun für die weitere ökonomische Entwicklung des Landes mehr Freiheiten einforderten. Obwohl mehrere der rheinischen Unternehmer – worauf Boch zu Recht hinweist – aus geschlossenen Kreisen stammten, ihre Väter und Vorfahren ebenfalls Unternehmer waren,<sup>17</sup> so waren sie dennoch nicht allein traditionsbewusst, sondern auch innovativ. In der Umbruchphase der Frühindustrialisierung setzten sie nicht einfach die Linie fort, sondern gründeten neue Unternehmen und initiierten zeitgemäße Geschäftsmodelle.

### Neue Unternehmen und neue Branchen – Industrie 1.0

Das frühe 19. Jahrhundert brachte neue Unternehmungen auf den Plan, die vielfach von den rheinischen Selfmademen ins Leben gerufen wurden. Dabei standen die Netzwerke der Handelskammern vor Ort zur Verfügung. Merkens nutzte diese offensiv, indem er sogar in den Räumen der Kölner Handelskammer die Rheinschiffahrts-Assekuranz-Gesellschaft gründete. Kamp war beteiligt an der Gründung der Vaterländischen Feuerversicherung 1822 in Elberfeld, Hanseemann an der in Aachen zwei Jahre später.

Ebenfalls initiiert von Merkens startete 1826 die Preußisch-Rheinische Dampfschleppschiffahrtsgesellschaft in Köln, zu der zehn Jahre später ein Pendant in Düsseldorf sich gesellte, die Dampfschiffahrtsgesellschaft für den Nieder- und Mittelrhein. Mit der Rheinschiffahrtsakte von 1831 war der freie Handel auf dem Rhein möglich geworden – dies stärkte auch die Schifffahrt. Im Frühjahr 1833 veröffentlichte Camphausen, Ölmühlenbesitzer, Bankier und Immobilienentwickler, eine erste Denkschrift zum Eisenbahnwesen „Zur Eisenbahn von Köln nach Antwerpen“, in der er den „Eisernen Rhein“ propagierte. Vorausgegangen war ein intensives Studium aller vorhandenen Eisenbahnliteratur, besonders aus England, den USA und Belgien. Von dort gewann er Investoren. Aufgrund eines Streites mit den Aachenern Unternehmern, besonders Hanseemann, über die Streckenführung, verzögerte sich der Bau. 1839 wurde das erste Teilstück fertiggestellt. 1841 kam es zur Gründung der Köln-Mindener-Eisenbahn, um den Weg nach Berlin zu ebnen. Freie Fahrt mit der Eisenbahn – dies beinhaltete für den Staat natürlich die Gefahr des freien Reisens und des Austausches über die Grenzen hinweg. In der Tat trat Camphausen immer wieder für den freien Verkehr, vor allem nach Belgien, ein. Er wollte sogar die Zollvereinsgrenze bis an die

17 Boch: Wachstum (wie Anm. 1), S. 42 f.

Nordseeküste ausdehnen, weil er erkannte, was heute noch gilt: Die Seehäfen des Rheinlandes sind in Antwerpen und Rotterdam, nicht im deutschen Norden. Anfangs wollten Camphausen und Hansemann, aber auch von der Heydt, dass der Staat die Eisenbahnen finanzierte.<sup>18</sup> Der Grund lag in der Furcht vor zu geringen Aktienzeichnungen, was sich als unbegründet herausstellen sollte. Als dann die Aktiengesellschaften großen Zulauf erhielten, warnten andere Unternehmer, auch Merckens, vor den Spekulationen, vor „Aktienwindel“ und „Eisenbahnfieber“. Camphausen nahm diesen Run auf die Aktien in Kauf, wollte er doch die wirtschaftliche Tätigkeit am Rhein nicht behindern. Der Erfolg im Eisenbahnbau führte dann wieder zu einer Verbreitung der Einführung von Aktiengesellschaften bei anderen Branchen.<sup>19</sup> Der preußische Staat war zwar auch nach dem eingetretenen Erfolg nicht bereit, den Aufwand mitzutragen, aber immerhin beschloss die Regierung eine staatliche Zinsgarantie in Höhe von 3,5 Prozent für die Eisenbahnlinien und einen nicht umfassenden, aber dennoch bedeutenden Verzicht auf Steuereinnahmen.<sup>20</sup>

Dem Handel über die Grenzen hinweg dienten die Rheinisch-Westindische Kompagnie 1821 und kurze Zeit später der Deutsch-Amerikanische Bergwerksverein 1823 – beide in Elberfeld gegründet. Kamp war hier maßgeblich verantwortlich. Er war eine außergewöhnliche Unternehmerpersönlichkeit, die nicht nur mit Friedrich Harkort die erste „Mechanische Werkstätte“ in Wetter an der Ruhr und damit die Wiege des deutschen Maschinenbaus gründete, sondern 1839 trotz erfolgreicher Tätigkeit in Elberfeld Gründungsdirektor der Colonia Feuerversicherung in Köln wurde. Als ehemaliger erster Präsident der Elberfelder Handelskammer begab er sich damit auf die Ebene des Angestellten-Unternehmers. Diese Versicherung war eine maßgebliche Gründung des Bankhauses Sal. Oppenheim jr. & Cie. Gegründet in Bonn, konnte der jüdische Bankier Salomon Oppenheim in der französischen Besatzungszeit nach Köln umsiedeln, wo seit 1424 die Juden nicht mehr ansässig sein durften. Oppenheim investierte in die neuen Unternehmen, vor allem in das Transportwesen.

Vergleichbare Entwicklungen gab es zu der Zeit in keiner anderen preußischen Provinz. Die Industrialisierung und die damit zusammenhängenden Dienstleistungsunternehmen entstanden erstmals hier und zogen über das Ruhrgebiet, dessen „Schreibtisch“ bis 1870 in Köln stand, gen Osten. Verbunden mit dieser wirtschaftlichen Entwicklung, deren technische Grundlage die Einführung der Dampfmaschine war und die aus England sowie Belgien befruchtet wurde, war die Entstehung eines fortschrittlich denkenden Bür-

18 Ebd., S. 142.

19 Ebd., S. 145 u. 147.

20 Ebd., S. 179.

gertums, das sich, solange der Staat nicht vernünftige Rahmenbedingungen zusicherte, zu Wort meldete.

Was machte die Unternehmer zu „Liberalen“?

Bereits mit dem Verfassungsversprechen 1815 hatten die Rheinländer auf Partizipation gehofft. Die rheinischen Handelskammern übergaben dem König bei der Huldigungsfeier am 15. Mai 1815 eine Adresse, in der sie die Schaffung einer Repräsentanz forderten. Der preußische Staat wollte das aufgreifen, aber nicht mit freiheitsdrängenden Bürgern, sondern mit Anhängern einer ständischen Verfassung. Es gelang nicht, entsprechende Vertreter zu finden. Dennoch gab der Staat nicht auf und versuchte unter Ausschluss des Bürgertums, eine ständische Verfassung zu initiieren. Das städtische Bürgertum forderte daraufhin Mitsprache und bündelte diese in der so genannten Adressbewegung mit Forderungen nach Rechtsgleichheit, Handelsfreiheit und Repräsentation.<sup>21</sup> Mehrfach wurde das Verfassungsversprechen gebrochen. Auch die Einführung der ständischen Verfassung mit der Schaffung des Provinziallandtags per Gesetz 1824 war mehr als enttäuschend. Die Bürgerlichen wurden gegängelt, die Protokolle nur durch den Staat veröffentlicht und eine Kontaktaufnahme mit anderen Provinziallandtagen sowie zu den Kommunalbehörden in der Provinz verboten. Der preußische Staat betrachtete die Mitglieder des Landtags vielmehr als Vertreter von Sonderinteressen und den König als Schiedsrichter, der bei unterschiedlichen Meinungen die „richtige“ festlegte.<sup>22</sup> Zudem galt ein kompliziertes, in den jeweiligen Ständen völlig verschiedenes Wahlrecht, das die Verhältnisse nicht vereinfachte. Der Provinziallandtag trat nur alle zwei Jahre zusammen (bis 1830), danach mit unterschiedlichen Abständen von bis zu vier Jahren und dann – beim 8. Provinziallandtag 1845 – sogar nur mit einem Abstand von 19 Monaten.<sup>23</sup>

Waren schon viele Gutsbesitzer wenig begeistert von diesem staatlichen Verhalten, so waren die Unternehmer aufgrund ihres wirtschaftlichen Erfolgs und ihrer eigenen Geschichte als Selfmademen natürlich erst recht nicht angetan von einer solchen Gängelung. Es bedurfte eines Fanals – und dieses war die Julirevolution 1830 in Frankreich und die Ausrufung des Königreichs Belgien mit einer fortschrittlichen Verfassung im Jahr 1831. In dieser Zeit verfasste Hansemann eine Denkschrift mit dem Titel „Über Preußens

21 Berghausen: Liberale (wie Anm. 2), S. 47 f.

22 Ebd., S. 53. Siehe auch den Beitrag von Ewald Grothe in diesem Band.

23 Ebd., S. 58.

Lage und Politik am Ende des Jahres 1830“.<sup>24</sup> Diese blieb zwar zunächst unveröffentlicht, aber schärfte das liberale Profil in der Folgezeit. Hansemann forderte darin die Meinungsfreiheit, die Linderung der Not bei der ärmeren Bevölkerung und die Abschaffung der nahezu unbeschränkten Machtausübung durch den Monarchen. Geleitet wurde der Aachener Unternehmer von der Idee, eine ähnliche Revolution wie in Frankreich zu verhindern.

Drei Jahre später veröffentlichte Hansemann eine Denkschrift unter dem Titel „Preußen und Frankreich, staatswirtschaftlich und politisch unter besonderer Berücksichtigung der Rheinprovinz“.<sup>25</sup> In dieser befasste er sich kritisch mit der preußischen Haushaltspolitik, aber forderte auch eine Verfassung, ein gewähltes Parlament, den Verzicht des Königs auf ein spätabso lutistisches Staatsverständnis und die Übertragung der Regierungsverantwortung auf breite Schultern. Vorbilder waren für Hansemann die englische Demokratie und die bürgerliche Regierungsform in Frankreich. Allerdings verteidigte Hansemann ein Zensuswahlrecht, bei dem zwar jeder Staatsbürger kandidieren durfte, aber die Auswahl der Kandidaten und die Stimmabgabe bei den Besitzenden liegen sollte. Dafür wollte der Aachener Unternehmer die politische Zensur abschaffen und die sonstigen Staatsbürgerrechte allen Bürgern ermöglichen.<sup>26</sup> Diese Schrift führte übrigens dazu, dass Hansemann nicht mehr zum Handelsrichter gewählt werden durfte. Dennoch war er nicht in seiner ökonomischen Existenz gefährdet. Obwohl er die Unternehmer und nicht die Adligen als Rückgrat des preußischen Staates ansah, war er für den Staat nicht angreifbar. Er lehnte die Monarchie nicht ab, grenzte sich klar von der Revolution ab und sah in ihr – neben dem Krieg – „eine sehr empfindliche Störung“ für das Gewerbe.<sup>27</sup>

Während in der Zeit nach der Julirevolution in Frankreich das rheinische Bürgertum eine kurze Zeit an eine Sonderstellung von Rheinland und Westfalen innerhalb des preußischen Staates dachte, war in den Folgejahren die Verfassungsdiskussion innerhalb des Provinziallandtages nicht virulent.<sup>28</sup> Das änderte sich mit dem Thronwechsel 1840. Jetzt erhofften sich die rheinischen Wirtschaftsbürger eine deutliche Annäherung des Monarchen an ihre eigenen Vorstellungen hinsichtlich der politischen Mitsprache und der Möglichkeit, ihre wirtschaftlichen Leistungen weiter auszubauen. Aber der neue König Friedrich Wilhelm IV. blieb verfassungspolitisch ganz dem Denken seines Vaters treu und propagierte eine ständische Verfassung.<sup>29</sup> Dies war

24 David Hansemann: Über Preußens Lage und Politik am Ende des Jahres 1830. Aachen 1845.

25 David Hansemann: Preußen und Frankreich staatswirtschaftlich und politisch, unter vorzüglicher Berücksichtigung der Rheinprovinz. Leipzig 1834.

26 Boch: Wachstum (wie Anm. 1), S. 181.

27 Zit. nach Berghausen: Liberale (wie Anm. 2), S. 131.

28 Ebd., S. 130, 133.

29 Ebd., S. 116.

eine weitere Enttäuschung auf dem ersehnten Weg in einen liberalen Staat. Bereits der Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Zollverein und der Niederlande von 1839, dessen zollpolitische Bedingungen für das Rheinland nicht vorteilhaft waren, die aber in Berlin ausgehandelt wurden, und die Abneigung des preußischen Staates, die Eisenbahnentwicklung staatlicherseits zu begleiten, hatten unter den maßgeblichen Unternehmern Missstimmung hervorgerufen.<sup>30</sup>

Die liberale Meinung sollte in einem Publikationsorgan eine Stimme erhalten. Fortschrittliche Kräfte fanden sich zusammen, um die „Rheinische Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe“ zu gründen und zu finanzieren. Der Kölner Bankier Dagobert Oppenheim bemühte sich 1841, Friedrich List als Redakteur zu gewinnen. Dessen Hauptwerk, „Das nationale System der politischen Ökonomie“, wurde auch im Rheinland gelesen und war laut Berghausen „zur Grundlage der Argumentation des großbürgerlichen rheinischen Liberalismus“ geworden.<sup>31</sup> Jener hatte von der wirtschaftlichen Entwicklung eine gesellschaftspolitische Veränderung abgeleitet, in der das Volk zum Träger von Gesamtwillen und Gesamtinteresse wurde. List war Anhänger des Konstitutionalismus, in dem es einen Vertrag zwischen Regent und Volk gebe. Dies setze jedoch keine Revolution und keinen Absolutismus voraus, sondern Staatsreformen. List lehnte das Angebot ab und Karl Marx wurde als Redakteur gewonnen.

Die Gründung eines Publikationsorgans zur Verbreitung von politischen Ansichten war für die rheinischen Liberalen ein wichtiges Element der politischen Auseinandersetzung.<sup>32</sup> Die Herstellung einer möglichst breiten Öffentlichkeit war das hehre Gegenmodell zum autokratischen Staat, in dem die Entscheidungen hinter verschlossenen Türen getroffen wurden. Dabei meinten die rheinischen Liberalen vor allem die preußische Administration. Im Gegensatz zu den realitätsfernen Entscheidungen der Verwaltungsspitze sahen sich die Liberalen mit einem Mal in einer Phalanx mit dem Landadel wieder. Der Oberpräsident sprach den Liberalen beispielsweise 1844 schlichtweg die Fähigkeit ab, für ihre Meinung Mehrheiten zu organisieren.<sup>33</sup>

30 Boch: Wachstum (wie Anm. 1), S. 178-179.

31 Berghausen: Liberale (wie Anm. 2), S. 119.

32 Boch: Wachstum (wie Anm. 1), S. 183.

33 Pierre Ayçoberry: Köln zwischen Napoleon und Bismarck. Das Wachstum einer rheinischen Stadt. Köln 1996. S. 219 f.

Während sich die Wirtschaftsbürger in der Frage des Konstitutionalismus einig waren, galt dies nicht für eine der herausragenden Fragen der Wirtschaftspolitik in der Frühindustrialisierung. Die Händler und Bankiers Merckens und Camphausen versuchten, den Gedanken des Freihandels in die veränderte Wirtschaftsstruktur zu retten. Die Vertreter der Textil- und der Eisenindustrie wollten Schutzzölle gegen wachsende französische und englische Konkurrenz durchzusetzen. Auch Hansemann war Schutzzöllner, und dies führte 1845 zu Auseinandersetzungen mit Camphausen.<sup>34</sup> Bereits zuvor waren die beiden Protagonisten unterschiedlicher Meinung gewesen, Hansemann hatte Camphausen in der Frage der Streckenführung der Rheinischen Eisenbahn hart angegangen und schließlich eine Änderung zu Gunsten Aachens zustande gebracht, was wiederum die Angelegenheit um Jahre verschleppte. Camphausen äußerte einmal, dass es „gefährlich sei“, Hansemanns Freund zu sein.<sup>35</sup> Aber auch von Beckerath und von der Heydt waren Anhänger eines die rheinische Industrie abschottenden Zollsystems.

Derweil kam es im Provinziallandtag nach 1840 zu strategischen verfassungspolitischen Diskussionen. Dies lag zum einen an den liberalen Kräften, die seit einigen Jahren sich auch öffentlich äußerten. Dabei stellte sich heraus, dass die Vertreter der Wirtschaft politische Freiheiten erlangen wollten. Im Provinziallandtag 1845 wurde auch erstmals eine „liberale Gruppe“ erkennbar:<sup>36</sup> Neben Camphausen, Hansemann, von der Heydt und von Beckerath gehörten noch Franz Aldenhoven, der bereits seit 1841 im Provinziallandtag saß, Gutsbesitzer und später Direktor und Gründer der Kölnischen Hagelversicherung, sowie Gisbert Lensing dazu – ein katholischer Theologe, der seit 1826 im Landtag war und inzwischen als ehemaliger Kanonikus mehrere Gutshöfe in Emmerich und Rees besaß. Mit diesen Unterstützern und 15 Städten reichte Camphausen beim 8. Rheinischen Provinziallandtag einen Antrag ein, der die Vollziehung der Verordnung vom 22. Mai 1815 mit dem Verfassungsversprechen verlangte – laut Berghausen ein „Höhepunkt der liberalen Bewegung in der Rheinprovinz vor dem Vereinigten Landtag 1847“. In der Diskussion wurde im Ausschuss deutlich, dass Preußen und insbesondere die Rheinprovinz sich im Charakter vom Agrarstaat hin zum industrialisierten Staat wandelten und daher auch die Machtansprüche der unterschiedlichen Gruppen sich verschoben. Dabei bekam die liberale Gruppe auch Unterstützung von adliger Seite: Rittergutsbesitzer Heinrich Ferdi-

34 Berghausen: *Liberale* (wie Anm. 2), S. 129.

35 Ulrich S. Soénius: Ludolf Camphausen und David Hansemann. Rheinische Unternehmer, Politiker, Bürger. In: Karlheinz Gierden (Hrsg.): *Das Rheinland – Wiege Europas? Eine Spurensuche von Agrippina bis Adenauer*. Köln 2011, S. 235-257, hier S. 242.

36 Berghausen: *Liberale* (wie Anm. 2), S. 139.

mand von Sybel, Vater des Historikers Heinrich von Sybel, befand: „der reiche Gewerbsmann, der Kapitalist, der Kaufmann sind aber für den Staat in jetziger Zeit, wo das Geld das bewegende Element ist, von größter Wichtigkeit [...]“.<sup>37</sup> Nicht Revolution, sondern „gemäßiger Konstitutionalismus“ kennzeichnete das Leitmotiv der rheinischen Liberalen, die vor allem eine freiheitliche Wirtschaftspolitik im Sinne hatten, welche die preußische Verwaltung auf einen anderen Weg bringen sollte. Der Antrag wurde übrigens abgelehnt, aber Camphausen unterbreitete die Forderungen dem König direkt.

Alles Liberale oder was?

Die Vermutung liegt nahe: Fortschrittliche Unternehmer und freiheitsliebende Liberale im konstitutionellen Staat waren eine deckungsgleiche Gruppe. Doch ist die simple Gleichsetzung von Unternehmer resp. Wirtschaftsbürger und liberaler Einstellung zu einfach. In der Forschung wurde bisher viel zu wenig auf die Konservativen im Vormärz eingegangen, deren Meinung zwar nicht vehement und öffentlich diskutiert wurde, aber deren Haltung nicht negiert werden kann.

So war August von der Heydt – ursprünglich ein den Liberalen zugerechneter Bankier aus Elberfeld – im März 1848 ein „unsicherer Kandidat“. Obwohl er Mitinitiator der genannten Bonner Versammlung vom 11. März 1848 war, nahm er wie Merkens nicht an der Versammlung teil. Merkens hinderte eine Erkältung an der Reise, und er ermächtigte Camphausen zur Unterschrift unter die Petition in seinem Namen.<sup>38</sup> Warum von der Heydt nicht teilnahm, ist unbekannt. Aber er weigerte sich auch, im Nachhinein beizutreten. Am 14. März 1848 schrieb Mevissen an Hansemann: „Zu von der Heydt habe ich die Adresse vergebens hingesandt. Er hat seine Unterschrift verweigert. Bis jetzt bin ich noch ohne Kenntnis der Gründe, welche ihn zu diesem Schritte bewogen haben.“<sup>39</sup> Die Gründe lagen in der zunehmenden Radikalisierung eines Teils der Bevölkerung, die von der Heydt strikt ablehnte. Innerhalb von wenigen Wochen wandelte er sich zum monarchietreuen Vertreter des Bürgertums, der im August 1848 mit Vertretern des Elberfelder Gemeinderates und der bergischen Bevölkerung für Friedrich Wilhelm IV. einen stürmischen Empfang in Düsseldorf organisierte, weil der Düsseldorfer Gemeinderat einen solchen abgelehnt hatte.<sup>40</sup>

37 Zit. nach ebd., S. 141.

38 : Rheinische Briefe (wie Anm. 9) , 2, 1, S. 558.

39 Ebd., 2, 1, S. 559.

40 Soénus: Wirtschaftsbürgertum (wie Anm. 13), S. 443.

Ähnlich verhielt es sich mit dem Kettwiger Tuchindustriellen Julius Scheidt, der über die ablehnende Haltung des Königs zu den Forderungen des Vereinigten Landtags im April 1847 noch „rasend“ werden wollte und bemängelte, „wie uns jedes politische Recht genommen oder doch so beschnitten wird, daß es nur ein gliederloser Rumpf bleibt, der sich nicht nähren kann“. Wenige Wochen später empfand er, dass die Liberalen „streng und kühn ihr gutes Recht“ behaupteten.<sup>41</sup> Völlig änderte sich die Haltung im März 1848, da die Angst vor Verlust des Besitzes durch die Zerstörung von Hand revolutionärer Bewegungen um sich griff. Hinzu kam, dass die erzwungene Ehrerbietung des Königs vor den Märzgefallenen 1848 als „Demütigung“ empfunden wurde. Scheidt äußerte offen seine pro-monarchische Meinung bereits in diesen Tagen und in denen des Vorparlaments, dem er angehörte, so dass ihm in dem eher beschaulichen Kettwig von Demokraten eine „Katzenmusik“ gehalten wurde. Auch als Abgeordneter der Preußischen Nationalversammlung und der Zweiten Kammer des Preußischen Abgeordnetenhauses bekannte er sich zu den Konservativen, was ihm den Spott des Oppositionsblattes „Die ewige Lampe“ einbrachte.

Die Ereignisse seit Amtsantritt des neuen Königs Friedrich Wilhelm IV. dienten nicht dazu, das Vertrauen in den Beamtenstaat auf Seiten der Unternehmer zu erhöhen. Die meisten Wirtschaftsbürger glaubten um 1845 nicht mehr ohne Weiteres, dass im fernen Berlin die Herausforderungen erkannt wurden oder dass die Regierung den Zeitumständen und den fortschreitenden Industrialisierungsanforderungen Rechnung trug.<sup>42</sup> Hinzu kam eine ständig unterschwellig vorhandene „Angst“ des Wirtschaftsbürgertums vor einem revolutionären Umschwung, vor einer „Pöbelherrschaft“ und vor dem Verlust des Eigentums.<sup>43</sup> Obwohl es im Rheinland relativ ruhig blieb, waren die Nachrichten aus Paris und Berlin doch beunruhigend. Während die meisten Wirtschaftsbürger versuchten, mit Reformbestrebungen dem Druck zu begegnen, schlugen einige wenige einen konservativeren Kurs ein, der die Bejahung zur Monarchie und zum preußischen Machtstaat beinhaltete.

Das Wirtschaftsbürgertum zog sich nach der gescheiterten Revolution, in der es sich „zwischen den Stühlen“ befand, von der politischen Bühne zurück und war in der Zeit der Restauration vornehmlich mit ökonomischen Aufgaben beschäftigt. Aber dennoch waren die Wirtschaftsbürger noch in Parlamenten und Gemeinderäten vertreten – nur die Interessenslage veränderte sich. Und die meisten zeigten sich mit der Monarchie und deren Entwicklung zufrieden. Fast schon sinnbildlich erscheinen ehemals liberale Kräfte auf den Bronzetafeln des Reiterstandbilds für Friedrich Wilhelm III.

41 Ebd., S. 423 f.

42 Boch: Wachstum (wie Anm. 1), S. 181.

43 Ebd. S. 184 f.

auf dem Heumarkt zu Köln. Dort sind auf der Südseite in einer Darstellung vereinigt Peter Heinrich Merkens, David Hansemann und August von der Heydt – alle drei erlebten die Einweihung 1878 nicht mehr. Anders der dort ebenfalls vertretene Otto von Camphausen, Bruder von Ludolf Camphausen, liberaler Abgeordneter, geadelt und 1869 Nachfolger von der Heydts im Amt des preußischen Finanzministers.

## Fazit

Träger des liberalen Gedankens waren im Rheinland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in erster Linie Unternehmer. Der „Rheinische Liberalismus“ entwickelte sich hier aufgrund mehrerer Faktoren: Die frühe Industrialisierung, die sich von England und Belgien nach Preußen über das Rheinland ausbreitete, brachte neue Methoden und Techniken mit sich (Industrie 1.0), die ein neues Unternehmertum förderten und neue Unternehmen bzw. neue Unternehmensformen schufen. Während der „Fabrikant“ des 18. Jahrhunderts von Hand seine Produkte herstellen ließ, folgte der Dampfmaschine und den ersten Maschinen neue Kreativität, die gesellschaftliche Veränderungen bewirkte. Zudem entwickelte sich im überwiegend „katholischen Rheinland“ eine protestantische „Elite“ durch Aufstieg. Dies implizierte die Mitwirkung an gesellschaftlichen und politischen Themen. Gefördert wurde die Entwicklung durch das noch vorhandene „Restgedankengut“ der Französischen Revolution, die mit dem Kampf für die bürgerliche Gleichberechtigung im Rheinland Sympathisanten gefunden hatte. Es gab einen eigenständigen Liberalismus im Rheinland, Rudolf Boch hat darauf schon 1991 hingewiesen.<sup>44</sup> Jedoch sind die Verhältnisse vor 1814 ebenfalls prägend gewesen – die rheinische Laisser-faire-Haltung hat mehrere Ursprünge. Die rheinischen Wirtschaftsbürger waren autokratische Strukturen nicht gewöhnt. Hinzu kam die Staatsbildung Preußens unter Berücksichtigung des Rheinlandes bei dessen gleichzeitiger räumlicher Distanz und fehlender Machtbasis für die Monarchie, die bei den Unternehmern Selbstbewusstsein und Freiheitsdrang förderten.

Eine nachhaltige Wirkung im Sinne einer Systemveränderung haben die liberalen Wirtschaftsbürger in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht erzielt – nach der niedergeschlagenen Revolution und aufgrund ihrer indifferenten Haltung zogen sich die rheinischen Liberalen vom politischen Geschäft zurück und konzentrierten sich auf ihre Geschäfte. Camphausen fand sein Heil in der Astronomie, Hansemann wurde zum Großbankier, Mevissen zum Multifunktionär. Dies lag auch daran, dass es sich um eine relativ über-

44 Ebd., S. 188.

schaubare kleine Gruppe handelte, die bei rheinischen Themen „die Mittelschichten aufrütteln“ konnte, aber bei den nationalen Fragen weitgehend unter sich blieb.<sup>45</sup> Ayçoberry geht mit den Liberalen streng ins Gericht, es sei „ein unterkühlter, verzagter Liberalismus“ gewesen, der vor der eigentlichen politischen Aktion Angst vor Kommunisten, „Ultramontanen“, den revolutionären Umtrieben und der Staatsmacht gehabt habe.<sup>46</sup> Laut Boch war es vor allem das Versagen der großbürgerlichen Liberalen, ihre politische Haltung an der sozialen Frage messen zu lassen. Sie verstanden sich als „Industrialisierungselite“, ohne auf die Bedürfnisse der Mehrheit einzugehen, und sahen in den sozialen Zielen der Revolution eine Verhinderung der industriellen Entwicklung.<sup>47</sup> Zwar blieb der Liberalismus im Keim stecken und konnte sich nach der Jahrhundertmitte nicht entfalten, aber die weitgehenden Zugeständnisse, die der preußische Staat den Industriellen in der Folgezeit machte, ermöglichte deren wirtschaftliche Entfaltung und die Schaffung einer neuen politischen Basis in späteren Zeiten. So gesehen, haben die rheinischen Liberalen durchaus ihre Spuren in der Geschichte hinterlassen.

45 Ayçoberry: Köln (wie Anm. 33), S. 221, der dies auf die Zeit der frühen 1840er Jahre bezieht. Umso mehr galt es in der Revolutionszeit. Für die Zeit nach 1848/49 ebd., S. 264.

46 Ebd., S. 264 f.

47 Rudolf Boch: Notabelntradition und ‚Große Industrie‘. Soziale Wurzeln und gesellschaftliche Zielvorstellungen des Liberalismus der Rheinprovinz 1820-1850. In: Politische Strömungen und Gruppierungen am Rhein 1848/49. Düsseldorf 1999, S. 1-20, hier 20.

## Früher Parlamentarismus im rheinischen Provinziallandtag 1826-1848

„Das Rheinland war nicht die Wiege des deutschen Parlamentarismus“  
(Hartwig Brandt, 1999).<sup>1</sup>

Das Rheinland war im Vormärz eine preußische Provinz, und Preußen hatte bis 1848 weder eine gesamtstaatliche Verfassung noch ein Parlament. Doch auf der Grundlage eines Erlasses aus dem Jahr 1823 und nach dessen Umsetzung in den einzelnen preußischen Landesteilen existierten sogenannte Provinzialstände. Die in Düsseldorf tagenden rund achtzig Deputierten bildeten eine Art „Ersatzparlament“ und hatten mit vielerlei Schwierigkeiten zu kämpfen. Diese begannen beim Zustandekommen der königlichen Verordnung und setzten sich bei deren Durchführung fort.

Die Quellengrundlage für eine Studie über den rheinischen Provinziallandtag ist recht günstig. Zum einen ist die bereits 1919 begonnene Edition „Rheinischer Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830-1850“ nach jahrzehntelanger Unterbrechung zu Ende gebracht worden.<sup>2</sup> Zum anderen liegen nach dem ersten Überblick von Gustav Croon 1918<sup>3</sup> in den 1990er Jahren vom Landschaftsverband Rheinland herausgegebene Studien zum rheinischen Provinziallandtag vor.<sup>4</sup> Außerdem gibt es eine

- 1 Hartwig Brandt: Rheinischer Liberalismus und Parlamentarismus. Eine Skizze. In: Politische Strömungen und Gruppierungen am Rhein 1848/49. Vorträge gehalten auf dem Symposium anlässlich des 150. Jahrestages der Revolution von 1848/49 im Rheinland. Düsseldorf 1999, S. 87-100, hier S. 87.
- 2 Joseph Hansen, Heinz Boberach (Bearb.): Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830-1850. 4 Bde. Essen/Leipzig 1919, Köln/Bonn 1976-1998, Düsseldorf 2013. Außerdem liegen die gedruckten Bände der Verhandlungen vor: Landtags-Verhandlungen der Provinzialstände in der preußischen Monarchie. 22 Folgen. Berlin 1826-1847, sowie Werner Schubert: Preußen im Vormärz. Die Verhandlungen der Provinziallandtage von Brandenburg, Pommern, Posen, Sachsen und Schlesien sowie – im Anhang – von Ostpreußen, Westfalen und der Rheinprovinz (1841-1845). Frankfurt a.M. u. a. 1999.
- 3 Gustav Croon: Der Rheinische Provinziallandtag bis zum Jahre 1874. Düsseldorf 1918, Ndr. 1974.
- 4 Joachim Stephan: Der Rheinische Provinziallandtag 1826-1840. Eine Studie zur Repräsentation im frühen Vormärz. Köln/Bonn 1991; Gregor Berghausen: Die großbürgerlichen Liberalen im Rheinischen Provinziallandtag 1826-1845. Köln/Bonn 1994; Vera Torunsky (Bearb.): Die Abgeordneten der Rheinischen Provinziallandtage und Landschaftsversammlungen. Ein biographisches Handbuch. Bd. 1: Die Abgeordneten der Provinziallandtage und ihre Stellvertreter 1825-1888. Köln/Bonn 1998.

moderne Langzeitstudie<sup>5</sup> sowie den von Herbert Obenaus bearbeiteten Band des Handbuchs zur Geschichte des Parlamentarismus in Preußen vor 1848, in dem das Rheinland ausführlich berücksichtigt wird.<sup>6</sup>

Das Urteil über den frühen rheinischen Parlamentarismus fällt in den genannten Untersuchungen insgesamt zwiespältig aus. Gegenüber der eher kritischen älteren Forschung betont die jüngere Literatur deutlicher die positiven Seiten und damit vor allem die Entwicklungsfähigkeit des Provinziallandtags. Es wird im Folgenden geklärt werden, welche Bedeutung dem rheinischen Provinziallandtag für die Ausformung des Parlamentarismus und der politischen Öffentlichkeit zukam. Wie kamen die Provinzialstände im Zuge der Beratungen über die preußische Verfassungsfrage überhaupt zustande? Wie sah es mit der Einbindung der Bevölkerung durch das Wahlrecht aus, und wie stand es um die Repräsentanz der einzelnen Bevölkerungsgruppen im Landtag? Welche Kompetenzen besaßen die rheinischen Provinzialstände? Es wird zu erörtern sein, wie diese partikulare Ständeversammlung im Vergleich zu den Landtagen in anderen Staaten des Deutschen Bundes zu beurteilen ist und welche Fernwirkung sie bis in die Frankfurter Paulskirche gehabt hat. Schließlich ist zu fragen, ob und inwiefern der rheinische Provinziallandtag spezifisch „rheinische“ Züge trug.

- 5 Wilhelm Ribhegge: Preußen im Westen. Kampf um den Parlamentarismus in Rheinland und Westfalen 1789-1947. Münster 2008, hier bes. S. 69-92. Weiterhin: Rudolf Boch: Notabelntradition und ‚Große Industrie‘. Soziale Wurzeln und gesellschaftliche Zielvorstellungen des Liberalismus der Rheinprovinz 1820-1850. In: Politische Strömungen (wie Anm. 1), S. 1-20. Vgl. auch Herbert Obenaus: Region und politisches Interesse im Vormärzliberalismus Preußens. In: Dieter Langewiesche (Hrsg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Dreißig Beiträge. Mit einem Vorwort von Jürgen Kocka. Göttingen 1988, S. 71-82; Elisabeth Fehrenbach: Rheinischer Liberalismus und gesellschaftliche Verfassung. In: Wolfgang Schieder (Hrsg.): Liberalismus in der Gesellschaft des deutschen Vormärz. Göttingen 1983, S. 272-294, sowie Karl Georg Faber: Die Rheinlande zwischen Restauration und Revolution. Probleme der rheinischen Geschichte von 1814 bis 1848 im Spiegel der zeitgenössischen Publizistik. Wiesbaden 1966. Als Fallstudie: Gisela Mettele: Bürgertum in Köln 1775-1870. Gemeinsinn und freie Association. München 1998, bes. S. 226-291, zur Politisierung im Vormärz.
- 6 Herbert Obenaus: Anfänge des Parlamentarismus in Preußen bis 1848. Düsseldorf 1984. Vgl. auch als Bilanz: Monika Wienfort: Preußen. In: Werner Daum (Hrsg.): Handbuch der europäischen Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert. Institutionen und Rechtspraxis im gesellschaftlichen Wandel. Bd. 2: 1815-1847. Bonn 2012, S. 959-992, hier S. 966-969.

## I.

Der Wiener Kongress beseitigte die territoriale Vielfalt der rheinischen Region, die ein Kennzeichen des Alten Reiches gewesen war.<sup>7</sup> Die Rheinlande wurden dem Großstaat Preußen zugeschlagen. Das nachnapoleonische Preußen hatte allerdings weiterhin seinen territorialen Mittelpunkt ostelbisch, wurde beherrscht von einem landbesitzenden Adel und bestimmt durch eine Sozialstruktur, die durch und durch agrarisch geprägt, industriell rückständig und protestantisch dominiert war. Dadurch entstand ein Gegensatz zwischen dem mittel- und ostdeutschen Regionen Preußens und den westlichen Provinzen Rheinland und Westfalen. Es waren somit enorme Anstrengungen zu unternehmen, um die Integration der ungleich stärker industrialisierten und urbanisierten sowie linksrheinisch durch die „französischen Institutionen“ geprägten westlich ausgerichteten Rheinprovinz zu erreichen.<sup>8</sup> Eine Möglichkeit der gesamtstaatlichen Integration wäre die Einberufung eines gesamtpreußischen Parlaments gewesen.

Wie stand es in Preußen aber mit der Repräsentation auf der gesamtstaatlichen Ebene? Mit einer ganz zentralen Bestimmung der Wiener Bundesakte vom 8. Juni 1815 hatten sich sämtliche deutsche Staaten zu befassen: „In allen Bundesstaaten wird eine Landständische Verfassung stattfinden“.<sup>9</sup> Jenseits des Streits um die altständische oder moderne repräsentative Auslegung dieses Artikels 13,<sup>10</sup> sollten in sämtlichen deutschen Territorien Landstände zusammentreten und über eine neue bzw. über die Wiederherstellung einer überlieferten Repräsentation beraten.

Natürlich galt diese bundesverfassungsrechtliche Regelung auch für Preußen und damit für das Rheinland. Doch die Verfassungsfrage stellte sich in Preußen nicht so neu wie in manchen anderen Staaten, in denen der Artikel 13 wegen seiner ungewissen Folgen die konservativen Eliten beunruhigte. In Preußen war bereits im Zuge der Stein-Hardenbergschen Reformen das Verfassungsproblem virulent gewesen. Eine gesamtpreußische Konstitution sollte das Reformgebäude krönen. Damit war es allerdings trotz zweimaliger

7 Zum rheinischen Liberalismus im Alten Reich: Thomas Theuringer: Liberalismus im Rheinland. Voraussetzungen und Ursprünge im Zeitalter der Aufklärung. Frankfurt a.M. u. a. 1998.

8 Grundsätzlich: Elisabeth Fehrenbach: Traditionale Gesellschaft und revolutionäres Recht. Die Einführung des Code Napoléon in den Rheinbundstaaten. 2. Aufl. Göttingen 1978.

9 Ernst Rudolf Huber (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Bd. 1: Deutsche Verfassungsdokumente 1803-1850. Stuttgart 1961, Nr. 29, S. 75-81, hier S. 78.

10 Hartwig Brandt: Der lange Weg in die demokratische Moderne. Deutsche Verfassungsgeschichte von 1800 bis 1945. Darmstadt 1998, S. 56 f.

Ankündigung von König Friedrich Wilhelm III. nichts geworden.<sup>11</sup> Im Rheinland speziell hatte das wiederholte Verfassungsversprechen im Besitzergreifungspatent vom 5. April 1815 solche Wünsche genährt.<sup>12</sup> Doch das Rezept der Konstitutionalisierungsgegner in der preußischen Regierung bestand darin, eine geschriebene Verfassung durch eine geordnete Verwaltung zu ersetzen, d.h. eine ständische Versammlung durch administrative Maßnahmen entbehrlich zu machen und damit faktisch zu verhindern.<sup>13</sup>

Die Monarchen und Ministerien setzten seit 1817/19, nach Wartburgfest, Kotzebue-Attentat und Karlsbader Beschlüssen, als die Revolutionsfurcht in Deutschland grassierte, auf die Konservierung des Bestehenden. Jetzt schien eine Konstitution eher unwahrscheinlich, und die Chancen für eine durch sie erst mögliche gesamtpreußische Repräsentativversammlung standen schlecht. Dennoch forcierte Staatskanzler Karl August Fürst von Hardenberg die Verfassungspläne in Preußen und zielte dabei auf die Bildung sogenannter Reichsstände.

Nachdem die Verwaltungs- und Finanzreform im Oktober 1820 zu einem vorläufigen Ende gelangt war, schien die Zeit für die Umsetzung einer Verfassungsreform günstig zu sein. Doch mächtige Gegner im Umfeld des Königs wussten entsprechende Pläne erfolgreich zu hintertreiben. Friedrich Wilhelm III. setzte eine Kommission unter Leitung des Kronprinzen ein, der wichtige Vertrauensleute angehörten: Otto von Voß-Buch, Friedrich Ancillon, Daniel Ludwig Albrecht, Friedrich von Bülow, Friedrich Freiherr von Schuckmann sowie Wilhelm Ludwig Georg Fürst zu Wittgenstein.<sup>14</sup> Diese Kommission lehnte die Hardenbergschen Entwürfe für die Reichsstände in Bausch und Bogen ab. Die Entwürfe von Hardenberg und Karl Ferdinand Friese zielten nämlich nicht auf eine landständische Verfassung und Provinzialstände, sondern letztlich auf eine „Nationalrepräsentation im neueren

- 11 Rüdiger Schütz: Preußen und die Rheinlande. Studien zur preußischen Integrationspolitik im Vormärz. Wiesbaden 1979; Manfred Koltes: Das Rheinland zwischen Frankreich und Preußen. Studien zu Kontinuität und Wandel am Beginn der preußischen Herrschaft (1814-1822). Köln/Weimar/Wien 1992. Weiterhin: Michael Müller: Das rheinische Bürgertum zwischen Restauration und Revolution 1815-1848. Zum Kampf um die politische Partizipation im preußischen Staat. In: Die Rheinlande und Preußen. Parlamentarismus, Parteien und Wirtschaft. Ergebnisse eines Bonner Symposions (26./27. April 1990). Hrsg. v. der Archivberatungsstelle Rheinland. Köln/Bonn 1990, S. 103-116.
- 12 James M. Brophy: 1815 bis 1848 – Vom Wiener Kongress zur Revolution. In: Internetportal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Epochen-und-Themen/Epochen/1815-bis-1848---vom-wiener-kongress-zur-revolution-/DE-2086/lido/57ab241e7d1687.63686537> (10.04.2018).
- 13 Vgl. generell über den Vorrang der Verwaltung gegenüber der Verfassung: Reinhart Koselleck: Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848. Stuttgart 1967, passim.
- 14 Obenaus: Anfänge (wie Anm. 6), S. 151-209; Stephan: Provinziallandtag (wie Anm. 4), S. 21-25.

Sinne des Wortes“.<sup>15</sup> Es stand die Befürchtung im Raum, dass nicht eine „Monarchie mit Ständen, sondern eine königliche Demokratie“ beabsichtigt sei.<sup>16</sup> Eine solche vermeintlich radikale Lösung wollte man unter allen Umständen verhindern. Dies gelang, indem der preußische König im Juni 1821 entschied: „Das Weitere wegen Zusammenberufung der allgemeinen Reichsstände bleibt der Zeit, der Erfahrung, der Entwicklung der Sache und meiner landesväterlichen Fürsorge anheimgestellt.“<sup>17</sup> So hieß es wörtlich, dass man in Preußen gerade den süddeutschen Vorbildern nicht folgen wolle – weder im Hinblick auf eine Verfassungsurkunde noch in Richtung auf eine gesamt-preußische Repräsentativversammlung. Hardenberg und seine Ministerialverwaltung wurden von König und Kabinett entmachtet und damit politisch ausgeschaltet.

Zur Ausarbeitung eines Gesetzes über die Provinzialstände wurden im Jahr 1822 zwanzig rheinische Notabeln nach Berlin eingeladen. Sie waren zumeist konservativ eingestellt und entstammten dem Kreis mediatisierter Fürsten; darüber hinaus handelte es sich um Kaufleute, Fabrikanten und städtische Beamte.<sup>18</sup> Die im Juni 1823 einberufenen Provinzialstände waren damit jedoch nur ein matter Abglanz der in Süddeutschland tagenden Ständeversammlungen nach frühkonstitutionellem Muster, die dem französischen Vorbild folgten. Sie seien, so hieß es in dem preußischen Gesetz, „im Geiste der älteren deutschen Verfassungen, wie solche die Eigenthümlichkeit des Staates und das wahre Bedürfniß der Zeit erfordern“, eingerichtet worden.<sup>19</sup> Das besondere Gesetz für die Rheinprovinz wurde im März 1824 erlassen.<sup>20</sup>

## II.

Die seit 1826 in Düsseldorf zusammentretenden rheinischen Provinzialstände erscheinen nur sehr eingeschränkt repräsentativ, sie waren – im zeitgenössischen Maßstab betrachtet – allenfalls protoparlamentarisch. Das musste gerade in jenen Subregionen des Rheinlands, wie dem ehemaligen Herzogtum Jülich-Kleve und der Grafschaft Mark, so wirken, in denen es bis zur Wende

15 Obenaus: Anfänge (wie Anm. 6), S. 142.

16 Ebd., S. 143.

17 Schütz: Preußen (wie Anm. 11), S. 241.

18 Stephan: Provinziallandtag (wie Anm. 4), S. 21-25.

19 Gesetzsammlung für die königlich preußischen Staaten, Jg. 1823, Nr. 13, S. 129 f. Gesetz vom 5. Juni 1823.

20 Ebd., Jg. 1824, S. 101-108. Gesetz vom 27. März 1824. Abgedruckt bei Stephan: Provinziallandtag (wie Anm. 4), S. 113-119. Monika Wienfort: Preußen. In: Peter Brandt u.a. (Hrsg.): Quellen zur europäischen Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert. Tl. 2: 1815-1847, CD-ROM. Bonn 2010, Dok.-Nr. 11.5.2.2.

vom 18. zum 19. Jahrhundert eigene altständische Vertretungen gegeben hatte.<sup>21</sup>

Die Durchführung der Wahl lag bei den Provinzialbehörden. Beauftragt wurde der Oberpräsident, die Aufsicht führte der Landrat bzw. in den Städten und Landgemeinden die Ortsobrigkeit, d.h. in den rheinischen Städten der Bürgermeister. Das aktive Wahlrecht für den rheinischen Provinziallandtag besaß nur ein geringer Teil der Bevölkerung; ausgeschlossen waren – für die Zeit selbstverständlich – die Frauen (und damit 1,1 Millionen Einwohner). Die Wahlberechtigung setzte die Mitgliedschaft in einer der christlichen Kirchen voraus, damit blieben die ca. 22.000 Juden in der Rheinprovinz aus der aktiven Wählerschaft ausgeschlossen.<sup>22</sup> Das Mindestwahlalter wurde auf 24 Jahre festgelegt. Die Wahlperiode betrug sechs Jahre, nach drei Jahren erfolgte aber eine Auswechslung der Gewählten nach Losentscheid.<sup>23</sup>

Bei der Ritterschaft war man „standschaftsfähig“ mit einem jährlichen Grundsteuerbetrag von mindestens 75 Talern. Aktiv wahlberechtigt waren 1831 damit 470 Vertreter von Rittergütern. Im zweiten Stand waren ungefähr 300 Grundbesitzer wahlfähig, wovon 1826 71 Prozent, 1839 aber nur noch 35 Prozent tatsächlich wählten.<sup>24</sup> Im dritten Stand der Städte wurde in 126 Kommunen mit insgesamt knapp 500.000 Einwohnern gewählt. Hier gab es im Unterschied zu den beiden anderen Ständen ein indirektes Wahlrecht mit Wahlmännern. Das aktive Wahlrecht hing von einer Mindestsumme an Grundsteuer in Höhe von vier Talern ab; für die passive Wählbarkeit waren höhere Steuersummen bis zu dreißig Talern, davon 18 Taler Gewerbesteuer erforderlich. Auch Landwirte galten als Gewerbetreibende und konnten damit wählbar sein; allerdings galt dies nicht für selbstständige Angehörige akademischer Berufe oder Gelehrte bzw. Künstler. Am Ende wählten ungefähr 1,5 bis drei Prozent aller städtischen Einwohner der Rheinprovinz, wählbar waren zwischen 0,3 und 0,6 Prozent, 1818 bedeutete letzteres: zwischen 7.500 und 15.000 Einwohner insgesamt besaßen das passive Wahlrecht.<sup>25</sup>

Schließlich noch ein Blick auf den vierten „Stand“ der Landgemeinden, in denen ebenfalls indirekt gewählt wurde. Das Verhältnis der fast 1,7 Millionen Einwohner zur Zahl der Abgeordneten ergibt bei den Gemeinden die Repräsentanz von 60. bis 80.000 Einwohnern pro gewählten Abgeordneten. Urwähler mussten mindestens drei Taler Grundsteuer vorweisen, Wahlmänner

21 Brandt: Liberalismus (wie Anm. 1), S. 87.

22 Dieter Kastner: Der Rheinische Provinziallandtag und die Emanzipation der Juden im Rheinland 1825-1845. Köln 1989.

23 Stephan: Provinziallandtag (wie Anm. 4), S. 27-30.

24 Hier wirkte sich vermutlich die zurückgehende Zahl der Wählbaren auf die aktive Wahlbeteiligung aus. Ebd., S. 35 ff.

25 Ebd., S. 30-37.

mindestens zehn und Abgeordnete wenigstens zwanzig Taler. Urwahlberechtigt waren 1826 zwischen vier und 4,5 Prozent der Landbevölkerung, als wählbar zum Abgeordneten erwiesen sich etwa 0,5 Prozent. Die Wahlbeteiligung war außerordentlich hoch und betrug teilweise um siebzig Prozent.<sup>26</sup>

Bei insgesamt vier Bevölkerungsklassen und achtzig Mitgliedern hatten die Standesherrn fünf, die adlige Ritterschaft, Städte und Landgemeinden jeweils 25 Stimmen. Auf je 25.000 Einwohner der Provinz kam ein Abgeordneter. Der Adel besaß, gemessen an seiner Zahl und seinem Steueraufkommen, einen deutlich überproportionalen Anteil der Sitze. Etwa 470 Rittergutsbesitzer, fast eine halbe Million Stadt- und etwa 1,7 Millionen Landbewohner wurden von jeweils 25 Abgeordneten vertreten. Passiv als Abgeordnete wählbar waren im zweiten Stand überhaupt nur 130, später 250, im dritten und vierten Stand zwischen 2.500 und 9.000 Personen. Insgesamt waren das etwas mehr als 0,5 Prozent der Gesamtbevölkerung. Im Vergleich zu anderen deutschen Staaten ist anzumerken, dass zwar die staatlichen Behörden einerseits durch Appelle versuchten, die „Wahlmoral“ und damit die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Aber auf der anderen Seite wurden in den ersten Jahren nicht einmal die Namen der gewählten Deputierten veröffentlicht.<sup>27</sup>

Die gewählten Abgeordneten besaßen ein Durchschnittsalter von rund fünfzig Jahren, die mediatisierten Fürsten waren etwas jünger, die Landbesitzer etwas älter als der Durchschnitt. Etwa 35 Prozent der Deputierten waren protestantischer Konfession und damit – bei 22,5 Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung – im Landtag überrepräsentiert. Aus Köln kamen aber ausschließlich katholische Deputierte, aus Aachen, Düsseldorf und Trier neunzig Prozent. In allen Ständen waren Staatsbeamte als Abgeordnete stark vertreten; bei den Städten darüber hinaus Kaufleute und Fabrikanten, bei den Landgemeinden Gutsbesitzer und Anwälte. Es ist nachweisbar, dass Mitglieder der rheinischen Handelskammern im Provinziallandtag überdurchschnittlich präsent waren.<sup>28</sup> Generell war die Fluktuation der Abgeordneten sehr hoch, was vor allem mit der fehlenden ökonomischen Abkömmlichkeit vieler Deputierter zu tun hatte.<sup>29</sup>

Wie im Vormärz nicht selten, kam es bei den Wahlen zu Beeinflussungsversuchen. Nur selten schlugen sich entsprechende Vorfälle allerdings in den Akten nieder. Gleichwohl ist gelegentlich von „bekannten Wahloperationen“ die Rede, bei denen ein Kandidat „in außerordentlicher Geschäftigkeit Mittel und Wege benutzt hat, um die Wahl der Wähler und des Abgeordneten nach

26 Stephan: Provinziallandtag (wie Anm. 4), S. 27-68; Obenaus: Anfänge (wie Anm. 6), S. 263-310.

27 Stephan: Provinziallandtag (wie Anm. 4), S. 27-68.

28 Dazu besonders: Berghausen: Die großbürgerlichen Liberalen (wie Anm. 4), S. 64-70.

29 Stephan: Provinziallandtag (wie Anm. 4), S. 68-78.

seinem Willen zu lenken.<sup>30</sup> Schließlich wirkte sich auch die aktuelle politische Lage bei den Wahlen aus. Dies galt im Rheinland weniger für die Juli-revolution von 1830, deutlich spürbar war es aber bei den Kölner Wirren um die Verhaftung des Erzbischofs 1839. So wurden damals nur katholische Grundbesitzer gewählt, um ein starkes Pendant gegenüber den protestantischen Ministerien und den Provinzialbehörden zu bilden. Innenminister Gustav von Rochow berichtete dem König von Versuchen „der katholischen Partei, sich im Landtag ein Organ zu verschaffen“.<sup>31</sup>

### III.

Die Kompetenzen des rheinischen Provinziallandtags waren spärlich: So fehlte das Steuerbewilligungsrecht, das Herzstück parlamentarischer Kontrolle. Zudem tagten die Abgeordneten hinter verschlossenen Türen, und die Veröffentlichung der Landtagsverhandlungen unterblieb. Als einzelne Abgeordnete in den 1830er Jahren einmal versuchten, ihre Redebeiträge zu lithographieren, griff der Landtagszensor der preußischen Regierung ein. Überhaupt gab es immer wieder Versuche der staatlichen Behörden, u.a. des Oberpräsidenten oder der Landräte, die Abgeordneten politisch zu beeinflussen.<sup>32</sup>

Dabei war die Einwirkung der Provinzialstände auf die Politik relativ überschaubar. Denn der Landtag war kein beschließendes, sondern nur ein beratendes Gremium. Die Ausschüsse wurden vom Landtagsmarschall, einem königlichen Beamten, bestellt. Gutachten wurden den Kommissionen erst am Tag der Beratung vorgelegt. Aber in den Landtagsverhandlungen wurden wichtige gesellschaftliche, u.a. wirtschafts- und verkehrspolitische Themen, angesprochen und diskutiert. Beispiele sind die Handelspolitik, die Rheinschifffahrt, der Eisenbahnbau und die Feuerversicherung. Eine zentrale Frage war auch das linksrheinisch geltende „französische Recht“, das bürgerliche Gesetzbuch, die bürgerliche Prozessordnung, das Handels- und Strafgesetzbuch sowie die Kriminalprozessordnung. Als die preußische Regierung 1843 den Entwurf eines Strafgesetzbuches vorlegte, erhob sich dagegen gerade im Rheinland erheblicher Widerstand. Eine Petitionswelle rollte auf den Provinziallandtag zu, der die Vorlage dann auch zurückwies. So berichtete ein Regierungsvertreter aus Köln, dass „der Landtag dem Rheinland lediglich als Vertreter der Volksrechte gegen Anmaßung und Willkür

30 Ebd., S. 85. Generell zur Problematik: Obenaus: Anfänge (wie Anm. 6), S. 276-285; Stephan: Provinziallandtag (wie Anm. 4), S. 84-86.

31 Stephan: Provinziallandtag (wie Anm. 4), S. 88.

32 Obenaus: Anfänge (wie Anm. 6), S. 276-285.

der Regierung gilt und nur als Oppositionsorgan seinen eigentlichen Wert für ihn hat“.<sup>33</sup>

Der Landtag stellte ein wichtiges Forum des Meinungsaustausches und der Netzwerkbildung dar. Zum Hauptinstrument der Wirksamkeit und Wahrnehmung wurden die Debatten über eingereichte Petitionen. So gingen auf dem vierten Landtag des Jahres 1833, der nur 52 Tage dauerte, 137 Anträge ein, die behandelt werden mussten und zu Stellungnahmen der Regierung Anlass gaben.<sup>34</sup> In seiner Funktion als „Vorschule“ des Parlamentarismus der Paulskirche hinsichtlich parlamentarischer Verfahren und Parlamentskultur liegt die hauptsächliche Bedeutung des rheinischen Provinziallandtags.

Der Provinziallandtag trat in den ersten knapp zwanzig Jahren seines Bestehens bis 1845 nur achtmal für insgesamt wenige Monate in Düsseldorf zusammen. Die normale Sitzungsperiode betrug gerade einmal vier Wochen. Und da alle preußischen Ständeversammlungen nur provinzial verankert waren, fehlten die Möglichkeit und Kompetenz zur Beratung einer gesamt-preußischen Verfassung völlig. Informationen aus dem Landtag gelangten gleichwohl nach außen und beeinflussten damit die öffentliche Meinung. Aber einige prominente rheinische Liberale, wie z.B. Friedrich Benzenberg oder Gustav Mevissen, saßen gar nicht als Abgeordnete im Landtag, sondern verdankten ihre öffentliche Präsenz allein ihrer publizistischen oder ökonomischen Tätigkeit. Vertreten im Provinziallandtag seit 1843 bzw. 1845 waren dagegen andere prominente Liberale: der Aachener Kaufmann David Hansemann, der Kölner Bankier Ludolf Camphausen und sein Krefelder Kollege Hermann von Beckerath.<sup>35</sup>

In Preußen haben die Diskussionen über nicht eingelöste Verfassungsversprechen letztlich traumatisch gewirkt. Dabei zielten die Wünsche speziell im Rheinland zumeist auf beides: auf eine Provinzial- und zugleich auf eine Gesamtrepräsentation. Zwischen 1815 und 1820 entstand eine rheinische Verfassungsbewegung, die in Form von Adressen an König und Regierung vehement die Verwirklichung der Verfassungsankündigungen des Königs einforderte. Doch es war weniger ein rheinischer Separatismus, der hier seine Stimme erhob, als vielmehr ein „gemeindeutscher Patriotismus“.<sup>36</sup> Die bekannteste Petition, die sogenannte Koblenzer Adresse, überreichte der Publizist Joseph Görres 1818 persönlich an Staatskanzler Hardenberg. König Friedrich Wilhelm III. reagierte in schärfster Form: „Wer auf diese Weise das

33 Zitiert nach Dirk Blasius: „Preußische Pfiffe“ und rheinischer Pfiff. Preußisches und Anti-preußisches in der Geschichte der Rheinlande. In: Lutz Niethammer u.a. (Hrsg.): „Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst.“ Einladung zu einer Geschichte des Volkes in NRW. Berlin/Bonn 1984, S. 31-34, hier S. 33.

34 Obenaus: Anfänge (wie Anm. 6), S. 419-447.

35 Zum rheinischen Wirtschaftsbürgertum siehe den Beitrag von Ulrich Soénius in diesem Band.

36 Brandt: Liberalismus (wie Anm. 1), S. 92.

Volk von der Regierung abwendig macht und die Regierung dem Volke preisgibt, kann da nicht weiter geduldet werden“.<sup>37</sup> Für das Rheinland änderte auch das Zäsurjahr 1830 an dieser Frontstellung zwischen Regierung und Repräsentanten wenig.

#### IV.

Im Sommer und Herbst 1830 kam der Impuls zur politischen Veränderung erneut aus Frankreich. Die Pariser Ereignisse mit dem Sturz des Königs avancierten im Rheinland zur Fanfare eines Erwachens aus politischer Indolenz und Lethargie.<sup>38</sup> Die politische Öffentlichkeit wandelte sich innerhalb weniger Wochen radikal: Die Presse blühte auf, das Vereinswesen florierte, das politische Klima veränderte sich binnen kurzem. Die Zeitgenossen empfanden die Pariser Vorgänge nach der „Windstille“ der zwanziger Jahre als Aufbruch in ein neues Zeitalter.

In Preußen und vor allem im Rheinland wartete man dennoch weiterhin vergeblich auf eine verfassungspolitische Wende und dementsprechende Signale aus dem fernen Berlin. Zu vereinzelt Unruhen war es zwar auch hier gekommen, denn das Rheinland grenzte territorial direkt an das aufständische Belgien. Ein aus den Provinzen Rheinland und Westfalen zusammengesetztes militärisches Generalgouvernement sollte ein Übergreifen der Unruhen verhindern. Bis auf wenige, allerdings sehr blutige Ausnahmen ist dies auch gelungen.<sup>39</sup> Aber im Vergleich zu den gewaltsamen Vorfällen in Sachsen oder Kurhessen blieben die rheinische Verfassungsbewegung und der Provinziallandtag recht zahm. Der Aachener Großkaufmann David Hansemann, publizistischer Vordenker des rheinischen Liberalismus, resümierte zum Jahresende 1830, in Deutschland hätten sich „seit der Pariser Revolution Dinge zugetragen, welche die feinsten Diplomaten schwerlich am 24. Juli für möglich erachteten.“<sup>40</sup> Hansemann sandte zwar seine ausführliche Denkschrift „über Preußens Lage und Politik am Ende des Jahres 1830“

37 Zit. nach: Schütz: Preußen (wie Anm. 11), S. 220; Faber: Die Rheinlande (wie Anm. 5), S. 275-287.

38 Hartwig Brandt: Die Julirevolution (1830) und die Rezeption der „principes de 1789“ in Deutschland. In: Roger Dufraisse (Hrsg.): Revolution und Gegenrevolution 1789-1830. Zur geistigen Auseinandersetzung in Frankreich und Deutschland. München 1991, S. 225-235; Clive H. Church: Europe in 1830. Revolution and Political Change. London 1983.

39 Michael Müller: Die preußische Rheinprovinz unter dem Einfluß von Julirevolution und Hambacher Fest 1830-1834. In: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 6 (1980), S. 271-290.

40 David Hansemann: Preußens Lage und Politik am Ende des Jahres 1830. In: Hansen: Briefe und Akten (wie Anm. 2), Bd. 1, Nr. 4, S. 11-81, hier S. 65.

dem König in Berlin zu, aber er veröffentlichte sie nicht. Bezeichnenderweise erschien sie erst 1845 für die Mitglieder des 8. rheinischen Provinziallandtags im Druck.<sup>41</sup>

Die rheinischen Oberpräsidenten wussten 1830 und 1840 fast übereinstimmend zu berichten, dass sich „die große Menge“ des Volkes glücklicherweise gar nicht um Konstitution und Volksvertretung kümmere.<sup>42</sup> Hansemann bemerkte 1834, nirgendwo gebe es den Wunsch nach einer Verfassung. Darum solle die preußische Regierung statt politischer Rechte für den Landtag eher materielle Erleichterungen zugunsten der Wirtschaft gewähren.<sup>43</sup> War es zum einen die staatliche Zensur, die einen Flugschriftenberg wie in anderen Staaten zu unterdrücken verstand, so lässt sich annehmen, dass der Provinziallandtag viele Wünsche aus der Bevölkerung kanalisierte und manchen Unmut absorbierte. Die rheinischen Provinzialstände bemühten sich um einen regionalen Anstrich, und die Öffentlichkeit wandte sich mit Petitionen an ihre Abgeordneten. Letztlich aber stagnierten Verfassungsfrage und Verfassungsbewegung im Rheinland nach 1830 für weitere fast 15 Jahre.

In den 1840er Jahren schritt in der Rheinprovinz die Industrialisierung und damit auch die politische Selbstorganisation der Gesellschaft deutlich voran. Dies zeigte sich zumal in der Virulenz religiös-politischer Fragen. Der Mischehenstreit im Rheinland bewegte die deutsche Öffentlichkeit, und die Reformbewegung des Deutschkatholizismus besaß hier eine erhebliche Anhängerenschaft. Auch die gegen Ende der vierziger Jahre im Südwesten vollzogene Ausdifferenzierung von liberaler und demokratischer Bewegung fand in den politischen Strömungen des Rheinlands ein Spiegelbild.<sup>44</sup>

Spätestens 1845 zeigten sich in der preußischen Rheinprovinz die Vorboten einer allmählichen Veränderung der politischen Ordnung. Die bisher nur in den Gemeindevertretungen und Handelskammern sichtbare selbstorganisierte Öffentlichkeit erreichte nunmehr eine größere Breite und Tiefe. Auf dem 8. rheinischen Provinziallandtag trat nach sechsjähriger Pause David Hansemann erneut als Deputierter auf. Insbesondere die Verhandlungen über die Rheinische Gemeindeordnung bestimmten diesen Landtag. In einer großen, auch öffentlich gemachten Verfassungsdebatte wurde am 10. März 1845 über die Bildung einer Repräsentation des Volkes ausführlich und kontrovers diskutiert.<sup>45</sup> Sollte überhaupt eine gesamtstaatliche Verfassung gefor-

41 Ebd.

42 Hansen: Briefe und Akten (wie Anm. 2), Bd. 1, S. 45\* (Oberpräsident von Pestel an das Innenministerium, 23.9.1833), vgl. ebd., Dok. 54, S. 185-193 (Oberpräsident von Bodelschwingh an das Innenministerium, 17.7.1840), hier S. 189 f.

43 David Hansemann: Preußen und Frankreich. Staatswirthschaftlich und politisch unter vorzüglicher Berücksichtigung der Rheinprovinz. Leipzig 1834, S. 207-216, 245 f. u. 281-285.

44 Berghausen: Die großbürgerlichen Liberalen (wie Anm. 4), S. 115-142.

45 Hansen: Briefe und Akten (wie Anm. 2), Bd. 1, Nr. 331, S. 767-835.

dert werden, wie sollte diese zustande kommen, welches Verhältnis sollten die zu bildenden Reichs- zu den Provinzialständen haben und welche Rechte sollten ihnen jeweils zustehen? Die öffentliche Diskussion solcher Fragen bestimmte die folgenden Jahre.

Überhaupt entstand im Rheinland in den 1840er Jahren eine größere und breitere politische Öffentlichkeit, als deren wichtiger und wahrnehmbarer Teil der Provinziallandtag in Düsseldorf agierte. Eine zwischenzeitlich etwas gelockerte Zensur sorgte für das Entstehen neuer Presseorgane wie der „Rheinischen Zeitung“, an der neben Camphausen und Mevissen auch Karl Marx mitwirkte. Die „Kölnische Zeitung“ wurde zum Sprachrohr des rheinischen Liberalismus.

Seit 1842 gab es auf gesamtpreußischer Ebene schließlich sogenannte Vereinigte Ausschüsse, zu der jede der acht preußischen Provinzen zwölf Delegierte entsandte. Und seit April 1847 tagte in Berlin der preußische Vereinigte Landtag, auf dem von 613 Delegierten 82 aus der Rheinprovinz stammten.<sup>46</sup> Der von den rheinischen Liberalen gewünschte Weg zu einer preußischen Verfassung ist dann allerdings erst durch die Märzereignisse des Jahres 1848 endgültig beschritten worden.

Die Bemühungen des rheinischen Liberalismus um eine gesamtstaatliche Verfassung und preußische Reichsstände blieben im Vormärz erfolglos. Immerhin wurden die wichtigsten wirtschaftlichen Ziele, Gewerbefreiheit und Zollunion, bis 1848 erreicht, auch wenn beides nicht dem Wirken des Provinziallandtags zuzuschreiben ist. Alle politischen und parlamentarischen Reformverlangen scheiterten dagegen an der fehlenden eigenen Durchschlagskraft, an machtlosen Provinzialständen und am Widerstand der preußischen Zentrale in Berlin. Erst mit dem Eisenbahnbau kam ein wirtschaftlicher Anlass, der den preußischen Staat aufgrund früherer Verfassungsversprechen zwang, den Vereinigten Landtag 1847 einzuberufen. Das bedeutete allerdings noch nicht den großen Umschwung, den sich die auf Reformen hoffenden Liberalen gewünscht hatten.

## V.

Die Bedeutung der rheinischen Provinzialstände für die preußische und deutsche Geschichte lässt sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Fortschrittlichkeit Preußens führte zu einer evolutionären politischen Entwicklung, in der die 1823 eingerichteten Provinzialstände eine politische Ventilfunktion besaßen

46 Johannes Gerhardt: Der Erste Vereinigte Landtag in Preußen von 1847. Untersuchungen zu einer ständischen Körperschaft im Vorfeld der Revolution von 1848/49. Berlin 2007.

und liberale Wünsche gewissermaßen auffangen und ablenken sollten. Zwar konnte sich hier der rheinische Liberalismus in einer begrenzten Öffentlichkeit entfalten, dennoch blieben seine Wirkungen aufgrund der beschränkten politischen Einflussmöglichkeiten eher gering. Monika Wienfort stellt über die preußischen Provinzialstände zu Recht fest: Ein „parlamentarisches Selbst-Bewusstsein konnte sich daher kaum entwickeln.“<sup>47</sup>

2. Trotz seiner insgesamt reduzierten Bedeutung stellte der frühe Parlamentarismus im Rheinland eine „Schule“ für die Abgeordneten dar, zumal während der 1830er und 1840er Jahre in verschiedenen deutschen Regionen allmählich eine parlamentarische Kultur entstand. Im Unterschied zu anderen konstitutionellen Staaten fehlte im Rheinland allerdings die Möglichkeit der Teilhabe an einer Verfassungsdebatte im preußischen Gesamtstaat. Auch mangelte es den rheinischen Landtagen an Öffentlichkeit und wichtigen Kompetenzen, wie beispielsweise dem Budgetrecht oder der Mitentscheidung bei der Gesetzgebung. Aber allein die Diskussions- und Beratungsmöglichkeit führte zum Ausprobieren des parlamentarischen Prozederes. In den 1840er Jahren finden sich im Rheinland erste Anfänge von politischem Vereinswesen, Parteibildung, Petitionswesen und politischer Presse.<sup>48</sup> Politik im Kleinen schulte letztlich für die größere Bühne. Selbst wenn die Möglichkeiten der parlamentarischen Mitwirkung an der Politik gering waren, so wurden durch die wiederholte Praxis die parlamentarischen Verfahren ausprobiert. So markiert die Geschichte der rheinischen Provinzialstände eine Etappe in der Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland, der in den deutschen Einzelstaaten bzw. – in diesem Fall – in den preußischen Provinzen eingeübt wurde. Denn die liberalen Anführer Camphausen und Hansemann erlangten ihre ersten Erfahrungen in einem parlamentarischen Gremium im Düsseldorfer Provinziallandtag, ähnlich wie dies für Heinrich von Gagern im Darmstädter oder für Friedrich Christoph Dahlmann im Hannoveraner Landtag galt. Dieses mentale „Gepäck“ nahmen sie mit in die Frankfurter Nationalversammlung und konnten es dort nutzen.
3. In der Rheinprovinz trat die Auseinandersetzung um eine gesamtstaatliche preußische Verfassung zurück hinter die wirtschaftlichen Ziele. Den rheinischen Liberalen reichte zunächst der ökonomische Fortschritt, dem der politische irgendwann folgen mochte. Der rheinische Liberalismus fußte vorwiegend auf einem selbstbewussten Bürgertum, einer besitzenden Schicht, die sich mit der provinziellen und kommunalen Repräsentation vorerst begnügte. Dieser Liberalismus agierte dezentral und fand sei-

47 Monika Wienfort: Geschichte Preußens. München 2008, S. 69.

48 Darauf verweist zu Recht u.a. Ribhegge: Preußen (wie Anm. 5), S. 88.

ne lokalen Zentren im städtischen Vereinswesen. Insofern betätigte sich die große Mehrheit der rheinischen Verfassungsbewegung außerparlamentarisch, die liberalen Vertreter in den Provinzialständen galten allenfalls als Speerspitze. In der Rheinprovinz hatten sich die Liberalen ohne gesamtstaatliche Verfassung eingerichtet. Dies fiel umso leichter, als in den linksrheinischen Gebieten das französische Recht positiv wirkte. Der rheinische Parlamentarismus wurde ersetzt von einer rationalen und weitgehend effektiven Verwaltung sowie überformt von einer frühindustriellen gesellschaftlichen Dynamik.

4. Der rheinische Parlamentarismus ist Teil des preußischen und des deutschen Parlamentarismus. Aber seine Rahmenbedingungen waren in mancherlei Hinsicht schwieriger. Denn als Provinziallandtag besaß er deutlich weniger Einfluss auf die gesamtpreußische Politik, über die in Berlin entschieden wurde. In vielen Punkten ähnelte sich aber die Art seiner Mitwirkung. Denn insgesamt überwog im politischen System des monarchischen Konstitutionalismus doch sehr deutlich die Macht der Exekutive, zumal es darüber hinaus auch noch erhebliche Prärogativen der Krone und des sie umgebenden Beraterkreises gab. Der rheinische Provinziallandtag versuchte im Rahmen seiner Möglichkeiten, rheinische Interessen zu artikulieren und sie nach Berlin zu kommunizieren. In den 1840er Jahren ist ihm dies im Zeichen einer sich breiter entfaltenden Öffentlichkeit in Presse und Vereinen zunehmend besser gelungen. Spezifisch „rheinisch“ war der Provinziallandtag dadurch, dass er ein Forum für die regionalen Besonderheiten bot und deshalb viel häufiger als andere deutsche Landtage ökonomische Fragen und Probleme diskutierte und dabei besonders hartnäckig und selbstbewusst argumentierte. „Das Rheinland“, so hat Dirk Blasius einmal festgestellt, „war nach 1815 ein Gebiet von einer bürgerlich-liberalen Renitenz, die den preußischen Obrigkeitsstaat herausforderte.“<sup>49</sup>
5. In Preußen hätte allenfalls das Zusammenwirken politischer Kräfte über die Provinzialgrenzen hinweg zu verfassungspolitischen Reformen und damit zu einer gesamtpreußischen Ständeversammlung führen können. Hierzu hätte es aber einer reformbereiten Bürokratie auf zentralstaatlicher Ebene bedurft. Da diese nach der Entmachtung und dem Tod Hardenbergs fehlte, blieb es bei einer binnenstaatlichen Konstitutionalisierung, die auf der Provinzebene endete und zudem mit den Repräsentativkörperschaften in den süd- und mitteldeutschen Staaten nicht vergleichbar war. Eine gesamtstaatliche Konstitutionalisierung und Parlamentarisierung gelang in Preußen, dem größten deutschen Flächenstaat, erst

49 Blasius: „Preußische Pfiiffe“ (wie Anm. 33), S. 32.

1848.<sup>50</sup> Diese gegenüber den süd- und mitteldeutschen Staaten verzögerte Parlamentarisierung Preußens hat weitreichende Auswirkungen gehabt und war eine der Ursachen für die späte Einführung des parlamentarischen Systems im Deutschen Reich.<sup>51</sup>

50 Ebd. Vgl. auch Christopher Clark: Preußen. Aufstieg und Niedergang. München 2007, S. 465 ff.

51 So auch das Resümee bei Ewald Grothe: Wunsch und Wirklichkeit. Die rheinische und die kurhessische Verfassungsbewegung im Vormärz. Eine vergleichende Studie. In: Blätter für deutsche Landesgeschichte 137 (2001), S. 135-159, hier S. 159.



## 1848 – Der rheinische Liberalismus an der Macht?<sup>1</sup>

Als mit Ludolf Camphausen und David Hansemann am 29. März 1848 zwei führende Liberale aus dem Rheinland in die preußische Regierung berufen wurden, schien im Hohenzollernstaat ein neues Zeitalter zu beginnen.

Camphausen führte als Ministerpräsident nominell sogar die Regierung an,<sup>2</sup> Hansemann<sup>3</sup> stand als Finanzminister gleichfalls einem Schlüsselressort vor. Diese durchaus bemerkenswerte Positionierung innerhalb der preußischen Gesamtregierung bot indes keine Garantie dafür, dass die Vorstellungen der rheinischen Liberalen an der Spree wirkungsvoll hätten zum Zuge kommen können. Das Fragezeichen im Aufsatztitel weist auf die Skepsis hin. Camphausen und Hansemann sahen sich in Berlin einer Vielzahl komplexer Problemlagen gegenüber. Ihre Darstellung kann den politischen Gestaltungsspielraum der rheinischen Liberalen näher ausloten helfen. Die wichtigsten Herausforderungen für die beiden Politiker sind im Folgenden in vier Punkten gebündelt und erläutert.

Da wäre *erstens* die Ausgangssituation einzufangen, wie sie die beiden liberalen Führungsfiguren in der preußischen Hauptstadt vorgefunden haben, genauer gesagt jene Ereignisse, Entscheidungslagen und Prozesse, die dem Regierungsantritt des Ministeriums Camphausen-Hansemann unmittelbar vorausgegangen waren.

*Zweitens* ist danach zu fragen, inwiefern Camphausen und Hansemann überhaupt auf ein zentrales Regierungsamt vorbereitet waren. Vorbereitet meint zum einen, mit welchem programmatischen Startkapital die liberale Bewegung am Rhein ihre beiden Exponenten für eine Regierungstätigkeit quasi ausgestattet hatte. Vorbereitet meint zum anderen aber auch ausdrücklich die persönlichen Voraussetzungen, politischen Erfahrungen und den so-

1 Die Vortragsform wurde beibehalten und die ursprüngliche Fassung um wenige Ausführungen und die Anmerkungen ergänzt. – Für wertvolle Hinweise danke ich herzlich Jürgen Herres (Berlin/Trier).

2 Jürgen Hofmann: Ludolf Camphausen. Erster bürgerlicher Ministerpräsident in Preußen. In: Helmut Bleiber/Walter Schmidt/Rolf Weber (Hrsg.): Männer der Revolution von 1848. Bd. 2. Berlin (Ost) 1987, S. 425-448; Anna Caspary: Ludolf Camphausens Leben. Nach seinem schriftlichen Nachlaß. Stuttgart/Berlin 1902.

3 Zur Person vgl. Alexander Bergengrün: David Hansemann. Berlin 1901; Rudolf Boch: David Hansemann. Das Kind der Industrie. In: Sabine Freitag (Hrsg.): Die Achtundvierziger. Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49. München 1998, S. 171-184.

zialkulturellen Kontext, mit denen sich die beiden Rheinländer in Berlin an den gesamt-preußischen Schreibtisch setzten.

*Drittens* sind die Rahmenbedingungen zu bedenken, mit denen sich Camphausen und Hansemann bei ihrer Arbeit in der preußischen Hauptstadt konfrontiert sahen, Bedingungen in staatsrechtlich-institutioneller wie auch in politischer und gesamtgesellschaftlicher Hinsicht. Dieser Rahmen steckte schließlich ganz wesentlich den Handlungsspielraum ab, über den die beiden Rheinländer an der Spree verfügen konnten.

Und *viertens* schließlich muss das alltägliche Regierungsgeschäft betrachtet werden, welches die zwei rheinländischen Newcomer in Berlin neben möglichen Strategie- und Grundsatzdebatten zu bewältigen hatten.

Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich auf das Regierungshandeln der rheinischen Liberalen in Berlin und somit auf das halbe Jahr der liberal angeführten Ministerien Camphausen und Auerswald zwischen Ende März und Ende September 1848. In beiden Kabinetten waren neben den Rheinländern Ludolf Camphausen, David Hansemann und Friedrich Kühlwetter sowie den ostpreußischen Adligen Alfred und Rudolf von Auerswald in unterschiedlichen Zeiträumen weitere liberale Persönlichkeiten tätig: der Pommer Maximilian Graf von Schwerin-Putzar, der Berliner Verwaltungsjurist Friedrich Wilhelm Ludwig Bornemann und der schlesische Unternehmer Karl August Milde. Von ihnen allen war Finanzminister David Hansemann am längsten in der preußischen Zentralregierung tätig, nämlich vom 29. März bis zum 21. September – also über die gesamte Zeit der beiden liberal geführten Kabinette.

Die hier folgende Betrachtung des Wirkens der rheinischen Liberalen an der Spree stützt sich auf zentralstaatliche archivarische Quellen und bringt vornehmlich die Perspektive der preußischen Hauptstadt und ihrer Behörden ein. Der Fokus liegt dabei auf:

a) der Zentralregierung in Berlin, also dem Staatsministerium, wie die preußische Regierung seit den Stein-Hardenbergschen Reformen und bis weit in die 1930er Jahre offiziell hieß,

b) dem Monarchen Friedrich Wilhelm IV. und seinem Umfeld sowie

c) auf der Öffentlichkeit der preußischen Hauptstadt.

Wir begeben uns also gedanklich nicht nur in das revolutionsbewegte Jahr 1848, sondern gleichfalls weg vom Rhein und hin in die Hauptstadt Preußens, nach Berlin und in die dortige Situation Ende März 1848, wie sie Camphausen und Hansemann vor dem Antritt ihrer Ministerämter vorfanden.

## I.

In Berlin hatte eine Volksmenge am 19. März 1848 den König spontan einer demütigenden Situation ausgesetzt. Durch ihren Ruf „Mütze ab“ hatte die Menge den König zu einer Ehrerweisung der auf dem Schlossplatz Gefallenen gezwungen. Diese Szene führte zu einem folgenschweren Paradoxon für die weiteren Geschehnisse Preußens. „Die Stunde [...] der größten Demütigung“ für den preußischen Monarchen verhalf ihm nämlich in der Residenz- und Hauptstadt letztendlich „zu größerer Popularität als je zuvor“, wie Rüdiger Hachtmann in seiner quellengesättigten Darstellung der Berliner Politik- und Gesellschaftsgeschichte überzeugend nachweist.<sup>4</sup> Diese „erzwungene symbolische Handlung des Königs“ erschütterte weder die Monarchie noch den königlichen Thron, wie zwei Jahre später der linksliberale Sigismund Stern festhielt. Vielmehr ging „die Person des Königs [...] mächtiger und größer“ aus der Revolution hervor, und zwar genau in jenem Moment, als er eben mit dieser Geste die Revolution quasi anerkannt hatte.<sup>5</sup> „Indem der König die Mütze vor den Märzgefallenen und den Berlinern zog“, schreibt Hachtmann, „schien er seine absolute Stellung zurückzunehmen und mit den Toten auch dem Prinzip der Volkssouveränität zu huldigen.“<sup>6</sup> Damit war dem „revolutionären Rausch“ nur einen Tag nach den Barrikadenkämpfen der „politische Kater“<sup>7</sup> gefolgt.

Als wenige Tage später, am 29. März 1848, Ludolf Camphausen zum Ministerpräsidenten berufen wurde, war dies bereits das zweite Märzministerium. Preußen gehörte damit – genauso wie Bayern, Braunschweig, Hessen-Darmstadt, Österreich und Württemberg – zu jenen Ländern im Deutschen Bund, die im Laufe des Jahres 1848 teil- und mehrfach erneuerte Märzministerien erhielten.<sup>8</sup> Das erste preußische Märzministerium hatte der König am 19. März in Berlin gebildet. Einen Tag zuvor war der uckermärkische Adlige Adolf Heinrich Graf von Arnim-Boitzenburg, übrigens nur mit dessen Widerwillen, zum ersten preußischen Ministerpräsidenten auserkoren worden. Das Amt hatte es vorher in Preußen nicht gegeben.<sup>9</sup> In dem von Arnim-Boitzenburg angeführten Ministerium waren vormärzliche und neu berufene Mi-

4 Rüdiger Hachtmann: Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution. Bonn 1997, S. 207.

5 Sigismund Stern: Die Geschichte des deutschen Volkes in den Jahren 1848 und 1849. In zwölf Vorträgen (gehalten in Berlin). Berlin 1850, S. 79.

6 Hachtmann: Berlin 1848 (wie Anm. 4), S. 207.

7 So Hachtmann zur politischen Richtungsentscheidung in Berlin, ebd., S. 204.

8 Eva Maria Werner: Die Märzministerien. Regierungen der Revolution von 1848/49 in den Staaten des Deutschen Bundes. Göttingen 2012, S. 43-74; der nachfolgende Begriff „Ministerium der Kontinuität“ ebd., S. 50.

9 Hierzu und generell zur Person Wolf Nitschke: Adolf Heinrich Graf von Arnim-Boitzenburg (1803-186). Eine politische Biographie. Berlin 2003.

nister zusammengeschlossen, weshalb es als ein „Ministerium der Kontinuität“ gilt.

Den Amtsantritt der Arnimschen Regierung hatte – anders als in der Rheinprovinz<sup>10</sup> – eine vor dem Berliner Stadtschloss versammelte Menge, so berichtet uns ein Zeitgenosse,<sup>11</sup> „mit Jubel“ begrüßt – womöglich deshalb, weil erstmals auch zwei Liberale berufen worden waren: der aus der Provinz Preußen kommende Alfred von Auerswald (Innenminister) und der aus Pommern stammende Maximilian Graf von Schwerin-Putzar (Kultusminister). Verstärkung erhielten diese beiden liberalen Adligen durch einen Vertreter der liberalen Richterschaft: Wilhelm Bornemann aus Berlin, der wenig später das Justizressort übernahm, als hoher Ministerialbeamter der Öffentlichkeit allerdings nicht sonderlich bekannt war.<sup>12</sup>

Vor dem königlichen Stadtschloss also Jubel, im „inner circle“ des preußischen Monarchen eher Unverständnis und Empörung. Die Berufung der beiden als gemäßigt liberal geltenden Adligen Auerswald und Schwerin soll den Bruder des Königs, Wilhelm Prinz von Preußen, zu dem Kommentar, dass es jetzt in Berlin „ja ganz wie in Paris“ sei, veranlasst haben.<sup>13</sup>

Der zum Ministerpräsidenten berufene konservative Arnim-Boitzenburg war kein Neuling im Regierungsgeschäft, sondern im Vormärz drei Jahre Innenminister gewesen. 1845 hatte er seinen Posten räumen müssen, weil er andere Vorstellungen als der König zur Verfassungsreform vertreten hatte.<sup>14</sup> Nun am 19. März 1848 sollte er die Situation retten, aber nach nur elf Tagen reichte Arnim seinen Rücktritt ein.<sup>15</sup> Nicht nur zwischen Arnim und dem König war es erneut zum Dissens gekommen, auch innerhalb des Ministeri-

10 Hierzu zusammenfassend Jürgen Hofmann: Das Ministerium Camphausen-Hansemann. Zur Politik der preußischen Bourgeoisie in der Revolution 1848/49. Berlin (Ost) 1981, S. 49 f.

11 Karl Ludwig von Prittwitz: Berlin 1848. Das Erinnerungswerk des Generalleutnants Karl Ludwig von Prittwitz und andere Quellen zur Berliner Märzrevolution und zur Geschichte Preußens um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Hrsg. von Gerd Heinrich, Berlin 1985, S. 314.

12 Bornemann, der seit 1844 das preußische Oberzensurgericht geleitet hatte, steht für eine liberale Rechtsprechung bei Zensurkonflikten in den letzten Jahren des Vormärz, vgl. hierzu Christina von Hodenberg: Die Partei der Unparteiischen. Der Liberalismus der preußischen Richterschaft 1815-1848/49. Göttingen 1996, bes. S. 255-264, zum Oberzensurgericht im System der preußischen Zensurbehörden vgl. Bärbel Holtz: Staatlichkeit und Obstruktion – Preußens Zensurpraxis als politisches Kulturphänomen. In: Preußens Zensurpraxis von 1819 bis 1848 in Quellen, bearb. von ders., Berlin/Boston 2015, S. 89-92.

13 Prittwitz. Berlin 1848 (wie Anm. 11), S. 288.

14 Vgl. hierzu Bärbel Holtz: Wider Ostrakismos und moderne Konstitutionstheorien. Die preußische Regierung im Vormärz zur Verfassungsfrage. In: Dies./Hartwin Spenkuch (Hrsg.): Preußens Weg in die politische Moderne. Verfassung – Verwaltung – politische Kultur zwischen Reform und Reformblockade. Berlin 2001, S. 101-139.

15 Arnims Rücktrittsgesuch an Friedrich Wilhelm IV. vom 29. März 1848, in: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin Dahlem (GStA PK), BPH, Rep. 50, J Nr. 55, Bl. 27-28; gedruckt bei Karl Haenchen (Hrsg.): Revolutionsbriefe. Ungedrucktes aus dem Nachlass König Friedrich Wilhelms IV. von Preußen. Leipzig 1930, S. 59 f. – Arnims Tage

ums waren unüberbrückbare Differenzen über den politischen Kurs und die Personen in Regierungsverantwortung aufgekommen. Am stärksten aber hatten der Boykott und Druck der rheinischen Liberalen auf das Arnimsche Ministerium gewirkt.

Denn den Namen Camphausen hatte man schon am Nachmittag des 18. März gemeinsam mit dem des Adligen Alfred von Auerswald für das Arnimsche Ministerium vorgesehen. Am 20. März hatte Friedrich Wilhelm IV. den Rheinländer sogar in Abwesenheit zum Minister ernannt.<sup>16</sup> Jener Berufung war Camphausen bekanntlich nicht nachgekommen, vor allem um für die rheinischen Liberalen einen eigenen Regierungsanspruch geltend machen zu können.

## II.

Mit welchem „Startkapital“ waren die Liberalen Ludolf Camphausen und David Hansemann bei ihrem Amtsantritt in Berlin ausgestattet? Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass der Liberalismus weder in Deutschland noch in Preußen eine homogene politische Bewegung mit einer einheitlichen Programmatik war. Auf den süddeutschen wie auch den ostpreußischen Liberalismus kann hier nicht näher eingegangen werden. Nur so viel sei festgestellt, dass der ostpreußische stark aus dem dortigen Adel erwachsen ist, während der süddeutsche und rheinische Liberalismus stark von Frankreich und Belgien geprägt war. Die belgische Verfassung aber galt in Berlin und wohl auch unter den ostpreußischen Liberalen als eine Schreckens-Konstitution, so dass selbst innerhalb der liberalen Kreise gegenseitige Vorbehalte existierten.

Der rheinische Liberalismus war nicht allein auf ein gesellschaftspolitisches Konzept und eine politische Strategie zurückzuführen. So standen auch Camphausen und Hansemann bereits im Vormärz für verschiedene politische und Verfassungs-Konzepte innerhalb der rheinischen Liberalen.<sup>17</sup> Diese politische Heterogenität gehörte auf alle Fälle auch zum „Startkapital“ Camphausens und Hansemanns.

als Ministerpräsident (19. bis 29. März) detailgetreu rekonstruiert bei Nitschke: Arnim-Boitzenburg (wie Anm. 9), S. 202-221. Zum Entscheidungsablauf am 29. März vgl. auch Joseph Hansen (Hrsg.): Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830–1850. Bd. 2/1: Januar 1846-April 1848. Bonn 1942, S. 680-685.

16 Vgl. die Kabinettsordre, Berlin, den 20. März 1848, gedruckt bei Prittwitz: Berlin 1848 (wie Anm. 11), S. 371; Friedrich Wilhelm IV. erklärte darin, dass er „den Präsidenten der Handelskammer [Ludolf] Camphausen zu Mir berufen [habe], um Mir fortan gleichfalls als Minister zu Seite zu stehen.“ Vgl. dazu auch Hofmann: Ministerium Camphausen-Hansemann (wie Anm. 10), S. 51 (mit weiterer Literatur).

17 Vgl. auch den Beitrag von Ulrich Soënius in diesem Band.

Die beiden rheinischen Liberalen waren Ende März 1848 nicht nur ganz in das Blickfeld des Königs gerückt, sondern es hatte sich indessen auch das politische Kräfteverhältnis so weit verändert, dass nicht mehr – wie üblich – der Monarch mit seinen Beratern über eine neue Regierungsmannschaft nachsann. Jetzt verhandelten liberale Kräfte um Hansemann, Auerswald, Bornemann und Camphausen über die personelle Zusammensetzung eines zweiten Märzministeriums. Ihre Debatten, Kontroversen und Kompromisse sind in Quellensammlungen und Forschungsliteratur mehrfach beschrieben worden.<sup>18</sup> Exemplarisch seien die Bemühungen Hansemanns genannt, ein „rheinisches“, nur aus Bürgerlichen bestehendes Ministerium zu bilden, ein Plan, der sich jedoch nicht durchsetzen ließ. Durchsetzen konnte man sich aber gegen Krone und Adel, so dass das rheinische Wirtschaftsbürgertum im Staatsministerium mit zwei Vertretern herausragend vertreten war. Aber es herrschte auch Uneinigkeit innerhalb der rheinischen Liberalen. So ging Hermann von Beckerath der Kompromiss zu weit. Als Gesandter der neuen Regierung beim Deutschen Bundestag vorgesehen, lehnte er diesen Posten ab, weil er sich nicht in eine solche „physisch und moralisch vernichtende Stellung“ begeben wollte.<sup>19</sup>

Das am 29. März gebildete Staatsministerium stand für einen liberal-konstitutionellen Kurs. Dem ersten Märzministerium, dem „Ministerium der Kontinuität“ folgte damit ein zweites, ein „Ministerium der Vermittlung“.<sup>20</sup> Der Herrschaftsanspruch der rheinischen Liberalen zielte auf eine verfassungsmäßige Vereinbarung mit den alten Eliten, mit Krone und Adel. Camphausen, der im Vormärz als gemäßigter Liberaler populär geworden war und sich 1847 weder an der Versammlung in Heidelberg noch am Treffen in Heppenheim beteiligt hatte, vertrat auch in Regierungsverantwortung konsequent diesen liberal-konstitutionellen Kurs, begleitet von einer starken Loyalität und Rücksichtnahme gegenüber dem König.<sup>21</sup>

Der rheinische Liberalismus war, wie bereits erwähnt, in sich heterogen. Camphausens Politik zielte auf gemäßigte politische Reformen und eine entschiedene Haltung gegenüber den radikalen Demokraten. Das Festhalten am ständisch gegliederten Vereinigten Landtag für Anfang April 1848 stieß in

18 Aus der Perspektive des Rheinlandes hier für die letzten März tage exemplarisch angeführt Hansen: Rheinische Briefe und Akten (wie Anm. 15), S. 681-685 (mit Anmerkungen); in Auswertung der Akten sowie der (auto-)biographischen und zeitgenössischen Literatur die Abläufe zusammengeführt bei Hofmann: Ministerium Camphausen-Hansemann (wie Anm. 10), S. 53-55 (Korrespondenz Camphausens und Mevissens bzw. dort zitierte Zeitungen vom 29. März 1848).

19 Zitiert bei Hugo Kopstadt: Hermann von Beckerath. Ein Lebensbild. Braunschweig 1875, S. 66 f.

20 Dazu Werner: Märzministerien (wie Anm. 8), S. 52 f.

21 Vgl. hierzu vor allem Hofmann: Das Ministerium Camphausen-Hansemann (wie Anm. 10).

vielen Teilen des Landes auf vehemente Ablehnung. Camphausen indes wollte damit politische Kontinuität zum Vormärz herstellen, eine auf Volkssouveränität beruhende, verfassungsgebende Konstituante verhindern und kommende Veränderungen auf die Reformen zugunsten des Großbürgertums reduzieren. So wurde beispielsweise geleugnet, dass die Revolution die politischen Veränderungen in Preußen in Gang gesetzt habe. Das Beharren auf der Einführung des unpopulären Zweikammersystems mit beschränktem Wahlrecht gehört genauso in diese Strategie wie die Bereitschaft, dem Monarchen eine überaus starke verfassungsmäßige Stellung zuzubilligen zu wollen.

Hatte das Ende März 1848 gebildete Ministerium Camphausen-Hansemann anfängliche Popularität genossen, stand es Ende Juni bereits vor seinem politischen Aus. Der Rückhalt für das liberal geführte Gesamtministerium war vor allem bei der städtischen Bevölkerung gänzlich verloren gegangen. Ähnlich erging es wenig später dem rheinischen Liberalen David Hansemann als Finanzminister im nachfolgenden liberal geführten Staatsministerium unter Rudolf von Auerswald. Dort galt der Rheinländer als Vordenker notwendiger Reformen zur Justiz wie zur Gemeinde-, Bezirks- und Provinzialordnung, so dass sich Unmut und Kritik seitens der feudalen Reaktion wie auch der radikalen Demokraten auf seine Person besonders fokussierten.

Der rheinische Liberalismus hatte im späten Vormärz eine politische Strategie entwickelt, an der seine politischen Repräsentanten in der Berliner Regierung auch nach dem März 1848 festhielten. Diese lautete: Machtteilhabe und Verständigung mit der herrschenden Elite, nicht deren Zerschlagung. Das aufstrebende rheinische Bürgertum wollte sich der herrschenden Elite gleichberechtigt in einer „parlamentarisierten Notabelngesellschaft“ an die Seite stellen, wie Rudolf Boch schreibt.<sup>22</sup> „Eine Vielzahl von Quellen der Jahre 1848/49 belegt das rigide Festhalten der rheinischen Bourgeoisie an ihrer bereits im Vormärz verfestigten Überzeugung, daß eine breite politische Partizipation der Bevölkerung mit dem Ziel eines krisenfesten konstitutionellen Staates unvereinbar sei.“<sup>23</sup> Das war der programmatische politische Kernpunkt, den Camphausen und Hansemann in Berlin umzusetzen suchten. So war insbesondere Hansemanns Handeln im Berliner Regierungsamt davon bestimmt, der latenten Gefahr der „Pöbelherrschaft“ entgegenzuwirken.<sup>24</sup>

22 Rudolf Boch: Grenzenloses Wachstum? Das rheinische Wirtschaftsbürgertum und seine Industrialisierungsdebatte 1814–1857. Göttingen 1990, S. 251.

23 Ebd., S. 249.

24 David Hansemann: Über die Lage Belgiens nach der Revolution vom August 1830 und die Stellung der Rheinprovinz dazu (Denkschrift). Aachen 1830, gedruckt in Joseph Hansen (Hrsg.): Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830–1850. Bd. 1: 1830–1845, Essen 1919 (ND Osnabrück 1967), S. 4–81, hier S. 48. Vgl. dazu die biographische Skizze von Boch: David Hansemann (wie Anm. 3), S. 179. Den Begriff der „Pöbelherrschaft“ verwendete Hansemann erneut in seiner Schrift „Das Preussi-

Diese Strategie galt auch für andere zentrale Programmpunkte des rheinischen Liberalismus – die Wirtschaftspolitik, welche auf „ehrgeizige Industrialisierungsziele“ ausgerichtet war, sowie für die Agrar- und Eigentumspolitik.<sup>25</sup> Camphausen und Hansemann setzten ganz darauf, keine Änderung in den Besitzverhältnissen, beispielsweise des ostelbischen Adels, herbeizuführen. Vielmehr wurde eine Gleichwertigkeit der Besitzformen angestrebt, die eben zu gleichwertiger politischer Teilhabe von Adel und Wirtschaftsbürgertum führen sollte. Diese Auffassung war innerhalb des rheinischen Liberalismus allerdings nicht alternativlos, hatte Peter Reichensperger mit seiner 1847 erschienenen Schrift über die Agrarfrage doch gegenteilig, nämlich für die Teilbarkeit des Bodens argumentiert.

Der katholische Liberale Peter Reichensperger darf als ein Vordenker für jenen Politikansatz gelten, wonach „aus dem entwickelteren Rheinland wesentliche Impulse zur Entwicklung der politischen und Sozialverfassung Preußens kommen könnten“.<sup>26</sup> Aus der rheinländischen Perspektive blickte Reichensperger – nicht als einziger – auf den östlichen Teil des Landes in der Gewissheit, dass man „das rückständige Preußen“ vom Rhein „in seinen rechtlichen Institutionen, seinem Bildungsstand, seinem ökonomischen Niveau und vor allem in seiner politischen Kultur aus“ zivilisieren müsse und auch könne. Seine Schriften aus den 1840er Jahren<sup>27</sup> hatten in diese Richtung argumentiert und Reichensperger zunehmend als einen Vertreter der liberalen Öffnung der Gesellschaft und also auch der Verfassung gezeigt. Bezugnehmend auf die Agrarfrage hatte er sich mit dem Problem des ländlichen Eigentums beschäftigt und den „Zusammenhang von ökonomischen Bedingungen, politischer Verfassung und gesellschaftlicher Stabilität“<sup>28</sup> herausgearbeitet. Reichensperger plädierte für die freie Teilbarkeit des Bodens und den Anreiz zum Erwerbsstreben. Die Industrialisierung hielt er für gewiss, wollte deren Auswüchse, wie z.B. die Massenarmut, aber möglichst einschränken. Und er projizierte das Ganze auch auf politische Strukturprinzipien, entwickelte eine klar ausformulierte Adelskritik, indem er beispielsweise gegen ein falsches Traditionsverständnis und gegen die Wiedereinfüh-

sche und Deutsche Verfassungswerk. Mit Rücksicht auf mein politisches Wirken“, 2. Aufl., Berlin 1850, S. 31, indem er seine Denkschrift von 1830 darin wieder abdruckte.

25 Boch: Grenzenloses Wachstum (wie Anm. 22), S. 251. Ebd. zum Folgenden.

26 Den Blick auf die Konzepte Peter Reichenspergers verdanke ich einem Vortrag über diesen rheinischen Katholiken, gehalten von Erik Lommatzsch (Leipzig) am 3. November 2017 in Berlin, der in einem der Tagungsbände der Preußischen Historischen Kommission publiziert wird. Vgl. ferner Thomas Mergel: Peter Reichensperger: Der katholische Liberale. In: Freitag (Hrsg.): Die Achtundvierziger (wie Anm. 3), S. 185-199, hier S. 188; ebd. das Folgende.

27 Peter Franz Reichensperger: Öffentlichkeit, Mündlichkeit, Schwurgerichte. Köln 1842; ders., Die Agrarfrage aus dem Gesichtspunkte der Nationalökonomie, der Politik und des Rechts und in besonderem Hinblick auf Preußen und die Rheinprovinz. Trier 1847.

28 Mergel: Peter Reichensperger (wie Anm. 26), S. 189; ebd. das Weitere.

rung von Provinzialständen im Rheinland aufgetreten war. Vielmehr befürwortete Reichensperger ein mächtiges Parlament und reihte sich somit nicht in das liberal-konstitutionelle Repräsentativmodell ein. Im Rheinland war sein zum Teil sozialromantisches Staats- und Gesellschaftskonzept zwar bekannt, politisch aber ist er im Vormärz kaum tätig geworden. Bei seiner Berufung ins Frankfurter Vorparlament galt er als „einer aus der zweiten Reihe“.<sup>29</sup> Als die rheinischen Liberalen Ende März 1848 in die Berliner Regierung eintraten und die Probleme von ganz Preußen in den Blick zu nehmen hatten, wäre ein Nachdenken über Reichenspergers Ansätze empfehlenswert gewesen.

Aber Camphausen und Hansemann agierten in ihren Regierungsämtern auch wirtschafts- und agrarpolitisch ausschließlich interessenorientiert unter Vernachlässigung eines notwendig breiten neuen Gesellschaftskonzepts, welches die sozioökonomischen Probleme Altpreußens in die eigene liberale Strategie eingebunden hätte. Diese Vernachlässigung erwies sich als ein strategischer Mangel und musste sich politisch umso mehr bemerkbar machen, als das Wirtschaftsbürgertum sich im preußischen Gesamtstaat auf eine nur geringe gesellschaftliche Relevanz stützen konnte.

Neben diesem verengten programmatischen „Startkapital“ für ein gesamtpreußisches Regieren in Berlin wird noch ein kurzer Blick auf die persönlichen Voraussetzungen, Prägungen und Erfahrungen der rheinischen Liberalen geworfen.

Camphausen und Hansemann erhielten ihre politischen Prägungen in einer Zeit, als zwischen dem Westen der Monarchie und Berlin eine gegenseitige Vertrauenskrise herrschte. Im westlichen Rheinland hatte nach 1815 die Enttäuschung über die nicht gehaltenen Verfassungsversprechungen eine kritische Grundhaltung gegenüber dem preußischen Regierungssystem befördert; die altpreußischen Gebiete östlich der Elbe schienen so fern wie der Balkan. In Berlin wiederum blickte man skeptisch auf das katholisch geprägte Rheinland, wo man obendrein allzu oft das Ende der Zugehörigkeit zu Frankreich bedauerte. Auf Berliner wie auf rheinischer Seite hatten sich in jenen Jahrzehnten gegenseitige Deutungs- und Wahrnehmungsmuster herausgebildet, „die sich als langlebig erweisen und eine politische Wirklichkeit prägende Kraft entwickeln sollten.“<sup>30</sup>

Als Camphausen und Hansemann ihre Regierungsämter in Berlin antraten, umfasste ihr politischer Erfahrungsraum das west-, südwest- und mitteldeutsche Gebiet. Geprägt worden sind beide vornehmlich im Rheinland in ihren dortigen wirtschaftlichen und politischen Wirkungskreisen. Innerhalb

29 Ebd., S. 190.

30 Jürgen Herres/Bärbel Holtz: Rheinland und Westfalen als preußische Provinzen (1814-1888). In: Georg Mölich u. a. (Hrsg.): Rheinland, Westfalen und Preußen. Eine Beziehungsgeschichte. Münster 2011, S. 113-208, hier S. 122.

Preußens vertraut war ihnen auch die Hauptstadt, hatten sie doch mehrfach in Berlin in ständischen Gremien, zuletzt beim Vereinigten Landtag 1847, mitgewirkt. Sie hatten also vor ihrer Ministerberufung bereits Erfahrung mit hauptstädtischen Regierungs- und Beamtenkreisen sammeln können.

Andererseits wiesen Camphausen und Hansemann wie die rheinischen Liberalen insgesamt eine strategische Schwäche auf, die tief in der „spezifischen Geschichte und Mentalität der rheinischen Bourgeoisie“ wurzelte: „Die rheinischen Wirtschaftsbürger [...] hatten die Mentalität einer regionalen Aristokratie ‚an Adels statt‘, ohne aber [...] über gefestigte Klientelbeziehungen zu verfügen.“<sup>31</sup> Sie hatten eine nur „schmale Basis“ für ihre Politik und „spekulierten auf die alte Massenloyalität“, über die die Monarchie in Preußen unverändert verfügte.

Der politische Erfahrungshorizont von Camphausen und Hansemann reichte in östlicher Richtung nicht wesentlich über Berlin hinaus. Flächenmäßig aber lag im Osten der Monarchie der Großteil des preußischen Territoriums mit den sechs alten preußischen Provinzen. Dieser östliche Teil der Monarchie war eine andere, den rheinischen Liberalen und nunmehrigen Berliner Ministern völlig fremde Welt. Dieses Altpreußen indes war hinsichtlich seiner Sozial- und Wirtschaftsverfassung, seinen Eigentums- und Herrschaftsstrukturen gänzlich anders geprägt als der westliche Teil der preußischen Monarchie. In ihrem Regierungsamt waren Camphausen und Hansemann auch für diesen Großteil der Monarchie zuständig. Die rheinischen Liberalen im Ministeramt standen auf einmal vor der Herausforderung, die Probleme von „Ostmitteleuropa“ managen bzw. sogar lösen zu sollen. Die Befreiung von den Feudallasten abzuschließen, war dabei die dringendste und komplizierteste Herausforderung.

Konzeptionelle Hilfe bei der Agrarreform holten sich – wenn auch spät – die rheinischen Liberalen bei Erasmus Robert Freiherr von Patow. Der Freiherr stammte aus Südbrandenburg, war ein hoher preußischer Ministerialbeamter, stand liberalen Ideen nahe und hatte schon im Vormärz enge Kontakte zu David Hansemann gepflegt. Mitte April 1848 war er zum Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten – ein damals in Preußen neu geschaffenes Ressort – berufen worden. Minister Patow hatte demnach nicht nur ein neues Ressort inhaltlich zu profilieren. Er sollte darüber hinaus nun auch für das Ministerium Camphausen-Hansemann ziemlich überstürzt eine Agrarreform entwerfen.

Nachdem Hansemann und Patow noch Anfang Juni 1848 beschwichtigend und hinhaltend auf die seit dem 22. Mai in Berlin tagende Preußische Nationalversammlung hatten einwirken müssen, legte ihr Patow etwa zwei

31 Boch: Grenzenloses Wachstum (wie Anm. 22), S. 252, das nachfolgende Zitat ebd., S. 253.

Wochen später eine Denkschrift vor.<sup>32</sup> Darin waren die agrarpolitischen Reformabsichten der Regierung Camphausen dargelegt. Aber die Denkschrift bestätigte nunmehr auch auf dem Gebiet der Agrarpolitik, dass bei den Liberalen die Kompromissbereitschaft gegenüber dem altpreußischen Adel stärker war als ihr Wille zu einer durchgreifenden Veränderung der Zustände auf dem Lande. Einigen wenigen Zugeständnissen an die Bauern standen in der Denkschrift Sanktionen gegenüber, wonach den Bauern auch weiterhin die Last der Entschädigung aufgebürdet wurde.<sup>33</sup> Karl Marx, der sich noch im Jahr 1848 mit Patows Denkschrift zur Agrarreform befasste, bezeichnete sie in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ als „das jämmerlichste Machwerk ohnmächtigsten bürgerlichen Gelüstes, die Feudalprivilegien, diese mit der ‚neuen Staatsverfassung unverträglichen Verhältnisse‘ abzuschaffen, und bürgerlicher Angst, sich revolutionär an irgend einer Sorte des Eigentums zu vergreifen. Der jämmerliche, bange, engherzige Egoismus verblendete die preußische Bourgeoisie in dem Grade, daß sie ihren *nothwendigen Bundesgenossen – die Bauernklasse* von sich zurückstieß.“<sup>34</sup> Das radikale Urteil, formuliert am Ende des Revolutionsjahres 1848 und sechs Monate nach dem Vorlegen der Patow’schen Denkschrift in der preußischen Nationalversammlung, macht einmal mehr darauf aufmerksam, dass die rheinischen Märzminister die sicher nur kurze Gunst der Stunde, um durchgreifende Reformen durchzuführen, aufgrund eigener enger Interessenslagen verpasst hatten. Denn ihr Handlungsspielraum ist nie wieder so groß gewesen, wie in den ersten Wochen nach den Märzkämpfen.

Das Beispiel der verpassten oder genauer gesagt der nicht gewollten Agrarreform muss hier genügen, um aufzuzeigen, dass der rheinische Liberalismus weder vorher noch in Regierungsverantwortung Verständnis und das dringend gebotene Problembewusstsein für den altpreußischen Osten entwickelte – eine evidente Fehlstelle in der Programmatik dieser aufstrebenden politischen Bewegung im vorwiegend noch agrarisch geprägten Preußen.

Neben der fehlenden Mentalität, Programmatik und Sensibilität der rheinischen Liberalen gegenüber diesem Teil Preußens gab es indessen subjektiv angelegte Momente, die ihrem amtlichen Wirken in Berlin wiederum zugutekamen. Hierzu ist unbedingt Camphausens und Hansemanns Zugehörigkeit zur evangelischen Konfession zu rechnen. Das dürfte ihren amtlich-politi-

32 Vgl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen der preußischen Nationalversammlung, Bd. 1, Sitzung vom 20. Juni 1848, Sp. 262-265.

33 Vgl. hierzu im Einzelnen Hofmann: Ministerium Camphausen-Hansemann (wie Anm. 10), S. 155 ff.

34 Neue Rheinische Zeitung, Nr. 183, Köln, 29. Dezember 1848, S. 2; zur Textgeschichte der Patow’schen Denkschrift sowie zur Kritik durch Marx vgl. Karl Marx, Friedrich Engels: Werke – Artikel – Entwürfe Februar bis Oktober 1848. Apparat, bearb. von Jürgen Herres und François Melis. Berlin 2016, S. 1169 f., ebd. das Zitat.

schen Karrierestart in Berlin wesentlich erleichtert haben. Denn noch war es eine Seltenheit im evangelisch geprägten preußischen Staat, dass ein Katholik in ein Ministeramt berufen wurde – bislang ein einziges Mal: Franz von Duesberg, ein Katholik, der nicht aus dem Rheinland, sondern aus Westfalen stammte und 1846 preußischer Finanzminister geworden war. Auch nach der Märzrevolution und bis in das 20. Jahrhundert hinein sind katholische Minister in Preußen eher die Ausnahme geblieben.

Nur verwiesen sei abschließend auf einen weiteren subjektiv-individuellen Moment, der in den revolutionären Märztagen noch nicht zum Tragen kommen konnte, indes quasi nachträglich bestätigte, dass man vor allem Camphausen in Berlin ein gewisses staatsmännisches Format zubilligte. Ludolf Camphausen, so wie später auch sein Bruder Otto, pflegte lange Zeit Kontakt zum preußischen Hof. Der rheinische Liberale korrespondierte seit 1848 und über Jahrzehnte mit Augusta, der Gattin Wilhelms Prinz von Preußen und späteren preußischen Königin sowie deutschen Kaiserin. Die gebürtige Weimarer Prinzessin, seit 1829 mit Wilhelm verheiratet, stand liberalen Ideen aufgeschlossen gegenüber. Ihre Korrespondenz mit Ludolf Camphausen steht für eine politische Offenheit, die sie zu einer Ausnahme innerhalb der königlichen Familie machte.<sup>35</sup>

### III.

Zu klären bleiben im Folgenden die staatsrechtlich-institutionellen wie politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und vorgegebenen Handlungsspielräume, mit denen sich die rheinischen Liberalen bei ihrer Regierungstätigkeit in Berlin konfrontiert sahen. Mit der Berufung Camphausens zum Ministerpräsidenten lag das höchste Regierungsamt erstmals in nichtadliger Hand. Das war nicht die einzige Änderung.

Anders als bis zur Märzrevolution war das Staatsministerium als oberstes Kollegialorgan nunmehr klarer strukturiert. Zu den üblichen sechs bestehenden Ressorts (Auswärtiges, Inneres, Finanzen, Kultus, Justiz, Krieg) traten der Handel und die Landwirtschaft hinzu. Neu, und das war die wichtigste Änderung innerhalb der Regierungsstruktur, war das Amt des Ministerpräsidenten. Er stand an der Spitze des Staatsministeriums und fungierte innerhalb des kollegial verfassten Kabinetts als *primus inter pares*. Zwar gab bei Stimmgleichheit sein Votum den Ausschlag für die Entscheidung<sup>36</sup>, jedoch

35 Caspary: Camphausen (wie Anm. 2). Vgl. ebenso König Friedrich Wilhelms IV. Briefwechsel mit Ludolf Camphausen, hrsg. und erläutert von Erich Brandenburg, Berlin 1906.

36 Vgl. die Sitzung am 29. Mai 1849, das Regest vom Sitzungsprotokoll, in: Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38. Bd. 4/1: 30. März 1848 bis 27. Oktober 1858, bearbeitet von Bärbel Holtz, Berlin 2003, S. 96 f.

kam dem Amt innerhalb des Gesamtministeriums kein verfassungsrechtlich gesicherter Vorrang zu.

Die wichtigste Änderung in der Verfasstheit des Staatsministeriums ermöglichte also keine einheitliche Leitung der Regierungsgeschäfte und war demnach inkonsequent geblieben. Wie im Vormärz behielten alle Minister das Vortragsrecht beim König und sie mussten jetzt den Ministerpräsidenten über ihre dortigen Absprachen nicht informieren. Sie konnten beim Monarchen Kabinettsordres und damit Regelungen erwirken, von denen der Ministerpräsident keine Kenntnis hatte. Erst vier Jahre nach der Revolution setzte der dann amtierende Ministerpräsident Otto von Manteuffel eine Erweiterung seiner Befugnisse durch, um die Staatsgeschäfte einheitlich leiten zu können. Seit 1852 nämlich war der Ministerpräsident in allen wichtigen Fragen zu informieren, ohne sein Wissen durfte beim Monarchen durch einen Fachminister keine Kabinettsordre erwirkt werden.<sup>37</sup> Damit war man noch immer weit von der erst im republikanischen Preußen verwirklichten politischen Richtlinienkompetenz für den Ministerpräsidenten entfernt. Aber dieser hatte seit 1852 überhaupt erst einmal die Chance, durch eine leitende und kontrollierende Einwirkung die nötige Homogenität des Staatsministeriums zu erreichen. In den Revolutionsmonaten von 1848 war daran überhaupt nicht zu denken, was sich auf den inneren Zusammenhalt des Staatsministeriums und die politische Durchsetzungsfähigkeit des Ministerpräsidenten nachteilig auswirken musste.

Unverändert geblieben ist im März 1848 auch das freie Berufungsrecht von Ministern durch den Monarchen. Hinter diesen Märzministern standen keine parlamentarischen Mehrheiten und sie waren auch keinem Parlament im heutigen Sinne politisch verantwortlich, sondern wie im Vormärz nur dem Monarchen und ihrem eigenen Gewissen gegenüber verpflichtet. Sie blieben auch nach dem 18. März 1848 allein „Minister von Königs Gnaden“ und ihr Handlungsspielraum hat somit keine valide Ausweitung erfahren. Und noch in anderen Schlüsselfragen blieb alles beim Alten. So wurden vergleichsweise nur sehr vereinzelt Veränderungen in der Ministerialbürokratie vorgenommen bzw. überhaupt landesweit in der Beamtenschaft Personen ausgewechselt. Als weiterer zentraler Schwachpunkt für die Durchsetzungsfähigkeit liberaler Politik sollte sich erweisen, dass das Ministerium keine Verfügungsgewalt über das Militär besaß. All dies beschnitt ebenfalls den

37 Die Kabinettsordre vom 8. September 1852, gedruckt in: Ernst Rudolf Huber (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Bd. 2: Deutsche Verfassungsdokumente 1851–1900. 3. neu bearb. Auflage, Stuttgart u. a. 1986, Nr. 6, S. 10; zum verfassungsrechtlichen Kontext vgl. auch Otto Hintze: Das preußische Staatsministerium im 19. Jahrhundert. In: Ders.: Gesammelte Abhandlungen. Bd. 3: Regierung und Verwaltung, 2. Aufl., Göttingen 1968 (zuerst 1908), S. 530–619, hier S. 589–594, sowie Ernst Klein: Funktion und Bedeutung des preussischen Staatsministeriums. In: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 9/10 (1961), S. 195–260, bes. S. 219 f.

Handlungsspielraum der liberalen Minister, und dies umso mehr, je länger die Märzkämpfe zeitlich zurücklagen.

In anderer Beziehung jedoch sprengte das Ministerium Camphausen-Hansemann ihm gesetzte Rahmenbedingungen und nahm eine Vorreiterrolle ein: Es war das erste preußische Kabinett, das persönliche Verantwortlichkeit der Minister und Selbstbewusstsein gegenüber dem Monarchen demonstrierte und Friedrich Wilhelm IV. in unterschiedlichsten Zusammenhängen mit seiner anachronistischen Herrscherauffassung, König „von Gottes Gnaden“ zu sein, praktisch-politisch konfrontierte.

Gleich nach seiner Bildung erinnerte es den König an dessen Proklamation vom 21. März, mit der er die Einführung einer konstitutionellen Verfassung mit Verantwortlichkeit der Minister in Aussicht gestellt hatte, und forderte für sich die weitere Behandlung der Verfassungsangelegenheit ein.<sup>38</sup>

Ein gänzlich anderes Beispiel für das neue Selbstbewusstsein lieferte ein staatsministerielles Monitum im Mai 1848, für den die königliche Kommandogewalt über das Heer den staatsrechtlichen Hintergrund lieferte. Bewusst alter Gewohnheit folgend, hatte Friedrich Wilhelm IV. den Befehl zur Parade der Berliner Bürgerwehr unter Auslassung der dabei beteiligten verantwortlichen Minister direkt an die einzelnen Befehlshaber ergehen lassen. Das Staatsministerium hatte daraufhin die Parade verhindert und gefordert, dass allgemein und auch in Militärangelegenheiten die Minister einzubeziehen seien. „Nur wenn dieser, in konstitutionellen Monarchien allgemein als notwendig anerkannte Grundsatz auch auf unser amtliches Verhältnis rein und vollständig zur Anwendung gebracht wird“,<sup>39</sup> könne die Regierung die ihr anvertraute Leitung der Landesangelegenheiten überhaupt bewältigen. An dieser Prämisse haben bekanntlich, unabhängig von der jeweiligen politischen Ausrichtung, alle nachfolgenden Ministerien dieses Königs festgehalten.

Dem Märzministerium Camphausen, das im Juni an dem Konflikt mit der preußischen Nationalversammlung und dem wachsenden Radikalismus im Volk auseinander gebrochen war, folgte erneut eine liberale Regierung – das „Ministerium der Tat“, nun unter dem ostpreußischen Aristokraten Rudolf von Auerswald und unter Verbleib von Finanzminister Hansemann.<sup>40</sup> Dieses neue Ministerium war „gezielt und vollständig aus möglichst vielen Parteien – aus Aristokratie und Bürgertum, aus verschiedenen preußischen

38 Das Schreiben des Staatsministeriums vom 30. März 1848 an Friedrich Wilhelm IV. in: GStA PK, I. HA Rep. 90, Nr. 182, n. f.; die zustimmende Kabinettsordre vom selben Tag in: GStA PK, I. HA Rep. 90, Nr. 2249, Bl. 9.

39 Das Schreiben des Staatsministeriums vom 13. Mai 1848 an Friedrich Wilhelm IV. in: GStA PK, BPH, Rep. 50, E 2 Nr. 5, Bl. 20–21v, das Zitat Bl. 20v–21.

40 Vgl. Boch: David Hansemann (wie Anm. 3), bes. S. 180–183 (mit weiterer Literatur); Berggrün: David Hansemann (wie Anm. 3).

Provinzen und aus den Kernlanden Stammenden, aus Angehörigen der linken wie der rechten politischen Gruppierungen – komponiert worden“,<sup>41</sup> wie Eva Maria Werner in ihrer Untersuchung der deutschen Märzministerien zusammenfasst.

Die Regierung Auerswald legte einen Entwurf für eine preußische Verfassung vor, der allerdings nicht die Billigung der Nationalversammlung fand. Auch in anderer Hinsicht geriet diese Regierung unter zunehmenden Druck: Von ihr wurde ein konsequentes Vorgehen gegen die reaktionären Kräfte innerhalb des Militärs erwartet. An dieser Erwartungshaltung sollte die Regierung schließlich zerbrechen. Sie trat ebenfalls nach nur wenigen Wochen zurück, als sie sich mit der von der Nationalversammlung aufgeworfenen Frage der parlamentarischen Kontrolle über das Heer konfrontiert sah.

#### IV.

Abschließend sind noch einige Bemerkungen vonnöten über das alltägliche Regierungsgeschäft, das die beiden rheinländischen Newcomer in der Berliner Regierung neben allen grundsätzlichen Debatten zu bewältigen hatten. Denn ohne ihren administrativen Alltag wäre das Bild über die Berliner Wochen und Monate der beiden rheinischen Minister nur unvollständig gezeichnet.

Regierungsarbeit verursachte auch damals schon ein immenses Arbeitspensum. Die Zugehörigkeit zum preußischen Staatsministerium bedeutete oftmals lediglich eine kurze Sonntags- und meist keine Sommerpause. Für die Monate nach dem März 1848 trifft dies umso mehr zu, als das Land und die Regierung vor immensen politischen Herausforderungen standen. Regierungsarbeit bedeutete Teilnahme an Regierungssitzungen, Gespräche mit Abgeordneten der Preußischen Nationalversammlung, Vorbereiten von Gesetzesvorlagen und Denkschriften, und bedeutete vor allem Aneignen von Sachkompetenz in vielen bislang fremden Themen.

Das Staatsministerium tagte nach dem März 1848 in offensichtlich enger Abfolge, was sich aus einer Vielzahl von Hinweisen der Memoirenliteratur und zeitgenössischen Publizistik herleiten lässt. Wie im Vormärz gehörte es auch jetzt zur Regierungspraxis, dass das Ministerium mehrfach gemeinsam mit dem Monarchen tagte, so dass die liberalen Minister auch persönlich mit dem König zusammentrafen. Hinzu trat das Moment, dass man – wie im Vormärz – offensichtlich im alten Sitzungslokal im Berliner Stadtschloss<sup>42</sup>

41 Werner: Märzministerien (wie Anm. 8), S. 73.

42 Dies erwähnt beispielsweise auch Otto Camphausen gegenüber seiner Schwägerin Elise in einem Brief vom 9. April 1848, vgl. Historisches Archiv Köln, Bestand 1023a, Nr. B 20.

und somit im wohnlichen Umfeld des Königs zusammenkam. Ab und an taucht bereits die Wilhelmstraße 74 als Sitzungsadresse auf. Dort hatte Ministerpräsident Ludolf Camphausen seine Dienstwohnung, und dort pflegte er wiederholt Staatsministerialberatungen abzuhalten, so wie später auch sein Nachfolger im Amt Rudolf von Auerswald.

Welche Themen standen im alltäglichen Regierungsgeschäft zur Bearbeitung und Lösung an? Hierüber geben uns die leider nur spärlich überlieferten Sitzungsprotokolle des Staatsministeriums eine gewisse Auskunft: Neben erwartbaren Debatten um diverse Angelegenheiten zur Deutschen wie zur Preußischen Nationalversammlung befasste sich die preußische Regierung mehrfach mit der politisch schwierigen Provinz Posen – deren nationalen Reorganisation, der Schließung und Wiedereröffnung dortiger polnischsprachiger Gymnasien. Disziplinar- und Personalangelegenheiten standen auf der Tagesordnung des Staatsministeriums, wovon der Fall des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, Eduard Flottwell, wohl der delikateste gewesen sein dürfte: Flottwell hatte im Umfeld der Frankfurter Paulskirche zunächst eine Petition unterzeichnet, welche die Aufhebung des Zölibats gefordert hatte. Dies hatte unter der katholischen Bevölkerung seiner Amtsprovinz Westfalen Unverständnis und großen Unmut hervorgerufen, so dass Berlin befürchten musste, dass sich die Verärgerung auch auf die Regierung in Berlin ausweiten und die Angelegenheit in einen konfessionell aufgeladenen, politischen Konflikt münden könnte. Ein gänzlich anderes Thema für das Staatsministerium war im Sommer 1848 die Wiederherstellung einer Kriegsmarine in Preußen.

Es fällt auf, dass in den überlieferten Protokollen keines der zentralen Themen der beiden liberal geführten Ministerien auftaucht. Weder die Verfassungspolitik, die Wirtschafts- und Finanzpolitik, noch die Agrarreform sind in den Protokollen als Beratungsgegenstände aufgeführt, was freilich nicht bedeutet, dass man sich nicht darüber verständigt hätte. Dennoch bleibt zu vermuten, dass das Staatsministerium als oberstes Kollegialorgan diese Themen nicht immer auch im kollegialen Gremium verhandelt hat. Dies scheint auch auf die internen politischen Differenzen zwischen Camphausen und Hansemann zuzutreffen. Ihre Nichterwähnung in den Beratungsprotokollen des Staatsministeriums lässt darauf schließen, dass der Finanzminister seine innovative Finanzpolitik (Wiederherstellung des privatwirtschaftlichen Kredits, Gründung von Darlehenskassen und der ersten preußischen Aktienbank) in Alleingängen eingeleitet hat. Staatsrechtlich war das formal sogar legitim, da Hansemann als Finanzminister das persönliche Vortragsrecht beim Monarchen besaß und somit den Ministerpräsidenten nicht in seine Pläne einbeziehen musste.

In ihrer Gesamtbilanz als Regierung brachten die beiden liberal geführten Ministerien manches auf den Weg. Das unter Rudolf von Auerswald geführ-

te „Ministerium der Tat“ legte einige Gesetzentwürfe vor, so zu einer Gemeindeordnung, zur Einführung der Geschworenengerichte, Steuerregulierung, Beseitigung der Feudallasten und zur Aufhebung der Klassen- und Grundsteuerbefreiungen.

Und dennoch scheiterten die rheinischen Liberalen 1848 in ihrer Regierungsverantwortung. Dies ist auf schwere Mängel und Fehleinschätzungen zurückzuführen, die abschließend noch einmal zusammengefasst werden sollen: Die rheinischen Liberalen verfügten zwar über ein ehrgeiziges Industrialisierungsprogramm, ohne indessen eine legitimitätsstiftende Gesellschaftskonzeption entwickelt zu haben. Der gerade im preußischen Osten dringlichen Agrarreform standen sie ideenlos gegenüber. Sie bauten darauf, sich bei den alten Eliten, dem Adel, „deren Loyalität und Legitimation ‚borgen““ zu können, was die liberalen Minister „fast zwangsläufig zum Spielball der alten Mächte“ werden ließ.<sup>43</sup> Hinzu kam eine fatale Verkennung der landesweiten Kräftekonstellation in Preußen. Eine wiedererstarrende Reaktion erschien den rheinischen Liberalen undenkbar, während sie ganz ihrer Furcht vor einer Volksbewaffnung nachgingen. Fehlendes Machtbewusstsein gegenüber den alten Eliten, fehlende Bereitschaft, auch die Interessen anderer gesellschaftlicher Schichten in zukunftsfähige Konzepte zu bündeln und stattdessen lediglich ein überhöhtes großbourgeois Sonderinteresse zu vertreten, ließen die Popularität der liberal geführten Ministerien rapide sinken und letztendlich in ihrer Regierungspolitik scheitern. Heinrich August Winkler sprach nach komplexer Analyse der 1848er vom „überforderten Liberalismus“.<sup>44</sup> Ein solches Fazit wäre auch in dem hier interessierenden Kontext nachvollziehbar, aber unvollständig, da es das gänzliche Desinteresse der rheinischen liberalen Minister gegenüber den großen sozioökonomischen Problemen des agrarisch geprägten Ostens Preußens bagatellisieren würde.

43 Vgl. zu allem Boch: *Grenzenloses Wachstum* (wie Anm. 22), S. 253.

44 Heinrich August Winkler: *Der überforderte Liberalismus. Zum Ort der Revolution von 1848/49 in der deutschen Geschichte*. In: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.): *Revolution in Deutschland und Europa 1848/49*. Göttingen 1998, S. 185–206.



## „... eine vergiftete Atmosphäre“. Kulturkampf – Katholizismus und Liberalismus im Rheinland

### Einleitung

Ein rheinischer Zeitzeuge beschrieb die siebziger und achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts wie folgt:

„Wie eine vergiftete Atmosphäre, wie eine Art Krankheit lag es in jenen Tagen über unserem Vaterlande. Katholik und Reichsfeind, katholisch und vaterlandslos, ultramontan und vaterlandsfeindlich, Zentrumsanhänger und Gegner jeder Kulturbestrebung waren nach landläufiger Auffassung gleichwertige Begriffe. Es gehörte gewissermaßen zum guten Ton, den Katholiken ihre politische Minderwertigkeit möglichst deutlich zum Ausdruck zu bringen und ihnen im öffentlichen Leben die Gleichberechtigung abzusprechen. [...] Die konfessionellen und politischen Gegensätze waren so groß, dass ein klaffender Riß durch die Gesellschaft ging, der Spaltung und Zwietracht bis in den Schoß der Familie hineinrug.“<sup>1</sup>

Bei diesem Zeitzeugen handelte es sich um den Schriftsteller und Journalisten Dr. Eduard Hüsgen (1848-1912). Er gehörte zu den führenden Persönlichkeiten des Düsseldorfer Katholizismus im ausgehenden 19. Jahrhundert. Seine düstere Schilderung von „vergifteter Atmosphäre“, von „Spaltung“ und „Zwietracht“ wirft ein bemerkenswertes Licht auf die gesellschaftliche und kirchenpolitische Situation der 1870er und 1880er Jahre in Deutschland und Teilen Europas.

Über die gleiche Epoche schrieb der evangelische Pfarrer von Bonn und spätere Berliner Hofprediger Ernst (von) Dryander (1843-1922) in seinen Lebenserinnerungen: „In der Tat war eine so strenge Scheidung der Konfessionen eingetreten, dass eigentlich jeder Verkehr abgebrochen war [...] In der Geselligkeit erinnere ich mich kaum, einem oder anderen Katholiken begegnet zu sein [...] Ein Kleinkrieg der Konfessionen dauerte fort.“<sup>2</sup>

Als der der linksliberalen Fortschrittspartei angehörende Pathologe Rudolf Virchow (1821-1902) am 17. Januar 1873 im Preußischen Abgeordnete-

1 Eduard Hüsgen: Ludwig Windthorst. Sein Leben, sein Wirken. Köln 1911, S. 172. Zu Hüsgen vgl. Norbert Schloßmacher: Düsseldorf im Bismarckreich. Politik und Wahlen – Parteien und Vereine. Düsseldorf 1985, passim, insbes. S. 275 mit Anm. 18.

2 Ernst von Dryander: Erinnerungen aus meinem Leben. Bielefeld/Leipzig 1922, S. 119.

tenhaus die auf ihren Höhepunkt zusteuernde Auseinandersetzung zwischen Staat und katholischer Kirche „einen großen Kulturkampf“ nannte,<sup>3</sup> begann sich ein Schlagwort zu etablieren, das wie kaum ein anderes für lange Zeit die innenpolitischen Debatten in Preußen und im Deutschen Reich beherrschen sollte. Jene – de facto bereits länger andauernde – Auseinandersetzung kulminierte zwischen 1871 und 1876 in zahlreichen Gesetzen und Verordnungen, deren vordergründiges Ziel die Ausweitung des staatlichen Regiments über die Kirche war, die aber insgesamt als Teil eines zeitlich wie räumlich weit komplexeren Säkularisierungsprozesses zu betrachten ist.<sup>4</sup>

Ideologisch bestand beispielsweise bereits seit Jahrzehnten – und zwar nicht nur in Deutschland – ein starker Antagonismus zwischen dem letztendlich in der Aufklärung wurzelnden Liberalismus einerseits und dem Katholizismus andererseits. Wolfgang J. Mommsen schrieb salopp vom „Haß der liberalen Parteien auf die ‚schwarze Bande‘“, und Lothar Gall formulierte: „Der eigentliche Widerpart der katholischen Bewegung und fast aller ihrer Bestrebungen stand, für jedermann unübersehbar, bereit. Es war der Liberalismus nahezu aller Spielarten, vom rechten Flügel bis zu den entschiedensten Wortführern des Linkliberalismus.“<sup>5</sup> Hier prallten völlig unterschiedliche weltanschauliche Konzepte aufeinander: auf liberaler Seite Fortschritts- und Wissenschaftsgläubigkeit, Vernunftbetontheit, Forderungen nach individueller Autonomie bei gleichzeitiger Affinität zu nationalen Themen, hingegen Skepsis gegenüber der Moderne, Beharrung am Überlieferten, Ablehnung der Omnipotenz bürgerlicher, das heißt staatlicher Gewalt sowie das Infragestellen des Kapitalismus auf katholischer Seite, um nur einige Stichworte zu nennen. „Das Pathos von Autorität und Bewahrung stand gegen das der Modernisierung und der Emanzipation.“<sup>6</sup>

Hinzu kam ein hier nur anzudeutender sozialer Gegensatz: Träger des Liberalismus war im Wesentlichen ein überwiegend protestantisches städti-

3 Virchow war übrigens nicht, wie häufig zu lesen ist, der Schöpfer dieses Begriffs; schon 1840 war er im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung zwischen der liberalen katholischen Schweiz und Rom in die Debatte geworfen worden. Vgl. Manuel Borutta: Antikatholizismus. Deutschland und Italien im Zeitalter der europäischen Kulturkämpfe. Göttingen 2011, S. 11.

4 Aus der Fülle der – zumeist älteren und vorwiegend aus katholischer Perspektive verfassten – Literatur seien genannt: Rudolf Morsey: Der Kulturkampf. In: Anton Rauscher (Hrsg.): Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803-1963, 2 Bde. München 1981/82, hier Bd. 1, S. 72-109, sowie Johannes B. Kießling: Geschichte des Kulturkampfes im Deutschen Reiche. 3 Bde Freiburg 1913-1916. Von den jüngeren einschlägigen Arbeiten sei hingewiesen auf die materialreiche Studie: Borutta: Antikatholizismus (wie Anm. 3). Ulrich Lappenküper, André Ritter, Arnulf von Scheliha (Hrsg.): Europäische Kulturkämpfe und ihre gegenwärtige Bedeutung. Paderborn 2017.

5 Wolfgang J. Mommsen: Das Ringen um den nationalen Staat. Gründung und Ausbau des Deutschen Reiches unter Bismarck 1850-1890. Berlin 1993, S. 426; Lothar Gall: Bismarck. Der weiße Revolutionär. 4. Aufl. Berlin 2013, S. 549.

6 Rudolf Lill (Hrsg.): Der Kulturkampf. Paderborn 1997, S. 11.

ches Wirtschafts- und Bildungsbürgertum, wohingegen der Katholizismus seine Schwerpunkte im ländlichen Raum sowie in den unteren und mittleren städtischen Schichten besaß. So war „in den Augen der liberalen Eliten“ der Kulturkampf „auch ein Abwehrkampf gegen die Überflutung der elitären Hegemonie durch die Unterschichtenmassen unter der informellen Führung klerikaler Tribunen“. <sup>7</sup> In diesem Zusammenhang tritt auch das schon wiederholt untersuchte Phänomen des Bildungsdefizits auf katholischer Seite zu Tage, ein Grund für die bis weit ins 20. Jahrhundert hinein zu beobachtende, z. T. enorme Unterrepräsentanz der Katholiken in maßgeblichen Positionen in Politik, Wirtschaft, Armee, Verwaltung und Justiz. Von katholischer „Inferiorität“ ist gelegentlich die Rede. <sup>8</sup>

Mit entsprechenden Stereotypen wie Gottlosigkeit und Religionsfeindlichkeit wurden die Liberalen seitens der Katholiken bedacht, die Katholiken wiederum galten als rückständig, als Hemmschuh des materiellen wie des technischen Fortschritts, Adjektive wie anachronistisch, reaktionär, barbarisch, exotisch, primitiv, mysteriös, bedrohlich, ja einfach fremd, sind diejenigen, die nicht-katholischerseits für die Beschreibung des Phänomens Katholizismus immer häufiger Verwendung fanden. Zudem wurde den Katholiken mangelnder Patriotismus zum Vorwurf gemacht: Ultramontanismus, d. h. das ständige Schielen „ultra montes“, also jenseits der Berge nach Rom, das für die Katholiken die eigentliche Hauptstadt sei, wurde zum meistgebrauchten Schlagwort jener Jahre. <sup>9</sup>

Der folgende Beitrag ist dreigeteilt: Zunächst wird die *Vorgeschichte des Kulturkampfes*, eine Hinleitung zum eigentlichen Konflikt geschildert, und zwar mit der Beschränkung auf das 19. Jahrhundert. In einem zweiten Teil wird *der eigentliche Kulturkampf* in seinem Verlauf und seinen Auswirkungen dargestellt werden. Schließlich folgt in einem dritten und letzten Abschnitt die formale *Beilegung des Kulturkampfes* und seine Fortexistenz unter anderen Vorzeichen bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs.

Noch drei Bemerkungen vorab: Natürlich gab es auch unter den Katholiken, sowohl vor wie nach 1848, solche, die nicht zum Mainstream des Katholizismus gehörten; man denke an die liberalen bzw. Reformkatholiken oder die Modernisten, wie sie kirchlicherseits abschätzig bezeichnet wurden <sup>10</sup>, oder auch an nationalkonservative katholische Kreise, so genannte

7 Thomas Mergel: Zwischen Klasse und Konfession. Katholisches Bürgertum im Rheinland 1794-1914. Göttingen 1994, S. 257.

8 Vgl. Martin Baumeister: Parität und katholische Inferiorität. Untersuchungen zur Stellung des Katholizismus im Kaiserreich. Paderborn 1987.

9 Vgl. Gisela Fleckenstein/Joachim Schmiedl (Hrsg.): Ultramontanismus. Tendenzen der Forschung. Paderborn 2005.

10 Vgl. u. a. Otto Weiß: Der Modernismus in Deutschland. Ein Beitrag zur Theologiegeschichte. Regensburg 1995; Claus Arnold: Kleine Geschichte des Modernismus. Freiburg 2007. Aus der Bürgertumsforschung sei genannt Mergel: Klasse (wie Anm. 7).

„Rechtskatholiken“<sup>11</sup>. Auch die Angehörigen der 1871 im Protest gegen das Erste Vatikanische Konzil entstandene, ganz überwiegend gouvernemental orientierten Altkatholischen Kirche waren naturgemäß alles andere als ultramontan.<sup>12</sup> Auf diese Minderheiten innerhalb des Katholizismus werde ich nicht eingehen. Katholisch meint in diesem Zusammenhang: antiliberal, unbedingt papsttreu und dem Klerus ergeben, eben ultramontan.

Ähnlich holzschnittartig werde ich im Folgenden die Begriffe „liberal“ und „Liberalismus“ verwenden. Die parteipolitischen Zersplitterungen der Liberalen in der Bismarck-Ära bleiben unberücksichtigt; der Blick richtet sich auf die in den 1870er und 1880er Jahren dominierende nationalliberale Ausrichtung, konkret auf das vor allem urbane, „liberal-protestantische Bildungsbürgertum“, wie es Gangolf Hübinger in seiner Studie über den Kulturprotestantismus beschrieben hat.<sup>13</sup> Auf die enge Verflechtung von Protestantismus und Liberalismus hatte zuvor schon James J. Sheehan hingewiesen: Der „typische liberale Wähler war also Protestant und irgendwo im mittleren Bereich der Klassen- und Staatshierarchie angesiedelt.“<sup>14</sup>

Vor einigen Jahren wurde von Christopher Clark moniert, dass die gesamteuropäische Dimension des Kulturkampfes selten bis nie in Betracht gezogen wurde und wird. Meist, so sein Einwand, wurden diese Konflikte als rein nationalstaatliche Phänomene wahrgenommen und untersucht. Dabei, so die Beispiele Clarks, hat die enorme Mobilisierung der Katholiken, z. B. zugunsten des Papstes, oder der Wandel der Volksfrömmigkeit nicht an politischen Grenzen Halt gemacht.<sup>15</sup> Ich werde, gemäß der Aufgabenstellung, dennoch nicht einmal den deutschen, sondern ganz überwiegend den rheinischen Kosmos in Augenschein nehmen.

- 11 „Im deutschen Katholizismus gibt es eine noch nicht erforschte national-konservative Kontinuitätslinie von den ‚Hof- ‚Staatskatholiken‘, vor allem in Preußen, aus der Zeit des Kulturkampfes der 1870er Jahre bis hin zu den ‚Rechtskatholiken‘ am Ausgang der Weimarer Republik.“ Rudolf Morsey: Martin Spahn In: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hrsg.): Zeitgeschichte in Lebensbildern Bd. 4. Mainz 1980, S. 143-158, hier S. 143. Vgl. auch Horst Gründer: Rechtskatholizismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Rheinlande und Westfalens. In: Westfälische Zeitschrift 134 (1984), S. 107-156, sowie weiter unten in diesem Beitrag.
- 12 Vgl. Olaf Blaschke: Der Altkatholizismus 1870 bis 1945. Nationalismus, Antisemitismus und Nationalsozialismus. In: Historische Zeitschrift 26 (1995), S. 51-99.
- 13 Vgl. Gangolf Hübinger: Kulturprotestantismus und Politik. Zum Verhältnis von Liberalismus und Protestantismus im wilhelminischen Deutschland. Tübingen 1994.
- 14 James J. Sheehan: Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg. München 1983, S. 287. Sheehan schreibt dies zwar konkret im Zusammenhang mit der Reichstagswahl von 1912, doch gilt dies im Wesentlichen auch für die Kulturkampfzeit.
- 15 Vgl. Christopher Clark/Wolfram Kaiser (Hrsg.): Kulturkampf in Europa im 19. Jahrhundert. Leipzig 2003, sowie Peter Stadler: Kulturkampf und Kulturkämpfe im mittleren Europa des 19. Jahrhunderts. Versuch einer vergleichenden Orientierung. In: Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte 16 (1996), S. 13-25.

## Die „Vorgeschichte“ des Kulturkampfes

Um die wahre Dimension dieses Antagonismus – Staat versus Kirche, und – damit auf das Engste verwoben – Liberalismus bzw. Protestantismus versus Katholizismus – richtig einschätzen zu können, muss der Blick weit zurückgelenkt werden; als Stichworte mögen der schon im Mittelalter virulente, wiederholt zu teilweise gravierenden Spannungen führende Staat-Kirche-Gegensatz sowie ein massiver, in der Reformation wurzelnder und im Zeitalter der Aufklärung gestärkter Antikatholizismus genügen. Wichtiger in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass die über Jahrhunderte bestandene, als Selbstverständlichkeit hingenommene enorme Machtfülle der Kirche, sowohl in materieller wie in ideeller Hinsicht, zu Beginn des 19. Jahrhunderts im Rahmen der Säkularisation weitestgehend verloren gegangen war. Für das weiterhin mehrheitlich katholische Rheinland wurde zudem als erschwerend empfunden, dass es sich 1815 urplötzlich als Teil eines ganz überwiegend protestantischen Staates wiederfand. Ein Tiefpunkt der inneren wie äußeren Verfassung der Kirche schien erreicht.

An dieser Stelle muss die zentrale Rolle der Romantik für das baldige Wiedererstarren des Katholizismus, für ein neues katholisches Selbstbewusstsein wenigstens angedeutet werden: All das, was die Aufklärung am Katholischsein verurteilt hatte, Wunder, Sinnlichkeit, Heiligen- und Reliquienverehrung, Prachtentfaltung, prunkvolle und pompöse Liturgie, wurde von der Romantik bewundert und gepriesen. Gefühle und Sehnsüchte nach Schönheit und Harmonie wurden – und werden – vom Katholizismus in weit stärkerem Maße angesprochen als von einem rationaleren Protestantismus – oder gar einem mehr oder weniger säkularen Liberalismus. „Das Katholische wurde förmlich Mode“, schrieb Joseph von Eichendorff (1788-1858).<sup>16</sup> Katholizismus und Mittelalter wurden zum Begriffspaar, für die einen erklärend, für die anderen, die eher das angeblich so dunkle Mittelalter im Blick hatten, Besorgnis erregend und Ängste schürend.

An der Frage der Mischehe, genauer gesagt an der Frage der Konfession der aus solchen gemischtkonfessionellen Beziehungen hervorgehenden Kinder, sollte sich dann der erste massive Konflikt zwischen preußischem Staat und katholischer Kirche entzünden. Die Weigerung des tief frommen, dabei eigensinnigen und wenig diplomatischen Kölner Erzbischofs Clemens August von Droste zu Vischering (1773-1845), die staatlichen Regelungen, nach denen Kinder stets in der Konfession des Vaters zu erziehen seien, anzuerkennen, führten schließlich zu seiner Verhaftung und Inhaftierung in der Festung Minden. Es war der gleiche Erzbischof, der gegen die Anhänger der

16 Joseph von Eichendorff: Erlebtes. In: ders.: Neue Gesamtausgabe. Stuttgart 1953, Bd. 2, S. 1019-1094, hier S. 1071 f.

Lehren des wissenschaftlich in der katholischen Aufklärung wurzelnden, posthum auf den Index gesetzten Bonner Theologen Georg Hermes vorging und sich auch in dieser Frage mit Berlin überworfen hatte.<sup>17</sup>

Der an sich wenig geschätzte, ja unbeliebte Kölner Oberhirte wurde – unterstützt durch eine entsprechende Publizistik – zum Märtyrer, zum Mythos, wenn nicht gar zur Metapher für einen gerechtfertigten, zudem gottgefälligen kirchlichen Widerstand gegen eine feindliche antikatholische Obrigkeit. Der Katholizismus wurde – jedenfalls in seiner Mehrheit – streng kirchlicher, integralistischer, engstens an Rom und am Papst orientiert, eben ultramontaner, vielleicht sogar fundamentalistisch, wie Christoph Weber den Begriff einmal umschrieben hat.<sup>18</sup>

Neben diesem „institutionellen“ Gegensatz, und doch eng mit ihm verzahnt, zeichnete sich ein zweiter Kampfplatz ab, und zwar ein eher ideologischer: Immer weiter nämlich drifteten liberale und katholische Vorstellungen von der Welt, der Politik, der Wissenschaft auseinander. Man verstand einander nicht mehr. Max Weber hat diese zunehmende Bedeutung des Verstandesmäßigen gegenüber der Gefühlswelt einmal als die „Entzauberung der Welt“ und zugleich als die eigentliche Geburt der Moderne bezeichnet.<sup>19</sup> Unter den vielen Beispielen, die in diesem Zusammenhang genannt werden könnten, sind die Ereignisse um die „Heilig-Rock-Wallfahrt“ nach Trier im Jahre 1844 die vielleicht anschaulichsten.

Mit der Einladung zur Wallfahrt nach Trier traf der Trierer Bischof Wilhelm Arnoldi (1798-1864) den Puls der Zeit, als er 1844 eine Frömmigkeitsform wiederaufleben ließ, die schon im 18. Jahrhundert von führenden Kirchenvertretern als antiquiert und unzeitgemäß abgetan worden war. Die Wallfahrt war hervorragend vorbereitet und geriet mit ihren mehreren Hunderttausend Teilnehmern zur – äußerst erfolgreichen – Machtdemonstration eines wieder erstarkenden bzw. bereits wieder erstarkten Katholizismus. Wolfgang Schieder bezeichnete die Heilig-Rock-Wallfahrt von 1844 einmal als „die größte organisierte Massenbewegung des deutschen Vormärz überhaupt“<sup>20</sup>. Gleichzeitig brach in nicht-katholischen Intellektuellenkreisen eine Welle des Protests und des Unmuts über diese als anachronistisch, weil mit dem Stand der modernen Wissenschaft als nicht vereinbar empfundene Zur-

17 Eine gute Zusammenfassung der meist als „Kölner Wirren“ zusammengefassten Ereignisse bietet: Karl-Egon Lönne: Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt/Main 1986, S. 76-82.

18 Vgl. Christoph Weber: Ultramontanismus als katholischer Fundamentalismus. In: Winfried Loth (Hrsg.): Deutscher Katholizismus im Umbruch zur Moderne. Stuttgart u. a. 1991, S. 20-45.

19 Vgl. hierzu Hartmut Lehmann: Die Entzauberung der Welt. Studien zu Themen von Max Weber. Göttingen 2009.

20 Wolfgang Schieder: Kirche und Revolution. Sozialgeschichtliche Aspekte der Trierer Wallfahrt von 1844. In: Archiv für Sozialgeschichte 14 (1974), S. 419-454, hier S. 421.

schaustellung und Verehrung eines Gegenstandes aus, dem man jegliche Authentizität absprach. Zwei junge Bonner Wissenschaftler, der Historiker Heinrich von Sybel und der Orientalist Johann Gildemeister, bildeten mit ihrem vielgelesenen und ebenso intensiv diskutierten Buch „Der heilige Rock zu Trier und die zwanzig andern heiligen ungenährten Röcke. Eine historische Untersuchung“ zweifellos die Speerspitze der seinerzeitigen antikatholischen Propaganda.<sup>21</sup>

Während der Revolution von 1848/49 artikuliert und profilierte sich der nun sich allmählich formierende politische Katholizismus, und zwar sowohl in Form von Petitionen und Vereinsgründungen als auch in der Wahl dezidiert katholischer Abgeordneter.<sup>22</sup> Und der Aufschwung des Katholizismus setzte sich fort: Volksmissionen zogen übers Land und erreichten Scharen von Menschen,<sup>23</sup> zahlreiche Orden und Kongregationen, die insbesondere auf dem Gebiet der Krankenpflege, des Unterrichts und der Sozialarbeit tätig wurden, entstanden und entwickelten sich z. T. rasant.<sup>24</sup>

Gleichzeitig geschah etwas, das Manuel Borutta die „Orientalisierung“ des Katholizismus nennt.<sup>25</sup> Es beschreibt einerseits eine Art „Musealisierung und Ästhetisierung“, andererseits aber auch eine scharfe Ablehnung des Katholizismus seitens liberaler, protestantischer und borussischer Kräfte. So kam es im August 1869 beim so genannten „Moabiter Klostersturm“ zu einem regelrechten Exzess, als Tausende von Menschen die kurz zuvor inmitten eines liberal-protestantischen bzw. akatholisch geprägten, dazu in Teilen proletarischen Umfelds die kurz zuvor errichtete Niederlassung von Dominikanern zu stürmen versuchten. Diese als Provokation empfundene Klostergründung hatte eine Fülle antikatholischer Affekte freigesetzt; die hieraus resultierenden Unruhen galten und gelten für Viele als der unmittelbare Auslöser des Kulturkampfes.<sup>26</sup> Übrigens hatten angebliche oder tatsächliche Ver-

21 Erschienen Düsseldorf 1844.

22 Zuletzt zu diesem Themenkomplex: Hermann-Josef Scheidgen: Der deutsche Katholizismus in der Revolution von 1848/49. Episkopat – Klerus – Laien – Vereine. Köln u. a. 2008. Auch für Scheidgen geht der (politische) Katholizismus gestärkt aus den Revolutionsjahren hervor.

23 Vgl. Erwin Gatz: Rheinische Volksmission im 19. Jahrhundert. Düsseldorf 1963.

24 Vgl. hierzu: Erwin Gatz (Hrsg.): Geschichte des kirchlichen Lebens in den deutschsprachigen Ländern seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. Bd. 7: Klöster und Ordensgemeinschaften. Freiburg 2006.

25 Borutta: Antikatholizismus (wie Anm. 3), passim.

26 „Mit dieser Heldentat wurde der bald anhebende Kulturkampf eingeläutet, gerade wie später der Weltkrieg mit dem Morde von Sarajewo.“ Carl Bachem: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumsparlei. 9 Bde. Köln 1927-1932, hier Bd. 3, 1927, S. 39. Vgl. zuletzt: Borutta: Antikatholizismus (wie Anm. 3), S. 247-254.

fehlungen im Düsseldorfer Dominikanerkloster eitgleich hohe Wellen geschlagen. Ein größerer Skandal konnte jedoch abgewendet werden.<sup>27</sup>

## Der Kulturkampf

Ausschlaggebend für die weitere Verschärfung des ohnehin schon vertrackten Verhältnisses zwischen katholischer und nicht-katholischer Welt waren vier mehr oder weniger parallel stattfindende Geschehnisse:

- der 1864 von Papst Pius IX. veröffentlichte *Syllabus errorum*, ein Verzeichnis vermeintlicher Zeitirrtümer, das als Abrechnung mit dem Liberalismus und als „Höhepunkt“ der „Frontstellung der katholischen Kirche gegen die Moderne“<sup>28</sup> verstanden werden kann. Hinzu kommt das die ultramontan-strengkirchlichen Kräfte enorm stärkende und die nicht-katholische Welt mindestens irritierende Erste Vatikanische Konzil von 1869/70 mit der Verkündigung des Dogmas von der päpstlichen Unfehlbarkeit.
- die nahezu zeitgleiche Einnahme Roms im Rahmen der nationalstaatlichen Einigung Italiens mit dem Resultat des Untergangs des Kirchenstaates und der faktischen politischen Entmachtung des Papstes („Römische Frage“)
- der militärische Sieg Deutschlands über Frankreich und die Gründung des zweiten Kaiserreichs 1871, und zwar in der von katholischer Seite alles andere als präferierten kleindeutschen Variante – also ohne Österreich – , in dem Preußen das Sagen hatte und in dem die Katholiken eine Minderheit darstellten
- die Gründung der katholischen Zentrumspartei, die den Anspruch erhob, die parlamentarische Vertretung des gesamten deutschen Katholizismus zu sein.

Diese neue Partei mit ihrem programmatischen Namen „Zentrum“, war dem preußischen Ministerpräsidenten und deutschen Reichskanzler, Otto von Bismarck, ein gewaltiger Dorn im Auge. Auf Anhieb hatte sie 1871 bei der ersten Reichstagswahl 63 Mandate (knapp 20 Prozent) erhalten und war zweitstärkste Fraktion geworden.<sup>29</sup> Allein in der Rheinprovinz hatte das Zentrum mindestens 18 der insgesamt 35 Wahlkreise (mehr als 50 Prozent) gewon-

27 Vgl. Schloßmacher: Düsseldorf (wie Anm. 1), S. 61, sowie Borutta: Antikatholizismus (wie Anm. 3), S. 245 f.

28 Wilfried Loth: Das Kaiserreich. Obrigkeitsstaat und politische Mobilisierung. München 1996, S. 51.

29 Die Zahlen nach: Gerhard A. Ritter/Merith Niehuss: Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871-1918. München 1980, S. 38. Zur Geschichte der Zentrumspartei und des politischen Katholizismus in Deutschland zuletzt und mit aus-

nen.<sup>30</sup> Und schon die ersten Parlamentsdebatten mit Beteiligung des Zentrums hatten deutlich gemacht, dass sich hier eine kraftvolle Opposition etabliert hatte, die Bismarcks Lebenswerk, dem geeinten kleindeutschen Reich, skeptisch, wenn nicht sogar ablehnend gegenüberstand. Nachdrücklich setzte sich das Zentrum in der „Römischen Frage“ für eine auch militärische Intervention Deutschlands zugunsten des Papstes ein, eine Forderung, die für die deutsche Außenpolitik völlig inakzeptabel war. Zudem war Bismarck, der große Vorbehalte gegen alles Katholische besaß, erbost über die Beziehungen des Zentrums zu den größten „internen“ Gegnern des neuen Nationalstaats, den Welfen und Polen,<sup>31</sup> sowie über dessen Verbindungen zum „Erbfeind“ Frankreich und zum katholischen Österreich; das Gespenst einer katholischen „Internationale“ gegen das geeinte, mehrheitlich protestantische Deutschland war eine der politischen Schreckensvisionen Bismarcks.<sup>32</sup> Mangelnder Patriotismus hieß der Vorwurf, schnell war das Wort von der Reichsfeindlichkeit der Katholiken geboren.

In dieser Situation machte sich Bismarck den ausgeprägten Antikatholizismus der seit 1866 in eine eher konservative nationalliberale und eine progressivere linksliberale Fraktion gespaltenen Liberalen zu Nutze.<sup>33</sup> Er spannte sie zusammen mit den ihm ohnehin ergebenen Freikonservativen in eine Art Koalition, mit der er seine auf eine Schwächung des Katholizismus und der Zentrumsparterie bzw. deren Einordnung in den von ihm geschaffenen Staat hinzielenden Gesetze und Maßnahmen durchzusetzen vermochte. Von „ne-

fürlicher Bibliographie Andreas Linsenmann/Markus Raasch (Hrsg.): Die Zentrumsparterie im Kaiserreich. Bilanz und Perspektiven. Münster 2015; weiterhin unverzichtbar: Bachem: Vorgeschichte (wie Anm. 26), hier Bd. 3, 1927, S. 38-42.

- 30 Nach Lothar Weiß: Wahlen im 19. und 20. Jahrhundert (Geschichtlicher Atlas der Rheinlande Beih. V). Bonn 2006, S. 52. Hinsichtlich der Zahl derjenigen, die sich dann tatsächlich der Zentrumsfraktion anschlossen, variieren die Angaben in der Literatur. Rudolf Morsey: Die Zentrumsparterie in Rheinland und Westfalen. In: Walter Först (Hrsg.): Politik und Landschaft. Köln 1969, S. 11-50, hier S. 14, spricht von 21 Zentrumsabgeordneten aus der Rheinprovinz. Vgl. auch Christoph Weber: „Eine starke, enggeschlossene Phalanx“. Der politische Katholizismus und die deutsche Reichstagswahl 1871. Essen 1992.
- 31 Vgl. hierzu zuletzt Christoph Nonn: Bismarck und der politische Katholizismus. In: Linsenmann/Raasch: Zentrumsparterie (wie Anm. 29), S. 241-260.
- 32 Vgl. Morsey: Kulturkampf (wie Anm. 4), S. 77, sowie Gall: Bismarck (wie Anm. 5), S. 541; Ernst Engelberg: Bismarck. 2 Bde Berlin 1988, hier Bd. 2, S. 104.
- 33 Vgl. hierzu Sheehan: Liberalismus (wie Anm. 14), S. 147 ff. In diesem Kontext zu nennen ist auch die Liberale Reichspartei, eine liberal-konservative Honoratiorenparterie, die zahlreiche Katholiken in ihren Reihen zählte, Bismarcks Kulturkampf unterstützte, aber nur eine Legislaturperiode Bestand hatte. Vgl. Winfried Grohs: Die Liberale Reichspartei 1871-1914, Frankfurt/Main 1990.

gativer Integration<sup>34</sup> bzw. einem „innenpolitischen Präventivkrieg“<sup>35</sup> ist in diesem Zusammenhang die Rede gewesen. Umgekehrt war der Kulturkampf für die Nationalliberalen ein probates Mittel, sich politisch von den Konservativen abzugrenzen, den Reichskanzler an sich zu binden und alte liberale Forderungen durchzusetzen.<sup>36</sup> Anders, pointiert formuliert: „Die Liberalen zwangen Bismarck zu einer Politik der Trennung von Staat und Kirche, die er so nicht wollte, und Bismarck überrumpelte die Liberalen mit den Strafgesetzen, ohne jedoch alles durchsetzen zu können.“<sup>37</sup>

Der Reigen der staatlichen Maßnahmen<sup>38</sup> begann mit einem Reichsgesetz vom 10. Dezember 1871, dem so genannten Kanzelparagraphen, der insbesondere die Behandlung politischer Themen von der Kanzel herab unter Strafe stellte. Ungezählte katholische Geistliche kamen so mit dem Gesetz in Konflikt. Ihre genaue Zahl ist nicht erforscht, im Kreis Kempen und in Düsseldorf wurde beispielsweise gegen je zwei Priester entsprechende Anklagen erhoben.<sup>39</sup>

Einen größeren Eingriff in kirchliche Zuständigkeiten bedeutete das Schulaufsichtsgesetz von 1872, das die bis dahin bestehende geistlich-kirchliche Schulaufsicht zugunsten einer staatlichen abschaffte. Bei diesem Gesetz und der bald darauf eingeführten obligatorischen Zivilehe im ganzen Deutschen Reich handelt es sich um bereits seit längerer Zeit im Raum ste-

34 Wolfgang Sauer: Das Problem des deutschen Nationalstaates. In: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): *Moderne deutsche Sozialgeschichte*. Köln 1968, S. 407-436, hier S. 430.

35 Morsey: *Kulturkampf* (wie Anm. 4), S. 110. Er folgte dabei der schon zuvor geäußerten These: Heinrich Bornkamm: *Die Staatsidee im Kulturkampf*. In: *Historische Zeitschrift* 170 (1950), S. 41-72, 273-306.

36 Vgl. Dieter Langewiesche: *Liberalismus in Deutschland*. Frankfurt 1988, S. 183.

37 Armin Heinen: *Umstrittene Moderne. Die Liberalen und der preußisch-deutsche Kulturkampf*. In: *Geschichte und Gesellschaft* 29 (2003), S. 138-156, hier S. 143.

38 Zu den einzelnen Kulturkampfgesetzen vgl. Ernst Rudolf Huber: *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. 4: *Struktur und Krisen des Kaiserreichs*. Stuttgart u. a. 1969, hier Kap. X: *Der Kulturkampf*, S. 645-831, insbes. S. 693-745, sowie Lill: *Kulturkampf* (wie Anm. 5).

39 Zu den konkreten Auswirkungen der Kulturkampfgesetze vor Ort liegen einige wenige spezifische, in ihrer Ausführlichkeit durchaus unterschiedliche Lokalstudien vor: für Aachen vgl. Herbert Lepper: *Die kirchenpolitische Gesetzgebung der Jahre 1872-1875 und ihre Ausführung im Regierungsbezirk Aachen. Ein Beitrag zur Geschichte des Kulturkampfes in der Erzdiözese Köln*. In: *Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein* 171 (1969), S. 200-258; für Bonn vgl. Heinrich Linn: *Das katholische Bonn*. In: Dietrich Höroldt/Manfred van Rey (Hrsg.): *Bonn in der Kaiserzeit 1871-1914*, Bonn 1986, S. 217-249; für Düsseldorf vgl. Schloßmacher: *Düsseldorf* (wie Anm. 1); für die Kreise Kempen und Geldern sowie die Stadt Viersen vgl. Eleonore Föhles: *Kulturkampf und katholisches Milieu 1866-1890 in den niederrheinischen Kreisen Kempen und Geldern und der Stadt Viersen*. Viersen 1995; für Krefeld vgl. Dieter Kastner: *Krefeld und der politische Katholizismus während des Kulturkampfes 1870-1885*. In: Edmund Bungartz (Hrsg.): *Katholisches Krefeld I. Streiflichter aus Geschichte und Gegenwart*. Krefeld 1974, S. 65-135; schließlich für Koblenz die ungedruckte Dissertation Wolfgang Dietz: *Die Auswirkungen des Kulturkampfes im Regierungsbezirk Koblenz*. Bonn 1992.

hende Säkularisierungsforderungen, mit denen die Regierung insbesondere den Liberalen entgegenkam. Dies gilt insbesondere auch für das 1872 verabschiedete Jesuitengesetz, das diesem und den mit ihm verwandten Orden jegliche Tätigkeit, ihren Mitgliedern sogar den Aufenthalt in Deutschland untersagte. Galten doch die Jesuiten mit ihrer messerscharfen Rhetorik und dem von ihrem Ordensgründer geprägten Begriff des „Kadavergehorsams“ in antikatholischen Kreisen als Metapher für einen papstergebenen Ultramontanismus, als die brillianteste katholische Waffe überhaupt. So wurden die Häuser der Jesuiten in Aachen und Bonn bereits wenige Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes geschlossen und selbst in Verwaltungsbezirken, in denen der Orden keine Niederlassung unterhielt, wurden die Beamten angewiesen, etwaige „Jesuitenuntriebe“ zu ahnden.<sup>40</sup>

1875 wurden diese Bestimmungen sogar auf alle katholischen Orden und Kongregationen, soweit sie nicht in der Krankenpflege arbeiteten, ausgedehnt. Dies betraf also vornehmlich solche geistlichen Gemeinschaften, die in der Seelsorge, in der Schule oder in der Sozialarbeit tätig waren. „Die Staatsregierung hält es für ihre Pflicht, so schnell und durchgreifend wie möglich zu verhindern, dass dieses zahlreiche, der Lenkung der Kurie und des Episkopates willenlos preisgegebene Personal zu einer staatsfeindlichen Einwirkung auf die ihm weit und breit zugängliche Masse der katholischen Bevölkerung benutzt wird“, hieß es dazu in aller Deutlichkeit im offiziellen Gesetzeskommentar.<sup>41</sup> Ungezählte Ordensniederlassungen wurden geschlossen, die Ordensfrauen und -männer gingen meist ins benachbarte Ausland ins Exil, insbesondere nach Belgien und in die Niederlande, wo sie Unterkunft beispielsweise in Häusern des Adels fanden<sup>42</sup> oder sich zur Errichtung von Neubauten veranlasst sahen.<sup>43</sup> Allein in Stadt und Kreis Düsseldorf wurden 24 Einrichtungen aufgehoben, und zwar die der Dominikaner, der Fran-

40 Vgl. Lepper: Aachen (wie Anm. 39), S. 210-218; Linn: Bonn (wie Anm. 39); Föhles: Kulturkampf (wie Anm. 39), S. 47 f.; Schloßmacher: Düsseldorf (wie Anm. 1), S. 155 f.

41 Paul Hinschius: Die preußischen Kirchengesetze der Jahre 1874 und 1875. Berlin 1875, S. 85. Hinschius war evangelischer Kirchenrechtler, Vertrauter des preußischen Kultusministers und exponierten Kulturkämpfers Adalbert Falk und Mitglied der nationalliberalen Reichstagsfraktion. Seine Kommentare zu den Kulturkampfgesetzen trugen quasi-offiziellen Charakter. Vgl. Hans Liermann: Paul Hinschius. In: NDB Bd. 9, Berlin 1972, S. 190 f.

42 Hier sind vor allem die gräflichen Familien Hoensbroech, Loe und Schaesberg zu nennen; vgl. hierzu Föhles: Kulturkampf (wie Anm. 39), S. 47 f., sowie Norbert Schloßmacher: Der Rheinische Adel und der Kulturkampf – *Kämpfer für die Rechte seiner heiligen Mutter* – am Beispiel der Familie von Loë und anderer rheinischer Adelsfamilien. In: Die Freiherren und Grafen von Loë auf Schloss Wissen. Beiträge zur Familiengeschichte im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Weeze 2015, S. 85.

43 Vgl. Rita Müllejangs: Klöster im Kulturkampf. Die Ansiedlung katholischer Orden und Kongregationen aus dem Rheinland und ihre Klosterneubauten im belgisch-niederländischen Grenzraum infolge des preußischen Kulturkampfes. Aachen 1992. Eine von Steyl südlich Venlo bis nach Theux südlich Verviers reichende Karte mit den „Exilorte(n) der aus dem Erzbistum Köln vertriebenen Ordensleute(n)“ bei Eduard Hegel: Das Erzbistum Köln

ziskaner, der Kartäuser, der Alexianer-Brüder, der Klarissen und der Ursulinen sowie der Töchter vom hl. Kreuz, der Armen-Schwwestern vom hl. Franziskus, der Armen Dienstmägde Jesu Christi und der Schwestern vom armen Kinde Jesu, die zum Teil mehrere Schulen, Heime oder Sozialstationen betrieben.<sup>44</sup> Übrigens war es wiederum der rheinische Adel, der zahlreiche der von Schließung bedrohten Ordenshäuser aufkaufte, um sie vor der Beschlagnahme zu retten und um sie nach dem Ende des Kulturkampfes den geistlichen Gemeinschaften zurückzugeben.<sup>45</sup>

Besonders schwerwiegende Eingriffe in die Seelsorge bedeuteten die so genannten Maigesetze der Jahre 1873 und 1874: So durfte beispielsweise die Ernennung von Geistlichen nur nach zuvor erfolgter Anzeige beim jeweiligen Oberpräsidenten erfolgen, was kirchlicherseits rundweg abgelehnt wurde. In der Konsequenz führte dies zu Geld- und gegebenenfalls auch zu Haftstrafen, schließlich sogar auch zur Außerlandesverweisung von Geistlichen – sogar Bischöfen – und vor allem zu zahllosen Vakanzen in den Gemeinden.

Auch die Ausbildung der Geistlichen sollte in staatliche Verantwortung übergehen, was seitens der Kirche ebenfalls verweigert wurde. Mit dem 1875 verabschiedeten so genannten Brotkorbgesetz versuchte die Regierung – überwiegend erfolglos – finanziellen Druck auf Klerus und Episkopat auszuüben, indem nur noch denjenigen Geistlichen Zuwendungen gezahlt werden sollten, die sich schriftlich zur Befolgung der staatlichen Gesetze verpflichteten.

Aus der seinerzeit zum Kreis Neuss gehörenden Bürgermeisterei Heerdt, seit 1909 ein Stadtteil von Düsseldorf, liegen die handschriftlichen „Notizen betreffend den Kulturkampf“ aus der Feder eines Gemeindeglieds vor, die ganz eindrücklich und anschaulich die Situation in diesem rein katholischen, noch weitgehend agrarisch geprägten Dorf schildern, eine Quelle mit höchstem Seltenheitswert.<sup>46</sup> Nur so viel daraus: 1873 war ein neuer Vikar zur Unterstützung des fast 80-jährigen Pfarrers angestellt worden – entgegen den Bestimmungen der Maigesetze. Es kam zu Verhören, Vorladungen und Verurteilungen; selbst die örtliche Hebamme und der Totengräber wurden nach

zwischen der Restauration des 19. Jahrhunderts und der Restauration des 20. Jahrhunderts (1815-1962). Köln 1987, S. 561.

44 Vgl. Schloßmacher: Düsseldorf (wie Anm. 1), S. 160-164. Eine Liste der aus dem Erzbistum Köln vertriebenen Ordensleute bzw. der kulturkampfbedingt geschlossenen Einrichtungen bei Hegel: Erzbistum (wie Anm. 43), S. 558f. Die Angaben differieren zum Teil, da beispielsweise Sozialstationen, in denen Ordensfrauen parallel Kinderbetreuung und Krankenpflege betrieben, nur teilgeschlossen wurden.

45 Vgl. Schloßmacher: Adel (wie Anm. 42), S. 82-85.

46 Pfarrarchiv St. Benediktus 46. Der Text ist ediert bei Norbert Schloßmacher: Der Kulturkampf in Heerdt 1871-1888. Ein Beitrag zum Verhältnis von Staat und Kirche in einer preußischen Landbürgermeisterei. In: Heerdt im Wandel der Zeit IV. Düsseldorf 1990, S. 37-53, hier S. 50-53.

– in Folge der Kulturkampfgesetzgebung widerrechtlich vorgenommenen – Taufen und Beerdigungen des Vikars vernommen. Dass dies seitens der Gemeinde als unangemessen und demütigend empfunden wurde, ist offensichtlich. Schließlich wurde dem Vikar im Juni 1874 der Aufenthalt in großen Teilen des Regierungsbezirks Düsseldorf untersagt. Bemerkenswert ist die unterschiedliche Darstellung seines Fortgangs: Während es im Bericht des Bürgermeisters heißt, dass der ausgewiesene Vikar die Gemeinde „in aller Stille“ verlassen habe, ist in den „Notizen“ von einer „Abschiedsrede“ und von einer „Ovation“ seitens der Bevölkerung die Rede.<sup>47</sup> Da wenige Wochen zuvor der betagte Pfarrer verstorben war, sollte die Gemeinde mehr als zehn Jahre lang ohne eigenen Geistlichen sein. Aus den Nachbarpfarreien kamen Priester – heimlich –, um gelegentlich – gesetzwidrig – Gottesdienst zu halten. Der rührige Küster machte weite Wege, um Geistliche von zum Teil weither zur Sakramentenspendung zu holen. Andachten, Prozessionen und andere zum kirchlichen Jahreslauf gehörende, als unverzichtbar geltende religiöse Verrichtungen mussten entbehrt werden. Zu welcher Empörung gegenüber der für diese Missstände verantwortlich gemachten Obrigkeit, zu welcher Distanz zum preußischen Staat und seiner Regierung und die sie vermeintlich oder tatsächlich tragenden Parteien dies auf katholischer Seite geführt hat, liegt auf der Hand.<sup>48</sup>

Mit welcher Verbitterung der Kulturkampf geführt wurde, zeigt sich eindrucksvoll an der preußischen Personalpolitik. Zum Jahresende 1873 berichtete der ganz und gar kulturkämpferisch gesonnene Düsseldorfer Regierungspräsident vom Ende nach Berlin: „Von den Ufern des ‘freien deutschen Rheins’ [...] und von einem Theile meines Regierungsbezirks muß ich leider konstatieren, dass die katholische Bevölkerung [...] geradezu revolutionirt ist.“ Die Schuld hierfür gab der Regierungspräsident den Hirtenbriefen der Bischöfe, die in einer Art von zivilem Ungehorsam die Befolgung der Kulturkampfgesetze verweigerten und zur Wahl katholischer Parlamentarier aufriefen, den „fortwährenden Wühlereien der Geistlichkeit und ihres Anhangs“ sowie – und dies ist hier besonders wichtig – der Unzuverlässigkeit vieler katholischer Bürgermeister und Landräte.<sup>49</sup> Manche von ihnen verloren aufgrund ihrer Katholizität und ihrer Nähe zur Zentrumsparterie ihre Posten, wie die langjährigen Oberbürgermeister Ludwig Hammers (Düsseldorf) oder

47 Ebd., S. 40.

48 Als Beispiel: Der Stimmenanteil in der als Zentrums-Hochburg geltenden Bürgermeisterei Heerdt stieg von 89 % (Reichstagswahl 1874) noch einmal auf 97 % (1881) vgl. ebd., S. 44.

49 Zitate nach: Schloßmacher: Düsseldorf (wie Anm. 1), S. 169 f.

Leopold Kaufmann (Bonn)<sup>50</sup>. Beide Fälle fanden weit überregionale Beachtung.

Auch zwei rheinische Landräte, beide von Adel, waren betroffen: Im Landkreis Geldern wurde 1876 der seit 17 Jahren amtierende Georg Freiherr von Eerde (1825-1890) „zur Disposition“ gestellt. Er wurde bereits seit geraumer Zeit von seinen Vorgesetzten beargwöhnt; letztendlich führte sein Versuch, die ihm aufgetragene Beschlagnahme der Wallfahrtsstätten in Kevelaer zu umgehen, zu seiner Entlassung.<sup>51</sup> Stärker noch waren die obrigkeitlichen Vorbehalte gegen den Düsseldorfer Landrat Wilderich Graf von Spee (1830-1890). Der Düsseldorfer Regierungspräsident, der die gesamte Familie Spee als „der ganz extremen ultramontanen Partei“ angehörend bezeichnete, setzte sich vehement für die Entlassung ein, da Graf Spee „stets im Sinne der Klerikalen oder der Centrumspartei zu handeln sich bemühe“.<sup>52</sup>

Wie viele kulturkampfbedingte Amtsenthebungen bzw. -niederlegungen es insgesamt in diesen Jahren in Preußen gegeben hat, ist bisher nicht erforscht. Ihre Zahl ist jedoch gewiss größer als bislang vermutet. Nicht umsonst hatte Rudolf von Bennigsen, der Führer der Nationalliberalen Partei im Preußischem Land- und im Reichstag, im April 1875 Reichskanzler Bismarck aufgefordert, „alle die unfähigen und geradezu klerikal gesinnten höheren Beamten, Präsidenten, Regierungsräte und Landräte am Rhein und in Westfalen zu beseitigen“.<sup>53</sup> Bismarck war offensichtlich einverstanden mit dieser Art von „Säuberung“, denn er gab sich in einem Gespräch in jenen Wochen entschlossen, gegebenenfalls „eine Hekatombe von Landräten“ zu opfern. Auch wenn Bismarck sich wenig später darüber beklagte, dass weder Kultusminister Falk noch der zuständige Innenminister Graf Eulenburg für die „Purifizierung des Beamtenstandes“<sup>54</sup> jedenfalls im gewünschten Umfang, zu gewinnen waren, lassen sich die Entlassungen von katholischen Beamten im Kulturkampf mit der legendären „Säuberung“ der preußischen Verwaltung und Justiz von liberalen Mitarbeitern unter Innenminister von Putt-

50 Vgl. hierzu ebd., S. 171-174 (zu Hammers), sowie Dietrich Höroldt: Die Nichtbestätigung des Bonner Oberbürgermeisters Leopold Kaufmann. In: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 177 (1975), S. 376-395.

51 Vgl. Föhles: Kulturkampf (wie Anm. 39), S. 120-125.

52 Vgl. Schloßmacher: Düsseldorf (wie Anm. 1), S. 170.

53 So in einem Schreiben von Bennigsens an seine Frau vom 10.4.1875; Zitate nach Bachem: Vorgeschichte, Bd. 3, 1927 (wie Anm. 24), S. 301 f.

54 So in den Lebenserinnerungen des leitenden Verwaltungsbeamten und liberalen Parlamentariers Christoph von Tiedemann (1836-1907); Zitate nach ebd., S. 302.

kamer in den 1880er Jahren<sup>55</sup> durchaus vergleichen, waren vielleicht sogar noch viel weitgehender.<sup>56</sup>

Die Unzufriedenheit und der Ärger der Katholiken richtete sich nun jedoch nicht, wie die Regierung es sich wohl erhofft hatte, gegen die die Kulturkampfgesetze ablehnende Kirchenleitung; im Gegenteil: Der Unmut traf die staatlichen Behörden und führte beim überwiegenden Teil der Katholiken zu einer nie gekannten Kirchlichkeit, zu einer noch engeren Bindung an ihre Kirche und einer starken Identifikation mit ihr. Symptomatisch hierfür ist die große Zahl der in diesen Jahren gegründeten katholischen Vereine, deren breites Spektrum jeden Stand, jedes Geschlecht, jede soziale Gruppe innerhalb des katholischen Milieus zu erfassen vermochte.<sup>57</sup> Dabei muss betont werden, dass all dies auch einem veränderten, ja man könnte sagen moderneren Verständnis von Seelsorge geschuldet ist, für das auch die Furcht vor dem insbesondere die katholische Arbeiterschaft bedrohenden Sozialismus mitursächlich war. Die Folge war einerseits eine enorme Stärkung des eigenen Milieus, andererseits aber auch die Entstehung einer Art Wagenburg-Mentalität, und damit eine regelrechte Ghettoisierung, die erst wenige Jahre vor dem Ersten Weltkrieg entscheidend in Frage gestellt wurde.<sup>58</sup>

Was für das katholische Vereinswesen galt, traf im Wesentlichen auch für die Gegenseite zu: Auch hier wurden neue Wege beschritten, vielleicht weniger planmäßig und flächendeckend, dennoch ähnlich effizient. Politische Vorfeldvereine, die den Wahlkampf für die Sache der liberalen Parteien betrieben, entstanden ebenso wie liberale Bildungsvereine oder dem Liberalis-

55 Auf die Puttkamer-Säuberung hat zuerst Eckart Kehr: Das soziale System der Reaktion unter dem Ministerium Puttkamer. In: Die Gesellschaft 6 (1929), Nr. 2, S. 253–274, hingewiesen; vgl. zuletzt – für eine Region – Patrick Wagner: Bauern, Junker und Beamte. Lokale Herrschaft und Partizipation im Ostelbien des 19. Jahrhunderts. Göttingen 2005.

56 So Margret Lavinia Anderson/Kenneth Barkin: Der Mythos der Puttkamer-Säuberung und die Realität des Kulturkampfes. Überlegungen zur Geschichtsschreibung des kaiserlichen Deutschlands. In: Historisches Jahrbuch 109 (1989), S. 452–498: „Es ist eine seltsame Tatsache, daß *die* Säuberung, für die die Historiker die reichhaltigsten Zeugnisse besitzen, das deutsche Geschichtsbild am wenigsten geprägt hat: die Entfernung von katholischen Beamten in den siebziger Jahren während der massiven populären und offiziellen Kampagne, die als Kulturkampf bekannt geworden ist.“ Ebd., S. 463.

57 Vgl. hierzu als Überblick Thomas Nipperdey: Religion im Umbruch. Deutschland 1870–1918. München 1988, hier vor allem das Kapitel „Das ‚katholische Milieu‘“ (S. 24–31); Hans-Georg Aschoff: Von der Revolution 1848/49 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs. In: Gatz: Geschichte (wie Anm. 24), hier Bd. 8: Laien in der Kirche. Freiburg/Basel/Wien 2008, S. 115–191; als Beispiel für dieses regelrechte Vereinsnetz, bezogen auf eine Region: Josef Mooser: Das katholische Vereinswesen in der Diözese Paderborn um 1900. In: Westfälische Zeitschrift 141 (1991), S. 447–461.

58 „So sehr sich auch der ‚Vereinskatholizismus‘ um die äußere und innere Sammlung der katholischen Gläubigen verdient gemacht hat, so sehr hat er andererseits der allmählichen ‚Ghettoisierung‘ des katholischen Bevölkerungsteils in Deutschland Vorschub geleistet.“ Ernst Heinen: Staatliche Macht und Katholizismus in Deutschland. 2 Bde Paderborn 1969/1979, hier Bd. 1, S. 11.

mus nahe stehende Interessenvereine auf den Gebieten Wirtschaft, Handel, Kolonialismus, dazu zahlreiche kulturprotestantische Vereinsgründungen sowie national-patriotische Gruppierungen. Führend als außerparlamentarischer Arm der Kulturkämpfer betätigte sich der in Bonn gegründete, in zahlreichen Ortsvereinen organisierte „Deutscher Verein für die Rheinprovinz“, der auch nicht vor Spitzeltätigkeit und Denunziationen zurückschreckte. Führender Kopf dieses Vereins war der oben erwähnte Historiker Heinrich von Sybel (1817-1895), ein Kulturkämpfer par excellence mit „pathologische(r) Katholikenphobie“.<sup>59</sup> Die Vereinsmitglieder gehörten ganz überwiegend gebildeten und vermögenden, in der großen Mehrheit protestantischen Kreisen an. Sie waren liberal oder zumindest dem Liberalismus nahestehend. Für sie, darunter ein Großteil der Bonner Hochschullehrer, war der Nationalstaat das höchste irdische Ziel, die nach Rom hin orientierten Katholiken dagegen eine Herausforderung und Bedrohung. Das hier ausgelebte Nationalgefühl wurde in der auch schon damals zunehmend säkularer werdenden Gesellschaft zu einem regelrechten Religions-Surrogat mit deutlichen Vorzeichen für den Chauvinismus des späten Kaiserreichs.<sup>60</sup>

Diese unter dem Eindruck des Kulturkampfes sich verschärfende „Scheidung der Geister“ zeigte sich auch in einer damals ganz neue Dimensionen erreichenden „Festkultur“. Prozessionen und Wallfahrten – insofern sie erlaubt blieben und Geistliche zur Verfügung standen –, Papstjubiläen, bischöfliche Visitationen und Firmreisen sowie die alljährlichen Katholikentage wurden in einer zuvor unbekanntem Größenordnung und Intensität zelebriert, die vielerorts den Charakter von Demonstrationen erhielten.

Gleiches vollzog sich jenseits der ideologischen Frontlinie mit „vaterländischen“ Feiern, unter denen die am 2. September begangene Sedanfeier – zur Erinnerung an die Entscheidungsschlacht im deutsch-französischen Krieg 1870 – eine besondere Bedeutung erlangte. Gerade dieser mit großem Pomp, teilweise mit kultischen Elementen versetzte Sedantag<sup>61</sup> – von der katholischen Publizistik abschätzig als St. Sedantag oder Satansfeier titulierte –

59 Mergel: Klasse (wie Anm. 7), S. 257.

60 Vgl. hierzu Norbert Schloßmacher: Entkirchlichung, Antultramontanismus und „national-religiöse Orientierung“ im Liberalismus der Kulturkampffära. Der Deutsche Verein für die Rheinprovinz. In: Olaf Blaschke/Michael Kuhlemann (Hrsg.): Religion im Kaiserreich. Milieus – Mentalitäten – Krisen: Gütersloh 1996, S. 474-502. Sybel schrieb am 27.1.1871 an seinen Kollegen Baumgarten in Karlsruhe: „Wodurch hat man die Gnade Gottes verdient so große und mächtige Dinge erleben zu dürfen? Was zwanzig Jahre der Inhalt allen Wünschens und Strebens gewesen, das ist nun in so unendlich herrlicher Weise erfüllt.“ Zitiert nach Hellmut Seier: Die Staatsidee Heinrich von Sybels in den Wandlungen der Reichsgründungszeit 1862/71. Lübeck 1961, S. 200.

61 Vgl. Theodor Schieder: Das deutsche Kaiserreich als Nationalstaat: Opladen 1961, hier: Exkurs II: Die Sedanfeier, S. 125-153, sowie Thomas Rohkrämer: Der Militarismus der „kleinen Leute“. Die Kriegervereine im Deutschen Kaiserreich 1871-1914. München 1990, passim.

wurde zu einem ständigen Zankapfel zwischen Katholiken und Liberalen, insbesondere nachdem der Mainzer Bischof von Ketteler seinem Klerus die Mitwirkung an diesen Feiern untersagt hatte. Ketteler formulierte: Die Sedanfeier

„geht nicht vom gesammten deutschen Volke aus, sondern hauptsächlich von einer Partei. [...] Die Partei, welche jetzt hauptsächlich die Sedanfeier betreibt, [...] ist dieselbe, welche in der Gegenwart an der Spitze des Kampfes gegen das Christenthum und die katholische Kirche steht. [...] Sie feiert in der Sedanfeier nicht so sehr den Sieg des deutschen Volkes über Frankreich als die Siege ihrer Partei über die katholische Kirche.“<sup>62</sup>

Auch die Reisen prominenter Regierungsvertreter, wie die spöttisch als „Falkenflug“ bezeichnete Inspektion des Rheinlandes durch den preußischen Kultusminister Adalbert Falk 1875, der als einer der schärfsten Kulturkämpfer, gar als „Katholikenfresser“ galt, wurde inszeniert und politisch instrumentalisiert; der Krefelder Unternehmer Ludwig Friedrich Seyffardt (1827-1901), Mitglied der nationalliberalen Fraktion im Preußischen Abgeordnetenhaus, sprach von einem „Triumphzug durch die alte rheinische Pfaffengasse“.<sup>63</sup> Der spätere Reichskanzler und damals junge Bonner Gelehrte Georg von Hertling (1843-1919, Kanzler 1917/18) berichtete, dass beim Defilee Falks vor den versammelten Bonner Professoren den wenigen katholischen Hochschullehrern der obligate Händedruck verweigert wurde.<sup>64</sup> Überhaupt war wohl an kaum einem anderen Ort der Antikatholizismus virulenter als an den Hochschulen. Nur angedeutet sei an dieser Stelle der akademische Kulturkampf, der sich an der für viele überraschenden Berufung des katholischen Historikers Martin Spahn auf einen Lehrstuhl der Universität Straßburg im Jahre 1901 entzündete; sie wurde zum „Fall Spahn“.<sup>65</sup> Monate lang wurde eine öffentliche Debatte geführt – stark befeuert von Theodor Mommsen –, und zwar über die Voraussetzungslosigkeit von Wissenschaft, die katholischen Gelehrten grundsätzlich abgesprochen wurde. Später verlagerte sich die Auseinandersetzung auf die studentische Ebene, wobei den katholischen Verbindungen ihr angeblich oder tatsächlich mangelnder Patrio-

62 Zitiert nach Otto Pfülf: Bischof von Ketteler (1811-1877). 3 Bde Mainz 1899, hier Bd. 3, S. 195.

63 Zitiert nach Ludwig Friedrich Seyffardt: Erinnerungen. Leipzig 1900, S. 147.

64 Vgl. Christopher Dowe: Antikatholizismus an den Universitäten des Deutschen Kaiserreichs (1870-1914) – ein Aufriss. In: Historisches Jahrbuch 133 (2013), S. 76-122, hier S. 105.

65 Vgl. Christoph Weber: Der „Fall Spahn“ (1901). Ein Beitrag zur Wissenschafts- und Kulturdiskussion im ausgehenden 19. Jahrhundert, Rom 1980. Spahn orientierte sich während der Weimarer Republik politisch immer weiter nach Rechts; 1933 wurde er Mitglied der NSDAP; vgl. Gabriele Clemens: Martin Spahn und der Rechtskatholizismus in der Weimarer Republik. Mainz 1983, sowie Rudolf Morsej, in: NDB 24, 2010, S. 613f.

tismus, ihr vom kirchlichen Dogma bestimmter Forschungsansatz und schließlich wegen des bestehenden Duellverbots Feigheit zum Vorwurf gemacht wurde.<sup>66</sup>

Aber auch in den Alltag hinein wirkte sich der Kulturkampf aus. Der eingangs zitierte Eduard Hüsgen wusste beispielsweise zu berichten, dass in Düsseldorf „schwarze Listen“ mit den Namen katholischer Kaufleute gedruckt wurden und in liberalen Kreisen kursierten, „in der Absicht, dadurch auf die ‘ultramontanen’ Geschäftsinhaber einen Druck auszuüben oder sie seitens der liberalen Kundschaft boykottieren zu lassen“.<sup>67</sup>

Auch die Presse wurde in diese Auseinandersetzungen involviert; weit pointierter als in früheren Zeiten wurden die jeweiligen Parteistandpunkte geäußert.<sup>68</sup> In vielen Städten kam es unter dem Druck des Kulturkampfes zur Gründung einer regelmäßig erscheinenden katholischen Tageszeitung; ihre Zahl verdoppelte sich zwischen 1870 und 1885.<sup>69</sup> Übrigens gehörten Zensur, Beschlagnahmung oder Verhaftung und Inhaftierung von Redakteuren katholischer Blätter zur Tagesordnung. Der Kölner Verleger und Zentrumspolitiker Julius Bachem (1845-1918) nannte den Kulturkampf in seinen Erinnerungen „eine Art diokletianischer Verfolgung“.<sup>70</sup>

Die äußere Bilanz des Kulturkampfes, soweit sie sich in Zahlen ausdrücken lässt, liest sich wie folgt: Von den elf preußischen Bistümern waren 1878 acht unbesetzt, sechs Bischöfe erhielten Haftstrafen, zum Teil flohen sie ins benachbarte Ausland. Betroffen waren auch die für die Rheinprovinz zuständigen: Bischof Johann Bernhard Brinkmann von Münster (1813-1889) entzog sich 1875 seiner drohenden Verhaftung durch die Flucht in die Niederlande<sup>71</sup>. Der Kölner Erzbischof Paulus Melchers (1813-1895) emigrierte nach Verbüßung einer sechsmonatigen Haftstrafe in die Niederlande und fand im Franziskanerkloster zu Maastricht eine neue Bleibe.<sup>72</sup> Der Trierer Bischof Matthias Eberhard (1815-1876) war ebenfalls wegen Verstößen gegen die Maigesetze zu einer mehrmonatigen Haftstrafe verurteilt worden und starb unmittelbar vor seiner geplanten Ausreise nach Luxemburg.<sup>73</sup> 296 Ordensniederlassungen mit fast 4000 Ordensfrauen und -männern waren in Preußen aufgehoben worden. 1881 waren 1125 katholische Pfarrstellen

66 Vgl. Dowe: Antikatholizismus (wie Anm. 64), S. 113.

67 Hüsgen: Windthorst (wie Anm. 1), S. 172.

68 Bei Heinen: Moderne (wie Anm. 37), heißt es sogar: „Der eigentliche Kulturkampf fand in der publizistischen Öffentlichkeit statt.“

69 Eine Zusammenstellung der zahlreichen beschlagnahmten Ausgaben der Kölnischen Volkszeitung zwischen 1872 und 1875 (30) bietet Heinen: Staatliche Macht (wie Anm. 58), Bd. 2, S. 72-75.

70 Julius Bachem: Erinnerungen eines alten Publizisten und Politikers. Köln 1913, S. 133.

71 Vgl. Eduard Hegel: Johann Bernhard Brinkmann. In: Erwin Gatz (Hrsg.): Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder 1785/1803 bis 1945. Berlin 1983, S. 73 f.

72 Vgl. Erwin Gatz: Paul Melchers. In: ebd., S. 493-497.

73 Vgl. Alois Thomas: Matthias Eberhard. In: ebd., S. 155-157.

(= 24 Prozent) nicht besetzt, weiter fehlten 645 Hilfsgeistliche. 601 Pfarreien waren ganz, 584 teilweise verwaist.<sup>74</sup> Allein im Regierungsbezirk Aachen gab es kulturkampfbedingt 167 vakante Seelsorgestellen (= 43 Prozent).<sup>75</sup>

Die Gründe dafür, dass es nicht zu der von der Regierung erhofften Schwächung des Katholizismus oder gar zur Zerschlagung der Zentrumspar-  
tei kam, liegen auf der Hand: Der passive Widerstand auf katholischer Seite  
führte zu einer nie dagewesenen Geschlossenheit. Das konfessionelle Zu-  
sammengehörigkeitsgefühl überbrückte frühere Gegensätze und führte, wie  
erwähnt, zu einer noch engeren Anlehnung an Kirche und Papst. Dass hieran  
der katholische Adel – insbesondere im Rheinland – einen gewichtigen An-  
teil besaß, kann an dieser Stelle nur angedeutet werden.<sup>76</sup>

Bereits 1872 hatte der Düsseldorfer Regierungspräsident voller Sorge pro-  
phezeit, dass „die ganze ultramontane Parthei bei den nächsten Wahlen voll-  
ständig organisirt auf dem Kampfplatz erscheinen wird.“<sup>77</sup> Und er sollte  
recht behalten: 1874 steigerte das Zentrum seinen Sitzanteil um mehr als die  
Hälfte auf 91 Abgeordnete und gewann nahezu 28 Prozent der Stimmen, ein  
Ergebnis, das sich in den folgenden Jahren zunächst auf diesem hohem Ni-  
veau stabilisierte.<sup>78</sup>

## Beilegung des Kulturkampfes

Eine Reihe von Faktoren führte seit dem Ende der 1870er Jahre zunächst zu  
einer Art Stillstand, dann zu ersten Bemühungen um eine Beilegung des  
Kulturkampfes. Zum „Gang nach Canossa“<sup>79</sup>, wie viele es sich katholischer-  
seits vielleicht gewünscht hatten, ließ sich Bismarck jedoch nicht bewegen.

74 Die Angaben nach: Morsey: Kulturkampf (wie Anm. 4), S. 90f. Auf Provinzebene sind die  
Zahlen bislang nicht heruntergebrochen worden. Für das Erzbistum Köln liegen Daten für  
das Jahr 1878 vor, denen zufolge 125 Pfarrstellen (15,4 Prozent) und 126 Vikarien vakant  
waren.

75 Vgl. Lepper: Aachen (wie Anm. 39), S. 229.

76 Vgl. Schloßmacher: Adel (wie Anm. 42), S. 66-94. Zeitgleich erschien die wegweisende  
Studie über den Anteil des Adels an der Gründung und frühen Entwicklung der Zentrums-  
partei: Markus Raasch: Der Adel auf dem Feld der Politik. Das Beispiel der Zentrumspar-  
tei in der Bismarckära (1871-1890). Düsseldorf 2015.

77 Bericht an den Oberpräsidenten, 10.10.1872; zitiert nach Schloßmacher: Düsseldorf (wie  
Anm. 1), S. 46.

78 Zahlen nach Morsey: Kulturkampf (wie Anm. 4), S. 90f.

79 Am 14. Mai 1872 hatte Reichskanzler Bismarck vor dem Reichstag im Zusammenhang mit  
der Debatte um den Kanzelparagraphen und in Anspielung auf den demütigenden Besuch  
Kaiser Heinrichs IV. bei Papst Gregor VII. an der Jahreswende 1076/77 auf der italieni-  
schen Burg Canossa, ausgerufen: „Seien Sie außer Sorge, nach Kanossa gehen wir nicht -  
weder körperlich noch geistig.“ Vgl. Mathias Pape: Canossa als politisches Argument vom  
Humanismus bis zum Liberalismus. In: Wolfgang Hasberg/Hermann-Josef Scheidgen  
(Hrsg.): Canossa. Aspekte einer Wende. Regensburg 2012, S. 186-203, hier S. 202.

Es war zum einen die nun schon mehrfach erwähnte Geschlossenheit der Katholiken – gelegentlich ist von der katholischen Phalanx die Rede<sup>80</sup> –, die eine Fortsetzung des Kulturkampfes für Bismarck wenig erfolgversprechend erscheinen ließ. Hinzu kam Bismarcks wirtschaftspolitische Kurskorrektur weg vom Freihandel: Bei der Durchsetzung seiner protektionistischen Politik war Bismarck auf das Zentrum angewiesen, da ihm die Liberalen nur zum Teil zu folgen bereit waren. Und mit der Sozialdemokratie wurde ein vermeintlich noch bedrohlicherer Gegner ausgemacht, der ebenfalls mit einem 1878 verabschiedeten Ausnahmegesetz („Sozialistengesetz“) bekämpft werden sollte, das allerdings weder das Zentrum noch die Linksliberalen mittrugen. Dieser politische Umschwung, diese konservative Wende, kontrovers als „innere“ oder „zweite Reichsgründung“ diskutiert, markierte zugleich das Ende der ebenso oft zitierten „liberalen Ära“,<sup>81</sup> die vor allem eine nationalliberale gewesen war.

Nach schwierigen Verhandlungen kam es zu ersten „Milderungsgesetzen“ und dann schließlich 1886/87 zu den so genannten Friedensgesetzen, mit denen der Kulturkampf offiziell beigelegt wurde.<sup>82</sup> Bismarck kam dabei entgegen, dass seit 1878 mit Papst Leo XIII. ein auf Ausgleich bedachter Mann auf dem Stuhle Petri saß. Eine ganz besondere Rolle spielte in jenen Jahren ein Rheinländer, Walter Freiherr von Loë(-Allner) (1828-1908), der eine für einen Katholiken außergewöhnlich erfolgreiche Militärkarriere durchlief, 1905 zum Generalfeldmarschall avancierte und wiederholt von Berlin zu Sondermissionen nach Rom geschickt wurde.<sup>83</sup> Er verkörperte das Gegenmodell zur eingangs beschriebenen katholischen Inferiorität.

Mit der zumindest formalen Beilegung des Kulturkampfes war der Gegensatz zwischen Rom und Berlin bzw. Wittenberg, zwischen politischem Katholizismus und Liberalismus jedoch noch keineswegs aus der Welt geschafft. Der „offizielle“ Kulturkampf war einer „latenten Kulturkampfstimmung“ bei weiterhin vorhandenen gegenseitigen Vorbehalten und einem entsprechenden Misstrauen gewichen.<sup>84</sup> Das Zentrum als die Inkarnation des politischen Katholizismus galt zwar nach Beendigung des Kulturkampfes

80 So der Buchtitel Weber: Phalanx (wie Anm. 30), S. 10, nach einem Zitat aus einem Brief von August Reichensperger. In: Dieter Albrecht (Hrsg.): Joseph Edmund Jörg. Briefwechsel 1846-1901, Mainz 1988, S. 367. in dem „eine starke, enggeschlossene Phalanx“ postuliert wurde.

81 Vgl. u. a. Langewiesche: Liberalismus (wie Anm. 36), S. 164 f.

82 Vgl. hierzu Christoph Weber: Kirchliche Politik zwischen Rom, Berlin und Trier 1876-1888. Die Beilegung des preußischen Kulturkampfes. Mainz 1970.

83 Vgl. Florian Schönfuß: Generalfeldmarschall Walther Degenhard Freiherr von Loë (1828-1908). In: Die Freiherren und Grafen von Loë (wie Anm. 42), S. 117-128, der ihn als „prinzipientreuen ‚Mittler‘ zwischen Nation und Konfession, zwischen Papsttum und Preubentum“ charakterisiert; ebd., S. 126.

84 So August Hermann Leugers-Scherzberg: Latente Kulturkampfstimmung im wilhelminischen Kaiserreich. Konfessionelle Polemik als konfessions- und innenpolitisches Kampf-

nicht mehr als „Reichsfeind“, sondern wurde zur „etablierten“ Partei mit einer zunehmend tragenden Rolle. Dennoch beliebte man den politischen Katholizismus während des Kaiserreichs lediglich „im Vorhof der Macht“. <sup>85</sup> Zu einer Regierungsbeteiligung kam es bis 1918 nicht.

Auch zeigten sich schon bald erste Risse am vielbeschworenen „Zentrumsturm“, dieser scheinbar uneinnehmbaren Bastion. Die „Klammer“ Kulturkampf hielt nicht mehr. Je mehr dieser abebbte, je mehr die Kirchenpolitik aus dem Fokus verschwand, desto mehr gewannen nicht-kirchliche Themen an Gewicht und führten, wie eingangs bereits angedeutet, zur Erosion des zuvor so homogenen Milieus. Das Spektrum dieser auch öffentlich ausgetragenen Konflikte reichte vom „Septennatsstreit“ des Jahres 1887, als eine vor allem rheinisch-katholische Adelsopposition gegen das Zentrum agitierte, als die Fraktion den Bismarckschen Militäretat („Septennat“) abzulehnen beabsichtigte, <sup>86</sup> über die innerparteiliche Opposition von katholischen Agrar-Lobbyisten, vor allem der 1890er Jahre, <sup>87</sup> bis zur – erfolglosen – Kandidatur von nationalkonservativen Katholiken gegen die offiziellen Zentrumsbewerber bei der Reichstagswahl 1907. <sup>88</sup> Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die auffällige personelle Kontinuität; beispielsweise war der auf Schloss Haag bei Geldern beheimatete Wilhelm Graf von und zu Hoensbroech (1849-1922), obwohl zeitweise Mitglied der Zentrumsfraktionen in Reichs- (1883-1893) und Preußischem Landtag (1892-1898), an diesen „Erhebungen“ beteiligt. <sup>89</sup> Zu erwähnen sind auch die für die Partei des politischen Katholizismus ebenfalls bedrohlichen grundsätzlichen Auseinandersetzungen um die Ausrichtung des Katholizismus und der Zentrumspartei zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die als „Gewerkschaftsstreit“, „Integralismusstreit“ oder gar als „Zentrumsstreit“ verortet wurden. Dieser „Zentrumsstreit“ war ausgelöst worden durch einen 1906 von Julius Bachem verfassten Beitrag mit der Überschrift „Wir müssen aus dem Turm heraus“, in welchem

mittel. In: Johannes Horstmann (Hrsg.): Die Verschränkung von Innen-, Konfessions- und Kolonialpolitik im Deutschen Reich vor 1914. Schwerte 1987, S. 13-37.

85 Rudolf Morsey: Der politische Katholizismus 1890-1933. In: Rauscher: Katholizismus (wie Anm. 4), S. 110-164, hier S. 116.

86 Vgl. Norbert Schloßmacher: Erzbischof Philippus Krementz und die Septennatskatholiken. In: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 189 (1986), S. 127-154.

87 Vgl. Klaus Müller: Zentrumsfraktion und agrarische Bewegung im Rheinland 1882-1903. In: Konrad Repgen/Stephan Skalweit (Hrsg.): Spiegel der Geschichte. Festgabe für Max Braubach zum 10. April 1964, Münster 1964, S. 828-857.

88 Aus dieser „Opposition“ heraus gründete sich dann 1908 die Deutsche Vereinigung, ein nationalkatholischer Gegenpart zum Zentrum, der jedoch politisch wenig erfolgreich war und sich 1917 an die annexionistische Deutsche Vaterlandspartei anlehnte. Vgl. Gründer: Rechtskatholizismus (wie Anm. 11), insbes. S. 127-135, sowie zur Organisation: Herbert Gottwald: Deutsche Vereinigung (DVg) 1908-1933. In: Dieter Fricke u. a. (Hrsg.): Lexikon zur Parteigeschichte 1789-1945, 4 Bde. Leipzig 1983-1986, hier Bd. 2, 1984, S. 404-412.

89 Biogramm bei Bernd Haunfelder: Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei 1871-1933. Düsseldorf 1999, S. 183.

dieser u. a. die Exklusivität des katholischen Milieus kritisierte und für größeres Selbstbewusstsein der katholischen Politik gegenüber der kirchlichen Hierarchie warb.<sup>90</sup>

Trotz all dieser Turbulenzen blieb das Zentrum die Partei der Katholiken, zumindest bis 1933,<sup>91</sup> aber nie wieder in dem Maße, wie es während des Kulturkampfes der Fall gewesen war.

## Fazit

- 1) Die Revitalisierung des Katholizismus seit der Romantik wurde von nichtkatholischer Seite als Abrücken vom, als Bruch mit und als Hindernis auf dem linearen Weg des Fortschritts und damit der Moderne betrachtet und bewertet. Die alten Gegensätze erhielten neue Nahrung, mündeten im Kulturkampf und entpuppten sich als liberaler Illiberalismus.<sup>92</sup>
- 2) Der Kulturkampf und schon seine Vorgeschichte haben unter den Katholiken in einem hohen Maß zur Schärfung der konfessionellen Identität und zu einer zuvor nicht dagewesenen Nähe und Anhänglichkeit an ihre Kirche geführt. Die Solidarisierung mit der Kirche wurde zur Maxime des Handelns. Gelegentlich wurde das 19. Jahrhundert deshalb sogar schon als „zweites konfessionelles Zeitalter“ bezeichnet,<sup>93</sup> eine Begrifflichkeit, die sich zwar nicht durchzusetzen vermochte, die aber doch verdeutlicht, dass der Faktor „Konfession“ eine der ganz zentralen Konfliktlinien des deutschen Kaiserreichs war. Das liberale kulturprotestantische Milieu hat demgegenüber nie zu einer vergleichbaren Geschlossenheit gefunden, die Bindungen an den und die Identifikation mit dem National-

90 Unter den zahlreichen einschlägigen Arbeiten seien genannt: Wilfried Loth: Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands. Düsseldorf 1984; zusammenfassend: Aschoff, Revolution (wie Anm. 57), S. 175-183, sowie Margaret Lavinia Anderson: Windthorsts Erben. Konfessionalität und Interkonfessionalismus im politischen Katholizismus 1890-1918. In: Winfried Becker/Rudolf Morsey (Hrsg.): Christliche Demokratie in Europa. Grundlagen und Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert. Köln und Wien 1988, S. 69-90.

91 Vgl. hierzu: Rudolf Morsey: Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrums-partei zwischen christlichem Selbstverständnis und „Nationaler Erhebung“ 1932/33. Stuttgart/Zürich 1977.

92 Ronald G. Asch hat unlängst vom „Verrat des liberalen Bürgertums an seinen Idealen nach 1870“ gesprochen, und damit gewiss (auch) den Kulturkampf gemeint. Ders.: Das Selbstbild der Unbelehrten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.1.2018, S. 9.

93 Olaf Blaschke: Das 19. Jahrhundert: Ein zweites konfessionelles Zeitalter? In: Geschichte und Gesellschaft 26 (2000), S. 38-75, sowie ders.: Konfessionen im Konflikt. Deutschland zwischen 1800 und 1970: ein zweites konfessionelles Zeitalter. Göttingen 2002.

- staat waren und blieben von geringerer Intensität und Kraft<sup>94</sup> als die der Katholiken an ihre an das Metaphysische rührende Kirche.
- 3) Insgesamt gestaltete sich der Kulturkampf nur als ein sehr kurzfristiger politischer Erfolg für den Liberalismus, der sich bereits bald nach 1878 und auch in der Folgezeit immer wieder neu aufstellen musste. Zudem geriet er zunehmend auch durch säkulare Kräfte von links unter Druck. Und so kam es gegen Ende der Kaiserzeit sogar immer häufiger zu „Waffenstillständen“, beispielsweise Wahlbündnissen zwischen Zentrum und liberalen Parteien.<sup>95</sup>
  - 4) Auch die Entwicklung hin zu modernen Volksparteien, insbesondere hinsichtlich ihrer Organisationsformen, begann in der politisch aufgeladenen Atmosphäre des Kulturkampfes.<sup>96</sup> Er hat somit politisch und organisatorisch enorm mobilisierend gewirkt, wie es in den immer intensiver geführten Wahlkämpfen und der insgesamt steigenden Wahlbeteiligung deutlich wird.<sup>97</sup> Presse, Publizistik und Vereinswesen nahmen einen ungeheuren Aufschwung, und zwar nicht nur, aber doch vor allem im katholischen Lager. Der im Kulturkampf entstandene „neue“ Katholizismus wurde somit selbst Teil der vom Liberalismus für sich exklusiv reklamierten Moderne. In den Auseinandersetzungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts stießen dann wieder „moderne“ und „antimoderne“ Konzepte aufeinander.
  - 5) Die Stigmatisierung der Katholiken – und der Sozialdemokraten –, bedeutete eine der großen Hypotheken für den jungen deutschen Nationalstaat. Gegenseitiges Misstrauen und Skepsis blieben – wenngleich meist unterschwellig – an der Tagesordnung, auch über den Burgfrieden von 1914 hinaus. Tatsächlich kam erst 1917 mit der Berufung des langjährigen Rheinbach-Bonner Abgeordneten Peter Spahn zum preußischen Justizminister ein Zentrumspolitiker in Regierungsverantwortung.<sup>98</sup>

94 Langewiesche: Liberalismus (wie Anm. 36), sprach vom „fehlenden Weltanschauungsplanzer“.

95 Vgl. Carl Wilhelm Reibel: Handbuch der Reichstagswahlen 1890-1918. Bündnisse, Ergebnisse, Kandidaten. 2 Bde Düsseldorf 2007, passim.

96 Wenngleich vereinzelt durch Lokalstudien modifiziert immer noch als Überblick unverzichtbar: Thomas Nipperdey: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961.

97 Die Zahlen nach Ritter/Niehus: Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch (wie Anm. 29).

98 Peter Spahn (1846-1925), Jurist, zuletzt Präsident des Oberlandesgerichts in Frankfurt/Main, seit 1884 Mitglied und seit 1912 Fraktionsvorsitzender des Zentrums im Reichstag, vgl. Helmut Neubach: Peter Spahn. In: Rudolf Morsey (Hrsg.): Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 20. Jahrhunderts Bd. 1. Mainz 1973, S. 65-80.

- 6) Einen „rheinischen“ Kulturkampf hat es nicht gegeben.<sup>99</sup> Waren doch die Bedingungen und Umstände dieses innenpolitischen Konflikts am Rhein nicht anders geartet als in anderen Teilen Preußens bzw. des Reichs, mit der Ausnahme, dass der Katholikenanteil an der Gesamtbevölkerung im Rheinland deutlich größer war als in den meisten übrigen Landesteilen, entsprechend die Zahl der Zentrumswähler und -hochburgen höher ausfiel und die staatlichen bzw. administrativen Maßnahmen zahlreicher waren als in anderen Regionen. Auf der Gegenseite besaß der enorm kulturkämpferisch motivierte Deutsche Verein für die Rheinprovinz, eine ganz wesentlich von Nationalliberalen getragene Organisation, zweifellos ein Alleinstellungsmerkmal. Von daher mag gelegentlich der Eindruck entstanden sein, dass der Kulturkampf im Rheinland mit besonders scharfer Klinge geführt worden ist.

<sup>99</sup> Die Aussage, dass „die Militanz des Kulturkampfs regional höchst unterschiedlich“ ausgeprägt war, bezieht sich zum einen auf Regionen innerhalb des Rheinlands und wird zudem nicht belegt. Mergel: Klasse (wie Anm. 7).

*Dominik Geppert*

## „Professoren, Protzen und Pfaffen“. Die Universität Bonn und das rheinische Bürgertum

Zur Zeit des wilhelminischen Kaiserreichs lud die Bonner Hochschulleitung regelmäßig an einem Samstag im Spätherbst zum Rektoratsessen in die „Lesé“, die als bester Club des Rheinlands galt. Zweck der Veranstaltung war es zum einen, den Lehrkörper, der im Jahr 1910 immerhin bereits aus 71 Ordinarien und 27 Extraordinarien bestand, wenigstens einmal im Jahr zu einem gemeinsamen Abendessen zu versammeln. Zum anderen sollten bei dieser Gelegenheit die Verbindungen zu Stadt und Region, zu Vertretern von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Militär gepflegt werden. Wenn nicht gerade ein Prinz aus dem Hause Hohenzollern als studentischer Ehrengast an dem Essen teilnahm, gab Prinz Adolf zu Schaumburg-Lippe nach dem Rektor als Gastgeber den zweiten Toast aus. Oberbürgermeister Wilhelm Spiritus hielt als Vertreter der Stadt die letzte Tischrede. Das große Wort jedoch führte in aller Regel der Regierungsbevollmächtigte oder Kurator der Universität.

Neben der Professorenschaft wurden zum Rektoratsessen die wichtigsten Würdenträger aus Bonn und der Rheinprovinz eingeladen. Auf den Gästelisten fanden sich Hofchargen neben hohen Richtern und Landesbeamten wie dem Oberberghauptmann und den Präsidenten des Landgerichts und des Oberlandesgerichts.<sup>1</sup> Der hohe katholische Klerus aus Köln war ebenso zugegen wie führende evangelische Geistliche, etwa der Generalsuperintendent aus Koblenz, dann und wann sogar der Oberrabbiner der jüdischen Gemeinde. Auch das rheinische Wirtschaftsbürgertum war repräsentiert, freilich weniger prominent als das preußische Militär, das mit diversen Regiments- und Bezirkskommandeuren sowie weiteren Offizieren vom Rang eines Oberstleutnants aufwärts in großer Zahl vertreten war.<sup>2</sup>

Das längst in Vergessenheit geratene jährliche Rektoratsessen kann als guter Ausgangspunkt dafür dienen, die verschiedenen Facetten der Beziehung zwischen Universität und Bürgertum unter dem Gesichtspunkt des Liberalismus etwas genauer zu betrachten: erstens die Regierungsbevollmächtigten und die Bonner Professoren im Kaiserreich; zweitens das Verhältnis

1 Vgl. Bonner Zeitung vom 23. November 1902, S. 2, vom 22. November 1904, S. 1 f. und vom 18. November 1906, S. 2.

2 Die Gästelisten sind exemplarisch dokumentiert in den Berichten der Bonner Zeitung vom 22. November 1905, S. 1 und vom 30. November 1907, S. 1.

der Universität zum Wirtschaftsbürgertum; drittens die Bande zu den Kirchen; und viertens schließlich die Beziehungen der Universität zur Krone.

## I.

Während die Rektoren der Universität jährlich wechselten, sorgten die Kuratoren als „Regierungsbevollmächtigte“ für personelle Kontinuität. In der Zeit des Kaiserreiches gab es vier Regierungsbevollmächtigte in Bonn: Wilhelm Beseler (1860-1885), Otto Gandtner (1885-1895), Franz von Rottenburg (1895-1907) und Gustav Ebbinghaus (1907-1919).

Franz Johannes Rottenburg (ab 1887 von Rottenburg), 1845 in Danzig geboren, kam als überregional bekannte Persönlichkeit und als respektierte Größe des Berliner Politik- und Verwaltungsbetriebs nach Bonn.<sup>3</sup> Er war ein selbständiger, durchaus eigenwilliger politischer Kopf mit ausgeprägten Ansichten gerade in der Sozial- und Schulpolitik, die er in zahlreichen Reden sowie in einer Vielzahl von Zeitungsartikeln öffentlich kundtat. Als er 1896 an die Bonner Universität wechselte, hatte er die fünfzig bereits überschritten und konnte auf ein bewegtes und arbeitsintensives Leben zurückblicken. Nach einem rechtswissenschaftlichen Studium in Heidelberg und Berlin hatte er seine Referendarzeit erst am Berliner Stadtgericht, dann am dortigen Kammergericht absolviert. Am Krieg gegen Frankreich hatte er 1870/71 als freiwilliger Krankenpfleger teilgenommen und war mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden.

Nach dem Ausscheiden aus dem Justizdienst war Rottenburg für fünf Jahre zunächst nach England, später nach Frankreich gegangen. Nach seiner Rückkehr war er 1876 ins Auswärtige Amt eingetreten und hatte sich dort als derart tüchtig erwiesen, dass ihn Otto von Bismarck 1881 als Vortragenden Rat an die Spitze der Reichskanzlei holte. Dort avancierte er rasch zur rechten Hand und zu einem der engsten Berater des Reichskanzlers. Er hielt es auf dem aufreibenden Posten länger aus als üblich und überwarf sich am Ende sogar mit Bismarck, weil er nach dessen Ausscheiden im März 1890 noch einige Monate blieb, um die Überleitung der Geschäfte an dessen Nachfolger Leo von Caprivi zu erleichtern. Im Februar 1891 wechselte er von der Reichskanzlei als Unterstaatssekretär ins Reichsamt des Innern.

Nach seinem Ausscheiden aus dieser Behörde ging von Rottenburg zunächst als stellvertretender Kurator nach Bonn und wurde dort im Oktober 1896 förmlich zum Regierungsbevollmächtigten ernannt. Aufsehen erregte

3 Michael Epkenhans: Rottenburg, Franz Johannes von. In: Neue Deutsche Biographie (NDB). Band 22, Berlin 2005, S. 140 f.; der Nachlass befindet sich im Bundesarchiv: BA, NL Rottenburg (N 1176).

er in diesem Amt weniger durch administrative oder hochschulpolitische Leistungen als durch seine Tätigkeit als Redner und Publizist. Die Kuratoren-Akten des Preußischen Kultusministeriums enthalten für seine Amtszeit vor allem Zeitungsartikel über Ansprachen und Pressebeiträge zur sozialen Frage, zur akademischen Freiheit und zur Schulpolitik, speziell zur Bekenntnisschule, deren Echo zum Teil bis in die Debatten des Preußischen Abgeordnetenhauses hinein zu vernehmen war.<sup>4</sup>

Besonders umstritten waren Rottenburgs Stellungnahmen zu Streikaktionen von Arbeitern. Als er im Februar 1905 gemeinsam mit 17 Professoren der Bonner Universität einen Aufruf unterschrieb, der um Spenden für streikende Bergarbeiter im Ruhrgebiet warb, beantragte die Konservative Partei in einer Sitzung der Budgetkommission des Preußischen Abgeordnetenhauses ein Disziplinarverfahren, weil Rottenburg als Staatsbeamter nicht auf diese Weise in Tarifauseinandersetzungen eingreifen dürfe. Rottenburgs sozial- und schulpolitische Vorstöße brachten ihm den Ruf eines unbequemen Querdenkers ein, den Konservative und Katholiken zum Teil heftig anfeindeten, den aber Vertreter des politischen Liberalismus umso mehr schätzten. Mit seiner Auffassung von einer politischen Aufgabe der Hochschule, insbesondere mit seiner scharfen Kritik an der Bekenntnisschule, hätte Rottenburg gut in die „große“ Zeit der „politischen Professoren“ im frühen und mittleren 19. Jahrhundert gepasst: darunter auch zu Bonner Professoren wie Ernst Moritz Arndt, Friedrich Christoph Dahlmann oder Heinrich von Sybel.<sup>5</sup>

Im Kaiserreich hingegen hatte sich das Berufsverständnis und Selbstbild der Professoren nicht nur in Bonn, sondern in ganz Deutschland gewandelt. Das neue Berufsethos schloss ein direktes politisches Engagement nicht mehr selbstverständlich ein. Ein Mann wie der Literaturhistoriker Berthold Litzmann, der sich bewusst in der älteren Tradition des politischen Professors sah und für die Nationalliberale Partei aktiv war, fand sich in dieser Hinsicht als Außenseiter unter seinen Bonner Professorenkollegen. Der deutsche Professor, klagte er rückblickend, sei seit Mitte der 1870er Jahre zunehmend zu der Meinung gekommen, dass mit politischen Fragen und Kämpfen „sich anders als durch die Zeitung zu beschäftigen, vom Übel sei, jedenfalls ihm nicht zugemutet werden könne; und daß es schon von hohem vaterländischen Pflichtgefühl zeuge, wenn man am Wahltag sich entschließe, seinen

4 Siehe Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA), I. HA Rep. 76 Kultusministerium, Sekt. 3, II. Abt., Nr. 6, Bd. 2. Vgl. auch die umfangreiche Presseauschnittsammlung in Rottenburgs Nachlass im Bundesarchiv: BA, NL Rottenburg (N 1176).

5 Siehe etwa - mit Blick auf Karl von Rotteck - Horst Ehmke: Karl von Rotteck, der „politische Professor“. Karlsruhe 1964.

gelehrten Bau zu verlassen und mit dem übrigen Volk an die Wahlurne zu treten“.<sup>6</sup>

Mit dieser Einschätzung hatte Litzmann sicherlich nicht Unrecht. Dennoch wirkte gerade in Bonn das nationalpolitische Vermächtnis der Vorgänger nach, hatte sich doch die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität seit ihrer Gründung 1818 in besonderer Weise als geistige „Wacht am Rhein“ und als protestantische Trutzburg im katholischen – und daher politisch potenziell unzuverlässigen – Rheinland verstanden.<sup>7</sup> Der Bildungsauftrag der Universität schloss in dieser Sicht nicht nur die fachlich-wissenschaftliche Seite, sondern auch die patriotische Erziehung der Studenten zu guten deutschen Staatsbürgern ein.

Man sollte die deutsch-nationale Komponente in der Mentalität der Bonner Professorenschaft vor 1914 nicht überbetonen. Hand in Hand damit gingen ein dezidiert internationales Wissenschaftsverständnis und immer stärker ausgeprägte internationale Verbindungen. Die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität war eng in die sich damals rasant verdichtende internationale „scientific community“ eingebunden, und sie war auch stolz darauf. Internationale Konferenzen und professionelle Verbindungen ins Ausland gehörten für die Bonner Professoren der wilhelminischen Ära zum beruflichen Alltag. So ging im Rahmen eines neu eingerichteten deutsch-amerikanischen Gelehrtenaustausches der Ökonom Hermann Schumacher 1906 für ein Jahr an die Columbia-Universität nach New York und im Jahr darauf der Kunsthistoriker Paul Clemen nach Boston an die Harvard-Universität.<sup>8</sup>

Neben der internationalen Ausrichtung und den nationalen Prägungen blieben auch in dieser Hochphase von Internationalität und Nationalismus regionale Bezüge zum Rheinland und eine enge kommunale Bindung an die Stadt Bonn weiterhin mitbestimmend. Das Gefühl des „Patriotismus“ war nicht exklusiv für die Nation reserviert. Häufig bezeichnete es auch eine ausgeprägt lokale und regionale Bindung an Land und Leute der Rheinprovinz, etwa wenn der Philosoph Benno Erdmann als Motiv, warum er einen Ruf nach Tübingen abgelehnt hatte, „nicht zum geringsten Teil ein[en] gewis-

6 Berthold Litzmann: Im alten Deutschland. Erinnerungen eines Sechzigjährigen. Berlin 1923, S. 341 f.

7 Siehe Dominik Geppert (Hrsg.): Preußens Rhein-Universität. Geschichte der Universität Bonn Bd. 1. Göttingen 2018.

8 Siehe GStA, I. HA Rep. 76 Kultusministerium, Va. Sekt. 3, Tit. IV, Nr. 55 Bd. 3, Bl. 4; zum Hintergrund siehe Ragnhild Fiebig-von Hase: Die politische Funktionalisierung der Kultur – der deutsch-amerikanische Professoren-austausch. In: Dies./Jürgen Heideking (Hrsg.): Zwei Wege in die Moderne. Aspekte der deutsch-amerikanischen Beziehungen 1900-1918. Trier 1998, S. 45-88.

se[n] Patriotismus“ anführte – und damit ganz explizit das Rheinland meinte.<sup>9</sup>

Die Bindung an Bonn und das Rheinland wurde auch dadurch deutlich, dass zahlreiche Bonner Professoren in der Kommunalpolitik aktiv waren und blieben. Auch noch zu einer Zeit, als das politische Engagement auf nationaler Ebene in der Generation nach Arndt, Dahlmann und Sybel keine Fortsetzung fand, setzten Bonner Professoren die Tradition einer gewichtigen Präsenz im Stadtrat fort, die bis zu Clemens August von Droste Hülshoff (im Stadtrat 1825 bis 1832), August Wilhelm Schlegel (im Stadtrat von 1829 bis 1845) und Moritz August von Bethmann-Hollweg (im Stadtrat von 1832 bis 1840) zurückreichte.<sup>10</sup>

Während der Hochphase kommunalpolitischen Engagements der Bonner Professoren waren in den 1840er Jahren der Mineraloge Johann Jakob Noegerath (1840-1877), der evangelische Theologe Karl Immanuel Nitzsch (1841-1846), der Germanist Karl Simrock (1842-1846), die Rechtswissenschaftler Johann Joseph Bauerbrand (1844-1878) und Eduard Böcking (1846-1848), Peter Franz Deiters (1846-1861) und Clemens Theodor Perthes (1846-1851) im Stadtrat vertreten. Später kamen die Juristen Friedrich Bluhme (1850-1869) und Roderich von Stintzing (1877-1883), der Historiker Heinrich von Sybel (1873-1875), der Mediziner Josef Doutrelepon (1875-1911), der Staatswissenschaftler Erwin Nasse (1882-1890) und der Pharmakologe Karl Binz (1895-1903) hinzu. Nur wenige von ihnen – wie Sybel (von 1862 bis 1864 und zwischen 1874 und 1880) sowie Nasse (von 1869 bis 1879) – waren zeitgleich oder zeitversetzt auch Mitglieder des Preußischen Abgeordnetenhauses: Sybel als Nationalliberaler, Nasse für die Freikonservativen.<sup>11</sup>

Auch nach der Jahrhundertwende gab es bis 1918 stets mehrere Professoren im Stadtrat: etwa den Mediziner Friedrich Schultze (1902-1918), den Astronomen Karl Mönlichmeyer (1907-1918), den Staats- und Kameralwissenschaftler Hermann Schumacher (1907-1911) oder die Rechtswissenschaftler Konrad Kosack (1908-1915) und Ernst Landsberg (1911-1918). Weil in den preußischen Kommunen, anders als im Reichstag, das Dreiklassenwahlrecht galt, konnte die begüterte, überwiegend protestantische und liberal-konservative Minderheit der beiden obersten Wahlklassen die Mehrheit der Stadtverordneten stellen und die Politik im Stadtrat bestimmen. Die Pro-

9 Kölnische Zeitung vom 29.1.1904. Kopie in: GStA, I. HA Rep. 76 Kultusministerium, Va Sekt. 3, Tit. IV, Nr. 55 Bd. 1, Bl. 181.

10 Vgl. Heinz Schott: *Universitätspolitik als Integrationspolitik (1818-1849)*. In: Geppert (Hrsg.): *Preußens Rhein-Universität (wie Anm. 7)*.

11 Volker Dotterweich: *Sybel, Heinrich von*. In: *Neue Deutsche Biographie (NDB) Band 25*, Berlin 2013, S. 733–735; Hans Pohl: *Nasse, Erwin*. In: ebd. Band 18, Berlin 1997, S. 742.

fessoren, die nach 1900 im Bonner Stadtrat saßen, gehörten alle zu dieser Gruppe.

## II.

Neben einem gewissen antikatholischen Ressentiment gehörten zur mentalen Grundausrüstung vieler Bonner Professoren auch Vorbehalte gegenüber dem zur Schau gestellten Reichtum des Bonner Wirtschaftsbürgertums. Bonn habe nur einen Mangel, meinte der aus Königsberg an den Rhein gekommene Staatsrechtler Philipp Zorn: „die 3 P – Professoren, Protzen u. Pfaffen!“<sup>12</sup> Abgesehen von derartigen Aversionen war die Beziehung zwischen Hochschule und Stadtbevölkerung sonst jedoch vor allem von gegenseitigem Nutzen geprägt. Allerdings verschoben sich die Relationen, als im Zuge der wirtschaftlichen Dynamik des wilhelminischen Zeitalters die Bedeutung der Universität für das materielle Wohlergehen der Stadt Bonn abnahm. Die Zeiten, als jeder dritte bis vierte Taler, der in Bonn ausgegeben wurde, direkt oder indirekt mit der Universität zu tun hatte, waren vorbei.<sup>13</sup>

Diese Entwicklung war keine automatische Folge der reinen Größenverhältnisse. Zwar war die Stadt tatsächlich im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts rascher gewachsen als die Universität: Kurz nach Gründung der Universität hatten noch 21 Bonner einem Studenten gegenübergestanden; fünfzig Jahre später hatte sich das Verhältnis zunächst auf 31 zu eins gewandelt. Durch das rasante Wachstum der Universität am Ende des 19. Jahrhunderts kehrte sich der Trend jedoch um, so dass 1901 wieder ein Student auf 23 Bonner kam. Weil die Universität nach der Jahrhundertwende weiter expandierte, blieb diese Größenordnung bis zum Weltkrieg ungefähr erhalten, obwohl sich die Einwohnerzahl Bonns infolge der Eingemeindung der Ortschaften Poppelsdorf, Kessenich, Eнденich und Dottendorf 1904 auf einen Schlag um fast 25.000 Bewohner erhöhte.<sup>14</sup>

Entscheidend war, dass Bonn im Verlauf des 19. Jahrhunderts zu einem beliebten Wohnort reicher Rentiers geworden war, die sich von den kulturellen Attraktionen der Universitätsstadt ebenso angezogen fühlten wie von den landschaftlichen Reizen des Rheintals. Schon 1867 hatte der damalige Oberbürgermeister Leopold Kaufmann in einem Verwaltungsbericht festgehalten, die Stadt sei mehr darauf angewiesen,

12 Zorn an Althoff, 17. Oktober 1901, GStA, VI. HA Nl. Friedrich Theodor Althoff, Nr. 1031 (Zorn), Bl. 17.

13 Dietrich Höroldt: Bonn als Universitäts-, Rentner- und Garnisonsstadt. In: Ders./Manfred van Rey: Bonn in der Kaiserzeit 1871-1914. Bonn 1986, S. 105.

14 Siehe die Zahlen bei Dietrich Höroldt (Hrsg.): Stadt und Universität. Rückblick aus Anlaß der 150 Jahr-Feier der Universität Bonn. Bonn 1969, S. 348 f.

„in dem weitverbreiteten Ruf unserer Hochschule und in den verschiedenen Annehmlichkeiten des Lebens, welche die reizende Lage und die geistigen Genüsse der Kunst und Wissenschaft bieten, die Quelle ihres Wohlstands zu finden und zu pflegen als in der Entwicklung einer großartigen industriellen Tätigkeit“.<sup>15</sup>

Diese Anziehungskräfte wirkten nach der Jahrhundertwende ungebrochen fort, so dass sich die Zahl der von ihren Vermögenswerten lebenden „Rentner“ zwischen 1895 und 1907 noch einmal mehr als verdoppelte: von 1.965 auf 4.337. Hinzu kam eine wachsende Gruppe wohlhabender Kaufleute, Bankiers und Industrieller, die erheblich dazu beitrug, dass Bonn ein reiches Gemeinwesen mit sprudelnden Einnahmen aus der (damals noch anteilig den Kommunen zukommenden) Einkommenssteuer wurde.<sup>16</sup>

Eine für die Studenten unangenehme Begleiterscheinung der Bonner Prosperität waren hohe Lebenshaltungskosten, insbesondere steigende Mietpreise. Nicht zufällig zogen mehr und mehr Studierende aus der unmittelbaren Nachbarschaft der Universität fort, seit die Altstadt immer stärker von Ladengeschäften und Banken geprägt wurde. In den 1890er Jahren hatte sich zunächst der Bonner Nordwesten als beliebte Wohngegend etabliert, ehe die Studenten in den folgenden Jahren verstärkt auch den Bonner Westen mit dem neu eingemeindeten Poppelsdorf und den Straßenzügen um den Bonner Talweg, die Argelderstraße und die Kurfürstenstraße frequentierten. Durchgängig populär blieb die Koblenzer Straße.<sup>17</sup>

Über die Wohngegenden der Bonner Professoren sind wir schlechter informiert. Eine Durchsicht der Personalverzeichnisse ergibt jedoch, dass die meisten von ihnen in der Süd- und Weststadt wohnten. Besonders beliebt waren die Königstraße, die Meckenheimer Allee und die Koblenzer Straße, wo die Hochschullehrer Tür an Tür mit dem wohlhabenden Bonner Wirtschaftsbürgertum residierten.

### III.

Was die Bonner Professoren mit Teilen des liberalen Bürgertums verband, vom Gros der Bonner Bevölkerung jedoch weiterhin trennte, war die Konfession. Die Auswirkungen des Kulturkampfes hatten die Kluft noch vertieft,

15 Zitiert nach Höroldt: Bonn (wie Anm. 13), S. 108.

16 1912 zählte die Stadt 153 Millionäre, darunter 32 Mehrfachmillionäre, die etwa zur Hälfte aus den Reihen der Rentiers (75 der Millionäre und 19 Multimillionäre) und zu einem knappen Drittel aus dem Unternehmertum (dreißig Millionäre und neun Mehrfachmillionäre) stammten. Unter den Professoren gab es 22 Millionäre, aber keinen Multimillionär; Zahlen nach ebd., S. 109.

17 Siehe Hans Henning Herzberg: Die Wohngegenden der Studenten. In: Höroldt (Hrsg.): Stadt und Universität (wie Anm. 14), S. 206.

weil die Mehrzahl der Professoren der Katholisch-Theologischen Fakultät ebenso wie ein Teil der katholischen Honoratioren das auf dem Ersten Vatikanischen Konzil 1870 verkündete Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes in Glaubensfragen ablehnte und darüber in Gegensatz zur romtreuen Bevölkerungsmehrheit geraten war.<sup>18</sup>

Entsprechend stand die katholische Einwohnerschaft Bonns bei den konfessionsbedingten Streitigkeiten innerhalb der Studentenschaft mehrheitlich auf der Seite der katholischen Studentenverbindungen. Zum Eklat kam es, als 1894 im Rahmen des 50. Stiftungsfests der Burschenschaft Alemannia eine Rheinfahrt nach Oberwesel unternommen wurde. Beim Katerumzug trugen die Burschenschafter einen Tisch mit, um den herum sie übertriebene Anbetungsgesten aufführten. Damit spielten sie offensichtlich auf eine katholische Fronleichnamsprozession an. Nachdem dieser Vorfall seinen Weg in die Presse gefunden hatte, brach im Rheinland weit über Bonn hinaus ein Sturm der Entrüstung los.<sup>19</sup> Handelte es sich um eine bewusste religiöse Provokation oder bloß um einen harmlosen studentischen Ulk? Im Endeffekt verzichtete die Staatsanwaltschaft Koblenz darauf, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Dennoch vermittelt die Episode einen Eindruck von der Schärfe der konfessionellen Auseinandersetzungen jener Zeit.

Die Beziehungen zwischen der Universität und den katholischen Gemeinden in Bonn blieben auch in wilhelminischer Zeit lose. Lediglich zwei Kapläne, die auch an der Stiftskirche angestellt waren, arbeiteten zugleich als Dozenten am Konvikt.<sup>20</sup> Enger waren – schon aufgrund der Diasporasituation – die Verbindungen auf protestantischer Seite. Gemeinde und Universität teilten sich lange eine Kirche: anfangs die Schlosskirche, seit den 1860er Jahren dann den Neubau am Kaiserplatz. Die Gottesdienste der evangelischen Kirchengemeinde dienten auch als akademische Gottesdienste. Nach langjährigem Brauch wechselten sich zwei Gemeindepfarrer und der Universitätspfarrer im dreiwöchentlichen Rhythmus ab; erst im Frühjahr 1914 wurden Gemeinde- und Universitätsgottesdienst räumlich getrennt, und die Universitätsangehörigen zogen in die Schlosskirche um.<sup>21</sup>

18 Gisela Muschiol/Jennifer Wenner/Regina Illemann: Die Katholisch-Theologische Fakultät. In: Thomas Becker/Philip Rosin (Hrsg.): Die Buchwissenschaften – Geschichte der Bonner Universität Band 3. Göttingen 2018, S. 55-58.

19 Otto Oppermann: Die Burschenschaft Alemannia zu Bonn und ihre Vorläufer. Geschichte einer deutschen Burschenschaft am Rhein. Bonn 1925, S. 24.

20 Höroldt: Bonn (wie Anm. 13), S. 107.

21 Diese Regelung wurde durch die Notsituation des Krieges rasch hinfällig, nach dem Ende des Ersten Weltkriegs dann aber bestätigt; siehe Höroldt (Hrsg.): Stadt und Universität (wie Anm. 14), S. 279 f.

#### IV.

Die besondere Nähe der Bonner Universität zum Herrscherhaus der Hohenzollern fand ihren Ausdruck in zwei Denkmalsprojekten, an denen sich die Hochschule in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts beteiligte. Die eine Initiative betraf ein Standbild für den ersten Hohenzollernkaiser. Sie lag auf der geschichtspolitischen Linie Wilhelms II., der seinen Großvater als Reichsgründer mit dem Beinamen „der Große“ im Gedächtnis seiner Landsleute verankern wollte.<sup>22</sup> Bei den Bonner Planungen spielte die Universität eine wesentliche Rolle. Der Gedanke, auch in Bonn ein Denkmal für Wilhelm I. zu errichten, entstammte dem Kreis ehemaliger Studenten. Kurator Rottenburg gehörte zusammen mit Oberbürgermeister Spiritus und anderen Bonner Honoratioren dem 22-köpfigen geschäftsführenden Ausschuss an, der im Dezember 1899 an die Öffentlichkeit ging und um weitere Mitglieder warb.<sup>23</sup>

Einen Monat später – der Ausschuss war mittlerweile auf fast 130 Personen angewachsen, darunter neun Bonner Professoren und ein Privatdozent – traten die Initiatoren mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit. Darin wurde sogleich im ersten Satz die Stiftung der Bonner Universität als eine „der ersten Thaten unseres erlauchten Herrscherhauses“ im Rheinland hervorgehoben und als ein besonderes „Wahrzeichen auf dem Wege, der Preußen an die Spitze Deutschlands und seine Herrscher zu der Deutschen Kaiserkrone geführt hat“, herausgestellt.<sup>24</sup>

Zu den Spendern gehörten neben dem Kaiser 17 weitere Fürsten, die in Bonn studiert hatten: vom sächsischen König Albert über Großherzog Friedrich von Baden bis zu Herzog Alfred von Sachsen-Coburg-Gotha. Das preußische Kultusministerium stiftete 500 Mark. Weitere 2000 Mark kamen durch ein Festspiel zusammen, das Offiziere der Bonner Garnison im Mai 1900 veranstalteten.<sup>25</sup>

Nachdem auf diese Weise rasch 150.000 Mark gespendet worden waren<sup>26</sup>, entbrannte eine langwierige Auseinandersetzung um den Standort. Außer Frage stand, dass das Monument auf dem Gelände der Universität zu errichten war. Der Denkmalsausschuss bevorzugte einen möglichst zentralen und repräsentativen Platz unmittelbar vor der Südseite des Hauptgebäudes zum

22 Zur Geschichtspolitik der Hohenzollern siehe etwa Frank Lorenz Müller: *The Prince, the Crypt, and the Historians: Emperor Friedrich III and the Continuity of Monarchical Geschichtspolitik in Imperial Germany*. In: *German Studies Review* 35, 3 (2012), S. 521-540.

23 Aufruf des geschäftsführenden Ausschusses zur Errichtung eines Denkmals für Kaiser Wilhelm den Großen in Bonn, 9. Dezember 1899. Kopie in: Stadtarchiv Bonn (künftig: SAB), PR 2043, Bl. 5.

24 Aufruf zur Errichtung eines Denkmals für Kaiser Wilhelm den Großen. Ebd., Bl. 11 f.

25 SAB PR 2043, Bl. 28.

26 GStA, I. HA Rep. 76, Kultusministerium Va Nr. 10357, Bl. 89-92.

Kaiserplatz hin. Dagegen protestierten die Hochschulleitung und der Akademische Senat, die fürchteten, die gerade Linienführung der Fassade und der Gartenanlagen würden beeinträchtigt. Außerdem führte man ins Feld, dass im Südflügel des Hauptgebäudes nicht nur Büros, sondern auch Hörsäle untergebracht seien, denen durch ein überlebensgroßes Standbild Außenlicht genommen werde. Auch eine mögliche Lärmbelästigung sah man mit Sorge, wenn Vereine oder Schulklassen vor dem Denkmal „patriotische Lieder“ sängen oder vaterländische Reden hielten. Als alternativen Standort brachte die Universität den Platz vor dem Akademischen Kunstmuseum am anderen Ende des Hofgartens ins Spiel.<sup>27</sup>

Der zähe Streit, der sich über Monate hinzog, wurde erst im Sommer 1902 durch ein Machtwort des Kaisers entschieden. Wilhelm II. ließ mitteilen, er halte die Argumente der Universitätsvertreter nicht für „durchschlagend“, und befürwortete den Standort am Kaiserplatz, freilich – um den Bedenken der Hochschule entgegenzukommen – etwas weiter vom Gebäude entfernt.<sup>28</sup>

Auf größeren Widerstand stieß das zweite Hohenzollern-Gedenkprojekt, in das die Universität involviert war. Angeregt durch die Errichtung des Wilhelm-Denkmal, trat im April 1907 eine Gruppe von Bonner Altstudenten um Regierungsrat Joseph Joesten mit dem Gedanken an die Öffentlichkeit, nach dem Großvater auch den Vater des Kaisers zu ehren. Von Beginn an plante man in diesem Falle bescheidener. Gedacht war nicht an ein Standbild, sondern an eine Gedenktafel am Haus des Kurators, wo der spätere Kaiser Friedrich III. während seiner Studienjahre gewohnt hatte.<sup>29</sup> Selbstbeschränkung tat auch dringend Not, denn die Spenden aus den Kassen der deutschen Fürstenhäuser flossen nur spärlich.<sup>30</sup> Das Haus Sachsen-Coburg-Gotha verweigerte sich zunächst vollständig, bis der Herzog aus seiner Privatschatulle schließlich doch noch 100 Mark schickte.<sup>31</sup>

Die Liste der Unterstützer aus dem Bonner Bürgertum war mit weniger als fünfzig Namen deutlich kürzer als beim Wilhelm-Denkmal. Professoren waren nicht darunter, dafür Offiziere, Rechtsanwälte, Handwerker, Gewerbetreibende sowie einige Alumni der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, die wie Friedrich Wilhelm in den frühen 1850er Jahren dort studiert hatten. Die Hochschulleitung blieb auf Distanz, ebenso der Oberbürgermeister und die politische und administrative Führungselite der Rheinprovinz.<sup>32</sup>

27 Kuratorium an Denkmalsausschuss, 21. Juli 1901. In: SAB, PR 2043, Bl. 42-43.

28 Kultusminister an Kuratorium (Abschrift), 1. Juli 1902. In: SAB, PR 2043, Bl. 60. Siehe auch die Dokumentation der Auseinandersetzung in: GStA, I. HA Rep. 76, Kultusministerium Va Nr. 10357, Bl. 82-127.

29 Aufruf, 14. April 1907. In: SAB, PR 1429.

30 Aus Baden kamen 150, aus Mecklenburg-Schwerin 100 Mark. Ebd.

31 Schreiben vom 19. Juni und 27. Juli 1907. Ebd.

32 Aufruf, Mai 1907. Ebd.

Überhaupt wiesen die Unterstützerguppen der beiden Gedenkprojekte kaum Schnittmengen auf. Die Initiative hatte zudem einen deutlich weniger militärischen Charakter. So wurde beispielsweise das Benefiz-Konzert für die Errichtung der Kaiser-Friedrich-Gedenktafel vom Bonner Männer-Gesangverein organisiert, nicht wie im Falle des Wilhelm-Denkmal von der Garnison; neben drei „Vaterlands- und Soldatenliedern“ kamen bei der musikalischen Aufführung auch jeweils drei Lieder aus der Gattung der „Schiffer- und Seelieder“, der „Kärtner Volkslieder“ sowie der „Rhein- und Weinlieder“ zum Vortrag.<sup>33</sup>

Man gewinnt den Eindruck, dass es sich bei der Gedenktafel für Friedrich III. um eine Art Gegenprojekt zur Ehrung Wilhelms I. handelte, das in latenter Spannung, wenn nicht sogar in offenem Widerspruch zu der von Wilhelm II. betriebenen offiziellen Geschichtspolitik der Hohenzollerndynastie stand. Dementsprechend dilatorisch behandelten Rektor und Kurator die Angelegenheit. Sie verwiesen darauf, dass sie sich zuerst mit dem Akademischen Senat abzustimmen hätten und dass in Preußen ohnehin der Kaiser alle öffentlichen bildlichen Ehrungen von lebenden oder verstorbenen Angehörigen des Herrscherhauses prüfen müsse.<sup>34</sup> Offensichtlich meinte man, der Kaiser und seine Familie, die ja immerhin mit Wilhelms Schwester Viktoria, Fürstin zu Schaumburg Lippe, in Bonn präsent war, missbilligten eine Ehrung Friedrichs III.<sup>35</sup>

Den „Todesstoß“ erhielt das Projekt durch ein Gutachten des Kunsthistorikers Paul Clemen. Dieser sprach der vom Gedenktafel-Komitee vorgelegten Skizze jeglichen künstlerischen Wert ab.<sup>36</sup> Insgesamt bewertete er die Konzeption als „ganz unannehmbar“ und empfahl dem Rektor dringend, „dem vorgelegten Entwurf die Zustimmung zu versagen“.<sup>37</sup> Damit hatte sich das Projekt anscheinend erledigt. Jedenfalls finden sich weder in den Akten des Kultusministeriums noch in den Archiven der Universität und der Stadt

33 Siehe das Programmheft des Volks-Konzerts für die Errichtung einer Kaiser-Friedrich-Gedenktafel in Bonn in der Stadthalle in der Gronau, 12. Juli 1908. Ebd.

34 Vgl. zu diesem Aspekt allgemein Frank Lorenz Müller: *Der 99-Tage-Kaiser. Friedrich III. von Preußen Prinz, Monarch, Mythos*. München 2013.

35 In einem Schreiben an das Kultusministerium sprach der Kurator diese Sorge explizit an, als er bat, die „sehr unliebsame Denkmalsangelegenheit“ auf sich beruhen zu lassen, nicht zuletzt weil die „Angelegenheit auch den fürstlich Schaumburg’schen Herrschaften nicht lieb sein würde“. GStA, I. HA Rep. 76 Kultusministerium Va Nr. 10357, Bl. 212.

36 Es handele sich um „Reminiszenzen verschiedener Stilepochen“: der Sockel sei „ziemlich klassizistisch, das obere Abschlussgesims mit Anklängen an den Stil Louis XVI., die Wapenform im Sinne der florentinischen Renaissance, die skizzierten Ornamente ebenfalls im Zeichen der Renaissance, die Kaiserkrone ohne jede Verbindung aufgesetzt, heraldisch unmöglich, im Massstab ganz ohne Verhältnis zu dem Schild“; Gutachten Paul Clemen, o. D. In: SAB, PR 1429.

37 Ebd.

weitere Hinweise auf Bemühungen, dem 99-Tage-Kaiser in Bonn zu einer Ehrentafel zu verhelfen.

## V.

Was sagt uns das alles über das Verhältnis von Liberalismus, Universität und Bürgertum im Rheinland?

Erstens wird deutlich, dass sich die Bonner Professoren gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts zumindest auf Reichsebene tendenziell von direkter politischer Betätigung in Parlamenten und Vereinen ab- und einem unpolitischeren Wissenschaftsverständnis zuwandten. Das hatte mit der zunehmenden Spezialisierung und Professionalisierung des Wissenschaftsbetriebes (und der Politik) ebenso zu tun wie mit der Tatsache, dass die liberalen Professoren ihr Ziel der nationalen Einigung mit Bismarcks Reichsgründung von oben erreicht hatten, wenn auch auf andere Weise als ursprünglich angestrebt. Dass die kommunalpolitische Aktivität weit weniger zurückging als das Engagement auf Reichsebene, könnte dabei als Indiz für das Primat (nachlassender) nationalpolitischer Motive gegenüber wissenschaftlichen Professionalisierungstendenzen gelten.

Zweitens zeigt sich, dass es vielfältige Verbindungen zwischen Universität und liberalem Bonner Bürgertum gab: vor allem beim kommunalpolitischen Engagement in Parteien, Vereinen, Verbänden. Ein enges Verhältnis war es aber keineswegs, dafür sorgten schon die konfessionellen Unterschiede zwischen einer überwiegend protestantischen Universität und einem mehrheitlich katholischen Umfeld. Auch als Mäzene für die Universität traten die wohlhabenden Bonner Bürger nicht sonderlich in Erscheinung.<sup>38</sup> Mit Blick auf das private Stiftungswesen gehörte Bonn zusammen mit Heidelberg, Jena, Kiel, Marburg, München, Münster und Würzburg zu den eher schlecht versorgten Universitäten.<sup>39</sup> Eine Ausnahme bildete die Gründung eines Naturkundemuseums durch den Zoologen und Unternehmersohn Alexander Koenig.

Drittens schließlich kann man beobachten, wie der Liberalismus gerade im wilhelminischen Zeitalter in die Defensive geriet. Die gescheiterte Eh-

38 Bonn gehörte vor dem Ersten Weltkrieg hinsichtlich der Renteneinkommen „zur Spitzengruppe unter den preußischen Städten“, lag aber auch nach der Höhe der Vermögen und übrigen Einkommensquellen „nicht unerheblich über dem Durchschnitt“, siehe Höroldt: Bonn (wie Anm. 13), S. 111.

39 So wurden in Bonn zwischen 1818 und 1946 nur 21 Familienstiftungen ins Leben gerufen, in Berlin 59 und in Breslau 61; siehe Thomas Adam: Stipendienstiftungen und der Zugang zu höherer Bildung in Deutschland von 1800 bis 1960. Stuttgart 2008, Tabelle S. 29; für die Attraktivität einer Universität bei den Studenten spielte dieser Faktor allerdings nur eine untergeordnete Rolle, ebd., S. 155.

rung für den – tatsächlich oder vermeintlich – liberal gesinnten 99-Tage-Kaiser zeugt davon ebenso wie die Anfeindungen, denen sich ein Mann wie der Kurator Rottenburg wegen seiner angeblich zu liberalen Ansichten ausgesetzt sah. Rottenburg sei zwar Beamter, hieß es in einem Artikel der freisinnigen „Vossischen Zeitung“,

„doch von der Art, daß man das bürokratische Schema an ihn nicht anlegen kann. Er ist durchaus unabhängig, nach seinen wirtschaftlichen Verhältnissen wie nach Neigung und Charakter. Er spricht deshalb mitunter Wahrheiten aus, wie man sie nicht oft von einem Manne hört, der ein Glied des Behördenorganismus ist, zumal heutzutage. Fast könnte man sagen, Herr v. Rottenburg habe den schönen Ehrgeiz, um so liberaler zu erscheinen, je mehr sich die Herrschaft der Konservativen und Klerikalen befestigt“.<sup>40</sup>

40 Vossische Zeitung vom 24.11.1903; Kopie in: GStA, I. HA Rep. 76 Va, Sekt. 3, II. Abt., Nr. 6, Bd. 2.



## Der Liberalismus im Spiegel der Wahlen in der Rheinprovinz<sup>1</sup>

Wahlen und Wählerverhalten sind wichtige Indikatoren für politische Entwicklungen und Phänomene. Wann, wenn nicht in politisch bewegter Zeit, stellt sich diese Aussage als Binsenweisheit dar? Aufgrund des gesetzten Rahmens wird sich der Beitrag schlaglichtartig dem Thema annähern und nicht jede Wahl behandeln. Vielmehr sollen die Grundzüge und ein breites Panorama der historischen Entwicklung unter Berücksichtigung von Konfessionen, Regionen, Demographie, Sozialstruktur, Stadt und Land und natürlich Personen gezeichnet werden. Nicht erst heute ist das Charisma der zur Wahl stehenden Person ein bedeutendes Moment für die Wahlentscheidung. Wenn von Wahlen als Spiegel der Entwicklung liberaler Parteien die Rede ist, gibt es zahlreiche Parameter zu beachten: Zum einen stellt sich die Frage, welcher Zeitraum zu berücksichtigen ist, zum anderen, welche Ebene. Beschäftigt man sich mit den regionalen Ergebnissen bei Reichstagswahlen, bei Landtagswahlen oder Kommunalwahlen? Nimmt man die Rheinprovinz oder exemplarisch einige Kommunen mit entsprechenden demographischen und sozialen Eckdaten? Schließlich muss man sich bei der Betrachtung des Liberalismus auch fragen, welche Partei man genau beobachtet. Die liberalen Parteien waren in Weimar, aber auch schon im Kaiserreich wesentlich disparater, als man sich dies unter den bundesrepublikanischen Erfahrungen mit der Freien Demokratischen Partei (FDP) heute vorstellt. Nicht nur kandidierten in Weimar die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) und die nationalliberale Deutsche Volkspartei (DVP) gegeneinander und stellten sich in Konkurrenz um Wählerstimmen, oftmals traf man auch völlig unterschiedliche Personalentscheidungen mit Einfluss auf bevorstehende Wahlen. So etwa bei der Reichspräsidentenwahl 1925, als beide Parteien ihre Kandidaten zurückzogen, um im zweiten Wahlgang aussichtsreichere Kandidaten zu unterstützen. Die DDP, welche zuvor den eigenen Kandidaten Willy Hellpach (1877-1955)<sup>2</sup> unterstützt hatte, wechselte zur Stichwahl zu Wil-

1 Überarbeiteter Text des Vortrags in Bonn vom 14.11.2017. Dank gilt René Schulz für die Zuarbeit bei der Abfassung.

2 Vgl. Claudia-Anja Kaune: Willy Hellpach (1877-1955): Biographie eines liberalen Politikers der Weimarer Republik. Frankfurt am Main/Berlin/Bern 2005.

helm Marx (1863-1946)<sup>3</sup> von der Zentrumspartei, während die DVP ihren Kandidaten, den rheinlandweit bekannten Duisburger Oberbürgermeister Karl Jarres (1874-1951)<sup>4</sup> zurückzog, um fortan Paul von Hindenburg (1847-1934) zu bewerben.<sup>5</sup>

Mit Jarres und Marx waren es übrigens zwei Kandidaten, die aus dem Rheinland stammten und die beide auf ihr eigenes Wählerreservoir zurückgreifen konnten, ohne darüber hinaus größere Wählerschichten zu binden, worauf später noch zurückzukommen ist. Der liberale Zweiklang von nationalliberaler und linksliberaler Sammlung sollte sich erst nach dem Krieg auflösen. Wie bereits die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) als interkonfessionelle Partei eine Antwort auf die Erfahrungen von Weimar und dem NS-Reich war, so erschien die neue liberale Partei mit mehreren Flügeln, sieht man einmal von linken und rechten Randgründungen ohne größere Nachhaltigkeit ab, ebenfalls eine Reaktion auf die Erfahrungen der 30 Jahre zuvor. Sie hätte vor diesem Hintergrund durchaus das Zeug zur Volkspartei gehabt, wenn die CDU nicht aufgrund ihrer breiten Aufstellung zwischen Liberalismus, christlich-sozialem Gedankengut und Konservatismus gepaart mit der Anbindung an Milieus, die noch über ausreichend Kohäsionskräfte verfügten, ihr Konkurrenz in der Mitte gemacht und liberale Wähler und Funktionäre aus protestantischen Milieus abgeworben hätte.<sup>6</sup>

Der Beitrag wird sich der Beobachtung der liberalen Parteien im Kaiserreich, der Nationalliberalen Partei und den Freisinnigen widmen, um schließlich einen Ausblick auf die Weimarer Zeit zu gewähren – dies allerdings mit aller Vorsicht. Der Schwerpunkt liegt im Kaiserreich und etwas verhaltener und weniger auch in der Weimarer Zeit, was seine Ursache auch in den politischen Hintergründen hat. Weimar kann durchaus als die wirkliche liberale Ära angesehen werden, zumindest was die Durchsetzung demokratischer und liberaler Prinzipien angeht, aber vor allem auch, weil Liberale

3 Vgl. Ulrich von Hehl: Wilhelm Marx 1863-1946. Eine politische Biographie, Mainz 1987. Ders.: Wilhelm Marx in den politischen Auseinandersetzungen der Zentrumspartei während des Ersten Weltkriegs. In: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 186 (1983), S. 98-138. Helmut Rönz: Wilhelm Marx (1863-1946), Reichskanzler. In: Portal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoenlichkeiten/M/Seiten/WilhelmMarx.aspx> (Stand: 27.02.2018).

4 Vgl. Paul Heinz Dünnebacke: Karl Jarres im Kaiserreich und in den ersten Jahren der Weimarer Republik. Münster i.W. 1976, S. 431ff. Zuletzt auch Jürgen D. Kruse-Jarres: Karl Jarres. Ein bewegtes Politikerleben. Vom Kaiserreich zur Bundesrepublik, München 2006, oder Lothar Weiß: Karl Jarres (1874-1951). Oberbürgermeister von Duisburg. In: Portal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoenlichkeiten/J/Seiten/KarlJarres.aspx> (Stand: 27.02.2018).

5 Zu den Kandidaten und Wahlgängen der Reichspräsidentenwahl 1925 vgl. Ernst Rudolf Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Band VII: Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1984, S. 546 f.

6 Vgl. Frank Bösch: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945-1969, Stuttgart 2001.

in den Kommunen und den Regionen danach nur selten mehr so bahnbrechend wirkten wie im späten Kaiserreich und dann vor allem in der Weimarer Republik.<sup>7</sup> Der hier behandelte Raum ist die Rheinprovinz. Lediglich schwerpunktmäßig wird auf überregionale Wahlen ausgegriffen.

Wenn man an Hochburgen liberaler Parteien denkt, stößt man sicherlich zuerst auf Baden und auf Württemberg mit ihren langen Verfassungstraditionen, ebenso dann auf Sachsen – von dort, aus Störmthal (heute Großpösna) bei Leipzig, stammte Friedrich Naumann (1860-1919) –, auf das Bergische Land und weite Teile Hessens. Weniger kommen einem der Süden des Rheinlandes in den Sinn oder auch die Rheinschiene und schon gar nicht die Eifel mit ihrem ideellen Zentrum am nördlichen Rande, Aachen, das im Zuge der Gründung der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) als „schwärzeste und dunkelste Ecke“ Preußens geschmäht wurde, der man mit der Gründung einer Technischen Hochschule das Licht der Aufklärung bringen müsse, so sinngemäß die preußischen Bildungsplaner.<sup>8</sup> Dabei kamen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts liberale Bankiers und Politiker aus eben jenen schwarzen Ecken des Königreichs.<sup>9</sup>

Gustav von Mevissen (1815-1899)<sup>10</sup> stammte aus dem niederrheinischen Dülken im heutigen Kreis Viersen, David Hansemann (1790-1864)<sup>11</sup>, eigentlich aus Hamburg gebürtig, hatte ab 1817 sein Geschäft in Aachen, Hermann von Beckerath (1801-1870)<sup>12</sup> kam aus Krefeld, das konfessionell nach preußischer Vorstellung eher weniger zur „dunkelsten Ecke“ des Königreichs gehörte. Ludolf Camphausens (1803-1890)<sup>13</sup> Wiege hingegen stand in Hünsho-

7 Siehe dazu den Beitrag von Alexander Olenik in diesem Band.

8 In ihrer Denkschrift vom 26. Oktober 1859 an den Prinzregenten Wilhelm versprachen sich Justizrat Küchen und Hofrat Brüggemann von der Gründung einer polytechnischen Hochschule in Aachen die wirksamste Bekämpfung des Ultramontanismus, als dessen Hort ihnen Aachen galt: „Dieser Wunsch [der Kampf gegen ultramontanen Einfluss] wird erfüllt werden, wenn der Mangel an Bildung aufhört, Licht das Dunkel verscheucht.“ Dokument A im Anhang von: Kurt Düwell: Die Gründung der Königlichen Polytechnischen Schule in Aachen. Ein Abschnitt preußischer Schul- und Hochschulgeschichte in einer rheinischen Stadt. In: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 81 (1971), S. 173-212, hier S. 204.

9 Siehe dazu den Beitrag von Ulrich Soénius in diesem Band.

10 Vgl. Klara van Eyll: Art. Mevissen, Gustav von. In: NDB 17, Berlin 1994, S. 277-281. Weiterführend v.a.: Manfred Groten: Der Nachlass Gustav von Mevissen. Köln 1999.

11 Vgl. Rudolf Boch: David Hansemann. Das Kind der Industrie. In: Sabine Freitag (Hrsg.): Die Achtundvierziger. Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49, München 1998, S. 171-184, hier passim.

12 Vgl. Ulrich Hettinger: Hermann von Beckerath. Ein preußischer Patriot und rheinischer Liberaler, Krefeld 2010. Björn Thomann: Hermann von Beckerath (1801-1870), Reichsfinanzminister. In: Portal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoentlichkeiten/B/Seiten/HermannvonBeckerath.aspx> (Stand: 27.02.2018).

13 Vgl. Beate-Carola Padtberg: Ludolf Camphausen (1803-1890). In: Ottfried Dascher/Everhard Kleinertz (Hrsg.): Petitionen und Barrikaden. Rheinische Revolutionen 1848/49, Münster 1998, S. 108-110. Erich Angermann: Ludolf Camphausen (1803-1890). In: Bern-

ven bei Aachen und August von der Heydt (1801-1874)<sup>14</sup> wurde in Elberfeld geboren. Alle waren führende Köpfe in ihren Parlamenten und auch in der rheinischen Wirtschaft. Kennzeichnend war, dass alle Genannten führende Liberale waren, nicht nur in der Provinzialvertretung, sondern auch im Vereinigten Landtag und dort die Geschicke der liberalen Fraktion bestimmten. Man kann durchaus konstatieren, dass der rheinische Liberalismus im Vormärz den Liberalismus des deutschen Raumes prägte, auch wenn es davon weitere unabhängige Hochburgen in Süddeutschland gab. So wurde etwa Gustav von Mevissen vom Freiburger Staatswissenschaftler Karl von Rotteck (1775-1840) stark beeinflusst.<sup>15</sup> Kennzeichnend für diese Gruppe bekannter Liberaler aus dem Rheinland ist, dass sie noch abseits von Milieuzugehörigkeiten späterer Zeit standen und agierten. Mevissen war ebenso wie sein intellektueller Lehrer von Rotteck katholisch, Hansemann war ein evangelischer Pfarrerssohn und Hermann von Beckerrath entstammte einer Krefelder Mennonitenfamilie. Allerdings waren auch in späteren Zeiten die ideologischen und milieubedingten Grenzziehungen nicht so klar, wie die Wahlergebnisse uns zu sagen scheinen. Die Initiativen in den Landtagen waren vor 1860 ebenfalls noch nicht von den Gegensätzen späterer milieubedingter Auseinandersetzungen geprägt, vielmehr arbeiteten Liberale und Katholiken oftmals Hand in Hand, denn der Gegner stand in Berlin und nicht im eigenen Haus.<sup>16</sup>

Doch sollten sich die Vorzeichen schnell ändern: Erste Anzeichen gab es bereits kurz nach dem Wiener Kongress in den Jahren 1816-1820, als in Koblenz und Köln, in Mainz und Trier katholische Kreise, zunächst mit sozialpolitischem Impetus, Ideen formulierten, die man gerne mit einer gewissen Polemik Frühultramontanismus nennt, aber auch erste Lebenszeichen eines sich entwickelnden sozialen und politischen Katholizismus waren. Namen

hard Poll et al. (Hrsg.): Rheinische Lebensbilder, Band 2, Düsseldorf 1966, S. 195-219  
 Björn Thomann: Ludolf Camphausen (1803-1890), Unternehmer und preußischer Ministerpräsident. In: Portal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoenlichkeiten/C/Seiten/LudolfCamphausen.aspx> (Stand: 27.02.2018).

- 14 Vgl. Wolfgang Köllmann: Heydt, August Freiherr von der. In: NDB Bd. 9, Berlin 1972, S. 74-76.
- 15 Wie sehr Mevissen von Rottecks Person und Lehre beeindruckt war, zeigt seine 1835 verfasste „Ode an Rotteck“. Zu den intellektuell-politischen Prägungen des jungen Mevissen vgl. ausführlich Justus Hashagen: Mevissen, Gustav von. In: ADB Bd. 53, Leipzig 1907, S. 772-788, hier S. 772-774.
- 16 Dies wird besonders anschaulich im Falle von vielen liberal engagierten katholischen Geistlichen und Laien im Vormärz und in den politischen Disputen der Revolution von 1848/49 im südrheinischen Raum. Vgl. Helmut Rönz: Der Trierer Diözesanklerus im 19. Jahrhundert. Herkunft – Ausbildung – Identität Band 1. Köln/Weimar/Wien 2006, hier S. 534-539.

wie Joseph Görres (1776-1848)<sup>17</sup> und Hermann Josef Dietz (1782-1862), ein Fabrikant aus Koblenz,<sup>18</sup> stehen für diese Entwicklung. Wegmarken des politischen Katholizismus hin zu einem Bündnis mit dem strengkirchlichen Ultramontanismus waren die Kölner Wirren in der Spätphase der Regentschaft Friedrich Wilhelms IV. (1795-1861),<sup>19</sup> die von Protestanten wie Heinrich von Sybel (1817-1895) und Johann Gildemeister (1812-1890) heftig bekämpfte Heilig-Rock-Wallfahrt 1844, der Syllabus Errorum von 1864 und schließlich das Erste Vatikanum von 1870 mit der Entscheidung des Infallibilitätsdogmas. Spätestens mit den Wirren und dem publizistisch grandios inszenierten „Athanasius“ von Görres wurde der Katholizismus in Deutschland politisch und zu einer zeitweise hermetisch anmutenden Milieufrage. Der Widersacher saß auch hier in Berlin, allerdings anders als in der Zeit direkt nach 1815 diesmal als Gegner der eigenen Glaubensfreiheit und weniger als Gegner der regionalen Freiheiten, die Frankreich dem Rheinland gebracht hatte.<sup>20</sup>

Der Liberalismus hingegen wandte sich in den späten 1860er Jahren zunehmend der Krone zu und unterstützte nach dem Verfassungskonflikt ab 1867 – zumindest der sich nunmehr herausbildende nationalliberale Flügel – die Einigungspolitik Bismarcks. Aus dieser innenpolitischen Krise ging auch ein gespaltenere Liberalismus hervor, in dem die Fortschrittspartei fortan den linken Flügel bildete.<sup>21</sup> Der weiter rechts stehenden Nationalliberalen Partei schlossen sich viele rheinische Liberale des Vormärz an, zumindest ideell

- 17 Vgl. Monika Fink-Lang: Joseph Görres. Die Biografie. Paderborn 2013. Andrea Rönz: Johann Joseph (von) Görres (1776-1848), Publizist. In: Portal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoennlichkeiten/G/Seiten/JosephGorres.aspx> (Stand: 27.02.2018); zu den Wandlungen seiner Überzeugungen vgl. auch Dieter J. Weiß: Joseph Görres (1776-1848). In: Bernd Heidenreich (Hrsg.): Politische Theorien des 19. Jahrhunderts. Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus, Berlin 2002, S. 139-154, hier S. 143.
- 18 Zu Hermann Josef Dietz und dem sich um ihn gruppierenden Koblenzer Kreis vgl. Christoph Weber: Aufklärung und Orthodoxie am Mittelrhein 1820-1850. München/Paderborn/Wien 1973, S. 25-29.
- 19 Vgl. Karl-Egon Lönne: Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1986, S. 76-82.
- 20 Als Überblicke vgl. Wilhelm Janssen: Kleine rheinische Geschichte. Düsseldorf 1997, S. 301ff.; Ernst Rudolf Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. 2: Der Kampf um Einheit und Freiheit 1830-1850. Stuttgart/Berlin/Köln u.a. 1960, S. 226-253. Heinz Hürten: Kurze Geschichte des deutschen Katholizismus 1800-1960. Mainz 1986, S. 62-135.
- 21 Vgl. Christian Jansen: Die Fortschrittspartei – ein liberaler Erinnerungsort? Größe und Grenzen der ältesten liberalen Partei in Deutschland. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 24 (2012), S. 43-56; Gerhard Eisfeld: Die Entstehung der liberalen Parteien in Deutschland 1858-1870. Studie zu den Organisationen und Programmen der Liberalen und Demokraten, Hannover 1969, hier S. 61-122, 161-168. Ernst Rudolf Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Band III: Bismarck und das Reich. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1963, S. 369.

wie etwa Beckerath, der bereits der Casinofraktion in der Paulskirche angehört hatte, oder Mevissen, der noch als Berater Wilhelms I. (1797-1888) fungierte, aber sich wieder mehr seinen Geschäften widmete. Andere, wie David Hansemann, zogen sich ganz aus der Politik zurück. Der deutschlandweite Einfluss nationalliberaler Rheinländer verblasste zunehmend, nicht zuletzt, weil zahlreiche Kämpfe aus dem Vormärz, etwa um die rheinischen Institute und um die Kommunalverfassung, entschieden waren.<sup>22</sup>

Der Schwerpunkt der Fortschrittlichen, später Freisinnigen, lag, zumindest was die führenden Köpfe anbelangte, in anderen Regionen im Osten und Norden Deutschlands. Aus dem Rheinland stießen vor allem jüngere Politiker einer neuen liberalen Generation zu dieser Partei, wie etwa Eugen Richter (1838-1906)<sup>23</sup> aus Düsseldorf oder der Dortmunder Oberbürgermeister Hermann Heinrich Becker (1820-1885),<sup>24</sup> der Opfer des Kölner Kommunistenprozesses von 1852 gewesen war und auch später von Dortmund aus die Geschicke der Kölner „Fortschrittler“ mitprägte. In diesem Zusammenhang auch noch zu erwähnen wäre der Fortschrittler Heinrich Bürgers (1820-1878).<sup>25</sup> Wie sehr sich die Grenzen zwischen Frühkommunisten, die sich durchweg auch als republikanisch orientierte Liberale sahen, und Vertretern des deutschen Linksliberalismus verwischten, verdeutlicht nicht zuletzt die Geschichte der Kölner Publizistik der 1840er und 1850er Jahre. Hier zeigt sich, dass vor dem Hintergrund der sozialen Frage auch der Links-

22 Vgl. Helmut Rönz: Zwischen staatsbürgerlichem Selbstbewusstsein und kulturellem Provinzialismus. Staat und Städte an Rhein, Mosel und Ruhr vom späten 18. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts. In: Karl Ditt/Klaus Tenfelde (Hrsg.): Das Ruhrgebiet in Rheinland und Westfalen. Koexistenz und Konkurrenz des Raumbewusstseins im 19. und 20. Jahrhundert, Paderborn 2007, S. 55-84, hier 69 ff. Karl Georg Faber: Die Rheinlande zwischen Restauration und Revolution. Probleme rheinischer Geschichte von 1814 bis 1848 im Spiegel der zeitgenössischen Publizistik. Wiesbaden 1966, S. 118-186, 192-208.

23 Vgl. Ina Susanne Lorenz: Eugen Richter. Der entschiedene Liberalismus in wilhelminischer Zeit 1871 bis 1906, Husum 1981. Jürgen Frölich: Eugen Richter (1838-1906), liberaler Parlamentarier im Kaiserreich. In: Portal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoennlichkeiten/R/Seiten/EugenRichter.aspx> (Stand: 27.02.2018).

24 Vgl. Joachim Oepen: Hermann Heinrich Becker, Oberbürgermeister von Köln (1875-1885). In: Geschichte in Köln 32 (1992), S. 77-104; Andreas Biefang: Hermann Heinrich Becker (1820-1885). In: Poll et al. (Hrsg.): Rheinische Lebensbilder (wie Anm. 13), Bd. 13, S. 153-181; Björn Thomann: Hermann Heinrich Becker (1820-1885), Revolutionär und Kölner Oberbürgermeister. In: Portal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoennlichkeiten/B/Seiten/HermannHeinrichBecker.aspx> (Stand: 27.02.2018).

25 Vgl. Francois Melis: Heinrich Bürgers (1820-1878). Protagonist der demokratischen und kommunistischen Bewegung. In: Helmut Bleiber/Walter Schmidt/Susanne Schötz (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49, Berlin 2003, S. 139-222.

liberalismus eine Teilung in marktorientierte Linksliberale und Sozialisten erfuhr.<sup>26</sup>

Schwierig wurde die politische Gemengelage für den gespalteten Liberalismus im Rheinland zudem durch die Politisierung des Katholizismus, arrangiert von den Milieumanagern vor Ort und begünstigt durch ein antikatolisches Kulturkampfklima, bereits vor dem eigentlichen Kulturkampf weit vorangeschritten. Auch erste sozialistische Ideen entfalteten ihre Deutungsmacht in den sich industrialisierenden Gegenden an Rhein und Ruhr. Doch dies kam erst später mandatsrelevant zur Geltung. Die skizzierte Milieubildung<sup>27</sup> spiegelte sich denn auch eindrücklich in den Wahlergebnissen der Reichstagswahlen von 1871 wider.

Von den 397 Wahlkreisen im Reich fielen 236 auf Preußen, darunter 36 auf die Rheinprovinz. 22 der 36 Wahlkreise in der Rheinprovinz gingen bei der Reichstagswahl am 3. März 1871 an die Zentrumspartei. Weitere acht gewann die Nationalliberale Partei. In zwei Wahlkreisen wählte man die Liberale Reichspartei, eine vom bayerischen Ministerpräsidenten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst (1819-1901) angeführte Honoratiorenpartei mit starkem Adelsanteil, die eher im konservativen als liberalen Spektrum verankert war; sie existierte allerdings nicht lange und bereits 1874 wechselten die letzten verbliebenen drei Abgeordneten im Reichstag in die Deutsche Reichspartei und in die Nationalliberale Partei über.<sup>28</sup> Darüber hinaus erlangte die Deutsche Reichspartei zwei Mandate und die Altkonservativen gingen mit einem Mandat aus dem Rheinland aus dieser Wahl hervor. Betrachtet man die Wahlkreise intensiver, so zeichnete sich bereits hier die konfessionelle Milieugebundenheit des Wahlverhaltens ab. Die Zentrumspartei erreichte in fast allen überwiegend katholischen Regionen Mehrheiten jen-

26 Nirgendwo wird dies augenscheinlicher als an der Entwicklung der von Mevissen und Camphausen finanzierten Rheinischen Zeitung und ihrer Mitarbeiter, zu denen der junge Karl Marx, der Frühsozialist Moses Hess oder auch der Radikaldemokrat Georg Jung zählten. Vgl. Jonathan Sperber: *Rhineland radicals. The democratic movement and the revolution of 1848-1849*, Princeton 1992, S. 116 ff. Ders.: *Karl Marx. Sein Leben und sein Jahrhundert*, München 2013, S. 90-118.

27 Der hier verwendete Milieubegriff geht auf Rainer M. Lepsius zurück, der ihn mit Bezugnahme auf Carl Amery in die historische Debatte einführte. Als Begrifflichkeit wurde er von verschiedensten Seiten beleuchtet und im Hinblick auf die historische Anthropologie erweitert. Der Verfasser hat selbst schon auf die Auseinandersetzungen um die Unschärfen und Verwendungsfähigkeiten des Begriffs hingewiesen und steht dem Milieubegriff kritisch gegenüber. Derzeit gibt es jedoch keinen besseren Ansatz zur Erklärung bestimmter gesellschaftlicher Phänomene im 19. und 20. Jahrhundert. Vgl. Rönz: *Diözesanklerus* (wie Anm. 16), S. 1-3. Zu Lepsius vgl. Rainer M Lepsius: *Parteisysteme und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft*. In: Wilhelm Abel (Hrsg.): *Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift Friedrich Lütke*, Stuttgart 1966, S. 371-393.

28 Vgl. ausführlich zur kurzen Geschichte der Liberalen Reichspartei Helmut Steinsdorfer: *Die Liberale Reichspartei (LRP) von 1871*, Stuttgart 2000.

seits der 60 Prozent. Im Regierungsbezirk Düsseldorf war sie im Wahlkreis Geldern-Kleve mit 83 Prozent der Stimmen besonders stark. Ihr bestes Ergebnis im Raum Köln errang sie im Wahlkreis Bergheim-Euskirchen mit 77 Prozent. Der Koblenzer Wahlkreis Ahrweiler-Mayen kam auf 78,7 Prozent, und in Trier schnitt der Wahlkreis Trier Stadt mit 75,4 Prozent besonders stark ab.<sup>29</sup>

Wie disparat die rheinischen Ergebnisse waren und wie sehr sie mit den Konfessionszahlen korrelierten, verdeutlichen die mehrheitlich protestantischen Wahlkreise. In den Wahlkreisen Lennep-Mettmann und Barmen-Elberfeld trat das Zentrum gar nicht erst an, in Solingen kam es auf 29,6 Prozent der Stimmen. Doch auch die Sozialisten konnten in diesen früh industriell geprägten Räumen keine Wahlkreise für sich gewinnen. Am nächsten kam man in Barmen-Elberfeld an einen Wahlsieg heran. Dort holten die Sozialisten immerhin 47,1 Prozent. Ihre Zeit sollte erst noch kommen. In Barmen musste sich die Sozialdemokratie der Liberalen Reichspartei geschlagen geben, die dort auf 52,9 Prozent kam. In Solingen, wo die Sozialisten 17,8 Prozent der Stimmen holten, gewann die Nationalliberale Partei mit 52 Prozent, in Lennep verbuchte sie gar 75,9 Prozent, was allerdings nicht ihr bestes Ergebnis war. Denn in Gladbach, einem Wahlkreis ohne direkte Beteiligung der Zentrumsparterie, landete sie im ersten Wahlgang bei 81,6 Prozent und in Birkenfeld gar bei 98,8 Prozent.<sup>30</sup>

Das niederrheinische Gladbach ist jedoch ein besonderer Fall: Gladbach war eigentlich, sieht man einmal von kleinen protestantischen Enklaven wie Rheydt ab, eine Hochburg des politischen Katholizismus. Dort hatte später der 1890 gegründete Volksverein für das katholische Deutschland seinen Sitz,<sup>31</sup> von dort kamen auch zuvor schon immer wieder Initiativen mit sozialkatholischer Färbung. Zu erinnern sei an den Unternehmer Franz Brandts (1834-1914),<sup>32</sup> der erste Formen von Betriebsratstätigkeiten in einem Arbeiterausschuss in seiner Firma förderte und auch der erste Vorsitzende des

29 Zu den Zahlen vgl. Lothar Weiss: Wahlen im 19. und 20. Jahrhundert, Bonn 2006, S. 46 f., zusammenfassend Gerhard A. Ritter: Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871-1918, München 1980, S. 29 ff.

30 Vgl. Weiss: Wahlen (wie Anm. 29), S. 46f.

31 Vgl. Gotthard Klein: Der Volksverein für das katholische Deutschland 1890-1933. Geschichte, Bedeutung, Untergang, Paderborn 1996. Ders.: Der Volksverein für das katholische Deutschland (1890-1933). In: Portal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/themen/Das%20Rheinland%20im%2019.%20Jahr%20hundert/Seiten/Volksverein.aspx> (Stand: 27.02.2018), oder zuletzt Wolfgang Löhr: Der Volksverein für das katholische Deutschland. Zwischen Anerkennung und Ablehnung, Mönchengladbach 2009.

32 Vgl. Wolfgang Löhr: Franz Brandts, Mönchengladbach 1985; Ders.: Franz Brandts (1834-1914), Unternehmer. In: Portal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoennlichkeiten/B/Seiten/FranzBrandts.aspx> (Stand: 27.02.2018).

Volkvereins wurde. Im Wahlkreis Gladbach errang dann bei späteren Wahlen stets die Zentrumsparlei Mehrheiten jenseits der 70-Prozent-Marke, der liberale Erfolg von 1871 blieb hier vorerst eine eigentümliche Episode, die jedoch sehr aussagekräftig ist. Denn so klar, wie die Verteilung der Wahlkreise erscheint, war diese in Gladbach und Viersen nicht. Nur auf den ersten Blick meint man, hier ein Wahlergebnis außerhalb konfessioneller Fragen vor sich zu haben. Gladbach war, wie eben erwähnt, nämlich ein Sonderfall, den Lothar Weiss in seinem Geschichtlichen Atlas der Rheinlande nicht ausreichend durchdrungen hat. Hier stellten Katholiken und die vereinigten Liberalen mit Franz-Josef Kratz (1809-1875) einen gemeinsamen Kandidaten auf. Kratz war zuvor schon Abgeordneter im Preußischen Abgeordnetenhaus gewesen, und die Katholiken in Gladbach trauten sich nicht, einen eigenen Kandidaten gegen ihn aufzustellen – deshalb ihre Unterstützung. Nun stritten auch der Nationalliberale Ernst Otto Schubarth (1829-1908), ebenfalls Abgeordneter im Abgeordnetenhaus, und Fritz Mende (1834-1879) vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) um diesen Wahlkreis.

Und vor allem Mende machte einen modernen Wahlkampf, indem er versuchte, auch katholische Arbeiter für sich zu gewinnen. Zu diesem Zweck ließ er sich auch sonntags in Kirchen mit Gebetbuch sehen. Dem sozialistischen Zweigverein Mendes in Gladbach begegneten sowohl die Behörden als auch die Pfarrer mit heftigen Angriffen. Bereits 1869 verbot die Polizei den Verein, was zu Krawallen in Gladbach führte. Bei den Reichstagswahlen erzielte Mende dann einen Achtungserfolg mit 18,2 Prozent der Stimmen. Der Nationalliberale Schubarth vereinigte 12,5 Prozent der Stimmen auf sich und Kratz kam auf 69,3 Prozent. Mende focht jedoch die Wahl wegen Beeinflussung durch Stadt und Klerus an und bekam recht. Die Wahl musste wiederholt werden. Bei der Neuwahl im September des Jahres trat Kratz aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr an, und das Zentrum stellte mit dem schlesischen Konvertiten Friedrich von Kehler (1820-1901) einen eigenen Kandidaten auf.<sup>33</sup>

Kehler ist ein Paradebeispiel für die Personalpolitik aller Parteien angesichts des Mehrheitswahlrechts des Reiches. Denn er hatte nichts mit dem Niederrhein zu tun, vielmehr sollte er durch die Kandidatur in einem sicheren Wahlkreis in den Reichstag einziehen. So gingen alle Parteien vor, die Nationalliberalen mit Heinrich von Treitschke (1834-1896) in Kreuznach,<sup>34</sup>

33 Vgl. Wolfgang Löhr: Mönchengladbach im 19./20. Jahrhundert. In: Ders. (Hrsg.): *Loca Desiderata. Mönchengladbacher Stadtgeschichte Band 3.1.* Köln 2003, S. 9-240, hier S. 110 f. Norbert Klinkenberg: *Sozialer Katholizismus in Mönchengladbach. Beitrag zum Thema katholische Kirche und soziale Frage im 19. Jahrhundert, Mönchengladbach 1981.* hier S. 129 f.

34 Vgl. Andreas Dorpalen: *Heinrich von Treitschke, New Haven 1957, S. 180 f.*

das Zentrum mit Georg von Hertling (1843-1919) in Koblenz,<sup>35</sup> um nur zwei prominente Beispiele zu nennen. Bei der Nachwahl erhielt Kehler mehr als 60 Prozent der Stimmen und wurde bis 1898 immer wiedergewählt, auch wenn er mehr in der Berliner Zentrumsparterie verankert blieb als in der rheinischen.<sup>36</sup> Der Liberale Wilhelm Kaulen, ein bekannter Mann in der Stadt, kam lediglich auf 32 Prozent der Stimmen, Mende auf 7,5 Prozent. Durch die Umstände der Nachwahlen waren die Sozialisten für viele Jahre diskreditiert in Gladbach, mehr noch, mit eindeutigen Positionierungen von zwei Kandidaten im liberalen und katholischen Lager konnten ehemalige Mende-Wähler aus der katholischen Arbeiterschaft an das Zentrum gebunden werden. Dazu war der liberale Kratz nicht in der Lage.<sup>37</sup>

Doch sollte man nicht glauben, dass es keinen Wahlkampf im eigentlichen Sinne gegeben hat, auch wenn Kehler nicht aktiv tätig wurde. Wahlkämpfe wurden von Beginn an in aller Schärfe ausgefochten, im katholischen Raum auch von der Kanzel aus, aber nicht nur wie ein Beispiel aus Linz am Rhein belegt. Mit zunehmender Spannung in der Innenpolitik wurde der Wahlkampf auch immer schärfer, was von staatlichen Stellen auch so erkannt wurde. Im Zuge der Reichstagswahl von 1887 konstatierte der Bürgermeister von Linz am Rhein: „Die Reichstagswahlen fanden unter großer Beteiligung der Bevölkerung statt. In der Stadt Linz wurden 485 Stimmen für den clericalen, 120 für den reichstreuen Kandidaten abgegeben.“<sup>38</sup> Julius Lerner (1837-1923), Bürgermeister und Katholik, teilte scharf zwischen „Klerikalen und Reichstreuen“, wodurch offensichtlich wird, dass für ihn das Zentrum eben nicht oder weniger reichstreu war. Mehr noch, bereits am 13. Februar desselben Jahres gab er Einblick in den Wahlkampf vor Ort:

„Zur Besprechung über die bevorstehende Reichstagswahl wurde seitens der Anhänger des Septennats eine Volksversammlung im Hotel Hammerstein berufen, wozu sich viele Eingesessene von Nah und Fern einfanden. Die Debatte, die zuerst in würdigster Weise verlief, mußte geschlossen werden, als sich der bekannte Krumscheid mit einer lärmenden grölenden Rotte in die Versammlung einmischte. Auch dieser Versuch hat wieder gezeigt, wie blind und fanatisch der große Haufen am Gängelband eines Hetzers daherläuft.“<sup>39</sup>

Der Redakteur Christian Krumscheid (1823-1902) gehörte dem Zentrum an, war zentrale Figur des „katholischen Widerstands“ (Zitat des Bürgermeis-

35 Vgl. Ernst Deuerlein: Art. Hertling, Georg Friedrich Graf von. In: NDB Bd. 8, Berlin 1969, S. 702-704, hier S. 702.

36 Für seine Tätigkeiten in Berlin vgl. auch Jürgen Michael Schulz: Kirche im Aufbruch. Das sozialpolitische Engagement der katholischen Presse Berlins im Wilhelminischen Deutschland. Berlin/New York 1994, hier S. 29ff.

37 Vgl. Löhr: Mönchengladbach (wie Anm. 32), S. 111f.

38 Stadtarchiv Linz am Rhein (StAL) P 33, S. 222..

39 Ebd.

ters) gegen die Kulturkampfmaßnahmen in Linz und „Leiter aller clerikalen Demonstrationen und regierungsfeindlichen Thätigkeiten“,<sup>40</sup> wie Lerner selbst schrieb. Auch die Biographie des Bürgermeisters Julius Lerner zeigt die Zerrissenheit jener auf, die sich dem Staat verpflichtet fühlten, aber der katholischen Kirche angehörten, und belegt zugleich, wie hart die Auseinandersetzung war. Der offizielle kirchenpolitische Kurs in Linz war konfrontativ; er wurde vor allem von Lerner verfolgt, der am 29. Juli 1871 zum Bürgermeister von Linz gewählt worden war. Bei der Durchführung der staatlichen Kulturkampfbestimmungen ging er mit rigoroser Härte vor.<sup>41</sup> Wie anders war dann die Stimmung bei der letzten Wahl vor dem Weltkrieg. Die Gegner waren nunmehr andere:

„Bei der heutigen Reichstagswahl wurde für den hiesigen Bezirk der Zentrums-kandidat Krings gewählt. Der Reichstagswahlkampf erregte die öffentliche Stimmung in nicht geringem Maße. Versuche der Umsturzpartei, auch hier Anhang zu gewinnen, scheiterten an der vaterlandstreuen Gesinnung unserer Bürger. Der Prozentsatz der für den sozialdemokratischen Kandidaten abgegebenen Stimmen war im Stadt- wie im Landbezirk verschwindend klein.“<sup>42</sup>

Neben den drei Düsseldorfer Wahlkreisen Lennep, Solingen und Duisburg gewannen die Nationalliberalen 1871 noch Wahlkreise in Gummersbach, Neuwied, Kreuznach und im Fürstentum Birkenfeld. Allerdings kandidierten die Nationalliberalen wie auch die anderen Parteien nicht in allen Wahlkreisen, sondern meist nur dort, wo ein Kandidat zu Verfügung stand oder wo man sich Chancen ausrechnete. Beides stand natürlich in einem engen Zusammenhang. Die Nationalliberale Partei kandidierte ebenso wie die Zentrumspartei nur in sechs Wahlkreisen nicht: in Barmen-Elberfeld, Moers-Rees und Geldern-Kleve, in Köln-Land, Bonn-Rheinbach und in Bernkastel-Wittlich. Überraschend ist, dass hingegen alle Wahlkreise im südlichen Rheinland, also auch in der Südeifel bis auf Trier 2 (Wittlich-Bernkastel) von ihr besetzt wurden. Beide Parteien, das Zentrum und die Nationalliberalen, waren damit die am breitesten aufgestellten Parteien im Rheinland 1871.

Die zweite liberale Partei, die Freisinnigen, war in den Wahlkreisen nur schwach besetzt. Sie kandidierte in acht Wahlkreisen, in dreien erreichte sie unter 0,1 Prozent der Stimmen. Im Wahlkreis Köln-Land errang sie 41,5 Prozent der Stimmen und musste sich nur dem Zentrum mit 57,7 Prozent geschlagen geben.<sup>43</sup>

40 Ebd., S. 78.

41 Vgl. Hermann Burghard/Cordula Kapser: Linz am Rhein. Die Geschichte der Stadt von der Frühzeit bis zur Gegenwart. Köln/Weimar/Wien 2002, S. 190 f.

42 StAL P 33, S. 398.

43 Vgl. Weiss: Wahlen (wie Anm. 29), S. 46f.

Auch die Altkonservativen hatten kaum Stimmenanteile gewinnen können. Alt- und Freikonservative stellten ebenso selten Kandidaten im Rheinland auf wie die Freisinnigen und die Sozialisten. Doch dort, wo sie kandidierten, konnten sie meist mittlere Ergebnisse erzielen. Nirgends kamen sie auf mehr als 50 Prozent der Stimmen. Die Altkonservativen holten in Saarbrücken mit 46,4 Prozent ihr bestes Ergebnis, noch vor der Deutschen Reichspartei mit 41,8 Prozent. Das drittbeste Ergebnis erreichte dort das Zentrum mit 9,8 Prozent, während die beiden liberalen Parteien nicht mehr als zwei Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnten.<sup>44</sup> Saarbrücken und die bereits seit den 1850er Jahren industrialisierte Kernregion an der Saar waren aufgrund ihrer Geschichte noch mehrheitlich protestantisch; erst um 1900 sollte der katholische Bevölkerungsanteil auf 50 Prozent steigen,<sup>45</sup> so dass Hans-Ulrich Wehlers saarländische Beweisführung von Max Webers Protestantismusthese in seiner opulenten „Gesellschaftsgeschichte“ hier fehlte.<sup>46</sup> Das Wirtschaftsbürgertum mit Schürfrechten noch aus nassauischen Zeiten war protestantisch,<sup>47</sup> die Arbeiterschaft zwar meist katholisch, zog aber aus angrenzenden Regionen ohne Bodenschätze zu und veränderte so sukzessive die konfessionelle Zusammensetzung der Region.

Einen weiteren Wahlkreis holten die Altkonservativen im Bezirk Koblenz, nämlich (Wetzlar-)Altenkirchen. Hier lieferte sich die Partei ein Kopf an Kopf-Rennen mit dem Zentrum, und auch die Nationalliberalen konnten zahlreiche Stimmen für sich verbuchen. Altenkirchen war eine konfessionelle Mischregion mit katholischer Minderheit. Zudem war es nur wenig industriell geprägt, sieht man einmal vom Eisenbergbau ab. Die Landwirtschaft bestimmte das ökonomische Leben südlich der Sieg.<sup>48</sup> Dass ländlicher Protestantismus Affinitäten zum Konservatismus hegte, zeigen auch die Ergebnisse in Gummersbach, wo die Konservativen immerhin auf 32,2

44 Vgl. ebd.

45 Vgl. Rolf Wittenbrock: Die drei Saarstädte in der Zeit des beschleunigten Städtewachstums (1860-1908). In: Ders. (Hrsg.): Geschichte der Stadt Saarbrücken. Bd. 2: Von der Zeit des stürmischen Wachstums bis zur Gegenwart: Saarbrücken 1999, S. 11-130, hier S. 47 ff.; Wolfgang Behringer/Gabriele Clemens: Geschichte des Saarlandes. München 2009, S. 82 ff.

46 Vgl. Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 2: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution“ 1815-1845/49, 4. Aufl., München 2005, S. 195 f. Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde: Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914. Bonn 1992, S. 747.

47 Ein gutes Beispiel bietet die Familie Stumm. Vgl. Richard van Dülmen/Joachim Jacob (Hrsg.): Stumm in Neunkirchen. Unternehmerherrschaft und Arbeiterleben im 19. Jahrhundert. Bilder und Skizzen aus einer Industriegemeinde, St. Ingbert 1993, oder Peter Burg: Familie Stumm (1669-1901), Eisenhüttenunternehmer. In: Portal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoenlichkeiten/S/Seiten/FamilieStummI.aspx> (Stand: 27.02.2018).

48 Vgl. Manfred Hermanns: Das soziale und wirtschaftliche Raumgefüge des Landkreises Altenkirchen, Münster 1964.

Prozent kamen, sich zwar den Nationalliberalen geschlagen geben mussten, aber das Zentrum mit 24,7 Prozent auf die Plätze verwies.<sup>49</sup>

Grundsätzlich lässt sich für die erste Reichstagswahl 1871 konstatieren, dass die sich abzeichnenden Milieus wirkten und die Liberalen gleich mit drei parteipolitischen Richtungen um Stimmen kämpfen mussten. Das Zentrum subsumierte auch liberale Katholiken unter sich, wie das Ergebnis in Gladbach eindrucksvoll zeigt, und im ländlichen Protestantismus dominierten zumeist konservative Parteien. Zugleich erwachte die Sozialdemokratie und rang vor allem an der Ruhr und in den bergischen Randgebieten mit den Liberalen zunächst um die Stimmen. Ihre Domänen hatten die Liberalen in städtischen Milieus mit mehrheitlich protestantischer Einwohnerschaft und hohem Industrialisierungsgrad.<sup>50</sup> Das sollte sie später anfällig machen für Konkurrenz aus anderen politischen Lagern.

Der Kulturkampf war vielleicht noch mehr Katalysator für die Entwicklung eines hermetischen katholischen Milieus als zuvor die Kölner Wirren und der „Athanasius“ – auch wenn es vor allem im akademischen Raum sowie in den Bistumsspitzen durchaus liberale Kleriker gab, die den Ansprüchen des Staates in diesem Modernisierungskonflikt Verständnis entgegenbrachten. Legendär ist das Cavour-Porträt im vatikanischen Dienstzimmer des Kurienkardinals Gustav Adolf zu Hohenlohe-Schillingsfürst (1823-1896). Hohenlohe war ein Verfechter der Versöhnung der Kirche mit dem national-liberalen Verfassungsstaat, aber als solcher noch in der Minderheit.<sup>51</sup> Im Alltag führte der Kulturkampf allerdings weniger zu einem staatskirchenrechtlichen Diskurs, sondern vielmehr zu einem nachhaltigen Priestermangel und zu einer stärkeren Bindung des katholischen Wahlvolkes im Rheinland an die katholische Partei. Vermutlich niemals funktionierte Milieubindung in seinen politischen Auswirkungen so wirksam wie von den 1870er bis in die 1890er Jahre.<sup>52</sup> Leidtragende waren vor allem die Nationalliberalen, die als die eigentlichen Gegner empfunden wurden, da sie nicht nur Bismarcks Kurs mittrugen, sondern diesen auch rhetorisch begleiteten. Das gleiche galt für die linksliberale Deutsche Fortschrittspartei, auch sie

49 Weiss: Wahlen (wie Anm. 28), S. 46 f.

50 Vgl. James J. Sheehan: Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg. München 1983, S. 287.

51 Vgl. Ernst Engelberg: Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas, Berlin 1990, S. 112.

52 Vgl. Helmut Rönz: Kultusminister und Dorfpfarrer. Zur Arbeit preußischer Behörden während des Kulturkampfes. In: Ders./Hermann-Josef Scheidgen/Sabine Prorok (Hrsg.): Kirche und Gesellschaft im Wandel der Zeiten. Festschrift für Gabriel Adriány zum 75. Geburtstag. Nordhausen 2011, S. 169-196. Manuel Borutta: Antikatholizismus. Deutschland und Italien im Zeitalter der europäischen Kulturkämpfe. Göttingen 2011. Christopher Clark/Wolfram Kaiser (Hrsg.): Kulturkampf in Europa im 19. Jahrhundert. Leipzig 2003.

unterstützte die meisten innenpolitischen Vorlagen des Reichskanzlers, insbesondere auch jene zur Kulturkampfpolitik.<sup>53</sup>

Das sah man in den katholischen Gebieten des Rheinlandes ebenso wie in den protestantischen Regionen, die ebenfalls zunehmend politisiert wurden. Unter der Polarisierung im Zuge des Kulturkampfes litten zunächst jedoch reichsweit die kleinen sowie die Regionalparteien. Aber auch die Konservativen verloren an Strahlkraft. Die Nationalliberalen hingegen konnten 1874 ebenso kräftig an Mandaten zulegen wie das Zentrum. Auch die Fortschrittspartei verbesserte sich insgesamt, wenn auch auf niedrigerem Niveau. Völlig anders stellte sich hingegen die Situation im Rheinland dar. Im Regierungsbezirk Köln gewann das Zentrum alle Wahlkreise, auch den Gummersbacher, zu dem allerdings auch katholische Regionen gehörten. Im Regierungsbezirk Düsseldorf ging Solingen an die Freisinnigen und Barmen-Elberfeld ging erstmals an den ADAV. In Neuwied setzte sich der Zentrumsmann Alfred zu Stolberg-Stolberg (1835-1880) gegen den Kandidaten der Nationalliberalen durch.<sup>54</sup> Hier blieb für die Nationalliberalen nur der Wahlkreis Heinrich von Treitschkes, Kreuznach-Simmern, erhalten. Dafür konnten sie den Wahlkreis Altenkirchen allerdings den Konservativen abnehmen. So kamen die Nationalliberalen im Rheinland nur noch auf fünf Mandate, drei weniger als drei Jahre zuvor. Die Freisinnigen holten in Solingen zudem ein Mandat wie auch die Konservativen in Ottweiler. Alle anderen Mandate gingen diesmal an das Zentrum. Reichsweit stieg die Anzahl der nationalliberalen Mandate um 35 auf 154, die der Fortschrittlichen um vier auf 49. Im Rheinland sank ihr Anteil jedoch nachhaltig, eingezwängt zwischen der stärker werdenden Sozialdemokratie und dem kulturkämpferisch gestimmten Zentrum.<sup>55</sup>

Auch bei den nächsten „Kulturkampfwahlen“ gab es zwar reichsweite Verschiebungen, meist zuungunsten der Nationalliberalen, die Schwäche des Liberalismus im Rheinland blieb allerdings stabil, auch wenn die NLP hier etwas zulegen konnte. Die Wahlkreise an Wupper und Ruhr entwickelten sich zu regelrechten Wechselwahlkreisen. Mal ging Barmen an die Sozialdemokratie, mal an die Nationalliberalen. In Solingen gewann der Sozialist Moritz Rittinghausen (1814-1890) bereits 1877 erstmals den Wahlkreis. Stabil blieben für die Nationalliberale Partei vor allem die ländlichen protestantischen Wahlkreise im Süden, der Treitschke-Wahlkreis Kreuznach sowie Altenkirchen mit dem Abgeordneten Ludwig von Beughem (1806-1886).

53 Vgl. Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte. Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie. 3. Aufl., München 1995, S. 379 f.

54 Vgl. Fritz Specht/Paul Schwabe: Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1903. Eine Statistik der Reichstagswahlen nebst den Programmen der Parteien und einem Verzeichnis der gewählten Abgeordneten, 2. Aufl., Berlin 1904, S. 159.

55 Zu den Zahlen vgl. Kaiserliches Statistisches Amt (Hrsg.): Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, Jahrgang 1875, Heft 3.

Wie wechselhaft, oftmals auf Kosten der Liberalen, die Wahlkreise im Bergischen waren, zeigen die beiden Kreise Solingen und Barmen. 1878 fiel Barmen wieder an die Sozialdemokraten und Solingen, zuvor bereits einmal sozialdemokratisch und ein weiteres Mal nationalliberal, ging diesmal an die konservative Deutsche Reichspartei. Auch reichsweit wurden die stolzen Nationalliberalen aufgerieben von linksliberalen Gruppierungen, Sozialdemokraten und der Zentrumsparlei, deren Anteil kontinuierlich bei rund 100 Mandaten lag. Vieles hatte mit der ideologischen Aufladung des politischen Klimas zu tun. Wie sehr dies der Fall war, zeigt beispielsweise das genannte Zitat aus Linz. Doch manches war auch hausgemacht, wie etwa die Verluste an die „Kartellfreunde“ im Reichstag, die Deutsche Reichspartei. In Kreuznach kandidierte Treitschke 1881 für die Freikonservativen und nicht für die Liberalen.<sup>56</sup> In Wetzlar ging das Mandat an die Altkonservativen und im Bergischen verlor man zwei Mandate an die Freisinnigen, während die Mehrheiten zugunsten der Sozialdemokraten in Solingen wieder wechselten.<sup>57</sup>

Bei der 1884er-Wahl gingen dann noch drei Mandate im Rheinland an die Nationalliberalen und eines an die Freisinnigen, 1890 war dies ähnlich. Verfestigt hatte sich inzwischen die Position der Sozialdemokratie im Bergischen, wo man drei Wahlen hintereinander in Solingen und Barmen für sich entscheiden konnte. Die 1890er-Wahl stellte den Zenit des Höhenflugs der Zentrumsparlei im Reich dar. Sie verlor bei der folgenden Wahl 1893 sieben und bis 1912 15 Mandate an andere Parteien reichsweit. Im Rheinland war es vor allem die nach dem Außerkräfttreten des Sozialistengesetzes reorganisierte Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die sich zunehmend durchsetzte. In Köln und Düsseldorf fiel jeweils der Stadtbezirk an sie. Zudem waren drei bergische Wahlkreise von Sozialdemokraten gewonnen worden. Hier ging der liberale Einfluss durch die Änderung der Sozialstruktur verloren. Das gleiche gilt für den Wahlkreis Ottweiler – nur unter anderen Vorzeichen. Hier gewann 1912 die Zentrumsparlei durch den Zuzug katholischer Arbeiter. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges lässt sich für das Rheinland also konstatieren, dass das oft zitierte liberale Zeitalter, wenn es sich denn in Wählerstimmen niederschlug, an der Verschärfung der innenpolitischen Auseinandersetzungen scheiterte.<sup>58</sup>

Dies wird vor allem auch an Rhein und Ruhr sichtbar. Die katholische Mehrheitsbevölkerung politisierte sich durch den Kulturkampf und ihre Min-

56 Zu Treitschkes Entwicklung zum äußersten rechten Rand des liberalen Spektrums und dann zum Konservativismus vgl. Ulrich Langer: Heinrich von Treitschke. Politische Biographie eines deutschen Nationalisten. Düsseldorf 1998, S. 337 ff.

57 Vgl. Weiss: Wahlen (wie Anm. 29), S. 48 f.; Kaiserliches Statistisches Amt (Hrsg.): Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reiches, Jahrgang 1879, Heft 6.

58 Vgl. so schon Nipperdey (wie Anm. 52), S. 406.

derheitsposition in Preußen zunehmend und wählte weitgehend milieukonform, wie es auch große Teile der Arbeiterschaft an der Ruhr taten. Mit dem sozialistischen Arbeitermilieu erwuchs sowohl dem Zentrum, mehr noch allerdings dem Liberalismus ein Gegner beim Werben um den Wähler an Ruhr und Wupper. Wahlaussagen zum ländlichen protestantischen Raum im Rheinland sind schwierig. Hier konnte sich der Liberalismus, wenn es denn um Mandate ging, oftmals leichter durchsetzen als in den städtischen Milieus im Großraum Köln oder Düsseldorf, auch wenn dort die absoluten Wählerzahlen höher waren als etwa im ländlich-katholischen Raum. Allerdings stand er oftmals in Konkurrenz zu konservativen Parteien, hier kam dann es vor allem auf den Kandidaten an. Treitschke war in Kreuznach „eine Bank“ und nahm auch den Wahlkreis mit, als er 1881 für die Konservativen kandidierte – ohne dort selbst im Wahlkampf in Erscheinung zu treten. Ein neuer Gegner kam in der Vorkriegsphase denn auch für die Liberalen im ländlichen Raum auf, es waren ultranationalistische Antisemiten, die 1912 den Wahlkreis Altenkirchen gewannen und darüber hinaus im angrenzenden Nordhessen und im Siegerland stark reüssierten.<sup>59</sup> Sie waren Vorboten des ideologischen Zeitalters und lieferten einen Vorgeschmack auf die Segmentierung der Gesellschaft in Weimar.<sup>60</sup>

Die ersten Reichstagswahlen nach dem Umbruch zur Republik stärkten den Liberalismus – vor allem auch aufgrund des neuen Verhältniswahlrechts. Die Hochburgen waren 1920 jedoch die alten: Remscheid mit 13 Prozent DDP und 24 Prozent DVP, Solingen mit 10 Prozent DDP und 14 Prozent DVP, Rheydt mit 8,3 Prozent DDP und 21,6 Prozent DVP, Köln mit 14,5 und Koblenz mit 25 Prozent DVP. Die Verhältniswahl gab ein realistischeres Bild auf die Wählerverteilung im Rheinland. Hier zeichnete sich ab, dass die liberalen Kräfte im städtischen Raum mit zahlreichen Verwaltungsbeamten als potentielle Wählergruppe stark waren, schwach im katholisch-ländlichen Raum. Im protestantisch-ländlichen Raum war die Lage disparat. In Meisenheim war die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) stärkste Partei mit fast 48 Prozent, in Altenkirchen, das noch 1912 antisemitisch gewählt hatte, kam die DNVP auf 19 Prozent, das Zentrum jedoch auf mehr als 46 Prozent. In den rein katholischen Regionen blieb das Zentrum bei den starken Ergebnissen der Vorkriegszeit, allerdings bröckelten auch hier die Prozentzahlen – wenn auch nicht so dramatisch wie bei den liberalen Parteien vor 1912. Von

59 Zu den Zahlen und Entwicklungen vgl. Kaiserliches Statistisches Amt (Hrsg.): Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reiches. Jahrgang 1882, Heft 3. Kaiserliches Statistisches Amt (Hrsg.): Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reiches. Jahrgang 1885, Heft 1. Weiss, Wahlen (wie Anm. 28), S. 48ff.

60 Zu den Antisemiten und ihrer ideologischen Bedeutung vgl. Werner Bergmann: Völkischer Antisemitismus im Kaiserreich. In: Uwe Puschner/Walter Schmitz/Justus H. Ulbricht (Hrsg.): Handbuch zur Völkischen Bewegung 1871–1918. München 1999, S. 449–463.

den alten Wahlkreisen mit der spezifischen Personalbesetzungspolitik war nichts mehr übrig, die Wahlkämpfe wurden ortsnäher und die Anzahl an Parteifolgschaften bekam eine ganz neue Bedeutung.<sup>61</sup> Die folgende Entwicklung im Reich bis 1933 wirkte sich auch auf das Rheinland aus – allerdings langsamer. Der Kulturkampf wirkte noch bis in die 1930er Jahre nach. Unter dem Aufschwung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) litten vor allem die liberalen Parteien. In Koblenz sank der Anteil der DVP auf 2,7 Prozent, der der NSDAP wuchs auf 32,4 Prozent. Das gleiche lässt sich auch für die anderen Regionen nachweisen.<sup>62</sup> Auch das Zentrum verlor Stimmen an die Nationalsozialisten, wenn auch nicht so stark wie die Liberalen, allerdings von einem höheren Niveau aus.<sup>63</sup>

Das Rheinland war in Gänze bereits 1871 kein Stammland der Liberalen mehr, wenn man die Zahlen der Reichstagswahlen nimmt. Vielleicht war es dies einmal in der Zeit des Vormärz. Es war auch nicht Ideenschmiede des Liberalismus. Ein Bassermann, der ebenfalls im Rheinland kandidiert hatte,<sup>64</sup> oder auch Treitschke sahen ihre Wahlkreise nur selten. Die Wahlkreise waren vielmehr Sicherheiten für Berlin um wichtige Personen der eigenen Partei abzusichern. Hochburgen an Ruhr und Wupper wurden von den Sozialdemokraten geschleift. Hingegen waren die Liberalen gerade am Rhein durchaus erfolgreich. Es scheint jedoch mit Blick auf die Wahlkämpfe und -ergebnisse das Menetekel des Liberalismus und aller bürgerlichen Politikansätze zu sein, dass sie den ideologischen Schärfen der politischen Auseinandersetzung meist nur die Ideologiedistanz entgegensetzen hat und in der bürgerlichen Mitte zwischen den extremen Kräften zerrieben wird.

61 Vgl. Weiss: Wahlen (wie Anm. 29), S. 55 ff.

62 Vgl. ebd., S. 64 ff.

63 Nicht umsonst hebt Jürgen W. Falter die Konfession als wesentliches Merkmal des Wahlverhaltens und damit verbunden den Katholizismus als Resistenzfaktor gegenüber dem Nationalsozialismus hervor. Vgl. Jürgen W. Falter: Hitlers Wähler. München 1991, S. 169-188.

64 Ernst Bassermann, Vorsitzender der Nationalliberalen, zog 1912 für den Wahlkreis Saarbrücken in den Reichstag ein. Vgl. Lothar Gall: Bassermann, Ernst. In: Bernd Ottmad (Hrsg.): Badische Biographien. Neue Folge, Band 1, Stuttgart 1982, S. 28 f.; Frank Engenhäusen: Ernst Bassermann (1854–1917). In: Reinhold Weber/Ines Mayer (Hrsg.): Politische Köpfe aus Südwestdeutschland. Stuttgart 2005, S. 21-31.



## Die liberalen Oberbürgermeister in der Rheinprovinz

Die Geschichte der (kreisfreien) Städte in der preußischen Rheinprovinz wurde im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts maßgeblich von ihren Stadtoberhäuptern mitgeprägt. Ein nicht unerheblicher Anteil dieser Bürgermeister und Oberbürgermeister war politisch im Liberalismus beheimatet. Ihre Zahl belief sich im Untersuchungszeitraum auf über zehn, wovon im Folgenden Albert von Bruchhausen (Trier, 1904-1927), Dr. Paul Hartmann (Barmen bzw. Wuppertal, 1912-1931), Dr. Karl Jarres (Duisburg bzw. Duisburg-Hamborn, 1914-1933) und Dr. Hans Luther (Essen, 1918-1924) vorgestellt werden.

Nach kurzen Vorbemerkungen zum kommunalen Liberalismus und dem Oberbürgermeisteramt in den Jahren 1900-1933 soll sich anhand verschiedener Charakteristika mit den liberalen Oberbürgermeistern befasst werden. Eine biographische Annäherung an den Personenkreis und die Konstellation bei der erstmaligen Wahl zum Stadtoberhaupt steht am Beginn. Daran anschließend werden schlaglichtartig kollektive Schlüsselmomente aus der Geschichte der liberalen Oberbürgermeister in der Rheinprovinz beleuchtet und eingeordnet. Das sind in grober chronologischer Reihenfolge die mit dem Stichwort „Munizipalsozialismus“ umschriebene Politik der Großstadtverwaltungen im späten Kaiserreich, der Umgang mit den politischen, sozialen und verfassungsrechtlichen Veränderungen nach der Revolution von 1918 sowie der mit persönlichem Prestigedenken verknüpften Stadtentwicklungs- und Standortpolitik, welche zumeist den zweiten Abschnitt der Schaffensphase bildete. Dabei ist eine personale Schwerpunktsetzung innerhalb der jeweiligen Kapitel notwendig. Abschließend sollen Rückschlüsse zu dem spezifisch „Liberalen“ und spezifisch „Rheinischen“ bei den hier Porträtierten gezogen werden.

Das Wortpaar „Liberale Oberbürgermeister“

Zwar ist die räumliche, personelle und zeitliche Verortung des Themas evident, aber das Wortpaar „liberale Oberbürgermeister“ verlangt einige Vorbemerkungen. Im ausgehenden 19. Jahrhundert hatten die Vertreter des politischen Liberalismus in den Stadtparlamenten eine eigene politische Spielart,

den kommunalen Liberalismus oder Kommunalliberalismus, herausgebildet. Von Städten mit einer großen katholischen Bevölkerungsmehrheit (wie Köln oder Trier) abgesehen, stellten die Liberalen – begünstigt durch das preußische Dreiklassenwahlrecht – bis zum Ende des Kaiserreichs häufig die Mehrzahl der Stadtverordneten. Die Vertreter des Kommunalliberalismus kennzeichnete in der politischen Kultur eine Orientierung am parlamentarischen Konsens und an drängenden Sachfragen. Damit einher ging das Fehlen eines festen Parteiprogramms. Vielmehr wählten die Liberalen einen persönlichen Zugang zu den ihrem Milieu zugehörigen wahlentscheidenden Gruppen im vorparlamentarischen Raum.<sup>1</sup>

Dies waren die Ausgangsbedingungen für die Wahl liberaler Kandidaten in das Amt des Bürgermeisters<sup>2</sup> einer rheinischen Großstadt. In den Oberbürgermeistern personifizierte sich die kommunale Spielart des Liberalismus. Ihnen kam in der Rheinprovinz die Städteordnung von 1856 zugute, die mit leichten Modifikationen über die Zäsur der Revolution von 1918 hinweg bis 1933 in Kraft blieb. Der Oberbürgermeister war hiernach zugleich monokratische Verwaltungsspitze und Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung. Seine parlamentarische Wahl auf zwölf Jahre gewährleistete eine Ämter- und Aufgabenkumulation im Bereich der städtischen Exekutive und Legislative. Darüber hinaus vertrat er seine Stadt in überregionalen Verwaltungseinheiten und Wirtschaftskreisen.<sup>3</sup> Er wurde dabei von einem zunehmend professionalisierten und wachsenden Verwaltungsapparat unterstützt, der seinen Einfluss und sein politisches Gewicht unterstrich.<sup>4</sup> Als zentrale Figur der Kommunalpolitik in ihrer Stadt waren die Oberbürgermeister sozusagen die „Spinne im Netz“ lokaler Aushandlungsprozesse. Unweigerlich kommt Gustav Stresemanns vielzitierte Bemerkung „Die Oberbürgermeister des heutigen Deutschlands sind in Wirklichkeit neben den Großindustriellen

1 Vgl. Dieter Langewiesche: Kommunalen Liberalismus im Kaiserreich. Bürgerdemokratie hinter den illiberalen Mauern der Daseinsvorsorge-Stadt. In: Detlef Lehnert (Hrsg.): Kommunalen Liberalismus in Europa. Großstadtprofile um 1900. Köln/Weimar/Wien 2014, S. 39-71, hier S. 51 ff.

2 Die Vergabe des Titels „Oberbürgermeister“ durch den preußischen König erfolgte zunächst individuell als Ehrentitel und wurde zum Ende des Kaiserreichs automatisch mit der Bestätigung verliehen, siehe Horst Romeyk: Die leitenden staatlichen und kommunalen Verwaltungsbeamten der Rheinprovinz 1816-1945. Düsseldorf 1994, S. 242.

3 Zu den Kompetenzen des Oberbürgermeisters siehe Walter Först: Rheinische Städte und ihre Oberbürgermeister während der Weimarer Zeit. In: Hugo Stehkämper (Hrsg.): Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln. Festgabe der Stadt Köln zum 100. Geburtstag ihres Ehrenbürgers am 5. Januar 1976. Köln 1976, S. 541-596, hier S. 544 f.; Wolfgang Hofmann: Zwischen Rathaus und Reichskanzlei. Die Oberbürgermeister in der Kommunal- und Staatspolitik des Deutschen Reiches von 1890 bis 1933. Stuttgart u. a. 1974, S. 37 f. u. 52 f.

4 Vgl. Wolfgang Hofmann: Konrad Adenauer und die Krise der kommunalen Selbstverwaltung in der Weimarer Republik. In: Stehkämper (Hrsg.): Konrad Adenauer (wie Anm. 3), S. 329-354, hier S. 329.

die Könige der Gegenwart<sup>5</sup> in den Sinn, welche im Kontext der postmonarchischen Weimarer Republik noch höher einzuschätzen ist als eine Verwendung für eine heutige Situationsbeschreibung. Aus dieser Symbiose von Oberbürgermeister und „seiner“ Stadt ergaben sich in den Jahren 1900-1933 verschiedene Möglichkeiten, sowohl in großem Maße die Entwicklung der Stadt zu prägen als auch die eigene Karriere zu befördern.

## Biographien und Wahlen

Von Bruchhausen, Hartmann, Jarres und Luther hatten in vielerlei Hinsicht eine idealtypische Biographie und Laufbahn, die sie zu „Karrierebeamte[n] des Kaiserreiches“<sup>6</sup> prädestinierte.<sup>7</sup> Den gebürtigen Berliner Luther ausgenommen waren sie wie die Mehrzahl ihrer rheinischen Amtskollegen in den preußischen Westprovinzen geboren und somit von der Kindheit an mit deren Beschaffenheit vertraut.<sup>8</sup> Ihren Geburtsjahrgängen 1859, 1869, 1874 und 1879 nach waren alle vier im Kaiserreich monarchisch sozialisiert worden. Hartmanns, Jarres' und Luthers familiäre Herkunft war wirtschaftsbürgerlich, von Bruchhausens adlige Herkunft stellte eine Ausnahme unter den rheinischen Oberbürgermeistern dar.<sup>9</sup> Nach dem Studium der Rechtswissenschaft, bestandener Staatsprüfung und kurzer gerichtlicher Tätigkeit oder universitärer Weiterbildung (Doktorat) begannen sie jeweils eine Karriere in der Stadtverwaltung einer rheinischen bzw. in Luthers Fall brandenburgischen Stadt (Barmen, Charlottenburg, Düren oder Essen). Mit großer beruflicher Zielstrebigkeit wurden sie nach mehreren Jahren Beigeordnete, Erste Beigeordnete und Oberbürgermeister kleinerer Städte (Barmen, Magdeburg,

5 Jahrtausendfeier der Rheinlande. In: Henry Bernhard (Hrsg.): Gustav Stresemann Vermächtnis. Bd. 2: Locarno und Genf. Berlin 1932, S. 299 f., hier S. 300.

6 Wolfgang Hofmann: Oberbürgermeister als politische Elite im Wilhelminischen Reich und in der Weimarer Republik, in: Klaus Schwabe (Hrsg.): Oberbürgermeister. Boppard am Rhein 1979, S. 17-38, hier S. 22.

7 Siehe zu Albert von Bruchhausen: Lebenserinnerungen von Albert von Bruchhausen verfasst im Jahr 1945 mit Nachtrag 1947, Stadtarchiv Trier (StATR), NL Bruchhausen/4; H. Schiel: Bruchhausen. In: Kurzbiographien vom Mittelrhein und Moselland. Bd. 1. Trier 1967, S. 58 f.; zu Paul Hartmann: Gisela Schmoeckel: Zwei Brüder als Oberbürgermeister in Barmen und Remscheid. Paul und Walter Hartmann aus Hückeswagen. In: Bergische Blätter 14/15 (1991), S. 9-11; zu Karl Jarres: Paul-Heinz Dünnebacke: Karl Jarres im Kaiserreich und in den ersten Jahren der Weimarer Republik. Diss. Münster 1974; Jürgen D. Kruse-Jarres: Karl Jarres. Ein bewegtes Politikerleben - vom Kaiserreich zur Bundesrepublik. München 2006; zu Hans Luther: C. Edmund Clingan: The Lives of Hans Luther, 1879-1962. German Chancellor, Reichsbank President, Hitler's Ambassador. Lanham u. a. 2010; Hans Luther: Politiker ohne Partei. Erinnerungen. Stuttgart 1960.

8 Vgl. Först: Rheinische Städte (wie Anm. 3), S. 557 ff.

9 Vgl. Romeyk: Die Verwaltungsbeamten (wie Anm. 2), S. 251. Neben von Bruchhausen waren noch fünf weitere preußische Oberbürgermeister adlig bzw. nobilitiert.

Recklinghausen oder Remscheid).<sup>10</sup> Jarres' zwischenzeitliche und Luthers nachmalige Karriere in der Reichspolitik entsprachen nicht der Regel, verdeutlichen jedoch die Wertschätzung der kommunalen Spitzenbeamten als Personalreservoir für reichsweite Aufgaben.<sup>11</sup>

Die Wahlen in das Amt des Oberbürgermeisters erfolgten zwar alle im Kaiserreich, aber zu unterschiedlichen Zeitpunkten, auch in Bezug auf die jeweilige geschichtliche Entwicklung der Städte. Zum Wahlzeitpunkt hatten jedoch die Barmer, Duisburger, Essener und Trierer Stadtverordnetenversammlungen eine liberale Majorität, welche die Einmütigkeit der Ernennung gewährleistete. In Duisburg, Essen und Trier wurde die aufstrebende Zentrumspartei, die zum Zeitpunkt der Wahl noch die parlamentarische Minderheit darstellte, jeweils miteingebunden.<sup>12</sup> Eine zweite Gemeinsamkeit bei allen betrachteten Oberbürgermeisterwahlen war die Einschätzung des Wahlkollegiums, einen Modernisierer gefunden zu haben, der die aufgestauten Probleme der Stadt zielstrebig lösen würde.

In Trier drängten besonders die Wirtschaftskreise nach Karl de Nys' über 42-jähriger Amtszeit auf einen Reformier.<sup>13</sup> Die Barmer Entscheidungsträger leitete das Interesse an einem Kenner der örtlichen Verhältnisse, der die Agenda der Großstadtwerdung fortsetzte.<sup>14</sup> Oder mundartlich ausgedrückt: „Dä olle Ober geht./An seine Stelle ok schon dronget litt./Dat dat Fabriksken, wie bisher/Ganz nett am loopen blitt!“<sup>15</sup> Duisburgs Stadtverordnete setzten wenige Monate vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges ebenfalls auf einen vorausschauenden Fachmann.<sup>16</sup> Im letzten Kriegsfrühjahr 1918 wurde angesichts der zunehmenden Selbstherrlichkeit seines Vorgängers in Essen mit Hans Luther ein ausgewiesener Kenner kommunaler Verhältnisse zum Oberbürgermeister gewählt.<sup>17</sup>

10 Diese Stichprobe deckt sich mit den allgemeinen Erkenntnissen bei Hofmann: Oberbürgermeister (wie Anm. 6), S. 25; und Romeyk: Die Verwaltungsbeamten (wie Anm. 2), S. 253-263.

11 Vgl. Hofmann: Rathaus (wie Anm. 3), S. 174.

12 Zum steigenden Einfluss der Parteien auf die Kommunalpolitik zu Beginn des 20. Jahrhunderts siehe Helmuth Croon: Das Vordringen der politischen Parteien im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung. In: Ders./Wolfgang Hofmann/Georg-Christoph von Unruh (Hrsg.): Kommunale Selbstverwaltung im Zeitalter der Industrialisierung. Stuttgart u. a. 1971, S. 15-54, hier S. 48-54.

13 Vgl. Emil Zenz: Geschichte der Stadt Trier in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Bd. 1: 1900-1914. Trier 1967, S. 14-16.

14 Vgl. Barmer Zeitung, 79. Jg., Nr. 223, 21.9.1912, S. 1 f.; General-Anzeiger für Elberfeld-Barmen, 26. Jg., Nr. 223, 21.9.1912, S. 6.

15 Adolar von Schnegelsiepen: Dies und das und sonst noch was. In: Barmer Anzeiger, 11. Jg., Nr. 223, 21.9.1912, S. 2 f.

16 Vgl. Dünnebacke: Karl Jarres (wie Anm. 7), S. 47 ff.

17 Vgl. Ernst Schröder: Von Holle zu Luther. Der Essener Oberbürgermeisterwechsel im Ersten Weltkrieg. In: Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen 95 (1980), S. 249-278.

Die Vorgeschichte der Wahlen von Bruchhausens und Luthers wiesen zudem noch eine Besonderheit auf: In beiden Fällen spielte die Haltung der Kandidaten zum Katholizismus bei den Vorberatungen der Stadtverordneten eine Rolle. In Trier suchte ein Vertreter der örtlichen Geistlichkeit das Vorgespräch.<sup>18</sup> Der katholische Liberale von Bruchhausen wurde am 25. Mai 1904 dann einstimmig gewählt.<sup>19</sup> Luther konnte der Essener Zentrumsparlei versichern, dass er als gläubiger Lutheraner den Katholiken und ihren Institutionen verständnisvoll begegnen werde.<sup>20</sup> Mit dem Zuwachs der Mandate für die Zentrumsparlei in Duisburg, Essen und vor allem Trier, wo die Partei des politischen Katholizismus 1911 die Mehrheit der Stadtverordnetensitze erzielte, zahlte sich diese offene Haltung der damaligen Kandidaten aus.

### Verwaltungshandeln im Zeichen des Munizipalsozialismus

Von Bruchhausen in Trier und in geringerem Maße Hartmann in Barmen profitierten in ihrer ersten Schaffensphase als Oberbürgermeister von der Hochindustrialisierung vor 1914. Das Städtewachstum machte es noch dringlicher, den städtischen Raum zu gestalten. Nicht nur in der Rheinprovinz verfolgten die Liberalen dabei eine Strategie, die bald „Munizipalsozialismus“ genannt wurde. Die gestiegenen Versorgungsaufgaben, welche die Großstadtwerdung mit sich brachte, erforderten eine Weiterentwicklung der kommunalen Wirtschaft und Verwaltung. Der Kommunal Liberalismus und seine führenden Akteure an den Stadtspitzen setzten zu deren Bewältigung auf eine „bürokratische Steuerung“,<sup>21</sup> die sich in Form von Konzentration, Professionalisierung und Zentralisierung lokaler Wirtschaftsbetriebe in städtischer Hand auszeichnete. Die Zielsetzung hinter diesen Prozessen war der Ausbau der städtischen Daseinsvorsorge.<sup>22</sup>

Der Reformbedarf in der Trierer Stadtverwaltung machte sich in zwei Verwaltungsskandalen bemerkbar, die kurz nach von Bruchhausens Amtsantritt publik wurden.<sup>23</sup> Die Neuordnung der Verwaltung in den Bereichen

18 Vgl. Lebenserinnerungen von Albert von Bruchhausen (wie Anm. 7), NL Bruchhausen/3, S. 8.

19 Vgl. Sitzung vom 25. Mai 1904, § 318. Bürgermeister-Wahl, StAtr, Tb 100/44.

20 Vgl. Clingan: *The Lives* (wie Anm. 7), S. 19; Luther: *Erinnerungen* (wie Anm. 7), S. 65.

21 Hofmann: *Adenauer* (wie Anm. 4), S. 331.

22 Vgl. Hofmann: *Rathaus* (wie Anm. 3), S. 18; Wolfgang R. Krabbe: *Kommunalpolitik und Industrialisierung. Die Entfaltung der städtischen Leistungsverwaltung im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Fallstudien zu Dortmund und Münster*. Stuttgart u. a. 1985, S. 84-92; Langewiesche: *Kommunaler Liberalismus* (wie Anm. 1), S. 57-60; Karl Heinrich Pohl: *National Liberalismus und Kommunalpolitik in Dresden und München vor 1914*. In: James Retalack (Hrsg.): *Sachsen in Deutschland. Politik, Kultur und Gesellschaft 1830-1918*. Bielefeld 2000, S. 171-188, hier S. 171.

23 Vgl. Zenz: *Geschichte Bd. 1* (wie Anm. 13), S. 21.

Bauwesen, Finanzen, Polizei und interner Organisationsstruktur bildeten den Schwerpunkt der Arbeit des neugewählten Oberbürgermeisters. In seinen persönlichen Erinnerungen ist die Anekdote überliefert, dass die Stadtkasse noch 1904 von einem alten Stadtrentmeister in dessen Privatwohnung verwaltet wurde!<sup>24</sup> Von Bruchhausens zweiter Arbeitsschwerpunkt lag auf der Modernisierung der städtischen Beteiligungen und Infrastrukturen. Neben der Elektrifizierung der Straßenbahn, der Kanalisation von Stadtteilen sowie der Sanierung von Hochwassergebieten war die Eröffnung einer zweiten Moselbrücke 1913 das sichtbare Zeichen der Umgestaltung der Stadt Trier. Mit dem Bau der Dhrontalsperre durch die Stadtwerke zwischen 1911 und 1913 griff Trier in seinen baulichen und unternehmerischen Aktivitäten ins Umland aus. Das Vorhaben sollte nicht nur die Versorgungssicherheit der wachsenden Kommune gewährleisten, sondern auch einen Gewinn für die Stadtkasse erzielen.<sup>25</sup> Hinzu kam die Eingemeindung einzelner Vororte 1912, die von Bruchhausen ab 1906 wieder auf die Agenda gesetzt hatte.<sup>26</sup> Mit seiner Wiederwahl auf Lebenszeit während des Krieges am 8. März 1916 durch die Stadtverordnetenversammlung wurde von Bruchhausens Stadtentwicklungspolitik im Einklang mit der öffentlichen Meinung honoriert.<sup>27</sup> Im Kreise seiner Amtskollegen war diese Entscheidung eine Seltenheit.<sup>28</sup>

Bei Hartmanns Amtsantritt hatte Barmen hingegen bereits das Gepräge einer modernen Großstadt. Kommunale Versorgungsbetriebe, Naherholungsgebiete, Mäzenatentum und ein neuartiges Nahverkehrssystem, die schnell zum Wahrzeichen avancierte Schwebebahn Barmen-Elberfeld-Vohwinkel, waren vorhanden.<sup>29</sup> Bei seiner Amtseinführung machte er sich und den Stadtverordneten bewusst, „daß uns auch in Zukunft immer wieder die Lösung neuer Fragen bevorsteht“ und „Barmens Kraft und Stärke [...] in seiner Industrie“ ruhe, mit der man „auf Gedeih' und Verderb' verbunden“ sei.<sup>30</sup> Wenige Monate nach Übernahme der Amtsgeschäfte brachte Hartmann per

24 Vgl. Lebenserinnerungen von Albert von Bruchhausen (wie Anm. 7), S. 33.

25 Vgl. ebd., S. 33 f.

26 Vgl. Kurt Düwell: Trier in der Zeit des zweiten deutschen Kaiserreiches (1871-1918). In: Ders./Franz Irsigler (Hrsg.): Trier in der Neuzeit. 2. Aufl. Trier 1996, S. 437-466, hier S. 462-465; Hans-Hermann Reck: Bautätigkeit und Stadterweiterung in der Kaiserzeit. In: ebd., S. 467-494, hier S. 494; Schiel: Bruchhausen (wie Anm. 7), S. 58 f.; Zenz: Geschichte, Bd. 1 (wie Anm. 13), S. 87.

27 Vgl. Trierische Zeitung, 158. Jg., Nr. 67, 9.3.1916, Morgen-Ausgabe, S. 3.

28 Vgl. Romeyk: Die Verwaltungsbeamten (wie Anm. 2), S. 260. Nur in vier weiteren Fällen kam es zu einer solchen Wiederwahl.

29 Zur Geschichte Barmens im Kaiserreich siehe Hans-Joachim de Bruyn-Ouboter: 1200 Jahre Barmen. Die Stadtgeschichte. Wuppertal 2009, S. 115-134; Volkmar Wittmütz: Kleine Wuppertaler Stadtgeschichte. Regensburg 2013, S. 95-121.

30 Vgl. 19. Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Barmen am Donnerstag, den 14. November 1912, Stadtarchiv Wuppertal (StAW), D V 127, S. 264 f.

Grundsatzbeschluss der Stadtverordneten am 10. Dezember 1912 jedoch das bislang dilatorisch behandelte Rathausneubauprojekt auf den Weg.<sup>31</sup> Dem Anspruchsdenken der Stadtführung entsprechend, sollte ein neoklassizistischer Repräsentativbau plus Bürohochhaus der Stadt gegenüber dem Konkurrenten Elberfeld und überregional Geltung verschaffen. Kriegsbedingt konnte dieses Prestigeobjekt erst zwischen 1921 und 1923 vereinfacht fertig gestellt werden.<sup>32</sup>

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges unterbrach die Entwicklung der rheinischen Städte. In dieser Phase war es das Ziel der Oberbürgermeister, die Versorgung ihrer Bevölkerung aufrechtzuerhalten und sicherzustellen. Noch in den euphorischen Augusttagen 1914 waren die besitz- und bildungsbürgerlichen Kreise mit Unterstützung der Stadtverwaltungen aktiv geworden, um einer absehbaren Verelendung weiter Bevölkerungskreise vorzubeugen. Im Wuppertal wurde hierzu beispielsweise am 5. August 1914 die Wohlfahrtszentrale der Stadt Barmen gegründet, in der die Kriegswohlfahrtspflege „so umfassend wie möglich organisiert und zentralisiert“<sup>33</sup> worden war. Oberbürgermeister Hartmann war persönlich im Vorstand vertreten.<sup>34</sup> In den Städten erkannten die Oberbürgermeister, dass sie die Initiative des sozio-ökonomischen Krisenmanagements nicht der nun auf die Rüstungsgüterproduktion ausgerichteten Industrie überlassen wollten. Das Phänomen der kommunalen Leistungsverwaltung trat unter dem Druck des Krieges noch deutlicher hervor.<sup>35</sup> Denn die Städte gingen z. B. Schritt für Schritt dazu über, immer neue Bereiche der Lebensmittelbewirtschaftung ihrer Leitung zu unterstellen. In Duisburg war zu Kriegsende die gesamte Nahrungsmittelversorgung unter Kontrolle städtischer oder gemischtwirtschaftlicher Unternehmen.<sup>36</sup>

31 Vgl. 21. Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Barmen am Dienstag, den 10. Dezember 1912, ebd., S. 277-285.

32 Vgl. Bruyn-Ouboter: 1200 Jahre (wie Anm. 29), S. 143 f. Die Pläne siehe kompakt bei [Heinrich] Köhler: Das neue Rathaus der Stadt Barmen. In: Zentralblatt der Bauverwaltung 34 (1914), S. 169-172. Zur tatsächlichen Bauausführung siehe [Carl] Roth: Das neue Rathaus in Barmen. In: Zentralblatt der Bauverwaltung 42 (1922), S. 269-272.

33 Jürgen Reulecke: Städtische Finanzprobleme und Kriegswohlfahrtspflege im Ersten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Barmen. In: Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege 2 (1975), S. 48-79, hier S. 68.

34 Vgl. Paul Heumann: Wohlfahrtszentrale der Stadt Barmen. Ihr Wesen und bisheriges Wirken. Barmen o. J. [1917], S. 171.

35 Vgl. Reulecke: Städtische Finanzprobleme (wie Anm. 33), S. 49-52.

36 Vgl. Dünnebacke: Karl Jarres (wie Anm. 7), S. 56-60.

Bis zum Einzug der Entente-Truppen im Dezember 1918 hatte von Bruchhausen in Trier keine Schwierigkeiten in der Kooperation mit den revolutionären Kräften.<sup>37</sup> Im Bergischen Land und im Ruhrgebiet entwickelte sich die Revolution hingegen in mehreren Schüben. In der Startphase des Umsturzes operierten die Oberbürgermeister gemeinsam mit der ortsansässigen Sozialdemokratie sowie dem neugebildeten Arbeiter- und Soldatenrat, um sowohl die Ordnung und Versorgung in ihren Städten aufrechtzuerhalten als auch die Unverzichtbarkeit der städtischen Verwaltungen zu demonstrieren.<sup>38</sup> Der bei weiten Kreisen der Revolutionäre verbreitete Anti-Chaos-Reflex, die Einbindung sozialdemokratischer Protagonisten - spätestens während des Krieges - in die Kommunalpolitik und der fachliche Erfahrungsvorsprung der obersten Beamten erleichterten den Städten zunächst die Transition hin zu einer Deutschen Republik.<sup>39</sup> Die relativ konfliktfreie Zeit endete mit der Radikalisierung der Revolutionäre im Winter 1918/19. Unter Einsatz des eigenen Lebens behaupteten sich Jarres am 12. Februar 1919 und Luther am 19. März 1920 gegen gewalttätige kommunistische Machtdemonstrationen.<sup>40</sup> Die liberalen Oberbürgermeister hatten es verstanden, die gemäßigte Linke – erst den Arbeiter- und Soldatenrat, dann die SPD – während der Revolutionsmonate 1918/19 sowie während der bürgerkriegsähnlichen Unruhen im Nachgang des Kapp-Lüttwitz-Putsches im März 1920 an ihre Person zu binden. Die Bewältigung der exzeptionellen Lage in Duisburg und Essen bescherte ihnen einmütige Vertrauenserklärungen durch die nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht neu zusammengesetzten Stadtverordnetenversammlun-

37 Vgl. Rudolf Müller: Trier in der Weimarer Republik (1918-1933). In: Kurt Düwell/Franz Irsigler (Hrsg.): Trier (wie Anm. 26), S. 495-515, hier S. 496 f.; Emil Zenz: Geschichte der Stadt Trier in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Bd. 2: 1914-1927. Trier 1971, S. 82, 89.

38 Vgl. Hans-Ulrich Knies: Arbeiterbewegung und Revolution in Wuppertal. Entwicklung und Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte in Elberfeld und Barmen. In: Reinhard Rürup (Hrsg.): Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Studien zur Geschichte der Revolution 1918/19. Wuppertal 1975, S. 83-153, hier S. 93-104; Günter von Roden: Geschichte der Stadt Duisburg. Bd. 2: Die Ortsteile von den Anfängen. Die Gesamtstadt seit 1905. Duisburg 1974, S. 354-356; Clingan: The Lives (wie Anm. 7), S. 27-29.

39 Vgl. Andreas Wirsching: Zwischen Leistungsexpansion und Finanzkrise. Kommunale Selbstverwaltung in der Weimarer Republik. In: Adolf M. Birke/Magnus Brechtken (Hrsg.): Kommunale Selbstverwaltung Local Self Government. Geschichte und Gegenwart im deutsch-britischen Vergleich. München u.a. 1996, S. 37-64, hier S. 44.

40 Vgl. Dünnebacke; Karl Jares (wie Anm. 7), S. 84-104; Luther: Erinnerungen (wie Anm. 7), S. 76 f.

gen.<sup>41</sup> In den rheinischen Großstädten wurde durch die Ereignisse der Revolution allein Adalbert Oehler in Düsseldorf als Oberbürgermeister abgesetzt.<sup>42</sup>

In Anbetracht der erfolgreichen Behauptung gegenüber der Herausforderung von links verfasste Karl Jarres zum Jahreswechsel 1920/21 eine Rückschau auf die ersten Nachkriegsjahre aus kommunaler Sicht in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“. Der Artikel gibt ebenso wie Paul Hartmanns Rede vor der neugewählten Barmer Stadtverordnetenversammlung am 17. März 1919 einen Einblick in die Gedankenwelt der damaligen liberalen Oberbürgermeister.<sup>43</sup> Obwohl sie der Vorkriegszeit als Glanzperiode der kommunalen Selbstverwaltung und der dortigen „sachbezogene[n] Kommunalpolitik“ nachtrauerten, gingen sie pragmatisch mit der neuen Situation in den Kommunalparlamenten um und ermutigten die neuen Akteure (vor allem die Frauen) zur Mitarbeit. Insgesamt vertraten sie die realpolitische Einschätzung, dass es vergeblich gewesen wäre, „dem Geist des Augenblicks zu widerstreben“<sup>44</sup>. Besonders die neue „Parteien-Stadt“ forderte eine Modifikation des Selbstverständnisses.

Dennoch lassen sich in der Frage des Verhältnisses zu den politischen Parteien zwei Typen ausfindig machen. Entweder waren die Oberbürgermeister, wie Hartmann und Jarres, sowohl vor als auch nach der Parteizäsur 1918 Mitglied einer Partei des politischen Liberalismus (Nationalliberale bzw. Deutsche Demokratische oder Deutsche Volkspartei) oder sie blieben, wie von Bruchhausen und Luther, während ihrer Amtszeit durchgängig parteilos. Entsprechend die zweite Haltung zwar mehr dem Selbstverständnis der liberalen Oberbürgermeister, so war sie aber der damaligen Entwicklung diametral entgegengesetzt. In den rheinischen Vertretungskörperschaften waren die Stadtoberhäupter traditionell vertreten. Bei den Provinziallandtagswahlen vom 20. Februar 1921 musste also von Seiten von Bruchhausens und Luthers ein Modus Vivendi mit der jeweils stärksten kommunalpolitischen Kraft, der Zentrumspartei, gefunden werden. Während Luther auf keiner Wahlliste antrat, lehnte von Bruchhausen ein mit Bedingungen versehenes Angebot des Trierer Zentrums ab und kandidierte für die Arbeitsgemeinschaft aus DDP, DVP und Deutschnationalen. Im Wahlkreis Trier wurde er

41 Vgl. Hans Luther: Zusammenbruch und Jahre nach dem ersten Krieg in Essen. Erinnerungen des Oberbürgermeisters Dr. jur. Dr. med. h. c. Hans Luther. Essen 1958, S. 67; Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg am 13. Mai 1919 (8. Sitzung), Stadtarchiv Duisburg (StADu), 100A/1/11, S. 65.

42 Vgl. Först: Rheinische Städte (wie Anm. 3), S. 550.

43 Siehe Karl Jarres: Kommunalen Rückblick. In: Rheinisch-Westfälische Zeitung, 183. Jg., Nr. 966, 31.12.1920, III. (Abend-)Ausgabe, S. 1 f.; General-Anzeiger für Elberfeld-Barmen, 33. Jg., Nr. 128, 18.3.1919, Morgen-Ausgabe, S. 2.

44 Ebd.

mit 18,4 Prozent gewählt.<sup>45</sup> Diese offene Parteinahme sicherte sein Mandat, zeigte aber zugleich die Grenzen der politischen Sogwirkung eines liberalen Oberbürgermeisters.

In den Kommunalparlamenten agierten beide Gruppen jedoch in ähnlicher Weise überparteilich. Besonders bei Jarres und Luther, die ebenso in der Reichspolitik aktiv waren und dort in Bürgerblockkoalitionen als Minister Position bezogen, wird deutlich, dass die liberalen Oberbürgermeister auf kommunaler Ebene andere Maßstäbe als auf Reichsebene für ihre parteipolitische Arbeit setzten. Als Oberbürgermeister hatte Jarres sich mit Ausnahme der zeitgleich mit den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung stattfindenden Provinziallandtagswahlen im März 1933 der Duisburger DVP nicht als Werbefigur zur Verfügung gestellt.<sup>46</sup> Luther trat ausschließlich aus reichspolitischen Gesichtspunkten und nach seiner Essener Oberbürgermeisterzeit für ungefähr ein Jahr der DVP bei.<sup>47</sup>

In der ersten Legislaturperiode 1919-1924 waren die Mehrheitsverhältnisse für eine lockere Koalition von Zentrumspartei und liberalkonservativen Gruppierungen unter fallweiser Einbeziehung der Mehrheitssozialdemokratie gegeben. Doch pflegte man ebenso Kontakt zu oppositionellen Fraktionen. Seit den Kommunalwahlen des Jahres 1924 erschwerten jedoch das Hinzutreten rechtsbürgerlicher Splitterparteien und die Wahlerfolge der Kommunisten die Regierungsverhältnisse in den rheinischen Städten.<sup>48</sup> Die politische Radikalisierung ab 1929 sowie das zeitgleiche Abrücken der bisherigen „Regierungsparteien“ vom Tolerierungskurs engten dann selbst unter den für die Oberbürgermeister günstigen Bedingungen der „halbe[n] Parlamentarisierung“<sup>49</sup>, d.h. es gab keine verfassungsmäßige Möglichkeit, das Stadtoberhaupt mit einem Misstrauensvotum abzusetzen, die Handlungsspielräume kommunalliberaler Politik ein.

45 Vgl. Luther: Erinnerungen (wie Anm. 7), S. 407 f.; Zenz: Geschichte Bd. 2 (wie Anm. 37), S. 166 f.

46 Für die einzige gemeinsame kommunalpolitische Werbeveranstaltung siehe Rhein- und Ruhrzeitung vom 12.3.1933, S. 14, StADu 68/4.

47 Vgl. Luther: Zusammenbruch (wie Anm. 41), S. 412.

48 Vgl. Alexander Olenik: Geschichte und Organisation des politischen Liberalismus in Duisburg 1918-1933, Bachelor-Arbeit, Bonn 2014, S. 29 f.; Klaus Wisotzky: Die Jahre der Gewalt - Essen 1914 bis 1945. In: Ulrich Borsdorf (Hrsg.): Essen. Geschichte einer Stadt. Bottrop/Essen 2002, S. 368-467, hier S. 379 u. 391; Zenz: Geschichte, Bd. 2 (wie Anm. 37), S. 181.

49 Hofmann: Rathaus (wie Anm. 3), S. 81.

## Stadtentwicklungspolitik

Die Erholung der deutschen Wirtschaft sowie die innen- wie außenpolitische Stabilisierung im Jahrfünft 1924-1929 begünstigten die Städte in ihrem Bestreben, die seit zehn Jahren aufgeschobenen kommunalen Investitionen und stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen nachzuholen. Neben dem Ausbau einer großstädtischen Infrastruktur, der Einrichtung von Naherholungsgebieten, der Förderung des städtischen Kulturlebens, u.v.m. war es besonders in den Jahren 1927 bis 1929 das Großprojekt der kommunalen Neugliederung im rheinisch-westfälischen Industrievier, welches die Rolle der Oberbürgermeister als Modernisierer ihrer Städte unterstrich. Denn nach 1918 waren es nicht nur alltägliche Zwänge, die zum Wiederaufleben dieser Bestrebungen führten, sondern auch das institutionelle und persönliche Prestige der Oberbürgermeister in einem Umfeld inter-städtischen Konkurrenzdenkens.<sup>50</sup>

Schon vor und während des Ersten Weltkrieges hatte es im Wuppertal dazu privatwirtschaftliche Anläufe gegeben.<sup>51</sup> Die Stadt Barmen erzielte mit der Eingemeindung des Amtes Langerfeld am 5. August 1922 einen Teilerfolg bei ihrer Suche nach neuen Industrieflächen. Ein Zusammenschluss mit der in etwa gleich großen Nachbarstadt Elberfeld scheiterte Mitte der 1920er Jahre jedoch an den beiderseitigen Vorbehalten der jeweiligen Stadtverordneten. Im Dezember 1927 übernahm die preußische Staatsregierung die Initiative, die Neuordnungsdebatte in den Industrievierern an Rhein, Ruhr und Wupper zu einem Abschluss zu führen. Oberbürgermeister Hartmann reagierte pragmatisch. Barmen würde sich einer Vereinigung mit Elberfeld nicht verschließen, sollte jedoch vorher durch eine Erweiterung nach Osten gegenüber der westlichen Nachbarstadt territorial aufgewertet werden. Deshalb legte die Stadt am 10. Januar 1929 einen offiziellen Vorschlag zur kommunalen Neugliederung vor.<sup>52</sup> Hartmann und sein Beigeordneter Wilhelm Bragard betonten schon im Vorwort der entsprechenden Broschüre, dass sie ihre Forderungen durch das Gutachten eines Stuttgarter Stadtwirtschaft-Professors wissenschaftlich abgesichert hätten. Um eine „Einschnürung Barmens“ zu verhindern und das „dringende Raumbedürfnis“ der Stadt zu befriedigen, sahen die Pläne ein Ausgreifen über die rheinisch-westfälische Provinzialgrenze nach Schwelm vor. Hiervon wie auch von der Eingemein-

50 Dieses Verhalten wurde von Kritikern unter dem Begriff „Kommunalimperialismus“ ins Negative gewendet, vgl. Hein Hoebink: Städtischer Funktionswandel und Gebietsreform in der Weimarer Republik. In: Wilhelm Rausch (Hrsg.): Die Städte Mitteleuropas im 20. Jahrhundert. Linz 1984, S. 71-86, hier S. 79.

51 Zur Entstehungsgeschichte der Stadt Wuppertal, vgl. Ursula Rombeck-Jaschinski: Wie die Groß-Stadt Wuppertal entstand. Der Weg zur kommunalen Neugliederung von 1929. In: Geschichte im Westen 3 (1988) 1, S. 19-34.

52 Vgl. Vorschlag der Stadt Barmen zur kommunalen Neugliederung. o. O. o. J. [Barmen 1929].

dung weiterer Ortschaften im Osten und Süden versprach man sich eine Linderung der „Flächennot“ von Industrie und Siedlungswesen im Kernstadtbereich. Den größeren Gemeinden versicherte die Stadt Barmen eine Wahrung ihres Eigenlebens und finanzielles Engagement. Für ihre Pläne entfaltete die Stadtspitze eine Werbekampagne, um die Entscheidungsgremien in Freistaat und Provinz zu überzeugen.<sup>53</sup> Diese Maximalforderungen fanden jedoch nur geringe Umsetzung im endgültigen Gesetz wie auch schon in den vorausgegangenen Regierungsvorschlägen. Der Zusammenschluss der Wupperstädte Barmen und Elberfeld ging mit einer Eingemeindung westlicher und südlicher Gemeinden einher. Schwelm blieb westfälisch und unabhängig. Enttäuscht reichte die Barmer Stadtverwaltung eine – letztlich erfolglose – Verfassungsklage gegen das Gesetzeswerk ein.

In Duisburg war die Ausdehnung des eigenen Stadtgebietes auf die Nachbargemeinden ebenfalls ein Hauptanliegen des Oberbürgermeisters. Schon unmittelbar nach Kriegsende hatte Karl Jarres seine Eingemeindungsvorschläge, die alle seine nachfolgenden Bemühungen kennzeichneten, formuliert: Die Eingliederung der Stadt Hamborn im Norden, nach Westen ein Brückenschlag über den Rhein durch die Eingemeindung der Stadt Homberg und der Gemeinde Rheinhausen, sowie eine Ausdehnung nach Süden in den Landkreis Düsseldorf.<sup>54</sup> Ihm ging es einerseits darum, der wachsenden Stadt Duisburg Zugang zu neuem Bauland zu verschaffen; andererseits machte die industrielle Verklammerung Duisburgs und seiner Nachbarn ein Zusammengehen attraktiv. Darüber hinaus war er einem Vorschlag aus Wirtschaftskreisen, die Städte des westlichen Ruhrgebiets in einer sog. Ruhrmündungsstadt zusammenzufassen, nicht abgeneigt, solange Duisburg deren Zentrum bildete.<sup>55</sup> Nach seiner Rückkehr aus der Reichspolitik griff Jarres die Eingemeindungswünsche Duisburgs gegenüber der preußischen Regierung wieder auf. Ähnlich wie Barmen warb Duisburg mit seiner wirtschaftlichen Stabilität und schuf Vorleistungen für die verkehrstechnische Verknüpfung der neuen Gebiete mit Alt-Duisburg (Rheinbrückenprojekt Ruhrort-Homberg). Im Landkreis Düsseldorf erwarb die Stadtverwaltung in großem Maßstab Grundstücke.<sup>56</sup> Karl Jarres musste sich dennoch mit einer Kompromisslö-

53 Siehe Paul Hartmann: Anbei überreiche ich ergebenst den Vorschlag der Stadt Barmen für die kommunale Neugliederung, 17.1.1929, Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) Berlin, Historische Sammlung, Kuczynski-Nachlass, Kuc6-Pb2781.

54 Vgl. Heinrich Averdunk/Walter Ring: Geschichte der Stadt Duisburg. Neubearbeitet von Walter Ring. 2. Aufl., Ratingen 1949, S. 226; Karl Jarres: Kommunale Neugliederung. o. o. J. [Duisburg 1928], S. 55 f. u. 60.

55 Zu Jarres' Bestrebungen, vgl. auch Astrid Küntzel: Heimatbewusstsein und Planspiele. Kommunale Neugliederung im Raum Duisburg im 20. Jahrhundert. In: Duisburger Forschungen 61 (2016), S. 157-182, hier S. 164-170.

56 Vgl. Jarres: Kommunale Neugliederung (wie Anm. 54), S. 10, 15, 17 u. 42; Dünnebacke (wie Anm. 7), S. 175 u. 182.

sung zufrieden geben. Das 1929 erlassene Gesetz über die kommunale Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes vergrößerte das Duisburger Stadtgebiet zwar um die Stadt Hamborn und Teile des Landkreises Dinslaken im Norden sowie Teile des Landkreises Düsseldorf südlich der bisherigen Stadtgrenzen. Der Angliederung linksrheinischer Gebiete an Duisburg wurde aber nicht stattgegeben.<sup>57</sup>

In beiden Doppelstädten wurden die liberalen Kandidaten Hartmann und Jarres nach einer kurzen Periode der kommissarischen Leitung der Geschäfte erneut in das Amt des Oberbürgermeisters gewählt. Infolge der zunehmenden parteipolitischen Konfrontation im Zuge der Weltwirtschaftskrise mussten sich beide einer Kampfabstimmung stellen. Während sich bei Jarres die Sozialdemokraten erstmals seiner Wiederwahl enthielten,<sup>58</sup> stimmten in einer turbulenten Ratssitzung vor allem Elberfelder Abgeordnete gegen Hartmanns neuerliche Amtszeit.<sup>59</sup> Grundsätzlich konnten sie sich der Tolerierung ihrer Politik durch die gemäßigte Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung nur noch bedingt sicher sein.

Einen beachtenswerten Sonderfall stellte die von der Stadt Essen unter Oberbürgermeister Hans Luther betriebene Gründung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk (SVR) dar.<sup>60</sup> Im Aufgabenprofil des SVR – „weitsichtige Bebauungspolitik, betriebliche Bewegungsfreiheit, einheitliche Verkehrspolitik“<sup>61</sup> – spiegelten sich die Anforderungen an die Städte im Ruhrgebiet und darüber hinaus wider. Mit diesem supra-kommunalen Reformansatz verfolgte Luther jedoch weniger das Vorhaben einer so genannten „Ruhrprovinz“, sondern vielmehr die Strategie, Essens Führungsanspruch oder in der Selbstsicht seine „natürliche Aufgabe“ zu verwirklichen, „Zentralstadt der kommunalen Gesamtsiedlung Ruhrbezirk“ zu werden.<sup>62</sup> Es dominierte unter den liberalen Oberbürgermeistern die innovations-befruchtende Städtekonkurrenz. Mit der bürokratischen Verflechtung der Kommunen im Ruhrgebiet

57 Vgl. Averdunk/Ring: Geschichte der Stadt Duisburg (wie Anm. 54), S. 230 f.; von Roden: Geschichte der Stadt Duisburg (wie Anm. 38), S. 377.

58 Vgl. Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg-Hamborn am 4. Januar 1930 im Rathause Duisburg (1. Sitzung), StADu 100A/1/18, o. S.

59 Vgl. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung der Stadtgemeinde Barmen-Elberfeld, Nr. 2, Sitzung vom 20. Dezember 1929, StAW, D V 752, S. 25-37.

60 Vgl. Heinz Günter Steinberg: Die Entwicklung des Ruhrsiedlungsverbandes. In: Walter Först (Hrsg.): Ruhrgebiet und neues Land. Köln/Berlin 1968, S. 113-152, hier S. 121.

61 Helmut Rönz: Zwischen staatsbürgerlichem Selbstbewusstsein und kulturellem Provinzialismus - Staat und Städte an Rhein, Mosel und Ruhr vom späten 18. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts. In: Karl Ditt/Klaus Tenfelde (Hrsg.): Das Ruhrgebiet in Rheinland und Westfalen. Koexistenz und Konkurrenz des Raumbewusstseins im 19. und 20. Jahrhundert. Paderborn u. a. 2007, S. 55-84, hier S. 78.

62 Vgl. Luther: Zusammenbruch (wie Anm. 41), S. 76-87.

gingen zusätzlich Versuche einher, eine eigene regionale Identität architektonisch und intellektuell auszubilden.<sup>63</sup>

## Agonie des Kommunal Liberalismus

Im Zuge der Wirtschafts- und Staatskrise ab 1929 erschwerten sich die finanziellen wie auch die parlamentarischen Arbeitsbedingungen der Oberbürgermeister. Hatten sich Luther und von Bruchhausen, in ihren Städten allseits geachtet, aus ihrer Position in die Reichspolitik bzw. in den Ruhestand verabschiedet, verlief Hartmanns und Jarres' Amtszeitende in den Jahren 1929-1933 weniger harmonisch.

Die 1929 neugebildete Stadt Wuppertal geriet infolge der Weltwirtschaftskrise in eine Defizitsituation, der die Stadtverwaltung unter Paul Hartmann hauptsächlich mit umstrittenen Steuererhöhungen zu begegnen beabsichtigte. Je länger die Debatte schwelte, desto umfangreicher wurde der Protest aus den Kreisen der mittelständischen Wirtschaft und im Kommunalparlament.<sup>64</sup> Dem Oberbürgermeister gelang es weder im städtischen Hauptausschuss noch mit der neu gebildeten parlamentarischen Sparkommission und auch nicht im Dialog mit den betroffenen Wirtschaftsvertretern, eine breite Basis für seinen Kurs zur Abwendung der drohenden Zwangsetatisierung durch die Bezirksregierung zu schaffen.<sup>65</sup> Seine Steuererhöhungsvorlage wurde am 19. Dezember 1930 in der Stadtverordnetenversammlung einstimmig abgelehnt.<sup>66</sup> Gesundheitlich angeschlagen, hatte Hartmann schon vier Tage zuvor sein Ruhestandsgesuch zum 1. Februar des nächsten Jahres bekannt gegeben.<sup>67</sup> So sollte es eine seiner letzten Amtshandlungen sein, die preußische Regierung ohne Rücksprache mit dem Kommunalparlament um die Einsetzung eines Staatskommissars für die Stadt zu bitten. Dieser zeitweilige Verlust der kommunalen Selbstverwaltung stieß bitter auf und führte im Nachgang seines Rücktrittsgesuchs noch zu öffentlichen Schuldzuweisungen.<sup>68</sup> Einen von Seiten der Bergischen Industrie- und Handelskammer, die immer mehr zur Hauptkritikerin der Wuppertaler Stadtverwaltung ge-

63 Siehe dazu Renate Karstorf-Viehmann: Die Neue Industriestadt. Ein „Dritter Weg“ der Moderne. Essen 2014.

64 Vgl. General-Anzeiger für Wuppertal, 44. Jg., Nr. 254, 29.10.1930, S. 3.

65 Vgl. ebd. Nr. 255, 30.10.1930, S. 3; Nr. 257, 1.11.1930, S. 3; Nr. 259, 15.11.1930, S. 3; Nr. 271, 18.11.1930, S. 3.

66 Vgl. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung der Stadtgemeinde Wuppertal, Nr. 17, Sitzung vom 19. Dezember 1930, (StAW), D V 752, S. 586.

67 Vgl. Schreiben von Hartmann an Beigeordneter Dr. Beitzen, 15.12.1930 (Abschrift), StAW, E I 108a, Bl. 1.

68 Vgl. General-Anzeiger für Wuppertal, 44. Jg., Nr. 305, 31.12.1930, S. 3.

worden war, geäußerten Vorwurf, er würde Wuppertal den „schlechtesten Dienst“<sup>69</sup> erweisen, nahm Hartmann zum Anlass, schon 14 Tage früher am 15. Januar 1931 zurückzutreten.<sup>70</sup> In einer Phase der äußersten innenpolitischen Anspannung hatte Oberbürgermeister Hartmann durch sein Krisenmanagement den Rückhalt der Kreise verloren, die zwanzig Jahre zuvor noch den Kern des Kommunalliberalismus in der Rheinprovinz und im Wuppertal ausgemacht hatten.

Karl Jarres' Amtsniederlegung resultierte wiederum aus der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Januar 1933. Auf deren Druck hin trat er am 16. Mai 1933 von seinem Amt als Oberbürgermeister zurück. Es war ihm in den Krisenjahren gelungen, die kommunale Selbstverwaltung sichtbar aufrecht zu erhalten. So stemmte er sich mit Erfolg gegen die von der Reichsregierung geforderte Stilllegung des Neubauvorhabens des Duisburger Hauptbahnhofs.<sup>71</sup> Ebenso wie Hartmann konnte er für seine Einsparungsmaßnahmen und Steuererhöhungsvorschläge keine Unterstützung bei den liberalen Parteien und der Privatwirtschaft finden.<sup>72</sup> Der im Gegenzug nur widerwillig und zögerlich erfolgende Abbau kommunaler Verwaltungsaufgaben trug zu einer „fortschreitenden Delegitimierung“<sup>73</sup> des Oberbürgermeisters und seiner Rolle im eigenen Lager bei.

## Resümee

Zunächst ist nach der rheinischen Identität der untersuchten liberalen Oberbürgermeister zu fragen. Zum „historisch-biographischen Moment“ eines Individuums gehören sowohl die „situativen Einzelerfahrungen“ als auch die von außen einwirkende Sozialisation vor Ort (in Stadt, Region und Provinz).<sup>74</sup> Bei drei von vier Oberbürgermeistern ließen sich Fallbeispiele für deren rheinisches Bewusstsein (auch bei den Vertretern der Ruhrgebietsstädte) finden. Im Kontext seiner Ausweisung durch die belgischen Besatzer

69 Ebd., S. 4.

70 Vgl. Abschrift Schreiben Hartmann an Beigeordneter Dr. Beitzen, 2.1.1931, StAW, E I 108a, Bl. 2.

71 Vgl. Lothar Weiß: Rheinische Großstädte während der Weltwirtschaftskrise (1929-1933). Kommunale Finanz- und Sozialpolitik im Vergleich. Köln u.a. 1999, S. 125.

72 Vgl. Alexander Olenik: Der „organisierte Liberalismus“ in Duisburg 1918-1933. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 28 (2016), S. 337-352, hier S. 349.

73 Wirsching: Leistungsexpansion (wie Anm. 39), S. 56.

74 Ich folge hier Martin Schlemmer: Das Rheinland, Preußen und Deutschland in der Weimarer Zeit. In: Manfred Groten (Hrsg.): Die Rheinlande und das Reich. Düsseldorf 2007, S. 203-233, hier S. 221; und ders.: Rheinland und Westfalen im neuen Preußen der Weimarer Republik (1919-1932). In: Georg Mölich/Veit Veltzke/Bernd Walter (Hrsg.): Rheinland, Westfalen und Preußen. Eine Beziehungsgeschichte. Münster 2011, S. 289-352, hier S. 291 f.

wird Karl Jarres mit den folgenden Worten in der „Berliner Morgenpost“ zitiert, „[k]einer Macht der Erde kann ich das Recht zugestehen, mich aus meiner rheinischen Heimat, in der ich fest verwurzelt bin und wichtige Aufgaben zu erfüllen habe, gegen meinen Willen zu entfernen“<sup>75</sup>. Der gebürtige Berliner Hans Luther schreibt in seinen Memoiren über die zwei Identitäten Essens und seiner selbst, dass er „[i]n [s]einem Innern [...] bald beiden verfallen [war], dem ‚Revier‘, das mit seiner lebendigen Kraft keinen wieder losläßt, den es einmal bezwungen hat, und dem Rhein, an dessen Ufern deutsches Wesen seine wärmste und verlockendste Offenbarung gefunden hat“<sup>76</sup>. Von Bruchhausen, „[e]in Kind der roten Erde“<sup>77</sup> hatte sich in Trier neben seiner Oberbürgermeisterstätigkeit vor allem um den moselländischen Weinbau verdient gemacht.<sup>78</sup> Bei Paul Hartmann wiederum dominierten Aussagen zu Stadt und Land an der Wupper, die auf eine Dominanz des Gefühls für die engere bergische Heimat gegenüber einem allgemeineren „rheinischen“ Selbstverständnis schließen lassen. Es haben sich also auch die zugezogenen liberalen Oberbürgermeister in Kombination mit der städtischen eine rheinische Teilidentität angeeignet und diese emotional bedient. Der rheinische Patriotismus manifestierte sich bei ihnen besonders im Bewusstsein für die Identifikationskräfte der kommunalen Selbstverwaltung.<sup>79</sup> Neben diesen verbalen Bekundungen der Verbundenheit ist es jedoch schwierig, weitere regionspezifische Faktoren herauszustellen. Denn besonders die traditionelle verfassungsmäßige Sonderstellung der Oberbürgermeister in der Rheinischen Städteordnung war allgemeinen Mediatisierungstendenzen ausgesetzt, die u. a. darin sichtbar wurden, dass die preußische Staatsregierung und nicht die Kommunen selbst den Anstoß zur kommunalen Neugliederung von 1929 gaben.<sup>80</sup>

Zweitens bleibt mit Blick auf die Oberbürgermeister Andreas Wirschings Einwand zu bedenken, „inwieweit die (Verfalls-) Geschichte des Weimarer Liberalismus nicht möglicherweise insofern einen ‚blinden Fleck‘ aufweist, als sie seine noch verhältnismäßig starke kommunalpolitische Position unterschätzt“.<sup>81</sup> Denn in den Jahren von 1918 bis etwa 1930 garantierten die Oberbürgermeister als „Symbol[e] politischer Stabilität“<sup>82</sup> die Funktions-

75 Zit. n. Kruse-Jarres: Karl Jarres (wie Anm. 7), S. 97.

76 Luther: Zusammenbruch (wie Anm. 41), S. 73.

77 Bruchhausen: Lebenserinnerungen (wie Anm. 7), S. 1.

78 Vgl. dazu Rudolf Müller: Die Lebenserinnerungen des Trierer Oberbürgermeisters Albert von Bruchhausen (1904-1927) als historische Quelle für die Stadtgeschichte. In: *Landeskundliche Vierteljahrsblätter* 53 (2007), H. 3, S. 69-78, hier S. 72 f.

79 Vgl. Rönz: Selbstbewußtsein (wie Anm. 61), S. 82, 84.

80 Vgl. Wolfgang R. Krabbe: Die Tendenz zur autoritären Kommunalverfassung. Preußen, Deutschland und das Rheinland 1920-1935. In: Margret Wensky (Hrsg.): *Preußen und die rheinischen Städte*. Köln 2004, S. 75-94, hier S. 75 ff.

81 Wirsching (wie Anm. 39), S. 40.

82 Hofmann: Oberbürgermeister (wie Anm. 6), S. 34.

tüchtigkeit der demokratischen und parlamentarischen Mitwirkungsrechte der Bevölkerung in der Kommune. Im Wissen um ihre loyale Beamtenschaft und ihre starken Exekutivrechte gemäß Städteordnung konnten sie selbstbewusst nach außen und konsensorientiert nach innen kommunalliberale Politik treiben.

Über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg haben die liberalen Oberbürgermeister Funktionen als Integrationsfiguren, Krisenmanager und Modernisierer ihrer Städte eingenommen. Ihre kommunale Karriere, die im Kaiserreich begonnen hatte, ließ sich so in der Weimarer Zeit zu ihrem Höhepunkt führen. Dies war jedoch zugleich ein Wendepunkt für diesen Oberbürgermeister-Typus, der auch generationell den Übergang zwischen Monarchie und Republik verkörperte.<sup>83</sup> Mit dem rapiden wirtschaftlichen Abschwung ab 1929/30 wurde die schwelende Krise der kommunalen Selbstverwaltung sichtbar. Der von den Oberbürgermeistern betriebene Wettbewerb der Kommunen in der Rheinprovinz und ihr Prestigedenken erhielt angesichts der Finanzlage Gegenwind aus den früheren Unterstützungskreisen. Die Handlungsspielräume, die mitunter aus dem unabhängigen Auftreten der liberalen Oberbürgermeister und der tiefen Identifikation mit ihrer Rolle als überparteiliche Stadtväter herrührten, verengten sich mit der Wirtschaftskrise enorm.

83 Vgl. die spezifischen Aussagen zu Jarres, die auf die ausgewählten Oberbürgermeister verallgemeinert werden können, in Paul Heinz Dünnebacke: Art. Karl Jarres. In: NDB 10 (1974), S. 359; Walter Först: Karl Jarres. In: Ders. (Hrsg.): Politik und Landschaft. Köln/Berlin 1969, S. 142-147, hier S. 142.



## Rheinische Linksliberale in der Weimarer Republik: Bernhard Falk und Anton Erkelenz

Der Geschichte der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP), nach 1930 Deutsche Staatspartei (DStP), in der Weimarer Republik kommt eine besondere Bedeutung zu, da die parlamentarische Demokratie auf dem historischen Bündnis zwischen Sozialdemokratie und Linksliberalismus, zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum gründete. Als fast permanente Regierungspartei im Reich und in Preußen verfügten die Demokraten über einen ihren schrumpfenden Mandatsanteil weit übersteigenden politischen Einfluss und vermochte wichtige Politikfelder wie die Innen-, Finanz- und Wirtschaftspolitik mitzugestalten. Doch der Niedergang der Partei war unaufhaltsam. Die Erosion der liberalen Mitte unterminierte die Basis des Weimarer Staates und trug schließlich wesentlich zur Auflösung des parlamentarisch-demokratischen Gefüges der Republik bei.<sup>1</sup>

Anhand zweier führender rheinischer Politiker der DDP, des langjährigen Fraktionsvorsitzenden der DDP und DStP im preußischen Landtag, Bernhard Falk, und des liberalen Gewerkschaftlers, Anton Erkelenz, sollen die Gestaltungsmöglichkeiten und Grenzen linksliberaler Politik nach dem Ersten Weltkrieg ausgelotet werden. Beide Politiker repräsentierten unterschiedliche Lager. Falk entstammte dem jüdischen Bürgertum des Rheinlands und

1 Angesichts der Vielzahl der Monographien über die Geschichte der DDP bzw. DStP sei hier nur auf folgende Arbeiten verwiesen: Lothar Albertin: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei. Düsseldorf 1972; Peter M. Bowers: The Failure of the German Democratic Party, 1918-1930. Ann Arbor 1974; Bruce B. Frye: Liberal Democrats in the Weimar Republic. The History of the German Democratic Party and the German State Party. Carbondale and Edwardsville 1985; Larry Eugene Jones: German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System, 1918-1933. Chapel Hill u. London 1988; Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland. Frankfurt am Main 1988; Erich Matthias/Rudolf Morsey: Die Deutsche Staatspartei. In: dies. (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Düsseldorf 1960, S. 31-97; Werner Schneider: Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924-1930. München 1978; Hartmut Schustereit: Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919-1930. Düsseldorf 1975; Werner Stephan: Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei. Göttingen 1973; ders.: Acht Jahrzehnte erlebtes Deutschland. Ein Liberaler in vier Epochen. Düsseldorf 1983; Joachim Stang: Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen 1918-1933. Düsseldorf 1994.

hatte seine politische Karriere in der Nationalliberalen Partei begonnen. Die Zugehörigkeit zum rheinischen Bürgertum und vor allem seine Konfession prägten sein Selbstverständnis und seinen Habitus und bildeten entscheidende Orientierungspunkte und Wegmarken in seinem Leben. Zugleich führte die politische Sozialisation in der Nationalliberalen Partei zu einer unverwechselbaren Hochschätzung des Nationalen, die für ihn als Kölner durch die Grenzlandlage des Rheinlands zu Frankreich zusätzlich potenziert wurde. Während Falk dem rechten Flügel der Partei zugeordnet werden kann, vertrat Anton Erkelenz den linken Gewerkschaftsflügel. Als gelernter Dreher und Schlosser verstand sich der gebürtige Neusser als Arbeiter, dessen Weg zum organisierten Liberalismus über die Hirsch-Dunckersche Gewerkschaftsbewegung lief. Wenn auch Falk von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie überzeugt war, so war doch bei Erkelenz die Affinität zur SPD markanter und offensichtlicher. Nicht nur durch seinen kleinbürgerlichen Hintergrund und seinem Selbstverständnis als Arbeiter, sondern auch in seinem Ideal einer sozialen Demokratie fühlte Erkelenz sich der einst im Kaiserreich verfolgten und verfemten Partei verbunden. Auch er erstrebte die politische und soziale Gleichberechtigung der Arbeiter und die Verbesserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage. Sein Wechsel zur SPD im Jahr 1930 war angesichts der voranschreitenden Marginalisierung des organisierten Liberalismus und des Rechtstrends in der DDP letztlich von einer gewissen Folgerichtigkeit.

Im Folgenden soll der Lebensweg der beiden linksliberalen Politiker nach 1918 nachgezeichnet werden und ihre Erwartungen und Hoffnungen bei Gründung der ersten parlamentarischen Demokratie auf deutschem Boden sowie ihre Bemühungen um eine liberale Ausgestaltung der deutschen und preußischen Politik herausgearbeitet werden. In den Fokus wird dabei auch ihre Haltung zur so genannten Rheinlandbewegung, die 1923 ihrem Höhepunkt zustrebte, rücken.

## Bernhard Falk

Wenn Bernhard Falk auch nie Reichs- oder preußischer Minister war, so hatte er doch als langjähriger Fraktionsvorsitzender der DDP und DStP im Preußischen Landtag einen nicht unwesentlichen Anteil an der Gestaltung der Politik im größten deutschen Land. Bereits in der Kölner Kommunalpolitik, in der Nationalversammlung und in der Rheinlandbewegung der Jahre 1918/19 und 1923 hatte er sich einen Namen zu machen gewünscht. Aber nicht nur sein politisches Wirken im Reich und in Preußen, sondern auch seine

Stellung als jüdischer Deutscher, der 1939 in die Emigration gezwungen wurde, erklären das Interesse an seiner Person.<sup>2</sup>

Bernhard Falk wurde 1867 als Sohn jüdischer Eltern im rheinischen Bergheim/Erft geboren. Zu den identitätsstiftenden Referenz- und Orientierungspunkten seiner Kindheit und Jugend zählte nicht nur die tiefe Religiosität seiner Eltern – sein Elternhaus sei ein „streng religiöses jüdisches Haus“<sup>3</sup> gewesen, so befand er rückblickend –, sondern auch die in seinem Elternhaus herrschende liberale Gesinnung, die für das jüdische Bürgertum des Kaiserreichs insgesamt charakteristisch war.<sup>4</sup> Bernhards Vater Salomon, der als Metzger zu den wohlhabenden jüdischen Familien in Bergheim gehörte, stand der nationalliberalen Partei nahe.<sup>5</sup> Die Affinität zum Liberalismus war von einer gewissen Folgerichtigkeit, da die Emanzipation der Juden ein zentrales Anliegen der liberalen Bewegung gewesen war und das Bürgertum, dem sich auch das Gros der deutschen Juden zurechnete, zur wichtigsten Trägerschicht dieser Bewegung zählte. Nach Schätzungen Jacob Tourys wählten zwischen 1867 und 1878 fast neunzig Prozent der deutschen Juden liberal, in der überwiegenden Mehrheit nationalliberal.<sup>6</sup> Prägend wirkte auch die in seinem Elternhaus gepflegte Vaterlandsliebe. Nichts beschreibt vielleicht besser die Anhänglichkeit und Treue, die die Eltern Bernhard Falks dem 1871 gegründeten Kaiserreich und ihrem Vaterland bewahrten, als die letzten Worte, die Bernhard von seiner sterbenden Mutter am Tag vor ihrem Tode vernahm: „Was macht unser guter Kaiser?“<sup>7</sup>

Nach seinem Jurastudium wurde Falk 1893 Rechtsanwalt am Amts- und Landgericht Elberfeld und 1898 am Oberlandesgericht Köln. Bereits 1894 hatte er Else Wahl, die Tochter eines Barmer Bankiers, geheiratet, die ihm vier Kinder schenken sollte.<sup>8</sup> Um die Jahrhundertwende begann er, sich in der Nationalliberalen Partei im Kreis der Jungliberalen zu engagieren. Falk

2 Zu Bernhard Falk vgl. Bernhard Falk (1867–1944). Erinnerungen eines liberalen Politikers. Bearbeitet von Volker Stalmann, Düsseldorf 2012; ders., Bernhard Falk (1867–1944) – Liberaler, Jude und deutscher Patriot. In: Jahrbuch für Liberalismus-Forschung, 24 (2012), S. 161–192; Klaus Luig: ... weil er nicht arischer Abstammung ist. Jüdische Juristen in Köln während der NS-Zeit. Köln 2004, S. 174–176; Martin Schumacher (Hrsg.): M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung, 1933–1945. Eine biographische Dokumentation. Düsseldorf 1991, S. 311.

3 Falk: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 202.

4 Vgl. Jacob Toury: Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland. Tübingen 1966, S. 123–153 u. 170–192.

5 Falk: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 12 f.

6 Vgl. Toury: Orientierungen (wie Anm. 4), S. 138.

7 Falk: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 202.

8 Vgl. Falk: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 11–17.

zählte zu den Gründern des „Vereins der nationalliberalen Jugend in Köln“<sup>9</sup> und wurde gleich zu Beginn in den Vorstand des Vereins gewählt. Die jungliberale Bewegung, die sich im Oktober 1900 zu einem der Partei angegliederten selbständigen Reichsverband unter Vorsitz des 26-jährigen Kölner Rechtsanwalts Hermann Fischer zusammenschloss<sup>10</sup>, wollte die Partei reformieren. Mit der Forderung nach Stärkung des liberalen, freiheitlichen Gedankenguts verband sich der Wunsch nach einer Kooperation mit den Linksliberalen in innenpolitischen Fragen. An Brisanz gewann die Bewegung durch ihre sozialpolitischen Anliegen, mit denen sie scharf gegen den großindustriellen Flügel der Partei Position bezog. Die Forderung nach Anerkennung der Gewerkschaften und der Wunsch nach einer Fortführung der Sozialreform schloss selbst ein punktuelltes Arrangement mit der Sozialdemokratie nicht aus.

Auf dem nationalliberalen Parteitag von Goslar im Oktober 1906 trat Falk erstmals öffentlich hervor. Er positionierte sich als Parteilinker und selbstbewusster Jungpolitiker, der ungeachtet seines betont nationalen Standpunkts für einen dezidierten Reformkurs in der Innenpolitik stand, der neben einer antiklerikalen Bildungs- und Kulturpolitik die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen umfasste.<sup>11</sup>

Mit seiner Wahl in die Kölner Stadtverordnetenversammlung eröffnete sich Falk 1908 ein neues Wirkungsfeld, dem er bis 1930, seit 1916 als Vorsitzender der liberalen Fraktion, verbunden bleiben sollte.<sup>12</sup> Am Vorabend des Ersten Weltkrieges war Falk, dem 1912 auch der Titel Justizrat verliehen wurde, ein angesehenener und erfolgreicher Rechtsanwalt und Politiker.<sup>13</sup> Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges diente er als Hauptmann der Landwehr in Zweibrücken beim Ersatzbataillon des Reserveinfanterieregiments 8, bis er für ein Jahr in Belgien dem Kreischef von Bastogne als Adjutant zugeteilt wurde. Der Fliegertod seines Sohnes Alfred im Januar 1917 traf ihn derart, dass er seinen Dienst nicht mehr weiter auszuüben vermochte. Im März jenes Jahres wurde er freigestellt und konnte nach Köln zurückkehren. Während des Krieges hatte Falk wiederholt an den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung teilgenommen und war 1916 auch zum Vorsitzenden der li-

9 Der Jungliberale Verein Kölns wurde am 23. Januar 1899 ins Leben gerufen und zählte 1901 bereits 1004 Mitglieder, von denen 291 unter 25 Jahren waren. Vgl. „Die Gründung des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend“. In: Nationalliberale Jugend, 1. Jg., Nr. 1, Januar 1901, S. 6–9, hier S. 7.

10 Vgl. „Die Gründung des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend“. In: Nationalliberale Jugend, 1. Jg., Nr. 1, Januar 1901, S. 6–9.

11 Neunter allgemeiner Vertretertag der nationalliberalen Partei am 6. und 7. Oktober 1906 in Goslar a./H. Protokoll auf Grund stenographischer Aufzeichnungen. Berlin 1906, S. 83–90.

12 Vgl. Falk: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 31–41.

13 Vgl. ebd., S. 41.

beralen Fraktion gewählt worden.<sup>14</sup> Im darauf folgenden Jahr übernahm er nach dem Tode Franz Moldenhauers auch die Leitung des Nationalliberalen Vereins in Köln und rückte zudem zum stellvertretenden Vorsitzenden des rheinischen Landesverbandes der Partei auf.<sup>15</sup> In Köln wurde er zum Gegenspieler des 1917 zum Oberbürgermeister gewählten Zentrumspolitikers Konrad Adenauer.<sup>16</sup>

Nach dem Krieg wurde auch in Köln nach nicht ganz leichten Verhandlungen die DDP gegründet. Die im November 1918 als liberale Sammelpartei ins Leben gerufene DDP trat weitgehend die Nachfolge der Fortschrittlichen Volkspartei und der Demokratischen Vereinigung an, vermochte darüber hinaus aber auch einige führende nationalliberale Politiker zu gewinnen.<sup>17</sup> Persönliche, aber auch politische Gegensätze wie die unterschiedliche Haltung zur Republik, zur Arbeiterbewegung und die sie vertretende Sozialdemokratie standen letztlich einer Einigung des liberalen Lagers ebenso im Wege wie die offenkundige Heterogenität der bürgerlichen Mitte.<sup>18</sup>

In Köln wurde die Gründung der DDP durch die „alte Kampfgemeinschaft“<sup>19</sup>, d.h. die jahrzehntelange Zusammenarbeit zwischen Nationalliberalen und Linksliberalen, erleichtert. „Der Zustrom zu dieser Partei war gewaltig“, so erinnerte sich Falk, der die Partei in Köln mitbegründen half. „Sie erschien als Rettung auch vielen, die bis dahin im politischen Leben ferngeblieben waren oder rechtsstehenden Gruppen angehört hatten.“<sup>20</sup>

1919 wurde Falk für die DDP in die Nationalversammlung gewählt.<sup>21</sup> Die Partei hatte sich im Wahlkampf erfolgreich als Bollwerk gegen eine sozialis-

14 Vgl. ebd., S. 42–50. Ferner das Telegramm des stellvertretenden Generalkommandos an den Kölner Oberbürgermeister vom 9.6.1916. In: Stadtarchiv Köln, Bestand 401, Nr. 744 (Personalakte Falk), Bl. 6; sowie das Schreiben von Oberbürgermeister Wallraf an das stellvertretende Generalkommando. In: ebd., Bl. 4: „Als Führer der liberalen Fraktion des Stadtv. Kollegiums ist er – zumal in den jetzigen außerordentlich schwierigen Verhältnissen in denen sich die Gemeindeverwaltungen hinsichtlich der Nahrungsmittelversorgung befinden, – nicht zu entbehren.“

15 Falk: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 250.

16 Vgl. ebd., S. 229–232.

17 Vgl. Gerhard A. Ritter: Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918–1920. In: Eberhard Kolb (Hrsg.): Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972, S. 244–275, hier S. 256, 262 f.

18 Vgl. Stang: Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen (wie Anm. 1), S. 17–28; Albertin: Liberalismus und Demokratie (wie Anm. 1), S. 45–88; Stephan: Aufstieg und Verfall (wie Anm. 1), S. 13–34. Vgl. auch Otto Nuschke: Wie die Deutsche Demokratische Partei wurde, was sie leistete und was sie ist. In: Anton Erkelenz (Hrsg.): Zehn Jahre Deutsche Republik. Ein Handbuch für republikanische Politik. Berlin 1928, S. 24–41, hier S. 24–33. Zur DDP im Rheinland vgl. Wilhelm Ribhegge: Preußen im Westen. Kampf um den Parlamentarismus in Rheinland und Westfalen 1789–1947. Münster 2008, S. 339–342.

19 Falk: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 267.

20 Vgl. ebd., S. 265.

21 Vgl. Kölnische Zeitung, 1188, 31.12.1918: „Städtische Nachrichten. Die Deutsche Demokratische Partei“; ferner Falk: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 75 f.

tische Alleinherrschaft und als Sammelbecken für das von links aufgeschreckte Bürgertum darzustellen vermocht und war mit 18,5 Prozent der Stimmen und 75 Mandaten zur drittstärksten Partei hinter dem Zentrum und der Sozialdemokratie avanciert.<sup>22</sup>

Der Kölner Abgeordnete wurde bald einer breiten Öffentlichkeit bekannt, als er dezidiert gegen die Rheinlandbewegung Stellung bezog. Für das Entstehen der auf die politische Selbständigkeit der Rheinlande abzielenden Bewegung, die in den Jahren 1918/19 und 1923 ein irrlichterndes Moment in der deutschen Innenpolitik darstellte, waren mehrere Faktoren ausschlaggebend: die Unsicherheit über die zukünftige Ordnung des Reichs, die traditionelle Abneigung der Rheinländer gegen Berlin und vor allem die Ungewissheit über die Ziele und Friedensbedingungen der Ententemächte, nicht zuletzt die Angst, von Frankreich annektiert zu werden.

Die namentlich von Politikern des Zentrums erhobene Forderung nach einem selbständigen Rheinstaat im Verband des Reiches stellte mithin den Versuch dar, durch eine Berücksichtigung der sicherheitspolitischen Interessen Frankreichs Zugeständnisse bei den Friedensverhandlungen zu erreichen. So ehrenwert die Motive der Initiatoren der Bewegung, zu denen auch der Kölner Oberbürgermeister Adenauer zählte, waren, so problematisch war doch, dass in ihrem Windschatten eine kleine Gruppe um den früheren Staatsanwalt Hans Adam Dorten agierte, die auf einen vom Reich unabhängigen, eng an Frankreich angelehnten Rheinstaat reflektierte.<sup>23</sup>

Wenige Tage vor dem Beginn der britischen Besetzung des Rheinlandes wurde am 4. Dezember 1918 in einer Kölner Zentrumsversammlung die Forderung nach „Proklamierung einer dem Deutschen Reich angehörigen, selbständigen Rheinisch-Westfälischen Republik“ erhoben. Gegen diese Separationsbestrebungen bezogen DDP und SPD, die im Gürzenich und im Börsensaal „gewaltige Gegenkundgebung[en]“ veranstalteten, rasch Position. „Die Straßen“, so Falk, „standen schwarz voll von Menschen, die sich in stürmischen Kundgebungen Luft machten. Ich habe in den beiden Versammlungen unter gewaltigem Beifall gesprochen.“<sup>24</sup>

Als sich Anfang 1919 der Eindruck verstärkte, dass die Besetzung des linksrheinischen Territoriums zu den französischen Kriegszielen gehörte, und die Beratungen in der Nationalversammlung über das neue Verfassungs-

22 Vgl. Eberhard Kolb: Die Weimarer Republik. 6. Aufl. München 2002, S. 308; Gerhard A. Ritter/Merith Niehuss: Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871-1918. München 1980, S. 42.

23 Vgl. Ernst Rudolf Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. 5: Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914-1919. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1978, S. 1178-1205; Karl Dietrich Erdmann: Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Stuttgart 1966; Erwin Bischof: Rheinischer Separatismus 1918-1924. Hans Adam Dortens Rheinstaatbestrebungen. Bern 1969, S. 81-93.

24 Falk: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 264.

statut und die föderale Struktur des Reiches anstanden, wurde der Ruf nach Errichtung eines westdeutschen Staates erneut laut. So kamen am 1. Februar auf Einladung Adenauers die zur Nationalversammlung und zur preußischen Landesversammlung gewählten Abgeordneten im Kölner Rathaus zusammen. Offen sprach sich nun auch Adenauer für die Errichtung eines von Preußen unabhängigen, aber dem Reichsverband angehörenden westdeutschen Staates aus. Bei Falk trafen diese Pläne auf scharfe Ablehnung. „Ich betonte als unabweisliches Gebot, wir Rheinländer hätten Sorge zu tragen, daß keine Klammer gelöst werde, die uns mit unseren deutschen Brüdern verbinde. Jede Lockerung bedeute die Gefahr des Verderbens für uns und das Reich.“ Man einigte sich auf die Einsetzung eines Westdeutschen Ausschusses, mit dem man hoffte, die Rheinlandbewegung institutionell einbinden zu können. Bedeutung sollte dieser allerdings nicht mehr erlangen. Nur einmal, am 30. Mai, trat er zur Besprechung der politischen Lage zusammen.<sup>25</sup>

Die Situation spitzte sich am 1. Juni 1919 zu, als Separatisten um den früheren Staatsanwalt Dorten mit Unterstützung des französischen Oberkommandierenden in Wiesbaden die Rheinische Republik proklamierten. Da die Beamtenschaft und die Bevölkerung die Putschisten mit Nichtachtung strafte, nahm das Unternehmen ein rasches und klägliches Ende.<sup>26</sup> Seine Verärgerung über diesen „Operettencoup“ ließ Falk wenige Tage später in einem im „Kölner Tageblatt“ veröffentlichten Artikel mit der Überschrift „Verfluchtes Bilsenkraut“ freien Lauf. „Wichtigmacher und Wirrköpfe sind am Werke, um die gefährliche Hohlheit ihrer eigenen armen Gedankengänge in das rheinische Volk zu ergießen.“ Es lohne sich nicht, über die Separatisten, „über diese Helden ein Wort zu verlieren. Kein Lied, kein Heldentuch wird ihre Namen nennen; es wäre eine Beleidigung für Herostrat, wollte man ihn mit diesen Burschen vergleichen.“ Deutschland brauche nun Ruhe, Selbstdisziplin und Vertrauen. „Das Gift des Bilsenkrautes darf keinen Einzug bei uns finden.“<sup>27</sup>

Die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages und des Rheinlandstatuts am 28. Juni 1919 setzte schließlich den rheinischen Loslösungsbestrebungen ein Ende. Die bereits im Waffenstillstandsabkommen geschaffene Lage wurde festgeschrieben. Das Rheinland blieb bei Preußen und beim Reich. Für fünfzehn Jahre trat es unter ein alliiertes Besatzungsregime. Die

25 Vgl. ebd., S. 64–66, 272 f., Zitat S. 273; ferner Erdmann: Adenauer in der Rheinlandpolitik (wie Anm. 23), Nr. 1, S. 212–234.

26 Vgl. Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte. Bd. 5 (wie Anm. 23), S. 1143 f.; Bischof: Rheinischer Separatismus (wie Anm. 23), S. 81–93.

27 Kölner Tageblatt 276, 8.6.1919: „Verfluchtes Bilsenkraut“. Von Justizrat Bernhard Falk.

Oberste Zivilgewalt in den besetzten Gebieten übernahm die „Interalliierte Rheinlandkommission“ mit Sitz in Koblenz.<sup>28</sup>

Zu einer erneuten Eskalation kam es im Januar 1923, als belgische und französische Truppen wegen ausgebliebener Reparationsleistungen ins Ruhrgebiet einmarschierten. Umgehend stellte die Reichsregierung die Reparationslieferungen an die sogenannten Einbruchsmächte ein und rief den passiven Widerstand aus, wodurch Beamten und Eisenbahnern die Befolgung alliierter Anordnungen untersagt wurde. Die Strategie der deutschen Regierung ließ sich nicht lange durchhalten, da die finanzielle Unterstützung der Arbeiter und Beamten des Ruhrgebiets die bereits inflationär aufgeblähte Währung vollkommen ruinierte. Die Bilanz war bedrückend: neben einer zerrütteten Währung waren 132 Tote zu beklagen. 150.000 Beamte und Arbeiter waren während des Ruhrkampfs des Landes verwiesen worden.<sup>29</sup>

Die britische Besatzungszone um Köln war damals eine „Insel der Seligen“,<sup>30</sup> die vom Ruhrkampf selbst nicht direkt betroffen war. Obwohl die Einstellung des passiven Widerstands angesichts des beispiellosen Währungsverfalls im Spätsommer 1923 abzusehen war, zeigten sich die Abgeordneten der besetzten Gebiete doch maßlos überrascht, als Reichskanzler Gustav Stresemann sie am 6. September von den bevorstehenden Maßnahmen in Kenntnis setzte.

Bei einer erneuten Zusammenkunft in Berlin am 24. September trat der Duisburger Oberbürgermeister Karl Jarres (DVP) für eine entschiedene Obstruktionspolitik ein. Durch eine starke Geste, die kurzfristig zu einer Zuspitzung der Lage führen mochte, glaubte er, den Konflikt an der Ruhr rascher beilegen und den deutschen Interessen wieder Geltung verschaffen zu können. Bis zur Wiederherstellung völkerrechts- und vertragsmäßiger Zustände an Rhein und Ruhr sollte sich das Reich von seinen Verpflichtungen gegenüber den Besatzungsmächten lossagen. Dem besetzten Gebiet, das in der Zwischenzeit der Willkür der Besatzungsmächte ausgeliefert gewesen wäre, musste eine derartige Politik große Opfer abverlangen.<sup>31</sup>

28 Vgl. Huber: Verfassungsgeschichte, Bd. 5 (wie Anm. 23), S. 1175; Erdmann: Adenauer in der Rheinlandpolitik (wie Anm. 23), S. 65 f.

29 Zur Ruhrbesetzung 1923 vgl. Conan Fischer: *The Ruhr Crisis 1923–1924*. Oxford 2003; *Der Schatten des Weltkriegs: die Ruhrbesetzung 1923*. Tagung am 5. und 6. Juni 2003 im Ruhrlandmuseum. Hrsg. von Gerd Krumeich und Joachim Schröder. Essen 2003; Ernst Rudolf Huber: *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*. Bd. 7: Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1984, S. 271–307; Paul Wentzcke: *Ruhrkampf. Einbruch und Abwehr im rheinisch-westfälischen Industriegebiet*. 2 Bde. Berlin 1930; Peter Krüger: *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*. 2. Aufl. Darmstadt 1993, S. 183–206. Zur Hyperinflation vgl. Carl-Ludwig Holtfrerich: *Die deutsche Inflation 1914–1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive*. Berlin 1980, passim.

30 Falk: *Erinnerungen* (wie Anm. 2), S. 301.

31 Besprechung mit Vertretern der Wirtschaftsverbände und Beamtenorganisationen des besetzten Gebiets. 24. September 1923, 16.30 Uhr. In: *Acten der Reichskanzlei. Die Kabinet-*

Falk sah in dieser Strategie, die später als „Versackungspolitik“ titulierte, die „größte Gefahr für unser Rheinland“. „Das war Katastrophenpolitik. Sie mußte unübersehbares Unglück über Deutschland bringen.“ Er sei dieser Haltung deshalb bei jeder sich bietenden Gelegenheit „mit Entschiedenheit“ entgegengetreten.<sup>32</sup>

Am 26. September 1923 erklärte die Reichsregierung den passiven Widerstand für beendet.<sup>33</sup> Unter dem Schutz, teilweise mit Hilfe der Besatzungsmächte kam es zu separatistischen Putschen. Vor diesem Hintergrund wurde für den 25. Oktober in Hagen ein neuerliches Treffen mit der Reichsregierung anberaumt. Am Tag zuvor kam es in Barmen zu einer Vorbesprechung von Politik und Wirtschaft aus Rheinland und Westfalen, bei der Jarres erneut einer Obstruktionspolitik das Wort redete und Adenauer sein Rheinstaaatsprojekt als Möglichkeit einer Verständigung mit Frankreich wieder in die Diskussion brachte.<sup>34</sup> Bei ihrem Treffen mit Reichskanzler Stresemann in Hagen am folgenden Tag distanzierte sich Falk, der in Barmen noch Verhandlungen mit Frankreich über eine staatsrechtliche Änderung am Rhein unter Umständen für möglich gehalten hatte, von derartigen Plänen. Die Sitzung endete schließlich mit der Zusage Stresemanns, die Erwerbslosenfürsorge im besetzten Gebiet fortzuzahlen. Auch wurde die von Falk geforderte Einsetzung eines Ausschusses beschlossen, der mit den Franzosen

te Stresemann I und II, 2 Bde Boppard am Rhein 1978, Bd. 1, Nr. 77, S. 339-345, hier S. 343 f. Vgl. auch die Besprechung mit Vertretern der fünf Parteien und Vertretern des besetzten Gebiets. 24. September 1923, 12 Uhr. In: ebd., Nr. 76, S. 334-338.

- 32 Falk: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 307: „Als Verdienst für die Partei“, die DDP, „nehme ich allerdings in Anspruch, daß sie die Versackungspolitik stets vom ersten Augenblick bis zur letzten Stunde mit vaterländischer Leidenschaft bekämpft hat.“
- 33 Vgl. den Aufruf der Reichsregierung Stresemann zum Abbruch des passiven Widerstandes vom 26. September 1923 sowie die Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen vom 26. September 1923. In: Ernst Rudolf Huber (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Bd. 4: Deutsche Verfassungsdokumente 1919-1933. 3. neubearbeitete Aufl. Stuttgart/Berlin/Köln 1991, Nr. 263, S. 315 f., Nr. 268, S. 322 f.
- 34 Über die Barmer Besprechung wurde kein Protokoll geführt. Vgl. die Zusammenfassung der Barmer Diskussionen durch Jarres auf der „Besprechung mit Vertretern der besetzten Gebiete im Kreishaus in Hagen vom 25. Oktober 1923, 11.30 Uhr“. In: Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Stresemann (wie Anm. 31), Nr. 179, S. 761-836, hier S. 761-769; ferner die Denkschrift von Karl Jarres vom 20.11.1926, „Meine Beteiligung am Ruhrabwehrkampf und seiner Liquidierung“, mit Anlagen. In: BA Koblenz, NL Karl Jarres, N 1099, Nr. 49, Bl. 49-95, hier Bl. 54 f. Zur Barmer Besprechung vgl. auch Klaus Reimer: Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung (1918-1933). Ein Beitrag zur Geschichte der regionalistischen Bestrebungen in Deutschland. Frankfurt am Main/Bern/Las Vegas 1979, S. 314-317; Erdmann, Adenauer (wie Anm. 23), S. 87-94; Henning Köhler: Adenauer und die rheinische Republik. Der erste Anlauf 1918-1924. Opladen 1986, S. 186-189; Hans-Peter Schwarz: Konrad Adenauer, Bd. 1: Der Aufstieg 1876-1952. Stuttgart 1986, S. 268.

in Verhandlungen über eine Verbesserung der wirtschaftlichen Zustände im besetzten Gebiet treten sollte.<sup>35</sup>

Ende 1923 setzte schließlich ein allgemeiner Umschwung ein. So kam es 1924 mit der Annahme des Dawes-Plans zu einer Neuregelung des Reparationsproblems, während durch den Vertrag von Locarno vom Oktober 1925 und der Anerkennung der Westgrenze durch das Reich dem Sicherheitsbedürfnis Frankreichs Rechnung getragen wurde.<sup>36</sup>

Im Dezember 1924 ließ sich Falk in den Preußischen Landtag wählen.<sup>37</sup> Seine Wahl hatte er nicht nur seiner Stellung als Vorsitzender des Rheinischen Provinzialverbandes der DDP, sondern auch seiner Haltung während des Ruhrkampfes als dezidierter Gegner der Rheinlandbewegung zu verdanken.<sup>38</sup> Bis 1932 sollte Falk dem Preußischen Landtag angehören. Bereits unmittelbar nach seiner Wahl wurde er zum dritten, 1928 zum ersten Fraktionsvorsitzenden der DDP gewählt. Faktisch führte Falk bereits 1925 die Fraktion an, da die beiden ersten Fraktionsvorsitzenden, Walther Schreiber und Hermann Höpker Aschoff, 1925 zu preußischen Ministern ernannt wurden.<sup>39</sup>

Der schleichende Einflussverlust der Demokraten im Kabinett, Folge der anhaltenden Wahlniederlagen der Partei, wurde Falk angelastet. Er sei, so meinte der langjährige Generalsekretär der DDP, Werner Stephan, „im interfraktionellen Ausschuß der drei Regierungsparteien nicht sehr erfolgreich“ gewesen.<sup>40</sup> Doch scheint Stephan hier von den Schwierigkeiten zu abstrahieren, die sich für die Partei- und Fraktionsführung aus dem Wähler- und Mandatsschwund für die Durchsetzung demokratischer Ziele stellten.

Mit Fusionen sollte der Niedergang aufgehalten werden. Zwar scheiterte ein Zusammenschluss der beiden liberalen Parteien DDP und DVP, doch durch die Vereinigung mit dem Jungdeutschen Orden unter Artur Mahraun hoffte die DDP-Führung, Anschluss an die bündische Bewegung zu finden und die Jugend für die Partei zurückzugewinnen zu können. Diese Rechnung ging indes nicht auf. Bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 fiel die in „Deutsche Staatspartei“ umbenannte DDP von 4,9 auf 3,8 Prozent oder von 25 auf 20 Mandate. Bei den preußischen Landtagswahlen vermoch-

35 Vgl. die Besprechung mit den Vertretern (wie Anm. 31), Nr. 179, S. 768 f., 782-786 u. 788 f. Vgl. auch Falk: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 312, u. ferner Schwarz (wie Anm. 34), S. 268-273.

36 Vgl. Huber: Verfassungsgeschichte, Bd. 7 (wie Anm. 29), S. 504-527; Reimer: Rheinlandfrage (wie Anm. 34), S. 345-356 u. 368-377; Kolb: Weimarer Republik (wie Anm. 22), S. 53, 56.

37 Kölnische Zeitung, 297 b, 21.5.1928: „Das Wahlergebnis von Köln“, mit den Ergebnissen der Jahre 1924 und 1921.

38 Vgl. Linksliberalismus in Preußen. Die Sitzungsprotokolle der preußischen Landtagsfraktion der DDP und DStP 1919-1932. Eingeleitet und bearbeitet von Volker Stalman, 2 Bde., Düsseldorf 2009, Bd. 2, S. 782.

39 Vgl. ebd., Bd. 1, S. XXVIII-XL.

40 Vgl. Stephan: Acht Jahrzehnte (wie Anm. 1), S. 148.

te die Partei 1932 nur noch 1,5 Prozent (1928: 4,5 Prozent) oder 2 Mandate (1928: 21) zu erringen.<sup>41</sup> Die sich daran anschließenden heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Jungdeutschen Orden und den Demokraten führten bald zum Bruch und zum Auszug der Jungdeutschen aus der Deutschen Staatspartei. Erich Koch-Weser musste den Parteivorsitz niederlegen. Sein Nachfolger wurde Vizekanzler und Reichsfinanzminister Hermann Dietrich.<sup>42</sup>

Falk war von der Entwicklung überrascht worden.

„Bei den Demokraten“, so erinnerte sich Falk, „hatte die Neugründung Bestürzung hervorgerufen, weil sie in größter Stille und ängstlicher Heimlichkeit vorbereitet war – beispielsweise hatte ich überhaupt nichts davon gewußt. Der Reichsparteitag in Hannover [am 8. und 9. November 1930] beschloß zwar die Auflösung der Deutsch-Demokratischen Partei und die Neugründung der Staatspartei, aber auch unter ihren Befürwortern schienen manche nicht [mit] dem Herzen dabei zu sein. Schon damals erfolgten beklagenswerte Austritte, die sich steigerten, als die Wahlen das erhoffte Ergebnis nicht erbrachten.“<sup>43</sup>

Im Parteivorstand ließ Falk Ende September seiner Verärgerung freien Lauf. „Wir stehen vor einem vollständigen Trümmerhaufen. Die Hoffnungen, die sich an die Gründung der Staatspartei geknüpft haben, haben sich in keiner Weise bewährt.“ Er gehöre „zu denen, die von der Gründung der Staatspartei vollständig überrascht worden“ seien, „die aber Parteidisziplin gehalten“ hätten, „die jedoch auch heute [sich] noch nicht im klaren darüber“ seien, „ob die Gründung der Partei nötig und nützlich gewesen“ sei. Er verstand es nicht, dass die Demokraten sich mit einem latent antisemitischen Verband zusammenschließen konnten und damit den Grundsatz der religiösen Toleranz über Bord warfen. Auch musste ihn die Haltung mancher Vorstandsmitglieder, wie Wilhelm Cohnstaedts, des Redakteurs der „Frankfurter Zeitung“, verwundern, der seine Genugtuung darüber, dass die neue Partei nicht mehr als „Judenpartei“ verunglimpft werden könne, offen zum Ausdruck brachte.<sup>44</sup>

41 Vgl. Jürgen Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933. München 1986, S. 44 u. 101.

42 Vgl. Stephan: Aufstieg (wie Anm. 1), S. 439–485; Matthias/Morsey: Die Deutsche Staatspartei (wie Anm. 1), S. 31–39; Frye: Liberal Democrats (wie Anm. 1), S. 155 ff.; Schneider: Die Deutsche Demokratische Partei (wie Anm. 1), S. 253–260; Stang: Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen (wie Anm. 1), S. 24–28.

43 Vgl. Falk: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 351.

44 Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933. Eingeleitet von Lothar Albertin. Bearbeitet von Konstanze Wegner in Verbindung mit Lothar Albertin. Düsseldorf 1980, S. 585 ff. (Falk) u. S. 590 (hier Cohnstaedt).

Die antisemitischen Diffamierungen waren Folge der starken Repräsentanz von Deutschen jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft im deutschen Liberalismus vor 1933. Bis 1930 bzw. 1932 figurierte der Linksliberalismus als politische Heimat der deutschen Juden. Parteiinterne Schätzungen zufolge gaben zwei Drittel der Juden vor 1930 den Linksliberalen ihre Stimmen. Noch 1928 und 1930 waren zwanzig Prozent der demokratischen Reichstagsabgeordneten jüdischen Glaubens oder Herkunft, obwohl der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung 1925 nur 0,9 Prozent betrug. Die Parteivorsitzenden der DDP, Carl Petersen und Erich Koch-Weser, hatten beide jüdische Mütter. Zu den herausragenden jüdischen Politikern zählten unter anderem Hugo Preuß, der als Staatssekretär des Reichsamts des Innern und Reichsinnenminister 1919 für die Verabschiedung der Weimarer Verfassung zuständig war, und Reichsaußenminister Walther Rathenau, der 1922 von Mitgliedern der rechtsradikalen Organisation Consul ermordet wurde. Unterstützt wurde die DDP zudem von Zeitungen, die im Besitz bedeutender jüdischer Verlage, des Mosse- und des Ullstein-Verlags, waren. Dieser enge Konnex der deutschen Juden mit dem Linksliberalismus begann sich 1930 aufzulösen, als die DDP durch den Zusammenschluss mit dem latent antisemitischen Jungdeutschen Orden und der Gründung der Deutschen Staatspartei nach rechts rückte und bei den folgenden Wahlen auf das Niveau einer Splitterpartei absank. Seitdem lagen die Präferenzen der jüdischen Wähler bei SPD und Zentrum.<sup>45</sup>

Nicht nur für Falk, sondern für alle demokratischen Abgeordneten jüdischen Glaubens oder Herkunft bildete die Konfessionszugehörigkeit einen wirkmächtigen Fluchtpunkt in ihrer Biographie. Mochten sie sich auch als akkulturierte Juden fühlen, für die die jüdischen Religionsgesetze ihre handlungsleitende Rolle eingebüßt und ihre Verbindlichkeit verloren hatten, so wurden sie doch wiederholt durch die nicht zuletzt nach dem Ersten Weltkrieg an Stärke gewinnenden antisemitischen Verleumdungen und Anfechtungen auf ihr Anderssein hingewiesen. Diese Zurücksetzungen führten zu einer stärkeren Auseinandersetzung mit der eigenen Identität und bei vielen zu einem offensiveren Eintreten zugunsten der eigenen Religionsgemeinschaft. Die Fallhöhe, die viele jüdische Demokraten, wie Falk, nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten durchleben mussten, war enorm. Täglichen Schikanen und Angriffen ausgesetzt, ging Falk nach den erschreckenden Erlebnissen der Pogromnacht vom 9. November 1938 in die Emi-

45 Vgl. Ernest Hamburger/Peter Pulzer: Jews as Voters in the Weimar Republic. In: Leo Baeck Institute Year Book XXX (1985), S. 3–66; P. B. Wiener: Die Parteien der Mitte. In: Werner Mosse/Arnold Paucker (Hrsg.), Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik. Tübingen 1965, S. 289–321; Martin Liepach: Das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung. Zur politischen Orientierung der Juden in der Weimarer Republik. Tübingen 1996.

gration nach Brüssel. Für den deutschen Patrioten, der im Ersten Weltkrieg seinen ältesten Sohn verloren hatte und selber für seine Verdienste im Krieg ausgezeichnet worden war, war dies eine ausgesprochen bittere und qualvolle Erfahrung.<sup>46</sup>

„Die Welt“, so schrieb Bernhard Falks Schwager Fritz Wahl rückblickend, „wird noch lange dem Rätsel nachgehen, wie das große deutsche Volk dazu kommen konnte, sich und sein eigenes Geschick einer abenteuernden Horde wahnwitziger Konjunkturritter zu überantworten. Das Urteil der Geschichte wird hoch über die Vernichter des Reiches die Millionen ihrer Opfer erheben. Und zu diesen gehört der rheinische Jude und deutsche Patriot Bernhard Falk.“<sup>47</sup>

## Anton Erkelenz

War Falk in manchem für den rechten, bürgerlichen und betont national orientierten Flügel der Partei repräsentativ, so vertrat Anton Erkelenz den linken, den Gewerkschaftsflügel, der allerdings relativ schwach ausgeprägt war und während der zwanziger Jahre mit der Zunahme der finanz- und wirtschaftspolitischen Probleme sukzessive an Bedeutung verlor.<sup>48</sup>

Anton Erkelenz, so erinnerte sich der langjährige Reichsgeschäftsführer der DDP, Werner Stephan,

„war durch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine hochgekommen. Er war ein origineller Denker in allen sozialpolitischen Problemen, leidenschaftlich gewillt, die Arbeiterschaft durch geistige Erziehung, aber auch durch praktische Hilfe vorwärtszubringen, dabei aller Schablone abgeneigt, skeptisch gegenüber der Bismarckschen autoritären Sozialpolitik und immer auf Vermehrung aller Selbstverwaltungsinstitutionen, auch im Versicherungswesen, bedacht. Der große vier-schrötige Mann mit dem hochgebürsteten Haar und dem rötlich schimmernden Vollbart war ein typischer selfmademan. Unter ziemlich niedriger Stirn saßen zwei strahlend blaue Augen, wach und durchdringend, aus ihnen sprach Idealismus ohne Verstiegtheit. Nie ließ Erkelenz sich den klaren Blick trüben.“<sup>49</sup>

46 Vgl. Falk: *Erinnerungen* (wie Anm. 2), S. 126–131; allgemein Moshe Zimmermann: *Die deutschen Juden 1914–1945*. München 1997, S. 46–76.

47 Fritz Wahl: *Bernhard Falk. Ein rheinischer Patriot*. In: *Den Unvergessenen. Opfer des Wahns 1933 bis 1945*. Heidelberg 1952, S. 105–122, hier S. 122.

48 Zu Anton Erkelenz vgl. Axel Kellmann: *Anton Erkelenz. Ein Sozialliberaler im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*. Berlin 2007; ders.: *Anton Erkelenz. Ein Sozialliberaler in der SPD am Ende der Weimarer Republik*. In: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 39 (2003), H. 4, S. 479–504; Katharina Kellmann: *Anton Erkelenz (1878–1945). Als Sozialliberaler zur SPD*. In: Detlef Lehnert (Hrsg.): *Vom Linkliberalismus zur Sozialdemokratie. Politische Lebenswege in historischen Richtungskonflikten 1890–1933*. Köln 2015, S. 263–289.

49 Stephan: *Acht Jahrzehnte* (wie Anm. 1), S. 106.

Der 1878 in Neuss am Rhein geborene Anton Erkelenz stammte aus einer katholischen Handwerkerfamilie. Nach seiner Ausbildung zum Dreher und Schlosser fand er eine Stelle in einer Düsseldorfer Maschinenfabrik und trat 1897 in den liberalen Gewerkverein Deutscher Metallarbeiter ein.<sup>50</sup> Die von Max Hirsch und Franz Duncker 1868 gegründeten Gewerkvereine waren einem sozialharmonischen Gesellschaftsbild verpflichtet und vertraten einen genossenschaftlichen Liberalismus. Auch wenn sie für eine kollektive Interessenvertretung der Arbeiterschaft eintraten, waren sie mehr an Selbsthilfe als am Streik interessiert. Arbeitsniederlegungen wurden zwar als letztes Mittel nicht ausgeschlossen, doch strebte man unter Postulierung harmonischer Unternehmer-Arbeiter-Beziehungen die Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern und einen beiden Seiten berücksichtigenden Interessenausgleich an. Das Prinzip der Selbsthilfe besaß für liberale Gewerkschafter einen geradezu emanzipatorischen Wert. Durch Selbsthilfeeinrichtungen wie Kranken- und Unterstützungskassen sollte die Lage der Arbeiter verbessert und der soziale Aufstieg des Einzelnen ermöglicht werden. Demgegenüber stand man dem sozial gestaltenden Handeln des Staates zumal anfangs skeptisch, bis ablehnend gegenüber. Doch änderte sich dies in dem Maße, in dem man sah, dass sich durch Selbsthilfe eine Änderung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Vierten Standes kaum bewerkstelligen ließ.<sup>51</sup>

Nachdem Erkelenz seinen Wehrdienst abgeleistet und eine Zeitlang im elterlichen Betrieb gearbeitet hatte, trat er 1902 eine Stelle als hauptamtlicher Funktionär im Arbeitersekretariat beim „Rheinisch-Westfälischen Ausbreitungsverband“, einer Organisation der Düsseldorfer Gewerkvereine, an. Zugleich betreute er als Redakteur den wöchentlich erscheinenden „Gewerkvereinsboten“. Rasch geriet er in Konflikt mit der Berliner Zentrale, deren konfliktscheue Strategie er für verfehlt hielt. Namentlich die jungen Mitglieder der Düsseldorfer Opposition wollten mit dem betulichen Image einer Selbsthilfeorganisation und eines Kassenunterstützungsvereins aufräumen. Dieser Opposition ließ der junge Arbeitersekretär aus Neuss seine Stimme. Auch er wollte die Gewerkvereine reformieren und sie als moderne Interessenvertretung der Arbeiterschaft neu aufstellen. Vehement befürwortete er nicht nur ein offensiveres Auftreten des Vereins, sondern auch staatliche Eingriffe in Wirtschaft und Gesellschaft zum Wohle der Arbeiter. Zudem sprach er sich für eine Erweiterung des Systems staatlicher Sicherheit durch die

50 Vgl. A. Kellmann: Erkelenz, 2007 (wie Anm. 48), S. 13–16.

51 Vgl. Hans-Georg Fleck: Sozialliberalismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 1868–1914. Köln 1994; ders.: „Wider die Zügellosigkeit des sozialen Faustrechts“. Gewerkschaftlicher Sozialliberalismus und Deutsche Fortschrittspartei. In: Detlef Lehnert (Hrsg.): Sozialliberalismus in Europa. Herkunft und Entwicklung im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Wien, Köln, Weimar 2012, S. 83–107. Vgl. allgemein dazu auch Karl Holl/Günter Trautmann/Hans Vorländer (Hrsg.): Sozialer Liberalismus. Göttingen 1986.

Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung aus.<sup>52</sup> Doch die Gewerkvereinsführung war nicht bereit, diese forsche Infragestellung überkommener Grundsätze und Prinzipien zu tolerieren. Als einer der Wortführer der Düsseldorfer Opposition wurde Erkelenz 1903 aus dem Gewerkverein der Metallarbeiter ausgeschlossen. Nachdem die Reformer an Boden gewonnen hatten, konnte er zwei Jahre später wieder dem Verein beitreten.<sup>53</sup>

Die verhaltende Skepsis der Verbandsführung gegenüber derartigen Reformplänen traf bei Erkelenz nur auf Unverständnis:

„Jene alten Herren basieren auf dem lendenlahmen Manchestergrundsatz, sie überhören das Pochen einer neuen Zeit. Jedweder staatliche Zwang ist von Ihnen in Acht und Bann getan, ein jeder helfe sich selbst und sehe zu, wie er durchkommt, ist ihr Hauptprinzip. [...] Freiheit in ihrem Sinne ist, wenn jeder ohne Beschränkung machen kann, was er will, aber sie vergessen, dass die schrankenlose Freiheit des einzelnen vielfach die größte Unfreiheit und Sklaverei für eine ganze Reihe anderer Leute bedeutet.“<sup>54</sup>

Sozialpolitik war für ihn letztlich ein Politikfeld, das der Liberalismus in vergangenen Jahrzehnten weitgehend vernachlässigt hatte.

Erkelenz' Aufstiegswille und Bildungsdrang manifestierten sich früh. 1897/98 besuchte er die „Volkswirtschaftsschule“, eine vom Journalisten Gottfried Stoffers geleitete Fortbildungseinrichtung der Düsseldorfer Gewerkvereine. In den Jahren 1906 und 1907 hörte er als Gasthörer Vorlesungen der Frankfurter Wirtschaftsakademie (Handelshochschule), an der er sich wirtschaftstheoretische Kenntnisse erwarb, die ihm später in seiner publizistischen Auseinandersetzung mit Reichskanzler Heinrich Brüning und der von diesem vertretenen Deflationspolitik zugutekommen sollten.<sup>55</sup>

Erkelenz, so Werner Stephan, „hatte sich durch Selbststudium ein großes Wissen erworben, aber auch den Eigensinn ausgebildet, der bei einsamen Grübeln am Schreibtisch im schlecht geheizten möblierten Zimmer entsteht. Seine Konstitution war nicht so robust, wie seine groben Hände vermuten ließen.“<sup>56</sup>

52 Vgl. E. (Anton Erkelenz): Zwangsarbeitslosenversicherung. In: Der Gewerkvereinsbote, Nr. 2 vom 9. Januar 1903, S. 8.

53 Vgl. A. Kellmann, Erkelenz, 2007 (wie Anm. 48), S. 16–38; Rennie William Brantz: The Question of Reform. The „Düsseldorf Opposition“ and Anton Erkelenz in the Hirsch-Duncker Trade Unions, 1900–1914. In: IWK 14 (1978), S. 295–311.

54 Vgl. E. (Anton Erkelenz): Die Ausbreitungsverbände. In: Der Gewerkvereinsbote, Nr. 1 vom 2. Januar 1903, S. 5.

55 Vgl. A. Kellmann, Erkelenz, 2007 (wie Anm. 48), S. 13; K. Kellmann, Erkelenz (wie Anm. 48), S. 265. Zur 1901 gegründeten Frankfurter Wirtschaftsakademie vgl. Gunther Herbert Zander: Gründung der Handelshochschulen im deutschen Kaiserreich (1898–1919). Diss. Köln 2004, S. 126–144.

56 Stephan: Acht Jahrzehnte (wie Anm. 1), S. 106.

1907 erhielt Erkelenz eine Stelle als hauptamtlicher Arbeitersekretär in der Berliner Zentrale der Gewerkvereine, ein Amt, das er bis 1912 bekleiden sollte. Vor dem Weltkrieg widmete er sich als freiberuflicher Journalist und Schriftsteller dem Aufbau einer liberalen Arbeiterbewegung. Seine journalistische Begabung war bereits in seinen ersten Artikeln, die seit 1902 in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften erschienen, zum Ausdruck gekommen. Freiheit und soziale Verantwortung sollten miteinander verbunden und der liberalen Gesellschaft soziale Stützpfeiler eingezogen werden. Für diese Vorstellungen warb er auch 1906 in der liberaldemokratischen „Westdeutschen Abendpost“, die er wenige Monate leitete. In der Folgezeit erschienen in regelmäßigen Abständen Beiträge in linksliberalen Blättern, in denen er sein schriftstellerisches Talent in den Rhythmus des Bedarfs zu zwingen versuchte. Ein bevorzugtes Publikationsorgan stellte die von Friedrich Naumann begründete Zeitschrift „Die Hilfe“ dar, die liberale Politik mit sozialem Engagement zu verbinden trachtete. Erkelenz’ „Manuskripte, mit einer schweren Arbeiterhand geschrieben, bedurften damals noch der gelegentlichen stilistischen Säuberung“, so Heuss später.<sup>57</sup> Aber nicht nur in der parteieigenen Presse, sondern auch in überregionalen, meinungsbildenden Zeitungen, wie dem „Berliner Tageblatt“, veröffentlichte er programmatische Leitartikel.<sup>58</sup> Sein publizistisches Wirken erklärt sich teilweise auch mit seiner befristeten Anstellung als Arbeitersekretär, war gleichsam eine Art Not- und Überlebensbehelf.

Der mittelständische Hintergrund seines Elternhauses, die Hochschätzung des liberalen Individualitätsprinzips und des Privateigentums verhinderten im Kaiserreich einen Anschluss an die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung und führten Erkelenz in die liberale Gewerkvereinsbewegung. 1904 begann er sich auch politisch zu engagieren. Er wurde Mitglied der Freisinnigen Vereinigung und nach dem Zusammenschluss der drei linksliberalen Parteien, der Freisinnigen Vereinigung, der Freisinnigen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei, 1910 auch Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei (FVP). In der Partei spielte er als Vertreter des linken Flügels bald eine führende Rolle. Er wollte den Liberalismus mit Hilfe der Arbeiter erneuern, die FVP in eine Partei der Arbeiter und Bürger verwandeln. Durch ihr sozialpolitisches Engagement sollte die Partei letztlich auch die SPD überflüssig machen.<sup>59</sup>

Führend war Erkelenz auch an der Gründung des „Reichsvereins liberaler Arbeiter und Angestellter“ beteiligt, der in der Partei den Interessen der Ar-

57 Theodor Heuss: *Erinnerungen 1905–1933*. Tübingen 1963, S. 312.

58 Vgl. *Berliner Tageblatt*, Nr. 152 vom 30. März 1922: Anton Erkelenz: *Demokratie als Gesinnung*; *Berliner Tageblatt*, Nr. 542 vom 14. November 1924: Anton Erkelenz: „Nicht ‚bürgerlich oder sozialistisch‘, sondern demokratisch“.

59 Vgl. K. Kellmann. Erkelenz (wie Anm. 48), S. 273 f.

beiter und Angestellten Gehör verschaffen sollte.<sup>60</sup> Seinen Versuchen, ein Mandat für den Reichstag zu erlangen, war weder 1907 noch 1912, als er in Hessen 1 (Gießen) als gemeinsamer liberaler Kandidat immerhin 28,2 Prozent der Stimmen errang, Erfolg beschieden.<sup>61</sup>

Während des Ersten Weltkrieges diente Erkelenz an der West- und Ostfront, wurde verwundet und mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse ausgezeichnet, bis er schließlich 1917 für den elterlichen Betrieb freigestellt wurde. Nach dem Ende des Krieges begann er, sich wieder politisch zu engagieren, und war im November 1918 führend an der Gründung der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) in Düsseldorf beteiligt. Im Januar 1919 wurde er für den Wahlkreis Düsseldorf-Ost in die Deutsche Nationalversammlung gewählt. Erkelenz gehörte nicht nur der Nationalversammlung, sondern bis 1930 auch dem Reichstag für die DDP an.<sup>62</sup>

Mit der neuen Staatsform vermochte er sich rasch abzufinden. Bereits vor 1914 war er Anhänger einer parlamentarischen Monarchie und begann sich nach der Abdankung des Kaisers und der Ausrufung der Republik zu einem überzeugten Republikaner zu wandeln.<sup>63</sup> Seine parlamentarische Tätigkeit begleitete er als Journalist und politischer Schriftsteller. So gab er seit 1923 zusammen mit Getrud Bäumer die namhafte Wochenschrift „Die Hilfe“ heraus. Unter seinen zahlreichen Wirkungsfeldern kam seinem Engagement im 1924 gegründeten Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eine besondere Bedeutung zu. Das von Vertretern der Weimarer Koalitionsparteien SPD, Zentrum und DDP gegründete Reichsbanner verstand sich als überparteilicher Bund republikanisch gesinnter Kriegsteilnehmer, der seine Hauptaufgabe in der Verteidigung der Republik, im Schutz von Versammlungen der republiktreuen Parteien und in der Stärkung des republikanischen Gedankens sah.<sup>64</sup>

Als profiliertes Mitglied des linken Flügels wurde Erkelenz am 1. März 1921 zum Vorsitzenden des Parteivorstands gewählt, ein Amt, das er bis 1929 bekleiden sollte. Erkelenz war einer der führenden Politiker der Partei, der zudem von 1919 bis 1921 dem Reichsarbeitsausschuss vorstand.<sup>65</sup> Als 1929 das Amt des Vorsitzenden des Parteivorstands abgeschafft wurde, musste sich der gesundheitlich angeschlagene Erkelenz mit

60 Vgl. A. Kellmann: Erkelenz, 2007 (wie Anm. 48), S. 38–66.

61 Vgl. Handbuch der Reichstagswahlen 1890–1918. Bündnisse, Ergebnisse, Kandidaten. Bearbeitet von Carl-Wilhelm Reibel. 2 Bde. Düsseldorf 2007, Bd. 1, S. 752, 868 u. Bd. 2, S. 1320 f.

62 Vgl. MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage. Bearbeitet von Max Schwarz. Hannover 1965, S. 642.

63 Vgl. A. Kellmann: Erkelenz, 2003 (wie Anm. 48), S. 484.

64 Zum Reichsbanner vgl. Benjamin Ziemann: Die Zukunft der Republik? Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924–1933. Bonn 2011; Karl Rohe: Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik. Düsseldorf 1966.

65 Vgl. Linksliberalismus in der Weimarer Republik (wie Anm. 44), S. XL.

dem Posten des stellvertretenden Parteivorsitzenden begnügen. Es war ein Stück Machtverlust, der die inzwischen eingetretene Entfremdung zwischen dem Gewerkschafter und seiner zunehmend nach rechts gravitierenden Partei verstärken musste.<sup>66</sup>

Als Vorsitzender war er nicht unbedingt beliebt, so befand Reichsgeschäftsführer Stephan später.

„Er war reizbar und empfindlich, nicht ohne Minderwertigkeitskomplexe und auch nicht ohne die Neigung zur Überkompensation. An die Grobheit, mit der er mir in den ersten Monaten für meine Arbeitszeit, meine Reisedispositionen und andere äußere Dinge Befehle erteilte, gewöhnte ich mich schwer. [...] Erkelenz, der in einer bescheidenen Etagenwohnung im Baumschulenweg lebte, nahe der Oberschöneweider Fabriken von Rathenaus AEG, und der bei den Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereinen im Berliner Nordosten in einem kleinen Zimmer amtierte, arbeitete dagegen fast täglich in unserer Geschäftsstelle; er war daher ihrem Innenleben eng verbunden. Hier konzentrierte er bald auch seine literarische Tätigkeit.“<sup>67</sup>

In der Nationalversammlung vermochte sich Erkelenz schnell als Sprecher des linken Flügels und Vertreter einer aktiven Sozialpolitik einen Namen zu machen. So legte er während der Sozialisierungsdebatte im Februar 1919 in einer Sitzung seiner Fraktion in der Nationalversammlung einen Antrag vor, der für liberale Verhältnisse sehr weit, für viele letztlich zu weit ging. Gefordert wurde nicht nur die Ausarbeitung eines einheitlichen Arbeitsrechts für Arbeiter und Angestellte, sondern auch die Sozialisierung des Kohle-, Kali- und Energiesektors sowie die Aufteilung des unrentablen Großgrundbesitzes. Auch wurde die Einsetzung eines Ausschusses reklamiert, der der Frage, inwiefern Arbeiter und Angestellte am Ertrag des Unternehmens beteiligt werden konnten, nähertreten sollte. Wenn Erkelenz in der Fraktion auch einige Fürsprecher fand, so lehnte die überwiegende Mehrheit der demokratischen Reichstagsabgeordneten diese Postulate ab und weigerte sich, der Nationalversammlung einen entsprechenden Antrag vorzulegen.<sup>68</sup> „Seine Stellung in der Fraktion“, so meinte später Theodor Heuss, habe „nie den Rang“ erreicht, „auf den er Anspruch zu haben glaubte“.<sup>69</sup>

Offen trat Erkelenz im Januar 1920 für das Betriebsrätegesetz ein, da er die Mitwirkung der Arbeiter an der Produktion für richtig hielt.

66 Vgl. ebd., S. XIX, XXIV, XXXVII, XL, XLIV f.

67 Vgl. Stephan: Acht Jahrzehnte (wie Anm. 1), S. 106–108.

68 Vgl. Linksliberalismus in der Weimarer Republik (wie Anm. 44), S. 53 und Anm. 18. Vgl. auch Erkelenz' Rede vom 8. März 1919. In: Stenographische Berichte der Deutschen Nationalversammlung (SBNV) 1919/20, 23. Sitzung, S. 610–614.

69 Vgl. Heuss: Erinnerungen (wie Anm. 57), S. 312.

„Die Wiederherstellung des Arbeitsverhältnisses, wie es vor dem Kriege war, ist heute nicht mehr möglich. Neue Formen werden sich im Wirtschaftsleben herausbilden. Auf höherer Stufe finden neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Bindungen statt, denen sich niemand widersetzen kann.“<sup>70</sup>

Anfangs lehnte Erkelenz allerdings den Regierungsentwurf zum Betriebsrätegesetz ab, da er in den vorgesehenen Betriebsräten Klassenkampforgane zu sehen glaubte. Die Betriebsräte sollten vielmehr die Grundlage gemeinsamen Arbeitens im Betrieb suchen und deshalb von Arbeitern, Angestellten und Unternehmern gebildet werden, mithin als „Parlament“ des Betriebs fungieren. Immerhin konnten die Rechte des Betriebsrats in liberalem Sinne geregelt und eine Mindestvertretung für Angestellte und Frauen vorgeschrieben werden. Wenn Erkelenz auch nicht mit all seinen Forderungen durchdrang, stimmte er dem Gesetz schließlich zu.<sup>71</sup>

In der Sozialpolitik versuchte Erkelenz in den zwanziger Jahren neue Akzente zu setzen. Die Entstaatlichung der Sozialpolitik wurde eines seiner Lieblingsthemen. Es gelte, meinte er 1928, den staatlichen Einfluss auf die Organisationen der Sozialversicherung zu reduzieren und diese „der vollen Selbstverwaltung der Beteiligten zu übergeben“.<sup>72</sup> Zwischen dem „starrten System der rein gesetzlichen und dem unstarren System der gänzlich freien Vereinbarung“ müsse ein Mittelweg gefunden werden. „Es kommt entscheidend darauf an, soviel Selbstverantwortung und Selbstbestimmung zu retten, als möglich ist. Es kommt ebenso darauf an, den Staat von der Verantwortung, die er nicht tragen kann, zu entlasten.“<sup>73</sup>

Die Frage des kommenden Friedensvertrags beschäftigte Erkelenz als Rheinländer im besonderen Maße. In den Monaten zwischen der Unterzeichnung des Waffenstillstands und der Übergabe der alliierten Friedensbedingungen hatte er sich wie viele Deutsche der Illusion eines gerechten Friedens hingegeben und sich, wie es sein Parteifreund Ernst Troeltsch damals formulierte, im „Traumland der Waffenstillstandsperiode“ befunden.<sup>74</sup> Die Ernüchterung war groß, als im Mai 1919 die Friedensbedingungen bekannt wurden. Über die Parteigrenzen hinweg riefen sie Empörung hervor, auch Erkelenz lehnte die Vertragsbedingungen leidenschaftlich ab. Als die Alliierten ihren Forderungen jedoch mit der Drohung, im Falle der Ablehnung durch Deutschland ihre Truppen in das innere Reichsgebiet einmarschieren zu las-

70 Vgl. die Rede von Erkelenz am 18. Januar 1920; SBNV 1919/20, 140. Sitzung, S. 4494–4497, hier S. 4494.

71 Vgl. A. Kellmann: Erkelenz, 2007 (wie Anm. 48), S. 111–120.

72 Vgl. Anton Erkelenz: Die deutsche Sozialpolitik. In: ders. (Hrsg.): Zehn Jahre (wie Anm. 18), S. 303–325, hier S. 320.

73 Ebd., S. 324.

74 Ernst Troeltsch (Spectator): Nach der Entscheidung, 26.6.1919. In: ders.: Die Fehlgeburt einer Republik. Spektator in Berlin 1918 bis 1922. Zusammengestellt und mit einem Nachwort versehen von Johann Hinrich Claussen. Frankfurt a. M. 1994, S. 56–62, hier S. 61 f.

sen, Nachdruck verliehen, plädierte Erkelenz aus innenpolitischen Gründen für die Annahme des Vertrags. Bei einer Besetzung Deutschlands hätten die rheinischen Separatisten ihre Ziele mit Hilfe der Alliierten, der Franzosen und Belgier zumal, umstandslos erreichen können, die Reichseinheit wäre bedroht gewesen. Die Gefahren waren dem Düsseldorfer Abgeordneten, in dessen Wahlkreis im Dezember 1918 belgische Truppen eingerückt waren, wohl bewusst. Früh hatte er sich deshalb auch gegen die rheinischen Loslösungsbestrebungen gewandt.<sup>75</sup> Bei der entscheidenden Abstimmung am 22. Juni 1919 beugte er sich schließlich der Fraktionsmehrheit und stimmte gegen die Annahme des Vertrags. Die ablehnende Haltung der Gewerkvereine gegenüber Versailles mochte hier ebenso eine Rolle gespielt haben, wie die Tatsache, dass sich im Parlament eine Mehrheit für die Friedensannahme abzeichnete und es sinnlos gewesen wäre, sich in der Fraktion zu isolieren.<sup>76</sup>

Am Schicksal der besetzten Gebiete, nicht zuletzt nach dem Einmarsch belgischer und französischer Truppen ins Ruhrgebiet im Januar 1923, nahm Erkelenz lebhaft Anteil. Um sich über die Auswirkungen des passiven Widerstands vor Ort ein Bild machen zu können, besuchte er regelmäßig seinen Wahlkreis. „Die Stimmung im Ruhrgebiet“, berichtete er am 27. Januar dem Parteivorstand, „ist absolut einig und einheitlich.“ Es komme vor allem darauf an, „möglichst lange passiven Widerstand [zu] leisten mit der Hoffnung, daß sich inzwischen politische Änderungen in Frankreich oder anderswo vollziehen und neue Besprechungen mit Anstand vorgenommen werden können“.<sup>77</sup> Aber Erkelenz sah bald, dass sich der passive Widerstand nicht auf Dauer durchhalten ließ. „Wenn die Dinge sich so weiter entwickeln wie in den letzten Tagen“, so befand Erkelenz im Juli 1923 im Vorstand der DDP, „dann wächst die Gefahr des Verlustes der Substanz bis ins Riesenhafte“. Der „Kampf im Rhein- und Ruhrgebiet“ müsse „bis zum Frühherbst liquidiert werden. Auch die Demokratische Partei muß sich auf die kommenden Ereignisse einstellen.“<sup>78</sup>

An den Besprechungen mit der Reichsregierung im September und Oktober nahm auch der Düsseldorfer Gewerkschafter teil, der sich zwar zurückhielt, jedoch die Ausführungen Falks unterstützte und jegliches Entgegen-

75 Vgl. Anton Erkelenz: Erinnerungen aus der Nationalversammlung. In: Die Hilfe 2 vom 15. Januar 1929, S. 62.

76 Vgl. SBNV 1919/20, 40. Sitzung, S. 1136; A. Kellmann, Erkelenz, 2007 (wie Anm. 48), S. 95–104. Vgl. insgesamt auch Jürgen C. Hess: „Das ganze Deutschland soll es sein“. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei. Stuttgart 1978.

77 Vgl. Linksliberalismus in der Weimarer Republik (wie Anm. 44), Dok. 103, S. 286.

78 Vgl. ebd., Dok. 107, S. 296 f.

kommen gegenüber den Loslösungsbestrebungen ablehnte.<sup>79</sup> Entschieden setzte er sich im Oktober für die Einsetzung eines für die Verhandlungen mit Frankreich zuständigen Ausschusses ein, der mit Vertretern der Parteien besetzt werden sollte.<sup>80</sup> Im Reichstag machte er sich zum Sprecher seiner leidgeprüften Heimat und wies wiederholt darauf hin, dass das Rheinland seit 1919 die Hauptlast in der Auseinandersetzung mit Frankreich getragen habe. „Das Rheinland hat geglaubt, in diesem Kampfe für das ganze Deutsche Reich und für das ganze Deutschland zu kämpfen.“ Es dürfe deshalb von der Reichsregierung nicht im Stich gelassen werden.<sup>81</sup>

Den Niedergang der DDP bei den Wahlen nahm er mit großer Sorge zur Kenntnis. Auch wenn der Negativtrend anhalten sollte, so Erkelenz in einer Sitzung des Vorstands im Mai 1924, sei es doch „gefährlich, demgegenüber zu resignieren, es muß vielmehr ein aktiver Kampf für Republik und Demokratie aufgenommen werden, und er muß sich den neuen Formen der Propaganda anpassen. Die Republik ist zu nüchtern gewesen und hat dem Gemüt zu wenig geboten; das muß anders werden.“<sup>82</sup> Aber gegen die wirtschaftlichen Verwerfungen und Krisen, die Inflation und die Weltwirtschaftskrise, hatte auch er kein Rezept parat.<sup>83</sup>

Als die DDP mit dem Jungdeutschen Orden fusionierte, trat Erkelenz aus der Partei aus und wechselte als überzeugter Demokrat und Republikaner 1930 zur SPD.<sup>84</sup> In seiner Austrittserklärung rechnete Erkelenz mit dem Kurs der Parteiführung um Erich Koch-Weser ab, die sich mit ihrer Politik immer mehr vom Gründungsprogramm der DDP entfernt hätte und „Opfer nationalistischer und antisozialistischer Schlagworte geworden“ sei. Die Interessen der Arbeiterschaft fänden in der Partei kein Gehör mehr. „Wenn die Wortführer des deutschen Bürgertums einen Entscheidungskampf suchen gegen den Teil des Volkes, der in Not und Verzweiflung am treuesten zum neuen Staat gestanden hat, dann ist mein Platz an der Seite der Arbeitenden, an der Seite derjenigen, die für die Freiheit der Arbeit, der Arbeit des Geistes und der Hand eintreten.“<sup>85</sup> In der SPD, seiner neuen politischen Heimat, sollte der Gewerkschafter jedoch keine bedeutende Rolle mehr spielen. Publizistisch war er gleichwohl weiter, unter anderem auch für die „Hilfe“, tä-

79 Vgl. Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Stresemann (wie Anm. 31), Bd. 1, Nr. 76, S. 334–338, hier S. 336–338, Nr. 77, S. 339–345, hier S. 342 u. Bd. 2, Nr. 179, S. 761–836, hier S. 801.

80 Vgl. ebd., Bd. 2, S. 820.

81 Vgl. Erkelenz' Rede am 23. November 1923. In: Stenographische Berichte des Deutschen Reichstages (SBR) 1920/24, 393. Sitzung, S. 12241–12249, hier S. 12241.

82 Vgl. Linksliberalismus in der Weimarer Republik (wie Anm. 44), Dok. 114, S. 318 (Sitzung des Vorstands vom 21.5.1924).

83 Vgl. ebd., S. 317: „Der verhältnismäßig ungünstige Wahlausgang ist zum guten Teil auf die Wirkung der Inflation zurückzuführen.“

84 Vgl. Heuss: Erinnerungen (wie Anm. 57), S. 312 f.

85 Vorwärts 331 vom 30. Juli 1930.

tig.<sup>86</sup> Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten zog sich Erkelenz aus der Politik zurück. Er starb im April 1945 in Berlin, als er seine Haushälterin vor marodierenden Soldaten der Roten Armee schützen wollte.<sup>87</sup>

## Schluss

Beide rheinischen Politiker stehen für eine beachtliche politische Bandbreite, die der deutsche Linksliberalismus nach dem Ersten Weltkrieg aufwies. Der Anspruch der DDP, eine „wahre Volkspartei“<sup>88</sup> zu sein, schien bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 seine Bestätigung zu finden. Mit 18,5 Prozent begann sich die DDP als Partei der Bürger und Arbeiter zu positionieren. Auch im Rheinland, wo die Linksliberalen traditionell etwas schwächer waren, hoffte man auf einen politischen Neuanfang. Viele Deutsche jüdischen Glaubens oder Herkunft sahen ihre politische Heimat in der DDP. Der emanzipatorische Impetus, der die Nähe zu den progressiven Parteien begründete, aber auch die Wertschätzung des Eigentums erklären diese Affinität zum politischen Liberalismus. Die relativ starke Präsenz jüdischer Politiker in der DDP mag deshalb nicht überraschen.

Beispielhaft kann hierfür der Kölner Politiker Bernhard Falk stehen, der ungeachtet des Zusammenschlusses mit dem latent antisemitischen Jungdeutschen Orden seiner nunmehr unter einem neuen Etikett laufenden Partei die Treue hielt. Während mit Falk, einem Vertreter des gemäßigten, bürgerlichen Flügels, auf die Bedeutung der Politiker jüdischen Glaubens im Linksliberalismus rekurriert wird, illustriert das Beispiel des Gewerkschafters Erkelenz den Anspruch, Freiheit und Gleichheit, Liberalismus und soziale Gerechtigkeit miteinander zu verbinden und die politische Grundlage des Liberalismus zu erweitern. Der linke Flügel blieb in der Partei und in den Fraktionen gleichwohl unterrepräsentiert. Während der zwanziger Jahre verlor der sozialliberale Flügel weiter an Bedeutung, das Interesse an sozialen Themen schwand. Mit der Zunahme wirtschaftlicher Probleme und den wachsenden Haushaltsproblemen, die eine auch von den Demokraten mitgetragene Sparpolitik erzwingen, begann das ohnehin nicht sehr deutlich ausgebildete sozialpolitische Profil der linksliberalen Partei zu verschwimmen. Die Demokraten standen überdies vor dem Dilemma, dass sie sich als „Gesamtinteressenpartei“ verstanden, das Gemeinwohl über das Partikularinteresse

86 Vgl. A. Kellmann: Erkelenz, 2007 (wie Anm. 48), S. 202–216; A. Kellmann: Erkelenz, 2003 (wie Anm. 48), S. 488–503.

87 Vgl. ebd., S. 503 f.

88 So Otto Nuschke in seinem Geschäftsbericht auf dem ersten Parteitag der DDP, in: Bericht über die Verhandlungen des 1. Parteitags der Deutschen Demokratischen Partei abgehalten in Berlin vom 19. bis 22. Juli 1919, Berlin 1919, S. 9–17, hier S. 15

stellten und deshalb zur offensiven Vertretung der Interessen und Forderungen ihres Elektorats nicht in der Lage waren.<sup>89</sup> Die Lebenswege der beiden rheinischen Politiker illustrieren letztlich auf ihre Weise die schwindende Akzeptanz liberaler Politik und damit den schleichenden Niedergang des organisierten Linksliberalismus.

Für beide Politiker war die Verwurzelung im Rheinischen von besonderer Prägestärke. Die Verbundenheit gegenüber ihrer Heimat begründete Verpflichtungen und Verflechtungen, Bindungen und Loyalitäten, die in den krisenhaften Jahren nach dem Ersten Weltkrieg eine besondere Rolle spielen sollten. Die Zugehörigkeit zum Rheinland bestimmte das politische Handeln und Wirken der beiden Abgeordneten in der Nationalversammlung, im Reichstag und im Preußischen Landtag sowie in der sogenannten Rheinlandbewegung der Jahre 1918/19 und 1923. Als Angehörige einer Grenzregion spielte der Leitwert „Nation“ für beide eine zentrale Rolle und machte die Wahrung der Reichseinheit angesichts des wiederholten Aufflackerns des rheinischen Separatismus prioritär. Falk und Erkelenz, die zwei, von alliierten Truppen besetzte Wahlkreise vertraten, wussten sehr genau, welche Belastungen die dortige Bevölkerung zu tragen hatte. Diese Erfahrung erzwang eine nüchterne Analyse der außenpolitischen Rahmenbedingungen und machte beide zu erbitterten Gegnern einer nationalen Gefühlspolitik, die von den politischen Erfordernissen und Notwendigkeiten des besetzten Gebiets abstrahierte. Wenn auch, wie im Falle der Ablehnung des Versailler Vertrags die Empörung über das alliierte Diktat mitunter Oberhand gewinnen konnte, so verwarfen beide doch im Krisenjahr 1923 eine von ihnen als unverantwortlich angesehene Obstruktions- und Katastrophenpolitik. Aufgrund der Problemlagen des rheinischen Grenzlands waren beide letztlich zu sehr Realpolitiker, als dass sie derartige Abenteuer hätten unterstützen können.

89 Vgl. Schneider: Die Deutsche Demokratische Partei (wie Anm. 1), S. 46–49.



## Liberale im Rheinland nach 1933<sup>1</sup>

Die Gestapostelle Aachen konnte im Juli 1934 aufatmen: Nach seitenlangen Berichten über katholische Umtriebe, die aufflammende Protestfähigkeit vieler Kirchgänger und den ein oder anderen verstreuten Kommunisten konnte man in Bezug auf „liberalistische Bestrebungen“ Fehlanzeige vermelden. Im Aachener Bezirk finde man dafür – so das Urteil der Beamten – „mit seiner fast 100%-igen katholischen Bevölkerung auch kaum geeignete[n] Boden“.<sup>2</sup> Auch die Kollegen der anderen Staatspolizeistellen ließen sich ausgiebig über Katholiken, Protestanten, Sozialdemokraten oder Kommunisten aus – von liberalen Aktivitäten ist jedoch nirgends die Rede.<sup>3</sup>

Der genauere Blick in die Quellen mahnt – wie so häufig – zur Vorsicht. Rheinaufwärts formulierte der Koblenzer Regierungspräsident Harald Turner<sup>4</sup> erste Zweifel an der politischen Zuverlässigkeit mancher Bevölkerungsteile. Im Gegensatz zur Beamtenschaft, in der trotz der wirtschaftlich nicht immer einfachen Lage Zuversicht herrsche, vertrete der Großteil des Bürgertums noch immer die Werte der „alten liberalen Weltanschauung“.<sup>5</sup>

Auch in den folgenden Monaten bemängelte er: „Ein großer Teil der Bevölkerung lebt noch immer allzusehr in individualistisch-liberalistischen Ge-

- 1 Überarbeiteter Text des Vortrags auf der Tagung „Liberalismus und Rheinland“ in Bonn vom 15.11.2017.
- 2 Lagebericht der Gestapostelle Aachen für Juli 1934. In: Anselm Faust/Bernd-A. Rusinek/Burkhard Dietz (Bearb.): Lageberichte rheinischer Gestapostellen. Bd. 1: 1934. Düsseldorf 2012, S. 209-235, hier S. 216.
- 3 Selbstredend ist o.g. „Aufatmen“ kritisch zu sehen. Zum Quellenwert vgl. auch die Anmerkungen des Bearbeiters Anselm Faust: Die Lageberichte der rheinischen Gestapostellen 1934-1936. Historische Bedeutung und wissenschaftlicher Quellenwert. In: Geschichte im Westen 27 (2012), S. 125-139. Für die westfälischen Berichte vgl. Bernd Hey: Die westfälischen Staatspolizeistellen und ihre Lageberichte 1933-1936. In: Anselm Faust (Hrsg.): Verfolgung und Widerstand im Rheinland und in Westfalen 1933-1945. Köln u. a. 1992, S. 30-39.
- 4 Horst Romeyk: Die leitenden staatlichen und kommunalen Verwaltungsbeamten der Rheinprovinz 1816-1945. Düsseldorf 1994, S. 786 f. Für Turners weitere Karriere in der SS vgl. die Bemerkungen in Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945. 2. Aufl. Frankfurt am Main 2005, S. 633.
- 5 Lagebericht des Regierungspräsidenten von Koblenz für Oktober und November 1934. In: Faust/Rusinek/Dietz: Lageberichte (wie Anm. 2), S. 601-622, hier S. 607.

dankengängen.“<sup>6</sup> Da werde gar die Ansicht laut, dass die „Öffentlichkeit über staatspolitische Vorgänge und über die politische Lage nicht genügend unterrichtet und daß die Bevölkerung noch immer allzusehr in ihrer freien Meinungsäußerung eingeengt werde“.<sup>7</sup> Der Sicherheitsdienst verschärfte die Bedenken noch erheblich, indem er festhielt:

„[...] daß durch die Zerschlagung liberalistischer und pazifistischer Organisationen diese Gegnerkreise nicht ausgeschaltet sind. Die Bedeutung des Liberalismus liegt nicht in den Organisationsformen, sondern in der inneren Haltung der einzelnen Träger liberalistischen Gedankengutes.“<sup>8</sup>

Hier kollidierte ein Stück nationalsozialistischer Herrschaftspraxis – Turners Kritik stammt aus dem Kontext des sogenannten „Röhm-Putsches“ – mit einem aus dem 19. Jahrhundert tradierten Wertekanon, der ganz offensichtlich im Gegensatz zur ideologischen Praxis des NS-Staates stehen musste.

Jeder Leser sollte spätestens jetzt Ralf Dahrendorfs prominentes Verdikt von 1983 im Hinterkopf haben – ein Ausspruch, der wie kaum ein anderer eine Forschungsmeinung verkörperte, die liberale Regimegegner in der Widerstandsforschung weitgehend in den Hintergrund rücken ließ:

„Der deutsche Widerstand war einerseits sozialdemokratisch, andererseits kam er aus preußisch-rechtsstaatlichen Motiven von Militärs und Beamten; von Liberalen kam er nicht.“<sup>9</sup>

Ausgehend von Dahrendorfs Einschätzung versucht der vorliegende Beitrag die unterschiedlichen Facetten im Agieren liberaler Akteure, insbesondere der kommunalen und staatlichen Verwaltungsbeamten im Rheinland, nach 1933 zu erfassen. Dabei soll auf dem Gebiet der ehemaligen Rheinprovinz auch der überregional lange nur stiefmütterlich behandelten Frage nach Widerstand und Opposition auf liberaler Grundlage nachgegangen werden.<sup>10</sup>

6 Lagebericht des Regierungspräsidenten von Koblenz für Dezember und Januar 1935. In: Anselm Faust/Bernd-A. Rusinek/Burkhard Dietz (Bearb.): Lageberichte rheinischer Gestapostellen. Bd. 2,1: Januar-Juni 1935. Düsseldorf 2014, S. 100-115, S. 106.

7 Ebd.

8 Abgedruckt bei Rainer Erkens/Horst Sassin (Bearb.): Dokumente zur Geschichte des Liberalismus in Deutschland 1930-1945, Sankt Augustin 1989, S. 376-380, hier S. 376.

9 Ralf Dahrendorf: Deutschland und die Liberalen 1933 und 1983. In: liberal 25 (1983), S. 227-231, hier S. 227. Der hohe sozialdemokratische Anteil lässt sich so nicht auf das Rheinland übertragen – zumindest wenn Untersuchungskriterien, wie sie beim LVR-Sonderprojekt „Widerstand und Opposition im Rheinland 1933-1945“ bestehen, konsistent eingehalten werden. Vgl. Helmut Rönz/Markus Gestier (Hrsg.): „Herr Hitler, Ihre Zeit ist um!“ Widerstand an der Saar 1935-1945. St. Ingbert 2016.

10 Vgl. hier vor allem den grundlegenden Überblick von Jürgen Frölich: Opposition und Widerstand auf liberaler Grundlage. In: Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.): Widerstand gegen die Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Bonn 2004, S. 167-184.

## I. Liberale im Rheinland nach 1933

Ist es möglich, eine gültige Aussage über die „Lebenswirklichkeit“ der Liberalen nach 1933 zu treffen? Jeder Versuch sollte sich der Tatsache bewusst sein, dass diese Beziehungsgeschichte nicht so leicht zu erzählen ist, wie es Narrative nach 1945 gerne suggerierten.

Bereits Eric Kurlander verwies, wenn auch in manchen Punkten verkürzt, auf partikuläre Kontinuitäten oder Schnittmengen im Verhältnis von Nationalsozialismus und dem ausgezehrten parteipolitischen Liberalismus am Ende der Weimarer Jahre.<sup>11</sup> Kurlanders Studie zeigt auch, dass die Erforschung liberaler Lebenswelten, abgesehen von prominenten Akteuren oder Zirkeln, für die Zeit nach 1933 noch immer in den Kinderschuhen steckt. Das gilt für das Rheinland umso mehr.

In kaum einer anderen Region zeigte sich die schmerzlich aufgeriebene liberale „Mitte“ offenkundiger als an Rhein und Ruhr. Die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) beziehungsweise Deutsche Staatspartei (DStP) beobachtete den Aufstieg der Nationalsozialisten aus einer zunehmend hilflos erscheinenden Position, während sich die Deutsche Volkspartei (DVP) weiter nach rechts orientierte.<sup>12</sup> Allzu schnell vergessen schien die Zeit, als die DVP sowohl das kommunalpolitische Leben in der Rheinprovinz maßgeblich mitgestaltet, als auch zahlreiche Impulse für liberale Kommunalpolitik außerhalb des Rheinlandes gegeben hatte.<sup>13</sup> Auch die Hoffnung des ehemaligen Reichstagsabgeordneten für Düsseldorf-West Erich von Gilsa, Oberst a.D. und Direktor bei der Gutehoffnungshütte, mit seinem 1932 erfolgten DVP-Austritt und anschließendem Eintritt in die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) eine große Wanderungsbewegung zu den Deutschnationalen auszulösen, erfüllte sich nicht.<sup>14</sup>

11 Eric Kurlander: *Living with Hitler. Liberal Democrats in the Third Reich*. London 2009. Einige Schlaglichter: „Klassenübergreifende Volksgemeinschaft“, „sozialpolitischer Staatsinterventionismus“, „Mitteleuropa-Idee“, „liberaler Nationalismus“, „außenpolitischer Revisionismus“, „Antikommunismus“. 2017 war dieses ambivalente Beziehungsgeflecht Ausgangspunkt einer Tagung des Instituts für Zeitgeschichte und der Stiftung Bundespräsident Theodor-Heuss-Haus, die dieses breite Spektrum unterschiedlicher Verhaltensweisen untersuchte. Die Beiträge sind inzwischen abrufbar unter: <http://www.theodor-heuss-haus.de/heuss-forum/theodor-heuss-kolloquium-2017/> (Stand: 1.3.2018).

12 Nach wie vor grundlegend ist Dieter Langewiesche: *Liberalismus in Deutschland*. Frankfurt am Main 1988, S. 233–286.

13 Vgl. Stephanie Günther: *Unpolitische Kommunalpolitik? Die Deutsche Volkspartei in der Weimarer Republik*. Marburg 2011; spezifisch für das Rheinland insbesondere dies.: *Die kommunalpolitische Vereinigung der DVP Rheinprovinz als Impulsgeberin der volksparteilichen Kommunalpolitik 1919–1933*. In: *Rheinische Vierteljahrsblätter* 76 (2012), S. 226–246.

14 Für dessen Pläne zu einem Zusammenschluss von DVP und DNVP vgl. Gilsa an Dingeldey, November 1931. In: *Bundesarchiv (BA), NL 2 Dingeldey, Nr. 69, Bl. 67–71*; Ludwig Richter: *Die Deutsche Volkspartei 1918–1933*. Düsseldorf 2002, S. 698.

So stand die DVP spätestens nach den Märzahlen 1933 am Abgrund. Nach einer im April erfolgten Zusicherung Adolf Hitlers, alle Vertreter der Volkspartei seien willkommene Mitglieder der NSDAP, lösten sich die Parteiorganisationen der Wahlkreise (nicht ganz ohne Widerspruch) im Laufe des Frühjahrs 1933 auf.<sup>15</sup> Otto Hugo, stellvertretender Parteivorsitzender und einer der beiden letzten Reichstagsmitglieder der DVP, hatte zwar 1932 „größte Bedenken“ gegenüber dem wirtschaftlichen Programm der Nationalsozialisten geäußert, angesichts der prekären politischen Lage 1933 aber entgegen dem Wunsch des Parteivorsitzenden Eduard Dingeldey für den Schulterchluss mit der NSDAP geworben.<sup>16</sup>

Für zahlreiche Liberale bedeutete die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten vorerst das berufliche Aus. Andere wiederum kehrten, wenn nicht ihren liberalen Grundgedanken, dann zumindest ihrer alten parteipolitischen Herkunft den Rücken. Für den späteren Bundesminister Hermann Schäfer,<sup>17</sup> der als überzeugter DDP-Mann die politische Landschaft Kölns ab 1925 als Stadtverordneter beeinflusst hatte, oder den ehemaligen Reichskanzler Hans Luther<sup>18</sup> inzwischens DVP - brachte das Jahr 1933 wie für so viele andere eine berufliche Neuorientierung mit sich.<sup>19</sup>

Erschwerend kam hinzu, dass man im Rheinland nicht im gleichen Maße auf personelle Ressourcen und strukturelle Gegebenheiten zurückgreifen konnte, wie sie in Berlin, Süddeutschland, der Hamburger Robinsohn-Strassmann-Gruppe oder dem Freiburger Zirkel um Gerhard Ritter und Walter Eucken bestanden. Von dem Rückhalt eines nicht vor Einbrüchen gesicherten, aber zumindest einmal vorhandenen „Milieus“ ganz zu schweigen. Auch die einst so wirkmächtige, durch den „Westdeutschen Beobachter“ bereits

- 15 Horst Romeyk: Die Deutsche Volkspartei in Rheinland und Westfalen 1918-1933. In: Rheinische Vierteljahrsblätter 39 (1975), S. 189-236, hier S. 234, urteilte gar über die Auflösung der Partei: „Diese Auflösung der DVP im rheinisch-westfälischen Raum bedeutete nicht das Ende einer intakten, sondern die Liquidation einer längst zerstörten Partei“.
- 16 Ralf Stremmel hat das Verhalten Hugos als taktisches Lavieren im Sinne einer politischen Langfriststrategie einer geschmeidigen inneren Opposition interpretiert, freilich nicht ohne Hoffen auf den persönlichen Vorteil. Unabhängig davon verkörpere seine Biographie in vielerlei Hinsicht „das Scheitern nationalliberaler Utopien“ zum Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft. Vgl. Ralf Stremmel: Otto Hugo (1878-1942). Ein Nationalliberaler als Grenzgänger zwischen Politik und Wirtschaft. In: Geschichte im Westen 20 (2005), S. 7-22.
- 17 Vgl. Friedrich Henning: Hermann Schäfer (1892-1966). In: Geschichte im Westen 15 (2000), S. 114-124; Jürgen Frölich: Hermann Schäfer (1892-1966), Bundesminister. In: Portal Rheinische Geschichte, abrufbar unter: <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoenlichkeiten/S/Seiten/HermannSch%C3%A4fer.aspx> (Stand: 1.3.2018).
- 18 Vgl. Wolfgang Hofmann: Hans Luther (1879-1962). In: Kurt G. A. Jeserich/Helmut Neuhaus (Hrsg.): Persönlichkeiten der Verwaltung. Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1648-1945, Stuttgart 1991, S. 365-369; Lothar Weiß: Hans Luther (1879-1962), Reichskanzler. In: Portal Rheinische Geschichte, abrufbar unter: <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoenlichkeiten/L/Seiten/HansLuther.aspx> (Stand: 1.3.2018).
- 19 Vgl. auch den Beitrag von Volker Stalman in diesem Band.

zunehmend unter Druck geratene, Kölnische Volkszeitung hatte sich dem neuen System anzupassen. Spätestens zum Parteieintritt Kurt Neven Dumonts im Jahr 1937 war das Blatt vollkommen gleichgeschaltet und die meisten Schriftleiterposten mit Parteigenossen ersetzt.<sup>20</sup>

Auch Otto Hugo, der inzwischen als Hospitant zur NSDAP-Reichstagsfraktion gewechselt war, erkannte schnell, dass seine vor der Auflösung der DVP betriebene äußerliche Annäherung an die NSDAP ihn in den Augen vieler Nationalsozialisten eher verdächtig erscheinen ließ. Hugo, Leiter der Bochumer Handelskammer, versuchte noch im Mai 1933, die Leitung des Deutschen Industrie- und Handelstages zu übernehmen, nachdem der bisherige Präsident und DDP-Abgeordnete Bernhard Grund seinen Posten verloren hatte. Die Rechnung ging nicht auf; Hugo blieb an der Spitze der Bochumer Handelskammer.<sup>21</sup>

Auch andere Liberale hatten sich zumindest äußerlich mit den neuen Machthabern arrangiert. Dies muss nicht immer eine so spektakuläre Kehrtwende gewesen sein, wie sie beim späteren Kölner Regierungspräsidenten Rudolf Diels zu konstatieren ist, jedoch war der Bruch mit den in der sogenannten „Systemzeit“ verkörperten Werten häufig einschneidend. Erwähnter Rudolf Diels, eine mehr als schillernde Gestalt der Zeitgeschichte, war über seine Mitgliedschaft bei der DDP, welcher er seit den zwanziger Jahren angehörte, an eine Stelle im Reichsinnenministerium gelangt.

Über Zuträgerdienste während des sogenannten „Preußenschlages“ 1932 erlebte der junge Diels einen regelrechten Karrieresprung, der ihn als persönlichen Vertrauten Görings nach 1933 auf direktem Wege in die Leitungsposition des neugeschaffenen Geheimen Staatspolizeiamtes führte. Die ausufernden Reibereien zwischen Göring und Himmler verschafften dem aufstrebenden Diels einen ersten Karrieredämpfer, an dessen Ende er sich als Regierungspräsident in Köln wiederfand.<sup>22</sup> In den zwei Jahren seiner Kölner Amtszeit gestaltete der geborene Rheinhesse die politischen Geschehnisse der Stadt, vor allem aber den Umgang mit politischen Gegnern und der katholischen Kirche, entscheidend mit.

In seiner späteren Autobiographie „Lucifer ante portas“ schilderte Diels nicht nur, wie er sich vermehrt dem Zorn Görings ausgesetzt sah, beispielsweise als er dessen Lieblingskeiler erschoss und durch „diese kühne Weidmannstat den Reichsmarschall abgrundtief kränkte“.<sup>23</sup> Oder als er in einem

20 Vgl. Manfred Pohl: M. DuMont Schauberg. Der Kampf um die Unabhängigkeit des Zeitungsverlags unter der NS-Diktatur. Frankfurt am Main/New York 2009.

21 Vgl. Stremmel: Hugo (wie Anm. 16), S. 14; Heinrich Oelrichs: Grund, Bernhard. In: NDB Bd. 7 (1966), S. 217 f.

22 Vgl. Klaus Wallbaum: Der Überläufer. Rudolf Diels (1900–1957), der erste Gestapo-Chef des Hitler-Regimes. Frankfurt am Main 2009. Für seine DDP-Mitgliedschaft vgl. ebd. S. 57 ff.

23 Nach: Der Spiegel, 12.5.1949, S. 6, dort auch das folgende Zitat.

„Jagdhaus Göring in einem togaartigen Lederwams erblickte und ihn unge-  
nert fragte: ‚Wo hast Du bloß diesen Taucheranzug her?‘“ Er schildert auch  
seine vermeintliche Strategie, in den Jahren seiner Parteidienste Schlimme-  
res zu verhindern. Er erwähnte keineswegs seine aktive Teilnahme am Mord  
Albrecht Höhlers, den Aufbau des Instrumentariums der Schutzhaft sowie  
umfassende Aktionen gegen die jüdische Bevölkerung.<sup>24</sup>

Sofern vorhanden hatte Diels seinen liberalen Wertekanon zum Zeitpunkt  
seines Karrieresprungs bereits abgestreift.<sup>25</sup> Ein letzter Rest zielte ganz auf  
die Errichtung eines „starken Staates“; offensichtlich ignorierend, dass sich  
liberales Streben eigentlich an den „Staat der Verfassung ohne wenn und  
aber“<sup>26</sup> richtete, wie Thomas Nipperdey es formuliert hat.

Das Schicksal Liberaler am Rhein nach 1933 bewegte sich zwischen den  
geschilderten Facetten von Mitläufertum, Utopie und beruflichem Existenz-  
verlust. Es waren auch Liberale, die auf Grundlage ihres liberalen Gesin-  
nungsethos Widerstand leisteten oder zumindest in partikulare, meist zeitlich  
begrenzte, Opposition zum Regime traten. Es waren viele andere, die unpoli-  
tisch blieben und den Weg in die „innere Emigration“ wählten. Und es waren  
wiederum andere Liberale, die aufgrund ihrer parteipolitischen Vergangen-  
heit oder ihres Glaubens emigrierten oder in Konzentrationslager deportiert  
wurden.

## II. Liberale in der Verwaltung. Ausgewählte Fallbeispiele

Im wissenschaftlichen Diskurs hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte die  
Formel der sogenannten „inneren Emigration“ als besonders langlebig er-  
wiesen. Ihre Stichhaltigkeit gilt es aber eben nicht nur aus der Perspektive  
liberaler „Exponenten“ wie Theodor Heuss zu überprüfen. Vielmehr sollte  
umfassend in die Basis der Parteien geblickt werden, um andere abgrenzbare  
und damit untersuchbare Aspekte zu erfassen.

Lohnend ist dies beispielsweise im Falle einer Untersuchung im Bereich  
der leitenden kommunalen und staatlichen Verwaltungsbeamten der Rhein-  
provinz. Denn auf fast allen Ebenen des Verwaltungsbetriebes waren Libera-  
le zu finden, wenn auch „nur“ mit DVP-Hintergrund. Es stellt sich zwangs-  
läufig die Frage, inwiefern Beamte nationalliberaler Prägung in die eben auf-  
geworfenen Schemata passten; oder gar – wie es manches Narrativ nach

24 Vgl. Daniel Siemens: *The Making of a Nazi Hero: The Murder and Myth of Horst Wessel*.  
London 2013, S. 189 f.; Wallbaum: *Der Überläufer* (wie Anm. 22), S. 266.

25 Vgl. ebd., S. 350.

26 Thomas Nipperdey: *Deutsche Geschichte*. Bd. 1: 1800-1866. *Bürgerwelt und starker Staat*.  
München 1994, S. 725.

1945 formulierte – eine (liberale?) Sonderidentität der Beamtenschaft an Rhein und Ruhr bestand.<sup>27</sup>

Das Beispiel des seit 1931 amtierenden Wuppertaler Oberbürgermeisters Julius Friedrich<sup>28</sup> zeigt, dass es nach 1933 nicht unbedingt eines Parteibuches bedurfte, um seine Stellung (vorerst) zu halten. Dennoch sollte für den Verbleib bis zum 21. Januar 1937 – an diesem Tag beantragte Friedrich seine Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand – ein hoher Preis gezahlt werden. In geradezu vorauseilendem Gehorsam ließ er auf städtischen Gebäuden noch vor den Kommunalwahlen 1933 Hakenkreuzfahnen hissen, er begrüßte eine Ansprache des NSDAP-Kreisleiters Feick auf dem Balkon des Barmener Rathauses, hatte keine Skrupel, die städtische Verwaltung gehörig umzukrempeln und noch vor April 1933 untersagte er jegliche städtischen Aufträge an jüdische Geschäfte oder Warenhäuser.<sup>29</sup> Doch mit der zunehmenden Zerstörung der kommunalen Selbstverwaltung und dem Aufsaugen „politischer Potenz“<sup>30</sup> wurde das Verhältnis zwischen Friedrich und der immer aggressiver auftretenden Partei frostiger.

Schon der am 16.5.1933 aus dem Amt gedrängte prominente Oberbürgermeister Karl Jarres hatte die Situation in der Duisburger Verwaltung angesichts der zunehmenden Ein- und Angriffe der Partei in einem Brief an Göring als „unhaltbar und unleidlich“ kritisiert.<sup>31</sup> Schonungslos ging er mit der „unverantwortlichen, jede Autorität zersetzenden“ Presse sowie der nun geübten Praxis ins Gericht: „Ein Untersuchungsausschuß zweifelhafter Legiti-

27 Als sich Otto Hugo für den Eintritt in die NSDAP aussprach, seien so erinnerte sich der ehemalige Vorsitzende des DVP-Wahlkreisverbandes Koblenz-Trier, Georg Sauerborn im Gespräch mit Horst Romeyk die bisherigen Wahlkreisvorstände, größtenteils bestehend aus Beamten, aufgrund ihres Backgrounds in weiten Teilen seiner Empfehlung gefolgt. Vgl. Romeyk: Deutsche Volkspartei (wie Anm. 15), S. 235, Anm. 238.

28 Friedrich, Julius (1883-1977), DVP-Mitglied, 1931-1937 Oberbürgermeister von Wuppertal, 1938-1939 Regierungsrat und Referent für Kirchensachen beim Regierungspräsidium Düsseldorf, zwischenzeitlich 1.11.1939-31.12.1939 kommissarischer Oberbürgermeister der Stadt Kattowitz, ab 1940 erneut Referent für Kirchensachen. Vgl. Romeyk: Verwaltungsbeamte (wie Anm. 4), S. 449.

29 Vgl. Uwe Eckardt: „Der Bonzentraum ist ausgeträumt, im Rathaus wird nun aufgeräumt!“ Zur Verwaltungsgeschichte 1933 bis 1937. In: Klaus Goebel (Hrsg.): Wuppertal in der Zeit des Nationalsozialismus. Wuppertal 1984, S. 27-42. Für die Person Friedrichs vgl. auch Lothar Weiß: Julius Friedrich (1883-1977), Oberbürgermeister von Wuppertal. In: Portal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoentlichkeiten/F/Seiten/JuliusFriedrich.aspx> (Stand: 1.3.2018).

30 Horst Matzerath: Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung. Stuttgart u.a. 1970, S. 434; vgl. ders.: Oberbürgermeister im Dritten Reich. In: Gerhard Hirschfeld/Lothar Kettenacker (Hrsg.): Der „Führerstaat“. Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches. Stuttgart 1981, S. 228-252; Sabine Mecking: „Immer treu“. Kommunalbeamte zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik. Essen 2003, S. 208 f.

31 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, Rep. 77, Nr. 33, Jarres an Göring, 30.4.1933. Zit. nach: Matzerath: Selbstverwaltung (wie Anm. 30), S. 78.

mation folgte dem anderen, so daß keiner mehr weiß, wer Koch und Kellner ist.“<sup>32</sup>

Einen anderen Karriereweg hatte das ehemalige DVP-Mitglied Konrad Gorges<sup>33</sup> eingeschlagen. Im April 1933 der Empfehlung zum Beitritt in die NSDAP gefolgt, amtierte er seit Beginn des Monats als Landrat des Kreises Altenkirchen. Im August 1938 wechselte er auf die freigewordene Oberbürgermeisterstelle in Trier, nachdem es Gauleiter Simon misslungen war, den von Parteistellen favorisierten Nikolaus Simmer auf die Stelle zu setzen. An der Mosel zeichnete sich Gorges vor allem durch Verwaltungsgeschick aus. Im August 1943 übernahm er parallel die Nachfolge des Oberbürgermeisterpostens von Luxemburg.

In den Entnazifizierungs- und Spruchkammerakten begegnet uns ein Verwaltungsbeamter, der alles andere als ein „typischer“ Nationalsozialist gewesen zu sein scheint. Weder sei Gorges häufig in SA-Uniform aufgetreten, noch habe er sich der nationalsozialistischen Personalpolitik unterworfen. Vielmehr habe er seine Spielräume geschickt nutzen können, bis hin zur Rettung von Kunstwerken in Luxemburg vor dem Abtransport ins Reich.<sup>34</sup> Tatsächlich vollzog sich in seiner Amtszeit ein Bruch mit der bisherigen Politik seines Vorgängers Ludwig Christ;<sup>35</sup> in personalpolitischer Hinsicht trotz seiner evangelischen Herkunft zugunsten kirchlich gebundener Mitarbeiter jeder Couleur. Denn auch gegenüber dem Trierer Bischof Franz Bornewasser zeigte sich Gorges mehr als aufgeschlossen und durchaus zur Hilfestellung bereit.<sup>36</sup>

Andererseits sprach Gorges während einer programmatischen Rede im Mai 1942 von einem „wiedererstandenen Reich, das sich auf den Schlachtfeldern der Welt seine ihm zukommende Geltung und Bedeutung siegreich“ zurückerobere und in dem „die seit der Machtübernahme begonnene Aufwärtsentwicklung Triers künftig noch stürmischer und auswirkungsreicher verlaufen“ müsse.<sup>37</sup> Partikulare Kompetenzwahrung, in mancherlei Hinsicht

32 Ebd.

33 Gorges, Konrad (1898-1968) trat am 1.4.1933 in die NSDAP ein, April 1933-Juli 1938 Landrat des Kreises Altenkirchen, 1938-1945 Oberbürgermeister von Trier, seit 1.8.1943 ebenfalls Oberbürgermeister von Luxemburg, ab Februar 1945 für wenige Wochen kommissarisch Oberbürgermeister von Koblenz. Vgl. Romeyk: Verwaltungsbeamte (wie Anm. 4), S. 475.

34 Vgl. Reinhard Bollmus: Trier und der Nationalsozialismus (1925-1945). In: Kurt Düwell/Franz Irsigler (Hrsg.): 2000 Jahre Trier. Bd. 3: Trier in der Neuzeit. Trier 2000, S. 517-590, hier S. 541.

35 Ludwig Christs Haltung gegenüber der katholischen Kirche wird ersichtlich aus einem der Stapo Trier vorliegenden Bericht des Oberbürgermeisters Christ, 7.5.1934. In: Peter Brommer (Bearb.): Das Bistum Trier im Nationalsozialismus aus der Sicht von Partei und Staat. Mainz 2009, S. 92-96.

36 Vgl. Landeshauptarchiv Koblenz, Best. 856, Nr. 220333.

37 Bollmus: Trier (wie Anm. 34), S. 540.

gar -überschreitung, vertrug sich also durchaus mit einem Dasein als Erfüllungsgehilfe. Auch der Weg vom ehrgeizigen Steigbügelhalter zum desillusionierten Ruheständler war nicht so weit, wie es aus der heutigen Perspektive erscheinen mag.

In keinem anderen Fall zeigt sich diese Ambivalenz deutlicher als am Beispiel des Düsseldorfer Regierungspräsidenten Carl Christian Schmid, von 1928 bis 1932 Reichstagsabgeordneter der DVP für Düsseldorf-Ost. Im Mai 1933 folgte Schmid auf den inzwischen abgesetzten Regierungspräsidenten Karl Bergemann. Bereits Monate zuvor hatte Göring ihn als Kommissar „zur besonderen Verwendung“ ins Innenministerium berufen, um die „roten Dunkelkammern“<sup>38</sup> zu durchleuchten, wie es in dem NS-Blatt „Volksparole“ hieß.

Auf dem Feld der Wirtschaftspolitik gelang es Schmid, durch seine guten Kontakte zu führenden Industriellen wichtige und eigene Impulse zu setzen, insbesondere bei der Beseitigung der hohen Arbeitslosigkeit.<sup>39</sup> Es sollte sich jedoch bald zeigen, dass seine Wünsche und Initiativen mit dem Machtanspruch der NSDAP kollidierten. Tatsächlich kam Schmid, dessen Parteieintritt später von Gauleiter Florian auf den 12.5.1932 zurückdatiert wurde,<sup>40</sup> in den ersten Jahren seiner Amtszeit gut mit seinen neuen Parteigenossen aus, ließ er doch stets seine Bereitschaft durchschimmern, Konflikte aus dem Weg zu räumen. Raum für Auseinandersetzungen boten dagegen vor allem die Polizeiverwaltung sowie die Besetzung von Oberbürgermeisterposten, sah sich Schmid zunehmend mit der Herausforderung konfrontiert, seine zweifellos vorhandenen fachlichen Ansprüche gegenüber einer Reihe von Parteibuchbeamten zurückzustellen. Dennoch: Um Spannungen zu vermeiden, wusste er sich durchaus auf die Seite der Gauleitung zu schlagen. Im Falle der Besetzung des Oberbürgermeisterpostens von Mönchengladbach schrieb er an das Innenministerium:

„Würde ich bei dem augenblicklichen Zustand die fachlichen Bedenken ausschlaggebend in den Vordergrund schieben, so würde dies von der hiesigen Gauleitung als ein Mangel an Objektivität und als eine unfreundliche Haltung gegen die Wünsche der Partei hingestellt werden, was ich glaube, vermeiden zu sollen.“<sup>41</sup>

38 Volksparole, 18.2.1933. Vgl. Horst Romeyk: Düsseldorf der Regierungspräsidenten 1914-1945. In: Rheinische Vierteljahrsblätter 44 (1980), S. 237-299, hier S. 279.

39 Vgl. ebd., S. 280 f.

40 Am 31.7.1933 hatte er einen Parteiaufnahme-Antrag gestellt; Gauleiter Friedrich Karl Florian leitete das Dokument mit der Bitte weiter, das Eintrittsdatum auf den 12. Mai 1932 zurückzudatieren, „da seit diesem Zeitpunkt der Regierungspräsident durch seine aktive Tätigkeit zum vertrauten Kreis unseres Führers sowie auch des PG Göring gehört“. Vgl. ebd., S. 282, Anm. 197.

41 Zit. n. Romeyk: Regierungspräsidenten (wie Anm. 38), S. 284.

Trotzdem hatte sich Schmid durch das Festhalten an sachlichen Kriterien viele seiner Parteigenossen zum Feind gemacht. Im Fall der Besetzung von Landratsämtern oder der Nachfolge des abgetretenen Julius Friedrich spannte sich die Lage derart an, dass Schmid letztlich auch Florians Rückhalt verlor, der sein Vorankommen im Jahre 1933 noch maßgeblich gefördert hatte. Hinzu kam ein weiterer gewichtiger Punkt: Schmid's Ehefrau war jüdischer Abstammung, womit der Regierungspräsident nach 1935 in seinem Amt *de jure* nicht mehr zu halten war.

Doch erst das Pogrom am Vormittag des 10. November 1938 brachte das Fass zum Überlaufen. Als rund 2000 Personen zum Regierungsgebäude zogen, um gegen den dort sitzenden hochrangigen „jüdisch-versippten“ Beamten – das Gaupropagandaamt hatte die Situation entsprechend befeuert – zu protestieren, zog Schmid die Reißleine. Am Folgetag bat er um Urlaub und die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand.<sup>42</sup>

Greift man die eben genannte Ambivalenz auf, lässt sich auch im Falle Schmid's ein unbedingtes Festhalten an der staatlichen Autorität konstatieren, die erst dann zum Konflikt mit der Düsseldorfer NSDAP führte, als diese mit ihren ausufernden Forderungen das Einschreiten der von ihm geleiteten Aufsichtsbehörde herausforderte. Wie viele andere war Schmid kein lupenreiner Nationalsozialist, sondern ein gut geöltes Rädchen im von der NSDAP mehr und mehr überwölbten Verwaltungsapparat. Das konfliktreiche Ringen um Verwaltungsspielräume und vorausseilender Gehorsam schlossen sich in keinem der angezeigten Fälle aus, bildeten im Falle von Schmid gar eine absichernde Symbiose.

Ein großer Teil der rheinischen Spitzenbeamtenschaft mit liberalem Hintergrund war bis zum Beginn des Krieges in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden, häufig auf eigenen Antrag, um in der Wirtschaft aktiv zu werden. Doch regionale Handlungsspielräume mussten keineswegs zu einer oppositionellen Praxis führen. Zumindest äußerlich hatten alle ihren Frieden mit den neuen Machthabern geschlossen. Auch wenn der alleinige NSDAP-Beitritt eine nachrangige Aussagekraft besitzt, fällt auf, dass eben jene Beamten, die unmittelbar nach den Märzahlen 1933 in die NSDAP eintraten, der DVP spätestens bis 1932 den Rücken gekehrt hatten.

42 Vgl. Martin Schumacher (Hrsg.): M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945. 3. erw. Aufl. Düsseldorf 1994, S. 425 f.

### III. Widerstand auf liberaler Grundlage

Das Problem des Liberalismus, der NS-Ideologie vor und nach 1933 als vermeintliche Antwort häufig nur die Ideologiekritik entgegensetzen zu können,<sup>43</sup> macht sich auch in der wissenschaftlichen Erfassung jener Fälle bemerkbar. In seinen „Freiheitskämpfen“ schrieb Friedrich Naumann, dass kein politischer Gedanke ohne Organisation den Sieg erringen könne. Anschließend merkte er jedoch an: „[...] von allen politischen Richtungen aber ist der Liberalismus am schwersten organisierbar“.<sup>44</sup> Aus Sicht der Widerstandsforschung scheinen Liberale nicht nur am schwersten organisierbar, ihre Spuren sind häufig zugleich am schwersten zu verfolgen. An Rhein, Ruhr und Saar besaßen die Liberalen keine klassischen Hochburgen wie in Südwestdeutschland oder gar Hamburg. Durch den schnellen Zerfall der Parteien und damit verbundener Organisationen und Strukturen um das Jahr 1933 musste sich der bürgerlich-liberale Widerstand „zuerst einmal finden“.<sup>45</sup>

Fällt heute der Begriff des „liberalen Widerstands“, denkt man zuerst an die Robinsohn-Strassmann-Gruppe, deren Aktivitäten sich vor allem auf Planungen für die Nachkriegszeit und die Überwindung des Nationalismus durch ein Bekenntnis zu Europa konzentrierte.<sup>46</sup> Die Gruppe unterhielt Verbindungen zum Goerdeler-Kreis, zur Militäropposition, zur Bekennenden Kirche, zum Kreisauer Kreis und zu Gewerkschaftsvertretern. Oder man denkt an den oppositionellen Zirkel um Robert Bosch oder die nun endlich in ein breiteres Licht gerückte Gruppe um Eduard Hamm.<sup>47</sup>

Doch auch im Rheinland fanden sich Personen, die sich – legt man einen breiten Widerstandsbegriff an – auf Grundlage ihrer liberalen Prägung zumindest in Teilen widerständig, oppositionell oder nonkonform verhielten. Dies konnte sich bereits im Festhalten an Gesprächskreisen und der Diskussion politischer und wirtschaftlicher Fragen artikulieren, so beispielsweise in der Neuwieder Gastwirtschaft „Deutsches Haus“ im Mai 1934.<sup>48</sup> Es führte aber auch zu lauter und direkter formulierten Protestrufen, wie durch das

43 Vgl. den Beitrag von Helmut Rönz in diesem Band.

44 Friedrich Naumann: Erneuerungsprobleme. In: Ders.: Freiheitskämpfe. Berlin 1913, S. 63–77, hier S. 73.

45 Ansgar Klein: Bürgerlicher Widerstand, Retterwiderstand und Alltagswiderstand im Saarland 1935–1945. In: Rönz/Gestier: „Herr Hitler“ (wie Anm. 9), S. 183–210, hier S. 189.

46 Vgl. Horst Sassin: Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Strassmann Gruppe 1934–1942. Hamburg 1993.

47 Vgl. Joachim Scholtz: Robert Bosch und der liberale Widerstand gegen Hitler 1933 bis 1945. München 1999; Manuel Limbach: Eduard Hamm - Ein Weimarer Liberaler im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 23 (2011), S. 241–255.

48 Vgl. Stadtarchiv Koblenz (StAKo), S10, Nr. 2, p. 55.

Schreiben oppositioneller, die NS-Führung karikierender, Postkarten durch den pensionierten Betriebsleiter der Kölner Stadtbahn Rudolf Krüger.<sup>49</sup>

Ein breiter angelegtes oppositionelles Engagement ist aus dem noch nicht angeschlossenen Saargebiet festzustellen. Dieses war nicht nur für Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden zu einer ersten Exilstation geworden, sondern auch für Liberale.<sup>50</sup> Der ehemalige Redakteur des Saarbrücker Abendblattes Peter August Stern baute an der Saar mit 26 Jahren den Westlandverlag auf, nachdem er seine Anstellung durch die Hochzeit mit seiner jüdischen Frau verloren hatte. Die gleichnamige Wochenzeitung, die er seit November 1933 herausgab, bildete ein Sammelbecken verschiedenster, vor allem aber von sozialliberalen Stimmen. Seine Frau erinnerte sich später: „Die Sozialisten hatten die Volksstimme und die Freiheit. blieb eine Leere: Wer erfaßt die nicht konfessionellen, nicht sozialistischen Intellektuellen, die Anwälte, Doktoren, Ingenieure, Lehrer, Kaufleute?“<sup>51</sup> Die Zeitung fand durch Schmuggel über die Schweiz und Luxemburg auch im Reich weite Verbreitung. Dabei zählten bekannte Namen wie Konrad Heiden oder Fritz Meyer zu ihren Mitarbeitern. Der Stabsleiter von Gauleiter Josef Bürckel schrieb rückblickend: „Der Gegner verfügte an der Saar über eine ausgezeichnete Presse. Besonders das Westland [...]. Hier hatte sich der alte Kurfürstendamm versammelt und schrieb jenen Stil, den früher die Weltbühne schätzte.“<sup>52</sup> Doch noch vor dem Anschluss des Saarlandes im Jahr 1935 war die Zeitung durch ein Täuschungsmanöver der Nationalsozialisten stillgelegt worden.<sup>53</sup>

Ähnlich erging es Arnold Nagel. Der mit der DSVP sympathisierende Chefredakteur der Saarbrücker Zeitung hatte bereits im März 1933 seine Anstellung verloren.<sup>54</sup> Bis 1937 blieb er an der Saar und publizierte weiter, was letztlich dazu führte, dass das Gespann um Ernst Strassmann und Hans Robinsohn auf ihn aufmerksam wurde. Für sie fungierte er als Kontaktperson an der Saar. Neben ihm unterhielt die Gruppe auch zahlreiche weitere Ver-

49 Vgl. Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland (LAV NRW R), Gerichte Rep. 112, Nr. 11509.

50 Vgl. Martin Schlemmer: Politik und Raum Saar bis 1935. In: Rönz/Gestier: „Herr Hitler“ (wie Anm. 9), S. 47-84.

51 Vgl. Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul: Das zersplitterte Nein. Saarländer gegen Hitler. Bonn 1989, S. 244 in deren Besitz sich auch die autobiographischen Notizen Sterns sowie eidesstaatliche Erklärungen der Witwe befinden.

52 Ebd., S. 245.

53 Um die publizistische Gefahr der Zeitung einzudämmen, gelang es den Nationalsozialisten, den Finanzier in Paris vom Verkauf des „Westlands“ zu überzeugen. Die Mitarbeiter verliehen die Redaktion des Westlands, um die neue Wochenzeitung Grenzland zu gründen, die bis zur Verkündung der Abstimmungsergebnisse für die Beibehaltung des "Status-Quo" warb. Vgl. ebd.

54 Vgl. Maria Zenner: Parteien und Politik im Saargebiet unter dem Völkerbundsregime 1920-1935. Saarbrücken 1966, S. 269.

bindungen in die Rheinprovinz. Darunter waren der Aachener Zollsekretär Georg Griebel, der Ingenieur Michael Oppert aus Düren, der Kölner Bayer-Chemiker Siegfried Petersen, der Düsseldorfer Regierungsrat Henry von Zitzewitz oder der Bonner Rechtsanwalt Walter Kolb.<sup>55</sup>

Reger Austausch bestand auch zwischen der Hamburger Gruppe und Ewald Löser. Vergeblich hatte man in der Villa Hügel versucht, Carl Friedrich Goerdeler für eine Stellung im Firmendirektorium von Krupp zu gewinnen. Stattdessen hatte er seinen engen Vertrauten und ehemals zweiten Bürgermeister von Leipzig empfohlen, woraufhin der von der NSDAP aus seinen kommunalen Ämtern verdrängte Ewald Löser 1934 nach Essen wechselte. Der als neuer Finanzdirektor fungierende, nationalliberal geprägte Löser stand anschließend nicht nur im engen Austausch mit der Gruppe um Strassmann, sondern sollte nach dem Sturz Hitlers zum Finanzminister werden.<sup>56</sup>

#### IV. Fazit

Liberaler Protesthandlungen sind entgegen der lange vorherrschenden Forschungsmeinung (auch im Rheinland) auszumachen, wenn auch in sehr geringem Umfang. Doch sie speisten sich keineswegs allein aus parteipolitischer Bindung, sondern vielmehr aus dem Festhalten an einem in seiner Ausprägung durchaus variierendem liberalen Koordinatensystem sowie den Gegebenheiten vor Ort. Die Gewissensentscheidung zum Protest erschöpfte sich, wie Peter Steinbach treffend schrieb, immer aus einer „Haltung individueller Einsamkeit“.<sup>57</sup> Aus liberalen „Milieus“ und alten politischen Bindungen konnte zwar Widerstand erwachsen, musste es aber nicht. Ausschlaggebend für die nach 1933 getroffenen Entscheidungen war der eigene Charakter, persönliche Beziehungen und vermeintlich banale Beweggründe wie Mitleid, Angst oder alte Verbundenheit, letztlich auch das Hoffen auf den eigenen Vorteil.<sup>58</sup>

55 Vgl. Klein: Bürgerlicher Widerstand (wie Anm. 45), S. 190; Sassin: Liberale im Widerstand (wie Anm. 46), S. 396.

56 Vgl. Sassin: Liberale im Widerstand (wie Anm. 46), S. 80 sowie Scholtzsek: Robert Bosch (wie Anm. 47), S. 209 ff. Dass es Löser, der vor seinem Dienstantritt noch ausdrücklich gefordert hatte, „keine Firmenpolitik unter Gesichtspunkten der Parteipolitik zu betreiben“, es aufgrund seiner regimiekritischen Haltung seit Kriegsausbruch zunehmend schwerer hatte, zeigt die Untersuchung von Harold James: Krupp. Deutsche Legende und globales Unternehmen. München 2011, S. 206, 212.

57 Steinbach sprach dabei die polarisierende Geschichte des saarländischen Bergingenieurs Kurt Gerstein an. Vgl. Peter Steinbach: Kurt Gerstein. Der Einzeltäter im Dilemma des exemplarischen Handelns. In: Jahrbuch für Westfälische Kirchengeschichte 91 (1997), S. 183–197, hier S. 189.

58 Aus diesem Kontext stammt auch das Entlastungsschreiben des erwähnten Karl Jarres für den ersten Leiter der NS-Ordensburg Vogelsang und späteren Gauarbeitsamtspräsidenten

Aus diesen und vielen anderen persönlichen Gründen machte auch ein Großteil der liberalen Beamtenschaft ihren Frieden mit den neuen Machthabern. Erst im Zuge der Beschneidung eigener Handlungskompetenzen kam es zu größeren Streitigkeiten, die jedoch keineswegs mit genuinem Widerstand zu verwechseln sind, wobei Liberale häufig früher die Reißleine zogen als andere. Das Vorhandensein einer eigenen, die Verwaltung durchziehende Sonderidentität ist ebenso der Kategorie „Folklore“ zuzuordnen, wie die Feststellung, es habe keinen Widerstand liberaler Provenienz gegeben.

Franz Binz. Zwar verkörperte der durch und durch ideologisierte „Alte Kämpfer“ Binz ein von Jarres abgelehntes System der Parteibuchbeamten, doch trotz alledem war er ein guter Bekannter des ehemaligen Oberbürgermeisters. LAV NRW R, NW 1051, Nr. 2706, p. 11: „Ich kann nur bezeugen, dass er in seinem ganzen Verhalten dienstlich und ausserdienstlich immer das allgemeine Wohl im Auge gehabt hat.“

## „Liberalismus ist rheinisch!“ Statistisches zu den „rheinischen“ Zügen liberaler Parteien zwischen Reichsgründung und wiedervereinigter Bundesrepublik<sup>1</sup>

Die Zusage, „rheinische“ Züge bei den liberalen Parteien im 19. und 20. Jahrhundert nachzuweisen, ist sicherlich etwas leichtsinnig gewesen. Denn schon bei anderer Gelegenheit und unter einem anderen Blickwinkel ist vom Autor die Erfahrung gemacht worden, wie schwierig es ist, solche „weichen“ Merkmale wie damals „preußisch“<sup>2</sup> und jetzt „rheinisch“ wissenschaftlich einigermaßen „wasserfest“ zu operationalisieren. Diesem methodischen Problem steht aber andererseits ein landläufiges Geschichtsbild gegenüber, demzufolge es nicht nur einen „Rheinischen Liberalismus“ gegeben habe, was wohl niemand bestreitet, sondern dass die Region Rheinland auch großen Einfluss auf die Entwicklung des deutschen Liberalismus genommen habe.

### I.

Dazu sollen zunächst drei Stimmen aus verschiedenen Zeiten angeführt werden. Die älteste stammt aus den „Grenzboten“, denen man eine gewisse Nähe zu den Nationalliberalen nicht absprechen konnte. Dort war 1898 über genau diese zu lesen: „Vom Rhein und von Westfalen empfangen sie ihre Inspirationen, dort liegt der Schwerpunkt der Partei und die treibende Kraft für ihre jeweilige Thätigkeit.“<sup>3</sup> Mehr rückblickend als auf seine eigene Gegenwart bezogen, meinte wenig später Friedrich Naumann: „Der alte Liberalis-

1 Überarbeiteter Text des Vortrags in Bonn vom 15.11.2017, der Vortragsduktus wurde weitgehend beibehalten.

2 Vgl. Jürgen Frölich: Preußentum und Liberalismus nach 1867. Preußische Züge bei den liberalen Parteien des Kaiserreichs. In: ders./Ester-Beate Körber/Michael Rohrschneider (Hrsg.): Preußen und Preußentum vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Berlin 2002, S. 145-162, bes. S. 147.

3 Die Hannoverischen Nationalliberalen. In: Grenzboten 57 (1898), S. 305-313, 365-374, hier S. 367.

mus kam aus Süddeutschland, Rheinland und Ostpreußen.<sup>4</sup> Und der zumindest in Bonn und im Rheinland unvergessene Guido Westerwelle stellte anlässlich des Umzugs der liberalen Geschäftsstellen von der gewesenen Hauptstadt am Rhein in die neue an der Spree neunzig Jahre danach apodiktisch fest: „Liberalismus ist rheinisch!“<sup>5</sup> Alle drei Autoren waren also mit unterschiedlichem Blickwinkel – Naumann bezogen auf die Jahrzehnte um die Mitte des 19. Jahrhunderts, der anonyme Grenzboten-Autor im Blick auf die vorletzte Jahrhundertwende und der Rheinländer Guido Westerwelle generell – von einer rheinischen Prägung des deutschen Liberalismus überzeugt.

Wie man diese belegen kann, ist das Problem, vor dem die folgenden Ausführungen stehen. Um wissenschaftlich nachvollziehbar zu sein, müsste die Antwort darauf nicht nur rein „gefühlsmäßig“ wie bei den zitierten Urteilen, sondern sollte vielmehr „quantitativ belastbar“ erfolgen. Umso mehr stellt sich die Frage, wie solche „belastbaren“ Daten generiert werden können. In Anlehnung an meine früheren Ausführungen zum Preußentum im Liberalismus,<sup>6</sup> aber auch an die Richtschnur, die für Mitarbeiter beim online-Portal zur rheinischen Geschichte ausgegeben wird<sup>7</sup> und die *grosso modo* lautet „Rheinländer wird man durch Geburt oder langjähriges Wirken dort“, soll das Rheinische nun im Folgenden an Geburts-, Wohn- und Wahlorten liberaler Politiker festgemacht werden. Hinsichtlich des Letzteren wird es Überschneidungen mit anderen Beiträgen in diesem Band geben, aber da sich Geburts- und Wohnort nicht immer zweifelsfrei feststellen lassen und in ihrer Aussagekraft auch begrenzt sind, müssen eben auch die Wahlergebnisse herangezogen werden. Dabei geht es hier nicht um diese an sich oder die Frage nach Hochburgen, sondern um das Abschneiden der Liberalen im Rheinland im Vergleich zu anderen deutschen Landesteilen.

Weitere Ansatzpunkte sind, da kaum etwas über die Mitgliederverteilung der liberalen Parteien in Deutschland vor 1968 (!) – in diesem Jahr beginnt die verlässliche Statistik zur FDP – bekannt ist, die Zusammensetzung von Vorständen und Delegierten. Allerdings wird das Vorgehen – das sei vorausgeschickt – im Folgenden kein systematisches, sondern ein diachrones sein, weil hier als Reflex auf die drei einleitenden Zitate vor allem interessiert, ob es einen Wandel oder Entwicklungen hinsichtlich des „Rheinischen“ bei den liberalen Parteien resp. Strömungen gegeben hat.

4 Friedrich Naumann: Die Erneuerung des Liberalismus (1906). In: ders.: Werke Bd. 4. Köln/Opladen 1966, S. 270-283, hier S. 282.

5 Guido Westerwelle: Gedanken zum rheinischen Liberalismus. Rede in Königswinter am 7.12.1999. Manuskript im Personenordner G. Westerwelle, Archiv des Liberalismus, Gummersbach (ADL) ohne Signatur, Bl. 1.

6 Frölich: Preußentum und Liberalismus (wie Anm. 2), S. 146 ff.

7 Vgl. <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Seiten/home.aspx> (Zugriff 31.1.2018).

## II.

Auch wenn es die Geschichtsschreibung zur Sozialdemokratie nicht so recht wahrhaben will:<sup>8</sup> Die älteste der deutschen Parteien ist eine liberale. Denn die Deutsche Fortschrittspartei (DFP) wurde fast zwei Jahre vor dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, auf den sich die sozialdemokratische Tradition stützt, im Juni 1861 gegründet. Mit ihr sollen die Betrachtungen beginnen.

Die Fortschrittspartei erzielte auf Anhieb große Wahlerfolge, die solche, die im 20. Jahrhundert für Aufsehen sorgten, weit in den Schatten stellten: Beim ersten Antreten gewann sie ein knappes Drittel der Sitze im preußischen Abgeordneten-Haus, beim folgenden Urnengang sogar an die vierzig Prozent. Dank Adalbert Hess wissen wir auch, woher diese Abgeordneten und diejenigen der liberalen Schwesterparteien kamen (Tabelle 1):

| Tabelle 1: Liberale Mandate im preußischen Verfassungskonflikt 1862 <sup>9</sup> |                   |               |                           |                                  |                                      |
|----------------------------------------------------------------------------------|-------------------|---------------|---------------------------|----------------------------------|--------------------------------------|
|                                                                                  | Mandate insgesamt | Mandatsanteil | <i>rheinische Mandate</i> | <i>Anteil an rhein. Mandaten</i> | <i>„Rheinländer“ in der Fraktion</i> |
| Abgeordnete                                                                      | 352               |               | 62                        |                                  | (17,6%)                              |
| DFP                                                                              | 135               | 38,4 %        | 23                        | 37,1 %                           | 17,0 %                               |
| Linkes Zentrum                                                                   | 103               | 29,3 %        | 29                        | 46,8 %                           | 28,1 %                               |
| Altliberale                                                                      | 26                | 7,4 %         | 4                         | 6,5 %                            | 15,4 %                               |
| Liberale zus.                                                                    | 285 <sup>10</sup> | 81,0 %        | 56                        | 90,3%                            | 19,6 %                               |

Diese Tabelle zeigt, dass die Rheinprovinz im Liberalismus während des sogenannten „Verfassungskonflikts“ von 1862 bis 1866 leicht überrepräsentiert war, 19,6 Prozent seiner Abgeordneten kamen von dort statt 17,6 Prozent, wenn alle Provinzen tendenziell gleich gewählt hätten. Das wäre sicherlich noch keine bedeutsame Abweichung.

Bei genauerem Hinsehen wird aber klar, dass sich das „rheinische“ Element ungleich auf die liberalen Parteien resp. Fraktionen verteilt: Hielt sich das Abschneiden der Fortschrittspartei im Rheinland ziemlich genau im Parteidurchschnitt und lag bei der am weitesten rechtsstehenden liberalen Grup-

8 Als jüngeres Beispiel unter vielen vgl. Thomas Flemming: Gustav W. Heinemann. Ein deutscher Citoyen – Biographie. Essen 2014, S. 334.

9 Zusammengestellt nach Adalbert Hess: Das Parlament, das Bismarck widerstrebt. Zur Politik und sozialen Zusammensetzung des preußischen Abgeordnetenhauses der Konfliktzeit (1862-1866). Köln/Opladen 1964, S. 53 f.

10 Einschließlich der Fraktion Rönne, die kein Mandat im Rheinland gewann.

pierung, der Fraktion Vincke/resp. den sogenannten „Altliberalen“, etwas darunter, so war es bei der liberalen „Mittel“-Fraktion Linkes Zentrum/resp. Bockum-Dolffs weit überdurchschnittlich.

Man kann also erst einmal festhalten, dass in der Frühphase der Parteigeschichte vor allem der gemäßigte Liberalismus in der Rheinprovinz reüssierte. Von einer rheinischen Prägung sollte man vielleicht noch nicht sprechen, denn beispielsweise wurden für die Fortschrittspartei in rheinischen Wahlkreisen Franz Duncker, Werner Siemens und Rudolf Virchow gewählt, alleamt damals bekannte Liberale, aber weder gebürtige Rheinländer noch dort wohnend und wirkend, sondern in Berlin.

Aufschlussreich wird nun ein Blick auf die Entwicklung im preußischen Landtag ein halbes Jahrhundert später, als die liberale Hochzeit während des Verfassungskonflikts längst verfliegen war. Mit den Materialien von Gerhard A. Ritter, dem meine Ausführungen viel verdanken, ist die zweite Tabelle zusammengestellt:

|                                    | 1898 |        | 1913 |        |
|------------------------------------|------|--------|------|--------|
| Mandate insgesamt                  | 433  | 100 %  | 443  | 100 %  |
| <i>davon im Rheinland</i>          | 62   | 14,3 % | 63   | 14,2 % |
| Nationalliberale insgesamt         | 71   | 16,4 % | 73   | 16,5 % |
| <i>davon im Rheinland</i>          | 14   | 22,5 % | 13   | 20,6 % |
| Rheinischer Anteil an der Fraktion |      | 19,7 % |      | 17,8 % |
| Linksliberale insgesamt            | 35   | 8,1 %  | 40   | 9,0 %  |
| <i>davon im Rheinland</i>          | 0    | 0,0 %  | 2    | 3,2 %  |
| Rheinischer Anteil an der Fraktion |      | 0,0 %  |      | 5,0 %  |

Bemerkenswert ist hier weniger der allseits bekannte liberale Mandatsrückgang von rund achtzig auf gut zwanzig Prozent, sondern die innerliberale Verteilung des verbliebenen Restes. Daraus folgt, dass, wenn es im späten Kaiserreich einen „rheinischen“ Liberalismus gab, dieser offenbar nationalliberal ausgerichtet war. Denn der Mandatsanteil der Nationalliberalen Partei war um 1900 im Rheinland klar überdurchschnittlich, im Gegensatz zu den linksliberalen Schwesterparteien, die sich offenbar im Westen nur schwer behaupten konnten und in denen rheinische Mandatsträger so gut wie keine Rolle spielten.

11 Vgl. Gerhard A. Ritter/Merith Niehuss: Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreiches. München 1980, S. 146 ff.

Natürlich ist der Preußische Landtag aufgrund seines spezifischen, ungleichen Wahlrechts ein ganz „besonderes“ Parlament; insofern scheint eine Gegenprobe durch den anders konstituierten Reichstag sinnvoll. Auch dazu ein paar Zahlen, wobei zunächst einmal der einleitend postulierte chronologische Weg verlassen und wieder ein halbes Jahrhundert zurückgegangen wird: Am Ende des preußischen Verfassungskonflikts stand, innen- resp. nationalpolitisch gesehen, die Gründung des Norddeutschen Bundes. In diesem Zusammenhang wurde erstmals in der deutschen Parteiengeschichte nach einem demokratischen (Männer-)Wahlrecht gewählt, bei dem nun auch, anders als im Verfassungskonflikt, eindeutig miteinander konkurrierende liberale Parteien antraten. Das Ergebnis war hinsichtlich der Anteile und Mandate wie folgt (Tabellen 3 a u. 3 b):

| <b>Tabelle 3 a: Stimmenanteile bei der Reichstagswahl vom 31.8.1867</b> |                  |                    |                 |
|-------------------------------------------------------------------------|------------------|--------------------|-----------------|
|                                                                         | Nationalliberale | Fortschrittspartei | Andere Liberale |
| Norddeutscher Bund <sup>12</sup>                                        | 18,0 %           | 12,6 %             | 17,2 %          |
| Preußen <sup>13</sup>                                                   | 17,2 %           | 13,1 %             | 11,1 %          |
| <i>Rheinprovinz</i>                                                     | <i>15,8 %</i>    | <i>21,0 %</i>      | <i>19,8 %</i>   |
| <i>Regierungsbezirk Köln<sup>14</sup></i>                               | -                | <i>28,4 %</i>      | <i>40,2 %</i>   |
| <i>RB Düsseldorf</i>                                                    | <i>16,7 %</i>    | <i>22,1 %</i>      | <i>21,1 %</i>   |
| <i>RB Koblenz</i>                                                       | <i>15,8 %</i>    | <i>16,4 %</i>      | <i>16,8 %</i>   |
| <i>RB Trier</i>                                                         | <i>21,0 %</i>    | <i>19,5 %</i>      | <i>11,6 %</i>   |
| <i>RB Aachen</i>                                                        | <i>22,2 %</i>    | <i>19,3 %</i>      | <i>6,4 %</i>    |

12 Nach <http://www.wahlen-in-deutschland.de/krtw.htm> (Zugriff 5.10.2017).

13 Die Zahlen für Preußen und die Rheinprovinz nach Klaus Erich Pollmann: *Parlamentarismus im Norddeutschen Bund*. Düsseldorf 1985, S. 534-537.

14 Die Nationalliberale Partei ist nicht einzeln ausgewiesen.

| <b>Tabelle 3 b: Mandatsverteilung bei den Reichstagswahlen<sup>15</sup></b> |                    |        |                    |        |
|-----------------------------------------------------------------------------|--------------------|--------|--------------------|--------|
|                                                                             | Wahl vom 12.2.1867 |        | Wahl vom 31.8.1867 |        |
| Mandate insgesamt                                                           | 297                | 100 %  | 297                | 100 %  |
| <i>davon aus der Rheinprovinz</i>                                           | 35                 | 11,8 % | 35                 | 11,8 % |
| Nationalliberale insgesamt                                                  | 81                 | 27,2 % | 84                 | 28,3 % |
| <i>davon aus der Rheinprovinz</i>                                           | 5                  | 14,3 % | 7                  | 20,0 % |
| <i>Rheinländer in der Fraktion</i>                                          |                    | 6,2 %  |                    | 8,3 %  |
| Fortschrittspartei insgesamt                                                | 20                 | 6,7 %  | 30                 | 10,1 % |
| <i>davon aus der Rheinprovinz</i>                                           | 2                  | 5,7 %  | 4                  | 11,4 % |
| <i>Rheinländer in der Fraktion</i>                                          |                    | 10,0 % |                    | 13,3 % |
| andere Liberale insgesamt                                                   | 41                 | 13,8 % | 28                 | 9,4 %  |
| <i>davon aus der Rheinprovinz</i>                                           | 6                  | 17,1 % | 12                 | 34,2 % |
| <i>Rheinländer in der Fraktion</i>                                          |                    | 14,6 % |                    | 42,6 % |
| alle Liberalen                                                              | 142                | 40,4 % | 142                | 40,4 % |
| <i>davon aus der Rheinprovinz</i>                                           | 13                 | 37,1 % | 23                 | 65,7 % |
| <i>Rheinländer in den Fraktionen</i>                                        |                    | 9,2 %  |                    | 16,2 % |

Die Fortschrittspartei hatte demnach ihre Führungsrolle innerhalb des liberalen Lagers verloren. Sie konnte zwar im Rheinland mit 21 Prozent gegenüber rund 13 Prozent in Preußen bzw. im Norddeutschen Bund weit überdurchschnittliche Stimmenanteile erzielen. Diese Wähleranteile ließen sich aber nicht so recht in Reichstagsitze ummünzen, so dass „Rheinländer“ in ihrer Fraktion eine geringe bis knapp durchschnittliche Rolle spielten.

Anders verhielt es sich bei der gerade gegründeten nationalliberalen Konkurrenz, deren Anteil im Rheinland zwar geringer war, auch weil er offenbar für den Regierungsbezirk Köln nicht offiziell ausgewiesen wurde, die aber mehr Mandate gewann. Dennoch war bei ihr das „rheinische“ Element in Bezug auf die übrigen Ergebnisse – noch – unterrepräsentiert, auch weil sich viele rheinische Wähler für die „übrigen“ Liberalen entschieden, also Altliberale und andere gemäßigt-liberale Gruppierungen, die ihrerseits eindeutig rheinisch geprägt waren. Aber die Gesamtentwicklung, wenn auch noch nicht die im Rheinland, zwischen den beiden Wahlgängen von 1867 deutet schon an, dass diese Gruppierungen auf Dauer zwischen den beiden Haupt-

<sup>15</sup> Nach Pollmann: Parlamentarismus (wie Anm. 13), S. 543 ff.

richtungen zerrieben zu werden drohten, was dann in der Folgezeit auch schnell eintrat.

Eine Anmerkung zum Wahlverhalten der Rheinländer 1867 sei noch gemacht: Offenbar waren sie mit dem Agieren der Liberalen im Konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes so zufrieden, dass sie die liberalen Parteien nachher allseits gestärkt haben, denn das rheinische Element verdoppelte sich unter den liberalen Abgeordneten bei insgesamt gleichbleibender Mandatszahl. Das ist insofern erstaunlich, als die liberalen Fraktionen ja keineswegs im Einklang agierten, sondern in vielen Fragen unterschiedliche, wenn nicht gegensätzliche Antworten gaben.

Blickt man auf die spätere Zeit des Kaiserreiches, so bestätigen sich die Erkenntnisse zum preußischen Abgeordnetenhaus (Tabelle 2) auch unter anderen Wahlrechtsbedingungen (Tabelle 4): Für die Linksliberalen war das Rheinland ein schwieriges Terrain, in dem sie kaum Fuß fassen konnten. Besser war es um die rechtsliberale Schwesterpartei bestellt, aber auch sie schnitt im Rheinland zunehmend schlechter ab, war jedoch vor Ort – so in den Regierungsbezirken Koblenz, Düsseldorf und Trier – durchgängig politisch präsent, während die Linksliberalen nach 1890 nur ab und zu in der Region Düsseldorf ein Mandat gewinnen konnten. Das heißt, ihr „rheinischer“ Fraktionsanteil lag häufig auch bei null. Die ausgewählten Wahlergebnisse verzerren also ein wenig das Bild.

| <b>Tabelle 4: Liberale Mandatsanteile bei den Reichstagswahlen 1884/1907<sup>16</sup></b> |      |        |      |        |
|-------------------------------------------------------------------------------------------|------|--------|------|--------|
|                                                                                           | 1884 |        | 1907 |        |
| Sitze insgesamt                                                                           | 397  | 100 %  | 397  | 100 %  |
| <i>davon Rheinland</i>                                                                    | 35   | 8,8 %  | 35   | 8,8 %  |
| Nationalliberaler Stimmenanteil insgesamt                                                 |      | 17,6 % |      | 14,5 % |
| Nationalliberale Mandate insgesamt                                                        | 51   | 12,8 % | 54   | 13,6 % |
| <i>davon im Rheinland</i>                                                                 | 3    | 8,6 %  | 2    | 5,7 %  |
| <i>„Rheinländer“ in der Fraktion</i>                                                      |      | 5,9 %  |      | 3,7 %  |
| Linksliberaler Stimmenanteil insgesamt                                                    |      | 17,6 % |      | 11,0 % |
| Linksliberale Mandate insgesamt                                                           | 67   | 16,9 % | 49   | 12,3 % |
| <i>davon im Rheinland</i>                                                                 | 1    | 2,9 %  | 1    | 2,9 %  |
| <i>„Rheinländer“ in der Fraktion</i>                                                      |      | 1,5 %  |      | 2,0 %  |

16 Zusammengestellt nach Ritter/Niehuss: Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch (wie Anm. 11), S. 38 ff u. 79 ff.

Die zu erkennende Gesamttendenz verfestigt sich, wenn man sich den „Partei-eliten“ und Parteiorganisationen zuwendet. Hinsichtlich Letzterer verfügte die Nationalliberale Partei 1911 über sechzig größere und kleinere Geschäftsstellen im Reich, davon befanden sich sieben in der Rheinprovinz.<sup>17</sup> Von diesen muss man allerdings eine – nämlich die in Wetzlar – abziehen, weil sie wohl nicht dem eigentlichen „rheinischen Kulturkreis“ zuzuordnen ist. Bleiben also rund zehn Prozent der Geschäftsstellen im Rheinland, was in etwa dem dortigen Bevölkerungsanteil entspricht, der mit 10,6 Prozent 1906<sup>18</sup> etwas über dem seit 1871 konstanten Mandatsanteil im Reichstag (8,8 Prozent) lag.

Ein in gewisser Weise vergleichbares Material für die linksliberale Konkurrenz bildet die Anzahl der Lokalvereine, die die Deutsch-Freisinnige Partei für das Jahr 1884, also nach der Fusion von Fortschrittspartei und nationalliberaler Sezession, auswies: Demnach befanden sich 13 von 221 lokalen Organisationen auf dem Boden der Rheinprovinz, die damit aber nur knapp 6 % der Gesamtorganisation stellte.<sup>19</sup> Zwar gab es bis 1890 eine gewisse organisatorische Verdichtung, aber mit 16 Wahl- und Lokalvereinen war der regionale Linksliberalismus in der Rheinprovinz schlechter als in den Provinzen Schlesien und Westfalen, aber auch als im weit geringer bewohnten Brandenburg und Schleswig-Holstein organisiert. Auch Berlin wies viel mehr freisinnige Bezirksvereine auf, war allerdings auch eine Hochburg der Partei. Das dürfte zugleich die organisatorische Dichte in Brandenburg als dem „Großberliner“ Umland erklären.<sup>20</sup> Beim Vergleich zwischen den liberalen Parteien ist auch zu beachten, dass sicherlich nur die wenigsten Lokal- und Wahlvereine eigene Geschäftsstellen unterhalten konnten. Von solchen ist in den organisatorischen Mitteilungen auf freisinniger Seite anders als bei den Nationalliberalen in dieser ganzen Zeit nicht die Rede. Man muss deshalb von einem organisatorischen Vorsprung der nationalliberalen Partei in der Rheinprovinz gegenüber der Schwesterpartei ausgehen.

Direkte Vergleiche, die sich zwischen den beiderseitigen Vorständen und den Delegierten anstellen lassen, deuten ebenfalls in diese Richtung (Tabellen 5 und 6). Dabei zeigt sich ein doch nicht unbeträchtlicher Unterschied zwischen diesen beiden Bezugsgruppen:

17 Vgl. Organisationshandbuch der Nationalliberalen Partei, 4. Jg. 1911, S. VII-IX.

18 6,44 Millionen von 60,6 Millionen, vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1907, S. 1 (online unter [http://www.digizeitschriften.de/dms/img/?PID=PPN514401303\\_1906|log7&physid=phys27#navi](http://www.digizeitschriften.de/dms/img/?PID=PPN514401303_1906|log7&physid=phys27#navi), Zugriff 31.1.2018).

19 Vgl. Vereinskalendar der Deutschen Freisinnigen Partei zum Handgebrauch für das Jahr 1884. Berlin 1884, S. 6-15.

20 Vgl. Vereinskalendar der Deutschen Freisinnigen Partei zum Handgebrauch für das Jahr 1891. Berlin 1890, S. 15-33. Zu den Bevölkerungszahlen der Provinzen vgl. Gerd Hohorst u. a. (Hrsg.): Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch II. Materialien zur Statistik des Kaiserreiches 1870-1914. 2. Aufl. München 1978, S. 47.

| <b>Tabelle 5: Vorstände der liberalen Parteien 1906-1913</b> |                                |                        |        |
|--------------------------------------------------------------|--------------------------------|------------------------|--------|
|                                                              | Vorstands-<br>mitglieder. insg | Davon<br>„Rheinländer“ | Anteil |
| Freisinnige Vereinigung 1906 <sup>21</sup>                   | 59                             | 2                      | 3,3 %  |
| Nationalliberale Partei 1911 <sup>22</sup>                   | 165                            | 13                     | 7,9 %  |
| Fortschrittliche Volkspartei 1912 <sup>23</sup>              | 59                             | 2                      | 3,3 %  |
| Nationalliberale Partei 1913-17 <sup>24</sup>                | 243                            | 16                     | 6,6 %  |
| Jungliberale 1911 <sup>25</sup>                              | 21                             | 8                      | 38,0 % |

| <b>Tabelle 6: Liberale Delegierte 1896/1912</b> |            |                     |        |
|-------------------------------------------------|------------|---------------------|--------|
|                                                 | Delegierte | davon „Rheinländer“ | Anteil |
| Nationalliberale Partei 1896 <sup>26</sup>      | 419        | 37                  | 8,8 %  |
| Fortschrittliche Volkspartei 1912 <sup>27</sup> | 584        | 52                  | 8,9 %  |

Während bei den Delegierten um 1900 die Rheinprovinz zumindest entsprechend ihrer politischen Bedeutung vertreten war, galt dies für die Vorstände nicht. Hier trat das rheinische Element bei den Linksliberalen nur zu einem Drittel in Erscheinung, wenn man von einer Norm von zehn Prozent ausgeht. Bei den Nationalliberalen war diese Tendenz weniger ausgeprägt, wobei man wohl berücksichtigen muss, dass Politiker rheinischer Herkunft inzwischen auch in Berlin ansässig waren. Allerdings spielten solche in der allerersten Reihe der liberalen Parteien zumindest quantitativ keine besondere Rolle. Schaut man sich die Namen der liberalen Partei- und Fraktionsvorsit-

21 Erster Delegiertentag des Wahlvereins der Liberalen. Berlin o.J. (= 1906), S. 4 f.

22 Organisationshandbuch 1911 (wie Anm. 17), S. II-V.

23 Der zweite Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei zu Mannheim. Berlin 1912, S. 142-145.

24 Klaus-Peter Reiss (Bearb.): Von Bassermann zu Stresemann. Die Sitzungen des nationalliberalen Zentralvorstandes 1912-1917. Düsseldorf 1967, S. 66-80.

25 Organisationshandbuch 1911 (wie Anm. 17), S. VI.

26 Vgl. Allgemeiner Delegiertentag der Nationalliberalen Partei 1896 (Erster Tag). Berlin 1896, S. 4f. Dort heißt es auch, die Zusammensetzung weise eine „nach Lage der Dinge selten gleichmäßige Vertretung der einzelnen Landschaften des Reiches“ auf.

27 Der zweite Parteitag (wie Anm. 23), S. 135. Allerdings waren nur 21 der 35 rheinischen Reichstagswahlkreise vertreten.

zenden im Kaiserreich an,<sup>28</sup> so ist für die Nationalliberalen nur ein aus dem Rheinland gebürtiger Spitzenpolitiker zu verzeichnen: Friedrich Hammacher. Auf linksliberaler Seite waren es sogar zwei und zwar – neben Reinhart Schmidt-Elberfeld – mit Eugen Richter ein echtes politisches Schwergewicht, das allerdings, obwohl in Düsseldorf geboren, eher als preußisch denn als typisch rheinisch galt.<sup>29</sup> Auch wenn beide sicherlich sehr einflussreiche Persönlichkeiten waren, muss man doch hinsichtlich des Kaiserreiches konstatieren: Abgesehen von der parteipolitisch noch nicht sehr verfestigten Reichsgründungsphase spielte das „rheinische“ Element bei den Nationalliberalen gegen Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts eine knapp durchschnittliche, bei den Linksliberalen aber eine weit unterdurchschnittliche Rolle.

### III.

Diese Konstellation setzte sich in der Weimarer Republik fort, wie ein Blick auf die zweite und dritte Reichstagswahl belegt (Tabelle 7). Demnach schnitten die beiden Nachfolge-Organisationen der liberalen Parteien des Kaiserreiches ähnlich wie ihre Vorgängerinnen ab, auch wenn es innerhalb der Region unterschiedliche Ergebnisse gab. Aber nirgends waren die Linksliberalen im Rheinland stärker als die rechtsliberale Schwesterpartei. Stresemanns Volksparteiler kamen jedoch 1920 einigermaßen an ihre reichsweiten Durchschnittswerte heran und übertrafen sie 1924 bei den Maiwahlen. Deshalb spielte das rheinische Element in ihrer Fraktion 1920 fast und 1924 ziemlich genau die Rolle, die ihm statistisch zukam.

28 Vgl. die entsprechenden Hinweise zu den einzelnen Parteien im Lexikon zur Parteiengeschichte 1789-1945. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland. Hrsg. v. Dieter Fricke u.a., Bd. 1 Leipzig 1983, S. 622 f u. 656, Bd. 2 Leipzig 1984, S. 599, 684 u. 694, Bd. 3 Leipzig 1985, S. 403.

29 Vgl. dazu Jürgen Frölich: Eugen Richter (1838-1906), liberaler Parlamentarier im Kaiserreich. In: Portal Rheinische Geschichte (<http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoentlichkeiten/R/Seiten/EugenRichter.aspx>).

| Tabelle 7: Liberale Stimmenanteile bei den Reichstagswahlen 1920 und 1924, Mai <sup>30</sup> |                                |                    |                    |                    |
|----------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
|                                                                                              | DVP                            |                    | DDP                |                    |
|                                                                                              | 1920                           | 1924, Mai          | 1920               | 1924, Mai          |
| Köln-Aachen                                                                                  | 76.900 / 9,0 %                 | 70.500 / 7,8 %     | 35.000 / 4,1 %     | 25.300 / 2,8 %     |
| Koblenz-Trier                                                                                | 67.200 / 12,7 %                | 54.900 / 10,1 %    | 15.900 / 3,0 %     | 16.300 / 3,0 %     |
| Düsseldorf-Ost                                                                               | 128.900 / 13,2 %               | 116.200 / 12,0 %   | 49.900 / 5,1 %     | 42.700 / 4,3 %     |
| Düsseldorf-West                                                                              | 86.800 / 12,1 %                | 69.200 / 9,2 %     | 33.700 / 4,7 %     | 21.800 / 2,9 %     |
| Rheinprovinz                                                                                 | 359.800 / 11,6 %               | 310.800 / 9,8 %    | 134.500 / 4,4 %    | 106.100 / 3,3 %    |
| Reich                                                                                        | 3,92 Mill. / 13,9 %            | 2,69 Mill. / 9,2 % | 2,33 Mill. / 8,3 % | 1,66 Mill. / 5,7 % |
| Rhein. Anteil                                                                                | (10,8 %) <sup>31</sup> / 9,2 % | (11,9 %) / 11,5 %  | (10,8 %) / 5,8 %   | (11,9 %) / 6,4 %   |

Das sah bei der DDP ganz anders aus: Sie blieb überall im Rheinland unterdurchschnittlich und erreichte insgesamt nur etwa die Hälfte (1920) oder später zwei Drittel ihres reichsweiten Ergebnisses. Kein Wunder, dass im Rheinland gewählte Abgeordnete in ihrer Fraktion nur halb so stark vertreten waren, wie sie es eigentlich hätten sein müssen.

Ganz ähnlich war das Bild bezogen auf die Parteieliten und die Parteiorganisation. 1920 kamen zehn Prozent der DVP-Vorstandsmitglieder aus dem Rheinland, nämlich 27 von 269 namentlich bekannten,<sup>32</sup> und von den 33 Wahlkreisgeschäftsstellen der Partei arbeiteten 1925 vier, also rund zwölf Prozent, in der Rheinprovinz, nämlich in Köln, Remscheid, Duisburg und Koblenz.<sup>33</sup>

Dank eines Organisationshandbuches aus dem Jahr 1926 sind wir über die Zusammensetzung der DDP viel ausführlicher informiert, ohne dass sich daraus allerdings qualitativ neue Erkenntnisse gewinnen ließen: So kamen drei von 48 Mitgliedern des Hauptvorstands aus dem Rheinland, also weit weniger als zehn Prozent.<sup>34</sup> Ein ähnliches Bild ergibt sich beim Reichsfrauenausschuss, wo vier Rheinländerinnen unter 62 linksliberalen Aktivistinnen saßen (6,5 %), oder beim Reichsausschuss für Handel, Industrie und Gewerbe

30 Zusammengestellt anhand von Jürgen Falter u.a.: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. München 1986, S. 68 f., bezogen jeweils auf die gültigen Stimmen.

31 In Klammern der Anteil der im Rheinland abgegebenen Stimmen.

32 Nach der Aufstellung „DVP Zentralvorstand 1920“, in: Bundesarchiv Koblenz, N 1002/12, fol. 28-30.

33 Maximilian Müller-Jabusch (Hrsg.): Politischer Almanach 1925. Berlin u. a. 1925, S. 242 f.

34 Organisationshandbuch der Deutschen Demokratischen Partei. Hrsg. von der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei. Berlin 1926, hier S. 29 ff.

(drei von 58 = 5,1 %), während es beim Reichsausschuss der DDP-Beamten immerhin 14 von 147 Mitgliedern (= 9,5%) waren.<sup>35</sup> Nur beim studentischen Reichsbund kamen zwei von neun Vorstandsmitgliedern aus der Rheinprovinz, wobei dessen Wirksamkeit sich auch nach „Deutsch-Österreich“ erstreckte.<sup>36</sup> Ansonsten herrschte in der DDP ein heute kaum mehr vorstellbares Übergewicht der in Berlin ansässigen Funktionäre vor, die auch als solche ausgewiesen wurden.<sup>37</sup>

Dieses Bild wird bestätigt durch die Wahlen zum preußischen Landtag, wo die Unterschiede hinsichtlich des „Rheinischen“ zwischen DVP und DDP noch deutlicher hervortreten, wenn auch beide Parteien dort unter ihrem landesweiten Durchschnitt blieben.

|     | MdL insges. 1924 | <i>Rheinische MdL 1924</i> | MdL insges. 1928 | <i>Rheinische MdL 1928</i> |
|-----|------------------|----------------------------|------------------|----------------------------|
| LT  | 450              | 69 / 15,3 %                | 450              | 75 / 16,7 %                |
| DVP | 45 / 10,0 %      | 6 / 13,3 %                 | 40 / 8,9 %       | 6 / 15,0 %                 |
| DDP | 27 / 6,0 %       | 1 / 3,7 %                  | 21 / 4,7 %       | 2 / 9,5 %                  |

Interessant ist der „Ausrutscher“ bei der DDP 1928, wo es entgegen dem Trend zu einer „Verdoppelung“ ihrer Mandate im Westen und damit auch der „rheinischen Elemente“ in ihrer Landtagsfraktion kam. Das kann auch Zufall gewesen sein, denn eigentlich brachte die Wahl von 1928 allgemein keine Verbesserung bei der DDP gegenüber 1924. Auch in den vier rheinischen Wahlkreisen war der Stimmenanteil nochmals gefallen. Allerdings hatte sich der Wahlkreis Köln-Aachen nur minimal verschlechtert, so dass er nun gemeinsam mit Düsseldorf-Ost aus DDP-Sicht den 17. Platz unter insgesamt 23 Wahlkreisen einnahm. Noch weiter hinten lagen Düsseldorf-West und Koblenz-Trier, deren Wahlergebnisse nur vom oberschlesischen Oppeln unterboten wurden.<sup>39</sup> Selbst in der stabilen Phase der Weimarer Republik blieb das Rheinland für die liberalen Parteien, insbesondere den Linksliberalismus, ein mehr oder minder schwieriges Pflaster.

35 Vgl. ebd. S. 54-68.

36 Ebd. S. 79.

37 Vgl. ebd. S. 30 f., 51, 60 f.

38 Zusammengestellt nach Handbuch für den Preußischen Landtag. Ausgabe für die 2. Wahlperiode. Berlin 1925, Anhang „Die Wahlen zum Preußischen Landtag am 7. Dezember 1924“ und Handbuch über den Preußischen Staat hrsg. vom Preußischen Staatsministerium für das Jahr 1929. Berlin o. J. (= 1929), S. 86 u. 127.

39 Vgl. Joachim Stang: Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen 1918-1933. Düsseldorf 1994, S. 383.

#### IV.

Die politischen und sozialen Verhältnisse nach 1945 waren natürlich ganz andere, somit auch die Rahmenbedingungen für einen Vergleich. Mit der formalen Auflösung des Staates Preußen war spätestens 1947 auch die Rheinprovinz als organisatorische Einheit untergegangen. Andererseits war natürlich infolge der Gebietsabtrennungen, die den deutschen Osten betrafen, das Gewicht des Rheinischen in der Bundesrepublik erheblich gestiegen. Legt man die Bevölkerungsstatistiken zugrunde, dann lebten 1975 rund zwanzig Prozent der Einwohner der Bundesrepublik auf dem Gebiet der ehemaligen Rheinprovinz<sup>40</sup> und 1991 nach der Vereinigung noch 15 Prozent.<sup>41</sup> Bei den Wahlberechtigten waren es 2009 14,5 Prozent.<sup>42</sup>

Allerdings ist es nach den durch den Zweiten Weltkrieg ausgelösten Verwerfungen noch schwieriger, originäre „Rheinländer“ ausfindig zu machen; hinzu kommt die zunehmende Mobilität. Mitunter helfen da auch die eingangs erwähnten Kriterien Geburts- und Wirkungsort nicht mehr weiter. Denn zwischen 1949 und 1990 waren der Regierungs- und Parlamentsitz mitten im Rheinland und damit zwangsläufig auch die Wirkungsorte vieler liberaler Politiker. Aussagekräftiger sind also vermutlich eher Wahlergebnisse.

Bleiben wir jedoch zunächst beim liberalen Spitzenpersonal nach 1945. Mit der Gründung der FDP im Dezember 1948 haben wir es nun nur noch mit einer Organisation zu tun, die für sich in Anspruch nimmt, den Liberalismus in Deutschland zu verkörpern. Diese nimmt mit einem Alter von nunmehr fast 70 Jahren hinsichtlich der Kontinuität auch eine einsame Spitzenposition in der Geschichte des deutschen Liberalismus ein. Insofern müssen sich die folgenden Ausführungen noch mehr auf Schlaglichter aus verschiedenen Zeiten beschränken. Hier zunächst die „landsmannschaftliche Zusammensetzung“ des FDP-Bundesvorstandes im Überblick (Tabelle 9):

40 12.100.000 von 59.600.000, nach Meyers Enzyklopädisches Lexikon, 9. Aufl. Mannheim u.a. 1976.

41 11.900.000 von 79.100.000, nach Brockhaus Enzyklopädie, 19. Aufl. Mannheim 1991.

42 9.000.000 von 62.200.000, vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_Bundestagswahlkreise\\_2009](https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Bundestagswahlkreise_2009) und [https://de.wikipedia.org/wiki/Bundestagswahl\\_2009](https://de.wikipedia.org/wiki/Bundestagswahl_2009) (Zugriff 23.8.2017).

| Jahr | Zahl der Mitglieder | „Rheinländer“       | Rheinischer Anteil |
|------|---------------------|---------------------|--------------------|
| 1948 | 16                  | 1 <sup>44</sup>     | 6,3 %              |
| 1960 | 30 <sup>45</sup>    | 5/7 <sup>46</sup>   | 16,6 % / 23,3 %    |
| 1976 | 32                  | 6/7 <sup>47</sup>   | 18,8 % / 21,9 %    |
| 1990 | 58 <sup>48</sup>    | 8/9 <sup>49</sup>   | 13,8 % / 15,5 %    |
| 2009 | 46 <sup>50</sup>    | 10/11 <sup>51</sup> | 21,7 % / 23,9 %    |
| 2017 | 43                  | 7 <sup>52</sup>     | 16,2 %             |

Es ist erkennbar, dass die Zumessung „rheinisch“ nicht mehr so leicht ist, abgesehen vom Jahr 1948. Das hat nicht nur damit zu tun, dass der ordentliche Bundesvorstand der FDP – kooptierte Mitglieder wurden nicht berücksichtigt – zeitweise um bis zu drei Ehrenvorsitzende anwuchs, von denen zwei – Walter Scheel und Otto Graf Lambsdorff – zweifellos geborene Rheinländer waren.

Die Problematik erhellt beispielhaft die Biographie des – nach Marie-Elisabeth Lüders, Reinhold Maier und Walter Scheel – vierten FDP-Ehrenvorsitzenden: Hans-Dietrich Genscher wurde in Halle geboren, was er vor allem nach 1990 auch demonstrativ herausgestellt hat. Andererseits lebte er seit 1956 im Rheinland, hatte im rheinischen Wuppertal seit 1965 seinen Wahlkreis und ist nahe Bonn gestorben.<sup>53</sup> Rheinländer oder nicht? Ähnliches gilt auch für Erich Mende und Wolfgang Döring, beides keine geborenen Rheinländer, aber nur hier politisch aktiv. Schließlich ist da noch mit Bijan Djir-Sarai ein gebürtiger Iraner, der aber in Grevenbroich aufgewachsen ist und dort auch politische Karriere gemacht hat.

43 Zusammengestellt nach den Listen im ADL.

44 Franz Blücher.

45 Inkl. zwei Ehrenpräsidenten (M.E. Lüders, R. Maier).

46 Inkl. Erich Mende und Wolfgang Doering.

47 Inkl. H.-D. Genscher.

48 Inkl. Ehrenvorsitzendem (W. Scheel).

49 Inkl. H.-D. Genscher.

50 Inkl. Ehrenvorsitzende (W. Scheel, H.-D. Genscher, O. Graf Lambsdorff).

51 inkl. H.-D. Genscher.

52 Darunter ein im Iran geborenes Mitglied.

53 Zu Genscher vgl. Hans-Dieter Heumann: Hans-Dietrich Genscher. Die Biographie. Paderborn u. a. 2012, sowie zuletzt Jürgen Frölich: Taktisch versierter Pragmatiker und Visionär zugleich. Zum politischen Wirken von Hans-Dietrich Genscher (1927–2016). In: Deutschland-Archiv online v. 19.5.2017 (<http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschland-archiv/248082/taktisch-versierter-pragmatiker-und-visionaer-zugleich-zum-politischen-wirken-von-hans-dietrich-genscher-19272016>).

Abgesehen von dem Problem, was im Sinne der einleitenden zitierten Definition von „Rheinländer“ wichtiger ist – der Geburts- oder der Wirkungs-ort, was man wohl nur im Einzelfall lösen kann –, zeigt sich, dass mit Ausnahme des Gründungsvorstandes das Rheinland eigentlich immer entsprechend seines politisch-demographischen Gewichtes im FDP-Bundesvorstand vertreten war. Dieses Gewicht schrumpfte im Zuge der Wiedervereinigung, stieg dann aber wieder an, was eine mögliche „Verwestlichung“ der FDP in den letzten Jahrzehnten widerspiegeln könnte.<sup>54</sup> Mit den drei letzten Ehrensitzenden ist das Rheinland sogar in gewisser Weise überpräsentiert gewesen, selbst wenn man den „Problemfall“ Genscher herausrechnet. Die Zusammensetzung des Jahres 1948 dürfte dagegen noch eine Fortsetzung der Weimarer Verhältnisse sein, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass der historische Traditionsbezug der frühen FDP – sofern er überhaupt in der liberalen Tradition lag – die DDP gewesen ist. Diese war im Rheinland, wie gezeigt, auffällig schwach gewesen.

Werfen wir nun einen Blick auf die liberale Bundestagsfraktion (Tabelle 10):

|                    | MdB insges.   | <i>Nordrhein</i> | <i>Rheinland (-Pfalz)</i> | <i>Saarland</i> | <i>„Rheinische“ MdBs</i>          |
|--------------------|---------------|------------------|---------------------------|-----------------|-----------------------------------|
| 1949               | 52 + 1 Berlin | 6                | 1                         | 0               | 7 / 13,4 % (13,2 %) <sup>56</sup> |
| 1961               | 67            | 12               | 2                         | 1               | 15 / 22,3 %                       |
| 1976               | 39 + 1 Berlin | 5                | 0                         | 0               | 5 / 12,8 % (12,5 %)               |
| 1990               | 78            | 10               | 2                         | 1               | 13 / 16,6 %                       |
| 2009               | 93            | 10               | 2                         | 1               | 13 / 14,0 %                       |
| 2017 <sup>57</sup> | 80            | 13               | 1                         | 1               | 15 / 18,8 %                       |

Insgesamt zeigen sich kaum auffällige Abweichungen zwischen Vorstand und Fraktion. Bei beiden variierte der rheinische Anteil ab dem Jahr 1960 zwischen 14 und 24 Prozent ein, wenn man die – nicht jeweils vom Parteitag

54 Vgl. dazu Jürgen Frölich: The German Liberals. Between third force and marginal force. In: Journal of Liberal History 41/Winter 2003, S. 16-21, bes. S. 21.

55 Zusammengestellt nach den Amtlichen Handbüchern des Deutschen Bundestages. 1., 5., 8., 12. u. 17. Wahlperiode.

56 In Klammern unter Einschluss der „Berliner“.

57 Zusammengestellt nach <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/gewahlte/bund-99/land-10.html#7ebe67ce-15ee-43f3-8fd5-5a4a6beec934>, [http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user\\_upload/Redakteure/Dokumente/Themen\\_und\\_Aufgaben/Buergerbeteiligung/Wahlen/2017bundestagswahl/btw17\\_erglisten.pdf](http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Redakteure/Dokumente/Themen_und_Aufgaben/Buergerbeteiligung/Wahlen/2017bundestagswahl/btw17_erglisten.pdf) und <http://www.fdp-rlp.de/page/landesliste-zur-bundestagswahl-2017> (Zugriff jeweils 27.9.2017).

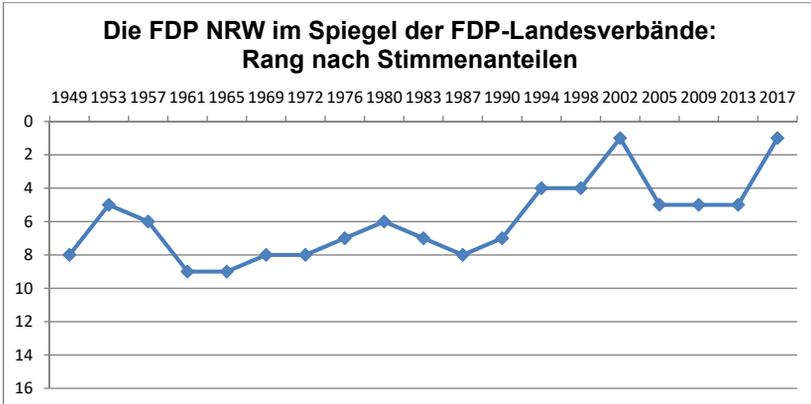
wiedergewählten – Ehrenvorsitzenden mit einbezieht. In der Fraktion, die nicht unbedingt nach Proporz, sondern eher gemäß regionaler politischer Stimmung gewählt wurde, war die Bandbreite also ähnlich groß wie im Vorstand, wo in der Regel mehr auf innerparteiliche Ausgewogenheit Wert gelegt wird. Allerdings folgten beide chronologisch einem anderen Rhythmus: So war das „rheinische“ Element im Vorstand proportional 1976 und 2009 am größten, als aber in der Fraktion keine „rheinische“ Hochzeiten bestanden. Diese wiederum gab es dort 1961 und gibt es jetzt wieder in der Gegenwart, während gleichzeitig der „rheinische“ Anteil im Vorstand um 5 % unter seinem Höchststand lag bzw. liegt.

Dass jetzt im 19. Bundestag genauso viele FDP-Abgeordnete aus dem Rheinland vertreten sind wie 1961 im vierten, ist insofern erstaunlich, als das letzte Gesamtergebnis prozentual doch um rund ein Sechstel hinter dem früheren zurückgeblieben ist. Außerdem wurde die Zahl der „rheinischen“ Wahlkreise, d. h. innerhalb der Grenzen der ehemaligen Rheinprovinz, zwischenzeitlich um einen Wahlkreis verringert.<sup>58</sup> Die hohe Zahl „rheinischer“ Liberaler im Berliner Parlament dürfte sicherlich auch nicht nur mit der stark gewachsenen Zahl an Überhangmandaten zusammenhängen.

Vielmehr ist für die Stärke des „rheinischen Elements“ nicht nur in der FDP, sondern in allen Parteien außer der CSU, die Wahl im Landesteil Nordrhein entscheidend: Das Saarland ist schon von der Gesamtzahl an Mandaten – zur Zeit acht – eher eine zu vernachlässigende Größe. In Rheinland-Pfalz ist es schwierig, zwischen den ehemaligen Territorien Bayerns, Hessen-Darmstadts, Nassaus und Preußens zu unterscheiden, die Zuordnung mancher Abgeordneter ist deshalb mitunter etwas zufällig.

Allein schon wegen der überaus rührigen Landschaftsverbände ist die Situation in Nordrhein-Westfalen anders. Das Kurvendiagramm über den Verlauf, welchen Rang das nordrhein-westfälische Wahlergebnis innerhalb der gesamtliberalen Ergebnisse bei Bundestagswahlen eingenommen hat, ist deshalb sehr aussagekräftig, wenn auch leider keine aggregierten Ergebnisse für die beiden Landesteile bekannt sind.

58 Von 46 auf 45, vgl. Amtliches Handbuch des Bundestages für den 4. Bundestag, S. 180-193 und Amtliches Handbuch für den 17. Bundestag, S. 2, 13-30.



Dabei kann man mit Blick auf die gesamte bundesrepublikanische Zeit keineswegs davon sprechen, dass die nordrhein-westfälische FDP Avantgarde in Sachen Stimmenanteil gewesen wäre. Im Gegenteil: Prozentual gesehen gehörte sie lange Zeit eigentlich zu den schwächeren Landesverbänden und lag häufig im hinteren Feld, vor allem wenn man berücksichtigt, dass es von 1957 bis 1987 nur neun konkurrierende FDP-Landesverbände gab. Diese prozentuale Schwäche wurde allerdings zum Teil durch die Größe des Elektors wettgemacht.

Interessanterweise holten die nordrhein-westfälischen Liberalen seit der Wiedervereinigung allmählich auf. 2002 lagen sie erstmals im innerliberalen Wettbewerb auf Platz eins, gemeinsam übrigens mit Rheinland-Pfalz, also einem weiteren der rheinischen „Nachfolge-Staaten“ Preußens. Bei der nunmehr letzten Wahl hat der größte FDP-Landesverband nun allein die innerliberale Spitzenposition bei der Bundestagswahl erreicht.

Dass dabei der rheinische Teil des Bundeslandes die ausschlaggebende Rolle gespielt hat, manifestiert ein anderer Datensatz: Von den dreißig Wahlkreisen mit den besten FDP-Ergebnissen lag genau die Hälfte im Rheinland, unter den ersten zehn waren es allein sieben. Die besten vier Zweitstimmenergebnisse überhaupt wurden im Rheinland erzielt, erst an fünfter Stelle folgt, gleichauf mit einem weiteren rheinischen, ein hessischer Wahlkreis (Main-Taunus) und auf den Plätzen sieben und neun zwei baden-württem-

bergische.<sup>59</sup> Und umgekehrt: Unter den dreißig schwächsten Wahlkreisen befindet sich nur ein „rheinischer“ im Saarland.<sup>60</sup>

## V.

Das macht die FDP natürlich – noch – nicht zur führenden politischen Kraft im Rheinland. Aber es ist doch der erstaunliche vorläufige Schlusspunkt einer Entwicklung liberaler Parteien in der Region, mit vielen Höhe- und Tiefpunkten. Zunächst, um die Mitte des 19. Jahrhunderts, schien die Rheinprovinz ein günstiges Pflaster für die Liberalen zu sein, eine regelrechte Hochburg. Dies hat sich in unterschiedlichem Maß gegen Ende des Kaiserreichs abgeschleift; vor allem für die Linksliberalen waren die Rheinlande eher Diaspora als Hochburg. Für die Nationalliberalen gab es zumindest lokale Schwerpunkte. Entsprechend unterschiedlich war das Gewicht der „Rheinländer“ zwischen 1890 und 1930 in den unterschiedlichen liberalen Strömungen, in jedem Fall aber war es bis in die Weimarer Republik hinein bei den Nationalliberalen größer.

Nach 1945 schien die FDP eher an die linksliberale Tradition anzuknüpfen. Das sollte sich dann allmählich ändern. Dabei sollte man auch nicht übersehen, dass ihre Parteispitze stark rheinisch geprägt gewesen ist: Von den bisher 14 FDP-Vorsitzenden war fünf geborene Rheinländer (Franz Blücher, Walter Scheel, Otto Graf Lambsdorff, Guido Westerwelle und Christian Lindner). Zwei weitere kann man zumindest für ihre jeweilige Amtszeit als rheinisch-geprägt ansehen: Erich Mende und Hans-Dietrich Genscher, dessen Vorsitz ja mehrere Jahre vor der Wiedervereinigung endete. Das wären dann genau fünfzig Prozent.<sup>61</sup> Noch deutlicher wird das „Rheinische“ an der Parteispitze beim Blick auf die Dauer der Amtszeiten: Auch wenn man Mende und Genscher nicht einbezieht, wurde die FDP während vierzig Prozent ihrer Existenz von gebürtigen Rheinländern geführt, mit diesen beiden „Zugereisten“ sind es sogar fast siebzig Prozent.

Ohne die hier präsentierten Daten überstrapazieren zu wollen, kann man doch am Ende festhalten: Anders als Friedrich Naumann vor 100 Jahren an-

59 In der numerischen Rheinfolge 94 (Köln II), 98 (Rhein-Sieg II), 106 (Düsseldorf I) und 110 Krefeld-Neuss II), vgl. Infratest Dimap: Bundestagswahl 2017 vom 24. September 2017. Ergebnisse und Analysen. Teil 2: Wahlkreisergebnisse. o. O. o. J., 3.01, S. 1. Vgl. auch [https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/3f3d42ab-faef-4553-bdf8-ac089b7de86a/bt\\_w17\\_heft3.pdf](https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/3f3d42ab-faef-4553-bdf8-ac089b7de86a/bt_w17_heft3.pdf) (Zugriff 31.1.2018).

60 Infratest Dimap: Bundestagswahl 2017 (wie Anm. 59), S. 3.02. (Wahlkreis 298 St. Wendel).

61 Eine aktuelle Übersicht über die FDP-Vorsitzenden und ihre Amtszeiten unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Freeie\\_Demokratische\\_Partei#Vorsitzende\\_der\\_FDP-Bundestagsfraktion](https://de.wikipedia.org/wiki/Freeie_Demokratische_Partei#Vorsitzende_der_FDP-Bundestagsfraktion) (Zugriff 31.1.2018).

nahm, war also nicht nur der „alte Liberalismus“ vom Rheinland geprägt. Zwar mag man darüber streiten, ob Guido Westerwelles Statement „Liberalismus ist rheinisch“ durchgängig gegolten hat. Kein Zweifel kann aber daran bestehen: Selten war der deutsche Liberalismus wohl „rheinischer“ als in der Gegenwart, am Ende des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts.



## Von der liberalen Versuchung einer nationalen Rechtspartei. Die rheinische FDP in der frühen Bundesrepublik<sup>1</sup>

Am 21. Juli 1966 findet man in den Aufzeichnungen Wolfgang Schollwers, zu dieser Zeit Referent in der FDP-Bundesgeschäftsstelle, folgende Eintragung:

„Vor einer Woche starb in Opladen,<sup>2</sup> fast siebzigjährig, Friedrich Middelhaue. Er war in den frühen fünfziger Jahren Symbol eines ‚rechten‘ FDP-Kurses. Der ehemalige Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen verfocht eine Politik großzügigster Öffnung nach rechts. Der Erfolg war beeindruckend: die alten Nazis kamen in Scharen und beherrschten bald die Geschäftsstelle in der Sternstraße, Kreis- und Ortsverbände, vom Landesvorsitzenden selber ganz zu schweigen. Bis der Bundespartei die Braunfärbung der rheinischen FDP zu penetrant wurde. Eine Selbstreinigung setzte ein.“<sup>3</sup>

Im Kontext des Schwerpunktthemas „Liberalismus im Rheinland“ provoziert diese kurze Aufzeichnung des außen- und deutschlandpolitischen Vordenkers der FDP gleich mehrere Nachfragen. Zunächst ist erklärungsbedürftig, wie und warum sich die Nachkriegs-FDP im Rheinland bzw. in ganz Nordrhein-Westfalen zu einer Partei entwickeln konnte, die weithin als nationalsozialistisch unterwandert galt. Wieso betrieb mit Friedrich Middelhaue ausgerechnet ein ehemaliges Mitglied der Deutschen Staatspartei einen Kurs der schrankenlosen Integration ehemaliger Nationalsozialisten in den FDP-Landesverband? Und wie war es um jene Selbstreinigung bestellt, von der Schollwer sprach? Bedeutete die Inhaftierung des sogenannten Naumann-Kreises im Januar 1953 zugleich das Ende der „Braunfärbung der rheinischen FDP“?

In drei Schritten soll diesen Fragen nachgegangen werden. Der Fokus ist hierbei auf das Rheinland gerichtet, wenngleich es sich um Entwicklungen

1 Der Text basiert auf einem Vortrag, der am 15. November 2017 im Rahmen des Kolloquiums „Zwei Jahrhunderte Liberalismus im Rheinland“ gehalten wurde. Für Unterstützung bei der Recherche danke ich Franziska Krause und Fabian Theurer.

2 Tatsächlich starb Friedrich Middelhaue am 14. Juli 1966 in Bad Mergentheim, also in Baden-Württemberg, während er in Opladen wohnte und seinen Verlag dort hatte.

3 Wolfgang Schollwer: FDP im Wandel. Aufzeichnungen 1961–1966. Hrsg. v. Monika Faßbender. München 1994, S. 331.

handelte, die den gesamten FDP-Landesverband in Nordrhein-Westfalen betrafen. Zunächst ist es notwendig, die Gründungsphase des rheinischen Nachkriegsliberalismus nicht nur in ihren strukturellen Problemlagen zu sehen, sondern sie als Resultat einer – bewusst unterbliebenen oder vollzogenen – Auseinandersetzung mit der Vergangenheit vor 1945, aber auch vor 1933 zu betrachten. Im zweiten Schritt werden Programm, Personen und Organisation der umstrittenen nationalen Sammlungspolitik umrissen, mit deren Hilfe die FDP zu einer dritten politischen Kraft rechts von der CDU gemacht werden sollte. Schließlich sollen anhand dreier rheinischer Beispiele – Wuppertal, Köln und das historisch zur Rheinprovinz gehörende Saarland – Schlaglichter auf die Nachwirkungen der „Nationalen Sammlung“ geworfen werden.

## I.

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches waren die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Neustart des parteipolitischen Liberalismus im Rheinland denkbar schlecht.<sup>4</sup> Zunächst lastete der an Rhein und Wupper besonders dramatische Niedergang liberaler Parteien in der Weimarer Republik wie eine Hypothek auf den Parteigründungsinitiativen nach 1945. Während zwischen 1920 und 1932 kontinuierlich ca. zwanzig Zentrumsabgeordnete und immerhin bis zu 13 Kommunisten aus der Rheinprovinz im Reichstag saßen, wurde in den ersten drei Reichstagen lediglich ein einziger rheinischer DDP-Abgeordneter nach Berlin entsandt, seit 1928 dann gar keiner mehr.<sup>5</sup> Bereits die Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919 ließen erahnen, wie schwer es eine linksliberale Partei angesichts der regionalspezifischen Strukturen haben würde: Mit rund neun Prozent in den rheinischen Regierungsbezirken Aachen, Düsseldorf und

4 Zur Frühgeschichte der FDP (insbesondere an Rhein und Ruhr) vgl. Jörg Michael Gutscher: Die Entwicklung der FDP von ihren Anfängen bis 1961. Überarb. u. erw. Neuausg., mit einem Nachwort von Günter Meuschel. Königstein im Taunus 1984; Dieter Hein: Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949. Düsseldorf 1985; Politischer Liberalismus in der britischen Besatzungszone 1946–1948. Führungsorgane und Politik der FDP. Bearb. v. Hans F. W. Gringmuth in Verbindung mit Lothar Albertin. Düsseldorf 1995; Gerhard Papke: Liberale Ordnungskraft, nationale Sammlungsbewegung oder Mittelstandspartei? Die FDP-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946–1966. Düsseldorf 1998.

5 Vgl. Lothar Weiß: Reichstagswahlen und Reichstagsmandate der Rheinprovinz 1918 bis 1933 (dort insbes. Tabelle 4: Reichstagsmandate in der Rheinprovinz 1920–1932). URL: <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/themen/Das%20Rheinland%20im%20Jahrhundert/Seiten/Reichstagswahlenbis1933.aspx> [8.2.2018].

Köln<sup>6</sup> unterbot die DDP das Reichsergebnis um mehr als die Hälfte – ein Trend, der sich über die gesamte Weimarer Republik fortsetzen sollte und der in seiner unterdurchschnittlichen Tendenz auch auf die rechtsliberale Deutsche Volkspartei zutrifft.

Kaum mehr messbar sollten die Resultate der 1930 gegründeten DDP-Nachfolgepartei ausfallen: Bei den zwei Reichstagswahlen von 1932 entschieden sich nur noch knapp 0,3 Prozent der rheinischen Wählerschaft für die Deutsche Staatspartei. Im niederrheinischen Landkreis Geldern erreichte sie im wahrsten Wortsinne ihren Nullpunkt mit einem Ergebnis von 0 Prozent bei den Novemberwahlen 1932.<sup>7</sup> Das Beispiel Gelderns mit einem katholischen Bevölkerungsanteil von 94,5 Prozent<sup>8</sup> verweist besonders drastisch auf die für einen Wahlerfolg liberaler Parteien vermutlich bedeutsamste Wählerkorrelation jener Zeit: je höher der katholische Bevölkerungsanteil, desto geringer das Wahlergebnis für eine liberale Partei. Beispielhaft sei hier auf Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 verwiesen, bei denen die DDP auf Reichsebene 5,7 Prozent der Stimmen erhielt: In den mehrheitlich protestantischen rheinischen Landkreisen Remscheid (76,2 Prozent) und Gummersbach (79,5 Prozent) erreichten die Linksliberalen mit 10,4 bzw. 12,1 Prozent Spitzenergebnisse; in Landkreisen und kreisfreien Städten mit einer vergleichbaren oder noch höheren katholischen Bevölkerungsmehrheit bewegten sich die DDP-Resultate zwischen 0,6 und 3,4 Prozent. Im stark vom Kulturkampf geprägten, rheinischen Katholizismus war und blieb der antiklerikale Liberalismus ein politisches Feindbild.<sup>9</sup>

Da das Rheinland trotz aller gesellschaftlichen Umwälzungen infolge von Krieg, Flucht und Vertreibung auch nach 1945 mehrheitlich katholisch geprägt blieb,<sup>10</sup> konnten die Liberalen nicht darauf hoffen, nunmehr unter günstigeren Voraussetzungen die politische Bühne zu betreten. Am katholischen Niederrhein begriffen desillusionierte FDP-Politiker ihre Tätigkeit als „Missionare“,<sup>11</sup> in Bergheim bei Köln existierte im Sommer 1947 noch nicht einmal eine Kreisgruppe der FDP,<sup>12</sup> und im Landkreis Aachen fürchteten Li-

6 Vgl. Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): 50 Jahre Wahlen in Nordrhein-Westfalen 1919–1968. Düsseldorf 1969, S. 11. Da der Fokus dieses Beitrags der rheinischen FDP in Nordrhein-Westfalen gilt, werden die Ergebnisse der gleichfalls zur Rheinprovinz gehörenden Regierungsbezirke Koblenz und Trier nicht berücksichtigt.

7 Vgl. ebd., Anlage 3, S. 46.

8 Vgl. ebd., Anlage 12, S. 134.

9 Vgl. den Beitrag von Norbert Schloßmacher oben.

10 Selbst zu Beginn der 1960er Jahre gab es noch Landkreise mit einer katholischen Bevölkerungsmehrheit von über 90 Prozent.

11 Tätigkeitsbericht des Geschäftsführers Nöfer vom 9.3.1947. Archiv des Liberalismus, Gummersbach (ADL), 984.

12 Vgl. Fritz Goebel an den FDP-Landesverband, 14.7.1947. Ebd.

berale gar berufliche Benachteiligung im Falle eines politischen Engagements außerhalb der CDU.<sup>13</sup>

Diese wenigen Schlaglichter können als Indiz dafür gelten, dass die Liberalen im Rheinland nach 1945 – anders als etwa im deutschen Südwesten oder in den Hansestädten – nicht auf ein intakt gebliebenes liberales Milieu zurückgreifen konnten. Oder in den Worten eines Aachener Liberalen: „Die FDP auf dem Fundament der DDP aufzubauen, war nicht möglich.“<sup>14</sup>

Zwei weitere Faktoren sollten die Gründung und Etablierung einer liberalen Partei im Rheinland erschweren. In Form der Christlich Demokratischen Partei bzw. der Christlich Demokratischen Union hatte sich flächendeckend eine Partei etabliert, die in hohem Maße von der intakten Infrastruktur des politischen Katholizismus im Rheinland profitierte<sup>15</sup> und deren – im Unterschied zur früheren Zentrumspartei – überkonfessionell-bürgerliches Profil durchaus attraktiv auf solche Liberalen wirkte, die sich in der Weimarer Republik gerade nach einer solchen Sammlungspartei gesehnt hatten. Zudem zeichnete sich bereits frühzeitig ab, dass die Liberalen – nach einer Einschätzung Friedrich Middelhaues – „bestimmt nicht das Lieblingskind der Besatzungsmächte“<sup>16</sup> waren. Ausgehend von der Überzeugung, dass die Zersplitterung des Parteiensystems zum Scheitern der Weimarer Republik beigetragen habe, gab es innerhalb der britischen Besatzungsmacht Sympathien für eine Konzentration der künftigen parteipolitischen Landschaft in Deutschland in Form eines sozialistischen und eines bürgerlich-konservativen Blockes. In einer liberalen Parteineugründung wurde hingegen keine „historische Notwendigkeit“<sup>17</sup> erblickt.

Das in FDP-Kreisen weitverbreitete Gefühl einer systematischen Benachteiligung durch die Besatzungsmacht fußte u. a. auf der dilatorischen Bearbeitung von Lizenzierungsanträgen kleinerer Parteien, der marginalen Berücksichtigung von FDP-Politikern bei der Ernennung des ersten nordrhein-westfälischen Landtages<sup>18</sup> sowie auf einer Einschränkung liberaler Pressearbeit im Gegensatz zur großzügigen Lizenzvergabe an parteinahe Zeitungen von CDU, SPD und KPD. Im Rheinland durfte nur eine einzige FDP-nahe Zeitung, die „Westdeutsche Rundschau“, mit einer Auflage von weit unter

13 Vgl. Tätigkeitsbericht des Geschäftsführers Schottenhammel jr. vom 9.3.1947. Ebd.

14 Ebd.

15 Vgl. Frank Bösch: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969. Stuttgart/München 2001, S. 22 ff.

16 Sitzung des Bundesvorstandes vom 26.10.1952. In: FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher. Sitzungsprotokolle 1949–1954. Bearb. v. Udo Wengst. 1. Halbband: 1949–1952. Düsseldorf 1990, Nr. 23, S. 546.

17 Karsten Schröder: Die FDP in der britischen Besatzungszone 1946–1948. Ein Beitrag zur Organisationsstruktur der Liberalen im Nachkriegsdeutschland. Düsseldorf 1985, S. 310.

18 Sie stellten in der konstituierenden Sitzung am 2. Oktober 1946 lediglich neun von 200 Abgeordneten.

100.000 Exemplaren erscheinen.<sup>19</sup> Die Folgen waren allenthalben spürbar: „Unsere Idee“, so die Klage eines niederrheinischen Liberalen im März 1947, sei aufgrund des Fehlens einer parteinahen Zeitung „fast völlig unbekannt.“<sup>20</sup>

Dass der Neuaufbau politischer Parteien gemäß alliierten Vorgaben „von unten nach oben“ erfolgen musste, stellte für die Liberalen hingegen keine zusätzliche Belastung dar – mangels vorhandener Strukturen wäre eine andere Gründungsform schlichtweg nicht möglich gewesen. So sind die Anfänge des parteipolitischen Liberalismus im Rheinland gekennzeichnet von einer Vielzahl lokaler, zunächst voneinander unabhängiger Gründungsinitiativen, wobei schon die Parteinamen darauf hinweisen, wie breit gefächert das liberale Spektrum war. Stellvertretend seien die in Mönchengladbach gegründete Sozialliberale Partei Deutschlands, die Liberaldemokratische Partei in Essen sowie die Deutsche Aufbauartei aus Opladen unter der Leitung Friedrich Middelhaupes genannt.

Jenseits der Parteinamen gewähren die Gründungsprogramme und -aufrufe instruktive Einblicke in das jeweils vorherrschende liberale Selbstverständnis, wobei die Auseinandersetzung mit der jüngeren bzw. jüngsten Vergangenheit besonders aufschlussreich ist. Thesenhaft zugespitzt ergibt sich folgendes Bild: je höher der Anteil ehemaliger DDP-Politiker in den Gründungszirkeln, desto größer der Wille zur Anknüpfung an liberale Traditionen und desto ausgeprägter die Bereitschaft zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Am Beispiel der traditionsbewussten südwestdeutschen Demokratischen Volkspartei um Reinhold Maier, Theodor Heuss und Wolfgang Haußmann lässt sich diese Gleichung eindrücklich nachvollziehen. Im Rheinland hingegen, wo die Vorzeichen andere waren, findet sich eine vergleichbare Konstellation kaum einmal, am ehesten vielleicht in der Essener Liberaldemokratischen Partei. Dort ging die Gründungsinitiative vom langjährigen DDP-Kommunalpolitiker Viktor Niemeyer aus, der sowohl alte Parteifreunde als auch Politikneulinge wie den späteren FDP-Vorsitzenden Franz Blücher für das Projekt einer liberalen Parteineugründung zu gewinnen versuchte. Im Parteiprogramm vom November 1945 findet sich – nach einleitenden Bemerkungen zum „furchtbare[n] Erbe“ des Nationalsozialismus – das Bekenntnis, „die besten Traditionen der alten deutschen Demokratie fortführen und die unvergänglichen Ideale der Freiheit des Menschen und der Menschenrechte zur Geltung bringen“ zu wollen.<sup>21</sup>

19 Vgl. Jürgen Benedikt Hüffer: Vom Lizenzpressesystem zur Wettbewerbspresse. Lizenzverleger und Altverleger im Rheinland und in Westfalen 1945–1953/54. München u. a. 1995.

20 Tätigkeitsbericht des Geschäftsführers Nöfer vom 9.3.1947. ADL, 984.

21 Aufruf und Programm der Liberaldemokratischen Partei Essen, November 1945. In: Politischer Liberalismus (wie Anm. 4), Nr. 4, S. 11.

Die meisten rheinischen Liberalen scheuten derart traditionsbewusste Bekenntnisse. Aufgrund des historischen Misserfolgs liberaler Parteien und des im mehrheitlich katholischen Rheinland besonders schlechten Rufes des Liberalismus fühlten sich viele Parteigründer sogar dazu veranlasst, sich ostentativ von jeder liberalen Parteitradition und -organisation zu distanzieren. In Flugblättern der Krefelder Freien Demokraten tritt dieser Wille zur Abgrenzung und zur Profilierung als dezidierte Parteineugründung besonders anschaulich zutage:

„Die ‚Freie Demokratische Partei‘ ist keine der alten Parteien, die durch ihre Fehler, ihre politischen Unzulänglichkeiten und falsche Zielsetzung das deutsche Volk veruneint und so Hitler an die Macht gebracht haben. Die ‚Freie Demokratische Partei‘ ist eine neue Partei [...]. Sie ist die große Sammelpartei des Ausgleichs.

Wir reden nicht zu Euch als Männer mit langen Bärten, die wer weiß wie weise tun! Wir reden nicht zu Euch als die allzeit Erfahrenen, die da wichtig meinen, andere und vor allem Euch belehren zu müssen! Wir sind genauso unerfahren wie Ihr, wie alle anderen auch. [...] Weil das so ist, haben wir eine unabhängige Partei gebildet, die genau so kühl wie Ihr die Dinge prüft und zu nehmen trachtet, wie sie sind.“

„Ohne Euch kann in dieser Welt der Widerstände und des abgrundtiefen Elends keine friedvolle und anständige deutsche Volksgemeinschaft aufgebaut werden. Wir wollen die Einheit des Reiches! Wir wollen die Einheit des Volkes! Wir wollen eine große organische Lebensgemeinschaft bilden! [...] Wir verneinen die alten Parteien- und Regierungssysteme, sie haben nichts gekonnt und nichts bewiesen.“<sup>22</sup>

Bekanntnis zum Neubeginn, Vorbehalte gegenüber Parteien und Parlamentarismus, Appelle an nationalistische Einstellungen unter Rückgriff auf abgeschmackte Begrifflichkeiten – diese Melange war kennzeichnend für eine von rheinischen Liberalen gezielt betriebene nationale Sammlungspolitik.

Der einflussreichste Protagonist einer solchen Sammlungspolitik war ohne Zweifel Friedrich Middelhaue. Dessen Deutsche Aufbaupartei wies programmatisch und personell bereits Kennzeichen jener Nationalen Sammlung auf, in die er die FDP mittelfristig zu überführen versuchte. Als einzige liberale Gruppierung im Rheinland verzichtete die am 6. Oktober 1945 in Opladen gegründete Deutsche Aufbaupartei bei ihrer Benennung auf charakteristische Attribute wie „frei“, „demokratisch“ oder „liberal“ – ein erster Hinweis darauf, dass man auch im Hinblick auf die Außenwirkung eine echte politische Neugründung ohne Reminiszenzen an liberale Parteitraditionen anstrebte. Dies belegt auch die von den Parteigründern anvisierte Wählerklientel: Ausgehend von Wahlergebnissen aus der Endphase der Weimarer Re-

22 Zitate entnommen aus drei undatierten, wahrscheinlich aus dem Jahr 1946 stammenden Flugblättern der Krefelder FDP. ADL, 987.

publik im Rhein-Wupper-Kreis sah man ein Potential von rund vierzig Prozent bei jenen Wählern, die sich damals weder für die Zentrumspartei noch für die SPD und KPD entschieden hatten.<sup>23</sup> Im Umkehrschluss zählten somit einstige Liberale, Deutschnationale und Nationalsozialisten zur potentiellen Wählerklientel der neu gegründeten „liberalen“ Partei. Entsprechend zurückhaltend fiel die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit aus. Sie beschränkte sich im Gründungsaufwurf der Aufbaupartei auf die lakonische Forderung, „[h]emmende Überbleibsel aus der Zeit nationalsozialistischer Gewaltherrschaft“ zu beseitigen.<sup>24</sup>

Dass Middelhaue von Beginn an gegenüber ehemaligen Nationalsozialisten zu umfassenden personellen und programmatischen Zugeständnissen bereit war, belegt ein früher Protestbrief Paul Luchtenbergs. Der Mitbegründer der Deutschen Aufbaupartei, spätere Kultusminister von Nordrhein-Westfalen (1956–1958) und Vorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung (1961–1970) klagte gegenüber Middelhaue bereits im November 1945 über eine mangelnde „Distanzierung vom Nazitum“ innerhalb der eigenen Partei.<sup>25</sup>

Wer die Motive für die nationale Sammlungspolitik verstehen möchte, muss im Falle Middelhaues den „Weimar-Komplex“<sup>26</sup> berücksichtigen, also die diskursive Präsenz und politische Instrumentalisierung der Weimarer Republik und ihrer Deutung in der Nachkriegszeit. 1896 in Siegen geboren und im Kreis Solingen aufgewachsen, legte Middelhaue zu Beginn der 1920er Jahre den Grundstein zu einem Verlags- und Druckereiunternehmen, das den Ort Opladen weit über den Rhein-Wupper-Kreis hinaus bekannt machen sollte. Die politische Bühne betrat der Unternehmer und Schöngest zu einem sehr markanten Zeitpunkt, nämlich just 1930 anlässlich der Gründung der Deutschen Staatspartei, jenem ungleichen Bündnis der Deutschen Demokratischen Partei mit dem bündisch-autoritären Jungdeutschen Orden. Vom Einfluss eben jener Jungdeutschen erhoffte sich Middelhaue einen Dynamisierungsschub, um die Parteiorganisation zu straffen, allzu enge Partei- und Weltanschauungsgrenzen zu überwinden und um die jüngere Generation für eine tendenziell überalterte Partei zu gewinnen.

Das Scheitern des Experiments der Staatspartei erlebte Middelhaue als stellvertretender Wahlkreisvorsitzender in Düsseldorf am eigenen Leib: Mit

23 Vgl. Artikel „Deutsche Aufbau-Partei gegründet“. In: Neue Rheinische Zeitung, 13.10.1945.

24 Aufruf der Deutschen Aufbaupartei, Oktober 1945. In: Politischer Liberalismus (wie Anm. 4), Nr. 3, S. 7.

25 Luchtenberg an Middelhaue, 28.11.1945. Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Duisburg (LA NRW, Abt. R), RW 62/108.

26 Dazu umfassend: Sebastian Ullrich: Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959. Göttingen 2009.

Wahlergebnissen von 0,3 Prozent hatten seine beiden Reichstagskandidaturen im Jahr 1932 keinerlei Aussicht auf Erfolg. Umso entschlossener war er nach 1945, politische Lehren aus diesem Scheitern zu ziehen. Seiner Überzeugung nach war nicht etwa das Zusammengehen mit dem illiberalen, teilweise antisemitischen Jungdeutschen Orden ein Fehler, sondern die in der politischen Praxis kaum spürbaren Auswirkungen dieser Allianz. Diese mangelnde Konsequenz wollte er sich in der politischen Aufbauarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg nicht vorwerfen lassen. Dank eines ausgeprägten organisatorischen Geschicks vermochte es Middelhaue, den Kurs der Nachkriegs-FDP in Nordrhein-Westfalen entscheidend mitzubestimmen: ab Dezember 1945 als Vorsitzender des Landesverbandes der Nordrheinprovinz, ab Oktober 1946 als Fraktionsvorsitzender im neuen Landtag und schließlich ab August 1947 als Vorsitzender des neugegründeten FDP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen. Das Ziel lautete, die FDP zu einem dritten politischen Block rechts von der CDU zu machen und dabei jeden Anschein zu vermeiden, als handele es sich bei ihr um eine – Zitat Middelhaue – „Neuaufgabe jener müden Staatspartei [...], die für das Ende der Weimarer Republik so große Verantwortung trägt“.<sup>27</sup>

Unterstützung für diesen politischen Kurs fand Middelhaue bei einer Vielzahl von Parteifreunden, deren größte Gemeinsamkeit darin bestand, dass sie antisozialistisch eingestellt waren und bislang keinerlei Berührungspunkte mit dem parteipolitischen Liberalismus hatten. Beispielhaft sei der Kölner Unternehmer Hans Albrecht Freiherr von Rechenberg genannt, seit 1947 stellvertretender FDP-Landesvorsitzender sowie von 1949 bis zu seinem Tod im Januar 1953 Mitglied des Deutschen Bundestags. Der marktliberale von Rechenberg war ein vehementer Befürworter des nationalen Sammlungskurses, dessen programmatische Agenda er folgendermaßen umschrieb:

„Klar sollten wir auch in die Kerbe hauen, die sich uns bietet, die Abneigung gegen Partei und gegen Parlamentarismus. [...] Alles was mit Weimar zusammenhängt, alles was mit Parteibetrieb zusammenhängt, ist dem deutschen Volk widerwärtig, nicht nur den Jungen, auch den Alten. Treiben wir klar eine Politik, die davon abbrückt. [...] Der wahre Grund [für die mangelnde Entscheidungsfähigkeit der FDP-Parteiführung; K.B.] ist der latente Gegensatz zwischen den alten rosa-roten Staatsparteilern und uns ehrlichen freien Demokraten, die ehrlich Anti-Sozialisten sind und deshalb als Reaktionäre beschimpft werden. Wenn es uns nicht gelingt, diesen Gegensatz in aller Kürze dadurch aus der Welt zu schaffen, daß die ganzen Rosaroten herausfliegen, können wir unsere Partei zumachen.“<sup>28</sup>

27 Artikel Middelhaues „Klärung durch Klarheit“. In: Die Deutsche Zukunft, 19.7.1952.

28 Von Rechenberg an Franz Blücher, 29.10.1947. In: Politischer Liberalismus (wie Anm. 4), Nr. 41, S. 240f.

## II.

Programmatik, Personen und Organisation der Nationalen Sammlung waren durchdrungen von den hier anklingenden Ressentiments gegenüber Parlamentarismus und Parteien im Allgemeinen und traditionsbewussten Liberalen im Besonderen. Einen ersten Hinweis hierauf geben bereits die Wahlplakate der NRW-FDP aus den frühen 1950er Jahren.<sup>29</sup> Geworben wurde für die Nationale Sammlung in der programmatischen Farbgebung schwarz-weiß-rot sowie mit einem schmissig gezeichneten, schräg gestellten FDP-Parteiadler. Dass dieser ebenso wie der NSDAP-Parteiadler heraldisch verkehrt nach links, also gen Osten schaute, dürfte angesichts der personellen Zusammensetzung des zuständigen Designerbüros kein Zufall sein, schließlich arbeiteten dort ausnahmslos ehemalige NSDAP- und SS-Mitglieder.<sup>30</sup>

In ihren vergangenheitspolitischen Forderungen testete die nordrhein-westfälische FDP stets die Grenzen des politisch Sagbaren aus und beging bewusst Tabubrüche, um sich in der Zielgruppe der „Ehemaligen“ als besonders vorkämpferische Partei zu profilieren. Ging der Ruf nach einer möglichst raschen Beendigung der Entnazifizierung schon bald im Chor sämtlicher Parteien unter, so exponierte sich die NRW-FDP mit Forderungen nach einer Vernichtung aller Entnazifizierungsunterlagen, nach Löschung aller Spruchkammerakten aus den Strafregistern sowie nach einer Generalamnestie, von der auch alle verurteilten deutschen Kriegsverbrecher profitiert hätten.<sup>31</sup>

Organisator und Gesicht der zu Beginn der 1950er Jahre großangelegten Generalamnestie-Kampagne war der Essener Rechtsanwalt und FDP-Politiker Ernst Achenbach. Als promovierter Jurist war Achenbach während des Dritten Reiches u.a. als Gesandtschaftsrat an der deutschen Botschaft in Paris tätig gewesen, die von der Forschung „zu den Schrittmachern der europaweit anlaufenden Verfolgung“ der Juden gezählt wird.<sup>32</sup> Als Leiter der Politischen Abteilung innerhalb der Botschaft war Achenbach in die Verhaftungen und Deportationen der in Frankreich lebenden Juden involviert. Er wurde nicht nur von Mitarbeitern der Botschaft sowie des SD-Judenreferats in Paris über die Umsetzung der Judengesetze und deren Auswirkungen auf die

29 Vgl. dazu die Plakatsammlung im ADL.

30 Vgl. Klaus Körner: „Die rote Gefahr“. Antikommunistische Propaganda in der Bundesrepublik 1950–2000. Hamburg 2002, S. 54; Jan Schlürmann: Die „Wirmer-Flagge“. Die wechselhafte Geschichte eines vergessenen Symbols der deutschen Christlichen Demokratie. In: Historisch-Politische Mitteilungen 22 (2015), S. 331–342, hier S. 340 f.

31 Vgl. Kristian Buchna: Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Middelhaue und die nordrhein-westfälische FDP 1945–1953. München 2010, S. 49 ff.

32 Roland Ray: Annäherung an Frankreich im Dienste Hitlers? Otto Abetz und die deutsche Frankreichpolitik 1930–1942. München 2000, S. 355.

„Endlösung der Judenfrage“<sup>33</sup> informiert,<sup>34</sup> von Achenbach selbst stammt ein Telegramm an das Auswärtige Amt, in dem er als „Sühnemaßnahme“ für die Erschießung eines Oberstleutnants und eines Majors ankündigte, „2 000 Juden zu verhaften und nach dem Osten zu verbringen“.<sup>35</sup> Mit Werner Best, der von 1940 bis 1942 Chef des Verwaltungsstabes beim Militärbefehlshaber in Frankreich war, hatte Achenbach zudem zur weiteren „Stigmatisierung der Juden in der französischen Öffentlichkeit [...] die sofortige Einführung des ‚Judensterns‘ im besetzten Gebiet vereinbart“.<sup>36</sup> Auch zum Reichspropagandaministerium, namentlich zu Wolfgang Diewerge, hatte Achenbach laufenden Kontakt.<sup>37</sup>

Seit der unmittelbaren Nachkriegszeit setzte sich Achenbach unermüdlich für die juristische wie moralische Verteidigung und Rehabilitierung ehemaliger Nationalsozialisten ein.<sup>38</sup> Mehr und mehr entwickelte sich seine Essener Anwaltskanzlei zu einem juristischen Lobbybüro für die Interessen von „Ehemaligen“. 1951 holte sich Achenbach mit dem frisch aus dänischer Haft entlassenen Werner Best besonders prominente Unterstützung in seine Kanzlei. Der einstige Stellvertreter Reinhard Heydrichs beim Sicherheitsdienst der SS stand darüber hinaus auf der Gehaltsliste der NRW-FDP, nämlich als Rechtsberater. Diese Tätigkeit hatte er schon 1930 ausgeübt, damals für die NSDAP-Gauleitung in Darmstadt.<sup>39</sup>

Die Wiederbeschäftigung ehemaliger Nationalsozialisten in irritierend ähnlichen Bereichen, in denen sie sich bereits im Dritten Reich „bewährt“ hatten, war keineswegs ein Versehen, sondern ein wiederkehrendes Muster. Beispielhaft sei die Personalie Wolfgang Diewerge genannt. Namentlich heute kaum mehr bekannt, gehörte Diewerge zu den perfidesten antisemiti-

33 So zu lesen in einer Aufzeichnung für Achenbach vom 18.3.1942. In: Serge Klarsfeld (Hrsg.): Die Endlösung der Judenfrage in Frankreich. Deutsche Dokumente 1941–1944. Paris 1977, Nr. 32, S. 52.

34 Vgl. Aufzeichnung des Legationsrats Zeitschel vom 28.2.1941, betr.: Zentrales Judenamt in Paris. In: Serge Klarsfeld: Vichy – Auschwitz. Die „Endlösung der Judenfrage“ in Frankreich. Darmstadt 2007, S. 385f.; Aufzeichnung Zeitschels vom 11.3.1942, betr.: Jüden deportierung. In: ebd., S. 402f.; Auflistung von Dokumenten über Achenbachs Tätigkeit in Paris: LA NRW, Abt. R, RWN 172/115, Bl. 112 sowie BArch, N 1080/267, Bl. 202.

35 Das Telegramm ist abgedruckt in: Der Spiegel, Nr. 30, 22.7.1974, S. 30. Vgl. auch Artikel „Er war es, der den Ton angab“. Neue Dokumente zum Fall Achenbach“, Der Spiegel, Nr. 31, 29.7.1974, S. 25.

36 Ulrich Herbert: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903–1989, 2. Aufl. Bonn 1996, S. 317.

37 Vgl. Joseph Billig: Die Endlösung der Judenfrage. Studie über ihre Grundsätze im III. Reich und in Frankreich während der Besatzung. New York 1979, S. 191.

38 Zu seiner Tätigkeit als Verteidiger des ehemaligen Wehrwirtschaftsführers Fritz Gajewski im Nürnberger I.G. Farben-Prozess vgl. Hubert Seliger: Politische Anwälte? Die Verteidiger der Nürnberger Prozesse. Baden-Baden 2016, S. 105 ff.

39 Herbert: Best (wie Anm. 36), S. 464.

schen Hetzern des Dritten Reiches.<sup>40</sup> Mit seinem Leitartikel „Die Verbrecher“, der am 8. November 1938 im Völkischen Beobachter abgedruckt wurde, hatte er die Reichspogromnacht gleichsam publizistisch vorbereitet. Diewerge wurde u.a. mit dem Goldenen Parteiabzeichen der NSDAP sowie mit dem SS-Ehrendolch und -Ehrenring ausgezeichnet. Im Reichspropagandaministerium, in dem er zum Ministerialrat aufstieg, war er u. a. mit dem Aufbau eines Netzes von Reichs-, Gau- und Kreisrednern befasst. 1951 stellte ihn Friedrich Middelhaue in Opladen als persönlichen Büroleiter ein; eine seiner zentralen Aufgaben war die Gründung und bundesweite Ausdehnung einer parteiinternen Rednerschulung, mit deren Hilfe der Einfluss des nordrhein-westfälischen Landesverbandes innerhalb der FDP gestärkt und die nationale Sammlungspolitik beworben werden sollte.

Die Aufzählung höchst fragwürdiger Wiederaufstellungen ließe sich beliebig fortsetzen. Nicht ohne Stolz verkündete Middelhaue Anfang 1953, „daß in den Kreisen und Bezirken der FDP schon tausende frühere Nationalsozialisten gleichberechtigt und freudig mitarbeiten“.<sup>41</sup> Die entscheidende Frage lautet an dieser Stelle, ob die nordrhein-westfälische FDP hier eine beispiellose Integrationsleistung vollbracht hat, um ehemalige Nationalsozialisten an demokratische Praktiken und den bundesrepublikanischen Parteienstaat zu gewöhnen. Zur Beantwortung dieser Frage muss das politische Fernziel der Nationalen Sammlung berücksichtigt werden sowie der Weg, der dorthin führen sollte.

Aufschlüsse über das Fernziel gibt das von der NRW-FDP im Juli 1952 vorgelegte „Deutsche Programm“,<sup>42</sup> das in tausendfacher Auflage gedruckte und nicht zufällig mit einer schwarz-weiß-roten Umrandung versehene Manifest der Nationalen Sammlung. Angestrebt wurde die Überwindung der im Grundgesetz festgeschriebenen parlamentarischen Parteiendemokratie zugunsten einer „starken Führungsdemokratie“,<sup>43</sup> an deren Spitze ein vom Volk gewählter Präsident stehen sollte, der über größere Vollmachten als der

40 Eine Auswahl seiner auflagenstarken Schriften: Als Sonderberichterstatter zum Kairoer Judenprozeß. Gerichtlich erhärtetes Material zur Judenfrage. München o. J. [1935]; Der Fall Gustloff. Vorgeschichte und Hintergründe der Bluttat von Davos. München 1936; Ein Jude hat geschossen... Augenzeugenbericht vom Mordprozeß David Frankfurter. München 1937; Anschlag gegen den Frieden. Ein Gelbbuch über Grünspan und seine Helfershelfer. München 1939; Das Kriegsziel der Weltplutokratie. Dokumentarische Veröffentlichung zu dem Buch des Präsidenten der amerikanischen Friedensgesellschaft Theodore Nathan Kaufman „Deutschland muß sterben“ („Germany must perish“). Berlin 1941.

41 Aus einem Rundschreiben an alle nordrhein-westfälischen FDP-Kreisverbände vom 12.2.1953. LA NRW, Abt. R, RWN 172/165, Bl. 105.

42 Der Programmtext findet sich abgedruckt in: Peter Juling: Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente. Meisenheim am Glan 1977, S. 120–124.

43 Middelhaue auf einer FDP-Landesausschusssitzung am 21.8.1952. LA NRW, Abt. R, RWN 172/233, Bl. 32.

Reichspräsident der Weimarer Republik verfügen würde. Die föderale Bundesrepublik sollte von einem neuen „Deutschen Reich“ abgelöst werden. In einem solchen dezentralisierten Einheitsstaat war nach dem Wortlaut des Deutschen Programms „kein Raum für eine Vielzahl von Regierungen und Parlamenten“.<sup>44</sup> Vielmehr forderte Middelhauve noch im Jahr 1954, dass „der Föderalismus [...] mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden“<sup>45</sup> müsse.

Bemerkenswert an all diesen Forderungen nach einer Einschränkung oder gar Abschaffung des Länderparlamentarismus, nach einer Degradierung des Parlaments zur Kontrollinstanz, nach einer Begrenzung der Einflussnahme von Parteien und Fraktionen oder nach einer verfassungsrechtlichen Stärkung des Staatsoberhauptes ist, dass man das liberale Spektrum keineswegs verlassen muss, um sie historisch zurückzuverfolgen. Liberale hatten sie bereits zu Zeiten der Weimarer Republik erhoben.<sup>46</sup> Doch anders als in der dramatischen Situation der Weltwirtschaftskrise und der Präsidialkabinette ging es zu Beginn der 1950er Jahre nicht um Pläne für (zeitlich befristete!) Auswege aus einer veritablen Staatskrise. Vielmehr atmet das Deutsche Programm einen revisionistischen Geist, der bei einem Blick auf seinen Autoren- und Mitarbeiterkreis nicht überrascht. Neben Middelhauve selbst wirkten vor allem ehemalige, z. T. ranghohe Nationalsozialisten daran mit und prüften es auf seine Werbewirksamkeit: allen voran Wolfgang Diewerge, aber auch der einstige SS-Obersturmführer Siegfried Zoglmann, der frühere Leiter der Rundfunkabteilung im Propagandaministerium Hans Fritzsche<sup>47</sup> sowie der Goebbels-Staatssekretär Werner Naumann.<sup>48</sup>

Die betont antiföderalen, zentralistischen Positionen der NRW-Liberalen widersprachen keineswegs einem regionalen Selbstbewusstsein. In deutsch-tümelnder Diktion beschrieb Siegfried Zoglmann, Leiter des „Presse- und Propaganda-Referats“ im Landesverband, das rheinisch-westfälische Selbstverständnis der FDP:

„Es ist unbestreitbar, daß Kraft und Stärke des Lebenswillens unseres Volkes sich im wiedererstandenen nordwestdeutschen Industriegebiet am stärksten dokumentiert. Hier an Rhein und Ruhr, seit Jahrzehnten immer mehr der Schicksalsraum

44 Juling: Entwicklung (wie Anm. 42), S. 121.

45 Zit. n. Friedrich Keinemann: Von Arnold zu Steinhoff und Meyers. Politische Bewegungen und Koalitionsbildungen in Nordrhein-Westfalen 1950–1962. Münster 1973, S. 48 f.

46 Vgl. Buchna: Sammlung (wie Anm. 31), S. 27f.; Jürgen C. Heß: Wandlungen im Staatsverständnis des Linkliberalismus der Weimarer Republik 1930 bis 1933. In: Karl Holl (Hrsg.): Wirtschaftskrise und liberale Demokratie. Das Ende der Weimarer Republik und die gegenwärtige Situation. Göttingen 1978, S. 46–88.

47 Vgl. Max Bonacker: Goebbels' Mann beim Radio. Der NS-Propagandist Hans Fritzsche (1900–1953). München 2007.

48 Vgl. Günter J. Trittel: „Man kann ein Ideal nicht verraten ...“. Werner Naumann – NS-Ideologie und politische Praxis in der frühen Bundesrepublik. Göttingen 2013, S. 152 f, Anm. 242.

unseres Volkes, wo Deutschland bildhaft aus tausend Wunden blutete, entstanden jene Impulse, die eine erstaunte Welt das deutsche Wunder nennt. Nach dem Verlust unserer Ostgebiete und der Okkupation des brandenburg-preußischen Kernlandes durch die Sowjets wurde Rheinland-Westfalen zum letzten Reduit preußischer Tradition. Wie einst Preußen ist auch das neue Land an Rhein und Ruhr das größte Bundesland.“<sup>49</sup>

Um dem selbstbewussten Anspruch der rheinisch-westfälischen FDP, treibende programmatische Kraft der Gesamtpartei zu sein, gerecht werden zu können, musste die Nationale Sammlung zunächst in Nordrhein-Westfalen organisatorisch gefestigt werden. Mit ebenso großem Engagement wie Erfolg arbeiteten daher Friedrich Middelhaue und Hauptgeschäftsführer Wolfgang Döring daran, einen schlagkräftigen Parteiapparat zu formen, dessen wichtigstes Ziel die programmatische Vereinheitlichung des Landesverbandes war. In einer für die Geschichte des parteipolitischen Liberalismus beispiellosen Form entstand eine unter der Maxime größtmöglicher Zentralisierung entwickelte Parteistruktur, die der Landesverbandsführung einen massiven Machtzuwachs bescherte, indem ihr in personeller, organisatorischer und programmatischer Hinsicht eine dirigistische Einflussnahme auf die Kreisverbände ermöglicht wurde. Wichtigstes Instrument dieser Zentralisierung war die Einsetzung von sogenannten Außendienstgeschäftsführern in den Bezirksverbänden. Deren Aufgabe als unmittelbar dem geschäftsführenden Landesvorstand verpflichtete Angestellte war die „Abwehr parteischädigender Einflüsse von innen und außen.“<sup>50</sup>

Zu diesem Zweck wurde ein differenziertes Spitzel- und Meldewesen etabliert mit dem Ziel, die Arbeit der Kreisverbände zu überwachen und abweichendes Verhalten an die Geschäftsstelle zu melden. Im Fokus dieser Überwachung standen betont liberale Kräfte. Auf bedrückende Art und Weise offenbaren die Berichte der Außendienstgeschäftsführer, dass ausgerechnet in einem Landesverband der FDP das Wort „liberal“ wieder zu einem politischen Denunziationsbegriff geworden war. Die als „Spalter“ diffamierten Kritiker der Nationalen Sammlung sollten aus der Partei herausgedrängt werden – sei es auf dem Wege von Ehrengerichts- und Parteiausschlussverfahren, durch die satzungswidrige Einflussnahme auf Kandidatenlisten oder durch die handstreichartige Übernahme ganzer Kreisverbände.<sup>51</sup>

49 Artikel „Kämpferisch und bekennend. Die Wahrheit über Bad Ems“. In: Die Deutsche Zukunft, 6.12.1952.

50 Arbeitsanweisung für Außendienstgeschäftsführer, Anlage eines Briefes Middelhaues an Friedrich Nolting, Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Bergisch-Land vom 8.5.1952. LA NRW, Abt. R, RW 60/57, Bl. 140 ff.

51 Vgl. Informationsbericht Robert Strobels vom 30.1.1953 und 11.8.1953. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München, ED 329/5.

Das Beispiel des oberbergischen FDP-Ortsverbandes Waldbröl zeigt, wie gezielt ehemalige Nationalsozialisten vom Landesverband angeheuert wurden, um dann oppositionelle Ortsverbände regelrecht zu kapern. Auf einer Parteiversammlung im Mai 1952 erschienen unangekündigt acht „durchweg als alte Nazis bekannt[e]“<sup>52</sup> Herren, die der rechtsextremen Sozialistischen Reichspartei (SRP) nahestanden, vom FDP-Landesverband in die Partei aufgenommen und dem Ortsverband vom Außendienstgeschäftsführer ungefragt „zugewiesen“ worden waren; später folgten ihnen sieben weitere nach. Erfolgreich drängten sie den zweiten Ortsverbandsvorsitzenden zum Rücktritt und provozierten den Parteiaustritt zahlreicher Gründungsmitglieder. Hilflös befand ein Mitglied des Ortsverbands, „dass 20-30 alte Mitglieder, die den Ortsverband mit viel Liebe und Idealismus aufgebaut haben, von einer kleinen Gruppe [...] glatt an die Wand gedrückt und über Bord geworfen werden.“<sup>53</sup> Die Verantwortung dafür sah man auch an der Spitze des Landesverbandes:

„Wenn nun Herr Dr. Middelhaue in der Partei nichts von der Unterwanderung bei der FDP wissen will, müssen wir alte FDP-Leute leider aber bestätigen, dass hier mit Hilfe des Landes- und Kreisverbandes eine Unterwanderung und Unterhöhlung eines Ortsverbandes mit gesinnungsfremden Elementen stattgefunden hat, die dazu führte, dass alte Mitglieder ihren Austritt aus dem Ortsverband erklärten.“<sup>54</sup>

Mit liberalen Grundsätzen waren derartige Praktiken und Überwachungsmethoden nicht vereinbar. Ein Blick auf die Akteure offenbart zusätzlich die ganze Fragwürdigkeit und zugleich Eindeutigkeit jenes Systems. Bei den Außendienstgeschäftsführern handelt es sich beinahe ausnahmslos um ehemalige aktive Nationalsozialisten, auf deren bewährte Dienste die Führungsriege der NRW-FDP baute. Im Bezirksverband Ruhr diente ein „Alter Kämpfer“ und HJ-Gebietsführer als Geschäftsführer, in Köln ein ehemaliger Gaurichter, in Aachen ein ehemaliger Standartenführer der Waffen-SS und in Düsseldorf ein ehemaliger Generalmajor der Waffen-SS.<sup>55</sup>

Wo es eine nur schwache liberale Opposition gab, wurde diese nach und nach aus den Kreisverbänden gedrängt. Wo ein Kreisverband allerdings geschlossen den nationalen Sammlungskurs ablehnte, fiel der Zugriff aus Düsseldorf umso schwerer. Dies lässt sich am Beispiel des Kreisverbandes

52 Robert Wolf, Ortsverband Waldbröl, an Franz Blücher, 6.3.1953. ADL, N1-829, Bl. 147.

53 Robert Wolf an den Kreisverbandsvorsitzenden Naumann, 28.2.1953. Ebd., Bl. 150.

54 Wolf an Blücher (wie Anm. 52); vgl. auch Thomas Dehler an Friedrich Middelhaue, 17.3.1953. Ebd., Bl. 146.

55 Vgl. Übersicht der Geschäftsführung im NRW-Landesverband [1953]. ADL, N1-830, Bl. 30 f.; Buchna: Sammlung (wie Anm. 31), S. 80 f.

Wuppertal mit Carl Wirths an der Spitze veranschaulichen.<sup>56</sup> In den Berichten der Außendienstgeschäftsführer wurde das „Eigenleben“ bzw. die „konspirative Haltung“ der Wuppertaler FDP angemahnt.<sup>57</sup> Tatsächlich war das zum Teil sozialliberal grundierte Selbstverständnis der dortigen Liberalen kaum vereinbar mit dem von der Landesverbandsführung diktierten, strikt antisozialistischen Kurs der Nationalen Sammlung. Dass sich die Wuppertaler Liberalen in der Nachkriegszeit als Demokratische Partei gründeten, ist maßgeblich auf Julius Greßler zurückzuführen, der von 1925 bis 1932 für die Deutsche Demokratische Partei bzw. ab 1930 für die Deutsche Staatspartei im Preußischen Landtag saß.<sup>58</sup> Doch neben ehemaligen DDP-Angehörigen stießen auch Sozialdemokraten sowie einstige Vertreter des Jungdeutschen Ordens zur Demokratischen Partei.

Zu den liberalen Neueinsteigern gehörte auch Carl Wirths, der von 1946 bis 1949 im nordrhein-westfälischen Landtag saß und bei den Bundestagswahlen 1949 und 1953 (auch dank einer Wahlabsprache mit der CDU) das Direktmandat im Wahlkreis Wuppertal I eroberte. Der Wuppertaler FDP-Vorsitzende Wirths ist insofern eine besonders interessante Person, als seine Vita zahlreiche, fast schon verblüffende biographische Parallelen zu der Friedrich Middelhaues aufweist. Beinahe gleich alt und ebenfalls im Bergischen Land aufgewachsen, dienten beide im Ersten Weltkrieg und standen während der Weimarer Republik dem Jungdeutschen Orden nahe, Wirths sogar in führender Position. Nach der NS-Machtergreifung begaben sich beide in die „unternehmerische Emigration“; nach 1945 gehörten sie zu den Mitbegründern des parteipolitischen Liberalismus im Rheinland. Doch ihre Ansichten zur politischen Ausrichtung der FDP klappten weit auseinander. Während Middelhaue bereits im April 1947 auf einer Sitzung des Landesausschusses Nordrhein forderte, die FDP müsse künftig „das Nationale betonen sowie den Gedanken des Deutscheins [...] mehr herausstellen“<sup>59</sup>, warnte Wirths in derselben Sitzung davor, „sich in den nationalistischen Hexenkesel zu begeben, dabei wäre noch nie etwas Gutes herausgekommen“.<sup>60</sup>

Die zunehmenden Missstände innerhalb des eigenen Landesverbandes kritisierte Wirths in den Parteigremien in aller Offenheit. Er beklagte eine politische Manipulation der Kreisverbände durch einen hauptamtlichen

56 Vgl. Kristian Buchna: Liberale Lehren aus der Vergangenheit im Widerstreit. Carl Wirths und Friedrich Middelhaue im Gründungsprozess der nordrhein-westfälischen FDP. In: Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins 103 (2012), S. 143–170.

57 Vgl. LA NRW, Abt. R, RWV 49/770, Bl. 151; RW 60/57, Bl. 145.

58 Vgl. Volker Stalman (Bearb.): Linksliberalismus in Preußen. Die Sitzungsprotokolle der preußischen Landtagsfraktion der DDP und DStP 1919–1932. 2 Bde Düsseldorf 2009, Bd. 1, S. CXV.

59 Protokoll über die Sitzung des Landesausschusses des Landesverbandes Nordrhein am 28.4.1947. In: Politischer Liberalismus (wie Anm. 4), Nr. 29, S. 163.

60 Ebd., S. 165.

Funktionärsapparat, er beobachtete eine Entwicklung hin zu einer „Führerpartei“, die „nicht mehr auf dem liberalen Gedankengut aufbaue“, und er kritisierte den ehrabschneidenden Umgang mit liberalen Parteifreunden sowie eine einseitige Personalpolitik, von der fast ausschließlich ehemalige Nationalsozialisten profitieren würden. „Er wolle zwar nicht sagen, daß in Nordrhein-Westfalen eine nazistische Partei aufgezogen worden sei, aber“ – so Wirths im Januar 1952 im FDP-Landesausschuss – „in der jetzigen Konstellation liege zweifellos etwas, das zum Vergleich mit der NSDAP führe.“<sup>61</sup>

Wie zur Bestätigung der Vorwürfe wurden die Kritiker der Nationalen Sammlung in den Parteiversammlungen unterbrochen, übertönt, als „Lumpen“<sup>62</sup> bezeichnet und mit Zwischenrufen wie „Rausschmeißen!“<sup>63</sup> eingeschüchtert. Im Januar 1953 wurde gegen Carl Wirths und einen weiteren Wuppertaler Parteifreund ein Ehrengerichtsverfahren wegen parteischädigenden Verhaltens eingeleitet.

Zu jenem Zeitpunkt war Middelhaue bereits zum stellvertretenden FDP-Bundesvorsitzenden aufgestiegen. Seine im November 1952 erfolgte Wahl auf dem Bad Emser Bundesparteitag basierte zum einen auf fingierten Mitgliederzahlen der NRW-FDP und manipulativen Eingriffen in die Auswahl der nordrhein-westfälischen Delegierten. Zum anderen konnte sich Middelhaue der Unterstützung der gleichfalls betont national ausgerichteten Landesverbände von Niedersachsen und Hessen sicher sein.

Doch nicht nur innerhalb der eigenen Partei suchte der FDP-Landesvorsitzende nach Mitstreitern. Die FDP als solche interessierte Middelhaue nicht; sie war für ihn „nicht Selbstzweck, sondern ausschließlich Mittel zum Zweck“<sup>64</sup> der Etablierung einer Nationalen Sammlung zur Herbeiführung einer neuen Staatsordnung. Vor diesem Hintergrund ist es geradezu folgerichtig, dass der Führungszirkel der NRW-Liberalen um Friedrich Middelhaue und Wolfgang Döring im Jahr 1952 ohne Kenntnis der Bundespartei intensive Sondierungsgespräche mit rechtskonservativen bis offen rechtsextremen Parteien und Vereinigungen führte, um deren Bereitschaft zur Mitwirkung innerhalb der Nationalen Sammlung auszuloten. Verhandelt wurde mit Vertretern der Deutschen Partei, der Vereinigten Rechten und der Wiking-Jugend, mit Ehemaligen-Verbänden von Wehrmacht und Waffen-SS bis hin zu Exponenten des österreichischen Verbandes der Unabhängigen

61 Protokoll der Landesausschusssitzung vom 30.1.1952. ADL, Bestand FDP-LV NRW, Landesausschuss, 26898.

62 Aus den Notizen zur Rede Middelhaues auf der Landesausschusssitzung am 6.1.1953. LA NRW, Abt. R, RWN 172/572, Bl. 6.

63 Protokoll über die Sitzung des Landesausschusses am 6.1.1953. ADL, Bestand FDP-LV NRW, Landesausschuss, 26899.

64 Protokoll über die Sitzung des Landesausschusses am 30.1.1952. LA NRW, Abt. R, RWN 172/223, S. 13.

(VdU),<sup>65</sup> mit denen man die „Möglichkeiten einer engen politischen Schicksals- und Kampfgemeinschaft“<sup>66</sup> auslotete.

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 9. November 1952 konnte Middelhaue durchaus als Bestätigung für seinen politischen Kurs deuten: Mit den Slogans „Das deutsche Programm ruft alle zur nationalen Sammlung!“ oder „FDP ruft zur nationalen Sammlung!“ konnten die Liberalen an Rhein und Ruhr mit 12,6 Prozent der Stimmen bei den Wahlen in den Kreisen und kreisfreien Städten ihr bis dahin (und bis heute) bestes Ergebnis erzielen. In der CDU löste dieser Wahlerfolg Verunsicherung aus. Die Christdemokraten sahen sich vor die Notwendigkeit gestellt, „zu untersuchen, auf welche Weise sie an den großen Block der politisch heimatlos Gewordenen herankommt, ohne, wie die FDP in Nordrhein-Westfalen, ihr Gesicht zu verlieren“.<sup>67</sup>

Friedrich Middelhaue war auf dem besten Wege, mit seiner Nationalen Sammlung das parteipolitische Gefüge der Bundesrepublik nachhaltig aufzuwirbeln, wie auch das einhellige Medienecho auf den Bad Emser Bundestag belegt.<sup>68</sup> Doch just zu Beginn des Bundestagswahljahres 1953 durchkreuzte die sogenannte „Naumann-Affäre“ seinen Plan.<sup>69</sup> In der Nacht vom 14. auf den 15. Januar 1953 verhaftete die britische Besatzungsmacht in einer aufsehenerregenden Nacht- und Nebel-Aktion den ehemaligen Goebels-Staatssekretär Werner Naumann sowie sechs weitere ehemals ranghohe Nationalsozialisten. Da jener „Naumann-Kreis“ Kontakte zu Angehörigen der NRW-FDP sowie zum Umfeld Middelhaues unterhielt, richteten sich fortan nicht nur die Augen einer interessierten Öffentlichkeit auf die Verhältnisse an Rhein und Ruhr. Auch parteiintern sahen die Kritiker des Middelhaue-Kurses die unverhoffte Gelegenheit zu einer politischen Säuberung. Insbesondere jene Landesverbände, die aufgrund ihres Selbstverständnisses als „liberale Milieupartei“ eine polternd-nationale Sammlungspolitik rund-

65 Vgl. Margit Reiter: „National“ versus „liberal“? Politische Konfliktlinien und Deutungskämpfe im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der FPÖ. In: Heuss-Forum, Theodor-Heuss-Kolloquium 2017, URL: [www.stiftung-heuss-haus.de/heuss-forum\\_thk2017\\_reiter](http://www.stiftung-heuss-haus.de/heuss-forum_thk2017_reiter).

66 Friedrich Middelhaue an Hans Freyborn (Salzburg), 20.8.1952. LA NRW, Abt. R, RWN 172/592, Bl. 178.

67 Zitat des NRW-Innenministers Franz Meyers. In: Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953, bearb. v. Günter Buchstab. Stuttgart 1986, Nr. 18, 26.1.1953, S. 336.

68 „FDP rückt nach rechts“ (Die Welt, 24.11.1952), „Die Liberalen haben eine Schlacht verloren“ (Süddeutsche Zeitung, 24.11.1952), „Rechtsabmarsch“ (Hamburger Echo, 24.11.1952), „Rechter FDP-Flügel siegte“ (Frankfurter Rundschau, 25.11.1952), „Bad Ems: Rechts schwenkt, Marsch!“ (Stuttgarter Nachrichten, 25.11.1952), „Abmarsch nach rechts“ (Westfälische Rundschau, 25.11.1952), „Rechtsgalopp der FDP“ (Lübecker Nachrichten, 25.11.1952), „Wettlauf um die Schaffung einer rechtsradikalen Massenpartei“ (Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland, 28.11.1952).

69 Vgl. Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 2003.

heraus ablehnten, fanden dank der Naumann-Affäre den Weg aus der innerparteilichen Defensiv-Haltung heraus.

Eine eigens eingesetzte, parteiinterne Untersuchungskommission, der u. a. der damalige Bundesjustizminister Thomas Dehler angehörte, kam zu dem verheerenden Befund, dass „alle Schlüsselpositionen nicht politisch erprobten Persönlichkeiten, sondern früheren prominenten Nationalsozialisten anvertraut worden sind.“<sup>70</sup> Eine besonders unrühmliche Rolle bei diesem systematischen Aushöhlungsversuch spielte Ernst Achenbach, der sogar die Chuzpe besaß, die Verteidigung Werner Naumanns übernehmen zu wollen. Im parteiinternen Untersuchungsbericht heißt es folgerichtig: „Herr Dr. Achenbach hat der Gesamtpartei durch sein Verhalten schwer geschadet. Er hat nach seiner Grundhaltung niemals zu uns gehört. Sein Ausscheiden aus der FDP ist unabweislich.“

Trotz einer ebenso umfassenden wie schwerwiegenden Beweislast gegen Achenbach war sein Ausscheiden aus der FDP keineswegs „unabweislich“. Die drei Hauptursachen für Achenbachs Verbleib innerhalb der Partei lassen sich klar benennen: Erstens war Ernst Achenbach der wichtigste Mittelsmann der FDP zu Vertretern der Ruhrindustrie, die vielfach zu seinen Klienten gehörten und die FDP mit großzügigen Spenden bedachten. Im Rechnungsjahr 1951/52 stammten 73,2 Prozent der Parteigelder der FDP aus Nordrhein-Westfalen; es folgte Baden-Württemberg mit sieben Prozent.<sup>71</sup> Ein brüskierender Schlag gegen die westdeutschen Liberalen im Allgemeinen sowie Ernst Achenbach im Speziellen hätte die FDP ihrer finanziellen Grundlage beraubt. Zweitens sah man im Landesverband keinerlei Veranlassung, sich symbolisch oder gar in Form eines Parteiausschlusses von Achenbach zu distanzieren. Ganz im Gegenteil wurde der bundespolitisch völlig im Abseits stehende Achenbach Anfang März 1953 vom nordrhein-westfälischen Landesparteitag demonstrativ und mit großer Mehrheit in den geschäftsführenden FDP-Landesvorstand gewählt. Ernüchert hielt Wolfgang Schollwer in seinem Tagebuch fest, dass sich die zuvor gehegte „Hoffnung auf eine Abrechnung mit den Nazis [...] leider nicht erfüllt“ habe. „Man muss sich allmählich schämen, Mitglied dieser Partei zu sein, zumindest aber dieses Landesverbandes...“<sup>72</sup>

70 Hier und nachfolgend zitiert nach: Abschlussbericht des parteiinternen Untersuchungsausschlusses zur Aufklärung der Verhältnisse im nordrhein-westfälischen Landesverband der FDP infolge der Naumann-Affäre, 5.6.1953. LA NRW R, RWN 172/2, Bl. 16.

71 Vgl. Kassenbericht vom 20.11.1952. ADL, Bestand Bundesparteitag, A1-32.

72 Wolfgang Schollwer: „Gesamtdeutschland ist uns Verpflichtung“. Aufzeichnungen aus dem FDP-Ostbüro 1951–1957. Hrsg. von Jürgen Frölich. Bremen 2004, Eintrag vom 8.3.1953, S. 76.

Im FDP-Bundesvorstand empfand man das Signal des Landesparteitags als einen „Schlag ins Gesicht“,<sup>73</sup> der die angestrebte Parteilinie einer Distanzierung zu Achenbach unverhohlen konterkarierte. Doch die Bundespartei hatte – drittens – keinerlei satzungsmäßige Handhabe zur Intervention innerhalb der damals ebenso selbstbewussten wie unabhängigen Landesverbände. So blieben die personellen Konsequenzen überschaubar. Der Landesverband trennte sich lediglich von zwei Mitarbeitern, zwei weitere, darunter Wolfgang Diewerge, verließen den Landesverband aus eigenem Antrieb. Die Quittung für die monatelange Selbstbeschäftigung erhielt die FDP bei der Bundestagswahl vom 6. September 1953: Enttäuschende 9,5 Prozent der Stimmen auf Bundesebene bedeuteten einen Verlust von 2,4 Prozent. Wenngleich sich das nordrhein-westfälische Wahlergebnis nur marginal von 8,4 auf 8,3 Prozent verschlechterte, war das politische Experiment einer „Nationalen Sammlung“ gescheitert – unabhängig von der Uneinsichtigkeit seiner Protagonisten.

### III.

Friedrich Middelhaue war und blieb von der Richtigkeit seines Kurses überzeugt, bekannte sich noch nach Festnahme des Naumann-Kreises zur Maxime einer „Pflicht nach rechts“<sup>74</sup> und warb bei den Bundestagswahlen 1953 mit dem unzweideutigen Slogan „Rechts ran!“<sup>75</sup>

Es kamen sogar Plakate zum Einsatz, die aus der Naumann-Affäre noch Profit schlagen wollten, indem die dort platzierte Kritik an der britischen Intervention nationale Ressentiments zu schüren versuchte.<sup>76</sup> In Verbindung mit weiteren Werbemitteln, die bewusst in der Farbkombination schwarz-weiß-rot gehalten waren, erwieb sich das gesamte von der Düsseldorfer Geschäftsstelle zur Verfügung gestellte Material für die Wuppertaler Freien Demokraten als „unverwendbar“.<sup>77</sup>

Im Hinblick auf die innerparteilichen Konflikte und das Ehrengerichtsverfahren gegen Carl Wirths ist bemerkenswert, dass Middelhaue die von ihm

73 Schwenicke. In: FDP-Bundesvorstand (wie Anm. 16), 2. Halbband 1953/54, Nr. 30, 26.4.1953, S. 944.

74 Zitat aus einer Rede Middelhaues vom 14.3.1953 auf dem Bezirksparteitag in Aachen. LA NRW, Abt. R, RWN 172/568, Bl. 18.

75 Auf seinem Wahlplakat zu den Bundestagswahlen am 6. September 1953 prangte der Slogan: „Rechts ran! Wählt Middelhaue“. ADL, Plakatsammlung, P3-115.

76 Vgl. Plakat „Den Kläffern die Antwort. Wählt FDP“. In: Hans Bohrmann (Hrsg.): Politische Plakate. Mit Beiträgen von Ruth Malhotra u. Manfred Hagen. Dortmund <sup>2</sup>1984, S. 467.

77 Brief aus dem Kreisverband Wuppertal an die Landesgeschäftsstelle vom 19.10.1953. LA NRW, Abt. R, RW 60/57, Bl. 59.

seit Jahren nachhaltig mitgeprägte Schlusstrich-Mentalität im Umgang mit der NS-Vergangenheit nunmehr zu seinen eigenen Gunsten zu instrumentalisieren versuchte. Dem Landesparteitag schlug er vor, „einen echten Schlusstrich zu ziehen“ unter die innerparteilichen Auseinandersetzungen der vergangenen Monate. Ohne jemals selbst an einer Aufarbeitung der kaum mehr demokratisch zu nennenden Verhältnisse innerhalb des Landesverbandes mitgewirkt zu haben, wandte er sich gegen jegliche Versuche, „heute noch in den Einzelheiten der Vergangenheit danach zu suchen, wer Recht und wer Unrecht hatte, wo Recht oder Unrecht dem einen oder anderen geschehen ist.“<sup>78</sup> Ein solches Unrecht wäre ohne Zweifel ein Parteiausschluss von Carl Wirths gewesen, der allerdings durch ein entlastendes Urteil des Landesehrenrates der FDP abgewendet wurde.<sup>79</sup> Trotz mancher punktueller Zugeständnisse sollten sich die in den Jahren der Nationalen Sammlung geschaffenen Strukturen und personellen Konstellationen als sehr zählebig erweisen. Wiederholt fühlten sich die einstmaligen Kritiker bei anstehenden Wahlen durch schlechte Listenplatzierungen provoziert, die sie als Versuche zur „Ausschaltung der Opposition“<sup>80</sup> deuteten.

Diese Erfahrung machte in den 1950er und 60er Jahren auch Gerhart Baum im Kölner Kreisverband der FDP, den er in der Rückschau als „Insel der Reformliberalität in einem uns gegenüber feindselig gestimmten Landesverband“<sup>81</sup> bezeichnete. Tatsächlich musste Baum in jener Zeit ein Parteiausschlussverfahren, eine manipulierte Abwahl als Kreisvorsitzender (1970) sowie die systematische Fernhaltung von sicheren Listenplätzen aushalten.<sup>82</sup> Ein zentrales Motiv für seine Außenseiterstellung innerhalb der NRW-FDP war sein nachdrückliches Eintreten gegen jene „gefährlichen Strömungen“

78 Stenographische Niederschrift über den Landesparteitag am 21.6.1953. ADL, Bestand FDP-LV NRW, Landesparteitag, 26716/1.

79 Thomas Dehler hatte sich als Vorsitzender der parteiinternen Untersuchungskommission persönlich an den Vorsitzenden des Landesehrenrates gewandt, um diesem seine Lagebeurteilung und Erwartungshaltung im Hinblick auf das Ehrengerichtsverfahren mitzuteilen: „Es steht nach meiner Überzeugung fest, dass eine Gruppe von Nationalsozialisten versucht hat, den Landesverband Nordrhein-Westfalen der FDP zu unterwandern. Ich halte es für erwiesen, dass auf jeden Fall der Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen seiner Aufsichtspflicht nicht genügt, im Gegenteil durch seine Personalpolitik objektiv die Unterwanderungstendenz gefördert hat. Es will mir als eine Umkehrung der Dinge erscheinen, die aus ehrlicher Sorge um den Bestand unserer Partei von den Herren Wirths und Schneider unternommenen Schritte als Schädigung der Partei qualifizieren zu wollen.“ Dehler an Richard Senger, 29.4.1953. LA NRW, Abt. R, RWN 172/3, Bl. 27.

80 Carl Wirths, zit. n. Gerhard Papke: Unser Ziel ist die unabhängige FDP. Die Liberalen und der Machtwechsel in Nordrhein-Westfalen 1956. Baden-Baden 1992, S. 106.

81 Gerhart Baum, Burkhard Hirsch: Der Baum und der Hirsch. Deutschland von seiner liberalen Seite. Berlin 2016, S. 75.

82 Ebd., S. 8f. u. 56.

innerhalb der FDP, „die mit dem braunen Ungeist sympathisierten.“<sup>83</sup> So organisierte etwa der Jungdemokrat Baum Mitte der 1950er Jahre zum Missfallen der Landespartei die Vorführung von Alain Resnais Film „Nacht und Nebel“, in dem erstmals das Geschehen in den Konzentrations- und Vernichtungslagern dokumentiert wurde; außerdem verschickte er zu Beginn der 1960er Jahre zusammen mit drei Parteifreunden sogenannte „parteiinterne Rundbriefe“, in denen vor allem nationalsozialistische, antisemitische und rassistische Umtriebe oder Ausfälle innerhalb der FDP angeprangert wurden.<sup>84</sup> Während der federführende Autor der Rundbriefe, Ulrich Keitel, vom hessischen Landesverband mit einem Parteiausschlussverfahren belegt wurde, erhielt er von linksliberalen Parteimitgliedern dankbare Zustimmung, von Theodor Heuss sogar eine finanzielle Spende zur Unterstützung der Rundbrief-Aktion.<sup>85</sup>

Die Reaktion eines Kölner FDP-Mitglieds auf einen jener Rundbriefe zeigt, wie dramatisch die Situation der nordrhein-westfälischen FDP um 1960 von einem Vertreter der liberalen Opposition wahrgenommen wurde:

„Die leitenden Persönlichkeiten des Landesverbandes sind farblose, wohl aber polternd scharfmacherische Elemente ohne jedes persönliche Format und mit ebenso wenig politischer Substanz, Nationalisten in ihrem Wollen, reaktionär in ihren Vorstellungen, Liberale zu keiner Zeit, die Geschäftsführer von der Landesgeschäftsstelle bis hinab in die Kreisverbände überwiegend ehemalige Kreisleiter, Ortsgruppenleiter, Blutordensträger. [...]

Die Liberalen haben längst resigniert, haben sich aus dem aktiven Parteileben zurückgezogen oder sind ausgetreten, die noch verbliebenen werden als akademische Schwarmgeister abgewertet, sind unbrauchbar, werden beschimpft (Arnold Becher: ‚Bei uns im Oberbergischen gebrauchen wir das Wort liberal als Schimpfwort.‘) und werden diffamiert (Landwirtschaftsminister Dr. Josef Effertz, Mitglied des Landesvorstands: ‚Gebrauchen Sie bitte mir gegenüber nie mehr das Wort liberal, andernfalls werden Sie sehen, dass ich kotze.‘) Maßgebliche Vertreter der Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf bekennen sich offen zum Nationalsozialismus (Pressereferent Rudolf Stolle: ‚Ich bin Nationalsozialist gewesen und bin es heute noch.‘).

Die Vergangenheit will man bewältigen, indem man sie ignoriert [...]. Der Antisemitismus ist offen und latent vorhanden [...]. Das Grundgesetz wird verhöhnt. [...] [W]ir haben hier von Köln aus versucht, uns gegen die immer stärker werdenden Tendenzen einer generellen Orientierung der Partei zur extremen Rechten hin zur Wehr zu setzen. Die Entwicklung ist jedoch über uns hinweggegangen.“<sup>86</sup>

83 Vorwort von Gerhart Baum. In: Ulrich Keitel: „Sehr geehrter Parteifreund...“. Parteiinterne Rundbriefe gegen alte Nazis. Frankfurt am Main 2001, S. 8.

84 Vgl. Keitel: Rundbriefe (wie Anm. 83).

85 Vgl. ebd., S. 211 f.

86 Zuschrift Robert Kochs vom 13.7.1960. Abgedruckt in: ebd., S. 56 ff.

Die ungeklärt gebliebene Haltung der FDP zur Mitarbeit ehemaliger Nationalsozialisten in ihren eigenen Reihen löste mit der im Januar 1960 erfolgten Wahl Heinrich Schneiders zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden neuerlich innerparteiliche Kontroversen aus. Schneider, 1907 in Saarbrücken geboren, trat nach seinem Studium der Rechtswissenschaften und der anschließenden Promotion bereits 1931 der NSDAP bei, der er sich nach eigenem Bekunden „mit meinem ganzen Wesen und meiner ganzen Kraft“<sup>87</sup> verschrieben hatte. Davon zeugen seine ausgeübten Tätigkeiten als Leiter der Gaupressestelle, als Herausgeber des NSDAP-Wochenblatts „Saardeutsche Volksstimme“, als Gauredner sowie als Leiter der Saarabteilung bei der „Obersten Leitung der Parteiorganisation der Reichsleitung der NSDAP“. Im Oktober 1934 ließ sich Schneider schließlich als Rechtsanwalt in Saarbrücken nieder.

Der im Entnazifizierungsverfahren als „Mitläufer“ eingestufte Schneider wurde 1950 in den Vorstand der Demokratischen Partei Saar (DPS) gewählt, die von einem betont nationalen Standpunkt für den Beitritt der Saar zur Bundesrepublik warb. Mit Nachdruck lehnte die DPS daher das von Bundeskanzler Adenauer und dem französischen Ministerpräsidenten Mendès France 1954 ausgehandelte Saar-Statut ab, das letztlich eine Europäisierung des Saarlandes vorsah. In ihrem Kampf gegen eine solch „europäische“ Lösung der Saar-Frage wusste sich die DPS mit der FDP einig, die sich – in Abgrenzung zur Außen- und Deutschlandpolitik Adenauers – mit der außenpolitischen Maxime „Erst Deutschland – dann Europa“<sup>88</sup> zu profilieren versuchte. Nachdem das Saar-Statut in einer Volksabstimmung am 23. Oktober 1955 abgelehnt worden war und der Beitritt der Saar zur Bundesrepublik gemäß den Bestimmungen des Saarvertrages zum 1. Januar 1957 erfolgte, wurde die DPS im August 1957 als kooperatives Mitglied in die Bundespartei der FDP aufgenommen. Dass sich die DPS selbst weder als liberal verstand noch so verstanden werden wollte,<sup>89</sup> stand diesem Schritt nicht im Wege. Insbesondere das DPS-Organ „Deutsche Saar“ ließ Zweifel an einer liberalen Geisteshaltung aufkommen; wiederholt bot es nationalistischen, revisionistischen und auch rassistischen Positionen ein Forum. So wurde dort über das Entstehen eines neuen Deutschen Reiches in den Grenzen von 1871 schwadroniert, das Absingen der ersten Strophe des Deutschlandliedes gefordert,

87 Zit. n. Rainer Möhler: Rechtsanwalt Dr. Heinrich Schneider: Trommler oder Mitläufer? In: Peter Wettmann-Jungblut (Hrsg.): Rechtsanwälte an der Saar 1800–1960. Geschichte eines bürgerlichen Berufsstandes. Blieskastel 2004, S. 301–324, hier S. 304.

88 Aktionsprogramm der FDP, verkündet auf dem Wahlkongress am 5. Juni 1957 in Hamburg. In: Juling: Entwicklung (wie Anm. 42), S. 155; vgl. Erich Mende: Die neue Freiheit. 1945–1961. München 1984, S. 244.

89 So war am 15. Februar 1957 im DPS-Organ „Deutsche Saar“ zu lesen: „[J]eder Versuch unserer politischen Gegner, die DPS und die ihr nahestehenden Organisationen als ‚liberal‘ zu kennzeichnen, [muss] scheitern.“

der Niedergang der „weißen Völker“ als Schreckensbild beschworen, oder es wurde gegen „Machtzirkel“ gehetzt, die vermeintlich hinter den Alliierten beider Weltkriege stehen und seit Jahrzehnten „Lügengift“ gegen Deutschland schleudern würden, „um ihre Weltschuld zu tarnen und eine faire geschichtliche Gegenrechnung zu verhindern.“<sup>90</sup>

Heinrich Schneider sah als DPS-Vorsitzender keinen Anlass zur Intervention,<sup>91</sup> zumal er Kritik an der hohen Anzahl ehemaliger Nationalsozialisten in den eigenen Reihen keineswegs als nachteilig empfand. Bei einer Versammlung in Düsseldorf im Juni 1956 ermunterte er die anwesenden Journalisten: „Schreiben Sie ruhig, wir seien alte Nazis – bei deutsch denkenden Menschen ist das die beste Propaganda.“<sup>92</sup>

In der FDP galt es als offenes Geheimnis, dass Schneiders Wahl in den Bundesvorstand von Nordrhein-Westfalen aus betrieben worden war. Aus Baden-Württemberg jedenfalls hatte der umstrittene Saarländer keine Stimme erhalten. Walter Nischwitz, der Vorsitzende der dortigen FDP-Landtagsfraktion, begründete die geschlossene Ablehnung seines Landesverbandes damit, dass Schneiders Ansichten, „ganz abgesehen von der Vergangenheit, zu sehr abweichend von dem [sind], was wir unter Liberalismus und Demokratie verstehen.“<sup>93</sup>

#### IV.

Der hier nur schlaglichtartig unternommene Ausblick offenbart dreierlei: Erstens markierte die Naumann-Affäre von 1953 zwar das Ende der Nationalen Sammlung, mitnichten aber war damit der Umgang der FDP mit ehemaligen Nationalsozialisten und illiberalen Strömungen in den eigenen Reihen geklärt. Vielmehr konnten sich die Vertreter einer gezielt mit politischen Tabus spielenden Politik auch auf Meinungsumfragen berufen, die bei FDP-Wählern das größte „Potential“ eines solchen Rechtskurses sahen. So waren 1956 noch 56 Prozent der FDP-Wähler der Meinung, Hitler wäre ohne den Krieg einer der größten deutschen Staatsmänner gewesen; hier wie auch bei

90 Deutsche Saar-Artikel „Überbelichtet und unterentwickelt“ vom 2.12.1960 sowie „Unterwanderung der deutschen Seele“ vom 26.8.1960.

91 Vgl. FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Erich Mende. Sitzungsprotokolle 1960–1967, bearbeitet von Reinhard Schiffers. Düsseldorf 1993; vgl. darin: Einleitung, S. XXXVI, sowie Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 21.1.1961, Nr. 10, S. 60f.

92 Zit. n. Jean-Paul Cahn: Von der sozialistischen Einheit zum Bruch der Heimatbundregierung. Sozialdemokratie an der Saar und ihr Verhältnis zum Parteivorstand der SPD von der Volksabstimmung bis zum Ende der Heimatbundregierung (1955–1957). In: Jahrbuch für westdeutsche Geschichte 25 (1999), S. 603–624, hier S. 621.

93 Walter Nischwitz an Ulrich Keitel, 7.3.1960. In: Keitel: Rundbriefe (wie Anm. 83), S. 25.

Fragen zur Ermittlung des Anteils antisemitischer Positionen innerhalb der Bevölkerung stellten die Wähler der FDP in den 1950er Jahren stets den Höchstwert innerhalb des Parteienspektrums.<sup>94</sup>

Zweitens zeigt sich, wie groß noch um 1960 die politischen Differenzen zwischen den einzelnen Landesverbänden der FDP waren. Der von den Düsseldorfer „Jungtürken“ um Wolfgang Döring, Walter Scheel und Willi Weyer betriebene Sturz der nordrhein-westfälischen Regierung Arnold-Middelhaue im Februar 1956 zugunsten einer Koalition aus SPD, FDP und Zentrum sollte daher nicht allzu teleologisch als eine Weichenstellung hin zu einer Sozialliberalisierung der FDP – schon gar nicht der NRW-FDP – verstanden werden. Vielmehr lässt sich dieses politische Husarenstück als ein taktisch kluges Manöver machtbewusster Jungpolitiker deuten, die allesamt am Zweiten Weltkrieg teilgenommen und sich ursprünglich von Friedrich Middelhaues nationaler Sammlungspolitik angezogen gefühlt hatten, inzwischen jedoch die Zukunft der FDP durch eine allzu einseitige Bindung an die CDU bedroht sahen. Ihr Ziel war „die unabhängige FDP“.<sup>95</sup> Da die „Jungtürken“ zudem – anders als der in antisozialistischem Lagerdenken verharrende Middelhaue – durchaus programmatische Schnittmengen mit der SPD sahen, setzten sie mit dem Düsseldorfer Koalitionsbruch ein vielbeachtetes politisches Signal.

Der württembergische Liberale Theodor Heuss, der zeitlebens ein unverkrampftes Verhältnis zur Sozialdemokratie pflegte, hegte bezeichnenderweise für das Manöver an Rhein und Ruhr keinerlei Sympathien. Für ihn handelte es sich bei der Gruppe um Döring, Weyer und Scheel um „Personalehrgeizlinge“ an der Spitze einer Düsseldorfer „Nazi-FDP“.<sup>96</sup> Unabhängig von der polemischen Zuspitzung solcher Etikettierungen ist festzuhalten: Zwischen baden-württembergischen Traditionsliberalen und westdeutschen Freien Demokraten ohne eine vergleichbar liberale Verwurzelung war keine Verständigung darüber möglich, wofür der Liberalismus politisch stand – und wovon er sich abzugrenzen habe.

Drittens ließen es die innerparteilichen Kräfteverhältnisse bis hinein in die 1960er Jahre kaum zu, einen klaren Schnitt gegenüber solchen Personen oder politischen Forderungen zu ziehen, deren Verortung im liberalen Spektrum mit Recht angezweifelt wurde. Der Berliner FDP-Politiker Hans Reif

94 Vgl. Institut für Demoskopie (Hrsg.): Ist Deutschland antisemitisch? Ein diagnostischer Beitrag zur Innenpolitik. Allensbach 1949; Werner Bergmann/Rainer Erb: Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946–1989. Opladen 1991, S. 94 f.

95 FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Thomas Dehler und Reinhold Maier. Sitzungsprotokolle 1954–1960, bearb. v. Udo Wengst. Düsseldorf 1991, Nr. 18, 3.2.1956, S. 139.

96 Theodor Heuss: Tagebuchbriefe 1955–1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper. Hrsg. und eingeleitet von Eberhard Pikart. Stuttgart 1970, S. 143.

nahm im Frühjahr 1960 eine „müde Resignation“ der Parteispitze in ihrem Umgang mit ehemaligen Nationalsozialisten wahr. Man lehne zwar mehrheitlich deren Umtriebe innerhalb der FDP ab. „Aber niemand tut etwas.“<sup>97</sup>

Erst die sozialliberale Koalition von 1969 sollte sich als eine Art liberaler Filter erweisen: Abgestoßen von der sozialliberalen Wirtschafts-, Gesellschafts- und vor allem Außenpolitik der Regierung Brandt-Scheel zog eine ganze Reihe von Vertretern der Parteilinken ihre Konsequenzen aus dieser Neupositionierung des bundesdeutschen Parteiliberalismus und trat aus der FDP aus. Vor dem Hintergrund der personellen und politischen Prägung des nordrhein-westfälischen Landesverbandes kann es kaum verwundern, dass dort besonders viele Abtrünnige zu verzeichnen waren: der einstige Parteivorsitzende Erich Mende, der langjährige Bundestagsabgeordnete und stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Siegfried Zoglmann sowie Heinz Lange, Fraktionsvorsitzender im Düsseldorfer Landtag, sind nur die prominentesten Namen; auch Heinrich Schneider kehrte der FDP nach ihrer sozialliberalen Wende den Rücken.

Als politischer Verlust ist dieser Aderlass des rechten Parteiflügels von den meisten Parteimitgliedern nicht empfunden worden, vielmehr dominierte insbesondere bei den Vertretern jüngerer Generationen ein Gefühl der Erleichterung, den „Muff der Mende-FDP“<sup>98</sup> endlich überwunden zu haben. Dass sich nunmehr auch in Nordrhein-Westfalen ein Wandel abzeichnete, zeigt zum einen das Beispiel der Jungdemokraten. Bildeten sie einst die Speerspitze der nationalen Sammlungspolitik, so war nun von ihrer Führung zu vernehmen, eine „parteiinterne Bereinigung sei überfällig, damit der permanente Mißbrauch der FDP durch die Nationalliberalen ein Ende finde“.<sup>99</sup> Zum anderen war es ausgerechnet der nordrhein-westfälische Landesverband, der 1972 mit Gerhart Baum, Burkhard Hirsch und Werner Maihofer drei Abgeordnete in den Bundestag entsandte, die als Protagonisten einer linksliberalen Profilschärfung der „F.D.P.“ hervortraten. Berücksichtigt man ferner, dass an Rhein und Ruhr von Dezember 1966 bis Juni 1980 eine sozialliberale Landesregierung unter den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Heinz Kühn bzw. Johannes Rau amtierte, so lässt sich eine programmatische wie personelle Gewichtsverlagerung vom rechten auf den linken Parteiflügel beobachten, die Mitte der 1960er Jahre einsetzte und zu Beginn der 1970er Jahre ihren Höhepunkt erreichte.

Es würde vor diesem Hintergrund zu weit führen, für den nordrhein-westfälischen Landesverband der FDP eine allzu bruchlose Linearität von der Nationalen Sammlung Friedrich Middelhaus hin zur Möllemann-Affäre zu

97 Hans Reif an Ulrich Keitel, 3.3.1960. In: Keitel: Rundbriefe (wie Anm. 83), S. 23.

98 Zitat Gerhart Baum. In: Baum/Hirsch: Baum (wie Anm. 81), S. 50.

99 Manfred Spital, stellvertretender Vorsitzender der nordrhein-westfälischen Jungdemokraten. Zit. n. „Kluft in der FDP kaum noch zu überbrücken“, Stuttgarter Zeitung, 10.9.1970.

Beginn des 21. Jahrhunderts zu konstruieren.<sup>100</sup> Gleichwohl kann die Geschichte der frühen rheinischen bzw. nordrhein-westfälischen FDP als eine Art politisches Lehrstück darüber gelten, welche Gefahren einer Politik innewohnen, die in der Hoffnung auf Stimmenzuwächse am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums personalpolitische wie programmatische Tabus überschreitet und sich dabei von liberalen Grundsätzen verabschiedet.

100 Vgl. Jürgen Dittberner: Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung. 2. Aufl. Wiesbaden 2010, S. 34: „In Nordrhein-Westfalen wurde die FDP in den fünfziger Jahren zum Sammelbecken politischer Kräfte rechts von der CDU und zum Aktionsfeld ehemaliger Nationalsozialisten. Und Anfang des neuen Jahrhunderts betrieb der NRW-Landesvorsitzende Jürgen W. Möllemann einen rechtspopulistischen Kurs für die gesamte Bundespartei.“

## Stammland des Sozial-Liberalismus? Zur Bedeutung der sozial-liberalen Regierungsbündnisse in Nordrhein-Westfalen

Für die Beantwortung der Frage, ob Nordrhein-Westfalen als Stammland des Sozial-Liberalismus zu betrachten ist, müssen zunächst zwei Begriffsklärungen vorgenommen werden, nämlich die Definition der Begriffe „Stammland“ und „Sozial-Liberalismus“. „Stammland“ – das impliziert die Vorstellung, dass es in der politischen Landschaft ein sozial-liberales „Projekt“ gegeben habe, das bundesweit, auf Landes- wie auf Bundesebene, zur Wahl gestanden hätte oder zumindest von seinen Protagonisten als solches verstanden und „beworben“ worden wäre. Für gewöhnlich kennt man den Begriff eines Stammlandes eher im Zusammenhang mit einer bestimmten politischen Partei. So könnte man Hessen als Stammland der SPD, Rheinland-Pfalz als Stammland der CDU, Bayern als Stammland der CSU oder Baden-Württemberg als Stammland der FDP bezeichnen.<sup>1</sup> Aber natürlich gab und gibt es auch eifrige Vertreter eines rot-grünen „Modells“ oder einer schwarz-

1 Joachim Scholtyseck: Richard Freudenberg (1892–1975). Ein liberaler Unternehmer vor den politischen Herausforderungen des 20. Jahrhunderts. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 29 (2017), S. 193-220, hier S. 206, spricht etwa vom „liberalen Kernland Baden“. Die Charakterisierung Nordrhein-Westfalens als Stammland der SPD ist hingegen zu verwerfen. Seit 1966 entstand nach und nach ein regelrechter Mythos, der – wie zunächst Karl-Rudolf Korte, dann Guido Hitze und andere aufgezeigt haben – tatsächlich als solcher zu bezeichnen ist: der „Mythos vom sozialdemokratischen Stammland Nordrhein-Westfalen“, vgl. Guido Hitze: Die Parteien und das Land: Der Mythos vom „sozialdemokratischen Stammland“ NRW. Johannes Rau (1931–2006) als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. In: Jürgen Brautmeier/Ulrich Heinemann (Hrsg.): Mythen – Möglichkeiten – Wirklichkeiten. 60 Jahre Nordrhein-Westfalen. Essen 2007, S. 153-171; Reiner Burger: Der Geist von „Bruder Johannes“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 107, 10. Mai 2010, S. 4. Ferner Christoph Strünck: Das NRW-Parteiensystem im Wandel. Ein schleichender Prozess? In: Stefan Marschall (Hrsg.): Parteien in NRW. Essen 2013, S. 37-55, hier S. 37: „Das Land Nordrhein-Westfalen ist historisch kein Stammland der Sozialdemokratie!“ Nach der NRW-Wahl 2017 sprach selbst der Wahlsieger und neue Ministerpräsident vom „Stammland“ respektive von der „Herzkammer“ der SPD, welche nun erobert worden sei, vgl. hierzu Martin Schlemmer: Leserbrief „Die Legende vom Stammland“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 125, 31. Mai 2017, S. 6. Martin Florack spricht hingegen mit Blick auf die ersten Jahre des neu geschaffenen Bundeslands an Rhein und Ruhr sogar der CDU eine „hegemoniale Stellung im Land“ zu, Martin Florack: Die CDU in Nordrhein-Westfalen. Zwischen elektoraler Dominanz und landespolitischer Marginalisierung. In: Stefan Marschall (Hrsg.): Parteien in NRW. Essen 2013, S. 239-258, hier S. 247. Ähnlich Sebastian Bukow: Die SPD in

gelben Zusammenarbeit. Und natürlich gibt es auch – immer noch oder schon wieder? – Vertreter einer sozial-liberalen Koalition.<sup>2</sup> Unter dem Begriff „Stammland“ wollen wir im Folgenden nicht – in einem engeren Sinne – das Herkunfts- oder Gründungsland einer Partei (oder Koalition) verstehen, sondern – in einem weiteren Sinne – ein Land, in dem eine bestimmte Partei oder Koalition seit oder zumindest recht bald nach Gründung des Bundeslandes existierte und über einen längeren Zeitraum eine dominierende Position im Parteiengefüge, in der politischen Landschaft einnehmen konnte. Betrachtet wird im vorliegenden Beitrag im Wesentlichen die Ebene der „Parteispitze“, nicht die Ebenen der „mittleren Parteieliten“ und der „Parteibasis“.<sup>3</sup>

Bezüglich der hier interessierenden parteipolitischen Konstellationen in Nordrhein-Westfalen von der Landesgründung bis zum Jahr 2017 ist zu konstatieren: 14 Jahre einer „reinen“ sozial-liberalen Koalition (1966-1980) und zwei Jahre einer sozial-liberalen Koalition unter Einbeziehung der Zentrumspartei (1956-1958) stehen neun Jahre einer „reinen“ christdemokratisch-liberalen Koalition (1962-1966, 2005-2010) und zwei Jahre christdemokratisch-liberaler Koalition unter Einbeziehung des Zentrums (1954-1956) gegenüber – bei 15 Jahren SPD-Alleinherrschaft (1980-1995) und 17 Jahren rot-grüner Koalition (1995-2005, 2010-2017).

Bezogen auf das Land Nordrhein-Westfalen und dessen Verhältnis zur Bundesebene ist schließlich im Zusammenhang mit der Bildung unterschiedlicher Regierungskoalitionen zu überprüfen, inwiefern die „alte These [...], daß Bonn und Düsseldorf in der Politik sich wie ein System kommunizierender Röhren verhielten“,<sup>4</sup> zutrifft. Günter Bannas bezeichnete Nordrhein-Westfalen in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ einmal als das „kleine Deutschland im Westen der Republik“. Die Politikwissenschaft habe, so Bannas, mit der Zeit die Regel formuliert: „Regierungsbildungen in Bonn [...] folgen den Vorbildern in Nordrhein-Westfalen“. <sup>5</sup> Es bleibt zu eruieren, inwiefern dies zutrifft.

Nordrhein-Westfalen. Aus der Diaspora zur temporären Hegemonialmacht. In: ebd., S. 221-237, hier S. 227: „Die SPD kann bis 1966 in keiner Wahl an der CDU vorbeiziehen. [...] Die CDU [...] hat bis in die 1960er Jahre hinein eine dominante elektorale Stellung in Nordrhein-Westfalen. [...] Es gelingt der SPD in den 1960/1970er-Jahren nicht, sich von der CDU elektoral abzusetzen“.

2 Der Autor dieses Beitrages hat etwa Burkhard Hirsch in zwei Zeitzeugengesprächen am 18.02. und am 18.03.2013 in Düsseldorf-Oberkassel als überzeugten „Sozial-Liberalen“ kennengelernt. Zur Entwicklung des linksliberalen Flügels der FDP ferner Jan Treibel: Die FDP. Prozesse innerparteilicher Führung 2000-2012. Baden-Baden 2014, S. 114-116.

3 Vgl. hierzu Treibel: Die FDP (wie Anm. 2), S. 26f.

4 Friedhelm Geraedts: Die vergessenen Jahre. Heinrich Köppler und zehn Jahre Oppositionspolitik in Nordrhein-Westfalen. Köln 1987, S. 18.

5 Günter Bannas: Das kleine Deutschland im Westen der Republik. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 107, 10. Mai 2010, S. 4.

Weiterhin ist nach der Definition des Begriffs „sozial-liberal“ zu fragen. Zum einen versteht man darunter das Parteienbündnis von SPD und FDP – in der Regel fungiert bei dieser Konstellation die FDP als Juniorpartner<sup>6</sup> –, zum anderen kann man den „Sozialliberalismus“ als Spielart des Liberalismus sehen, der in Abgrenzung zu Wirtschafts- oder Nationalliberalismus mehr auf Partizipation, Emanzipation, Toleranz und mündige, selbstbestimmte Bürger in einer pluralen und offenen Zivilgesellschaft setzt. Mit den Worten von Burkhard Hirsch, nordrhein-westfälischer Innenminister von 1975 bis 1980 und FDP-Landesvorsitzender von 1979 bis 1983:

„Der mündige Bürger will ungegängelt, dereguliert und nicht bevormundet sein. Er setzt auf sein Recht der politischen Teilhabe, auf den Schutz seiner Privatheit in einer Informationsgesellschaft, auf die Verwirklichung von Chancengleichheit und auf Schutz vor Not in einer sich wandelnden Welt. Diese grundsätzlichen Ziele von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bleiben, auch wenn sie immer wieder neu zu definieren sind“<sup>7</sup>.

Entscheidend sei, so Hirsch an anderer Stelle, der

„Kampf um individuelle Rechte, gegen den Missbrauch der Macht staatlicher, gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Kollektive, gegen unverdiente Privilegien, gegen Gängelung, Bevormundung und Einmischung, für Chancengleichheit und Menschenwürde. [...] gegen Alleinherrschaft, Kleinstaaterei und polizeistaatliches Obrigkeitsdenken [...], für Menschenrechte, für individuelle und bürgerliche

6 Eine Ausnahme stellt das Kabinett von Reinhold Maier (FDP) dar, der von Januar 1951 bis April 1952 als Ministerpräsident von Württemberg-Baden einer liberal-sozialen Koalition aus FDP und SPD vorstand, bevor er von April 1952 bis September 1953 – nun unter Beteiligung auch des Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) – im neu gegründeten Südweststaat Baden-Württemberg als Ministerpräsident einer (erweiterten) liberal-sozialen Koalition amtierte, vgl. Klaus-Jürgen Matz: „Maier, Reinhold“. In: NDB Bd 15 (1987), S. 697-699 [Online-Version]; URL: <https://www.deutsche-biographie.de/gnd118576410.html#ndbcontent>; <https://www.deutsche-biographie.de/sfz55769.html#ndbcontent> (Abruf vom 20.11.2017).

7 Schreiben von Hirsch an den Verfasser vom 7. Juli 2017. Der zitierte Passus ist dem geplanten, letztlich aber ungedruckt gebliebenen Nachwort „Und nun? Nachbemerkung von Burkhard Hirsch“ zu Baum/Hirsch: Der Baum und der Hirsch (wie Anm. 113) entnommen. Hirsch darf nicht allein aufgrund seiner Funktionen als Innenminister und Landesvorsitzender der FDP in Nordrhein-Westfalen als wichtiger Zeitzeuge gelten, sondern auch aufgrund seiner Bedeutung für den bundesrepublikanischen Linksliberalismus über Jahrzehnte hinweg. Als Mitglied des Bundestages und Bundestagsvizepräsident galt er über einen langen Zeitraum als eines der Aushängeschilder des sozialliberalen Flügels seiner Partei. Diese Rolle nahm er häufig im Zusammenspiel mit seinem Kölner Parteifreund Gerhart Baum wahr. Die Online-Enzyklopädie „Wikipedia“ zählt Hirsch gemeinsam mit Baum und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger zu den „profilertesten[n] Vertreter[n] des linksliberalen Flügels der FDP“ ([https://de.wikipedia.org/wiki/Gerhart\\_Baum](https://de.wikipedia.org/wiki/Gerhart_Baum); Abruf vom 04.05.2018).

Freiheiten, für die Würde des Einzelnen, für eine parlamentarische Demokratie und für soziale Verantwortung“<sup>8</sup>.

In diesem Sinne ist im Folgenden der Begriff des „Sozialliberalismus“ – ohne Bindestrich – zu verstehen. Um Missverständnisse zu vermeiden, wird in diesem Beitrag begrifflich überwiegend von „Linkliberalismus“ die Rede sein. In erster Linie beschäftigt sich der Beitrag ohnedies mit dem sozial-liberalen Bündnis zwischen SPD und FDP. Können sozial-liberale, rot-gelbe Regierungsbündnisse Nordrhein-Westfalen als ihr Stammland bezeichnen?

## 1. Die erste sozial-liberale Koalition unter Fritz Steinhoff

Die Dominanz der CDU in den ersten Jahren der Existenz des neuen Bundeslandes an Rhein und Ruhr konnte nur einmal vorübergehend gebrochen werden – von einer sozial-liberalen Koalition.<sup>9</sup> Diese Koalition aus SPD und FDP unter Ministerpräsident Fritz Steinhoff (SPD) war mit Sicherheit eines nicht: eine Liebesheirat. Vielmehr sprach der neue Landesvater in seiner Regierungserklärung pragmatisch von einer „im Staatsinteresse eingegangene[n] Arbeitsgemeinschaft“.<sup>10</sup> Wie Jörg Engelbrecht betont, blieben sich beide Parteien „im Grunde zu fremd, als dass aus der Koalition eine konstruktive Partnerschaft hätte werden können“, „blieben die programmatischen Unterschiede doch unüberwindbar“.<sup>11</sup>

Eine Annäherung der beiden Parteien war in entscheidendem Maße von der Ausrichtung der FDP abhängig, weniger von derjenigen der SPD. Bei Gründung der FDP nach Kriegsende wies die Partei im werdenden Bundesland Nordrhein-Westfalen durchaus ein disparates Gepräge auf.<sup>12</sup> Während die am 9. November 1945 in Dortmund gegründete Liberal-Demokratische Partei Westfalens homogen linksliberal grundiert war, verhielt sich dies im

8 Zitat aus dem Manuskript eines nicht gehaltenen Vortrags mit dem Titel „Liberalismus und Antiliberalismus heute? Vortrag zum Abschluss des Seminars ‚Liberalismus als Feindbild – Antiliberalismus heute‘ der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach ‚Liberalismus als Feindbild‘ am 9. März 2013“ (dem Verfasser von Burkhard Hirsch mit Schreiben vom 7. Juli 2017 zugestellt).

9 Insofern ist die Feststellung von Christoph Nonn: Historische Dimensionen des Parteiensystems in Nordrhein-Westfalen. In: Marschall (Hrsg.): Parteien (wie Anm. 1), S. 17-35, hier S. 33, unzutreffend, der zufolge die SPD unter Heinz Kühn 1966 „die CDU nach fast zwei Jahrzehnten erstmals als Regierungspartei in Nordrhein-Westfalen [habe] ablösen“ können.

10 Zitiert nach Jörg Engelbrecht: Fritz Steinhoff (1897–1969). In: Sven Gösmann (Hrsg.): Unsere Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen. Neun Porträts von Rudolf Amelunxen bis Jürgen Rüttgers. Düsseldorf 2008, S. 70-97, hier S. 85.

11 Ebd., S. 95.

12 Vgl. hierzu und im Folgenden Treibel: Die FDP (wie Anm. 2), S. 276.

Fall des am 4. Dezember 1945 ins Leben getretenen Landesverbands Nordrhein anders: Die örtlichen Parteigründungen in Krefeld, Moers, Neuss, Düsseldorf-Mettmann und Wuppertal konnten zur linksliberalen Richtung in Nachfolge der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) der Weimarer Republik gezählt werden, und auch die Gründungen in Aachen, Mönchengladbach, Rheydt, Viersen und Duisburg-Hamborn waren linksliberal orientiert. Die Parteigruppen in Essen, Mülheim/Ruhr und Remscheid tendierten hingegen zum wirtschaftsliberalen Flügel, während die liberalen Vereinigungen in Gummersbach und Opladen dem bürgerlichen Sammlungsgedanken verpflichtet waren und liberale mit konservativen Elementen verbanden. Erst im Mai 1947 wurde der nordrhein-westfälische Landesverband der FDP gegründet. Die inhaltlich-programmatische Ausrichtung allerdings blieb weiterhin unklar. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, weshalb sich die FDP aus Sicht der Sozialdemokraten nicht als prädestinierter Koalitionspartner aufdrängte. Und auch aus Sicht der Liberalen war ein Regierungsbündnis mit der SPD „1954 noch undenkbar“<sup>13</sup> gewesen.

Denn gerade in Nordrhein-Westfalen war die nationalliberale bis nationale Ausrichtung der FDP dominant, gehörte die Partei anfangs eindeutig zum „Bürgerblock“, wie dies Christoph Kleßmann einmal formuliert hat.<sup>14</sup> Fraktions- und Landeschef Friedrich Middelhaue sah in der Sozialdemokratie, so Dieter Düding, die „Ursache fast allen Übels“<sup>15</sup>, während die FDP ihrerseits vier Kandidaten der konservativ-deutschnationalen Gruppierung der „Nationalen Rechten“ nach den Landtagswahlen des Jahres 1950 einen Hospitanten-Status gewährte, was wiederum die SPD zu Protesten veranlasste.<sup>16</sup> Auch in Hessen und Niedersachsen hatte die FDP einen gewissen „Rechtsdrall“, während die Landesverbände in Baden-Württemberg und den Stadtstaaten ausgesprochen liberal ausgerichtet waren.<sup>17</sup> Die FDP in Nordrhein-Westfalen hatte sich unter ihrem Vorsitzenden Middelhaue zu einem Sammelbecken nationaler und nationalliberaler Protagonisten entwickelt, zeitweise spielten auch ehemalige Nationalsozialisten eine bedeutende Rolle.<sup>18</sup> Im Wahlkampf des Jahres 1954 kritisierten selbst namhafte Vertreter der CDU die Rechtslastigkeit der FDP, sodass Dieter Düding zu der Feststellung gelangt, „dass im Wahlkampf die Auseinandersetzungen zwischen CDU und

13 Engelbrecht: Steinhoff (wie Anm. 10), S. 83.

14 Christoph Kleßmann: *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970*, 2., überarbeitete und erweiterte Aufl. Bonn 1997, S. 122.

15 Dieter Düding: *Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen 1946–1980. Vom Fünfparteien- zum Zweiparteienlandtag*. Düsseldorf 2008, S. 286.

16 Vgl. ebd., S. 285-287 mit Anm. 12.

17 Kleßmann: *Zwei Staaten* (wie Anm. 14), S. 122.

18 Vgl. hierzu ausführlich Kristian Buchna: *Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Middelhaue und die nordrhein-westfälische FDP 1945–1953*. München 2010, sowie dessen Beitrag oben; ferner Treibel: *Die FDP* (wie Anm. 2), S. 51-54.

FDP intensiver waren als zwischen CDU und SPD oder zwischen SPD und FDP<sup>19</sup>. In langwierigen Bemühungen – deren Höhe- oder besser Tiefpunkt die „Naumann-Affäre“ bildete – gelang es der Parteimehrheit, den nationalen Flügel an den Rand zu drängen oder zum Verlassen der Partei zu bewegen.<sup>20</sup> Somit war die Partei 1956 aus sozialdemokratischer Sicht hinreichend koalitionsfähig.

Wie Walter Först, Sebastian Bukow<sup>21</sup> und Martin Florack<sup>22</sup> siedelt auch Volker Ackermann die Gründe für den Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen „im wesentlichen auf der Bundesebene“<sup>23</sup> an. Dort schwelte der Konflikt zwischen der FDP und ihrem christdemokratischen Koalitionspartner bereits seit 1954, nachdem der profilierte Thomas Dehler dem unscheinbaren Franz Blücher an der Spitze der liberalen Bundespartei nachgefolgt war. Die FDP sondierte Gemeinsamkeiten mit der LDPD in der DDR, Dehler forderte eine aktive deutsche Wiedervereinigungspolitik unter Beteiligung der Sowjetunion, räsonierte über eine „dritte Lösung“<sup>24</sup>, die einen Mittelweg zwischen militärischer Westbindung und staatlicher Neutralität bedeutet hätte, und stellte die Anerkennung der Oder-Neisse-Linie als Staatsgrenze in Aussicht.<sup>25</sup> Auch in der Saar-Politik wich die FDP von der Linie Konrad Adenauers ab.<sup>26</sup> Als der Kanzler eine Treueerklärung der Liberalen verlangte und über eine Wahlrechtsänderung auf Bundesebene sinnierte,

19 Düding: Parlamentarismus (wie Anm. 15), S. 310f.

20 Hinsichtlich dieser „Alt-Nationalen“ führt Burkhard Hirsch aus: „Die letzten, das waren [Wilhelm] Maas und [Franz] Mader in Nordrhein-Westfalen und [Heinz] Lange, der ein Witikobund-Mitglied war. Natürlich gab es Schwierigkeiten mit [...] [Siegfried] Zoglmann oder Ludwig Preiß [...], Zoglmann aus Nordrhein-Westfalen, Preiß aus Hessen, [...] die mit unserem Mandat zur CDU gingen, also, das war dann wirklich bereinigt. Das war mit dem Sturz Erich Mendes bereinigt. [...] da haben wir unsere Auseinandersetzungen intern in der FDP gehabt, haben da heftig dran gearbeitet und letzten Endes auch Erfolg gehabt.“ Zitat aus einem von Hirsch redigierten Skript eines Zeitzeugengesprächs vom 18. März 2013 (dem Verfasser von Burkhard Hirsch mit Schreiben vom 7. Juli 2017 zugestellt); zu den erwähnten Landtagsabgeordneten aus Nordrhein-Westfalen vgl. ferner [https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB\\_I/I.1/Abgeordnete/Ehemalige\\_Abgeordnete/details.jsp?k=00624](https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/I.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00624) ; [https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB\\_I/I.1/Abgeordnete/Ehemalige\\_Abgeordnete/details.jsp?k=00105](https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/I.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00105) ; [https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB\\_I/I.1/Abgeordnete/Ehemalige\\_Abgeordnete/details.jsp?k=00595](https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/I.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00595) ; Seitenabrufe vom 12.11.2017).

21 Vgl. Bukow: DieSPD (wie Anm. 1), S. 227.

22 Vgl. Florack: Die CDU (wie Anm. 1), S. 247.

23 Volker Ackermann (Bearb.): Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung Nordrhein-Westfalen 1954 bis 1958 (Dritte Wahlperiode). Siegburg 1997, S. S. 8.

24 Zit. nach Düding: Parlamentarismus (wie Anm. 15), S. 360.

25 Vgl. Hirsch: Liberalismus und Antiliberalismus (wie Anm. 8).

26 Vgl. hierzu Gerhard Papke: Unser Ziel ist die unabhängige FDP. Die Liberalen und der Machtwechsel in Nordrhein-Westfalen 1956. Baden-Baden 1992, S. 33.

welche die FDP benachteiligt hätte,<sup>27</sup> war das Tischtuch zerschnitten: Die Liberalen drohten mit der Aufkündigung sämtlicher Koalitionen mit der CDU in den Ländern. In Nordrhein-Westfalen entwickelte sich nun eine gewisse „Eigendynamik“.<sup>28</sup> Die „Jungtürken“ des größten Landesverbands, Nordrhein-Westfalen – ein „kleiner Kreis jüngerer Funktionäre“,<sup>29</sup> die eher pragmatisch als weltanschaulich dachten und handelten, mit den Protagonisten Willy Weyer, Wolfgang Döring, Hans Wolfgang Rubin und Walter Scheel an der Spitze<sup>30</sup> –, stürzten „als Konsequenz“<sup>31</sup> der Adenauerschen Planspiele am 20. Februar 1956 im Verein mit der oppositionellen SPD den ebenfalls mit dem Kanzler auf Kriegsfuß stehenden CDU-Ministerpräsidenten Karl Arnold<sup>32</sup> und wählten mit dem ersten erfolgreichen konstruktiven Misstrauensvotum der deutschen Nachkriegsgeschichte Fritz Steinhoff zum Ministerpräsidenten.<sup>33</sup>

Gerhard Papke spricht von einer „handstreichartige[n] Aktion“<sup>34</sup> und sieht vor allem in Döring und Weyer die treibenden Kräfte innerhalb der FDP, Detlev Hüwel wertet das Vorgehen der nordrhein-westfälischen FDP als „kräftigen Denkkzettel“<sup>35</sup> gegen Adenauer. Die Zusammenfassung aus der Feder Jörg Engelbrechts dürfte *grosso modo* zutreffen: „Tenor [...] ist, dass der Machtwechsel in Nordrhein-Westfalen nicht durch das aktive Zutun von Steinhoff oder der SPD-Fraktion herbeigeführt worden ist. Sie waren gewissermaßen nur die Nutznießer von Vorgängen, die in erster Linie bundespolitisch bestimmt gewesen sind.“<sup>36</sup>

Der Koalitionswechsel war emblematisch für einen Umbruch in der FDP: Die Landtagsfraktion beschloss die Koalition mit SPD und Zentrum, als ihr Landesvorsitzender und Wirtschaftsminister Friedrich Middelhaue noch mit

27 Adenauer schwebte ein „Grabenwahlsystem“ vor. Die FDP hätte in diesem Falle im Vergleich mit dem herkömmlichen Wahlrecht bis zu 50% ihrer Mandate verlieren können, vgl. Buchna: Nationale Sammlung (wie Anm. 18), S. 204f.; Florack: Die CDU (wie Anm. 1), S. 247.

28 Vgl. Detlev Hüwel: Karl Arnold (1901-1958). In: Gösmann (Hrsg.): Unsere Ministerpräsidenten (wie Anm. 10), S. 42-69, hier S. 61.

29 Ackermann (Bearb.): Die Kabinettsprotokolle (wie Anm. 23), S. 8.

30 Vgl. Treibel: Die FDP (wie Anm. 2), S. 277.

31 Florack: Die CDU (wie Anm. 1), S. 247.

32 Arnold hatte im Jahr 1950 eine Große Koalition bevorzugt, nahm davon aber aufgrund des Drucks seitens Adenauers, der auf ein Bündnis mit der FDP drängte, schließlich Abstand und ging stattdessen mit dem Zentrum zusammen, vgl. Düding: Parlamentarismus (wie Anm. 15), S. 287. Nach den Landtagswahlen von 1954 zielte zumindest der Arbeitnehmerflügel der nordrhein-westfälischen CDU auf eine Große Koalition, doch wiederum wies der bundespolitische Einfluss den Weg zu einem Bündnis mit den Liberalen, vgl. Engelbrecht: Steinhoff (wie Anm. 10), S. 81.

33 Vgl. Bukow: Die SPD (wie Anm. 1), S. 227.

34 Papke: Unser Ziel (wie Anm. 26), S. 236.

35 Hüwel: Karl Arnold (wie Anm. 28), S. 64.

36 Engelbrecht: Steinhoff (wie Anm. 10), S. 82.

Adenauer verhandelte. An der Abstimmung über das Misstrauensvotum, das er nach Rücknahme der Wahlrechtsänderungspläne seitens der CDU für verfehlt hielt, nahm er dann nicht mehr teil.<sup>37</sup>

Seit dem Jahresende 1955 hatte es Sondierungsgespräche zwischen FDP- und SPD-Vertretern gegeben,<sup>38</sup> die durch den Umstand begünstigt wurden, dass der für das Amt des Ministerpräsidenten vorgesehene Fritz Steinhoff ebenfalls als Pragmatiker und als Exponent des „konservativen“ Parteiflügels der Sozialdemokraten galt.<sup>39</sup> Darüber hinaus waren sich Steinhoff und Willy Weyer aufgrund ihres kommunalpolitischen Engagements in der Stadt Hagen seit Jahren kollegial verbunden.<sup>40</sup> Weyer kam geradezu eine „Schlüsselrolle“<sup>41</sup> zu. Generell galt, so Engelbrecht, dass „die auf Seiten der FDP beteiligten Akteure über gute persönliche Kontakte zu einzelnen Sozialdemokraten [...] verfügten“.<sup>42</sup> Und zuletzt gab es bei beiden Parteien Schnittmengen in bestimmten Sachfragen, beispielsweise auf dem Feld der Kulturpolitik.<sup>43</sup> Ein bedeutsames Motiv der Liberalen für den Schritt zum Koalitionsbruch war die Hoffnung, auf diesem Wege die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat beeinflussen und somit eine Wahlrechtsreform verhindern zu können.<sup>44</sup> Ein weiteres Ziel war der Nachweis der „Unabhängigkeit und Koalitionsoffenheit der FDP auf Landes- und Bundesebene“.<sup>45</sup> Während für die FDP also Willi Weyer, Wolfgang Döring, Walter Scheel, Wolfram Dorn und Liselotte Funcke an den Sondierungsgesprächen mit der SPD teilnahmen, blieb der FDP-Landesvorsitzende Middelhaue den Verhandlungen fern. Er fühlte sich Arnold gegenüber zu Loyalität verpflichtet und trat am 13. Februar 1956 von seinem Amt als Vorsitzender zurück.<sup>46</sup>

Zwar zählte die FDP zunächst zu den großen Gewinnern des „Umsturzes“ in Nordrhein-Westfalen: „Niemals vorher und auch später nicht hatte die FDP so viele und einflußreiche Ressorts [...] inne. Auch über Nordrhein-Westfalen hinaus erregte die Regierung Steinhoff großes Aufsehen, vor allem wegen der wirtschaftsund [!] sozialpolitischen Gegensätze zwischen SPD und FDP“.<sup>47</sup> Tatsächlich konnte die FDP unter Steinhoff vier wichtige

37 Vgl. Hüwel: Arnold (wie Anm. 27), S. 64.

38 Vgl. zum Zustandekommen der sozial-liberalen Koalition die minutiöse Schilderung bei Düding: Parlamentarismus (wie Anm. 15), S. 382-394.

39 Vgl. Buchna: Nationale Sammlung (wie Anm. 18), 207.

40 Vgl. Engelbrecht: Steinhoff (wie Anm. 10), S. 83.

41 Ebd.

42 Ebd.

43 Vgl. Buchna: Nationale Sammlung (wie Anm. 18), S. 207.

44 Vgl. Kleßmann: Zwei Staaten (wie Anm. 14), S. 122.

45 Ackermann (Bearb.): Die Kabinettsprotokolle (wie Anm. 23), S. 8.

46 Engelbrecht: Steinhoff (wie Anm. 10), S. 83.

47 Ackermann (Bearb.): Die Kabinettsprotokolle (wie Anm. 23), S. 9. Ganz ähnlich Engelbrecht: Steinhoff (wie Anm. 10), S. 84: „Nie wieder in der Geschichte der Bundesrepublik hat der kleinere Partner mehr Gewicht in einer Koalition gehabt“.

Ressorts besetzen – die „Schlüsselressorts“ Finanzen (Willy Weyer) und Wirtschaft (Hermann Kohlhasse) sowie die Ministerien für Landwirtschaft (Josef Effertz) und Kultur (Paul Luchtenberg) –, was ihr in der Folgezeit in Nordrhein-Westfalen nie mehr gelingen sollte.<sup>48</sup> Die Idee Dörings von einer „liberalen Volkspartei“ setzte sich allerdings nicht durch. Vielmehr spaltete sich die Partei. Schon vor dem Wechsel des Koalitionspartners in Düsseldorf hatten sich in der FDP „Kanzlerliberale“ und „Oppositionsliberale“ gegenübergestellt.<sup>49</sup> Nun aber traten 16 FDP-Mandatsträger – unter ihnen vier Minister – aus der Bundestagsfraktion aus und begründeten unter Postminister Viktor-Emanuel Preusker die Freie Volkspartei (FVP). Die vier FDP-Dissidenten blieben im Kabinett Adenauer, während die FDP die Regierung verließ. Unter dem Bundesvorsitzenden Erich Mende (1960-1968) kehrte die Partei dann zunächst wieder ins alte Fahrwasser zurück, bildete sie ein „Korrektiv im Bürgerblock“.<sup>50</sup>

Welche Wogen eine Koalitionsbildung auf Landesebene außerhalb der Landesgrenzen schlagen konnte, belegt das Beispiel der ersten und bislang einzigen liberal-sozialen Koalition – unter Einbeziehung des Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) – in Baden-Württemberg: Weil der Altliberale Ministerpräsident Reinhold Maier ein Bündnis mit der Sozialdemokratie einging, was von den nationalliberalen Landesverbänden in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen als skandalös empfunden wurde, drohte der hessische Landesvorsitzende der FDP August-Martin Euler mit einem Parteiausschluss der südwestdeutschen „Demi-Marxisten“.<sup>51</sup> Im Fall des Regierungswechsels in Nordrhein-Westfalen im Jahr 1956 spricht Düding sogar von „große[r] Beachtung“<sup>52</sup> auf internationaler Ebene, da auch die ausländischen Beobachter die Bundespolitik – nicht zuletzt die Politik des Bundeskanzlers – als Ursache ausgemacht hätten.

Obwohl von Guido Hitze als „sozialliberale Regierung“ bezeichnet,<sup>53</sup> handelte es sich beim Kabinett Steinhoff streng genommen keineswegs um eine „reine“ sozial-liberale Koalition, da diese durch das Zentrum geduldet wurde, so wie es auch in Bayern unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner zwischen 1954 und 1957 bereits ein Zusammengehen von SPD und FDP gegeben hatte, allerdings unter Einbeziehung von Bayernpartei (BP) und dem BHE.<sup>54</sup> Wie bereits im Zweiten Kabinett

48 Vgl. Treibel: Die FDP (wie Anm. 2), S. 280, Tabelle 1.

49 Vgl. Papke: Unser Ziel (wie Anm. 26), S. 32.

50 Kleßmann: Zwei Staaten (wie Anm. 14), S. 123.

51 Zit. nach Treibel: Die FDP (wie Anm. 2), S. 52.

52 Düding: Parlamentarismus (wie Anm. 15), S. 359.

53 Vgl. Hitze: Die Parteien (wie Anm. 1), S. 153.

54 Vgl. Oliver Braun (Bearb.): Das Kabinett Ehard II. 20. September 1947 bis 18. Dezember 1950, Bd. 3: 5.1.1950–18.12.1950 (Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1954), München 2010, S. 141 Anm. 41.

Karl Arnold bekleidete der Zentrums Politiker Rudolf Amelunxen auch im Kabinett Steinhoff das Amt des Justizministers.<sup>55</sup> Es handelte sich bei dem Regierungsbündnis, dem für mehr als zwei Jahre Fritz Steinhoff als Ministerpräsident vorsah, um eine „Koalition aus SPD und FDP, der wenige Tage später auch das Zentrum beiträt“.<sup>56</sup>

Der auf – wie es Volker Ackermann in Anlehnung an Hans-Peter Schwarz formuliert – „ausgeprägten Pragmatismus in politischen Fragen sowie die Bereitschaft zum Kompromiß“<sup>57</sup> setzende Zeitgeist erleichterte der SPD das Zugehen auf den liberalen Koalitionspartner. Von Sozialisierungsphantasien nahm man Abstand und war stattdessen bemüht, die eigene Regierungsfähigkeit unter Beweis zu stellen.<sup>58</sup> Recht bald stellte sich heraus, dass es weder auf dem Feld der Wirtschafts- noch auf dem Feld der Sozialpolitik eine gemeinsame Handlungsbasis gab. Stattdessen feierte man überraschende Erfolge in der Kirchen- und Schulpolitik.<sup>59</sup> Weitere Akzente konnten in Wissenschaft und (Atom-)Forschung sowie in der Kunstförderung gesetzt werden.<sup>60</sup>

Dieses auf Landesebene erste sozial-liberale „Intermezzo“<sup>61</sup> endete 1958 mit einem „Debakel“<sup>62</sup> für die Regierungsparteien sowie mit einem „großen Triumph“<sup>63</sup> der Christdemokraten, welche in der Landtagswahl mit 50,5 Prozent die absolute Stimmenmehrheit erhielten und bis 1962 alleine regieren konnten, um ab 1962 unter dem Ministerpräsidenten Franz Meyers erneut in eine Koalition mit der FDP einzutreten. Während auch Steinhoffs SPD von 34,5 Prozent auf 39,2 Prozent der Stimmen zulegen konnte, bekam den beiden kleinen Koalitionspartnern die Regierungsbeteiligung nicht: Die FDP fiel von 11,5 auf 7,1 Prozent Stimmenanteil, das Zentrum von 4 auf 1 Prozent.<sup>64</sup>

Ihren Prägestempel konnte Steinhoffs Regierung dem Bundesland nicht aufdrücken: „Trotz ihrer Erfolge [...] hatte die erste sozialliberale Koalition

55 Vgl. Ute Schmidt: NRW-Landtagsparteien der ersten Stunde. Die Deutsche Zentrums-Partei. In: Marschall (Hrsg.): Parteien (wie Anm. 1), S. 345-361, hier S. 356.

56 Papke: Unser Ziel (wie Anm. 26), S. 11. Papkes Monographie ist generell für eine genauere Betrachtung dieser Koalition nach wie vor einschlägig. Nur unwesentlich abweichend der Wortlaut bei Düding: Parlamentarismus (wie Anm. 15), S. 394: „sozialliberale[s]‘ Bündnis unter nachträglicher Einbeziehung des Zentrums“.

57 Ackermann (wie Anm. 23), S. 71.

58 Vgl. ebd.

59 Vgl. Engelbrecht: Steinhoff (wie Anm. 10), S. 86f.

60 Vgl. Düding: Parlamentarismus (wie Anm. 15), S. 395-398. .

61 Engelbrecht: Steinhoff (wie Anm. 10), S. 71. Treibel: Die FDP (wie Anm. 2), S. 277f., hat nur bedingt recht, wenn er von der „erste[n] sozialliberale[n] Koalition der Bundesrepublik“ spricht. Genauso gut kann man das bereits erwähnte bayerische Bündnis um den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hoegner als sozial-liberale Koalition bezeichnen – und dieses wäre dann das erste in der Bundesrepublik.

62 Ackermann (Bearb.): Kabinettsprotokolle (wie Anm. 23), S. 72.

63 Ebd.

64 Vgl. ebd., S. 5 und S. 72.

in der Geschichte der Bundesrepublik [...] zu wenig Zeit, um sich zu ‚bewähren‘ und um ein eigenständiges landespolitisches Profil zu gewinnen“.<sup>65</sup> Papke spricht von einem „kurze[n] Interregnum“.<sup>66</sup> Eine „Signalwirkung“, so Engelbrecht, sei von dieser ersten „sozial-liberalen“ Regierung nicht ausgegangen: „Es fehlt ihr [...] das übergreifende Moment, das durch eine ausgeprägte sozialliberale Handschrift möglich gewesen wäre“<sup>67</sup>. Das Misstrauen zwischen beiden Koalitionspartnern sei zu keinem Zeitpunkt wirklich überwunden worden. Im Gegenteil: Bereits in der Verteilung der Ressorts sei das Prinzip der gegenseitigen Kontrolle zum Ausdruck gebracht worden.<sup>68</sup> Hierzu trug auch der auf die Initiative des FDP-Abgeordneten Lothar Steuer zurückgehende „Koalitionsausschuss“ bei, ein „Kooperationsmechanismus, der die Arbeit sowohl zwischen den Koalitionsfraktionen im Parlament als auch zwischen den Regierungsfraktionen und dem Kabinett koordinieren sollte“<sup>69</sup> – zugleich ein Novum in der Geschichte des Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen.

Prägnant und zutreffend konturiert Engelbrecht den Unterschied der Koalition unter Steinhoff zu „Projekten“ wie dem 1995 etablierten rot-grünen Bündnis, dem ein regelrechter Programmcharakter zu eigen war:

„Bei allen Leistungen, die der Regierung Steinhoff gutgeschrieben werden können, ergibt sich doch in der Rückschau kein sozialliberales Gesamtprofil. Dies ist auch dem Unvermögen Steinhoffs geschuldet, der Koalition den Charakter eines Projektes zu geben, das für die Bundesrepublik hätte wegweisend sein können. Der Preis des Pragmatismus ist der Mangel an Visionen. [...] Auch [Willi Weyer] war nicht in der Lage, der Düsseldorfer Koalition eine sich selbst tragende Legitimation zu geben. Stets blieb erkennbar, dass es bundespolitische Erwägungen gewesen waren, aus denen heraus dieses Bündnis zustande kam“.<sup>70</sup>

## 2. Das Ende der christlich-liberalen Koalition unter Franz Meyers

Ähnlich verhielt es sich mit dem Ende der christlich-liberalen Koalition unter Franz Meyers. Das Ergebnis der Landtagswahl vom 20. Juni 1966, die den „bis dahin teuerste[n] Landtagswahlkampf in der Geschichte der Bun-

65 Ebd., S. 71f.

66 Papke: Unser Ziel (wie Anm. 26), S. 11.

67 Engelbrecht: Steinhoff (wie Anm. 10), S. 95.

68 Vgl. ebd., S. 91.

69 Düding: Parlamentarismus (wie Anm. 15), S. 394.

70 Engelbrecht: Steinhoff (wie Anm. 10), S. 91 f.

desrepublik Deutschland<sup>71</sup> bewirkt hatte, war so knapp wie nie zuvor in Nordrhein-Westfalen: Die oppositionelle SPD kam bei einem Stimmenzuwachs von 6,4 Prozent auf nunmehr 49,5 Prozent Stimmenanteil, während die seit 1962 regierende christlich-liberale Koalition nur noch über zusammen 50,2 Prozent der abgegebenen Stimmen verfügte. Erstmals lag die SPD in der Wählergunst vor der CDU, und das deutlich, denn die Christdemokraten konnten nicht mehr als 42,8 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. An 353 fehlenden Stimmen lag es, dass die Sozialdemokratie in Essen kein weiteres Direktmandat erringen konnte, welches die Wahl zu Gunsten der SPD entschieden hätte.<sup>72</sup> Dennoch bedeutete das Wahlergebnis für die SPD unter Heinz Kühn eine „Trendwende“<sup>73</sup>.

Die Geschehnisse der Landespolitik wurden jedoch ein weiteres Mal maßgeblich durch die bundespolitischen Ereignisse mitbestimmt. Im Jahr 1966 zerbrachen gleich zwei christlich-liberale Koalitionen: die auf Bundesebene in Bonn sowie die auf Landesebene in Düsseldorf. Der Sturz des Bundeskanzlers Ludwig Erhard wurde begünstigt durch die ausbleibende Einigung der Union mit der FDP in Sachen Haushaltsdeckung. Als die FDP den Antrag der SPD, die Vertrauensfrage im Deutschen Bundestag zu stellen, unterstützte, war das Ende der Kanzlerschaft Erhards besiegelt. Die Skepsis, die dem auf Bundesebene bis zu diesem Zeitpunkt noch unerprobten Modell der Großen Koalition in den eigenen Reihen entgegen gebracht wurde, war allerdings nicht zu übersehen. Sie spiegelt sich in den 109 Nein-Stimmen und den 23 Enthaltungen sowie in den 23 der Abstimmung fern gebliebenen Abgeordneten wider – bei 340 Ja-Stimmen war das Lager der Verweigerer somit deutlich größer als die 49 Abgeordnete umfassende FDP-Fraktion.<sup>74</sup>

Während man in Bonn mehrheitlich zur Großen Koalition neigte – Willy Brandt hatte zunächst eine sozial-liberale Koalition ins Auge gefasst<sup>75</sup> – und diese sich schließlich auch mit dem Tandem Kiesinger-Brandt konstituierte, schmiedete Willy Weyer, obwohl er keineswegs dem linksliberalen Flügel seiner Partei zuzuordnen war, in Nordrhein-Westfalen eine sozial-liberale Koalition mit Heinz Kühn als Ministerpräsidenten.<sup>76</sup> Keineswegs aber standen die Liberalen „seit 1966 sowohl im Bund als auch im Land als Koalitionspartner fest an der Seite der SPD“.<sup>77</sup> Für die SPD hatte die Große Koalition in Bonn – bei allem innerparteilichen Protest, etwa der Jungsozialisten –

71 Stefan Marx: Franz Meyers (1908-2002). In: Gösmann (Hrsg.): Unsere Ministerpräsidenten (wie Anm. 10) S. 98-125, hier S. 121.

72 Vgl. Wolfgang Maron: NRW. Ein Land mit Geschichte, mit Zeichnungen von Philipp von Ketteler. Sonderausgabe Münster 2006, S. 84.

73 Strünck: NRW-Parteiensystem (wie Anm. 1), S. 41.

74 Vgl. Kleßmann: Zwei Staaten (wie Anm. 14), S. 199 f.

75 Vgl. ebd., S. 201.

76 Vgl. Bannas (wie Anm. 5), S. 4.

77 Florack: Die CDU (wie Anm. 1), S. 245.

zwei Vorteile: die Regierungsfähigkeit endlich unter Beweis zu stellen sowie in einer nationalen Krisensituation – die Bundesrepublik erfasste die erste ernsthafte Wirtschaftskrise – Verantwortung zu übernehmen und somit zugleich eine Neuauflage der christdemokratisch-liberalen Koalition zu verhindern.<sup>78</sup>

Bereits die Fortsetzung der christlich-liberalen Koalition in Düsseldorf mit hauchdünner Mehrheit werteten viele als letztlich vergeblichen Versuch, die angeschlagene Koalition auf Bundesebene „zu kitten“.<sup>79</sup> Als das Bonner Regierungsbündnis dennoch zerbarst, „brachen auch die Dämme in Düsseldorf“.<sup>80</sup> Sebastian Bukow sieht wie bereits 1956 auch 1966 die Gründe für den Koalitionswechsel in der bundespolitischen Entwicklung: „die Große Koalition wird im Bund auf den Weg gebracht – [es] kommt [...] in der FDP zum Umdenken. In Sorge vor einem Machtverlust entscheidet sie sich für einen Partnertausch.“<sup>81</sup>

Dagegen führt Friedhelm Geraedts den Sturz des Ministerpräsidenten Meyers auf das „ungeschickte Taktieren“ von Wilhelm Lenz zurück.<sup>82</sup> Lenz hatte als CDU-Fraktionsvorsitzender mit der SPD, die aus den Landtagswahlen als stärkste Partei hervorgegangen war, Sondierungsgespräche geführt, ohne den Koalitionspartner hierüber zu unterrichten.<sup>83</sup>

Unter ihrem neuen Frontmann Heinrich Köppler versuchte die CDU in Nordrhein-Westfalen, die FDP als Koalitionspartner zurückzugewinnen, da anderenfalls im Bund und in vielen Ländern dauerhafte Opposition drohte. Derjenige Teil der FDP, welcher der sozial-liberalen Koalition skeptisch gegenüber stand, wurde als „Nabelschnur“ bezeichnet. Er fand sich später im „Hohensiegburger Kreis“ und der daraus erwachsenen „Nationalliberalen Aktion“ wieder.<sup>84</sup> Letztere wurde gelegentlich als „verlängerter Arm der CSU nördlich der Mainlinie“ bezeichnet.<sup>85</sup>

Ab Mitte der 1960er Jahre drängte sich zunehmend der Eindruck auf, „koalitionspolitische Grundlagen in der Bundespolitik würden in der Landespolitik Nordrhein-Westfalens vorgegeben – oder wenigstens vorweggenommen“.<sup>86</sup>

78 Vgl. Kleßmann: Zwei Staaten (wie Anm. 14), S. 201.

79 Vgl. Dieter Düding: Heinz Kühn (1912–1992). In: Gösmann (Hrsg.): Unsere Ministerpräsidenten (wie Anm. 10), S. 126–157, hier, S. 137f. Oder mit den Worten von Stefan Marx: „Mit der Fortsetzung der Regierung Meyers in Düsseldorf sollte der angeschlagenen christlich-liberalen Bundesregierung von Ludwig Erhard das politische Überleben gesichert werden“, Marx: Meyers (wie Anm. 71), S. 122.

80 Düding: Heinz Kühn (wie Anm. 79), S. 138; ähnlich Marx: Meyers (wie Anm. 71), S. 122.

81 Bukow: Die SPD (wie Anm. 1), S. 227.

82 Vgl. Geraedts: Die vergessenen Jahre (wie Anm. 4), S. 13.

83 Vgl. hierzu Düding: Parlamentarismus (wie Anm. 15), S. 527–532.

84 Vgl. Geraedts: Die vergessenen Jahre (wie Anm. 4), S. 16.

85 Vgl. ebd., S. 23.

86 Bannas (wie Anm. 5), S. 4.

### 3. Die sozial-liberalen Koalitionen unter Heinz Kühn (1966-1978) und Johannes Rau (1978-1980)

Als sich der Sturz Meyers‘ abzeichnete, bemühte sich Heinz Kühn zunächst um die Bildung einer Großen Koalition, scheiterte jedoch an seiner eigenen Partei, die so kurz nach den Auseinandersetzungen des Wahlkampfs nicht gewillt war, mit ihrem Hauptkonkurrenten ein Regierungsbündnis einzugehen.<sup>87</sup> So votierten in der SPD-Landtagsfraktion bei zwei Enthaltungen 73 Mitglieder für die sozial-liberale Koalition und nur 21 für die Große Koalition. Im SPD-Landesausschuss waren die Verhältnisse mit 20 zu acht Stimmen ähnlich klar.<sup>88</sup>

Wenn im Hinblick auf die sozial-liberale Koalition auf Bundesebene von einem „1969 begonnenen gesellschaftspolitischen Reformprozess“<sup>89</sup> gesprochen wird, darf man – unabhängig davon, ob man erste Reformansätze in der Bundespolitik bereits vor 1969 ausmacht<sup>90</sup> oder die Zeit der politischen Reformen tatsächlich erst mit dem sozial-liberalen Regierungsbündnis unter Willy Brandt beginnen lässt<sup>91</sup> – nicht vergessen, dass die Entwicklung hin zu einer systematischen Reformpolitik in Nordrhein-Westfalen *cum grano salis* seit 1966 vorweggenommen worden war – nicht ohne Grund spricht Düding von einem „Reformlandtag“.<sup>92</sup>

Auch verliefen etwaige Trennlinien keineswegs zwangsläufig zwischen den Koalitionspartnern, sondern nicht selten innerhalb der beiden die Koalition tragenden Fraktionen respektive Parteien – so etwa, als 1972 in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs Innenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) sowie Verteidigungsminister Helmut Schmidt (SPD) für die Fristenlösung eintraten, während Bundeskanzler Willy Brandt und Bundesjustizminister Gerhard Jahn (SPD) für eine Indikationslösung optierten.<sup>93</sup>

In Nordrhein-Westfalen waren es Themen wie die Atomkraft, die Befürworter und Gegner in beiden Parteien kannten. So brisant diese Themen waren, eigneten sie sich doch nicht, um zu Bruchstellen der Koalition zu avancieren. So zählen sich rückblickend sowohl Burkhard Hirsch als auch der

87 Vgl. Maron: NRW (wie Anm. 76), S. 85.

88 Vgl. Düding: Parlamentarismus (wie Anm. 15), S. 532.

89 Christine Fabian/Uta Rössel: Einleitung. In: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 25: 1972, bearbeitet von Christine Fabian und Uta Rössel unter Mitwirkung von Christoph Seemann. Berlin, Boston 2017, S. 13-42, hier S. 13.

90 So etwa Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 5: Bundesrepublik und DDR 1949–1990. München 2008, S. 277.

91 Zum Beispiel Peter Glotz: Der Weg der Sozialdemokratie. Der historische Auftrag des Reformismus. Wien/München/Zürich 1975, S. 14, S. 255.

92 Vgl. Düding: Parlamentarismus (wie Anm. 15), S. 535.

93 Vgl. Fabian/Rössel: Einleitung (wie Anm. 89), S. 34.

langjährige Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Friedhelm Farthmann zu den frühen und entschiedenen Gegnern der Atomenergie.<sup>94</sup>

Wenn Wolfgang Maron in seiner kleinen Landesgeschichte mit dem Titel „NRW. Ein Land mit Geschichte“ die Entwicklung „Von der Hochburg der CDU zum Kernland der SPD“<sup>95</sup> mit der ersten „reinen“ sozial-liberalen Koalition in Nordrhein-Westfalen, also mit dem Machtwechsel im Jahr 1966, beginnen lässt, liegt dem vielleicht ein klein wenig zu sehr die Perspektive des „ex post“ zugrunde. Denn unabänderlich festgeschrieben war die spätere, im Grunde erst unter Johannes Rau einsetzende Entwicklung hin zur SPD-Hochburg zu Beginn der „Ära Kühn“ keineswegs. Die „eigentliche Hochphase“<sup>96</sup> der SPD setzte erst Anfang der 1980er Jahre ein, nicht zuletzt auch aufgrund des Ausscheidens der FDP aus dem Landtag nach den Wahlen 1980.

Bis dahin blieb die SPD auf die Loyalität der FDP angewiesen, da die Union in der Ära Kühn entweder vor der SPD oder nur knapp dahinter lag und eine Neuauflage der christlich-liberalen Koalition zumindest rechnerisch stets eine denkbare Alternative darstellte. Jan Treibel spricht mit Blick auf die FDP treffend von der „komfortable[n] Rolle als Königsmacher“.<sup>97</sup> So scheiterte der CDU-Oppositionsführer Heinrich Köppler mit seinem am 19. September 1978 – am Tag vor Kühns Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten – vorgetragenen Versuch, der SPD den liberalen Koalitionspartner abspenstig zu machen. Horst-Ludwig Riemer hatte gegenüber der Presse stets erklärt, dem sozial-liberalen Regierungsbündnis die Treue zu halten.<sup>98</sup>

Als die FDP bei der Landtagswahl 1970 von 7,4 auf 5,5 Prozent Stimmanteile abrutschte und lediglich zwölf Mandate erringen konnte, darunter drei mutmaßliche Abweichler, die zur CDU tendierten, konnte Willi Weyer sich dennoch mit seiner Option für Heinz Kühn und eine sozial-liberale Koalition durchsetzen.<sup>99</sup> In der Folgezeit traten drei nationalliberale FDP-Landtagsabgeordnete aus ihrer Fraktion aus, zwei davon wechselten zur Fraktion der CDU. Den nationalliberalen ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der FDP-

94 Vgl. hierzu die Zeitzeugengespräche mit Burkhard Hirsch vom 18.03.2013 und Friedhelm Farthmann vom 21.02.2013 (LAV NRW R RWD Nr.211 und Nr.209) sowie Martin Schlemmer: Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und die Energiefrage in den Jahren 1975 bis 1980. In: Rheinische Vierteljahrsblätter 77 (2013), S. 178-230; ders. (Bearb.): Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 1975 bis 1980 (Achte Wahlperiode), Teil 1: Einleitung, Dokumente. Duisburg 2016, hier Einleitung, Kap. 3.3. Energie, S. 43-48.

95 Maron: NRW (wie Anm. 72), S. 84.

96 Strünc: NRW-Parteiensystem (wie Anm. 1), S. 40.

97 Jan Treibel: Die FDP in Nordrhein-Westfalen. Multikoalitionsfähige Partei des programmatischen Wandels. In: Marschall (Hrsg.): Parteien (wie Anm. 1), S. 275-292, hier S. 278. Als „Königsmacher“ sieht sie auch Florack: Die CDU (wie Anm. 1), S. 245.

98 Vgl. Schlemmer: Kabinettsprotokolle (wie Anm. 94), S. 28.

99 Vgl. hierzu und im Folgenden Geraedts: Die vergessenen Jahre (wie Anm. 4), S. 16f.

Landtagsfraktion Heinz Lange eingerechnet, verfügte die Opposition über 98 Stimmen gegenüber dem Regierungslager mit 103 Abgeordneten. Als Sieger ohne Trophäe durfte sich die CDU fühlen, die sich mit einem Stimmenzuwachs von 3,5 Prozentpunkten auf somit 46,3 Prozent wieder vor die SPD schob, die bei einem Verlust von 3,4 Prozentpunkten auf 46,1 Prozent der Stimmen kam. Köppler sprach von einer „Koalition der Verlierer“,<sup>100</sup> ohne dass dies an der Oppositionsrolle seiner Partei etwas geändert hätte.

Die FDP hatte sich seit ihrem klassisch bürgerlich-liberalen Berliner Grundsatzprogramm von 1957 sukzessive nach links bewegt, jedoch nicht ohne innere Zerwürfnisse und Richtungskämpfe. Die programmatisch-inhaltliche Umorientierung manifestierte sich auf Bundesebene in der Ost- und Deutschlandpolitik, aber auch in der Gesellschaftspolitik. Ein wichtiger personeller Schritt in diese Richtung war die Wahl Walter Scheels zu Mendes Nachfolger als Parteivorsitzender auf dem Freiburger Parteitag 1968. Den endgültigen „sozialliberalen Durchbruch“<sup>101</sup> stellten indes die „linken“ Freiburger Thesen des Jahres 1971 dar. Generalsekretär Karl-Hermann Flach richtete die Partei mittels seiner Schrift „Noch eine Chance für die Liberalen“ auch programmatisch auf das in Bonn und Düsseldorf regierende sozial-liberale Bündnis hin aus. Er appellierte eindringlich, so Burkhard Hirsch im Rückblick, „nie wieder liberale Positionen mit den ökonomischen Interessen einer gesellschaftlichen Gruppe zu verbinden“.<sup>102</sup> Das Freiburger Grundsatzprogramm, das in wesentlichen Teilen auf Werner Maihofers Mitwirken zurückzuführen ist,<sup>103</sup> nannte dann auch Fortschritt, Emanzipation und Toleranz als liberale Kernpositionen.<sup>104</sup>

Nicht selten sind politische Bündnisse nicht nur stark von den handelnden Personen geprägt, sondern regelrecht von diesen abhängig. Burkhard Hirsch betonte im Frühjahr 2013, dass er in eine sozial-liberale Koalition unter einem Ministerpräsidenten Friedhelm Farthmann nicht eingetreten wäre – andererseits wäre ein während der laufenden Legislaturperiode vorgenommener Wechsel von Heinz Kühn oder Johannes Rau zu Farthmann für ihn kein Grund zu einem Rücktritt gewesen. Mit einem Ministerpräsidenten

100 Ebd., S. 17.

101 Vgl. Kleßmann: *Zwei Staaten* (wie Anm. 14), S. 123 f., das Zitat S. 124.

102 So Hirsch: „Liberalismus und Antiliberalismus“ (wie Anm. 8).

103 Hirsch hebt ebd. hervor, dass Maihofer mit den Freiburger Thesen bewusst an Friedrich Naumanns Ansinnen habe anknüpfen wollen, „aus dem Industrie-Untertanen einen Industriebürger zu machen. Er dekliniert das durch, staatliche Machtbegrenzung, Mitbestimmung, Chancengleichheit und zum ersten Mal auch einen konsequenten Umweltschutz bis hin zur Möglichkeit staatlicher Eingriffe in den Produktionsablauf.“

104 Vgl. Treibel: *Die FDP in NRW* (wie Anm. 97), S. 289.

Diether Posser hätte sich Hirsch hingegen sehr wohl eine gute Zusammenarbeit vorstellen können.<sup>105</sup>

Ebenso ist es kein Geheimnis, dass führende Persönlichkeiten der NRW-SPD lange ein Bündnis mit den Grünen wenn nur irgend möglich zu umgehen versuchten und die FDP als Koalitionspartner vorgezogen hätten – zu denken wäre neben Johannes Rau etwa an Wolfgang Clement,<sup>106</sup> Peer Steinbrück, Klaus Matthiesen oder Ernst Schwanhold.<sup>107</sup> Mit Heinrich Köppler, den er als „sehr einseitig“<sup>108</sup> wahrgenommen habe, hätte sich Hirsch keine Zusammenarbeit vorstellen können, mit Kurt Biedenkopf hingegen sehr wohl, wenngleich er – Hirsch – kaum Schnittmengen mit den Christdemokraten wahrgenommen habe.<sup>109</sup> Auch dem 1985 gegen Johannes Rau gescheiterten CDU-Spitzenkandidaten Bernhard Worms, von 1980 bis 1986 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Rheinland,<sup>110</sup> zollt Hirsch seinen Respekt,<sup>111</sup> so dass Letzterer bei allen Differenzen inhaltlicher Art mit Blickrichtung auf die CDU-Opposition im Landtag konstatiert: „[...] es gab immer einzelne Abgeordnete, mit denen man wirklich gut zusammen arbeiten konnte“.<sup>112</sup> Die Basis für eine produktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit beider Parteien wird man in dieser Aussage eines linksliberalen Vordenkers<sup>113</sup> jedoch kaum erkennen können.

Ein wichtiger Garant für den Koalitionsfrieden war der Koalitionsausschuss, der – wie bereits 1956 – wieder eingerichtet wurde. Er diente in erster Linie der „Konsensbildung in politischen Grundsatzfragen und in poli-

105 „Also, es (!) [Farthmann] ist jemand, mit dem man zusammenarbeiten kann, aber zu dem ich nicht dasselbe politische, persönliche Vertrauensverhältnis gehabt hätte wie zu Heinz Kühn oder zu Diether Posser“. „Also, mit Posser ohne Probleme. [...] Ich habe den für seine anwaltliche Tätigkeit, auch was ich von ihm gelesen habe, wirklich bewundert [...]“ Zitat aus Hirsch: Zeitzeugengespräch (wie Anm. 20).

106 Clement gab nach den Landtagswahlen im Jahr 2000 der Fortsetzung des rot-grünen Regierungsbündnisses aus bundespolitischen Gründen den Vorzug vor einer sozial-liberalen Koalition, vgl. Karl-Rudolf Korte/Martin Florack/Timo Grunden: Regieren in Nordrhein-Westfalen. Strukturen, Stile und Entscheidungen 1990 bis 2006. Wiesbaden 2006, S. 248; Treibel: Die FDP in NRW (wie Anm. 97), S. 278f.; ders.: Die FDP (wie Anm. 2), S. 71.

107 Vgl. Korte/Florack/Grunden: Regieren (wie Anm. 106), S. 250.

108 Zitat aus Hirsch: Zeitzeugengespräch (wie Anm. 20).

109 Vgl. ebd.

110 Vgl. [https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB\\_I/I.1/Abgeordnete/Ehemalige\\_Abgeordnete/details.jsp?k=00199](https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/I.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00199) (Abruf vom 14.11.2017).

111 „Da waren die [CDU-]Innenpolitiker, die waren völlig unzugänglich, bis auf Bernhard Worms. Worms, ohne den die Ergebnisse der Funktionalreform nicht möglich gewesen wären, den ich noch wirklich in jeder Tonalität rühmen kann, als ein verständiger, vernünftiger Abgeordneter, obwohl er ein wirklich treuer CDU-Parteigänger ist, getragen von einem Staatsbewusstsein, das ich teile, dass der Staat eine Autorität und eine vernünftige Organisation besitzen und durchsetzen muss [...]“ Zitat aus Hirsch: Zeitzeugengespräch (wie Anm. 20).

112 Zitat ebd.

113 Vgl. hierzu etwa Gerhart Baum/Burkhard Hirsch: Der Baum und der Hirsch. Deutschland von seiner liberalen Seite. Berlin 2016.

tisch relevanten Personalangelegenheiten“, darüber hinaus aber auch der „Entschärfung von realen oder potentiellen Konfliktherden mit der Absicht, die Koalitionsmaschinerie reibungslos in Gang zu halten“<sup>114</sup>. Ein weiteres wichtiges Moment, das die sozial-liberale Koalition stabilisierte, war das ausgesprochen gute Verhältnis der beiden Fraktionsvorsitzenden Johannes Rau und Walter Möller<sup>115</sup> – der personale Aspekt verdient folglich einmal mehr Beachtung.

Als Johannes Rau im September 1978 Heinz Kühn im Amt des Ministerpräsidenten nachfolgte, konnte noch niemand ahnen, dass nicht einmal zwei Jahre später die sozial-liberale Koalition an ein jähes Ende gelangen sollte. In seiner Regierungserklärung vom 27. September 1978 thematisierte Rau auch das Wirken der sozial-liberalen Regierung Kühn:

„Die Politik der drei von Heinz Kühn geführten Regierungen war erfolgreich. Sie ist der Erfolg einer guten und bewährten Partnerschaft zwischen Sozialdemokraten und Freien Demokraten. Diese gemeinsame Politik zu festigen, aber bei ihr nicht stehen zu bleiben, sondern sie ein gutes Stück weiter zu bringen, ist unsere Verpflichtung, ist die Aufgabe und das Ziel dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen“.<sup>116</sup>

#### 4. Das Ende der sozial-liberalen Koalition

Als die FDP bei den Landtagswahlen von 1980 den Einzug in das Parlament nur um Haaresbreite verpasste, sprach die Presse vom Ende eines „historischen Bündnisses“ (Der Spiegel), einem „politischen Erdbeben“ (Rheinische Post), einem „Beben“ (Stuttgarter Zeitung).<sup>117</sup> Unter Heinz Kühn sei die sozial-liberale Koalition „in der Bundesrepublik salonfähig“<sup>118</sup> geworden, habe Nordrhein-Westfalen „Reformen in einem Ausmaß und von einer Wirkungsintensität erlebt[] wie nie zuvor oder danach in seiner Geschichte“.

Ungefährdet war das für eine Reformpolitik stehende sozial-liberale Modell – von dem man inzwischen mit Fug und Recht sprechen konnte – allerdings zu keiner Zeit. So geriet das rot-gelbe Tandem auf Bundesebene bereits 1972 ins Straucheln, als die sozial-liberale Mehrheit im Bundesrat nach dem Wahlsieg der CDU in Baden-Württemberg am 23. April verloren ging.<sup>119</sup>

114 Düding: Parlamentarismus (wie Anm. 15), S. 540.

115 Vgl. hierzu ebd., S. 543.

116 Zitiert nach Schlemmer: Kabinettsprotokolle (wie Anm. 94), Teil 2: Dokumente, Verzeichnisse, Register, S. 1085.

117 Vgl. Art. „Wir siegen uns noch kaputt“. In: Der Spiegel Nr. 21, 19.05.1980, online unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14317076.html> (Abruf vom 13.11.2017).

118 Düding: Heinz Kühn (wie Anm. 79), +S. 152.

119 Vgl. Fabian/Rössel: Einleitung (wie Anm. 89), S. 14.

In Nordrhein-Westfalen gab es in der achten Wahlperiode bezüglich des Umgangs mit der „Gastarbeiter“-Frage Berührungspunkte zwischen der oppositionellen CDU und (Teilen) der FDP-Fraktion. Geradezu sinnbildlichen Charakter hatte in diesem Zusammenhang die Reaktion der drei FDP-Landtagsabgeordneten Silke Gerigk-Groht,<sup>120</sup> Jürgen Hinrichs<sup>121</sup> und Wolfgang Heinz auf einen Antrag der CDU-Landtagsfraktion zur Verbesserung der Bildungschancen der ausländischen Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen: Dieser wurde „als ‚realistische und sachliche Beratungsgrundlage‘ begrüßt“.<sup>122</sup>

SPD und CDU wiederum setzten gegen Ende der siebten Wahlperiode gegen die Stimmen der Liberalen das Landesplanungsgesetz wie das Sparkassengesetz durch,<sup>123</sup> was die Presse bereits vom drohenden „Verfall“<sup>124</sup> der sozial-liberalen Koalition in Düsseldorf sprechen ließ.

Eine potentielle Bruchstelle zwischen SPD und FDP war von Beginn an die Krise des Bergbaus in Nordrhein-Westfalen,<sup>125</sup> wenngleich auch die FDP in der Regel zur parteiübergreifenden „Kohlekoalition“<sup>126</sup> oder „Kohlefraktion“ gezählt wurde.<sup>127</sup>

Problematisch war auch ein anderes Politikfeld, nämlich dasjenige der Sozialpolitik. Volker Stalman spricht mit Bezug auf das Verhältnis von SPD und FDP auf Bundesebene im Jahr 1966 von einem „evidente[n] Dissens in der Sozialpolitik“.<sup>128</sup> Er fragt ferner, ob die „Sozialpolitik auch 1969 ein beide Parteien [...] trennendes Politikfeld, ein potenzieller Sprengsatz der sozial-liberalen Koalition“<sup>129</sup> gewesen sei.

Zu einem handfesten Konflikt kam es in der sozial-liberalen Koalition im Sommer 1973 angesichts der Ernennung des 28-jährigen DKP-Funktionärs

120 Vgl. [https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB\\_I/I.1/Abgeordnete/Ehemalige\\_Abgeordnete/details.jsp?k=00050](https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/I.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00050) (Abruf vom 05.04.2016).

121 Vgl. [https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB\\_I/I.1/Abgeordnete/Ehemalige\\_Abgeordnete/details.jsp?k=00073](https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/I.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00073) (Abruf vom 05.04.2016).

122 Art. „Düsseldorf: FDP lobt CDU-Vorstoß“. In: Ruhr Nachrichten vom 25. April 1979 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

123 Vgl. hierzu die Zeitungsartikel in LAV NRW R NW 756 Nr. 216, beispielsweise Art. „CDU setzt sich im Landtag mit SPD gegen FDP durch“. In: Westfalen-Blatt vom 13. März 1975; Art. „SPD und CDU gegen FDP“. In: Frankfurter Rundschau vom 13. März 1975.

124 So etwa in „Koalitionsstreit wie Ehen vor Gericht“, Kommentar von Christoph Lütger/Westdeutsches Fernsehen, 25. Februar 1975, 19:55 Uhr (schriftliche Fassung, LAV NRW R NW 756 Nr. 216).

125 Vgl. Kleßmann: Zwei Staaten (wie Anm. 14), S. 223.

126 Vgl. Dülning: Heinz Kühn (wie Anm. 79), S. 142.

127 Vgl. Schlemmer: Energiefrage (wie Anm. 94), S. 189.

128 Volker Stalman: „...sozial gleichgewichtig neben freiheitlich und national stellen“? Die Sozialpolitik der FDP 1949–1969. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 29 (2017), S. 241–264, hier S. 261.

129 Ebd., S. 242.

und Gerichtsassessors Volker Götz zum Richter auf Probe. Namentlich Wirtschaftsminister Riemer und Innenminister Weyer kritisierten Justizminister Posser sowie den Ministerpräsidenten und brachten ihre Missbilligung auch über die Medien klar zum Ausdruck.<sup>130</sup> Burkhard Hirsch vertrat als Innenminister in der Frage der verfassungsfeindlichen Bestrebungen im öffentlichen Dienst eine restriktivere Gangart als Ministerpräsident Kühn oder seine Kabinettskollegen Girgensohn und Posser, wie sich Hirsch selbst im Gespräch vierzig Jahre später erinnerte:

„Ich war geprägt von den Erfahrungen mit meinen Lehrern, [...] nach [19]45 in der Schule, vorher haben sie ‚Heil Hitler‘ geschrien, und wenige Wochen später haben sie dann von ‚unseren Freunden von der Roten Armee‘ gesprochen. [...] ich war wild entschlossen, Leuten diesen Schlages nicht unsere Kinder und unsere Angeklagten oder Kläger zu überlassen. [...] Und deswegen habe ich mir dann in solchen Fällen, wenn das Berufsverbot hinzukommen sollte, [...] die Akten [...] kommen lassen und selber mit entschieden, ob ich sage, geht gerade noch oder nicht. [...] Ich wollte keine Parteiaktivisten im Staatsdienst haben, mit allen Segnungen des Berufsbeamtentums. [...] Es gab eben Schwierigkeiten mit dem Kultusministerium, Heinz Kühn war [...] liberaler als ich, es gab Schwierigkeiten mit Bonn und auch in der Partei, in der Bundespartei [...], da war man ganz anderer Meinung. Posser war sicherlich liberaler als ich, in der Beziehung, aber engagierte sich nicht wirklich.“<sup>131</sup>

Dies war deswegen von Bedeutung, weil dem Innenminister laut Punkt IV.8 der „Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst“ entscheidendes Gewicht beigemessen wurde: „Die Entscheidung über die Einstellung oder Ablehnung von Bewerbern, deren Verfassungstreue die Einstellungsbehörde nicht für gewährleistet hält, trifft die oberste Dienstbehörde im Einvernehmen mit dem Innenminister“.<sup>132</sup> Doch auch diese mitunter sehr emotional geführte Debatte gefährdete den Zusammenhalt der sozial-liberalen Koalition in Nordrhein-Westfalen letztlich nicht.<sup>133</sup>

Bedeutsamer war allerdings die Entwicklung der FDP-Bundespartei weg von linksliberalen hin zu wirtschaftsliberalen Positionen. Diese vollzog sich um das Jahr 1977 herum: Einerseits erarbeitete die „Perspektivkommission“ der FDP unter Vorsitz von Gerhart Baum im Juli 1977 die Denkschrift mit dem Titel „Aktuelle Perspektiven des sozialen Liberalismus“; andererseits

130 Vgl. etwa Presseschau des Landespresse- und Informationsamtes Nr. 142 vom 30.07.1973 (LAV NRW R NW 756 Nr. 215).

131 Dieses Gespräch ist dokumentiert im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abt. Rheinland (LAV NRW R RWD Nr. 211).

132 Anlage 2 zur Niederschrift über die 1399. Kabinettsitzung vom 5. Juni 1979. Zitiert nach Schlemmer: Kabinettsprotokolle (wie Anm. 94), Teil 2, S. 1285.

133 Zum Thema „Verfassungstreue im öffentlichen Dienst“ in der Achten Wahlperiode in Nordrhein-Westfalen vgl. ebd., Teil 1, Einleitung, Kap. 3.5., S. 55 ff.

beschloss die Partei auf ihrem Kieler Parteitag im selben Jahr die „Kieler Thesen“, die einen klaren Sieg für den wirtschaftsliberalen Flügel unter Hans Friderichs und Otto Graf Lambsdorff bedeuteten. „Sie markieren“, so Burkhard Hirsch, „in ihrer Gesamtheit eine klare und eindeutige Abkehr von den Zielen eines sozialen Liberalismus hin zu einer ordoliberalen Wirtschaftspolitik“. Hirsch sieht in der Annahme der Kieler Thesen auf dem von ihm so genannten „Wendeparteitag“<sup>134</sup> den „gewollte[n] und bewusste[n] Beginn einer Entwicklung, die zu einer allmählichen Entfremdung der Koalitionspartner und im Ergebnis zum Bruch der Koalition auf Bundesebene im Oktober 1982 [ge]führt[]“ habe.<sup>135</sup>

Die parallele Entwicklung in Bund und Land fand also ein Ende, als 1982/83 nach der „Bonner Wende“ eine christlich-liberale Koalition gebildet wurde, in NRW hingegen die SPD weiterhin allein regieren konnte.<sup>136</sup> Erst im Jahr 1995 musste sich Rau mit einer „von ihm immer ungeliebten rot-grünen Koalition“<sup>137</sup> arrangieren – die dann aber wiederum nur drei Jahre später auf Bundesebene nachgebildet werden sollte. Eine spannende, kontrafaktische Frage ist, welchen Fortgang die Ereignisse genommen hätten, wenn die FDP bei den Landtagswahlen von 1980 nicht an der Fünfprozent-Hürde gescheitert wäre und eine sozial-liberale Koalition in Nordrhein-Westfalen einer schwarz-gelben Koalition auf Bundesebene gegenüber gestanden hätte.

Zumindest Burkhard Hirsch lässt keinen Zweifel an der ausgeprägten gegenseitigen Loyalität in der sozial-liberalen Koalition, wenigstens im Kabinett:

„[...] ich rede über die Zeit von 75-80, und da haben wir, ich, jedenfalls mit den Sozialdemokraten, [...] hier in Düsseldorf, gute Erfahrungen gemacht, und ich hatte mit den Sozialdemokraten bis 1972 auch in Bonn hervorragende Erfahrungen in der Zusammenarbeit gemacht, [...] das ging einfach, das war demokratisch, das war fair, und das war vertrauensvoll. Und da konnte man sich auf den Partner verlassen.“<sup>138</sup>

134 „Das ist eine Wende, die ich politisch nicht mitgemacht habe, und wo ich eigentlich, mit Baum und anderen, nur deswegen zusammen in der FDP geblieben bin, weil ich mir gesagt habe: Ich kann, nachdem ich 1948 in die FDP, LDP/FDP gegangen bin, [...] nicht gegen diese Partei Wahlkampf machen, und ich möchte eher dazu beitragen, dass die FDP wieder zu ihrer Politik einer sozialen Verantwortung zurückkehrt.“ Zitat Hirsch: Zeitzeugengespräch (wie Anm. 20).

135 Zitat aus Hirsch: „Liberalismus und Antiliberalismus“ (wie Anm. 8).

136 Vgl. auch Bannas (wie Anm. 5), S. 4.

137 Hitze: Die Parteien (wie Anm. 1), S. 170.

138 Zitat aus Hirsch: Zeitzeugengespräch (wie Anm. 20).

## 5. Fazit

Als eine Art Faustregel könnte man bezüglich des Verhältnisses von Nordrhein-Westfalen und Bundesebene in der Frage der parteipolitischen Gemengelage festhalten, dass zwischen 1949 und 1982 die führende Partei in Nordrhein-Westfalen meist auch die stärkste Partei auf Bundesebene war. Beide Ebenen bedingten sich gegenseitig, „kommunizierenden Röhren“ gleich. Keineswegs handelte es sich um eine „Einbahnstraße“, in der Nordrhein-Westfalen dem Bund stets das parteipolitische Farbspiel vorgegeben hätte. Immer wieder, etwa 1956, wirkte die Bundespolitik entscheidend auf die Entwicklung im bevölkerungsreichsten Bundesland ein.

Nordrhein-Westfalen war, bezogen auf Westdeutschland nach 1945, eine „Blaupause“, ein „Versuchslabor“; aus Nordrhein-Westfalen „stammt“ das Modell der sozial-liberalen Koalition – wenn man ähnliche „Experimente“ in Württemberg-Baden und Bayern außer Betracht lässt. Nordrhein-Westfalen als „Stammland“ des Sozial-Liberalismus zu bezeichnen, geht hingegen ein wenig zu weit. So wie es die Dominanz der SPD in der Ära Rau nicht rechtfertigt, von Nordrhein-Westfalen als einem „Stammland der SPD“ zu sprechen, so wenig bilden die 14 beziehungsweise 16 Jahre einer sozial-liberalen Koalition eine Grundlage für die Charakterisierung Nordrhein-Westfalens als „Stammland des Sozial-Liberalismus“. Zum Zeitpunkt der Landesgründung war dieses Bündnis noch keineswegs absehbar. Einen Automatismus gab es hier genau so wenig. Von einer Liebeshochzeit kann noch weniger die Rede sein, eher von einer pragmatischen Vernunfthehe, die nicht unwesentlich von Machtkalkül beeinflusst wurde. Das sozial-liberale Bündnis war kein „Projekt“, auch wenn mancher Linksliberale wie Werner Maihofer von einem „historischen Bündnis“ gesprochen hat,<sup>139</sup> wie später die rot-grüne Allianz, keine Sache von „Herzblut“ – wobei NRW definitiv auch kein „rot-grünes Stammland“ war, Johannes Rau und auch Wolfgang Clement lieber mit den Liberalen koalitiert hätten. Die Liberalen wiederum hielten dem sozial-liberalen Bündnis auch dann die Treue, als die CDU als stärkste Kraft der FDP Avancen machte. Mehr noch: Die sozial-liberale Regierung war im Jahr 1980 ein eingespieltes Team, das nicht durch die Koalitionäre, sondern seitens der Wähler getrennt wurde. Bundeskanzler Helmut Schmidt fragte noch in der Wahlnacht beim nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau an, „ob man nicht wenigstens die vier FDP-Staatssekretäre behalten“ könne.<sup>140</sup> Auch Burkhard Hirsch betont im Rückblick die Bündnistreue

139 Vgl. Willy Zirngibl: *gefragt – Werner Maihofer*. Bornheim 1975, S. 28, wo Maihofer seine Aussage allerdings selbst wieder relativiert.

140 Art. „Wir siegen uns noch kaputt“ (wie Anm. 117).

der SPD sowie die Fürsorge des Landesvaters für den ausscheidenden liberalen Koalitionspartner.<sup>141</sup>

Das Fehlen von 1.709 Stimmen<sup>142</sup> bei den Landtagswahlen 1980 – die FDP erhielt 4,98 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen – bereitete dem rot-gelben Tandem das Ende. Eine Neuauflage dieser Konstellation oder präziser Koalition scheint derzeit in weiter Ferne, wenngleich sich die FDP zu einer „multikoalitionsfähigen Partei“ (Jan Treibel) entwickelt hat. Bis auf weiteres bleibt die sozial-liberale Koalition in Nordrhein-Westfalen ein Intermezzo – das allerdings seine Spuren hinterlassen hat.

141 Für seine Zeit im Deutschen Bundestag von 1972 bis 1975 hält Hirsch in einem Schreiben an den Verfasser vom 7. Juli 2017 fest: „Die Vereinbarungen, die mit der SPD im Bereich der Rechts- und Innenpolitik getroffen wurden, hielten sie stets ein. Vereinbarungen mit der CDU wurden immer wieder spätestens durch die CSU im Bundesrat aufgemacht und versucht, draufzusatteln, entweder unverzüglich oder bei nächster Gelegenheit.“.

142 Vgl. Art. „Wir siegen uns noch kaputt“ (wie Anm. 117).



# Die FDP und das Rheinland. Interne Organisationsstruktur und regionale Entscheidungszentren aus politikwissenschaftlicher Sicht

## 1. Einleitung

Akteure aus dem Rheinland haben die innerparteilichen Machtstrukturen der Freien Demokratischen Partei (FDP) seit ihrer Gründung maßgeblich geprägt. Dies kann ein mikropolitische Blick auf die Partei, besonders für die zurückliegenden Monate und Jahre, zeigen. Denn nach dem Ausscheiden der FDP aus dem Deutschen Bundestag bei der Bundestagswahl 2013 wurde von der neuen Parteiführung um den gebürtigen Rheinländer Christian Lindner<sup>1</sup> zunächst ein interner Leitbildprozess angestoßen, der die eigenen Parteimitglieder beschäftigen, von der heftigen Wahlniederlage ablenken und für die Zukunft neu motivieren sollte.<sup>2</sup> Die Bundestagswahl 2017 wurde schließlich mit einer starken Personalisierung auf seine Person im Wahlkampf und einer deutlich anders akzentuierten Programmatik auf die Themen Bildung und Digitalisierung gewonnen.<sup>3</sup> Ferner spielten enge Vertraute Lindners wie z.B. der nordrhein-westfälische Generalsekretär Johannes Vogel, ebenfalls ein gebürtiger Rheinländer, besonders im Wahlkampf eine zentrale Rolle.

Die jüngste Parteigeschichte kann somit eindrucksvoll bestätigen, dass das Rheinland und die Rheinländer eine besondere Rolle für die Entwicklung der FDP spielen und gespielt haben. Ob das Rheinland in diesem Sinne

- 1 Christian Lindner wuchs in Wermelskirchen auf und erwähnt in seinem aktuellen Buch im Hinblick auf seine programmatische Verortung dezidiert seine rheinische Heimat, vgl. Christian Lindner: Schattenjahre. Die Rückkehr des politischen Liberalismus. Stuttgart 2017, S. 51.
- 2 Vgl. Florian Glock: Die FDP in der außerparlamentarischen Opposition. Innerparteiliche Willensbildung und Einstellungen der Parteitagsdelegierten. In: Sebastian Bukow/Uwe Jun (Hrsg.): Parteien unter Wettbewerbsdruck. Wiesbaden 2017, S. 181-201, hier S. 190; Marco Buschmann: Der Turnaround der FDP. Auch eine Frage der Markenpositionierung. In: Holger J. Schmidt/Carsten Baumgarth (Hrsg.): Forum Markenforschung. Tagungsband der internationalen Konferenz „DERMARKENTAG2014“. Wiesbaden 2015, S. 17-26.
- 3 Bereits wenige Monate vor der Bundestagswahl 2017 wurde diese Strategie bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen erfolgreich erprobt, vgl. Stefan Bajohr: Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 14. Mai 2017. Schwarz-Gelb statt Rot-Grün. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl) 47 (2017), S. 614-633.

sogar als regionales Entscheidungszentrum der Partei definiert werden kann, versucht der Beitrag im Folgenden zu untersuchen. Dazu wird zunächst die aktuelle Entscheidungsstruktur der Bundespartei skizziert, ehe auf die derzeitige Situation der FDP in der Region Rheinland detailliert eingegangen wird. Abschließend wird die Bedeutung des Rheinlands und seiner Akteure für die innerparteiliche Willensbildung der FDP analysiert.

## 2. Interne Entscheidungsstruktur der Bundespartei

Die formale Organisationsstruktur der FDP ist durch das Grundgesetz und das Parteiengesetz normiert und folgt daher den Grundmustern, die für alle deutschen Parteien gelten. Sie ist in der Satzung der Bundespartei niedergelegt. Der Bundesparteitag ist das höchste Gremium der Partei.<sup>4</sup> Dieser wählt einen mehrköpfigen Parteivorstand mit einem Parteivorsitzenden; seit 2013 ist dies Christian Lindner. Die Auswahl der Parteimitglieder, die am Bundesparteitag teilnehmen, erfolgt über ein bestimmtes, in der Parteisatzung festgelegtes Delegiertenprinzip, das bei der FDP neben den Mitgliederzahlen auch die Wahlergebnisse der Landesverbände bei der zurückliegenden Bundestagswahl berücksichtigt.<sup>5</sup> Die FDP gliedert sich ferner in mehrere Ebenen, welche die föderale Struktur der Bundesrepublik Deutschland abbilden: in 16 Landesverbände, 61 Bezirks-, 465 Kreis- und etwa 2200 Ortsverbände.<sup>6</sup> Jede dieser Ebenen hält jeweils eigene Parteitage ab und wählt eigene Vorstände. Die interne Willensbildung der Partei wird zudem durch zahlreiche Vorfelddorganisationen geprägt, wie insbesondere durch die Jugendorganisation „Junge Liberale“.<sup>7</sup>

Wenn man sich mit parteiinternen Entscheidungsprozessen genauer beschäftigt, rückt abweichend von der formalen Organisationsstruktur die informelle Entscheidungsstruktur einer Partei wie der FDP in den Fokus.<sup>8</sup> Innerparteiliche Entscheidungsprozesse lassen sich grundsätzlich in inhaltliche

4 Vgl. Freie Demokratische Partei, Bundessatzung, Fassung vom 23. April 2016, § 11.

5 Vgl. ebd., § 13, Abs. 3.

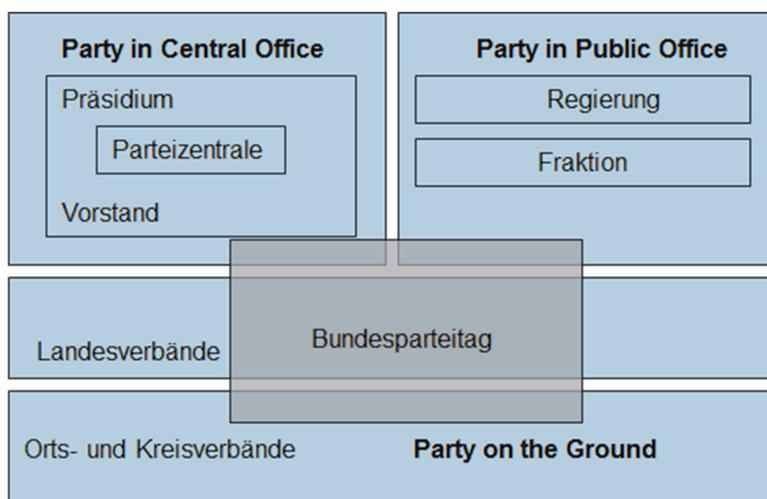
6 Vgl. Jan Treibel: Die FDP. Prozesse innerparteilicher Führung 2000-2012. Baden-Baden 2014, S. 89.

7 Vgl. ebd., S. 105 ff.

8 Vgl. Jan Treibel: Formales und informelles Führen und Folgen in Parteien. Ein mikropolitisch-er Ansatz zur Analyse von internen Entscheidungsprozessen am Beispiel der FDP. In: Stephan Bröchler/Timo Grunden (Hrsg.): Informelle Politik. Konzepte, Akteure und Prozesse. Wiesbaden 2014, S. 323-349; ders.: Innerparteiliche Entscheidungsprozesse. In: Karl-Rudolf Korte/Timo Grunden (Hrsg.): Handbuch Regierungsforschung. Wiesbaden 2013, S. 359-369; ders.: Was bedeutet innerparteiliche Willensbildung? Forschungsstand und theoretische Zugänge. In: Karl-Rudolf Korte/ders. (Hrsg.): Wie entscheiden Parteien? Prozesse innerparteilicher Willensbildung in Deutschland. Sonderband 2012 der Zeitschrift für Politikwissenschaft (ZPol). Baden-Baden 2012, S. 7-34.

(Programmatik, Strategie) und personelle Entscheidungen (innerparteiliche und öffentliche Ämter) unterteilen. Konkret stellt sich in diesem Kontext die Frage, welche innerparteilichen Akteure bzw. Akteursgruppen parteiinterne Entscheidungsprozesse entscheidend prägen. Zentrale Befunde der nationalen und internationalen Parteienforschung können helfen, eine gegenstandsbezogene Heuristik zu entwickeln, welche die formale Organisationsstruktur einer Partei zu einer informellen Entscheidungsstruktur weiterentwickelt.

Abb. 1: Die informelle Entscheidungsstruktur der FDP



Quelle: Eigene Darstellung.<sup>9</sup>

Wie Abb. 1 zeigt, sind Grundlage dieser Heuristik die „drei Gesichter“ einer Parteiorganisation von Katz und Mair:<sup>10</sup> Die „party in central office“ umfasst die nationalen Vorstände bzw. Präsidien einer Partei. Diese werden in ihrer Arbeit in der Regel von einer Parteizentrale mit hauptberuflich tätigen Mitar-

9 Auf Grundlage von Richard S. Katz/Peter Mair: The Evolution of Party Organizations in Europe. The Three Faces of Party Organization. In: American Review of Politics 14, special issue (1993), S. 593-617; Thomas Poguntke/Paul Webb: The Presidentialization of Politics in Democratic Societies. A Framework for Analysis. In: Dies. (Hrsg.): The Presidentialization of Politics. A Comparative Study of Modern Democracies, Oxford 2007, S. 1-25.

10 Vgl. Katz/Mair: The Evolution (wie Anm. 9).

beitern intensiv unterstützt.<sup>11</sup> Die Parteitage als höchstes Gremium der Partei werden von der „party in central office“ gezielt vorbereitet und gesteuert. Konkret sei in diesem Zusammenhang auf die zentrale Rolle der Parteizentrale, bei der FDP die Bundesgeschäftsstelle, bei der Vorbereitung und Ausrichtung eines Bundesparteitages hingewiesen. Die „party in public office“ hingegen nimmt die in öffentlichen Ämtern aktiven Parteimitglieder, also die Bundestagsabgeordneten und gegebenenfalls Regierungsmitglieder einer Partei, in den Blick. Obwohl sie rein rechtlich nicht zur formalen Parteiorganisation dazugehören, können sie durch die auf das Parlamentsmandat zurückzuführenden inhaltlichen und organisatorischen Mittel großen Einfluss auf die Willensbildungsprozesse ihrer Partei nehmen.<sup>12</sup> Alle Parteimitglieder, die der „party in central office“ und der „party in public office“ angehören, sind hauptberuflich für die Partei tätig<sup>13</sup> und können daher für die innerparteiliche Willensbildung auch zusammenfassend als Parteispitze definiert werden.

Die „party on the ground“ beschreibt hingegen die Parteibasis, an der die Mitglieder nur ehrenamtlich und sporadisch aktiv sind. Diese engagieren sich zwar mitunter fleißig in den lokalen Gliederungen der Partei, auf dem Bundesparteitag sind sie selbst aber nicht vertreten. Ihr Einfluss auf die Willensbildung der Partei ist durch das innerparteiliche Delegiertenprinzip stark eingeschränkt.<sup>14</sup> Allerdings ist seit den 1990er Jahren ein Ausbau von direktdemokratischen Elementen wie Mitgliederbefragungen bzw. -entscheiden in den Parteisatzungen zu beobachten. Theoretisch besteht über diese Elemente die Möglichkeit für die Parteibasis, sich aktiv an innerparteilichen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Jedoch sind es meist die Parteiführungen selbst, die aus strategischen Gründen (Stärkung der innerparteilichen Willensbildung, Klärung innerparteilicher Flügelkämpfe oder Lösung innerparteilicher Personalquerelen) ihre Mitglieder befragen, so wie bei dem oben erwähnten Leitbildprozess der FDP in den Jahren 2014 und 2015.<sup>15</sup> Nur selten gelingt es einer Gruppe der Parteibasis, das entsprechende Quorum zu erreichen und somit selbst einen Mitgliederentscheid zu initiieren, wie z.B. im Herbst 2011, als eine Gruppe von Mitgliedern um den FDP-Bundestagsabge-

11 Siehe dazu ausführlich Sebastian Bukow: Die professionalisierte Parteiorganisation. Bedeutung und Selbstverständnis der Party Central Offices. In: Uwe Jun/Benjamin Höhne (Hrsg.): Parteien als fragmentierte Organisationen. Erfolgsbedingungen und Veränderungsprozesse. Opladen 2010, S. 257-278.

12 Siehe zum Einfluss der Bundestagsfraktionen auf die deutschen Parteien ausführlich Helmar Schöne: Alltag im Parlament. Parlamentskultur in Theorie und Empirie. Baden-Baden 2010; Suzanne S. Schüttemeyer: Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949-1997. Empirische Befunde und theoretische Folgerungen. Opladen 1998.

13 Vgl. Elmar Wiesendahl: Parteien. Frankfurt am Main 2006, S. 38 f.

14 Vgl. Treibel: Was bedeutet innerparteiliche Willensbildung? (wie Anm. 8), S. 20 f.

15 Vgl. Glock: Die FDP (wie Anm. 2), S. 190.

ordneten Frank Schäffler einen Mitgliederentscheid über den Euro-Rettungsschutz in der FDP gegen die Parteiführung initiierte.<sup>16</sup> Am Ende konnten aber nicht genügend Mitglieder mobilisiert werden. Weniger als ein Drittel der Parteimitglieder beteiligten sich am Verfahren, so dass das Quorum verfehlt wurde.

Diese drei Parteigesichter können ferner noch um „middle-level-elites“ ergänzt werden.<sup>17</sup> Hierbei handelt es sich um lokale bzw. regionale Parteieliten, die als dezentrale Führungsgruppen in der Partei agieren: in Sonder-, Unter- und Nebenorganisationen, in Landesverbänden oder als Vertreter der in der FDP weniger formell organisierten Flügel bzw. Strömungen. Auch die Fachausschüsse, Kommissionen und liberale Foren, die besonders die programmatische Arbeit der FDP vorantreiben, können zu den „middle-level-elites“ hinzugezählt werden. Insgesamt unterscheiden sich diese Akteure von der Parteibasis dadurch, dass sie sich neben der Übernahme von parteiinternen Ämtern als Daueraktive auch intensiver am Parteileben beteiligen als die weniger aktiven Parteimitglieder der Basis.<sup>18</sup>

Der traditionelle Ort, an dem alle innerparteilichen Gruppen zusammentreffen, ist der Bundesparteitag. Alle wichtigen innerparteilichen Entscheidungen über die Programmatik, das Personal und die Strategie der Partei werden final an diesem Ort getroffen. Deshalb ist der Bundesparteitag als der zentrale Entscheidungsort der Partei in der Mitte von Abbildung 1 positioniert.

Durch das Abschneiden der Liberalen bei der Bundestagswahl 2013 war die Entscheidungsstruktur der FDP einem enormen Wandel unterworfen. Die FDP erreichte im September 2013 nur 4,8 Prozent der Zweitstimmen und schaffte zum ersten Mal in ihrer Parteigeschichte nicht den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde. Die Freien Demokraten schieden somit nicht nur aus der Bundesregierung aus, sondern waren auch zum ersten Mal seit 1949 nicht mehr mit einer Fraktion im Deutschen Bundestag vertreten.<sup>19</sup> Die Partei verlor praktisch über Nacht ihre komplette „party in public office“, konkret 93 Bundestagsabgeordnete mit mehreren hundert Mitarbeitern sowie fünf Bundesminister und acht parlamentarische Staatssekretäre. Auch die „party in central office“ wurde dezimiert, da nun deutlich weniger Mitglieder automatisch durch ein öffentliches Amt im Präsidium vertreten waren (ex-officio-Mitglieder). Ferner mussten auch in der Parteizentrale aufgrund von

16 Vgl. Jan Treibel: Wie die Parteibasis tickt, weiß niemand. Die falsche Frage für einen Mitgliederentscheid in der FDP?, *regierungsforschung.de* (2011), <http://regierungsforschung.de/wie-die-partebasis-tickt-weiss-niemand-die-falsche-frage-fuer-einen-mitgliederentscheid-in-der-fdp/> (Stand: 2.1.2018).

17 Vgl. Poguntke/Webb: *The Presidentialization* (wie Anm. 9), S. 9.

18 Vgl. Wiesendahl: *Parteien* (wie Anm. 13), S. 38 f.

19 Vgl. Jan Treibel: *Freie Demokratische Partei (FDP)*. In: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.): *Handbuch der deutschen Parteien*, 3. Aufl. Wiesbaden 2018, S. 319-331.

Einsparungsmaßnahmen zahlreiche Mitarbeiterstellen abgebaut werden.<sup>20</sup> Als Ergebnis standen für die Parteispitze so wenig Personal und administrative Mittel für ihre inhaltliche Arbeit wie wohl in den letzten 30 Jahren nicht mehr zur Verfügung. Durch den Wegfall der Bundestagsfraktion hatte es die nun außerparlamentarische Partei deutlich schwerer, öffentlich für ihre inhaltlichen Positionen zu werben. Als Folge rückten automatisch die starken Landesverbände der Partei, insbesondere Nordrhein-Westfalen um den neuen Bundesvorsitzenden Christian Lindner, in den Mittelpunkt der Entscheidungsstruktur der FDP.<sup>21</sup>

Vermutlich wird die spezielle Entscheidungsstruktur der Partei im Zeitraum von 2013 bis 2017 aber vorerst einmalig bleiben, denn durch den Wiedereinzug in den Bundestag im September 2017 könnte sich in der Hauptstadt ein neues Entscheidungszentrum der Partei bilden. Christian Lindner, nun Parteivorsitzender und Vorsitzender der Bundestagsfraktion, bleibt zwar der zentrale Kopf der Partei, seine politische Machtbasis ist nun aber nicht mehr der Landesverband Nordrhein-Westfalen, sondern in stärkerem Maße die neue Bundestagsfraktion in Berlin.<sup>22</sup>

### 3. FDP in der Region Rheinland

Um die Situation der FDP in der Region Rheinland analysieren zu können, muss zunächst die Frage beantwortet werden, um welche Region es sich konkret handelt bzw. wo die Grenzen des Rheinlandes genau verlaufen. Ohne andere Definitionen komplett außer Acht zu lassen,<sup>23</sup> spricht aus forschungspragmatischen Gründen vieles dafür, sich auf die Grenzen der preußischen Rheinprovinz von 1871 zu konzentrieren, so wie es das Portal Rheinische Geschichte des Landschaftsverbandes Rheinland vorschlägt.<sup>24</sup> Demnach umfasst die Region Rheinland die ehemaligen bzw. heutigen Regierungsbezirke Düsseldorf, Köln und Aachen (im heutigen Bundesland Nordrhein-Westfalen) sowie Koblenz und Trier (im heutigen Bundesland Rheinland-Pfalz) und das Saarland.

20 Konkret mussten 18 von 38 Mitarbeitern im Thomas-Dehler-Haus entlassen werden, vgl. Lindner: Schattenjahre (wie Anm. 1), S. 29.

21 Siehe dazu ausführlich Kapitel 3.1.

22 Konsequenterweise beendete Lindner im Herbst 2017 die in der Geschichte der FDP fast einmalige Bündelung von Bundes- und Landesvorsitz, als er das Amt des NRW-Landesvorsitzenden niederlegte. Sein Nachfolger wurde Landesminister Joachim Stamp, vgl. Pressemitteilung der FDP-NRW vom 27.11.2017, <https://www.liberales.de/content/stamp-loest-lindner-als-vorsitzenden-der-freien-demokraten-nrw-ab> (Stand: 4.1.2018).

23 Siehe dazu u.a. den Beitrag von Henning Türk in diesem Band.

24 Vgl. Regierungsbezirke. In: Portal Rheinische Geschichte. <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/orte/ab1815/Regierungsbezirke/Seiten/index.aspx> (Stand: 3.1.2018).

Da die Organisationsstruktur der FDP sich aufgrund der rechtlichen Rahmung durch das Grund- und das Parteiengesetz an der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland orientiert,<sup>25</sup> wird im Folgenden die Situation der rheinischen Akteure in den FDP-Landesverbänden Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz untersucht. Eine detaillierte Analyse des FDP-Landesverbandes im Saarland wird hingegen bewusst ausgespart, da die FDP-Saar sowohl landespolitisch für das Bundesland als auch innerparteilich in der Bundespartei aktuell keine wichtige Rolle spielt. So erreichten die Freien Demokraten bei der letzten Landtagswahl im Saarland am 26. März 2017 nur 3,3 Prozent der Zweitstimmen und sind somit derzeit nicht mit einer Fraktion im Landtag vertreten.<sup>26</sup> Ferner ist der saarländische Landesverband, bezogen auf die Mitgliederzahl, aktuell der drittkleinste Landesverband der Bundespartei. Nur die Landesverbände Bremen und Mecklenburg-Vorpommern haben noch weniger Mitglieder.<sup>27</sup> Daher konzentriert sich die folgende Darstellung nur auf die FDP in den rheinischen Regionen Nordrhein-Westfalens und von Rheinland-Pfalz.

### 3.1. Nordrhein-Westfalen

Bei der letzten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2017 erreichte die FDP mit 12,6 Prozent der Zweitstimmen ihr bestes Ergebnis seit Gründung des Bundeslandes.<sup>28</sup> Auch die Landtagsfraktion ist mit 28 Abgeordneten die bislang größte ihrer Geschichte. Wirft man einen Blick auf die Lebensläufe der FDP-Abgeordneten, fällt auf, dass 17 der 28 Abgeordneten, also fast zwei Drittel, gebürtig aus dem Rheinland stammen und dieser Landesteil somit überproportional gut in der liberalen Landtagsfraktion vertreten ist. Zusammen mit der CDU bildet die FDP eine schwarz-gelbe Landesregierung. Drei Landesministerien stehen Minister der FDP vor, die ebenfalls allesamt im rheinischen Landesteil gewählt wurden oder dorthier stammen.<sup>29</sup>

Die Geschichte des Landesverbandes werden traditionell vom geschäftsführenden Landesvorstand, von der Führung der Landtagsfraktion und von

25 Siehe dazu ausführlich Kapitel 2.

26 Vgl. Die Landeswahlleiterin Saarland: Landtagswahlen 2017 [http://www.statistikextern.saarland.de/LT\\_SL/](http://www.statistikextern.saarland.de/LT_SL/) (Stand: 3.1.2018).

27 Vgl. Oskar Niedermayer: Parteimitgliedschaften im Jahre 2016. In: ZParl 47 (2017), S. 370-396.

28 Vgl. Bajohr: Die nordrhein-westfälische Landtagswahl (wie Anm. 3), S. 633.

29 Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration ist Joachim Stamp, wohnhaft in Bonn; Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie ist Andreas Pinkwart aus dem Rhein-Sieg-Kreis und Ministerin für Schule und Bildung ist Yvonne Gebauer aus Köln, vgl. Bajor: Die nordrhein-westfälische Landtagswahl (wie Anm. 3), S. 632.

den FDP-Landesministern bestimmt.<sup>30</sup> Aktuell umfasst dieser Kreis neun Personen,<sup>31</sup> wovon lediglich der Fraktionsvorsitzende Christof Rasche aus Erwitte und die stellvertretende Landesvorsitzende Angela Freimuth aus Lüdenscheid nicht das Rheinland repräsentieren. Die Parteispitze der FDP-NRW wird somit stark von Akteuren aus dem Rheinland bestimmt, die anderen Regionen von NRW (Westfalen und Lippe) sind hingegen deutlich unterrepräsentiert.

Tab. 1: Mitglieder und Gliederungen der FDP-NRW

| Bezirksverband     | Mitglieder | Kreisverbände |
|--------------------|------------|---------------|
| Köln               | 3286       | 7             |
| Ostwestfalen-Lippe | 1738       | 7             |
| Düsseldorf         | 1693       | 6             |
| Münsterland        | 1512       | 5             |
| Niederrhein        | 1380       | 6             |
| Ruhr               | 1260       | 9             |
| Aachen             | 1008       | 5             |
| Westfalen-West     | 951        | 5             |
| Westfalen-Süd      | 949        | 4             |

*Quelle: Eigene Darstellung.*<sup>32</sup>

Dieser Befund korreliert mit den regionalen Mitgliederzahlen der Untergliederungen des Landesverbandes. Der Bezirksverband Köln weist die mit Abstand meisten Mitglieder aller Bezirksverbände der FDP-NRW auf und hat fast doppelt so viele Mitglieder wie der zweitmitgliederstärkste Bezirk Ostwestfalen-Lippe. Das verwundert nicht, denn zahlreiche prominente FDP-Politiker der Vergangenheit und Gegenwart hatten bzw. haben hier ihre poli-

30 Vgl. Jan Treibel: Die FDP in Nordrhein-Westfalen. Multikoalitionsfähige Partei des programmatischen Wandels. In: Stefan Marschall (Hrsg.): Parteien in Nordrhein-Westfalen. Essen 2013, S. 275-292, hier S. 282.

31 Den geschäftsführenden Landesvorstand bilden der Landesvorsitzende (derzeit Joachim Stamp), seine zwei Stellvertreter (Angela Freimuth und Alexander Graf Lambsdorff), der Generalsekretär (Johannes Vogel), der Schatzmeister (Otto Fricke) und der Landesgeschäftsführer (Ralph Sterck). Der Vorsitzende der Landtagsfraktion (Christof Rasche) und die restlichen Landesminister sind nicht vom Landesparteitag gewählt, sondern Kraft ihres Amtes kooptierte Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstandes, vgl. FDP Landesverband Nordrhein-Westfalen: Satzung, Fassung vom 19.4.2008, § 21.

32 Zahlen nach FDP NRW: Geschäftsbericht 2014-2015. Düsseldorf 2016. Stand: 31.12.2015.

tische Heimat, so Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher, Gerhart Baum, Guido Westerwelle oder Christian Lindner.<sup>33</sup> Beim Blick auf die Tabelle 1 fällt zudem auf, dass die rheinischen Bezirke Köln, Düsseldorf, Niederrhein und Aachen gegenüber den restlichen Gliederungen in Relation zur Bevölkerung enorm mitgliederstark sind. Ein Sonderfall stellt hierbei der Bezirksverband Ruhr da. Er repräsentiert alle Kreisverbände des Ruhrgebiets und bündelt somit Gliederungen, die teils zum Rheinland und teils zu Westfalen gehören, in einem Verband.<sup>34</sup>

Als Zwischenfazit kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass die FDP im rheinischen Landesteil von Nordrhein-Westfalen deutlich mehr Mitglieder rekrutieren kann als im übrigen Teil des Landes. Insbesondere der Bezirksverband Köln weist vergleichsweise viele Mitglieder auf. Als zentraler Entscheidungsort des Landesverbandes gilt der Landesparteitag, an dem Delegierte der Untergliederungen teilnehmen.<sup>35</sup> Da die Anzahl der jeweiligen Delegierten der Gliederungen in erster Linie von ihrer Mitgliederzahl abhängt, sind unter den Delegierten der Landesparteitage verhältnismäßig viele Mitglieder aus dem Rheinland und insbesondere aus dem Bezirksverband Köln. Diese können dann die innerparteilichen Entscheidungen über die Programmatik und das Personal der Landespartei zu ihren Gunsten beeinflussen bzw. entscheiden. So ist der Befund, dass FDP-Mitglieder aus dem Rheinland überproportional viele Ämter in der Parteispitze der FDP-NRW besetzen, eine direkte Folge aus der spezifischen Mitgliederstruktur des Landesverbandes.

## 3.2 Rheinland-Pfalz

Die letzte Landtagswahl in Rheinland-Pfalz liegt schon etwas länger zurück. Am 13. März 2016 erreichte die FDP 6,2 Prozent der Zweitstimmen und kehrte damit nach fünf Jahren Abstinenz wieder in den Mainzer Landtag zurück.<sup>36</sup> Durch das solide Wahlergebnis konnte die FDP wieder eine Landtagsfraktion mit sieben Abgeordneten bilden. Die rheinland-pfälzischen Liberalen bewiesen einmal mehr ihre traditionelle koalitionspolitische Flexibi-

33 Vgl. Treibel: Die FDP in Nordrhein-Westfalen (wie Anm. 31), S. 286 f.

34 Konkret handelt es sich um die Kreisverbände Bochum, Bottrop, Dortmund, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen und Recklinghausen, vgl. <http://www.fdp-ruhr.de/Kreis-Stadt-und-Ortsverbaende/14168b4696/index.html> (Stand: 3.1.2018).

35 Vgl. Treibel: Die FDP in Nordrhein-Westfalen (wie Anm. 31), S. 287.

36 Vgl. Heiko Gothe: Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 13. März 2016. Populäre SPD-Ministerpräsidentin führt Rheinland-Pfalz in Ampel-Koalition. In: ZParl 46 (2016), S. 519-540, hier S. 526.

lität<sup>37</sup> und traten schließlich in eine sogenannte Ampel-Koalition ein, eine Zusammenarbeit mit der SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Als einer der beiden kleineren Partner in der neuen Landesregierung besetzte die FDP mit dem Wirtschafts- und dem Justizministerium zwei Ressorts.<sup>38</sup>

Durch die Parlamentsfraktion und Regierungsbeteiligung folgt die Entscheidungsstruktur der FDP Rheinland-Pfalz ähnlichen Mustern wie der des nordrhein-westfälischen Landesverbandes. Die Parteispitze der Landespartei umfasst den geschäftsführenden Landesvorstand, die Fraktionsführung und die FDP-Landesminister.<sup>39</sup> Wirft man einen detaillierten Blick auf die handelnden Personen der Parteispitze, stellt man fest, dass davon nur zwei Personen, nämlich Justizminister Herbert Mertin (Koblenz) und die stellvertretende Landesvorsitzende Sandra Weeser (Betzdorf), aus dem Rheinland stammen. Die beiden anderen zentralen Akteure, der Landesvorsitzende und Wirtschaftsminister Volker Wissing (Landau) sowie die Fraktionsvorsitzende Cornelia Willius-Senzer (Mainz), kommen nicht aus dem rheinischen Landesteil. Somit ist die Parteispitze hinsichtlich der regionalen Herkunft der einzelnen Personen deutlich heterogener aufgestellt als in Nordrhein-Westfalen.

Tab. 2: Mitglieder und Gliederungen der FDP Rheinland-Pfalz

| Bezirksverband          | Mitglieder | Kreisverbände |
|-------------------------|------------|---------------|
| Rheinhessen-Vorderpfalz | 1325       | 4             |
| Pfalz                   | 1017       | 8             |
| Koblenz                 | 1013       | 7             |
| Eifel-Hunsrück          | 955        | 9             |

Quelle: Eigene Darstellung.<sup>40</sup>

Dieser Befund wird auch bei einem Blick auf die Mitgliederzahlen der Untergliederungen dieses Landesverbandes bestätigt. Die FDP in Rheinland-

37 Vgl. Benjamin Höhne/Lasse Cronqvist: FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Divergierende Ausgangsbedingungen, Entwicklungs- und Durchsetzungschancen im Landesparteienwettbewerb. In: Ulrich Sarcinelli/Jürgen W. Falter/Gerd Mielke/Bodo Benzner: Politik in Rheinland-Pfalz. Gesellschaft, Staat und Demokratie. Wiesbaden 2010, S. 164-181, hier S. 169.

38 Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau wurde Volker Wissing aus Landau und Minister der Justiz Herbert Mertin aus Koblenz, vgl. ebd., S. 538.

39 Vgl. Höhne/Cronqvist: FDP und Bündnis 90/Die Grünen (wie Anm. 38), S. 172.

40 Zahlen dankenswerterweise zur Verfügung gestellt von Hermann Wiest, Landesgeschäftsstelle FDP Rheinland-Pfalz, Stand: 16.1.2018.

Pfalz hat nur vier Bezirksverbände, von denen die Bezirke Koblenz und Eifel-Hunsrück den rheinischen Landesteil repräsentieren. 45,7 Prozent aller Mitglieder des Landesverbandes leben in dieser Region. Von den Mitgliederzahlen her gibt es somit ein leichtes Übergewicht des geografisch nicht zum Rheinland gehörigen Landesteils. Der Bezirk Rheinhessen-Vorderpfalz ist der mitgliederstärkste Verband, der somit aufgrund der Mehrzahl an Delegierten auf dem Landesparteitag innerparteiliche Entscheidungsprozesse des Landesverbandes entscheidend beeinflussen kann. Aus dem geografisch nicht zum Rheinland gehörigen Bezirksverband stammen auch zahlreiche prominente FDP-Politiker, so z.B. der langjährige Landesvorsitzende und Bundesminister Rainer Brüderle,<sup>41</sup> der mittlerweile Ehrenvorsitzender seines Landesverbandes ist.

Insgesamt kann also festgestellt werden, dass der rheinische Landesteil innerhalb des FDP-Landesverbandes Rheinland-Pfalz sowohl hinsichtlich des Personals in der Parteispitze, als auch im Hinblick auf die Mitgliederstruktur keine so hegemoniale Rolle einnimmt wie bei der FDP NRW.

#### 4. Rheinische Akteure in der Bundespartei

Nachdem ein Blick in die beiden rheinischen Landesverbände NRW und Rheinland-Pfalz geworfen wurde, soll nun geklärt werden, welche Rolle Akteure aus dem Rheinland für die Bundespartei konkret spielen. Historisch ist erstens zu konstatieren, dass für die interne Willensbildung die beiden größten Landesverbände der Partei, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, von entscheidender Bedeutung sind.<sup>42</sup> Dies hängt einmal mehr mit der Mitgliederstruktur der FDP zusammen: So hat der nordrhein-westfälische Landesverband die mit Abstand meisten Mitglieder und zudem mehr als doppelt so viele Mitglieder wie der zweitgrößte Landesverband Baden-Württemberg.<sup>43</sup> Aufgrund der langen liberalen Tradition der Regierungsbeteiligung im Land und vor allem des Verfahrens, auch Wählerstimmen bei der Berechnung der Delegiertenzahlen der Landesverbände für den Bundesparteitag mit zu berücksichtigen,<sup>44</sup> kommt den baden-württembergischen Freidemokraten innerhalb der Bundespartei aber eine ähnlich einflussreiche Rolle wie den FDP-Vertretern von Rhein und Ruhr zu.<sup>45</sup> Besonders im Zeitraum zwischen den Bundestagswahlen 2013 und 2017, als die FDP nicht im Deutschen Bundestag vertreten war, konnte die FDP-NRW fast schon als das

41 Ebd.

42 Vgl. Treibel: Die FDP (wie Anm. 6), S. 100f, 237 f.

43 Vgl. Niedermayer: Parteimitgliedschaften im Jahre 2016 (wie Anm. 28), S. 377.

44 Vgl. Glock: Die FDP (wie Anm. 2), S. 192.

45 Vgl. Treibel: Die FDP (wie Anm. 6), S. 101.

Machtzentrum der Partei angesehen werden. Für den Bundesvorsitzenden Christian Lindner, gleichzeitig in Personalunion auch Landesvorsitzender und Vorsitzender der Landtagsfraktion in Düsseldorf, war beim Wiederaufbau der Partei die lokale Machtbasis in Nordrhein-Westfalen von entscheidender Bedeutung.<sup>46</sup> Die NRW-Landtagsfraktion war mit 22 Mandatsträgern in diesem Zeitraum die größte Fraktion der FDP überhaupt. Aber auch der Landesverband Rheinland-Pfalz spielt aufgrund der vergleichsweise hohen Mitgliederzahl (die viertmeisten Mitglieder aller Landesverbände), der zentralen Rolle seines ehemaligen Landes- und jetzigen Ehrenvorsitzenden Rainer Brüderle<sup>47</sup> und der aktiv erprobten, alternativen Koalitionsmodelle<sup>48</sup> derzeit keine untergeordnete Rolle für die Bundespartei.<sup>49</sup>

Die herausgehobene Stellung von Akteuren aus dem Rheinland für die Bundespartei lässt sich noch an weiteren Faktoren ablesen:

- Neben Christian Lindner gehört mit Agnes Strack-Zimmermann, stellvertretende Bundesvorsitzende aus Düsseldorf, derzeit eine weitere Rheinländerin dem Parteipräsidium und somit dem engsten Führungsgremium der Bundespartei an.<sup>50</sup>
- 15 der Bundestagsabgeordneten, die bei der Bundestagswahl 2017 für die FDP in den Deutschen Bundestag gewählt worden sind, kommen gebürtig aus dem Rheinland. Keine andere Region in Deutschland stellt eine vergleichbare Anzahl an FDP-Bundestagsabgeordneten.<sup>51</sup>
- Auch historisch lässt sich der starke rheinländische Einfluss belegen: So stammen sieben der 14 Bundesvorsitzenden der Partei gebürtig aus dem Rheinland oder haben dort zumindest einen längeren Zeitraum gelebt.<sup>52</sup> Zudem übten besonders in den 2000er Jahren die drei damaligen Ehrenvorsitzenden Scheel, Genscher und Lamsdorff – entweder aus dem

46 Vgl. Lindner: Schattenjahre (wie Anm. 1), S. 187 f.

47 Brüderle war nicht nur 28 Jahre Landesvorsitzender seiner Partei in Rheinland-Pfalz, sondern gehörte insbesondere ab 2009 als Bundeswirtschaftsminister und ab 2011 als Vorsitzender der Bundestagsfraktion zu den zentralen Akteuren der Parteispitze in Berlin.

48 Mit der sozialliberalen Koalition mit der SPD von 1991 bis 2006 und der Ampel-Koalition mit SPD und Grünen ab 2016 erprobte der Landesverband für die Bundespartei wichtige alternative Koalitionsmodelle zu der auf der Bundesebene immer noch primär angestrebten Zusammenarbeit mit der CDU/CSU.

49 Vgl. Höhne/Cronqvist: FDP und Bündnis 90/Die Grünen (wie Anm. 38), S. 172f.

50 Vgl. Präsidium der FDP-Bundespartei, <https://www.fdp.de/seite/praesidium> (Stand: 3.1.2018).

51 Vgl. FDP-Bundestagsfraktion, <https://www.fdpbt.de/fraktion/abgeordnete> (Stand: 3.1.2018).

52 Während Franz Blücher (Essen), Walter Scheel (Solingen), Otto Graf Lambsdorff (Aachen), Guido Westerwelle (Bonn) und Christian Lindner (Wuppertal) im Rheinland geboren wurden, verlegten Erich Mende (geboren in Oberschlesien) und Hans-Dietrich Genscher (geboren bei Halle an der Saale) ihren Wohnsitz mit Beginn ihrer politischen Karriere in die Nähe von Bonn. Siehe dazu auch den Beitrag von Jürgen Frölich in diesem Band.

Rheinland gebürtig oder dort seit langem ansässig – Einfluss auf Entscheidungsprozesse in der Partei aus.<sup>53</sup>

- Rheinische Akteure hatten ferner auch einen immensen Einfluss auf die Programmatik der Partei. Denn die drei bekanntesten und zentralen Grundsatzprogramme der Partei wurden allesamt von Rheinländern maßgeblich initiiert und geprägt:<sup>54</sup> Zum ersten die sozialliberalen Freiburger Thesen 1971, deren Erarbeitung vom damaligen Bundesvorsitzenden Walter Scheel beauftragt wurden; zum zweiten die neoliberalen Wiesbadener Grundsätze 1997, die vom damaligen Generalsekretär Guido Westerwelle maßgeblich formuliert wurden und zum dritten die bis heute gültigen Karlsruher Freiheitsthesen 2012, die von seinem mittelbaren Nachfolger Christian Lindner geprägt wurden.

## 5. Fazit

Die Ausführungen im letzten Kapitel dieses Beitrags haben eindrucksvoll bestätigt, dass Rheinländer in der Vergangenheit und Gegenwart maßgeblich die Führung, Organisation und Programmatik der FDP bestimmt haben. Als Hauptgrund muss vor allem die spezifische Mitgliederstruktur der FDP angeführt werden, denn besonders im rheinischen Landesteil von Nordrhein-Westfalen gibt es im Vergleich zu anderen Regionen Deutschlands verhältnismäßig viele FDP-Mitglieder, allen voran im FDP-Bezirksverband Köln. Aufgrund der zahlreichen Mitglieder bestimmen die regionalen Gliederungen der FDP aus dem Rheinland auch auf den Landes- und Bundesparteitage den Kurs der Partei. Wegen der hegemonialen Rolle des FDP-Landesverbandes in der Bundespartei und der hegemonialen Rolle des FDP-Bezirksverbands Köln im Landesverband Nordrhein-Westfalen kann das Rheinland innerhalb der FDP praktisch als doppeltes regionales Entscheidungszentrum bezeichnet werden.

Ein Blick in die Parteigeschichte zeigt aber auch, dass die geografische Lage der ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn im Rheinland den Zuzug von prominenten FDP-Politikern, wie z.B. Erich Mende und Hans-Dietrich Genscher, zusätzlich begünstigte. Die Vermutung, dass sich der Einfluss des Rheinlandes durch den Umzug der Bundesregierung nach Berlin 1999 verschieben würde, bewahrheitete sich jedoch nicht. Während der Berliner Landesverband heute keine zentrale Rolle innerhalb der Bundespartei spielt, ist der Einfluss des Rheinlandes keineswegs gesunken, wie in der Analyse der

53 Dazu ausführlich Treibel: Die FDP (wie Anm. 6), S. 122 f.

54 Vgl. Treibel: Freie Demokratische Partei (wie Anm. 19), S. 327.

aktuellen Situation der Partei, besonders im Zeitraum von 2013 bis 2017, gezeigt werden konnte.

Ferner muss konstatiert werden, dass FDP-Politiker aus dem Rheinland es auch immer wieder geschafft haben, einflussreiche Positionen in der FDP zu besetzen und die Partei erfolgreich zu führen, wie in den 2000er Jahren Guido Westerwelle oder in der jüngsten Vergangenheit Christian Lindner.

Ein Blick auf die Entscheidungsstruktur der Partei zeigt aber auch, dass es jenseits der formalen Gliederungen in Landes-, Bezirks- und Kreisverbände keine informellen Strukturen hinsichtlich eines rheinischen Faktionismus innerhalb der Parteiorganisation gibt. Konkret sind keine informellen Treffen oder Absprachen von FDP-Bundesparteitagsdelegierten oder Bundestagsabgeordneten aus der gesamten Region Rheinland bekannt, bei denen eine originär rheinische Politikagenda, über die Interessen des nordrhein-westfälischen Landesverbandes hinaus und möglicherweise entgegen den Interessen anderer Regionen gerichtet, festgelegt werden würde.

Inwieweit dieser starke Einfluss rheinischer Akteure auf die FDP in der Zukunft konstant bleibt, ist abzuwarten. Auch bei der FDP sind Tendenzen zu beobachten, innerparteiliche Entscheidungen nicht mehr nur auf Parteitage zu entscheiden, sondern durch direktdemokratische Elemente wie Mitgliederbefragungen oder -entscheide auch die Parteibasis direkt daran zu beteiligen.<sup>55</sup> Einerseits würde dies den Einfluss der rheinischen Delegierten und Parteiliten einschränken, andererseits würde dann vermutlich trotzdem ein starker rheinischer Einfluss auf die freidemokratische Willensbildung bleiben, weil die FDP im Rheinland eben im Gegensatz zu anderen Regionen in Deutschland vergleichsweise viele Mitglieder hat, die gegebenenfalls bei direktdemokratischen Entscheidungen in der Partei den Ausschlag geben könnten.

Dieser politikwissenschaftliche Beitrag versuchte, die Hegemonie von individuellen und kollektiven Akteuren aus dem Rheinland in der FDP in erster Linie mit der besonderen Mitglieder- und Organisationsstruktur der Partei zu erklären. Auf die Qualität der politischen Führung und die biografischen Merkmale des liberalen Spitzenpersonals konnten hier lediglich vereinzelte Schlaglichter geworfen werden. Es wäre aber auf jeden Fall wünschenswert, wenn diese Fragen in historischen Analysen vertiefend aufgearbeitet werden würden.

55 Entsprechendes kündigt der amtierende FDP-Bundesvorsitzende für zentrale Entscheidungen der Partei wie z.B. das Schließen eines Koalitionsvertrages an, vgl. Lindner: Schattenjahre (wie Anm. 1), S. 82.

## Weitere Beiträge

*Ulf Morgenstern*

### „Ach das ist schön hier!“ Privatbriefe Walther Schückings aus der Versailler Friedensdelegation 1919

Nach dem Waffenstillstand des Jahres 1918 dauerte es zähe Monate, bis die unterlegenen Mittelmächte zu Friedensverhandlungen geladen wurden. In der Zwischenzeit war in Deutschland am 19. Januar 1919 eine Verfassungsgebende Nationalversammlung gewählt worden, die den führenden Sozialdemokraten und Übergangsreichskanzler Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten wählte. In dieser neuen Funktion ernannte er eine neue Reichsregierung, der es unter dem „Präsidenten des Reichsministeriums“ Philipp Scheidemann oblag, Vertreter für die Pariser Friedenskonferenz zu benennen. Diese Delegation sollte für das republikanische Deutschland erträgliche Friedensbedingungen aushandeln – die ideelle Richtschnur waren die 14 Punkte Woodrow Wilsons. Unter dem Vorsitz des parteilosen Außenministers Ulrich von Brockdorff-Rantzau wurde ein Kreis von Hauptbevollmächtigten zusammengestellt. Diese sollten durch ihre persönliche Integrität sichtbar für den Aufbruch in eine neue Zeit stehen, gleichzeitig aber auch Sachkenntnis auf den wichtigsten Verhandlungsfeldern garantieren.

Neben dem Vertreter des preußischen Landtags Robert Leinert (SPD), dem Reichspostminister Johannes Giesberts (Zentrum), dem Reichsjustizminister Otto Landsberg (SPD) und dem Bankier Carl Melchior (DDP) trat der Völkerrechtler Walther Schücking (DDP) als sechster Hauptbevollmächtigter des Deutschen Reichs die symbolträchtige Reise von Berlin nach Versailles an. Verglichen mit dem versierten Diplomaten Rantzau, den berufspolitisch und gewerkschaftlich erfahrenen Praktikern Leinert, Giesberts und Landsberg sowie dem vielseitigen Juristen und Bankier Melchior war Schücking der vielleicht eigentümlichste Delegierte: In den Umbruchmonaten zwischen dem Herbst 1918 und dem Frühsommer 1919 gehörte er zu den wenigen prominenten Demokraten der Vorkriegszeit, die „eine wirkliche po-

litische Potenz“<sup>1</sup> darstellten und an dessen Person sich Hoffnungen aus verschiedenen politischen Lagern knüpften. Bereits der letzte kaiserliche Reichskanzler Max von Baden hatte überlegt, Schücking zum Staatssekretär des Auswärtigen zu machen, holte sich dann aber Rat bei dem Heidelberger Nationalökonom Max Weber, der ihn gegen Schücking einnahm. Aber auch ohne diesen im Kaiserreich höchsten diplomatischen Posten zu erlangen, übernahm Schücking in rascher Folge eine beachtliche Zahl von Ämtern und Aufgaben.<sup>2</sup> Bevor er als linksliberaler Abgeordneter in die verfassungsgebende Nationalversammlung gewählt wurde, präsidierte er schon im November 1918 die „Kommission zur Untersuchung der Anklagen wegen völkerrechtswidriger Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland“, die durch den Rat der Volksbeauftragten eingesetzt worden war. Seine dortigen Erfahrungen prädestinierten ihn als Mitglied auch jenes parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Kriegsentstehung, Deutschlands Haltung bei den Haager Friedenskonferenzen, die versäumten Friedensmöglichkeiten und die Verletzungen des Völkerrechts im Weltkrieg untersuchte. Bald war er öfter in Berlin als in Marburg, wo er seit 1902 als Professor an einer juristischen Fakultät lehrte, die der Berufung des immer offener für den Linksliberalismus eintretenden Gelehrten bald mit selbstkritischem Kopfschütteln gedachte. International genoss der Völkerrechtler als führender deutscher Vertreter des vertraglichen Pazifismus hingegen hohes Ansehen. In Deutschland war der von der Obersten Heeresleitung zeitweise mit Publikationsverbot belegte Hochschullehrer erst nach dem 9. November 1918 gefragt, dann allerdings in immer stärkerem Maße. Daraus erhellt sich, weshalb er nicht die Oktoberreformen, sondern auch die Abdankung des Kaisers trotz aller Revolutions skepsis als Befreiung empfand:

„Das Leben ist amüsanter wie irgendein Roman. Wann hätte ich vor 10 Jahren gedacht, dass ich noch mal im Reichskanzlerpalais der Reichsregierung meine Ideen entwickeln könnte, und diese namens des Deutschen Reiches dann publiziert würden. Das ist der Höhepunkt meines Lebens, und darüber hinaus kann ich nichts mehr erreichen.“<sup>3</sup>

Geprägt von diesem Optimismus reiste Schücking gemeinsam mit den Delegationskollegen am 28. April 1919 nach Versailles ab. Als die Friedensbedingungen bekannt wurden, war er vielleicht noch stärker als die übrigen deutschen Delegierten entsetzt, hatte er doch trotz der erwarteten Härten auf die Durchsetzung seines Lebensprojekts, auf einen Sieg des Völkerrechts ge-

1 Detlev Acker: Walther Schücking (1875-1935), Münster 1970, S. 113.

2 Vgl. Ulf Morgenstern: Bürgergeist und Familientradition. Die liberale Gelehrtenfamilie Schücking im 19. und 20. Jahrhundert. Paderborn 2012, S. 359 f.

3 Walther an Adelheid Schücking am 24. April 1919, Universitäts- und Landesbibliothek Münster, Nachlass Walther Schücking, Abt. IV. Privatbriefe, orange Mappe.

hofft. Wenn er seinem Idealismus folgend, in den Jahren zuvor gegen alle Widerstände eine Annäherung an die Westmächte empfohlen hatte, blieb ihm nun konsequenterweise nur das genaue Gegenteil: Beim Zusammentreffen der Delegation mit der Reichsregierung im belgischen Spa am 22. Mai 1919, bei den weiteren diplomatischen Arbeiten an zwei „Denkschriften der deutschen Friedensdelegierten zu den Friedensforderungen der Entente“ sowie in einer Rede vor der DDP-Fraktion plädierte er trotz der drohenden Besetzung Deutschlands für die Ablehnung des Vertrages.<sup>4</sup> Mit Gespür für die nationale Emphase zitierte Schücking bei letzter Gelegenheit ein Schillerwort: „Es gibt Situationen im Leben, wo ein Gefühl für Würde mehr wert ist, als alle Erwägungen der Zweckmäßigkeit.“<sup>5</sup> In Weimar, wohin die Delegation gereist war, um die Nationalversammlung von der Unmöglichkeit der Annahme zu überzeugen, legte auch Schücking tagelang Politikern des eigenen Lagers und anwesenden Publizisten die Unannehmbarkeit der Bedingungen nahe. Der Außenminister Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau trat mit dem gesamten Kabinett Scheidemann am 20. Juni 1919 aus Protest gegen die Friedensbedingungen zurück. Derlei Schritte konnte Schücking nicht tun, da er nur ein Mandat und kein Amt innehatte.<sup>6</sup>

Über die Versailler Verhandlungen ist die Nachwelt durch eine vor allem auf amtlichen Quellen beruhende, breite historische Literatur unterrichtet.<sup>7</sup> Daneben geben die zeitgenössische Publizistik sowie die Memoiren der Be-

4 In den Aufzeichnungen des Außenministers heißt es etwa: „Um ½10 Uhr [19. 6. abends] fand eine Sitzung der Mehrheitsparteien statt, in deren Verlauf besonders Professor Schücking außerordentlich energisch für die Ablehnung des Friedensvertrages eintrat.“ Zit. nach Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Scheidemann, Bd. 1, bearb. von Hagen Schulze. München 1971, Dok. 118, S. 500-507, Zitat 502 f.

5 Walther Schücking: Annehmen oder ablehnen? Rede in der Fraktion der Demokratischen Partei zu Weimar am 19. Juni 1919, als Manuskript gedruckt, in: Bundesarchiv Koblenz, NL 1051, Nr. 115.

6 Leo Haupts: Deutsche Friedenspolitik 1918–19. Eine Alternative zur Machtpolitik des Ersten Weltkriegs. Düsseldorf 1976, S. 392 f. Haupts hebt Schückings Gewicht als juristische, demokratische und antimilitaristische Potenz innerhalb der Delegation mit einer Fotografie auf dem Cover hervor, in deren Zentrum Schücking umringt von französischen Uniformierten abgebildet ist.

7 Vgl. zuletzt Verena Steller: Diplomatie von Angesicht zu Angesicht. Diplomatische Handelsformen in den deutsch-französischen Beziehungen 1870-1919. Paderborn 2011; dies.: Zwischen Öffentlichkeit und Geheimnis. Die Pariser Friedensverhandlungen 1919 und die Krise der universalen Diplomatie. In: Zeithistorische Forschungen 8 (2011), S. 250-272; und als Auftakt einer zu erwartenden Reihe von Veröffentlichungen aus Anlass der 100. Wiederkehr der Ereignisse die deutsche Übersetzung des im englischen Original bereits 2001 erschienenen „Klassikers“ Margaret MacMillan: Die Friedensmacher. Wie der Versailler Vertrag die Welt veränderte. Berlin 2015, sowie Andreas Plathaus: 18/19. Der Krieg nach dem Krieg: Deutschland zwischen Revolution und Versailles. Berlin 2018, hier bes. S. 349-369.

teiligten<sup>8</sup> Auskunft über nicht-offizielle Belange der Verhandlungen und die „atmosphärischen Schwingungen“, die sich nicht in den Überlieferungen des Auswärtigen Amtes finden lassen.<sup>9</sup> Nur in wenigen Fällen sind dagegen Privatbriefe von Regierungsmitgliedern oder anderen zum Umfeld der Delegationen gehörenden Personen erhalten, die neben den „Haupt- und Staatsgeschäften“ per se auch über „Menschliches, allzu Menschliches“ aus den knapp zwei Monaten in Versailles berichten. Die hier erstmals gedruckten Briefe sind einer dieser seltenen Fälle.<sup>10</sup>

Seiner Frau und seinen Brüdern teilte Walther Schücking zahlreiche politische, vor allem aber ganz lebensweltliche Details aus der interdisziplinär arbeitenden diplomatischen Atmosphäre im Park von Versailles mit. Zwar finden sich einige Schilderungen wie die der langsamen Zugfahrt durch zerstörte Frontabschnitte in Belgien und Nordfrankreich auch in den Memoiren anderer Mitreisender im deutschen Sonderzug.<sup>11</sup> Auch Details der Unterbringung der Delegation und ihr inhaltliches Arbeiten während der Wochen in Versailles sind in den Erinnerungen Dritter (und durch sie in der historischen Literatur) behandelt worden.<sup>12</sup> Die Thematisierung von Alltäglichkeiten wie Kleiderfragen, Nahrungsmittelpreisen und die unverstellten Charakterisierungen der Konferenzteilnehmer machen die bisher ungedruckten Briefe Walther Schückings hingegen einzigartig.<sup>13</sup> Dazu kommt, dass Schückings spontane Ansichten und Einsichten aus unmittelbaren Situationen entstanden und keinen längeren Reflexionsprozess durchliefen, wie es bei Memoiren,

- 8 S. z. B. Matthias Erzberger: *Erlebnisse im Weltkrieg*. Stuttgart, Berlin 1920; Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau/Hans Delbrück: *Dokumente und Gedanken um Versailles*. 3. Aufl. Berlin 1925; Victor Schiff: *So war es in Versailles*. Berlin 1929. Aus englischer Sicht James Headlam-Morley: *A Memoir of the Paris Peace Conference 1919*, Maurice Hankey: *The Supreme Control at the Paris Peace Conference 1919*. London 1963; sowie Harold Nicolson: *Friedensmacher 1919* Berlin 1933. Deutliche Kritik übte bekanntlich John M. Keynes: *Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages*. München 1920. Weniger kritisch war Jules Laroche: *Au Quai d'Orsay avec Briand et Poincaré: 1913–1926*. Paris 1957. Eine amerikanische Einschätzung lieferte Robert Lansing: *Die Versailler Friedensverhandlungen*, Berlin 1921.
- 9 Über den inszenatorischen Charakter von Memoiren aus eben diesem Erlebnisumfeld reflektiert treffsicher und überzeugend Verena Steller: *Zwischen Öffentlichkeit und Geheimnis* (wie Anm. 7), S. 431–438.
- 10 Ein Brief des Generalsekretärs der Friedensdelegation, Walter Simons, an seine Frau ist ediert bei Klaus Schwabe (Hrsg.): *Quellen zum Friedensschluß von Versailles*. Darmstadt 1997, Nr. 98, S. 259–261.
- 11 Vgl. die betreffenden Abschnitte bei Viktor Schiff: *So war es in Versailles* (wie Anm. 8), S. 25–32.
- 12 Vgl. dazu Eberhard Kolb: *Der Frieden von Versailles*. München 2005, S. 71–90.
- 13 Auch in der Forschung sind sie bisher nur ganz am Rande benutzt, der Herausgeber hat lediglich zwei Hinweise mit knappen Zitaten aus den Briefen vom 28. April bzw. 6. und 31. Mai 1919 gefunden in Max Weber, *Gesamtausgabe*. Bd. 16. *Zur Neuordnung Deutschlands: Schriften und Reden 1918–1920*. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen/Wolfgang Schwenker. Tübingen 1988, S. 465 f. sowie in Detlev Acker: *Walther Schücking* (wie Anm. 1), S. 119.

die im Abstand zum Geschehen verfasst wurden, der Fall ist. Das bedeutet nicht, dass die Schreiben keinen affirmativen Charakter hätten, im Gegenteil: Der Ehemann, Bruder und Sohn zeichnet ein hochgradig subjektives Bild von sich und seinen Erlebnissen. Er berichtet mit dem Auswahlensorium jedes Briefschreibers eine sowohl kalkulierte, wie dann beim Diktieren doch auch immer wieder zufällige Mischung von staatstragenden und ganz persönlichen Themen und zeichnet dabei ein Bild von sich und den weltgeschichtlichen Vorgängen in Versailles, das in seiner Familie auf Interesse und Akzeptanz stoßen sollte – und, nach allem was wir wissen, auch stieß.

Die vermeintliche Banalität von daily routines wie die Subjektivität spontaner Niederschriften berühren das noch junge Feld der Geschichte der Gefühle, das zuletzt auch für das traditionelle Kernthema der politischen Geschichte, die Diplomatiegeschichte, fruchtbar gemacht worden ist.<sup>14</sup> Die Edition von Schückings im Folgenden mit sparsamen Anmerkungen versehenen Briefen wirft einen Blick auf den Gefühlshaushalt eines um Sachlichkeit und nüchterne juristische Analysen bemühten deutschen Friedensunterhändlers. Für die Forschung steht damit Material zur Verfügung, das einen Agenten der „New Diplomacy“ in seinen Rollenwechseln zwischen Wissenschaftler, pazifistisch-politischem Aktivisten, diplomatischem Newcomer, großbürgerlich-weltläufigem europäischem Citoyen und sorgendem Familienvater zeigt.

### Editorische Notiz

Die hier vorgelegten Schreiben Walther Schückings, acht Briefe und ein Telegramm, sind bisher sämtlich ungedruckt. Sie entstammen Teilnachlässen Schückings in öffentlichen und privaten Archiven, die Überlieferungsorte sind in den Regesten nachgewiesen. Die Briefe werden vollständig und in originaler Orthographie wiedergegeben. Uneinheitlichkeiten und grammatikalische Anpassungen bei kleineren Fehlern wurden stillschweigend vorgenommen. Bei größeren Eingriffen und Verbesserungen sind die Stellen im Text kenntlich gemacht. In den Anmerkungen finden sich Erläuterungen zu übergeordneten Zusammenhängen und erwähnten Ereignissen sowie spezielle biographische und bibliographische Details. Nicht alle der genannten Personen konnten recherchiert werden.

14 Vgl. dazu programmatisch: Reinhild Kreis: Arbeit am Beziehungsstatus. Vertrauen und Misstrauen in den außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland. In: Dies (Hrsg.): Diplomatie mit Gefühl. Vertrauen, Misstrauen und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. München 2015, S. 7-16, bzw. zum hier behandelten Gegenstand Verena Steller: Diplomatie von Angesicht zu Angesicht (wie Anm. 7).

1. An Levin Ludwig Schücking<sup>15</sup>

Nachlass Walther Schücking, Dr. Christoph Schücking, Oberurff  
Diktat, maschinenschriftliche Ausfertigung. Handschriftliche Unterschrift

Berlin W., Behrenstr. 21[, ] den 28. April 1919

Lieber Levin,  
heute mittag, 3<sup>32</sup> geht es nach Paris oder besser nach Versailles.<sup>16</sup> Wenn Du noch die Adresse Deines Freundes Vermaile<sup>17</sup> weißt, schicke sie mir p[er]-Adr[esse]. Friedensstelle des Auswärt. Amtes, Berlin, Behrenstr. 21. Ueber dort bin ich stets zu erreichen.

Du kannst Dir denken, dass mir bei dieser Reise etwas schwül zu Mute ist. Man weiß nicht, was daraus wird. – Schönsten Dank für Deine letzte Karte v. 8. Es hat mich sehr gerührt, dass Ihr dort solche Zurüstungen getroffen, um mich zu empfangen. Ich komme aber ganz sicher bald nach dem Frieden nach Breslau, einen Vortrag halten. Grüße Deine Frau und die Kinderchen<sup>18</sup>, wenn es ihnen – namentlich dem Jüngsten – trotz der schlechten Zeiten nur leidlich geht. Ich selbst bin recht abgespannt, weil ich seit Kriegsbeginn keine Erholungsreise mehr gehabt habe und namentlich die letzte Zeit sehr abgespannt war, – aber andererseits war es doch eine Erlösung, aus dem geistigen Mittelstand in Marburg herauszukommen. Vielleicht schickt Dir Mama meinen letzten Brief.

Wenn der Präliminarfriede<sup>19</sup> glückt, rechne ich mit der Möglichkeit, dass die Detail-Verhandlungen uns noch lange in Frankreich festhalten werden.

Dieser Tage lernte ich hier den englischen Pazifist[en] Mr. Bralesword kennen. Er versicherte mir – wie ich dies auch aus Frankreich höre – [, ] daß ich von allen Delegierten die beste Presse habe. Vielleicht hilft mir das einiges, um zu nutzen.

In zärtlicher Liebe für Euch Alle  
Dein treuer Bruder  
Walther

15 Levin Ludwig Schücking (1878-1964), Prof. für Englische Sprache und Literatur in Breslau, jüngerer Bruder von Walther Schücking.

16 Dir Uhrzeit weicht von der in Dok. 2 genannten geringfügig ab. In einem Schreiben an seine Frau (vgl. Anm. 3) hatte Schücking vier Tage zuvor mitgeteilt: „Wir reisen nun also doch am Montag [d.h. am 28. April 1919]. Selbstverständlich mit Speisewagen. Zunächst 160 Personen, auch ein Arzt –.“

17 Edmond-Joachim Vermeil (1878–1964), französischer Germanist.

18 Elisabeth Schücking (1885-1981) mit den Kindern Ursula (1913-1987), Beate (1915-2001) und Luise (1918-2013).

19 Ein Präliminarfrieden im üblichen Sinne wurde, anders als von Schücking erwartet, zwischen dem Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 und der Unterzeichnung des Friedensvertrags am 28. Juni 1919 nicht vereinbart.

## 2. An Adelheid Schücking<sup>20</sup>

Universitäts- und Landesbibliothek Münster Nachlass Walther Schücking, Abt. IV. Privatbriefe, orange Mappe.

Brief, Diktat, Ausfertigung. Handschriftliche Unterschrift

Deutsche Friedensdelegation

Versailles, [den] 6. Mai 1919

Seit einer Woche in Versailles fühle ich mich allmählich in meinem Gewissen beunruhigt, dass ich bisher nichts verlauten liess. Aber das eigenartige der Situation wirkt so stark, dass man nicht dazu kommt, die Eindrücke zu Papier zu bringen. Also Montag, den 28., 3.15 [Uhr] fuhren wir vom Potsdamer Bahnhof ab. Auf dem Bahnsteig zahlreiche Reporter und Fotografen. Der Gesandte v. Nadolny<sup>21</sup> kam im Auftrage des Reichspräsidenten und wünschte jedem gute Reise und guten Erfolg. Ich kann nur sagen, dass mir diese bürgerliche Art doch viel sympathischer ist, als wenn eine ganze Ehrenkompanie präsentiert hätte. Das neue System ist schlichter aber menschlicher. Wir fuhren mit einem Luxuszug. Jeder hat ein Abteil für sich und nahm die Mahlzeiten immer im Salon zusammen mit unserem Chef im kleinsten Kreise. Die Verpflegung war ausgezeichnet. Außerdem hatte mir meine Privatsekretärin Plätzchen gebacken und Bonbons mitgegeben. Die gemeinsamen Mahlzeiten waren sehr amüsant. Brockdorff-Rantzau<sup>22</sup> ist ein Mann mit sehr viel Esprit und von großer Schlagfertigkeit, der reizende Witzchen macht. Der Minister Landsberg<sup>23</sup> verriet eine ganz erstaunliche literarische und historische Bildung und der Minister Giesberts<sup>24</sup> erzählte fabelhaft interessant aus seinem Leben. Er ist der Sohn eines kleinen Bäckers vom Niederrhein und hat als Ziegeleiarbeiter und Bauknecht angefangen. Später mit drei Kindern und einem Tagelohn von 2,30 Mk in Köln gelebt und heute Reichsminister. Wie wenig hat unsereiner im Vergleich dazu im Leben erreicht. Auch der Delegierte Leinert<sup>25</sup> erzählte, dass er mit acht Jahren schon auf

20 Adelheid Schücking, geb. von Laer (1881-1952), Ehefrau Schückings.

21 Rudolf Nadolny (1873-1953), Diplomat, 1919-1920 Chef des Büros der Reichspräsidenten.

22 Ulrich von Brockdorff-Rantzau (1869-1928), Diplomat, von Dezember 1919 bis Juni Staatssekretär im Auswärtigen Amt (ab Februar Reichsminister des Auswärtigen). Leiter der deutschen Friedensdelegation.

23 Otto Landsberg (1869-1957), Jurist, sozialdemokratischer Politiker, Staatssekretär des Reichsjustizamts bzw. Justizminister im Kabinett Scheidemann.

24 Johannes Giesberts (1865-1938), Gewerkschaftler und Zentrums Politiker, Reichspostminister in den Kabinetten Scheidemann, Bauer, Müller, Fehrenbach und Wirth 1919-1922.

25 Robert Leinert (1873-1940), sozialdemokratischer Politiker, Oberbürgermeister von Hannover 1918-1924.

einer Ziegelei gearbeitet hätte. Er ist jetzt als Sozialdemokrat Oberbürgermeister von Hannover geworden. Ein recht sympathischer Mann, dem man seine Herkunft aus so kleinen Verhältnissen nicht anmerkt. Aber er scheint mir an geistiger Bedeutung die anderen nicht zu erreichen. Sehr sympathisch ist mir auch Herr Melchior,<sup>26</sup> Teilhaber der Firma Warburg, ungefähr so alt wie ich, ursprünglich Amtsrichter in Hamburg. Leider wurde man mitten in der Nacht geweckt, um den Pass vorzuzeigen. Am anderen Morgen kam man durch Belgien und allmählich ging es nach Frankreich hinein. Vielfach sah man von der Bahn aus unsere Kriegsgefangenen bei der Arbeit. Wir winkten ihnen zu und sie freuten sich darüber. Meist hatten sie sich aufgestellt, um unseren Zug zu sehen und ihre menschlichen Aufseher nahmen daran keinen Anstoß. Einzelne Teilnehmer der Reise erzählten, dass unserem Zuge gelegentlich ein spöttisches „à Paris“ zugerufen worden sei, das man den Franzosen nicht übel nehmen kann. Denn das war ja die Parole von August 1914 und erfüllt sich nun freilich in anderer Weise. Der Zug fuhr auf französischem Boden sehr langsam, damit wir erst des Nachts ankommen sollten. Vielleicht auch, damit wir die entsetzlichen Verheerungen unterwegs besser sehen sollten. In den schlimmsten Gegenden bei St. Quentin habe ich gerade ein Nachmittagsschläfchen gemacht, aber was ich gesehen habe, war schon schlimm und entsetzlich genug. Interessante Zwischenfälle auf der Reise politischer Art darf ich einstweilen dem Papier nicht anvertrauen. Etwa um ½ 10 abends kamen wir an und zwar auf einem Nebenbahnhof, der abgesperrt war. Der Graf<sup>27</sup> stieg zuerst aus und wurde durch eine Abordnung höflich begrüßt. Trotz der Absperrung wimmelte es von Journalisten der ganzen Welt. Ich werde das nie vergessen, wie immer wieder Magnesiumlicht aufblitzte, durch das wir beim Aussteigen fotografiert werden sollten. Vor dem Gebäude abermals eine ungeheure Menge von Journalisten aus der ganzen Welt, die versuchten, die einzelnen Persönlichkeiten zu konstatieren und zu fotografieren. Ich fuhr mit einem der Autos mit dem Chef, seinem Privatsekretär Legationsrat Rüdiger<sup>28</sup>, einem alten Hörer aus Marburg und einem Diplomaten, Baron Lersner,<sup>29</sup> zum Hotel. Lersner, der schon einige Tage hier gewesen war und die Verhandlungen geführt hatte, erzählte, dass man uns ursprünglich auf das Hotel habe beschränken wollen. Auf seine Beschwerde hin habe man zunächst einen kleinen Raum zum Spaziergehen freigegeben. Aber nachdem er ausgeführt, dass dabei auf jedes Mitglied der etwa

26 Carl Melchior (1871-1933), Jurist und Bankier, Leiter der deutschen Finanzdelegation in Versailles.

27 Der Delegationsleiter und deutsche Außenminister, Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau.

28 Recte: Conrad Rüdiger (1887-1973), Diplomat, als persönlicher Referent Brockdorff-Rantzau seit 19. April in der Stellung eines Legationsrats.

29 Kurt von Lersner (1883-1954), Diplomat, Regierungskommissar bei den Verhandlungen in Versailles, nach dem Rücktritt Brockdorff-Rantzau dessen Nachfolger als Vorsitzender der Delegation.

zweihundert Köpfe betragenden Delegation nur vier Quadratmeter kommen, habe man für uns einen grossen Teil des Parks von Versailles freigegeben. Im Hotel wurde ich von Herrn Prof. Jäckh<sup>30</sup> und Wolzendorff<sup>31</sup> begrüsst. Wir haben zusammen eine ganze Flucht von Zimmern. Ich habe einen grossen Salon, ein riesiges Schlafzimmer, ein Waschzimmer und ein Badezimmer, alles höchst geschmackvoll eingerichtet; getäfelte Wände, alte Marmorkamine mit schönen Standuhren usw. In diesem Hotel haben 1871 die deutschen Fürsten gewohnt und wo ich schlafe, schlief sicher ein Grossherzog: Ein Zeichen fortschreitender Demokratisierung. Auch Bismarck hat hier mit den Fürsten zusammen täglich gespeist.<sup>32</sup> Wie hat sich dieses Blatt gewandt! Am anderen Morgen Frühstück unten im grossen Saal, angeblich bis neun, was für mich etwas früh ist. Köstlich war es, wie wir nach dem Frühstück zum ersten Mal in den Hof des Hotels und auf die Strasse gingen und abermals umlagert wurden von ausländischen Journalisten, die sich offenbar durch einen Kellner die Namen der Persönlichkeiten mitteilen liessen und diese gleich auf ihre Platte brachten. Ich bin in meinem ganzen Leben nicht so viel fotografiert worden wie hier in wenigen Minuten. Auf der Strasse sind mittlerweile Zäune aufgerichtet, durch die wir von dem übrigen Versailles abgetrennt sind, so daß nur ein Verkehr mit den benachbarten Hotels möglich ist, in denen die Journalisten und andere Hilfskräfte wohnen. Viele Deutsche entrüsten sich darüber und sagen, wir sässen gleichsam in einem Käfig. Mich selbst stimmt der Anblick dieser Gitter nur heiter. Ich fürchte, bei den mehr als zweihundert Personen würden auch manche unerfreuliche Geschichten passieren, wenn man uns mehr Freiheit liesse. Wer kann z.B. für die Presse-Leute garantieren? Es sind prächtige Menschen darunter, aber auch andere, denen man vielleicht nicht ganz trauen kann, und wir haben ja hinter unserem Hotel den schönsten Teil des Parks von Versailles, so dass man sich ganz müde laufen kann. Mindestens sechshundert Morgen, einbezogen das große und kleine Trianon, ach das ist schön hier! Die herrlichen Bäume! im ersten Grün! darunter die prachtvollsten Zedern, und seltensten Gewächse, weite Bassins mit plastischen Gruppen in Erz, Kolonaden, Tempel und alledem, was die höfische Kultur des 17. Jahrhunderts in solchem Park geschaffen hat. Ich denke immer, wie wir auf dem Gymnasium das Buch von Voltaire „Le siècle de Louis XIV.“<sup>33</sup> lasen, und begreife erst jetzt,

30 Ernst Jäckh (1875-1959), liberaler Journalist und Türkeiexperte.

31 Kurt Wolzendorff (1882-1921), Staatsrechtler und Schüler Schückings in Marburg, neben dem von Ernst Jäckh und Matthias Erzberger empfohlenen Grafen Albrecht von Bernstorff (1890-1945) der zweite Begleiter Schückings nach Versailles.

32 Die deutsche Delegation war 1919 im „Hotel des Réservoirs“ in der Rue des Réservoirs sowie in zwei benachbarten, quer gegenüberliegenden Hotels, dem „Vatel“ und dem „Suisse“, untergebracht. Otto von Bismarck hatte im Herbst 1870 in Versailles in dem Privathaus einer Madame Jesse in der Rue de Provence gewohnt, ca. 1,5 Kilometer weiter östlich.

33 Voltaire, Le siècle de Louis XIV., Berlin-Dresden 1751.

dass Voltaire recht hat, wenn er behauptet, das[s] dieses Zeitalter wirklich einen weltgeschichtlichen Höhepunkt der menschlichen Kultur bedeutet hat. Gestern abend, wie die Sonne unterging, und blutrot durch die Bäume schien, die im jungen Grün schimmerten, war es wirklich einzig schön; und ich denke oft, wie gern ich hier mit Dir lustwandeln möchte. Wir gehen täglich heraus und es hat mich nicht bekümmert, dass die Verhandlungen sich um eine ganze Woche verschoben haben, weil die Gegner noch nicht fertig waren. So hatte man doch etwas Ruhe und kam mal etwas zu sich selbst im Gegensatz zu der ständigen Hatz in Berlin. Natürlich hatten wir auch in dieser vergangenen Woche viele Konferenzen, mindestens einmal am Tage eine Besprechung der Delegierten beim Grafen Rantzau, sonst viele Verhandlungen mit den Referenten und Kommissionssitzungen, denn die Fülle der Probleme auf juristischem und wirtschaftlichem Gebiete spottet jeder Beschreibung, allein soweit es gilt, alle Beziehungen der Weltwirtschaft wieder herzustellen, die durch den Krieg in unsinniger Weise zerrissen sind. Es sind eine große Menge Leute, die Vertreter der hohen Bürokratie und Sachverständige für Handel und Schifffahrt, darunter eine Anzahl sehr sympathischer und liebenswürdiger Menschen; an erster Stelle nenne ich Warburg,<sup>34</sup> dann einige prächtige Süddeutsche, so der Reichsrat v. Miller<sup>35</sup> aus München, Schöpfer des Deutschen Museums dort, eine Excellenz von Meinl<sup>36</sup> aus dem Bayerischen Ministerium, der Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd Heineken,<sup>37</sup> der richtige Onkel von meiner alten Liebe Irmgard.<sup>38</sup> Ganz besonders anziehend ist der Verkehr mit dem juristischen Generalkommissar Ministerialdirektor Simons,<sup>39</sup> ein Mann von stupendem Wissen, grossem juristischen Scharfsinn, erstaunlicher Bildung und merkwürdiger Bescheidenheit. Wir nehmen alle vier Mahlzeiten gemeinsam im grossen Speisesaal und man wechselt jeden Tag die Plätze, um sich besser kennen zu lernen. In die Stadt darf man nur auf besonderen Antrag mit einem Geheimpolizisten. Ich habe deshalb bisher noch keine Besuche machen und kein Geld absenden können, hoffe aber, dass sich das bald bessert. Als ich gestern, freilich zum ersten Male, den Antrag stellte, ausgehen zu dürfen, wurde mir mitgeteilt, ich könne ganz allein gehen, aber ich hielt es für klüger, mir einem Geheim-

34 Max M. Warburg (1867-1946), Bankier und Politiker, Mitglied der deutschen Finanzdelegation.

35 Oskar von Miller (1855-1934), Bauingenieur.

36 Wilhelm von Meinel (1865-1927), Staatsrat im bayerischen Handelsministerium und bayerischer Vertreter beim Reichswirtschaftsministerium, in Versailles „nichtpolitischer Vertreter süddeutscher Wirtschaftsinteressen“.

37 Philipp Heineken (1860-1947), Bremer Kaufmann und Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd.

38 Nicht identifiziert, vgl. Anm. 154.

39 Walter Simons (1861-1937), Jurist und Politiker, im Oktober 1918 persönlicher Berater des Reichskanzlers Max von Baden, Generalsekretär der deutschen Friedensdelegation, 1920/21 Reichsaußenminister.

polizisten mitzunehmen. Ich kaufte nur neue Manschettenknöpfe, da die alten zerbrochen, und ein paar Zigarren, von denen jede im Hotel fünf Franken kostete, das sind etwa fünfzehn Mark nach unserem Gelde. Die Verpflegung ist ausgezeichnet, aber das Deutsche Reich muss pro Kopf und Person täglich 100 Francs zahlen, das sind also 300 Mark. Dabei scheint es doch in Wahrheit hier längst nicht so teuer wie bei uns, denn im Gemüseladen werden die Eier zu 40 centimes verkauft. Eine schwierige Situation ergab sich daraus, dass die Gegner sich untereinander so verzankt hatten, dass sie uns die Bedingungen eine ganze Woche lang nicht präsentieren konnten. Manche Leute meinten, die Situation des Wartenmüssens sei für uns unerträglich demütigend, und wir sollten wieder abreisen. In Wirklichkeit war aber die politische Lage des Gegners blamabler wie unsere eigene, und wir haben deshalb ruhig abgewartet. Schließlich freilich wurde dem Gegner mitgeteilt, dass zwei von unseren Ministern der heimischen Geschäfte wegen abreisen müssten, und darauf hat er die Anberaumung der ersten Verhandlung auf heute angesetzt, obgleich die Italiener erst heute in der Früh aus Rom wieder eintreffen werden. Es ist in der Zeitung mitgeteilt, die Verhandlungen würden „en tenue de ville“<sup>40</sup> stattfinden, sodass ich mir den teuren Frack nicht hätte bauen lassen sollen. Schicke mir auf alle Fälle über Berlin baldmöglichst einen richtigen schwarzen Rock, der doch auch noch von mir vorhanden sein muss und der wahrscheinlich zur Unterzeichnung des Friedens gebraucht wird. Ob es freilich zu diesem Akt kommen wird, ist sehr fraglich. Denn die fürchterlichen Nachrichten der Presse über den Inhalt der Bedingungen sollen leider richtig sein. Wir haben in der letzten Nacht von 10 bis 1 Uhr den definitiven Text der Rede festgelegt, mit der unser Chef auf Clemenceaus<sup>41</sup> Ansprache antworten wird. Der Graf hat sie zusammen mit Simons ausgearbeitet und meinen Entwurf dabei völlig unberücksichtigt gelassen. Sicherlich ist die neue Form in vielen Beziehungen sehr viel besser wie mein Text, weil vorsichtiger und politischer.<sup>42</sup> Heute sind freilich die Delegierten Giesberts und Leinert schon wieder sehr unzufrieden, aber beide haben wenig Verständnis für die politischen Forderungen der internationalen Situation. Um die Zeit des Wartens auszufüllen, hielt ich vorgestern auf Wunsch einen Vortrag<sup>43</sup> über den Gegensatz zwischen dem Völkerbund-Sta-

40 Frz., in Straßenkleidung.

41 Georges Clemenceau (1841-1929), Journalist und Politiker, 1906-1909 und 1917-1920 frz. Ministerpräsident.

42 Brockdorff-Rantzau war mit zwei Versionen des Textes ausgestattet, als er am 7. Mai im Festsaal des Hotels Trianon auf Georges Clemenceau replizierte, vgl. den Brief Nr. 4 unten.

43 Gedruckt als Siebente Flugschrift der Deutschen Liga für Völkerbund: Walter [sic] Schücking, Ein neues Zeitalter? Kritik am Pariser Völkerbundentwurf. Vortrag in Versailles vor der deutschen Friedensdelegation, Berlin 1919. Ein Exemplar ist erhalten Bundesarchiv Koblenz, NL. 1051, 115.

tut unserer Feinde und dem unserigen<sup>44</sup>, der sehr beifällig aufgenommen wurde. Zugegen waren alle Journalisten und fast die ganze Delegation. Heute ist wieder ein herrlicher Tag, ein merkwürdiger Duft liegt über den Bäumen. Man begreift, dass hier die grossen Maler von Barbizon auf den Impressionismus gekommen sind.<sup>45</sup> Ich fühle mich in meinem Gewissen einigermassen bedrückt, dass mein Interesse an diesen weltgeschichtlichen Ereignissen teilzunehmen mit Clémenceau, Lloyd George,<sup>46</sup> Wilson,<sup>47</sup> Bonar Law<sup>48</sup> und all den grossen Köpfen an einem Tisch zu sitzen, grösser ist wie der Schmerz über die Situation des Vaterlandes. Aber ich beruhige mein Gewissen mit dem Gedanken, dass ich für diese Situation nicht die Verantwortung trage. Alles wäre anders gekommen, wenn man auf Leute unseres Schlages rechtzeitig gehört hätte. Alle französischen Zeitungen bringen unsere Bilder. Eine Probe lege ich bei.<sup>49</sup> Die Franzosen haben eine Heidenangst, dass wir nicht unterschreiben. Dann kommt freilich bei uns eine furchtbare Hungersnot und der Bolschewismus, aber sie wissen, dass der Bolschewismus sie dann auch verschlingen wird. Diese Befürchtung ist unsere einzige Waffe. Hoffentlich gelingt mit ihrer Hilfe eine Einigung. Denn schließlich wäre es doch auch für uns nur ein schwacher Trost, wenn wir den Gegner in unserem Sturze und völligen Untergang verwickelten. Das schlimmste sind die gegnerischen Absichten auf Oberschlesien.<sup>50</sup> Würden wir das verlieren, so würden wir uns wirtschaftlich niemals davon erholen können. - Ich bekam bis jetzt erst einen lieben Brief von Dir vom 29. Wie schrecklich, dass die Freundin den Sohn nun doch nicht mehr wiedergesehen.- Bei der Steuerveranlagung wollen wir uns beruhigen, und ich will versuchen, dem Bruder des Milchhändlers Geld zukommen zu lassen, wenn ich Gelegenheit dazu habe. Ich würde mich sehr freuen, wenn Du einen netten Studenten als Hausgenossen bekämst, der bei den Jungens den Papa vertreten könnte, und kann mir denken, wie glücklich unser Tedel<sup>51</sup> bei der Gross-

44 Der Entwurf basierte neben mündlichen Vorschlägen Erzbergers auf Schückings Studie „Internationale Rechtsgarantien. Ausbau und Sicherung der zwischenstaatlichen Beziehungen, Hamburg 1918“ und war von Harry Graf Kessler, Erzberger und Schücking zwischen dem 5. und dem 19. April 1919 ausgearbeitet worden. Der vollständige Text ist ediert bei Klaus Schwabe (Hrsg.): Quellen (wie Anm. 10), Nr. 96, S. 249-257.

45 Bezeichnung für eine Gruppe von Malern, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts in dem Dorf Barbizon bei Fontainebleau zusammenkamen.

46 David Lloyd George (1863-1945), liberaler britischer Politiker, Premierminister 1916-1922.

47 Woodrow Wilson (1856-1924), demokratischer Politiker, US-Präsident 1913-1921.

48 Andrew Bonar Law (1858-1923), konservativer britischer Politiker, Premierminister 1922-1923.

49 Die Beilage ist nicht überliefert.

50 Gemeint sind Pläne, das wirtschaftspolitisch bedeutende Oberschlesien dem neuen polnischen Nationalstaat zuzuschlagen, wie es trotz des dagegen lautenden Ergebnisses der Volksabstimmung vom März 1921 in Teilen geschah.

51 Spitzname für den zweitgeborenen Sohn Christoph Bernhard (1912-2004).

mama in Behme<sup>52</sup> ist. Wie gefällt Dir denn die Frau des Redakteurs Bamberger?<sup>53</sup> Deren Empfehlung an die Baronin Rothschild<sup>54</sup> ich eventuell gern benutzen werde. Schicke diesen Brief an die liebe Mama<sup>55</sup> und die Brüder,<sup>56</sup> denn er ist, wie die Funksprüche der Bolschewisten, an „alle“ gerichtet. Mit einem zärtlichen Kuss für Dich und die Kinder  
Dein treuer Walther<sup>57</sup>  
Ich bin hier auch schon einmal gezeichnet von einem Künstler, den die Illustrierte Z[eit]ung geschickt hat. Hast Du auch die vorige Woche gekauft mit dem grossen Bild der Delegation?

### 3. An Adelheid Schücking

Universitäts- und Landesbibliothek Münster, Nachlass Walther Schücking, Abt. IV. Privatbriefe, orange Mappe  
Telegramm, Ausfertigung

Berlin, [den] 13. Mai, 9:25 Uhr

drahtnachricht aus versailles

ich bin morgen in frohem und dankbaren gedenken bei dir walt[h]er<sup>58</sup>

### 4. An Adelheid Schücking<sup>59</sup>

Nachlass Levin Ludwig Schücking, Bernhard Mende, Murnau Schreiben<sup>60</sup>

52 Oberbehme, ehemalige Wasserburg und Gut der Schwiegereltern Schückings im Kreis Herford.

53 Nicht identifiziert.

54 Mathilde von Rothschild (1832-1924), jüdische Mäzenatin.

55 Luise Schücking (1849-1920).

56 Lothar Engelbert Schücking (1873-1943) und Levin Ludwig Schücking (1878-1964).

57 Ab hier handschriftlich mit Bleistift.

58 Walther und Adelheid Schücking hatten am 14. Mai 1902 geheiratet.

59 Die Anrede fehlt, Duktus und Inhalt sprechen jedoch für die Ehefrau als Adressatin.

60 Es handelt sich um die Seiten 86-89 des Manuskripts „Beate Schücking: [Walther Schücking] Prophet im Vaterlande“, [Farchant 1955], überliefert als ungedruckt gebliebene Druckfahnen für den Bollwerk-Verlag. Darauf befindet sich eine handschriftliche Notiz der Autorin Beate Schücking (1915-2004), einer Tochter Levin Ludwig Schückings und Nichte Walther Schücking, „Änderungen, die 1955 nötig sind.“

[Versailles, den] 18. Mai 1919

Ich muss weit ausholen, um das Wichtigste von hier zu berichten. Am Mittwoch, dem 7. Mai, um 3 Uhr, fand die Uebergabe der Friedensbedingungen statt. Alles war genau durch die Diplomaten mit dem Gegner verabredet. Wir fuhren um 3 Uhr hier von dem Hotel ab, nachdem die Delegation zunächst noch einmal für die deutschen und französischen Journale photographiert worden war. Voran fuhr ein französischer Oberst, der das militärische Kommando über unseren Rayon<sup>61</sup> hatte, hinter ihm vier Autos. Ich saß im dritten. Außer den eigentlichen Delegierten war nur der Ministerialdirektor Simons als Generalkommissar des Auswärtigen Amtes, der Legationssekretär Rödiger, der wirtschaftliche Generalkommissar v. Stockhammern<sup>62</sup> und ein Dolmetscher, Dr. Schauer, zugegen. Wir fuhren durch den herrlichen Park in fünf Minuten zu einem Hotel Trianon-Palace, wo wiederum die Journalisten der ganzen Welt mit Apparaten sich drängten, zu vielen Hunderten. Wir entstiegen dem Auto und schritten, geführt von Offizieren, durch eine lange Vorhalle. Rechts und links standen Reihen von Offizieren aus den Armeen aller Länder und salutierten. Voran schritten Fouriere des sogenannten großen Vortritts.<sup>63</sup> Wir betraten dann einen großen Saal, in dem die Gegner schon versammelt waren. Kaum hatten die letzten von uns die Schwelle zum Saal übertreten, so rief der französische Diplomat, der den Vortritt führte, mit lauter Stimme in den Saal hinein: „Les délégués plénipotentiaires allemands.“<sup>64</sup> In diesem Moment der Vorstellung erhob sich der ganze Saal von den Stühlen. Wir verbeugten uns und nahmen unsere Plätze ein, die, wie uns vorher mitgeteilt war, sich an einem Tische befanden, der eine huftisenförmige Tafel von außen schloß. Es waren die großen Staatsmänner der ganzen Welt. Wir saßen den Vertretern der Hauptmächte unmittelbar gegenüber. Clemenceau, Lloyd George und Wilson, um nur die drei ersten zu nennen. Es war ein merkwürdiger Moment. Das Licht flutete durch neun riesige Fenster von drei Seiten in den Saal. Ueberall fiel der Blick durch jene Fenster auf das junge Maiengrün des Parkes von Versailles und der erste Gedanke, wenn man hinausschaute, war der, wie schön ist die Welt. Der alte Tiger Clemenceau erhob sich und hielt mit lauter Stimme eine kurze Ansprache in freier Rede. Uns war nicht gesagt worden, ob Clemenceau eine kurze technische Ansprache oder eine lange politische Rede mit Anklagen gegen Deutschland halten würde. Für den ersteren Fall wollte unser Chef mit einer

61 Militärischer Bezirk.

62 Franz von Stockhammern (1873-1930) bayerischer Diplomat, Leiter der Wirtschaftsdelegation der deutschen Friedensdelegation bis Ende Mai 1919.

63 Fouragiere sind für Quartier und Versorgung der Gäste zuständige Offiziere. Als „großer Vortritt“ wird in höfischen Protokollen die den Monarchen beim Einzug in Festsäle voranschreitende Gruppe der Obersten Hof-, Ober-Hof- und Hofchargen bezeichnet – ein Ritual, das offenbar auch im republikanischen Frankreich beibehalten wurde.

64 Frz., Die deutschen bevollmächtigten Delegierten.

kurzen technischen Ansprache über die Methode der Verhandlungen erwidern; für den letzteren Fall hatte er eine lange Rede schriftlich ausgearbeitet. Nun kam es wie gewöhnlich, anders als man denkt. Clemenceaus Ansprache war ganz kurz, enthielt aber doch solche Anklagen, daß der Chef sich für seine lange Rede entschied. Zunächst wurde Clemenceaus Ansprache in das Deutsche und in das Englische übersetzt. Dann machte Clemenceau, nachdem unserem Chef ein dicker Band mit den Friedensbedingungen zugetragen war, noch einige technische Mitteilungen über den Gang der Verhandlungen, wonach wir unsere Bemerkungen schriftlich vorzubringen hätten, und fragte dann, ob jemand noch etwas zu bemerken habe. Der Graf bat [auf] deutsch ums Wort und verlas seine Rede, die Satz für Satz ins Englische und Französische übersetzt wurde.<sup>65</sup> Dabei blieb er sitzen, was ihm in der feindlichen Presse sehr verübelt worden ist, weil Clemenceau gestanden hatte. Er sagte später, er hätte dadurch den Eindruck des Verhandeln hervorrufen wollen, aber ich glaube, unbewußt bestimmte ihn dazu die Empfindung aller seriösen Menschen, daß man im Sitzen eher ein Gefühl ruhiger Sicherheit hat.<sup>66</sup> Er sprach mit lauter und gelegentlich erhobener Stimme, und der Inhalt seiner Rede war den Gegnern zum Teil sehr unangenehm. Clemenceau wurde bei dem Passus über die Hungerblockade ganz nervös, er griff eine Papierschere, die vor ihm lag, tuschelte mit Lloyd George und hätte dem Grafen Rantzau scheinbar gern das Wort entzogen, wagte das dann aber doch nicht oder ließ sich den Gedanken ausreden. Nach Rantzaus Rede erklärte Clemenceau die Sitzung für beendet, bat aber seine Verbündeten, noch dort zu bleiben. Wir schritten heraus und bemühten uns, dasselbe stolze Gesicht zu machen, wie bei den Verhandlungen. Niemand von uns hatte deshalb auch in den Friedensvertrag hineingesehen. Wir durchschritten wieder die lange Halle, salutiert von den Offizieren, und stiegen in die Autos. Der ganze Akt hatte nur bis 4 Uhr gedauert. Natürlich stürzten wir uns zu Hause auf die Lektüre des Friedensdokumentes und waren mehrere Tage krank davon. So etwas von Niedertracht hatte niemand erwartet. Wird dieser Friede Geltung gewinnen, so ist es unmöglich, daß wir uns jemals wieder emporarbeiten. 15 bis 20 Millionen Menschen müssen auswandern oder verhungern [...]<sup>67</sup>. Der Graf gab beim gemeinsamen Kaffee den anderen Mitgliedern der Delegation einen Bericht über den Vorgang. In den nächsten Tagen wurde eifrig beraten. Gewiß hat der Gegner den Frieden auch nötig, auch wenn er überhaupt nicht zustande kommt, wird er zunächst mindestens im Ruhrkohlengebiet einmarschieren und die Hungerblockade verstärken. Zahllose Men-

65 Der deutsche Text ist vollständig ediert bei Klaus Schwabe (Hrsg.): Quellen (wie Anm. 10), Nr. 93, S. 243-246.

66 Der sozialdemokratische Journalist und Autor Victor Schiff (1895-1953) interpretierte die Szene als Augenzeuge ganz ähnlich, vgl. Victor Schiff: So war es (wie Anm. 8), S. 50.

67 Auslassung in der Vorlage.

schen können Hungers sterben und der Bolschewismus überall bei uns in hellen Flammen emporschlagen. Unsere einmütige Meinung war deshalb die, daß wir versuchen müßten, durch zähes und energisches Verhandeln eine Verbesserung des Friedens zu erreichen, vor allen Dingen durch praktische Gegenvorschläge, für die uns vierzehn Tage Frist gegeben waren. Es wurde beschlossen, eine umfassende Denkschrift auszuarbeiten, und mit dem ersten Teile wurde ich beauftragt. Darin habe ich alle Versprechungen, die uns die Entente gemacht, zusammengearbeitet und ihnen den Geist des Vertragsdokuments gegenübergestellt. Die Arbeit mußte sehr schnell gemacht werden. Sie umfaßte ungefähr fünfunddreißig Schreibmaschinenseiten und ist kürzlich nach Berlin gegangen, um vom Kabinett geprüft und hoffentlich genehmigt zu werden. Natürlich fand mit dem Kabinett auch ein eifriger Depeschenwechsel statt, und zur Freude stellte sich das Kabinett auf unsere Basis, während hier einige Mitglieder der weiteren Delegation und einige Journalisten gemeint hatten, man solle sofort die Verhandlungen abbrechen und abreisen. Einzelne Großindustrielle, wie der junge Thyssen,<sup>68</sup> sind immer für eine derartig nationale Haltung, weil sich Multimillionäre keine Sorgen zu machen brauchen, daß ihre Angehörigen verhungern. Die Minister Giesberts und Landsberg sind dann nach Berlin abgereist, um mit dem Kabinett persönlich Fühlung zu nehmen. Man ist zeitweise in Berlin recht nervös gewesen, aber die vorzügliche Haltung der Nationalversammlung hat sehr geholfen, unseren Standpunkt zum Siege zu führen.<sup>69</sup> Obgleich wir ganz bestimmte Instruktionen haben, die natürlich hinter den gegnerischen Forderungen weit zurückbleiben, fürchtet das Kabinett scheinbar, wir könnten hier von uns aus halb Deutschland an die Feinde abtreten, und drahtet immer wieder, daß wir keine Schritte tun sollen, ohne die Zustimmung einzuholen. Inzwischen ist der Kampf der Verhandlungen mit einigen Noten eröffnet, die sozusagen die Vorpostengefechte darstellen. In der heute beginnenden Woche wird es sich erweisen, ob man überhaupt zu materiellen Verhandlungen über eine halbwegs erträgliche Formulierung des Friedens kommen wird. Der Chef unserer Mission ist heute mit der Finanzdelegation in Spa, wo auch Dernburg<sup>70</sup> als Reichsfinanzminister mit deutschen Finanziers eingetroffen ist. Man berät dort darüber, dem Gegner weitgehende finanzielle Zugeständ-

68 Fritz Thyssen (1873-1951), deutscher Großindustrieller, der als Berater der deutschen Delegation angehörte und von Versailles direkt nach Weimar reiste, um dort ihm bekannte Mitglieder der Nationalversammlung für die Ablehnung des Friedensvertrags zu gewinnen.

69 In ihrer 39. Sitzung hatte die sich Nationalversammlung (abgesehen von einigen USPD-Abgeordneten) am 12. Mai 1919 in der Neuen Aula der Berliner Universität gegen die bis dahin bekannten Forderungen der Alliierten ausgesprochen – Scheidemann hatte die Bedingungen in seiner Erklärung entgegen Empfehlungen Erzbergers als unannehmbar bezeichnet.

70 Bernhard Dernburg (1865-1939), Bankier und liberaler Politiker, von 17. April bis 20. Juni 1919 Reichsfinanzminister.

nisse zu machen unter der Voraussetzung, daß er uns die unentbehrlichen Territorien und die Freiheit zum wirtschaftlichen Widerstand läßt.<sup>71</sup> Das wäre die günstigste Wendung. Freilich werden noch unsere Enkel schwer daran zu tragen haben. Wir arbeiten hier unermüdlich, um zu den Einzelfragen Stellung zu nehmen, und ich haben mehrere Sitzungen über die Fragen der Ostgrenzen geleitet und an der Ausarbeitung einer bezüglichen Note großen Anteil genommen, die gestern abend fertig geworden ist und heute vom Grafen Rantzau mit Dernburg in Spa besprochen wird [...]<sup>72</sup>. Soviel von der Politik. Die Sorgen sind groß, aber wenigstens sind wir in der Delegation immer in der schönsten Harmonie, auch mit den Diplomaten, die hier sind, Gesandten v. Haniel,<sup>73</sup> Graf Oberndorff,<sup>74</sup> Baron Lersner. Seit kurzem sind auch die Professoren Max Weber<sup>75</sup> und Mendelsohn<sup>76</sup> da, ferner Prof. Bonn<sup>77</sup> aus München [...].<sup>78</sup>

Manche Tage komme ich überhaupt nicht einmal in den Park. An anderen Tagen mache ich herrliche Ausfahrten. Für die sechs Delegierten stellt die französische Regierung jeden Nachmittag zwei Autos zur Verfügung. Heute habe ich zum drittenmal eine große Ausfahrt gemacht; das erstemal war ich mit dem Delegierten Leinert und zwei anderen Herren in St. Germain, wo der große Kurfürst das eroberte Pommern wieder herausgeben mußte,<sup>79</sup> und in Malmaison. St. Germain ist ein altes Schloß aus dem sechzehnten Jahrhundert, in dem Ludwig XIV. geboren ist. Wir gingen dort eine Strecke zu Fuß zu einem herrlichen Park und hatten einen wundervollen Blick auf das entfernte Paris, von dem man mit Deutlichkeit nur den Eiffelturm und die Kirche Sacré-Coeur sehen konnte, die mit weißen Steinen von der Höhe des Montmartre schimmert. Ein französischer Offizier beaufsichtigte uns. Wir wurden natürlich gleich photographiert und am anderen Tage standen die Bilder im „Matin“ und „Excelsior“. Fabelhaft interessant war der damit verbundene Besuch von Malmaison, wo der junge Napoleon mit Josephine als Konsul gewohnt und wo später Josephine ihre letzten Jahre vertrauert hat

71 Vgl. das im Ergebnis der Besprechungen von Brockdorff-Rantzau an das Kabinett gesandte Telegramm, ediert bei Klaus Schwabe (Hrsg.): Quellen (wie Anm. 10), Nr. 100, S. 262 f.

72 Auslassung in der Vorlage.

73 Edgar Haniel von Haimhausen (1870-1935), deutscher Diplomat, Generalsekretär der deutschen Friedensdelegation.

74 Alfred Graf von Oberndorff (1870-1963), deutscher Diplomat, hatte am 11. November 1918 in Compiègne den Waffenstillstand unterzeichnet.

75 Max Weber (1864-1920), deutscher Nationalökonom und Soziologe.

76 Albrecht Mendelssohn Bartholdy (1874-1936), Völkerrechtler.

77 Moritz Julius Bonn (1873-1965), deutscher Nationalökonom.

78 Auslassung in der Vorlage.

79 Im Frieden von St. Germain verzichtete der brandenburgische Kurfürst Friedrich Wilhelm 1679 unter Druck auf das von Schweden eroberte (Hinter-)Pommern.

nach der Scheidung.<sup>80</sup> Die Einrichtung ist vollständig erhalten, voll der merkwürdigsten Erinnerungen an Napoleon, man staunt über den Geschmack des Empire-Stils.<sup>81</sup> Du glaubst nicht, wie reich und schön die Landschaft hier ist. Die Ufer der Seine mit allen alten Landhäusern und Schlössern! – Das zweite Mal fuhren wir an der Seine entlang zum Bois de Boulogne, dem Pariser Grunewald und zu den Rennplätzen von Longchamps und Auteuil. Heute waren wir wieder im Bois de Boulogne. Diesmal fuhr[en] der Generalkommissar Simons, Prof. Jäckh und Herr Feiler von der „Frankfurter Zeitung“<sup>82</sup> mit, die ich eingeladen hatte. Es war wieder herrliches Wetter. In Longchamps war Pferderennen, und Tausende von Autos waren nebeneinander aufgefahren, um auf die Teilnehmer zu warten. Im Bois de Boulogne spielten auf den Wiesen Tausende von Kindern, und ich dachte mit Sehnsucht an die eigenen [...]<sup>83</sup>.

## 5. An Adelheid Schücking

Universitäts- und Landesbibliothek Münster, Nachlass Walther Schücking, Abt. IV. Privatbriefe, orange Mappe  
Diktat, Ausfertigung. Handschriftliche Unterschrift.

Deutsche Friedensdelegation

Versailles, den 31. Mai 1919

Mein liebes Frauchen,

heute habe ich endlich einmal etwas Musse, um Dir zu schreiben. Zunächst geschäftliche Dinge: Ich habe Dir von der Nationalversammlung meine Diäten für den Mai überweisen lassen<sup>84</sup> und hoffe, Du hast dann wieder genügend Geld für einige Zeit. Weiter lasse Dir die beifolgenden 246,70 Mark wieder erstatten. Ich bekomme hier die Francs nicht billiger wie die Leute in Deutschland, aber ich hoffe, auf diesem Wege bekommt der Kriegsgefangene sein Geld. Bezahle doch ja meinen Frackanzug und hole Dir eventuell Geld vom Bankier zu Lasten meines Kontos.

80 Joséphine de Beauharnais (1863-1814) kaufte das Château de Malmaison 1799 nach ihrer Hochzeit mit Napoleon und lebte dort auch nach der Scheidung im Jahr 1804.

81 Empire, frz. Stilrichtung in Kunst und Architektur in der Zeit des Konsulats (1799–1804) und des ersten Kaiserreichs (1804-1814).

82 Arthur Feiler (1879-1942), seit 1903 Journalist im Handelsteil und in der politischen Redaktion der Frankfurter Zeitung.

83 Auslassungszeichen im Original; der Brief endet dort ohne Grußzeile.

84 Schücking war Gründungsmitglied der DDP, 1919 Mitglied der Nationalversammlung sowie 1920-1928 Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Hessen-Nassau.

Wie Du in den Zeitungen gelesen haben wirst, sind die Verhandlungen zu einem gewissen Abschluss gekommen, indem wir Donnerstag am 29. den Rest unserer grossen Antwort auf den Vertragsentwurf überreicht haben. Gleichzeitig damit ist eine Mantelnote übergeben, die das Wesentliche zusammenfasst. Du wirst sie auch in der Zeitung gelesen haben. Der Graf Rantzau hatte mich mit der Redaktion beauftragt.<sup>85</sup> Die Aufgabe war nicht ganz leicht. Denn es sollte diese Note formell zwar an die verbündeten feindlichen Mächte gerichtet sein, tatsächlich aber einen Appell an die ganze Welt bedeuten. Dazu musste sie alles enthalten, was gefordert und alles was bewilligt war, und somit eine Art Rechnung und Gegenrechnung aufstellen. Andererseits sollte sie in einem schwungvollen Stil gehalten sein. Es wurde zunächst unter meinem Vorsitz eine Kommission von Professoren gebildet: Max Weber, Delbrück,<sup>86</sup> Mendelssohn (aus Würzburg), Bonn (aus München), Prof. Jäckh und Herr Hahn.<sup>87</sup> Zwei Entwürfe, die in einer Sitzung von ½ 3 bis 8 zustande kamen, der eine von Prof. Weber, der andere von Prof. Bonn, gefielen dem Grafen nicht. Dann habe ich mich den anderen Tag noch einmal an die Sache gemacht und auf Grund einer Disposition von Herrn Gutmann,<sup>88</sup> der als Vertreter der Frankfurter Zeitung hier ist, mit einigen Pointen von Mendelssohn und Wolzendorff und unter sachlicher Mitarbeit von Herrn Dr. Melchior eine Note entworfen, die heute von der französischen Presse als sehr geschickt anerkannt wird, und hoffentlich auch in Deutschland gefällt.<sup>89</sup> Inzwischen ist dort ja auch unsere Denkschrift<sup>90</sup> erschienen, deren erster allgemeiner Teil mit Ausnahme eines Passus von mir ist. Ich glaube, man wird später einmal anerkennen, dass unsere Delegation in den drei Wochen hier eine redliche Arbeit geleistet hat. Die letzten Nächte haben wir immer bei[m] Grafen bis gegen zwei Uhr zu diesem Zwecke verbracht bei gemeinsamer Durcharbeit des Entwurfes. Die Zeit war furchtbar knapp, den dicken Band der Gegner zu beantworten, die selbst sechs Monate gebraucht und uns nur vierzehn Tage lassen wollten. Und die ersten Tage war man unfähig, weil ganz erschlagen von der Ungeheuerlichkeit der Forderungen. Trotzdem hätte sich in den drei Wochen noch sehr viel besseres

85 Vgl. dazu die Erläuterungen in: „[Entwurf zur Mantelnote zu der ‚zusammenfassenden Stellungnahme der Deutschen Friedensdelegation zu den Friedensbedingungen‘ vom 26. Mai 1919]“, in: Gesamtausgabe Max Weber. Abt. 1 (wie Anm. 13), S. 462-467.

86 Hans Delbrück (1848-1929), deutscher Historiker und Politiker.

87 Kurt Hahn (1886-1974), deutscher Pädagoge, Freund und Berater Prinz Max von Badens.

88 Bernhard Guttman (1869-1959), deutscher Journalist.

89 Die sogenannte Professoren-Denkschrift wurde in Deutschland breit rezipiert, vgl. Michael Dreyer/Oliver Lembcke: Die deutsche Diskussion um die Kriegsschuldfrage 1918/19, Berlin 1993, S. 146-153.

90 D.h. die Denkschrift der Hauptdelegierten, zu der Schücking auch die von Brockdorff-Rantzau gezeichnete Mantelnote verfasst hatte. Vgl. Anm. 104. Vollständig abgedruckt unter dem Titel „[Walther Schücking] Denkschrift“ bei Klaus Schwabe (Hrsg.): Quellen (wie Anm. 10), Nr. 111, S. 283-291.

zustande bringen lassen, wenn nicht die fortgesetzten Unstimmigkeiten mit Berlin, d.h. dem Kabinett, vorhanden gewesen wären. Man hatte uns eine Vollmacht gegeben, wonach wir hier verhandeln und mit Zustimmung des Kabinetts sogar abschliessen sollten. Kaum waren wir hier angekommen, und hatten angefangen, in Gestalt einiger Spezialnoten Vorpostengefechte zu liefern, um die Dinge in Gang zu bringen, und das Publikum der ganzen Welt mit dem Inhalt des Friedensvertrages vertraut zu machen, den die angeblich demokratischen Entente-Völker ihren eigenen Bürgern vorenthalten, als die Einmischung von Berlin anfang. Berlin wollte alle Noten zunächst zur Kenntnis vorgelegt haben, ehe sie abgesandt wurden. Dann wollte man überhaupt keine Spezialnoten mehr abgesandt wissen, weil der Gegner sich auf diesem Wege in ablehnenden Einzelantworten festlege. Mein allgemeiner Teil musste furchtbar überhastet nach Berlin geschickt werden, um dort zunächst auf ein Viertel zusammengestrichen zu werden. Mit ihm sandte man uns von Berlin eine fertige Gegendenschrift, die von Erzberger,<sup>91</sup> Gothein<sup>92</sup> und David<sup>93</sup> verfasst, aber höchst liederlich gearbeitet war. Wir sollten also nur noch die Briefträger sein und höchst minderwertige Arbeiten aus Berlin überreichen, während bei uns hier doch wochenlang der ganze Stab der besten Sachverständigen Deutschlands sass. Als wir schliesslich, statt die minderwertige Berliner Denkschrift zu überreichen, um eine Woche Ausstand baten, die uns auch glatt bewilligt wurde, kam es mit Berlin geradezu zum Konflikt. Berlin verlangte zunächst einen Delegierten, der Minister sei, dorthin zum Referat, und kündigte dann an, dass der Ministerpräsident und mehrere andere Minister, die Ministerkollegen aus der Delegation in Spa zu sprechen wünschten. Wir beschlossen, dass unsere ganze Delegation fahren wollte, um unsere Einmütigkeit darzutun, und fuhren also in der zweiten Hälfte der vorigen Woche allesamt nach Spa in Belgien.<sup>94</sup> Wir fuhren mit ein paar Sachverständigen um 10 Uhr abends etwa in einer Reihe von Autos von hier nach Paris, passierten das Bois de Boulogne und kamen von dort zum „Arc de triomphe“, der sehr grossartig ist. Von da ging es über die sogenannten Champs Élysé[e]s weiter zum Gare du Nord. Die Champs Élysé[e]s sind das, was die Linden in Berlin sind, und waren auf Kilometer Länge rechts und links eingefasst von Geschützen. Ich erfuhr erst später, dass es nicht wegen Unruhen war, sondern dass es sämtlich deutsche Geschütze waren. Einzelne Reisegefährten klagten später über diesen Eindruck, der sie beschämt[e]. Ich sagte einem annexionistischen Schwerindustriellen Röch-

91 Matthias Erzberger (1875-1921), Publizist und Zentrumspolitiker, 1919-1920 Reichsminister der Finanzen.

92 Georg Gothein (1857-1940), liberaler Politiker, 1919-1920 Reichsschatzminister.

93 Eduard David (1863-1930), SPD-Politiker, 1919 Präsident der Nationalversammlung und Minister ohne Geschäftsbereich im Kabinett Scheidemann.

94 Die Delegation traf am 23. Mai 1919 in Spa ein.

ling<sup>95</sup> darauf, dieser Anblick hatte doch für viele Leute eine erziehende Wirkung. Nachts sassen wir bis 2 Uhr in der engeren Delegation mit dem Grafen und dem Ministerialdirektor Simons plaudernd im Salonwagen zusammen. Obleich ich mich der Alcoholica enthielt, schlief ich erst gegen Morgen ein und war totmüde, als wir gegen 12 Uhr mittags in Spa ankamen. Es wurde schnell in einem Hotel dort, das ganz von der Waffenstillstandskommission besetzt war, gegessen, sehr viel schlechter als in Versailles. Man merkte sehr das militärische Milieu, das hoffentlich bald für immer aus der Welt verschwindet.<sup>96</sup> So hatte man mich ganz ostentativ an der Tafel, wo es feste Plätze gab, unter einen jungen Diplomaten gesetzt, der vor mehr als 10 Jahren bei mir in Marburg studierte. Und ein Major, der neben mir sass, benutzte die ersten fünf Minuten, um mir auseinander zu setzen, wie sehr seine politische Weltanschauung zusammen gebrochen sei. Er werde seine Kinder zum Hass erziehen und schwelgte in bajuvarischen Kraftausdrücken über die Niedertracht unserer Feinde, als ob diese deutschen Militärs als Sieger sich anders benommen haben würden. In dem ganzen Hotel gab es keine heile Tasse mehr; trotz Dutzender von herumlungernenden Ordonnanzen war alles wegen der mangelnden Frauen unsagbar schmutzig und ungemütlich. Die Kabinettsitzung begann vielleicht um 1 Uhr und dauerte bis abends acht Uhr. Ich war zeitweise so müde, dass mir die Augen zufielen. Scheidemann<sup>97</sup> war dort, der Vizepräsident Dernburg,<sup>98</sup> Erzberger, der Kolonialminister Bell,<sup>99</sup> der Graf Bernstorff von der sogenannten „Friko“<sup>100</sup> und wir. Graf Rantzau war so verärgert über alles Vorgefallene, das er hauptsächlich auf die Intrigen von Erzberger zurückführte, dass er kaum etwas sagte, und durch den Ministerialdirektor Simons und uns unseren Standpunkt rechtfertigen liess. Man einigte sich aber schnell, nachdem vorher schon eine private Aussprache zwischen Rantzau und Scheidemann stattgefunden hatte. Die Verzweiflung des Kabinetts darüber, dass die Uebergabe unserer Antwort um acht Tage verschoben war, erklärte sich daraus, dass in Berlin eine Demonstration von Hunderttausenden von Unabhängigen<sup>101</sup> für die Annahme des Friedens stattgefunden hatte. Scheidemann sagt wörtlich: es sei ein Wunder, dass nicht die ganze Regierung in dem Reichskanzlerpalais gewaltsam aus-

95 Louis Röchling (1863-1926), Angehöriger der Besitzerfamilie der Völklinger Hütte und Funktionär in der deutschen Stahlindustrie.

96 Victor Schiff nennt den Namen des Hotels: „Hotel d'Angleterre, wo es von deutschen Offizieren wimmelte.“ Victor Schiff: So war es (wie Anm. 8), S. 77.

97 Philipp Scheidemann (1865-1939), SPD-Politiker, 1919 Reichsministerpräsident bzw. Reichskanzler.

98 Entsprach dem Titel „Vizekanzler“, Scheidemann war „Reichsministerpräsident“.

99 Johannes Bell (1868-1949), Zentrumsolitiker, im Kabinett Scheidemann I Reichskolonialminister, danach ab 21. Juni 1919 Reichsverkehrsminister.

100 Wortspiel in Anspielung auf die von November 1918 bis Juni 1919 agierende „Wako“ – die deutsche Waffenstillstandskommission.

101 Angehörige und Mitglieder der USPD.

gehoben sei, und man müsse deshalb schleunigst handeln. So erfuhren wir erst zu unserem Entsetzen, wie schwach die Regierung innenpolitisch in dieser schweren auswärtigen Lage ist. Im übrigen wurde hauptsächlich über die Finanzfrage und die territorialen Konzessionen verhandelt. Ueber erstere stellte sich bald Einigkeit heraus im Sinne unserer Vorschläge, dass man durch ein ganz besonders hohes Angebot an den Gegner, namentlich Frankreich, vor seinem eigenen Lande zu Verhandlungen nötigen wolle. Diese Sache war in Versailles schon lange vorbereitet und einen besonderen Einfluss darauf hat der kluge Warburg gehabt. Der Gedanke war der, dass man sich territoriale Opfer suchen [...] zu ersparen [müsse], indem man auf pekuniärem Gebiete entgegenkomme. Das deutsche Land sei für unseren Staat wertvoller als das Kapital.<sup>102</sup> Wenn wir Oberschlesien retteten und unseren Anteil an der Weltwirtschaft wieder bekämen, könnten wir in den folgenden Generationen die Kriegsschuld an Frankreich abtragen. Frankreich schulde 30 bis 40 Milliarden an Amerika und sei für immer kaputt, wenn es nicht eine grosse Kriegsentschädigung bekomme. Wenn wir ihm eine Jahresrente von mindestens einer Milliarde versprechen, könne es daraufhin 30 Milliarden zum Wiederaufbau von Amerika geliehen bekommen. Einige Tage vor der Abreise nach Versailles hatte der Graf Rantzau abends alle finanziellen und wirtschaftlichen Sachverständigen mit uns bei sich versammelt und diese Dinge waren durchgesprochen worden. Ich hatte dabei auch auf die Suggestion der grossen Ziffer hingewiesen, die sogar in ihrer Kraft auf diejenigen wirke, die die grosse Zahl mitzahlen müssen. Manche Rechtsanwälte, Aerzte usw. wüssten durch die Höhe ihrer Honorare das Publikum anzulocken. Erst recht wirke die Suggestion der grossen Ziffer auf diejenigen, die sie bekommen sollten, und wenn wir dem französischen Volke 100 Milliarden böten, würde die Regierung vielleicht genötigt werden, zuzugreifen. Das Berliner Kabinett hatte anfangs sich nicht soweit binden wollen. Aber nachdem das Resultat jener Aussprache in Versailles nach Berlin berichtet war, war der Finanzminister Dernburg in Spa sehr entgegenkommend und erklärte, dass, wenn wir uns unsere Territorien auf diese Weise erhielten, allein die Steuerkraft der sonst abzutretenden Bewohner die Milliarde wegmache. Schwieriger war die Einigung über die territorialen Angebote. Unsere Delegation wollte ausser Elsass-Lothringen nur den grössten Teil der Provinz Posen bewilligen, dagegen Abtretung und auch Plebiszit für Oberschlesien, West- und Ostpreussen verweigern, da es sich hier nicht um unbestreitbar polnische Lande handelt. Das Kabinett dagegen hatte beschlossen, für alle jene östlichen Provinzen Volksabstimmung anzubieten, wenn für deren Un-

102 Vgl. das in der Kopfzeile von Schwabes Edition treffend als „Warburgs 100-Milliarden-Angebot“ bezeichnete Schreiben des Finanzfachmanns an Bernhard Dernburg vom 19. Mai 1919, Klaus Schwabe (Hrsg.): Quellen (wie Anm. 10), Nr. 102, S. 266-269.

abhängigkeit die nötigen Garantien gewahrt würden. Erzberger versicherte, dass die Abstimmung in Oberschlesien gänzlich ungefährlich sei, da der Klerus für Deutschland wirken würde. Aber er vergass, dass heute der Mehrzahl der Polen dort das Angebot einer Speckseite wertvoller sein wird als die priesterliche Verheissung des Himmels. Schliesslich kam ein Kompromiss zustande. Es sollte in der Denkschrift bei Erörterung der Territorialfragen vorangeschickt werden, dass überhaupt kein Quadratmeter ohne Abstimmung abgetreten werden solle. Dann solle zunächst für Oberschlesien der deutsche Charakter des Landes dargetan und die Abstimmung ausdrücklich für ausgeschlossen erklärt werden. Für Posen solle Abtretung in einem durch Abstimmung bestimmten Umfang ausdrücklich konzidiert und dann für West- und Ostpreussen nur positiv der überwiegend deutsche Charakter dargetan werden. Den ersten Teil der Denkschrift wurde ich auf den Vorschlag von Minister Landsberg gegenüber den Abänderungen des Kabinetts wieder zu erweitern beauftragt. Der zweite Teil sollte in der Gestalt der Denkschrift des Kabinetts nach hier erfolgter Schlussredaktion schon am Montag überreicht werden. Mein erster Teil sollte schon am folgenden Abend von Versailles nach Berlin abgehen, um am Montag der Presse mitgeteilt zu werden.- Wir assen dann in Spa noch gemeinsam mit den dortigen Herren zu Abend und fuhren etwa um 9 Uhr ab. Von Spa selbst habe ich wenig gesehen. Es ist ein bescheidenes Städtchen in einem Talkessel mit ein paar grossen luxuriösen Gebäuden für die Spieler.<sup>103</sup> Aber in der Umgegend der Stadt sollen sehr schöne Villen und Anlagen sein. Ich musste immer an die Tragödie Wilhelms II. denken, die sich hier abgespielt hat. Dieses Ausreissen ist doch unbegreiflich.<sup>104</sup> Wenn Köln in der Hand der Revolutionäre war, warum ist er nicht in irgendeiner anderen Stelle mit ein paar Getreuen in einem Nachen über den Rhein nach Deutschland zurückgekommen? Das wäre leicht möglich gewesen. Wir haben dann hier furchtbar geschuftet. Am anderen Morgen um 11 Uhr, einem Sonnabend, kamen wir auf einem Bahnhof in der Umgegend von Paris an und fuhren im Auto hier nach Versailles. Abends um 9 Uhr ging meine Denkschrift umgearbeitet nach Berlin ab. Aber der zweite Teil, der hier doch ganz neu gestaltet wurde, konnte nicht bis Montag fertig gestellt werden. So erfolgte die Uebergabe des ersten Teiles am Mittwoch, der zweiten Hälfte am Donnerstagmittag unmittelbar vor Ablauf der Frist. Natürlich war man in Berlin inzwischen wieder unglaublich nervös geworden, telefonierte und drahtete immerzu und hat schliesslich am

103 Kurbad in Belgien mit dem ältesten Kasino der Welt, großes Hauptquartier der deutschen Truppen vom 8. März bis zur Unterzeichnung des Waffenstillstands am 11. November 1918.

104 Wilhelm II. war am frühen Morgen des 10. Novembers 1918 mit dem Hofzug aus Spa nicht nach Deutschland zurückgekehrt, sondern nach Schloss Amerongen in die Niederlande geflohen, wo er am 28. November 1918 abdankte.

Mittwoch der dortigen Presse meinen ersten Teil und einen Auszug des zweiten Teils mitgeteilt, ehe hier etwas überreicht war. Das ist ein schwerer Verstoss gegen alle Gebräuche der Diplomatie und ausserdem hat man bei dem Auszug in Berlin andere Bedingungen mitgeteilt wie wir von hier aus in unserer Denkschrift und Mantelnote. Das ist doch eine Ungeheuerlichkeit, eine solche Verwirrung in einer so wichtigen Angelegenheit und beweist, wie unvollkommen die revolutionäre Regierung noch funktioniert. In Berlin hat man gesagt, man willige für alle östlichen Provinzen in eine Volksabstimmung, wie es das Kabinett ursprünglich beschlossen hatte, während wir die Volksabstimmung möglichst vermeiden wollten. Denn unsere Sachverständigen erklärten immerzu in einem Atem, es sei dort im Osten alles kerndeutsches Land, aber abstimmen dürfe man auf keinen Fall, sonst stimmte die Mehrheit für Polen. Es ist sehr schlimm, dass wir wirklich so viele polnische Staatsbürger haben, was uns in den Schulen verheimlicht ist. Ich habe mich jetzt etwas in die Sachen hinein studiert<sup>105</sup> und dabei mit Schrecken konstatiert, dass tatsächlich das Polentum in überwiegend polnischen Kreisen von der Provinz Posen her sich durch die Kassubei<sup>106</sup> bis an die Danziger Bucht hin erstreckt, sodass die Polen den Anspruch auf den Korridor, der Ostpreussen abtrennt, ethnographisch begründen können.

Kein Mensch weiss heute, ob die Gegner sich nun auf der vorgeschlagenen Basis zu Verhandlungen mit uns herablassen werden. Kommt der Friede nicht zustande, so sollen sie folgendes beabsichtigen: 1) Besetzung des Ruhr-Kohlengebietes einschliesslich Dortmund<sup>107</sup>, 2) Besetzung aller deutschen Häfen, 3) Loslösung einer von Deutschland ganz unabhängigen rheinischen Republik, die bis nach der Pfalz herunterreicht, 4) Separatfrieden mit dieser rheinischen Republik und mit Baden und Württemberg und Aufrichtung eines neuen Rheinbundes<sup>108</sup> dieser Staaten unter ihrem Patronat, Bayern soll mit Deutsch-Oesterreich vereinigt werden. Sie wollen also den

105 Diese lakonische Bemerkung wirkt irritierend, denn Schücking stand seit seiner vielbeachteten Publikation „Das Nationalitätenproblem“, zuerst als Aufsatz in der Christlichen Welt 1906, S. 219-230, die als Monographie unter dem Titel „Das Nationalitätenproblem – eine politische Studie über die Polenfrage und die Zukunft Österreich-Ungarns, Dresden 1908“ erschien, wie kein zweiter juristischer Autor als Kritiker der preußischen Ansiedlungspolitik in den Provinzen Posen und Westpreußen in der Öffentlichkeit – wenn auch unter stärker wissenschaftlichen und humanitären als politischen und nationalen Schwerpunktsetzungen und Argumentationsmustern. Vgl. Detlev Acker: Walther Schücking (wie Anm. 1), S. 28-34. Dass ihn genauere Zahlen hinter den nationalen Bevölkerungszugehörigkeiten 1919 aufschreckten, überrascht.

106 Siedlungsgebiet der westslawischen Kaschuben, südlich und südwestlich von Danzig.

107 Wohn- und Arbeitsort seines Bruder Lothar Engelbert Schücking, vgl. Anm. 56.

108 1806 erfolgter Zusammenschluss von deutschen Staaten, die auf Betreiben Napoleons aus dem Heiligen Römischen Reich deutscher Nation austraten und als Militärverbündete Frankreichs gegen Preußen und Österreich standen. Auch der erste Rheinbund von 1658 richtete sich als Bündnis verschiedener deutscher Territorialmächte gemeinsam mit dem Königreich Frankreich gegen den Kaiser als legitimer deutscher Zentralgewalt.

ganzen Westen und Süden von Deutschland losreissen und dazu eine militärische Verbindung herstellen zwischen Frankfurt und Böhmen. Nach Marburg würden sie dann wohl nicht kommen, aber die Situation würde fürchterlich werden, zumal auch die Blockade gleich wieder verschärft werden soll. Das ganze nationale Elend der napoleonischen Zeit<sup>109</sup> würde wieder kommen. Dazu die fürchterlichste wirtschaftliche Not. Auf die Dauer würden freilich meines Erachtens diese staatsrechtlichen Verhältnisse keinen Bestand haben, weil inzwischen doch der deutsche Einheitsgedanke so stark geworden ist, aber von aller Hungersnot abgesehen gäbe es vielleicht noch Jahrzehnte ein Chaos. Inzwischen erwägen nun die Franzosen unsere Gegenvorschläge und wir denken, wenn sie insgesamt acht bis zehn Tage dazu brauchen, werden wir um Pfingsten<sup>110</sup> ihre Antwort haben. Entweder sie erklären sich bereit, zu verhandeln auf der vorgeschlagenen Basis, was das beste wäre, dann wird die Sache hier noch wochenlang dauern. Oder aber sie geben uns gleich die definitive Antwort: annehmen oder ablehnen, wie es uns bei Ueberreichung der Friedensbedingungen angekündigt worden ist. Für diesen Fall würden sie die Bedingungen wohl nur ganz unbedeutend mildern.<sup>111</sup> Was sollen wir dann tun? Die Stimmung in der Delegation ist heute so, dass wir unserer Regierung die Ablehnung empfehlen würden. Gegen unseren Willen brauchen wir nicht zu unterschreiben, auch wenn das Kabinett anderer Meinung ist. Es müsste dann andere Leute schicken. Ob freilich das Kabinett selbst in seiner ablehnenden Haltung verharren wird, ist recht zweifelhaft. Erzberger, der stärkste Mann darin, soll schon stark für das Unterschreiben auch der schlechtesten Bedingungen in privaten Unterredungen eintreten, weil wir zu keinem Widerstand mehr fähig seien. So weiss noch niemand, was wird.-

Schönsten Dank für alle Briefe, die Du mir treulichst geschrieben hast und die Sendungen. Schicke einstweilen bitte keine Zigarren mehr. Sie gehen unterwegs kaputt, und ich habe hier jetzt andere. Auch das Briefchen von Walter<sup>112</sup> war mir eine grosse Freude.-

Wolzendorff kam als mein Sekretär mit auf meine Bitte. Er war sehr viel mit sich beschäftigt und seinen Sorgen der Uebersiedelung nach Halle.<sup>113</sup> Schicke jetzt die Briefe nur hierher. Ich hoffe, Zeit zu finden, sie zu beantworten.

109 Gemeint ist die Zerrissenheit und fehlende Einigkeit Deutschlands in der Zeit der napoleonischen Besatzung.

110 8./9. Juni 1919.

111 Dieser Fall trat am 16. Juni 1919 ein, worauf die deutsche Friedensdelegation aus Versailles abreiste, um der Reichsregierung die Ablehnung des Vertrages nahezulegen.

112 Walther (1909-1992), das älteste von sechs Kindern der Schückings.

113 Wolzendorff hatte 1919 einen Ruf als Ordinarius für Öffentliches Recht an die Universität Halle erhalten, den Schücking zuvor ausgeschlagen hatte.

Heute hat mir Dein Bild mit dem Kleinen<sup>114</sup> große Freude gemacht, er sieht schon ganz menschlich i[n] d[ie] Welt. Aber<sup>115</sup> Du bist viel zu schmal und musst Dich sehr pflegen. Lasse Dir ja die Schwester Luise<sup>116</sup> aus Baden kommen, dass sie Dir die Kinder abnimmt und Du mehr Ruhe hast. Wenn es hier noch Monate dauert, was bei günstiger politischer Wendung auch sein kann, könntest Du vielleicht hierher kommen. Es sind so viele Leute abgereist, dass jetzt im Hotel reichlich Platz ist. Mit Herrn Warburg habe ich schon verabredet, dass er einen von unseren Jungens in seinem Geschäft zum Grossbankier heranbildet. Wenn ich freilich an Deine Abneigung gegen die Einrichtung eines Wirtschaftsgeldes und alle Zahlen denke, weiss ich nicht recht, wo die Kinder den Sinn für das Geld herbekommen sollen.<sup>117</sup> Herr Warburg fragte, ob der Aelteste schon starke praktische Neigungen zeige. Ich musste es verneinen. Warburg ist einer der nettesten Leute hier. Es sind aber überhaupt eine Menge sympathische Leute hier, wie man sie in Professorenkreisen in zehn Jahren nicht kennen lernt. Gestern haben wir wieder eine sehr schöne Autofahrt gemacht, zwei Stunden in der Umgegend von Paris, Professor Jäckh, Dr. Gutmann, Ministerialdirektor Simons und ich. Die Landschaft hier um Paris ist von seltener Anmut und Freundlichkeit. Kleine Städte, Landhäuser, Wiesen, Wälder, Höhenzüge und dazwischen die Seine mit Fahrzeugen. Viele edle Bäume, die bei uns daheim den Winter gar nicht ertragen können. Dieses mal bewachte uns ein italienischer Leutnant, und es kostete einige Ueberzeugung, dass er uns im Park von St. Germain ein wenig aussteigen liess. Kaufe ja möglichst viele Eier für die Kinder, ohne Rücksicht auf die Kosten, Man weiss nicht, was kommt.

Mit den schönsten Grüßen und einem zärtlichen Kuss für Dich und die Kinder Dein treuer Walther

Ich schicke heute zwei grosse Tafeln Schokolade für die Kinder, höre aber, dass sie nicht mehr „eingeschrieben“ gehen. Schreibe mir deshalb ja bald, ob sie angekommen sind, damit ich in Zukunft mich danach richten kann.

Die Adresse lautet jetzt: gebührenfrei über Berlin C, Kabinettspostamt

## 6. An Levin Ludwig Schücking

Bundesarchiv Koblenz, NL. 1051, 121.

114 Hermann-Reyner Schücking (19. März 1919-2000).

115 Handschriftlicher Einschub „Heute hat mir ....Aber.“

116 Nicht identifiziert.

117 Die sechs Kinder der Schückings wurden Forst- bzw. Landwirte, Juristen, Volkswirte und Lehrer – keines ging in die Finanzbranche.

Versailles, [den] 5. Juni 1919

Mein lieber Lewin [sic!],<sup>118</sup>

das war aber eine herrliche Überraschung,<sup>119</sup> endlich ein Schreiben und ohne dass einer von uns etwas von diesem Ereignis geahnt: als ich meinem Gönner Warburg neulich erzählte, daß ich 4 Kinder hätte, sagte er, das [sei das] einzige, was die Franzosen uns nicht nehmen könnten. Möchte das kleine Wesen trotz der erschwerten Umstände der Zeit gut gedeihen und vor allem Deine liebe Frau sich bald erholen. Meine Freundin, Fräulein Dr. Rotten<sup>120</sup> in Berlin, verwendet Gummisauger, die die englischen Frauen zur Verfügung gestellt haben. Schreib ihr eventuell unter der Adresse: Liga für Völkerbund, Berlin, Unter den Linden 78 I. Ich habe gestern gleich ein Kilo Kakao und 2 Tafeln Schokolade an Deine Frau<sup>121</sup> abgesandt. Könnte man nur mehr tun! Aber viel gibt es hier auch nicht. Ein Paar Schuhe kosten 100 Franc, ein Anzug 300 Franc und 100 Franc bedeuten jetzt 247 M[ark]. Ich hoffe immer noch, daß wir zu einem wesentlich milderen Frieden kommen und bin ganz glücklich, welche Wirkung die hauptsächlich von mir verfaßte Mantelnote<sup>122</sup> getan hat! Alle gegnerischen Zeitungen aller Parteien schreiben darüber, es sei ein Meisterstück, werde in der Geschichte fortleben und erinnere an die rührenden Töne Jules Favres.<sup>123</sup> Ob man natürlich mehr darauf hören wird, wie wir seiner Zeit auf Jules Favres, ist doch zweifelhaft. Erst Dienstag sollen wir die Antwort bekommen. Aber die Verzögerung der Antwort ist kein schlechtes Zeichen. Mittlerweile tragen sich sehr eminente Dinge zu, die natürlich höchst vertraulich sind. Die einzige Brücke, die wir bis jetzt zum Gegner hatten, hatte Herr Dr. Redlich<sup>124</sup> geschlagen, Berichterstatter der Vossischen Zeitung. Dieser wurde wiederholt besucht von einem französischen Journalisten M., der wieder mit Tardieu,<sup>125</sup> dem Generalberichterstatter der feindlichen Kommission, in Verbindung steht. Auf diesem Wege erfuhren wir, daß die Gegner untereinander furchtbar gespalten sind und vor allen Dingen sich deshalb nicht in mündliche Verhandlungen einlassen wollen, weil sie fürchten, daß dann sofort ihre Koalition durch uns gesprengt

118 Recte: Levin.

119 Geburt von Levin Ludwig Schückings viertem Kind, Adrian (28. Mai 1919).

120 Elisabeth Rotten (1882-1964), deutsche Reformpädagogin und Pazifistin.

121 Elisabeth Schücking, wie Anm. 18.

122 Gedruckt bei Klaus Schwabe (Hrsg.): Quellen (wie Anm. 10), Nr. 110, S. 278-283.

123 Jules Favre (1809-1880), französischer Politiker, erster Außenminister der Dritten Republik, Unterzeichner des Waffenstillstands mit dem Deutschen Reich (28. Januar 1870) sowie des Friedens von Frankfurt (10. Mai 1871), den er als demütigende Niederlage Frankreichs empfand.

124 Alexander Redlich, Leiter des Politik-Ressorts der Vossischen Zeitung.

125 André Tardieu (1876-1945), frz. Politiker, 1919 Berater Clemenceaus, 1929/30 und 1932 Ministerpräsident.

wird. Die bewachen sich gegenseitig eifersüchtig, um zu verhindern, daß einer von ihnen separate Fühlung nimmt. Nun passierte Folgendes: Zu unseren Bewachern gehörte der englische Leutnant Gibson,<sup>126</sup> der mit einer Cäcilie<sup>127</sup> aus Frankfurt verheiratet ist. Er kam hier in ein politisches Gespräch mit Prof. Bonn und dieser erzählte ihm, daß wir durch den französischen Journalisten unmittelbare Verbindung mit den Franzosen hätten. Gibson erklärte das für ungeheuerlich und unglaublich, worauf ihm Bonn sagte, er werde ihm den Beweis liefern. Er, Gibson, sollte mal jetzt in dem Nachtlokal Platz nehmen. Dann werde er herein kommen und dem obersten Befehlshaber, Oberst Henry, dort einen Brief übergeben, dessen Inhalt betreffend unsere Zahlenverhältnisse nach der feindlichen Annexion verabredetermaßen für die französische Regierung bestimmt sei. So wird es gemacht. Der Engländer sitzt ganz harmlos im Nachtlokal, und Prof. Bonn übergibt seinen Brief dem französischen Oberst Henry,<sup>128</sup> der sich sofort erkundigt, ob die Sache sehr eilig sei und auf die Bejahung die Sache sofort weiter schickt. Nachdem den Engländern in dieser kühnen Weise der Beweis der französischen Treulosigkeit überbracht, nehmen sie auch für sich das Recht in Anspruch, heimlich mit uns zu verhandeln, und der Leutnant Gibson, der ein Freund von Lloyd George ist, hatte gestern eine vertrauliche Konferenz mit Warburg, der ihm ein Exposé mitgibt.<sup>129</sup> Heute morgen ist Gibson schon wieder hier zu Warburg zurückgekehrt, um ihm das Resultat zu melden. Wie es lautet, werde ich erst in einigen Stunden erfahren. Das ist immerhin etwas, dass wir wenigstens solche private[n] Verhandlungen erreicht haben. Die Engländer u. Amerikaner wollen uns wesentlich entgegenkommen. Aber Clemenceau ist unerbittlich, mit seiner senilen Rüstigkeit, dem Eigensinn u. der Bosheit des Alters ist er ein genaues Ebenbild meines Marburger Kollegen Enneccerus.<sup>130</sup> Man weiß noch nicht, ob es gelingt, dessen Widerstand zu überwinden.

Wie sehr Frankreich unter diesen [Zerstörungen] gelitten, weiß man in Deutschland nicht. Verdun hat z. Zt. statt 67000 nur noch 6000 Einwohner. Ganze Kantone, in denen 8000 Menschen gelebt haben, sind so verwüstet, dass heute kein Einwohner mehr darin ist. Der 30jährige Krieg war in seinen Wirkungen nichts dagegen. Und auch für Frankreich war der Krieg die falsche Rechnung. Sie haben 9 Milliarden Dollar Schulden in Amerika, deren Zinsen nur durch Exporte bezahlt werden können, und die industriellen Ge-

126 Britischer Offizier im Stabe Lloyd Georges.

127 Unsichere Lesung.

128 Henri, frz. Verbindungs-offizier.

129 Gibson hatte Warburg nahegelegt, die deutsche Delegation sollte den nur leicht geänderten Vertrag annehmen, da dieser später gründlich revidiert werden könne. Max M. Warburg: Aus meinen Aufzeichnungen. New York 1952, S. 83.

130 Ludwig Enneccerus (1843-1928), Rechtswissenschaftler und nationalliberaler Politiker

bierte sind schlechthin verwüstet, während uns nur die Rohstoffe fehlen. Wenn die Antwort der Entente schlecht ausfällt und die Konzessionen nur unbedeutend sind, werden wir sofort nach Berlin fahren, um mit dem Kabinett mündlich zu beraten, was zu tun ist. Dieser Tage war der Kolonialminister hier,<sup>131</sup> ein sehr liebenswürdiger Mann, aber ich muß jetzt lächeln, wenn ich denke, was ich früher für einen Respekt vor der Größe eines Ministers hatte. Kaum angekommen, teilte der Kolonialminister mit, er habe 4 Wünsche: 1. möchte er fotografiert werden, 2. wolle er ein Interview geben, 3. wolle er 1-2 Stunden im Bois de Boulogne spazieren fahren und 4. wolle er auch die Delegation sprechen. Alles wurde programmäßig erledigt. Diese Spazierfahrten im Auto sind wunderschön. Ich bin gestern wieder stundenlang in der Umgebung von Paris gefahren u. habe mich an der Anmut der Landschaft erfreut. In der letzten Nummer der [I]llustrierten Zeitung, die ich heute bekam, ist eine sehr gute Zeichnung von mir und Bilder, die Dich interessieren werden, von hier. Gerade wollte ich bitten, bei Deinem Kinde Pate [sein] zu dürfen!<sup>132</sup> Da fällt mir ein, daß Du auch in diesem Falle auf die Taufe verzichten wirst.<sup>133</sup> Du weißt, daß ihm meine Liebe auch so zugewandt sein wird, aber Irmgard<sup>134</sup> wird sich ihr ganzes Leben dabei nicht beruhigen. Schicke ihr diesen Brief. Es ist auch für Mama u. Lothar. Mit den schönsten Grüßen an Dich, Deine liebe Frau u. die kleinen Mädchen.  
Dein getreuer Bruder

## 7. An Adelheid Schücking

Universitäts- und Landesbibliothek Münster, Nachlass Walther Schücking, Abt. IV. Privatbriefe, orange Mappe  
Diktat, Ausfertigung. Handschriftliche Unterschrift

Deutsche Friedensdelegation

Versailles, den 7. Juni 1919

Liebes Frauchen,

Ich bekam heute einen Brief vom 2. und danke Dir tausendmal für die schönen Bonbons und die Zigarren, die diesmal heil ankamen. Bitte, schicke aber einstweilen keine Zigarren mehr. Ich habe hier durch Herrn Prof. Jäckh

131 Johannes Bell, vgl. Anm. 99.

132 Die persönliche Nähe zeigte sich in der Namenswahl: Adrian Schücking (1919-1956) trug nach den Brüdern des Vaters auch die Namen „Walther Engelbert“.

133 Levin Ludwig Schücking war mit seiner Frau während des Ersten Weltkriegs wegen des ausbleibenden Protests der evangelischen Kirche aus der Kirche ausgetreten.

134 Zweiter Vorname von Walther Schückings Ehefrau Adelheid, vgl. Anm. 38, 154.

schon zum zweiten Male eine Kiste aus Deutschland bekommen. Dann füge ich Dir eine Quittung bei für die 100 Francs, die ich dem Soldaten Becker gesandt habe. Wie darauf steht, kostet mir die Sendung 247.70 Mark. Lasse Dir das Geld wiedergeben und verwende es für den Haushalt. Scheue keine Ausgabe für Eure Ernährung, aber sei in allem anderen möglichst sparsam, denn in Bezug auf das Geld werden die Verhältnisse täglich schlechter. Es kommt unzweifelhaft zu einem Staatsbankrott. Die Krieganleihen werden dann zur Hälfte entwertet und überhaupt ist mit dem Vaterlande jeder einzelne bankrott, weil die Steuerlasten unerschwinglich [werden]. Millionen von Menschen werden auswandern müssen, und die Zustände werden noch nicht wesentlich besser sein, wenn unsere Kinder gross sind. Du musst sie also möglichst bedürfnislos erziehen. Vor allen Dingen denke aber daran, dass sie selbständiger werden, damit Du nicht zuviel Last mit ihnen hast, und Dich selbst dabei ganz aufreibst. Ich mache mir Sorge, dass Du wiederholt schreibst, der Aelteste sei so schwierig. Bitte schreibe mir doch ausführlicher, inwiefern er Schwierigkeiten macht. Es ist natürlich schlimm, dass der Vater nicht da ist, und ich höre oft, dass die Kinder von Politikern missraten, weil sie sich nicht um ihre Familien kümmern können. Dass ich 2700 Mark Gehaltserhöhung auf ein Brett herausgeschlagen habe, ist doch sehr erfreulich. Das Ministerium will altes Unrecht an mir wieder gutmachen.<sup>135</sup> Es tut mir sehr leid, dass Du Dich über Mangel an Nachrichten beklagst. Inzwischen wirst Du doch einen langen Brief und die Kinder hoffentlich auch die Schokolade erhalten haben. Inzwischen habe ich auch einen langen politischen Brief an Lewin geschrieben, den Du bekommen sollst. Das wichtigste siehst Du ja aus den Zeitungen. Je länger die Sache sich hier hinzieht, umso mehr Hoffnungen haben wir, wesentliche Milderungen des Friedens herauszuschlagen. Momentan bin ich hier das einzige Mitglied der Delegation und als solcher Chef der ganzen Mission. Was würden die Marburger Kollegen dazu sagen, die immer glaubten, die Regierung würde mich noch absetzen. „The big one“, sagen die anderen Herrschaften von mir, da die Vertreter der vier Grossmächte bei den Alliierten immer „the big four“ genannt werden. Landsberg und Giesberts sind schon länger zur Verwaltung ihrer Ministerien in Berlin. Melchior ist gestern auch nach Berlin abgereist, um das Ministerium zu einer kräftigen Haltung zu ermahnen, weil die Leute dort jämmerlich schlapp sind und immer wieder sagen, zum grösseren Teile wenigstens, dass wir doch schliesslich alles unterschreiben müssten. Wir als Delegation können hier nur etwas herauschlagen, wenn der Gegner fest davon überzeugt ist, dass wir nicht alles unterschreiben, und einstweilen hat er Gott sei Dank

135 Vgl. Dok. 9. Schücking erhielt rückwirkend zum 1. April 1919 eine jährliche Zulage von 2700 M, dafür fielen „noch zustehende“ Alterszulagen weg. Vgl. ein ministerielles Schreiben an ihn vom 26. Mai 1919 in seiner Personalakte, Universitätsarchiv Marburg (im Staatsarchiv Marburg), Best. 310, acc. 1992/55, Nr. 6/84b, Bl. 106.

noch diese Vorstellung. Graf Rantzau ist gestern Abend nach Cöln gefahren, um mit dem Kardinal und Erzbischof<sup>136</sup> dort Fühlung zu nehmen in Bezug auf die rheinische Bewegung; und so bin ich ganz allein. Ich habe ernstlich überlegt, ob ich auch nach Deutschland fahren solle zu Dir oder nach Sassenberg, was wesentlich näher [liegt], aber die Strapaze des Reisens ist zu gross, und ich kann mich hier jetzt so wundervoll ausruhen. Die Verpflegung ist so gut, dass ich schon wieder stärker werde. Ich habe die beste Gesellschaft und konstatiere immer wieder, dass es in allen anderen Kreisen mehr nette Leute von ausgesuchten Qualitäten, die auf irgendwelchem Gebiete eine führende Stellung haben, und nicht der geistige Mittelstand, mit dem man sich sonst herumschlägt. Gestern war eine Deputation der Rheinländer da, die der Graf sich hatte kommen lassen, ein Regierungspräsident v. Stark<sup>137</sup> aus Cöln, der dortige Oberbürgermeister Adenauer,<sup>138</sup> ein Rechtsanwalt aus Koblenz vom Zentrum<sup>139</sup> und zwei rheinische Parlamentarier,<sup>140</sup> ein klerikaler Mädchenschul-Professor aus Trier<sup>141</sup> und der sozialdemokratische Redakteur<sup>142</sup> der Rheinischen Zeitung, an der einst der grosse Sozialist Karl Marx und Freiligrath gearbeitet hatten<sup>143</sup>; alles sehr nette Leute.<sup>144</sup> Der Graf veranstaltete ein sehr nettes Mittagessen, und wir haben uns fröhliche Geschichten erzählt. Rantzau überschüttet mich immer mit Komplimenten wegen der Anekdoten, die ich ihm erzählen kann. Er sollte erst mal meine Brü-

136 Felix von Hartmann (1851-1919), 1912-1919 Erzbischof von Köln.

137 Karl von Starck (1867-1937), Verwaltungsbeamter und Jurist, 1917-1919 Regierungspräsident von Köln.

138 Konrad Adenauer (1876-1967), 1917-1933 (und noch einmal kurz 1945) Oberbürgermeister von Köln.

139 Nicht identifiziert.

140 Friedrich Loenartz (1887-1929), Verwaltungsjurist. 1919 Hilfsarbeiter beim Staatskommissar für die Volksernährung, dann bei der Militär- und Baukommission. 1919 dem Landrat in Trier „zur Hilfeleistung in den landrätl. Geschäften zugewiesen“, Zentrumsabgeordneter in Preußischen Landtag 1920-1929; Ludwig Kaas (1881-1952), katholischer Theologe und Zentrumspolitiker, 1919 Abgeordneter der Nationalversammlung und des Reichstags (1920-1933).

141 Nicht identifiziert.

142 Wilhelm Sollmann (1881-1951), Journalist und SPD-Politiker, 1919 Abgeordneter der Nationalversammlung und des Reichstags (1920-1933)

143 Zwischen Marxens (Neuer) Rheinischer Zeitung von 1842/43 bzw. 1848/49 und dem seit 1892 erschienenen SPD-Organ gleichen Namens bestand keine organisatorische Verbindung. Schücking erwähnt diese vermeintliche Linie in einem Familienbrief jedoch nicht ohne Grund, denn Freiligrath gehörte zur verklärten Familiengeschichte der Schückings: Ferdinand Freiligrath und Schückings Großvater Levin Schücking waren vor der 1848er-Revolution enge Freunde. Nach dem Scheitern von Nationalstaatsgründung und Parlamentarisierung trennten sich ihre Wege. Sie näherten sich nach Freiligraths Exil wieder an, wobei der Schriftsteller Schücking vom literarisch größeren Namen des Freundes zu profitieren suchte. S. Morgenstern, Bürgergeist (wie Anm. 2), S. 126-143, 190 f.

144 In der Kölnischen Zeitung Nr. 468 vom 7. Juni wurde eine Meldung aus Versailles außer den Genannten noch „der Geheimrat Louis Hagen“ als Mitglied der rheinischen Deputation erwähnt. Hagen (1855-1932), geboren als Ludwig Levy, war ein Kölner Bankier.

der hören! Aber es ist wirklich ein Vergnügen, mit einem Manne zusammen zu sein, der so viel Sinn für Geist und Humor hat. Ich habe ein Auto zur Verfügung, um täglich ein Mal auszufahren, und werde heute dreissig Kilometer nach dem Schlosse Rambouillet fahren, natürlich nehme ich mir nette Leute mit. Professor Jäckh ist auch für einige Tage zu seiner Frau nach Berlin gefahren. Sie haben am Schlusse des Krieges ihr einziges Kind, einen achtzehnjährigen Sohn, verloren. Du kannst Dir denken, wie reich ich mir gegenüber so furchtbarem Unglück vorkomme. Die Geburt des Jungen in Breslau war ja eine riesige Ueberraschung.<sup>145</sup> Ich bin so glücklich, dass ihnen dieser Wunsch erfüllt ist, aber ich zittere auch für die Mutter und das zu früh geborene Kind. Um wenigstens etwas zu helfen, habe ich von hier ein Kilo Kakao und etwas Schokolade hingeschickt. Dass Du so hingefallen beim Einsteigen in die Elektrisch[e],<sup>146</sup> erschreckt mich. Wie leicht hätte das schlimmer werden können. Wenn die Bindehautentzündung nur nicht von Ueberanstrengung durch das Nähren kommt, bitte besprich das mit dem Arzt und gib das Nähren auf.<sup>147</sup> Onkel Wilhelm will ich auch gratulieren, wenn ich es nicht vergesse. Du hast ganz recht, es ist zu spät, wenn die Frauen in Deutschland sich jetzt erst auf den Pazifismus besinnen. Wie würden wir dastehen, wenn wir auf der Höhe unserer militärischen Erfolge zu Beginn des Krieges für einen Rechtsfrieden eingetreten wären. Damals wollten alle sogenannten Gebildeten die Feinde ebenso schädigen wie diese jetzt uns. Ich begreife nicht, wie alle diese Leute in Deutschland sich jetzt so über den Gegner entrüsten können. Die deutschen Universitäten machen sich nur lächerlich mit der Erklärung, die sie jetzt gegen den Gewaltfrieden losgelassen haben.<sup>148</sup> Der Brief von Frau Wiarda<sup>149</sup> ist vor einigen Tagen durch die Post abgegangen. Ich habe ihn aber erst dem Obersten Henry<sup>150</sup> vorlegen müssen, der uns hier bewacht. Hoffentlich hat nichts darin gestanden, was er nicht hätte lesen dürfen. Dein Vetter Felix Nordhof<sup>151</sup> hat an mich schon einmal in den letzten Tagen vor der Abreise von Berlin nach Paris ein Telegramm gerichtet, ich möchte ihm zu einem Posten bei dem Auswärtigen Amt verhelfen. Ich habe darauf nicht reagiert, weil ich ihn garnicht kenne, und nur Leu-

145 Vgl. Brief Nr. 6 an Levin Ludwig Schücking oben.

146 Die Marburger Pferdestraßenbahn wurde 1911 elektrifiziert und verkehrte bis zu ihrer Einstellung 1951 als „Elektrische“. Die eingleisige Strecke führte vom Süd- zum Hauptbahnhof, eine Haltestelle befand sich auch nahe der Wohnung Schückings im Südviertel in der Weißenburger Straße, der heutigen Schückingstraße.

147 Stillen des am 19. März 1919 geborenen Sohnes Hermann-Reyner.

148 Gemeint ist die „Resolution der deutschen Universitäten gegen den Gewaltfrieden“ vom 19. Mai 1919, erstellt vom Senat der Universität Göttingen, veröffentlicht unter dem Titel „Deutsche Universitäten gegen den Friedensvertrag“ u.a. in Neue Freie Presse vom 29. Mai 1919.

149 Nicht identifiziert.

150 Henri, vgl. Anm. 128.

151 Nicht identifiziert.

te empfehlen kann, von denen ich weiss, dass sie etwas leisten. Leider ist Herr v. Stockhammern nicht mehr hier, sonst würde ich mit ihm die Sache einmal besprechen. Ich könnte Herrn v. Stockhammern aber auch von hier deswegen schreiben, und wenn ich wüsste, ob ich die Empfehlung verantworten kann. Bitte schreibe mir umgehend, wie Du darüber denkst: ob dieser Nordhof tüchtig ist. Mir schwebt vor, als ob das bei einzelnen Mitgliedern deiner Familie nicht der Fall war.- Wir haben heute nachmittag eine herrliche Ausfahrt gemacht von 3 bis ½ 7. Mit mir waren der Unterstaatssekretär Richter aus dem Reichsfinanzministerium, Dr. Richter,<sup>152</sup> der Generaldirektor vom Norddeutschen Lloyd Heineken<sup>153</sup>, ein Onkel meiner alten Liebe Irmgard aus Breslau<sup>154</sup> und ein sehr angenehmer Herr Vorwerk,<sup>155</sup> Grosskaufmann aus Hamburg. Die Aufsicht führte ein sehr liebenswürdiger französischer Kavallerieoffizier und Rennreiter, mit dem ich mich deutsch unterhalten konnte. Wir fuhren auf herrlichem Wege, durch wundervolle Wälder nach Rambouillet. Die Natur ist hier schon einen ganzen Monat weiter wie in Deutschland und das Land so fruchtbar wie wenig[e] Gegenden bei uns. Ueberall sieht man alte Landhäuser und wundervolle Parks und ganze Alleen von blühenden Alpen-Akazien wehten uns einen wundervollen Duft zu. Wir kamen vorbei an einer alten Abtei, wundervoll mit Efeu bewachsen, so schön wie die alten Schlösser in England. Von der Kirche stand nur noch die Vorderwand mit einer herrlichen Rose über dem Portal, durch die man den blauen Himmel sah, schön wie die Ruinen des Heidelberger Schlosses. Rambouillet ist ein Städtchen von 6000 Einwohnern mit einem alten Schloss aus dem Mittelalter, das der König Franz<sup>156</sup> um 1500 etwa erneuert hat. Damals ist dort ein schöngeistiger Kreis gewesen, dessen Mittelpunkt eine gewisse Julienne d'Argys<sup>157</sup> gewesen ist. Wir besichtigten das Schloss, dessen Täfelung die schönsten Holzschnitzereien in ganz Frankreich enthalten sollten. In Eichenholz ist an den Wänden in kleinen Blüten der Namenszug französischer Königinnen geschnitten. Marie Antoinette<sup>158</sup> und Napoleon I.<sup>159</sup> haben

152 So doppelt in der Vorlage. Nicht identifiziert.

153 Vgl. Anm. 37.

154 Nicht identifiziert. Schücking nannte seine Frau, die Adressatin dieses Briefes, bei ihrem zweiten Vornamen „Irmgard“. Eine Verwandtschaft zwischen ihr und Philipp Heineken (vgl. Anm. 37) lässt sich nicht nachweisen, s. den Eintrag „Laer“ in: Genealogisches Handbuch des Adels, adelige Häuser B, Bd. III, Glücksburg 1958, S. 291-298. Möglich ist daher, dass Schücking eine gleichnamige „alte Liebe“ aus der Zeit zwischen seiner Berufung auf eine außerordentliche Professur in Breslau und der Heirat mit Adelheid „Irmgard“ von Laer im Mai 1902 meinte.

155 Carl Vorwerk (1875-1949), Geschäftsführer der im Südamerika-Handel tätigen Hamburger Firma „Vorwerk Gebr. & Co“.

156 Franz I. (1494-1547), König von Frankreich.

157 Unsichere Lesung.

158 Marie-Antionette (1755-1793), als Ehefrau Ludwigs XVI. Königin von Frankreich.

159 Napoleon Bonaparte (1769-1821), 1804-1814/15 Kaiser der Franzosen.

dort zeitweise gewohnt. Ganz wunderhübsch ist zum Beispiel das Badezimmer von Marie Antoinette, ganz mit gelben Kacheln bedeckt, die aber teilweise buntfarbig sind, was es heute garnicht mehr geben soll. Das Schloss wird jetzt benutzt als Jagdschloss des Präsidenten der Republik, denn in der Nähe sind 20 000 Morgen Land. Um das Schloss herum sind grosse künstliche Gräben, Kanäle und ein altfranzösischer Park. Darin besahen wir noch einen prunkvollen Pavillon, in dem Marie Antoinette ein Glas Milch zu trinken pflegte mit ihren Hofdamen. Die ganze Einrichtung von Marmor, als Hintergrund eine schöne Grotte mit einer wundervollen Statue der Diana aus weissem Marmor. Wir fuhren dann auf einem kürzeren Wege heim und passierten dabei die berühmte Kriegsschule von Saint-Cyr<sup>160</sup>, für die sich Napoleon so interessiert hat. Das ist alles, was ich Dir heute zu erzählen habe. Nach den neuesten Pariser Funksprüchen, die in Spa aufgefangen sind, zanken sich unsere Gegner noch. Die meisten Konzessionen wollen die Engländer machen, Clémenceau ist unerbittlich und Wilson scheint mehr auf Seiten von ihm wie auf Seiten von Lloyd George zu stehen. Momentan stände uns danach nur ein wirtschaftlicher und pekuniärer Kompromiss in Aussicht. Können wir dann aber zweieinhalb Millionen Deutscher unter feindlicher Herrschaft geraten lassen, und was geschieht, wenn wir es nicht tun? Wie entsetzlich haben sich die Leute am Vaterlande versündigt, die frivoler Weise uns in diesen Krieg hineinregiert und ihn solange fortgesetzt haben, bis wir ganz kaputt waren. Küsse die Kinder und sage Walt[h]er, ich hoffe Du könntest mir bald schreiben, dass er sich jetzt immer verständig und gesittet betrüge. Mit den schönsten Grüßen  
in Liebe und Zärtlichkeit [sic!] Dein treuer Walther

## 8. An Adelheid Schücking

Universitäts- und Landesbibliothek Münster, Nachlass Walther Schücking,  
Abt. IV. Privatbriefe, orange Mappe  
Diktat, Ausfertigung. Handschriftliche Unterschrift.  
Deutsche Friedensdelegation

Versailles, den 14. Juni 1919

Mein liebes Frauchen,  
schönen Dank für Deine beiden letzten Briefe.

160 1802 von Napoleon gegründete Offiziersschule des französischen Heeres, 1808-1945 im namensgebenden Saint-Cyr.

Das Urteil von Evchen<sup>161</sup> über den Aeltesten<sup>162</sup> hat mich doch sehr stutzig gemacht. Vielleicht hat sie recht, dass er einmal in eine Umgebung müsste, wo erziehlich mehr auf ihn eingewirkt wird und er geistig weniger angespannt ist. Diese Sache macht mir grosse Sorgen, auch was Du von seiner Langsamkeit im Rechnen und Schreiben mitteilst. Die Zeiten werden so schwer für lange Jahrzehnte, dass man schon etwas leisten muss, um durchzukommen. Hoffentlich habe ich bald einmal Gelegenheit, mit seinem Lehrer über ihn zu sprechen und wenn nötig, den Geheimrat Friedländer<sup>163</sup> sei- netwegen zu konsultieren. Wenn die Schwester Luise nicht zu Dir kommen kann, so nimm Dir jemand anderes an. Ich begreife es ja nicht, dass Du bei meiner Abwesenheit, wo die halbe Wohnung überhaupt nicht benutzt wird und der Hilfe von zwei Leuten so viel zu tun hast, zumal der Tedel<sup>164</sup> fort war. Das kommt nur, weil die Reinlichkeit bei Dir längst zum Laster geworden ist, und weil Du immer alles selber machst. Aber die Hauptsache ist mir, dass Du gesund bleibst. Wenn Du einen Menschen mehr brauchst, so nimm ihn Dir an. Ich möchte so gern, dass Du Zeit hast, Dich etwas um das geistige Leben der Kinder zu kümmern. Du musst ihnen etwas vorlesen, mit ihnen spazieren gehen und ihnen den Vater ersetzen. Hat der Aelteste denn jetzt endlich wieder einen Schulfreund? Ich habe Dir schon oft gesagt, welch Gewicht ich darauf lege, und wenn er für sich allein zu ängstlich und schüch- tern ist, um mit den anderen Schulbuben in nähere Berührung zu kommen, dann musst Du durch Einladen dieser anderen Jungen für solche Freund- schaften sorgen. Bitte, bitte unterscheide zwischen dem wichtigen und dem unwichtigen und nimm Dich dieser Dinge an, weil es sonst doch die höchste Zeit wird, dass wir den Jungen aus dem Hause geben. Wie glücklich ich bin, dass der Chirurg Inses<sup>165</sup> Gesundheit festgestellt hat, kann ich Dir garnicht sagen. Es tut mir sehr leid, dass Du noch Schmerzen hast von Deinem Fall, und ich Sorge mich, Deine Augen könnten vom Nähren krank sein. Frage ja den Arzt. Hier hat sich nicht viel Neues zugetragen, aber ich habe mich sehr ausgeruht, weil in der vergangenen Woche viel weniger zu tun war. Die Geg- ner haben sich leider auf keine Art von mündlicher Verhandlung eingelassen. Der englische Offizier, der als Freund von Lloyd George, wie ich neulich be- richtete, mit Warburg angebändelt, ist zwar wiederholt wiedergekommen, aber nur um uns auszuhorchen und nicht um irgendwelche Nachrichten ma-

161 Möglicherweise Eva Schücking (1908-1971), eine Tochter von Schückings Bruders Lo- thar Engelbert.

162 Walther Schücking lernte schlecht und wurde später wiederholt auf Internate und Land- schulheime gegeben, vgl. Anm. 112.

163 Adolf A. Friedländer (1870-1949), Neurologe, Psychologe und Psychiater mit einer Pri- vatklinik im Taunus.

164 Christoph Bernhard Schücking, wie Anm. 51.

165 Insea ist ein häufiger Vorname in der Familie von Laer, aus der Adelheid Schücking stammte. Die hier betreffende Person konnte nicht identifiziert werden.

terieller Art zu überbringen. Es sind jetzt schon zwei und eine halbe Woche, dass die Gegner unsere Gegenvorschläge erhalten haben. Sie haben ihnen reichlich zu schaffen gemacht und sie haben sich über die Beantwortung zeitweise so verzankt, dass nach aufgefangenem Funkspruche unter ihnen eine schwere Krisis gewesen ist und amtliche Persönlichkeiten gesagt haben, jetzt hülfe nur noch beten. Aber inzwischen scheinen sie einig geworden und natürlich hat wie immer im Leben der eigensinnigste von ihnen, Clémenceau, triumphiert. Nach dem was wir aus den Zeitungen hier entnehmen und von Dr. Redlich hören, der in Beziehungen zu einem französischen Journalisten steht, werden die Konzessionen nicht allzu gross sein, in territorialer Beziehung nur Abstimmung in Oberschlesien. Da uns aber die Stimmung im Auslande auch bei der Opposition in den feindlichen Staaten täglich günstiger wird, diese Opposition wächst, und ungeheure soziale Erschütterungen durch Generalstreik und Revolution in Italien, Frankreich und England wahrscheinlich oder doch möglich sind, auch Wilson in Amerika selbst täglich mehr an Kredit verliert, steht unsere ganze Delegation auf dem Standpunkt, dass man jetzt wirklich durchhalten müsse und nicht dicht vorher noch schnell ganze Provinzen abtreten soll. Freilich ist das Volk mit der Parole „durchhalten“ in Deutschland so ins Unglück gebracht worden, dass es heute gar keine Widerstandskraft mehr besitzt, weshalb, im Vertrauen gesagt, auch die Haltung des Kabinetts in Berlin zeitweise sehr schwankend und geteilt ist. Namentlich der berühmte Erzberger ist wirklich zeitweise durchaus für das Unterschreiben eingetreten und will jetzt eine Stellungnahme des Kabinetts vermeiden, indem die Nationalversammlung entscheiden soll. Erzberger wird von drei anderen Ministern<sup>166</sup> unterstützt, die Gegner des Grafen Rantzaus sind, denn das ist die Tragik der Situation, während alle feindlichen und neutralen Zeitungen konstatieren, dass Rantzaus Delegation<sup>167</sup>.

## 9. An Carl Heinrich Becker

Geheimes Preußisches Staatsarchiv, VI. HA, NL Carl Heinrich Becker, Nr. 6088

166 Als erste schlugen sich Reichswehrminister Gustav Noske (1868-1946) und Reichswirtschaftsminister Rudolf Wissel (1869-1962) auf die Seite von Rantzaus Intimfeind Erzberger, der sich schließlich mit der Forderung des Unterschreibens des Versailler Vertrages durch eine Nachfolge-Regierung durchsetzte. Mit Erzberger stimmten in der Nacht zum 19. Juni 1919 schließlich auch die Minister Giesberts, David, Bell und Noske für das Unterschreiben.

167 Der Brief endet an dieser Stelle, der Anschluss ist nicht erhalten.

Diktat, maschinenschriftliche Ausfertigung. Eigenhändige Unterschrift

Deutsche Friedensdelegation

Versailles, den 14. Juni 1919

Hochgeehrter Herr Unterstaatssekretär,  
vor einigen Tagen habe ich hier aus Marburg eine Benachrichtigung erhalten, dass mein Gehalt um eine für mich sehr beträchtliche Summe erhöht worden ist.<sup>168</sup> Ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich diese Verfügung des Herrn Ministers auf Ihre Anregung zurückführe und möchte Ihnen deshalb für das damit bekundete Wohlwollen verbindlichst danken.

Mit angelegentlicher Empfehlung

Ihr sehr ergebener  
Walther Schücking

168 Vgl. Dok. 7.



## Autorenverzeichnis

Kristian Buchna, Jg. 1983, Dr. phil., M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus in Stuttgart

Jürgen Frölich, Jg. 1955, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter im Archiv des Liberalismus, Mitherausgeber des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung, Mitglied im Kuratorium des Wolf-Erich-Kellner-Preises

Dominik Geppert, Jg. 1970, Prof. Dr. phil., Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Mitherausgeber des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung, Mitglied im Kuratorium des Wolf-Erich-Kellner-Preises

Ewald Grothe, Jg. 1961, Prof. Dr. phil., Leiter des Archivs des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Gummersbach, apl. Professor an der Universität Wuppertal, Mitherausgeber des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung

Bärbel Holtz, Jg. 1958, Dr. phil., Arbeitsstellenleiterin an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Berlin

Ulf Morgenstern, Jg. 1978, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter der Otto-von-Bismarck-Stiftung, Friedrichsruh

Keywan Klaus Münster, Jg. 1991, M.A., wissenschaftlicher Referent beim Landschaftsverband Rheinland, LVR-Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte, Bonn

Christoph Nonn, Jg. 1964, Prof. Dr. phil., Professor für Neueste Geschichte an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Alexander Olenik, Jg. 1991, M.A., Wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Geschichtswissenschaft der Universität Bonn, Promotionsstipendiat der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Helmut Rönz, Jg. 1972, Dr. phil., wissenschaftlicher Referent beim Landschaftsverband Rheinland, LVR-Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte, Bonn, Leiter des Portals für Rheinische Geschichte, Lehrbeauftragter am Institut für Geschichtswissenschaft der Universität Bonn

Martin Schlemmer, Jg. 1975, Dr. phil., Oberstaatsarchivrat im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Duisburg

Norbert Schloßmacher, Jg. 1956, Dr. phil., Direktor des Stadtarchivs und der Stadthistorischen Bibliothek in Bonn

Ulrich S. Soénius, Jg. 1962, Dr. phil., Direktor und Vorstand der Stiftung Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln, stv. Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Köln

Volker Stalman, Jg. 1964, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Kommission zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Berlin, Träger des Wolf-Erich-Kellner-Preises

Jan Treibel, Jg. 1982, Dr. phil., Cheflektor Politik beim Wissenschaftsverlag Springer VS in Wiesbaden.

Henning Türk, Jg. 1974, Dr. phil. habil., Privatdozent am Historischen Institut der Universität Duisburg-Essen und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam, Träger des Wolf-Erich-Kellner-Preises